225 Jahre «Neue Zürcher Zeitung»
Die Geschichte der NZZ, 1780–2005

225 JAHRE «NEUE ZÜRCHER ZEITUNG»

Thomas Maissen

Die Geschichte der NZZ 1780–2005

Mit einem Anhang von Konrad Stamm

Verlag Neue Zürcher Zeitung

© 2005 Verlag Neue Zürcher Zeitung, Zürich

Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere die der Übersetzung, des Nachdrucks, des Vortrags, der Entnahme von Abbildungen und Tabellen, der Funksendung, der Mikroverfilmung oder der Vervielfältigung auf anderen Wegen und der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen, bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, vorbehalten. Eine Vervielfältigung dieses Werkes oder von Teilen dieses Werkes ist auch im Einzelfall nur in den Grenzen der gesetzlichen Bestimmungen des Urheberrechtsgesetzes in der jeweils geltenden Fassung zulässig. Sie ist grundsätzlich vergütungspflichtig. Zuwiderhandlungen unterliegen den Strafbestimmungen des Urheberrechts.

ISBN 3-03823-134-7

www.nzz-buchverlag.ch

Inhaltsverzeichnis

Vorwort 7

Die Anfänge des modernen Pressewesens
und der «Zürcher Zeitung» ••

Liberales Kampfblatt zwischen Restauration und Bundesstaat:
von Usteri zu Daverio, 1821–1849 ••

Um die Ausgestaltung des Bundesstaats:
von Felber bis Vogt 1849–1885 ••

Weder Konservativismus noch Sozialdemokratie:
die Ära Bissegger 1885–1915 ••

In der Krise des Abendlands: die Ära Meyer 1915–1929 ••

Ausharren in der Mitte: die Ära Bretscher 1933–1967 ••
Gegen den braunen Totalitarismus, 1933–1945 •••
Gegen den roten Totalitarismus, 1945–1967 •••

Systemgegensätze innen wie aussen:
die Ära Luchsinger 1968–1984 •••

Umbruch und Aufbruch im Zeitalter der Globalisierung:
die Zeit seit 1985 •••

Rückblick und Ausblick •••

Die Auslandberichterstattung der NZZ
von Konrad Stamm ...

Anhang
Anmerkungen ...
Bibliographie ...
Register ...

Vorwort

Anders als der Titel dieses Buches vielleicht auf den ersten Blick verspricht, lässt sich die Geschichte der «Neuen Zürcher Zeitung» von einem Einzelnen wohl nicht schreiben. Eine schon nur kursorische Lektüre ihrer 225 Jahrgänge wäre ein immenses Unterfangen, aber wohl nötig, um dem Blatt gerecht zu werden – also einerseits die Hauptlinien richtig gewichten, andererseits aber auch originelles Querdenken erkennen und würdigen zu können. Abgesehen von diesem Quellenproblem existiert aber auch nicht *die* NZZ, was man nur zu gut weiss, wenn man die Ehre und das Vergnügen hatte, bei ihr mitzuarbeiten. Wo es grosse Freiheiten gibt, gibt es auch Unterschiede in den Neigungen und in den Wertungen, jedenfalls keine *unité de doctrine*. Gleichwohl wurde und wird die NZZ von aussen als eine einigermassen homogene Institution wahrgenommen, und die Redaktion hat dem stets Vorschub geleistet: Lange waren die redaktionellen Artikel nicht persönlich gezeichnet, und noch heute bleiben die Autoren grösstenteils hinter Kürzeln verborgen. So hat diese 225jährige alte Dame denn auch ihre eigene Geschichte, unabhängig von den Köpfen und Federn, die jeweils für sie schrieben und zu einem grossen Teil bei der Nachwelt vergessen gingen. Im vorliegenden Buch werden manche dieser Namen vorübergehend wieder in Erinnerung gerufen; und doch ist es nicht ein Buch über die Menschen, die diese Zeitung gemacht haben, sondern über die Zeitung, die diesen Menschen (und vielen anderen) ein wichtiges Forum bot.

Dieses Forum würde es ohne das Unternehmen, die Produktion und den Vertrieb des Blattes nicht geben. Sie sind Gegenstand des anderen Bandes dieser Jubiläumsschriften, den Conrad Meyer und Pascal Morf vorlegen. Im vorliegenden Buch steuert Konrad Stamm verdienstvollerweise eine Übersicht über die Auslandberichterstattung und die Entwicklung des Korrespondentennetzes der NZZ bei. Ergänzt wird dies durch eine einschlägige Tabelle, die im Redaktionsarchiv mit etlicher Kleinarbeit erstellt worden ist. Sie setzt die entsprechenden Angaben im Jubiläumsbuch von 1955 fort, das damals Fred Luchsinger verfasste. Der vor-

liegende Überblick stützt sich nicht nur auf seine Studie, sondern auf verschiedene andere Schriften, die anlässlich der Jubiläen von 1930, 1955, 1968 und 1980 vorgelegt wurden. Für die Geschichte der (Chef-)Redaktoren unabdingbar waren ausserdem die fünf Bände der Reihe «Persönlichkeit und Zeitung», die Leo Weisz, Edmund Richner und Alfed Cattani verfasst haben. Ausserdem liegen zahlreiche (Doktor-)Arbeiten vor, welche die Berichterstattung der NZZ für sich allein oder vergleichend thematisieren.

Eine einzigartige Hilfe für dieses Projekt war die Datenbank, die am *Forschungsbereich Öffentlichkeit und Gesellschaft* (fög) der Universität Zürich aufgebaut wurde. In ihr werden aufgrund quantitativer Kriterien die jeweils zehn wichtigsten – also am meisten kommentierten – Medienereignisse in den Jahren seit 1910 erfasst, beschrieben und durch wichtige Zitate illustriert.[1] Die Bestimmung dieser Medienereignisse hat die subjektive Auswahl einiger Themen, wie sie im vorliegenden Buch auch vorkommt, für das 20. Jahrhundert um viel Stoff ergänzt, der als – da ausführlich behandelt – repräsentativ für die Nachrichtenvermittlung und Weltdeutung der NZZ angesehen werden kann. Die Erhebung der Medienereignisse durch das *fög* vermass allerdings nicht nur die «Neue Zürcher Zeitung», sondern auch die sozialdemokratische «Tagwacht» und das katholisch-konservative «Vaterland» (beziehungsweise ihre Nachfolger) sowie die Forumszeitung «Tages-Anzeiger» und, seit 1960, die Boulevardzeitung «Blick». Diese Datenbasis erlaubt oft eine vergleichende Einbettung der NZZ-Positionen in die jeweils aktuellen Debatten, wie dies unter anderem im Rahmen des Nationalfonds-Projekts «Krise und sozialer Wandel. Analyse von Medienereignissen in der Schweiz von 1910 bis 1995» mit seinen bisher drei Sammelbänden bereits erfolgt ist. Solche synchrone Vergleiche konnten im vorliegenden Buch nur ausnahmsweise geleistet werden. Stattdessen mögen Kästen mit grundlegenden liberalen Gedanken diachron über gut zwei Jahrhunderte hinweg den Standpunkt charakterisieren, von dem aus die NZZ immer wieder neu in die öffentlichen Debatten eingegriffen hat.

Die Zusammenfassungen der Medienereignisse sind in diesem Buch an vielen Stellen eingeflossen, so dass ich den anonymen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des *fög* sehr viel Dank schulde, ebenso Esther Kamber, der Leiterin des Bereichs «Forschung und Entwicklung» beim *fög*, sowie den Initiatoren des Forschungsvorhabens. Es sind dies Heinz Kleger,

Kurt Imhof und Gaetano Romano, zu deren Kollege ein glücklicher Zufall mich nacheinander in Potsdam, Zürich und Luzern gemacht hat. Ganz herzlich danke ich ebenfalls zahlreichen Kolleginnen und Kollegen bei der «Neuen Zürcher Zeitung», insbesondere dem Archiv und namentlich Ruth Häner und Ernst Baumeler, ausserdem Rainer Stadler sowie Roman Bucheli, Markus Hofmann und Christoph Wehrli für konkrete Hinweise, wie ich sie auch von Regula Zürcher und Patrick Kury empfangen durfte. Die angeregten Diskussionen im Seminar zur NZZ-Geschichte, das ich im Sommersemester 2004 an der Universität Zürich abhielt, haben ebenfalls ihre Spuren im Text hinterlassen, desgleichen einige Seminararbeiten, die sich ebenfalls in der Bibliographie finden und im NZZ-Archiv konsultiert werden können. Für diese Leistungen gebührt den Seminarteilnehmerinnen und -teilnehmern Dank, wie auch Pacal Morf für den stets unkomplizierten und befruchtenden Meinungsaustausch und den Mitarbeitern des NZZ-Buchverlags – Ursula Merz, Hans-Peter Thür und Heinz Egli – vor allem, aber nicht nur für ihre strapazierte Geduld mit einem notorisch säumigen Autor. Dessen Text fand sorgfältige und kritische Gegenleser in Daniela Schmied, Alfred Bürgin und Urs Jost, denen ich einmal mehr sehr verpflichtet bin. Nicht nur Kommentare, Korrekturen und Ergänzungen, sondern bereits die Anregung verdankt dieses Buch Hugo Bütler, dem Chefredaktor der NZZ. Er hat mir dabei, wie stets während meiner Tätigkeit für das Blatt, vertrauensvoll und wohlwollend grösste Freiheit gelassen. Dieser Rück- und Überblick ist nicht zuletzt ein Zeugnis der Dankbarkeit für die schönen und anregenden Jahre an der Falkenstrasse, die ich ihm und der NZZ nie vergessen werde.

Die Anfänge des modernen Pressewesens und der «Zürcher Zeitung»

Neugier und Wissensdurst sind den Menschen eigen. Doch Neugier und Wissen beschränken sich zuerst einmal auf diejenigen Bereiche und Themen, die für unseren Alltag relevant sind. Der Goldpreis in Südafrika, eine Märchenhochzeit in Südostasien, ein Schiffsunglück in Amerika – was interessierte das die Pfahlbauer, die Helvetier, die Alemannen der Völkerwanderung, die mittelalterlichen Bürger und Bauern? Relevant waren Informationen, die über den jeweiligen Tellerrand hinausreichten, nur in Ausnahmefällen, wenn etwa Kriegerhorden durch die Gegend zogen; und dann wurden die Nachrichten mündlich vermittelt, durch Reisende, Fliehende oder Warnende. Nur für weltliche und geistliche Herrscher trugen die – allerdings erst rudimentären – mittelalterlichen Verwaltungsapparate etwas systematischere Informationen über ihre Territorien zusammen, und die Institutionalisierung solcher Botendienste führte allmählich dazu, dass regelmässige Brieftransporte und residierende Präfekte oder Botschafter für einen kontinuierlichen Nachrichtenfluss sorgten. Parallel dazu dehnten sich Handelsgesellschaften in Europa und dann nach Übersee aus – bezeichnenderweise oft Familienunternehmen wie die Medici und Fugger, denn wem ausser den Verwandten konnte man Wertgegenstände oder geschäftsrelevante Nachrichten anvertrauen? Und wer, umgekehrt, konnte schneller auf politische oder wirtschaftliche Chancen reagieren als derjenige, der zuerst von einer Dürre oder einer Rekordernte, von einer Thronvakanz oder einer Seuche im feindlichen Heer erfuhr? Je weiter der eigene Handlungshorizont reichte, je dichter die Völker Europas zusammenrückten, desto wichtiger wurde ein rascher Informationsfluss für die Eliten des Kontinents.

Für die immobile breite Bevölkerung war solches Herrschaftswissen aber noch länger irrelevant und kaum zugänglich. Wozu sollten Analphabeten, die stets vom Seuchen- und Hungertod bedroht waren, anderes Wissen erwerben, als was sie für ihren Beruf von den Eltern oder einem Handwerkermeister erlernten? Für ihr Seelenheil – das war die neuartige Antwort der Reformatoren auf diese Frage. Der Buchdruck hatte erstmals

in der europäischen Geschichte die arbeitsteilige, serielle Massenproduktion von identischen Gegenständen ermöglicht. Die Bibel wurde damit vom privilegierten Eigentum der Klöster und Kathedralen relativ rasch zu einem für breitere Kreise erschwinglichen Gut, und erst recht galt dies für Flugblätter und theologische Traktate. *Sola scriptura*, nur durch die Schrift fand der protestantische Gläubige seinen gerechten Gott – eine Aufforderung zur individuellen, durch Lektüre erarbeiteten Emanzipation im Glauben, eine Absage an die durch eine ordinierte, fernstehende Klerikerkaste mündlich vermittelte alleinseligmachende Lehre. Auch wenn die Papstkirche eine andere Botschaft vertrat als die Protestanten, so musste sie diese in der Konkurrenzsituation – vor allem durch die Jesuiten – auf dieselbe Art vermitteln: durch Katechismusunterricht, durch Volksbildung, durch massenhaft zirkulierende, billige theologische Flugschriften, durch die Professionalisierung eines theologisch geschulten Priesterstandes. Im 17. Jahrhundert standen sich, manchmal kriegerisch, manchmal bloss abweisend, Konfessionskulturen gegenüber, die ihren Schäfchen selbst in untertänigen Landgebieten das Lesen beibrachten, während für die besser gestellten Kreise Zahlen, Schrift und deren Konservierung in Archiven oder Büchern immer selbstverständlicher wurden: Buchhaltung, Testamente, Rechtstitel, Gesetze oder auch religiöse Selbstprüfung im Tagebuch. Dazu kamen – seit der Renaissance immer öfter weltliche – Gelehrte, die ihre (natur-)wissenschaftlichen Forschungen in der lateinischen *Lingua franca* europaweit austauschten und in Konkurrenz und Imitation voranbrachten; und Juristen und Politiker, welche ebenfalls in dauernder Rivalität untereinander das herkömmliche Deutungsmonopol der Geistlichkeit, das ständig Anlass zu (Bürger-)Kriegen gab, durchbrachen und die Kirchen im Namen der Staatsräson der weltlichen Autorität unterwarfen.

Um 1500 hatte es einen Text gegeben, die Bibel, welche *die* eine – theologische – Wahrheit über diese ewig gleiche Welt enthielt, und es hatte eine schmale Gruppe von Schriftkundigen gegeben, die diesen Text auslegten und den Kern für die orale Vermittlung an die Gläubigen in der Messe herausschälten. Um 1700 wimmelte es von widersprüchlichen Texten und Deutungsangeboten für eine offensichtlich dynamische Welt, von der man dank einer wachsenden Zahl von Spezialwissenschaften immer mehr wusste. Gerade dadurch wurde dieses Universum aber auch immer unübersichtlicher, während man zugleich von Entwicklungen in der

Ferne immer stärker betroffen wurde: von der Inflation durch die Silbergewinnung in Südamerika; vom Aufschwung und Bankrott der Überseekompanien, in die – auch Schweizer – Städte und Private ihr Kapital investiert hatten; vom Merkantilismus der immer mächtigeren, monarchischen Territorialstaaten, welche herkömmliche Exportgeschäfte durch protektionistische Hochzölle verunmöglichten.

Wie konnte man sich diese Welt wieder aneignen, welche die Juristen anders erklärten als Naturwissenschafter, Protestanten anders als Katholiken, Briten anders als Polen? Die Bibel war, zumindest umfangmässig, ein Buch gewesen, das ein Einzelner verarbeiten konnte, ebenso die antike und mittelalterliche Überlieferung. Das war um 1700 nicht mehr möglich: An die Stelle des humanistischen *uomo universale* trat nun die gelehrte Sozietät. Ihre Mitglieder versuchten sich durch Vorträge und die statutarisch geregelte, vertrauliche Diskussion unter Gleichen (auch wenn sie unterschiedlichen Standes waren) selbst über die wesentlichen neuen Forschungen in allen Bereichen aufzuklären und sich ohne voreilige Anerkennung von Autoritäten einen Reim darauf zu machen. Zu diesen frühen Aufklärungsgesellschaften zählte ab 1679 über rund 30 Jahre hinweg das Zürcher *Collegium Insulanum* mit seinen zwei Nachfolgerinstitutionen, in denen Kaufleute, zukünftige Magistraten, Mediziner und angehende Pfarrer unter anderem umstrittene Autoren wie Descartes, Kopernikus, Grotius oder Spinoza diskutierten. Völlig aussergewöhnlich für diese Zeit waren die (aussen-)politischen Diskussionen in diesem Zürcher Zirkel, da dies an das Herrschaftsmonopol der städtischen Obrigkeit rührte. Folgen blieben nicht aus: Während fünf ehemalige Collegiaten später Bürgermeister wurden, war der berühmteste von allen, der Naturforscher Johann Jacob Scheuchzer der Vordenker der Zunftrevolte von 1713, die den gewöhnlichen Stadtbürgern die frühere Beteiligung am Stadtregiment wieder beschaffen sollte und unter anderem auch die Drucklegung des massgeblichen Zürcher Verfassungstextes, des *Geschworenen Briefs*, verlangte und erreichte – also Herrschaftswissen einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich machte.

Scheuchzers Argumentation beruhte auf dem modernen Naturrecht, wie man es in den Collegia erörtert hatte und das grundsätzlich von der – eben durch die Natur gegebenen – Gleichheit der Menschen ausging. Das konnte, musste aber nicht zu demokratischen Konsequenzen führen und tat es in dieser Zeit zumeist auch nicht. Doch das naturrechtliche Denken

führte dazu, dass sich Obrigkeiten nicht mehr allein mit Herkommen, Vererbung oder der zeitlosen, gottgegebenen Ordnung legitimieren konnten: Herrschaft wurde begründungsbedürftig. Gerade weil die weltlichen Fürsten den säkularen Staat begründet hatten, um nicht dauernd von fanatischen Priestern in nutzlose Schlachten für den rechten Glauben getrieben zu werden, mussten sie sich selbst innerweltlich legitimieren: Der Herrscher, der sich nicht länger als Statthalter Gottes und Beschützer des wahren Glaubens präsentieren konnte, verdankte sein Amt dem Konsens der Untertanen, die in ihm den Garanten ihrer Sicherheit und ihres Wohlergehens anerkannten. Diese Anerkennung ergab sich also nicht aus gewohnheitsmässiger Fügung in etwas Unabänderliches, sondern aus der stets erneuerten, rationalen Überprüfung und aus aufgeklärter Kritik der obrigkeitlichen Leistungen, wie sie gerade in den gelehrten Gesellschaften allmählich üblich wurden.

Solche Debatten wiesen schon bald über die lokalen Sozietäten hinaus: Einerseits vernetzten sich diese national und international, durch Reisen und Briefwechsel, durch den Druck und den Austausch von Zeitschriften und durch die Gründung von Dachverbänden wie der berühmten *Helvetischen Gesellschaft*, die ab 1761 unter anderem Zürcher wie Stadtarzt Johann Caspar Hirzel und Salomon Gessner mit Gleichgesinnten aus anderen Kantonen vereinte. Zum anderen war die Debattenkultur der Sozietäten, die nur den Adel des Geistes, nicht des Blutes anerkannten, grundsätzlich offen für alle, die sich Bildung aneignen konnten – bezeichnenderweise verfasste Hirzel sein berühmtes Buch ausgerechnet über einen «philosophischen Bauern», Kleinjogg. Zürich bot sich für solche Dialoge als ein überregionales geistiges Zentrum besonders an, weil es dort 1780, im Gründungsjahr der NZZ, nach Einschätzung des Literaten Wilhelm Heinse von Gelehrten wimmelte: Es seien 800 und damit zu viele, «die Leute wissen nicht, wo mit ihrem Wissen hinaus». Deshalb gründeten sie «allerley gelehrte Gesellschaften und Zusammenkünfte, die alle auf nichts hinauslaufen, und folglich wieder in sich vergehen».[1]

Der intellektuelle Austausch wurde so zu einer halbprivaten Freizeitbeschäftigung in der Zwinglistadt, in welcher der öffentliche Raum noch sehr karg an Attraktionen war und gerade die Aufklärer in ihrem republikanischen Tugenddiskurs wider die Verführungen des Luxus wetterten: kein Theater, kein Ballhaus, keine literarischen Cafés, keine weibliche Gesellschaft, aber auch keine Universität. Die Bildungs- und Lesegesellschaf-

ten dienten in einer Zunftstadt mit – innerhalb der Bürgereliten – relativ demokratischen Strukturen deshalb auch, ja besonders dem Nachwuchs aus regimentsfähigen Familien zur Vorbereitung auf spätere Verwaltungsämter, wie das anderswo etwa Rechtsfakultäten oder die adlig-höfische Erziehung besorgten. So erstaunt es nicht, dass von den insgesamt rund 120 Schweizer Sozietäten etwa ein Viertel an der Limmat entstanden. Im 18. Jahrhundert erschienen denn auch von den rund 100 Schweizer Zeitschriften mehr als die Hälfte in Zürich![2]

Allerdings waren viele davon kurzlebig, so die berühmten «Discourse der Mahlern» (1721–1723) von Johann Jacob Bodmer und Johann Jacob Breitinger oder «Der Erinnerer» (1765–1767) von Johann Caspar Lavater und Johann Heinrich Füssli. Die letztgenannte Zeitschrift wurde verboten, nachdem in ihrem Umfeld ein «Bauerngespräch» entstanden war, worin sich ausgerechnet der Bauer, ein Untertan, mit seinem Standpunkt durchsetzte, dass man die anstehende Intervention in Genf bleiben lassen solle. In der Rhonestadt waren nämlich protorevolutionäre Auseinandersetzungen um die Person und die Ideen Rousseaus im Gange, denen sich die Zürcher Obrigkeit mit Bern und Frankreich dann tatsächlich auch entgegenstellte. Die um diese Intervention geführte Auseinandersetzung war symptomatisch für die Zeit. Wenn Herrschaft rationalen Konsens voraussetzte und tendenziell eine stets zunehmende Zahl Alphabetisierter in diesen Konsens einbezogen wurde, dann konnte die «Statistik» – das, was den Staat betraf – nicht mehr Geheimwissen bleiben, sondern die Staatsdinge wurden publik und öffentlich diskutierbar (wie Scheuchzer es für den *Geschworenen Brief* gefordert hatte). Die bürgerliche Öffentlichkeit trat aus den vertrauten und geschlossenen Zirkeln der Sozietäten heraus, wurde mit ihren demokratischen Diskursregeln zu der einen, die ganze Gesellschaft umfassenden Öffentlichkeit, der sich andere Öffentlichkeiten um den Preis ihrer Exklusivität einfügten, so die traditionell dominante, ständisch abgeschlossene des Hofs oder – in den Städten – der jeweiligen Zünfte.

Das wichtigste Medium bei diesem Prozess waren die Periodika, die allmählich über alles berichteten, was man als relevant für *die* Öffentlichkeit ansah. Das war notwendig, damit Leute, die – in wachsenden Territorien, bei zunehmenden Bevölkerungszahlen – keine Ahnung voneinander hatten, sich in politischen Fragen austauschen und zu allgemeinverbindlichen Lösungen kommen, gerade durch solche Kommunikation aber

auch Zusammengehörigkeitsgefühle, «Identität», entwickeln konnten. Die ständischen Teilöffentlichkeiten des Ancien Régime redeten gleichsam aneinander vorbei, wogegen im 19. und 20. Jahrhundert die verschiedenen Schichten und Parteien über ein und dieselbe Öffentlichkeit miteinander verbunden wurden – gerade indem sie dort ihre Weltdeutungsansprüche kontrovers aufeinanderprallen liessen. Noch lange schieden sich öffentliche Meinungen allerdings nach Landesgrenzen, doch auch das sollte sich dereinst, im Globalisierungsprozess des späten 20. Jahrhunderts, ändern: Lady Dianas Tod oder Tschernobyl waren nunmehr Medienereignisse, die nicht nur überall zur Kenntnis genommen wurden, sondern auch überall Emotionen und aufeinander bezogene, weiterführende Kommentare provozierten. Damit erreichte *die* Öffentlichkeit trotz weiter bestehenden sprachlichen Grenzen eine tendenziell weltumfassende Dimension. Die Menschen dieser Erde liessen sich nun als Teil einer Weltgesellschaft wahrnehmen, als Schicksalsverband – gerade etwa bei Umweltkatastrophen, welche die Inderin in Bhopal und den Basler bei Schweizerhalle vereinten.

Um 1500 wussten der Inder, die Baslerin noch nicht einmal, wo es ferne Gegenden mit Mitmenschen gab. Es war für sie auch irrelevant, sie lebten in und von ihrer nahen, vertrauten Umgebung und für diese. Ihre mündlichen oder schriftlichen Mitteilungen setzten klar definierte Kommunikationspartner voraus, den Sprecher und Zuhörer, den Schreiber und Empfänger eines Briefes. Wo mehrere Menschen im Spiel waren, etwa an Landsgemeinden, wurde nur sporadisch und bloss unter physisch Anwesenden informiert oder debattiert. Die aufkommende massenmediale Öffentlichkeit abstrahierte zusehends von diesen Voraussetzungen. Die Empfänger waren weder selbst zugegen, wenn eine Botschaft mitgeteilt wurde, noch brauchten sie diese zu dem Zeitpunkt aufzunehmen, in dem diese entsandt wurde. Sie bildeten ein anonymes Publikum: mindestens potenziell die ganze Gesellschaft. Die Gesellschaft erfuhr sich als solche, ja entstand überhaupt erst, weil ihre Glieder in der massenmedial erzeugten Öffentlichkeit an denselben Informationen teilhatten und sich dort auch darüber austauschen konnten. Die Bürger und Untertanen waren nicht länger blosse Empfänger von stark ritualisierten Mitteilungen, etwa mündlichen Predigten oder schriftlichen obrigkeitlichen Ordnungsverfügungen, sondern sie wurden zu Produzenten von Nachrichten und konn-

ten solche umgekehrt selbst aus einer rasch zunehmenden Zahl von Periodika aussuchen.

Zürich war als Vorort der Eidgenossenschaft und mit seiner relativ verkehrsgünstigen Lage als frühneuzeitliches Nachrichtenzentrum geeignet, aber – mit seiner eher bescheidenen Grösse – nicht unbedingt dazu vorherbestimmt. Wichtig wurde die führende Rolle in der reformierten Ökumene, die nicht zuletzt gut ausgebildete, mobile Bevölkerungsgruppen umfasste und von Siebenbürgen bis England und von Südfrankreich bis Bremen reichte, aber insgesamt eine oft bedrohte Minderheitskonfession blieb. Der gigantische Briefwechsel von Zwinglis Nachfolger Heinrich Bullinger, aber auch die Nachrichtensammlung der «Wickiana» zeugen von diesem europaweiten reformierten Netzwerk, das in Zürich zusammenlief und auch im 17. Jahrhundert – bei allerdings nachlassender internationaler Bedeutung – über Studenten, Offiziere oder Kaufleute im Ausland alimentiert wurde. Die Idee, solche Informationen nicht nur zusammenzutragen und handschriftlich weiterzuverbreiten, sondern in Druck zu geben, wurde im nahen Rorschach mit der überhaupt ersten periodischen Zeitung Europas umgesetzt, die monatlich erschien und in ihrer ersten Ausgabe den Titel trug: «Annus Christi. Historische Erzählung der fürnembsten Geschichten und Handlungen so in diesem 1597. Jahr fast in ganzem Europa denckwürdig abgelaufen.»

Zu Beginn des 17. Jahrhunderts folgte in Strassburg die erste Wochenzeitung, wenig später auch in Zürich: Vermutlich von 1621 bis 1681 druckte die Offizin Bodmer jeweils am Mittwoch die «Ordinari-Wochenzeitung». 1672 erschien dann erstmals und ebenfalls einmal pro Woche die von David Gessner – einem Mitglied der erwähnten frühaufklärerischen Collegia – herausgegebene «Montags-Zeitung», die bereits zwei Jahre später in der bis 1914 erscheinenden «Freitags-Zeitung» eine Konkurrentin erhielt. Die «Donnerstags-Nachrichten» folgten schliesslich 1730; als «Tagblatt der Stadt Zürich» existiert das Inserateblatt nach einigen Namensänderungen noch heute. Das 17. Jahrhundert sah auch in den anderen grösseren Schweizer Städten und im übrigen Europa etliche solche Zeitungsgründungen, von denen einige noch existieren: Die niederländische Tageszeitung «Haarlems Dagblad» besteht seit 1656, und noch etwas früher erschien in Schweden erstmals, als Zeitschrift, «Post-och Inrikes Tidningar» (1645); im deutschen Sprachraum gebührt die Palme als ältestem ununterbrochen gedrucktem Periodikum der zuerst zweimal

wöchentlich erscheinenden «Wiener Zeitung» (1703). Viele dieser Blätter waren anfangs offizielle Publikationsorgane der Obrigkeit, «Hofpostillen». Das zeigt sich auch im Titel der ältesten Schweizer Zeitungen, der «Feuille d'Avis» von Neuenburg (1738) und Lausanne (1762), die als «L'Express» beziehungsweise «24 heures» überlebt haben.

Doch auf den Verlautbarungscharakter beschränken liessen sich die Zeitungen nicht, so stark im *Ancien Régime* die Zensur noch wirkte. Nicht nur die Zahl der Zeitungstitel nahm laufend zu, auch die Reichweite der deutschsprachigen Zeitungen verzehnfachte sich im Laufe des 18. Jahrhunderts, so dass an dessen Ende etwa drei Millionen Leser erreicht werden konnten.[3] Allein die Tatsache, dass in zahlreichen, oft miteinander verfeindeten Territorien eine Vielzahl von Zeitungen unterschiedlicher Provenienz relativ günstig zugänglich war, führte zu einem Nebeneinander und zu Konkurrenz von Redaktoren, die sich gegenseitig abschrieben und so fremde Welten miteinander in Verbindung brachten. Fremde Welten liessen sich aber auch erfinden, um indirekt Kritik an heimatlichen Verhältnissen zu äussern. Dies geschah im April 1710, als der Zürcher *Mercurius Historicus* einen satirischen Bericht über die «Sevarambische Republik» abdruckte, wo man überflüssigen Schulstoff abschaffen und sich auf das Notwendige konzentrieren wolle – ein utopischer Wunsch für Zürich. Die obrigkeitliche Intervention gegen den Verfasser des Artikels liess nicht auf sich warten, doch der Fall zeigte, dass Zeitungen und Zeitschriften ein Forum der bürgerlich-gebildeten Kommunikation und Kritik abgeben konnten.

Allerdings waren solche politischen Beiträge die Ausnahme, das aufgeklärte «Räsonnement» übte sich anfangs nur in der unpolitischen Literaturkritik ein. Unkommentiert wurden dagegen nüchterne und unparteiische Fakten zu militärischen und politischen Ereignissen im Ausland abgedruckt. Aber gerade durch solche Berichte konnte der normale Bürger an der hohen Politik teilhaben, die noch vor kurzem Arkanum – Geheimwissen der Herrscher – gewesen war. Und so konnte der berühmte Schaffhauser Historiker Johannes von Müller 1777 als einer der ersten die «öffentliche Meinung» definieren, als «Volksstimme», die «vermittelst unerhörter Ausbreitung der Lektur» von den Philosophen auf Politiker, Soldaten, Frauen, «in die geringste Werkstätte und in die einsamen Alpen» entstanden sei und «deren steigender Laut und Nachdruck der Schrecke der Despoten, das Gesetz bürgerlicher Vorsteher, ein wirksamer

Trost für Unrechtleidende, und bey fallender politischer Freyheit für ganz Europa die letzte grosse Hoffnung wird».[4]

Zu den rund 40 Tageszeitungen, die weltweit seit dem 18. oder gar 17. Jahrhundert ununterbrochen Bestand haben, gehört auch die älteste in der Deutschschweiz: die «(Neue) Zürcher Zeitung». Ihre erste Nummer erschien im Januar 1780, redigiert vom berühmten Idyllendichter Salomon Gessner, dem erwähnten Mitbegründer der *Helvetischen Gesellschaft*. Er war ein Nachkomme des ebenfalls schon genannten David Gessner, des Begründers der «Montags-Zeitung», die Salomon selbst auch noch herausgab, nachdem er die Gessnersche Offizin vom Vater übernommen hatte. Über seinen Schwager hatte sich die Verbindung zum Verlagshaus Orell & Comp. ergeben, das auf Johann Jacob Bodmers Initiative zurückging, und 1770 erfolgte der Zusammenschluss mit der Firma Füssli & Comp., die sich in gerader Line auf die älteste Zürcher Druckerei Froschauer zurückführen liess und dem erwähnten Bodmer-Schüler Johann Heinrich Füssli gehörte. Eröffnet wurde die Nr. 1 der «Zürcher Zeitung» mit einer Mitteilung des Verlags Orell, Gessner, Füessli und Compagnie, der eine «politische Zeitung» mit je einer Mittwochs- und Samstagsausgabe ankündigte: «Es wird uns zwar, so wie andern Zeitungs-Schreibern, nicht möglich seyn, die Weltbegebenheiten früher anzuzeigen, als sie geschehen sind; oder, als sie auswärtige Zeitungen der Welt berichten». Doch man werde sich um möglichst rasche Nachrichtenvermittlung kümmern, «vermittelst der besten Französischen, Englischen, Italiänischen, Holändisch- und Deutschen Zeitungen, und auch durch zuverlässige Privat-Correspondenz». Wer sich die Kosten dieser Quellen

Salomon Gessner (1730–1788) wuchs in Zürich auf und wurde nach einer abgebrochenen Lehre als Buchhändler Redaktor der «Montags-Zeitung». Ab 1761 war er Teilhaber von Orell, Gessner & Co., dem wichtigsten Verlag der Schweizer Aufklärung und Vorläufer des heutigen Orell Füssli-Verlags. Dort erschien unter anderem 1797 die erste (fast) vollständige Übersetzung von Diderots *La Religieuse*. Auf Diderots persönliche Bitte hin wurden 1772 auch zwei seiner «Moralischen Erzählungen» mit Gessners Idyllen gedruckt. Als Kleinrat und Obervogt war dieser am Regiment beteiligt, 1760 gehörte er zu den Mitbegründern der *Helvetischen Gesellschaft*. Europaweiten Ruhm erlangte Gessner als Dichter von weltoffenen Idyllen und als Maler arkadischer Ideallandschaften; seine Werke erlebten im 18. Jahrhundert dreizehn Gesamtausgaben und Übersetzungen in dreizehn Sprachen. Weniger wirtschaftlichen Erfolg erlebte er als Gründer einer Porzellanmanufaktur.*

* Bürger, Aufklärung, 1997, S. 53–58; vgl. auch Bruno Weber, Artikel Salomon Gessner, www.dhs.ch (3.10.2004).

vor Augen führe, der werde den «Gulden und dreyssig Kreuzer» wohlfeil finden, den ein vollständiger Jahrgang koste.[5]

Die erste Ausgabe der «Zürcher Zeitung» hätte am 1. Januar 1780 erscheinen sollen, doch ergab sich aus rechtlichen Gründen eine Verzögerung: David Bürkli, der Verleger der «Freitags-Zeitung» (die sich damals ebenfalls «Zürcher Zeitung» nannte), hatte wegen der Verletzung seiner Druckerprivilegien geklagt. Der Rat konnte den Konflikt beilegen, so dass die «Zürcher Zeitung» vom 12. Januar an zweimal wöchentlich erschien. Im Zeitungskopf sah man einen Postreiter mit Horn, der nach rechts davonsprengte; schon in der dritten Ausgabe vom 19. Januar wurde das Bild gedreht, und er ritt nach links. Das war auch fortan der symbolische Ausdruck dafür, dass die Redaktion gewechselt hatte, was anfangs recht häufig geschah. Auf Salomon Gessner folgten vier deutsche Publizisten: der von Goethe empfohlene Johann Kaspar Risbeck (1750–1786, Redaktor bis 1783), Johann Michael Armbruster (1761–1814, bis 1785), Peter Philipp Wolf (1761–1808, bis 1795) und Franz Xaver Bronner (1758–1850, bis 1798). Ihre Herkunft aus Schwaben und Bayern zeigte einerseits, wie offen und attraktiv das geistige Zürich für deutsche Aufklärer erschien, zumindest wenn sie (wie Risbeck, Wolf und Bronner) einst für eine geistliche Laufbahn bestimmt gewesen waren und nun mit dem Einverständnis der – kirchlich, also reformiert geprägten – Zürcher Zensur gegen die katholische «Clerisei» und ihre weltliche Herrschaft polemisieren durften.[6] Zum anderen manifestierte sich so der Charakter der Zeitungen im Ancien Régime: Ihr Inhalt beschränkte sich weitgehend auf Auslandnachrichten, von Kriegen oder monarchischen Höfen. Dazu kamen Meldungen über die wirtschaftliche Entwicklung: Ernteberichte, Währungskurse und Kornpreise. Darauf musste die «Zürcher Zeitung» allerdings bald verzichten, denn einflussreiche Wechsler und Kaufleute wollten solche «schädliche Neuerungen» nicht abgedruckt sehen.

Lesen konnte man aber Berichte über aussergewöhnliche Unglücksfälle, Verbrechen, Ungeheuer und Naturkatastrophen, gelegentlich auch aus der Schweiz. Politische Informationen über die eidgenössischen Kantone oder Zürich fehlten hingegen. Das lag einerseits daran, dass zumindest die lokalen Ereignisse in einer überschaubaren Stadt wie Zürich mit ihren 10 000 Einwohnern durch mündliche Kolportage ohnehin verbreitet wurden. Dazu kam aber die Zensur, die nicht nur verbot, was der reformierten Glaubenslehre oder den guten Sitten widersprach oder «der

Ehre und Ruhe Unsers politischen Standes nachtheilig» war, sondern 1767 auch festgehalten hatte, man möge «Nachrichten über einheimische Geschäfte unterlassen oder nur mit aller Behutsamkeit» behandeln.[7] Was das bedeutete, bewies gerade im Gründungsjahr der NZZ der Skandal von Johann Heinrich Waser. Der Pfarrer hatte in der Göttinger Zeitschrift «Schlözers Briefwechsel» einen Artikel mit statistischen Angaben über den Zürcher Kriegsfonds veröffentlicht und wurde dafür enthauptet, was internationales Entsetzen hervorrief. In den lokalen Zeitungen stand nichts darüber; diese meldeten höchstens mit lobenden Nekrologen den Tod von Bodmer, und selbst derjenige auf Salomon Gessner war 1788 sehr knapp gehalten.

Im übrigen war die Zeitung eine Nachrichtenlese, die man in der Druckerei zum Elsässer an der Münstergasse jeweils nach Eintreffen der Post vornahm, wie im Januar 1785 deutlich wurde: «Alle Briefe, oder aufrichtiger gesagt, die Zeitungen aus Deutschland Holland und England sind ausgeblieben. – Also Verzeihung, liebes Publikum.»[8] Die Berichte aus dem Ausland ermöglichten es durchaus, das neue Gedankengut zu propagieren, etwa mit dem Lob des aufgeklärten Absolutismus eines Friedrich des Grossen und vor allem Josephs II.

> Wenn eine künftige Generation in die Jahrbücher von Josephs Regierung herüberblickt, so wird sie erstaunen, dass ein einzelner Regent in wenigen Jahren Revolutionen in ergrauten Vorurtheilen und geheiligten Missbräuchen bewirkte, an denen Jahrhunderte erlahmten. Unsere Enkel werden sich im Schatten des Haines lagern, den Joseph auf den Gräbern des Mönchtthums und des Papstdespotismus pflanzte und Hand in Hand werden ohne gewaltige Religionszusammenschmelzungen Calvin, Luther und ein künftiger Ganganelli [Papst Klemens XIV.] darunter wandeln.[9]

Solche Visionen mochten in der Zwinglistadt auf Gegenliebe stossen, doch spätestens bei der Französischen Revolution begannen sich die Geister zu scheiden. Mit Wolf hatte von 1785 bis 1795 ein Rousseau-Anhänger die Redaktion des Blattes inne, und aus Paris berichtete ein anderer Deutscher, der Naturforscher und Hölderlin-Freund Johann Gottfried Ebel, der den Neuerungen zumindest anfangs sehr gewogen war. Am 26. August 1789 wurde die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte in einer ersten Fassung abgedruckt, wozu auch der – in der Eidgenossenschaft weiterhin unerhörte – Artikel zählte: «Die Pressfreyheit ist die stärkste Stütze der öffentlichen Freyheit.» Wolf hütete sich zwar, in der «Zürcher Zeitung» die wohlwollenden Kommentare über die Revolution

abzudrucken, die er als Korrespondent deutschen Zeitungen schickte. Doch wes Geistes er war, verrieten auch Formulierungen wie «die verhasste Feudalverfassung». In freiheitlichem Geist erschien 1794 ausserdem als Übersetzung der «Zürcher Zeitung» auch der «Corriere di Zurigo», ein Jahr später dann als «Corriere Transalpino». Damit wirkte man subversiv auf das österreichisch beherrschte Oberitalien, bis nach Napoleons Errichtung der Cisalpinischen Republik im Februar 1797 dort die Pressefreiheit eingeführt wurde und das von Zürich aus verbreitete Blatt sein Erscheinen wieder einstellte.

Auch in Zürich gärte es in den 1790er Jahren. 1794 wurden zwei Bauern ertappt, als sie über mögliche Verbesserungen der Verfassung diskutierten, nachdem sie in der «Zürcher Zeitung» gelesen hatten, dass ein Londoner Handwerker, der das Wahlrecht für alle Werktätigen gefordert hatte, zwar des Hochverrats angeklagt, dann aber freigesprochen worden war. Der Zensor, der den Beitrag hatte durchgehen lassen, wurde abgesetzt.[10] Dieselbe Angst vor den Untertanen verriet Salomon von Orelli, 1790 immerhin Präsident der *Helvetischen Gesellschaft*, der über «die von Stäfa» spottete, die jeden Mittwoch und Samstag ein eigenes Schiff nach Zürich schickten, um die «Zürcher Zeitung» zu holen. Kaum waren sie in der Seegemeinde zurück, «liefen die Politisierer von ihren Geschäften weg, um die Zeitung im Wirtshaus zu lesen, wo dann den ganzen Abend bei einem Glas Wein gekannengiessert ward».[11] Aus solchen Debatten entstand 1794 das «Stäfner Memorial», eine Bittschrift, die für die Landschaft alte Rechte zurückforderte und neue (Gewerbe-)Freiheit wünschte. Der «Stäfner Handel» endete mit Repression durch die Obrigkeit, unter anderem auch durch das Verbot der Lesegesellschaft. Doch im Februar 1798 wurden die Stäfner «Aufrührer» begnadigt, und man verkündete die völlige Gleichheit von Stadt und Land: Die Helvetik triumphierte.

Auch die «Zürcher Zeitung» kam am 24. Hornung 1798 mit einem neuen Motto im Titelkopf daher: «Neu, freymüthig, wahr». Die Erklärung folgte im Text:

> Jetzt da auch der Stand Zürich Freyheit u. Gleichheit als Grundgesetze seiner künftigen Staatsverfassung anerkannt hat, und die Augen der Landeseinwohner sowohl als der Auswärtigen auf die neuesten Verfügungen gerichtet sind, welche die bereits zusammengetretene Versammlung der Volksdeputirten zum Besten des Landes zu treffen gedenken; jetzt würde unserer Zeitung das Wichtigste fehlen, wenn wir der uns bisher vorgeschriebenen Regel, nichts von schweizerischen Ereignissen zu sagen, ferner getreu bleiben und unsern Lesern Nachrichten vorenthalten wollten, die sie in einer Zürcherzeitung, vor andern, mit Recht erwarten dürfen.[12]

1798:
Wir erlauben uns auch in Zukunft, über die wichtigsten Materien, die in der hiesigen Volksversammlung eben abgehandelt werden, kurze räsonnirende Aufsatze einzurücken, um jedermann eine leichte Übersicht der Grundsatze, um die bey Entscheidung der vorliegenden statistischen Fragen es hauptsachlich zu thun ist, vor Augen zu legen, um auch den gemeinen Mann in den Stand zu setzen, über dergleichen Materien nachzudenken, und seine Begriffe zu berichtigen.*

* NZZ, 24. 2. 1798.

Brommer wollte nicht nur die «ungeschminkte Wahrheit» verkünden, sondern erkannte auch, dass diese diskursiv, in einem offenen Prozess zu ermitteln war. Erstmals in der Geschichte der «Zürcher Zeitung» konnte ihre Rolle in der demokratischen Öffentlichkeit in einem modernen Sinn definiert werden: Als Forum auch für Beiträge von Gastautoren (die persönlich gezeichnet werden mussten) und als Ort kontroverser politischer Meinungsbildung, die letztlich in der Verantwortung des «gemeinen Mannes» lag, der jetzt staatstragend wurde und sich keiner fremden Autorität unterwerfen dürfe, auch nicht derjenigen der Zeitung: «Jedermann prüfe immerzu selbst, ob dem Verfasser nicht etwas Schiefes, Verschrobenes oder Halbwahres entwischet ist.»[13]

Das Blatt berichtete nun über den Verfassungswandel auf kantonaler und eidgenössischer Ebene, der das Land aus dem «anarchistischen Freiheitstaumel» gerettet habe. Dass eine äussere Macht, Frankreich, die neue Konstitution durchsetzte, sah Bronner nicht als Makel an. Andernfalls hätte «nur ein dürftiges, schwaches, föderatives System Statt finden können, das mehr nach den Wünschen so verschiedener Föderirter als nach ächten Grundsätzen der Staatskunst hätte gemodelt werden müssen, um den Beifall aller zu erhalten.»[14] Die Verfassung der Helvetischen Republik hatte nicht zuletzt mit Artikel 7 die Voraussetzung für solche Verfassungskommentare geschaffen: «Die Pressefreiheit ist eine natürliche Folge des Rechtes, das Jeder hat, sich unterrichten zu lassen.» Doch lange hielt die Helvetik nicht an den hehren Idealen fest, zumal sich die Pressefreiheit – anders als ursprünglich erwartet – auch gegen die neuen Herrscher richten konnte. Das zeigte sich nicht zuletzt in Zürich und bei Orell, Füssli & Cie., wie die Firma jetzt hiess. Dort hatte man den deutschen Redaktoren ihre Leistungen nicht sonderlich gut vergolten: Risbeck starb jung und verarmt in Aarau, nachdem er wegen auswärtiger Interventionen ebenso mit der Zürcher Zensur in Konflikt geraten war wie danach Armbruster.

Bronner – dem die Franzosen 100 Stockprügel angedroht hatten, nachdem er über ihren Raub des Zürcher Staatsschatzes geschrieben hatte – wurde im August 1798 aus der Redaktion verdrängt und 1802 als «Erzrevoluzzer» auf Lebzeit verbannt, fand aber im benachbarten Aarau Unterschlupf und eine später erfolgreiche Gelehrtenkarriere. Die «Zürcher Zeitung» kommentierte seine Verbannung mit der hämischen Hoffnung, sie möge «angesiedelten Fremdlingen» zur Warnung dienen, «welche sich bis jetzt unberufenerweise in unsre politischen Angelegenheiten gemischt» und den Schweizernamen herabgewürdigt hätten.[15]

Der Verfasser dieser Zeilen und Bronners Nachfolger war bis 1803 Heinrich Hirzel (1766–1840), ein Zürcher Theologieprofessor und seit 1798 auch Miteigentümer bei Orell Füssli. Sein Anliegen war der Kampf gegen den «Revolutions-Paroxismus»: durch kommentarlose «Neutralität», solange die befehdeten Unitarier an der Macht waren, durch reaktionäre Polemik, als die Föderalisten obsiegten. Allerdings akzeptierte auch Hirzel mit der Mediationsakte die Tatsache, dass sich das Land nur mit Frankreichs «Mitwirkung und Garantie» befrieden lasse; er freute sich, dass Napoleons Verfassungswerk föderalistisch und «nicht eine gemein helvetische Constitution ist, dergleichen wir seit 5 Jahren so manche ohne grosse Freude entstehen, und ohne grosses Bedauren zu Grabe tragen gesehen haben».[16] Aber auch Hirzels Wirksamkeit war nicht von Dauer: Die «Zürcher Zeitung» kämpfte mit finanziellen Verlusten, so dass er als Teilhaber und Redaktor aus der Firma ausschied.

Hirzels Nachfolger war ein Mitglied der Gründergeneration und wurde nun auch Hauptinhaber der Firma: der zur Abgrenzung vom gleichnamigen Künstler nach seiner Verwaltungsaufgabe benannte Ob-

Johann Heinrich Füssli (1745–1832) war einer von Johann Jacob Bodmers Lieblingsschülern und galt in der Jugend als «arger Demokrat». Der «Obmann» – wie man ihn zur Unterscheidung vom gleichnamigen Künstler nannte – besuchte Rousseau 1762 persönlich und wurde in Rom ein Vertrauter Winckelmanns, gab dann den «Erinnerer» heraus (bis 1767), wurde 1765 Mitglied der *Helvetischen Gesellschaft* und 1782 deren Präsident. Ab 1775 war er auch Bodmers Nachfolger als Professor für Vaterländische Geschichte an der Hohen Schule und forschte auch historiographisch, bis er 1785 in den Kleinen Rat, die eigentliche Stadt- und Kantonsregierung, eintrat. Die Helvetische Republik machte den Unitarier zeitweise zum Minister, ihr Scheitern beendete aber auch die politische Karriere des bei aller Vorsicht allzu Fortschrittlichen, auch wenn er in seiner Heimatstadt Grossrat blieb. Seine Haupttätigkeit bestand nun bis 1821 darin, als Haupteigentümer von Orell, Gessner, Füssli & Comp. die NZZ zu redigieren.*

* Vgl. auch Markus Bürgi, Artikel Johann Heinrich Füssli, www.dhs.ch (3. 10. 2004).

mann Johann Heinrich Füssli. Als Exponent der Helvetik war ihm die politische Karriere ab 1803 verbaut, so dass er sich nun bis zu seinem 75. Altersjahr der Zeitung widmete. Nach den Erfahrungen der Revolutionsjahre war er vorsichtig: Die «Zürcher Zeitung» konzentrierte sich nunmehr wieder auf Auslandnachrichten, und die Berichte waren sachlich und zurückhaltend. Der eigene Standpunkt drang höchstens zwischen den Zeilen durch – oder mit einer Meldung wie derjenigen von 1818, wonach Haiti die Pressefreiheit eingeführt habe.[17] Materiell allerdings zahlte sich die Vorsicht nicht aus: Die Zahl von 2816 Abonnenten im Jahr 1813 ging bis 1820 auf 419 zurück.

Liberales Kampfblatt zwischen Restauration und Bundesstaat: von Usteri zu Daverio, 1821–1849

Einen raschen Aufschwung, aber auch den Titel, den sie bis heute trägt, verdankte die «Zürcher Zeitung» dem Eintritt Paul Usteris in die Redaktion. Mit ihm wurde aus einer diskreten aufgeklärten Grundhaltung ein offenes liberales Bekenntnis. Am 3. Juli 1821 schrieb Usteri dem früheren helvetischen Reformpolitiker Philipp Albert Stapfer, nachdem die «Aarauer Zeitung», für die er bisher geschrieben hatte, «den in Bern stationierten Nachtwächtern der heiligen Allianz» erlegen war: «Um die politischen und litterarischen Schweizer Artikel, die ich ihr [Aarauer Zeitung] lieferte, nicht zu unterbrechen, hat sich hier die alte Elsässer Zeitung in eine ‹Neue Zürcher-Zeitung› umgewandelt, deren auswärtiger Teil unser Freund Füssli besorgt.»[1] Nicht nur diesem, sondern dem Blatt überhaupt war der liberale Kämpfer Usteri schon lange verbunden. Mit dem früheren Redaktor Peter Philipp Wolf hatte er in den 1790er Jahren sogar ein gemeinsames Publikationsprojekt zur Verbreitung der französischen Revolutionsideen angegangen. Vor diesem Hintergrund hatte er sich 1795 in einem Artikel *Über das Wesen der Pressfreiheit* auch gefragt, wie die Herrscher den Zeitgeist, die «öffentliche Meinung», erkennen konnten, von der sie doch so offensichtlich abhängig waren: «Ich sehe nur ein Mittel zur Volkskenntnis zu gelangen – warlich kein Robespierrisches Delationssystem, sondern die heilige Pressfreiheit.»[2]

Über die Bücherverbothe in Zürich konnte man seither einiges und wenig Wohlwollendes aus Usteris Feder lesen.[3] Daher war er ausdrücklich eine Zielscheibe der verschärften Zensurbestimmungen im *Press- und Fremdenkonklusum*, das die Tagsatzung im Juli 1823 auf Veranlassung der Grossmächte, aber mit bereitwilligem Einverständnis der meisten Kantone erliess. Usteri überschritt auch danach immer wieder die Geheimhaltungsvorschriften und schrieb unter anderem Namen aufgrund von Informationen, zu denen er als Regierungsmitglied Zugang hatte. Anders als einst der unglücklich hingerichtete Waser geschah diesem gesellschaftlich führenden Spross aus guter Familie nichts, obwohl jeweils klar war, von welchem schwarzen Schaf die Indiskretion herrühren musste. Aller-

Paul Usteri (1768–1831) war der Sohn des Theologen und Rousseau-Freundes Leonhard Usteri, des Gründers der Zürcher Töchterschule. Nach seiner Promotion als Mediziner in Göttingen unterrichtete Paul Usteri am Medizinischen Institut in Zürich. Im April 1798 wurde der prominente Republikaner Senator in der Helvetischen Republik und im Herbst Präsident des Senats, 1801 dann des Gesetzgebenden Rats. Zusammen mit Johann Conrad Escher von der Linth gab er den «Schweizerischen Republikaner» heraus. 1803 gehörte er als Unitarier zur Schweizer Delegation, die von Napoleon nach Paris eingeladen wurde, um die Mediationsverfassung zu verabschieden. Als Kleinrat ab 1803, der für die Sanität zuständig war, und als Vorkämpfer der Pressefreiheit behauptete sich Usteri weiterhin, obwohl er der führende Exponent der Schweizer Liberalen war und vielfach angefeindet wurde. Nach der Regeneration und der Einführung einer neuen Kantonsverfassung wurde Usteri 1831 zum Bürgermeister gewählt, doch verstarb er noch vor Amtsantritt.

dings wählte Usteri für die besonders heiklen Reportagen nicht seine eigene Zeitung, sondern – wie schon seit längerem – die «Allgemeine Zeitung» in Augsburg; dort erschien zum Entsetzen vor allem der Berner auch der geheime Kommissionsbericht zum Pressekonklusum.

Der freiheitliche Geist fand seinen Niederschlag inzwischen aber auch in den weiter von Füssli – der zusammen mit seinem neuen Kompagnon und Nachfolger Johann Hagenbuch auch den Verlag leitete – betreuten Auslandnachrichten, so namentlich in der Anteilnahme am griechischen Unabhängigkeitskampf gegen die Türken, auch wenn man «der heldenmüthigen Jugend» davon abriet, aktiv daran teilzunehmen.

> Die Griechen bedürfen anderer Dinge als einiger Schwärme freyheitsliebender Abentheurer, die nicht einmal ihre Sprache verstehen; die Schweizerjünglinge aber thun besser im Vaterland zu bleiben, und sich zu nützlichen Bürgern und muthigen Vertheidigern desselben für die Zeit, wo seiner Freyheit Gefahr drohen mag, auszubilden.[4]

In der Eidgenossenschaft hob die Tagsatzung im Sommer 1829 das *Press- und Fremdenkonklusum* wieder auf. Die NZZ musste die entsprechenden Verhandlungen an sich noch vertraulich behandeln und konnte sich «nur wenige darauf bezügliche Andeutungen erlauben». Gleichwohl hielt sie die «unverkennbar grossen Fortschritte» fest, «welche die öffentliche Behandlung der öffentlichen Angelegenheiten, die mit der Pressfreyheit schwesterlich verbundene Publicität, neuerlich gemacht haben».[5] Die Gärung in der Schweiz wurde 1830 durch die Pariser Julirevolution zum Überschäumen gebracht. Die NZZ verfolgte die Geschehnisse gegebenenfalls in «Extrabeylagen» gebannt mit, umso mehr, als die Aufhebung der Pressefreiheit Auslöser der Unruhen gewesen war: «Ein mächtiges Volk, das der Wille von Wenigen um die heiligen Rechte seines

1828:
Zum Wesen des Freistaats gehört die Öffentlichkeit, und in stellvertretenden Verfassungen ist der Bürger berechtigt, was seine Stellvertreter thun und verhandeln, zu kennen. Was diese Stellvertreter der Nation, was die Behörden im republikanischen Staate verwalten und verhandeln, das ist nicht ihr Eigenthum, es ist Eigenthum der Gesamtheit, der sie darüber Rechenschaft schuldig sind. Das Wesen des Freistaates erheischt die Teilnahme der Bürger an den öffentlichen Angelegenheiten; durch diese Teilnahme allein nur mögen Kraft und Wohlstand, mögen Ehre und Ansehen der Republik erzielt und erhalten werden; ohne die Teilnahme der Bürger, und wo diesen des Vaterlandes Angelegenheiten und Verhältnisse gleichgültig sind, geht dieses zu Grund. Wie könnte aber jene Teilnahme beim Geheimnis je über alle wichtigen Angelegenheiten des Staates möglich sein, wie wäre sie denkbar ohne Öffentlichkeit?*

* Paul Usteri vor dem Zürcher Grossen Rat, 1828; Weisz, Redaktoren, 1961, S. 88.

Grundvertrags bringen wollte, ist erwacht, und hat die schmählichen Fesseln gebrochen, in welche die königlichen Ordonnanzen vom 26. Juli dasselbe zu schlagen gedachten».[6]

Im September 1830 verbot die Berner Kantonsregierung die NZZ noch «als ein verläumderisches, feindseliges Blatt», doch schon wenig später gab es diese Regierung nicht mehr.[7] Auch in anderen Kantonen setzte sich die Regeneration durch, liberale Verfassungen wurden erlassen und neue Männer kamen an die Macht. Für Usteri verlief diese Umwälzung eher zu rasch, wie sein Kommentar zum Ustertag im Kanton Zürich zeigte: «Die aufgeregten Gemüther vermögen nicht, den langsameren Gang der Verhandlungen der Behörden ruhig abzuwarten.»[8] Die NZZ wünschte ein liberales Repräsentativsystem, keine direkte Demokratie: Vom Volk gewählte Vertreter sollten herrschen und das Land evolutionär voranbringen, nicht aber das unberechenbare und unaufgeklärte Volk selbst. Tatsächlich blieb der Wandel 1830 in geregelten Bahnen, wie die NZZ rückblickend erleichtert feststellen konnte: «Wir sind ganz friedlich und ohne den mindesten Stoss zu verspüren, aus der alten Ordnung der Dinge in die neue hinüber gekommen.»[9] Der Zürcher Grosse Rat wählte nun sogar den verdienten alten Liberalen Usteri zum Bürgermeister, doch der 63jährige erlag noch vor Amtsantritt einer Lähmung des Magen-Darmkanals.

Das Bürgermeisteramt entführte 1832 der NZZ auch Usteris Zögling und Nachfolger Johann Jakob Hess (1791–1857), der von ursprünglichen reaktionären Überzeugungen zum Liberalismus (und nach 1839 wieder in die andere Richtung zurück) fand. Mit Hess setzte eine neue Phase ein, in welcher die Redaktion sehr häufig wechselte. Bis 1834 folgten Ignaz

1830:
Jene Büreaukratie, sie mag mit collegialischer Geschäftsbehandlung verbunden seyn oder nicht, hat mehrfache Nachtheile, indem sie den Aufwand für die Staatsverwaltung ungebührlich erhöht, viele Angelegenheiten der Behandlung gerade derjenigen, die durch ihre Lage und ihr eigenes Interesse dazu am geeignetesten sind, entzieht, mit mancher Geschäftsbehandlung unnütze Kosten verbindet und alle Geschäfte, selbst die von geringerem Belang, dem langsamen Kreislauf durch die weitläufige Hierarchie der Behörden aufwärts und abwärts unterwirft, ohne dass die Gründlichkeit und Zweckmässigkeit in der Erledigung der Geschäfte, also die Hauptsache, dabey gewänne. Sollt es nicht die Aufgabe der ächten menschlichen Regierungsweisheit seyn, mit der Einmischung in die Angelegenheiten der Einzelnen und der Gemeinden sparsam und überall bedacht zu seyn, mit Wenig Viel auszurichten? *

* NZZ, 1830; Maissen, Sonderbund, 1998, S. 55.

Thomas Scherr (1801–1870), Heinrich Escher, Georg Fein (1803–1869) und Heinrich Christian Gustaf von Kombst (1806–1846) aufeinander, ehe Heinrich Escher (1789–1870) noch einmal bis 1837 das Ruder führte. Der Württemberger Pädagoge Scherr, der wenig später als Seminardirektor in Küsnacht seine radikalen Reformkonzepte umsetzte, erklärte die «fortgesetzte Entwickelung der bürgerlichen Rechte und Freiheiten und Beförderung derselben in strenger Wahrheit» zur weiterhin wichtigsten Aufgabe des liberalen Blattes.[10] Wie im 18. Jahrhundert erlebte die NZZ noch einmal eine Reihe von (bis auf Escher) deutschen Redaktoren. Das konnte allerdings fast umgehend zu Komplikationen führte, weil diese Flüchtlinge mit wenig Rücksichtnahme auf das Asylland für eine liberale Internationale eintraten, so beim Savoyer Zug von 1834. Kombst erlaubte es sich sogar, die Schweizer Neutralität im Kampf der Despotien gegen die «freiheitsliebenden Staaten» als «leeres Wort» abzutun – was bereits nach 16 Tagen Arbeit seinen Abgang nach sich zog.[11]

Andererseits hatte Kombst wenig für die Bundesrevision übrig gehabt, die dem restaurierten Staatenbund von 1815 eine modernere Form geben sollte. Das war indessen für die Schweizer und namentlich für den im Vor- und Hintergrund meist präsenten Heinrich Escher das Hauptthema dieser Jahre und viel wichtiger als eine Solidarität mit Flüchtlingen, denen es nicht um die Schweiz, sondern um ihre Heimat gehe. Das Blatt befürwortete entschieden eine neue Verfassung für ein Land, das «weder Nationaleinheit des Sprachstammes noch die Einheit der Religion» kenne und ein Spielball des Auslands zu bleiben drohe. Ohne engeren Zusammenschluss sei die Eidgenossenschaft «ein blosser Kollektivbegriff ohne Wesenheit, ein Verein mehrerer Staaten, wovon jeder sich selbst der höchste Zweck ist

und in dem Vereine bloss das Mittel zu Erreichung dieses Zweckes sieht».[12] Die durch eine eidgenössische Kommission ausgearbeitete Bundesurkunde vermochte die NZZ – die jetzt die Verhandlungen der kantonalen und eidgenössischen Parlamente in Protokollen der Öffentlichkeit zugänglich machen konnte – nicht zu befriedigen, aber sie trat 1833 trotzdem für deren Annahme ein, damit «die schrecklichste Rechtsungleichheit» abgeschafft sei, weil die gültige Verfassung denjenigen, «welche nichts bedeutende Leistungen tragen und vermögen, gleiche Rechte einräumt, wie denen, welche das zehn- und 20fache leisten, und dadurch einer unbedeutenden Minderheit den Titel einer erdichteten Mehrheit verleiht und zwar nicht zu Gunsten höherer Bildung, sondern, wie absichtlich, zu Gunsten der Unwissenheit als Werkzeug der Pfaffen».[13]

Die Bundesurkunde scheiterte jedoch am vereinten Widerstand derjenigen Liberalen, die mehr Bundeskompetenzen forderten, und der Konservativen, die – wie das obige Zitat verrät – vor allem aus katholischen Kreisen stammten. In den kommenden 15 Jahren blieb dies die Frontstellung, in der sich die NZZ zu behaupten hatte. Es war eine turbulente Zeit, in der mit soliden Informationen, oft aber auch mit demagogischen Argumenten für gegenläufige Konzeptionen der Schweiz gefochten wurde. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurden in der Eidgenossenschaft 500 Periodika gegründet, von denen 20 in irgendeiner Form bis in die Gegenwart überlebt haben; allein bei den politischen Zeitungen stieg die Zahl zwischen 1830 und 1848 von 37 auf 110. So sehr die Meinungen zwischen katholischen und reformierten Konservativen, (Westschweizer) radikalen und (Ostschweizer) liberalen Freisinnigen und später dann auch den ersten sozialreformerischen Blättern auseinandergingen, so führte gerade dieser Meinungsstreit dazu, dass die Schweizer sich als Nation zu verstehen begannen. Die Zeitungsmacher lasen ihre Konkurrenten nicht nur, sondern zitierten diese auch ausführlich, um sie dann minutiös widerlegen zu können. Gleichzeitig führten sie auch diejenigen Stimmen an, die zum Teil in weiter Ferne mit der eigenen Meinung übereinstimmten – nicht zuletzt die eigenen, geistesverwandten Korrespondenten in anderen Kantonen. So erfuhr der katholisch-konservative Luzerner Grossbauer, dass er nicht nur im Urner Landmann, sondern auch im protestantischen Stadtbasler Fernhändler einen Gesinnungsgenossen haben konnte, während sein ebenfalls katholischer, aber liberaler Nachbar, mit dem er sich im Wirtshaus zu streiten oder prügeln pflegte, sowohl die

1835:
Einen politischen Glauben an irgendeine ausschliessliche, alleinseligmachende Doktrin hat freilich die Redaktion der NZZ nicht, wie sie überhaupt dem Denken vor dem Glauben den Vorrang gibt und dabei weiss, dass auch im Gebiete des Denkens wenig allgemeine Wahrheiten zum Dogmatismus berechtigen. *

* NZZ, 20. 6. 1835.

Tessiner Radikalen gleicher Konfession als auch den reformierten Baselbieter für seine eigene Sache anführen konnte. Gesamtschweizerisch entstanden so Frühformen von Parteien und von diesen geprägte Lebensformen selbst bei den ausgeprägten Föderalisten, welche die souveränen Kantone vor gesamtschweizerischen Institutionen schützen wollten. Die jungen Zeitungen, die ihre anfangs rein lokale oder regionale Orientierung ablegten, waren eben als Parteiblätter, wie sie im 19. Jahrhundert dominierten, der Motor dieses umfassenden nationalen Politisierungs- und damit Demokratisierungsprozesses, gerade wenn sie in Pfarr-, Rat- und Gasthäusern oder Lesegesellschaften in Gruppen vorgelesen und diskutiert wurden. Mittelfristig führte das auch zu einer demokratischen Diskussionskultur, die den eigenen Standpunkt nicht mehr verabsolutierte und sich an selbstauferlegte Grenzen hielt im Umgang mit dem politischen Gegner, aber auch mit in- und ausländischen Regierungen, selbst wenn diese keine Zensur mehr ausüben konnten oder wollten.

Die NZZ galt damals als «schweizerisches Hauptblatt» mit der grössten, überkantonalen Verbreitung, obwohl die Auflage von im besten Fall 3500 Exemplaren für spätere Verhältnisse bescheiden war. Damit war das Blatt an vorderster Stelle involviert bei dieser Konkurrenz um die neu zu definierenden «Quellen der Wahrheit», die aus der Krise beim Übergang vom Staatenbund des *Ancien Régime* zum modernen Bundesstaat herausführen und ein neues Zusammengehörigkeitsgefühl begründen sollten.[14] Ihr Redaktor Heinrich Escher, der als Jurist auch das Kriminalgericht präsidierte und eine Professur innehatte, machte sich Gedanken über den schweizerischen Nationalcharakter, kurz bevor er Ende 1833 Zürcher Regierungsrat wurde. Begründet sei dieser, in einem von monarchischen Staaten umgebenen Land, in der republikanischen Verfassung, der politischen Freiheit, «ganz wie die alten Römer und die Griechen sie verstanden». Gegen die immer gefährlicheren Feinde brauche es für das schwache Land «Einheit der Gesinnung und ein enges politisches Band», also überkantonale Strukturen.[15] Doch dieses im vorrevolutionären Republi-

kanismus wurzelnde Gemeinschaftsethos stiess wie im 18. Jahrhundert dann an seine Grenzen, sobald die Religion in Gefahr schien – durch «Atheisten» wie den nach Zürich berufenen rationalistischen Kirchenhistoriker David Friedrich Strauss, der den Anlass zum konservativen «Züriputsch» abgab; aber ebenso durch «ultramontane» Machenschaften, deren Skandalisierung es den Liberalen erlaubte, ihre Reihen zu schliessen und das reformierte Volk hinter sich zu scharen, dem der «wahre Glauben» wichtiger war als der Ruf einer Bildungselite nach mehr Demokratie.

«Straussenhandel» und «Züriputsch» führten dazu, dass die beiden ehemaligen NZZ-Redaktoren Scherr und Escher ihre Stelle verloren: als radikaler Seminardirektor der eine, als gemässigt-liberaler Regierungsrat der andere. Auch der NZZ fuhr der Schreck in die Glieder: «Der Anblick des Bürgerkrieges hat in Manchem die politische Leidenschaft gedämpft.»[16] Als Redaktor wirkte zu dieser Zeit, seit 1837 und bis zu seinem frühen Tod, Johann Conrad Ott (1814-1842), ein Enkel Usteris, der «Die Revolutionen des Jahres 1839» nüchtern und betrübt analysierte. Beide Parteien, die «aristokratische» und die «revolutionäre», seien «zugleich legitim und revolutionär; in beiden ist die Inkonsequenz und beide werfen sie sich mit gleicher Heftigkeit vor». Ott machte sich grosse Sorgen, weil nun für beide Seiten der Zweck die Mittel heiligte und es sich abzeichnete, dass die herkömmlichen, friedlichen, aber statischen politischen Prozeduren nicht mehr als genügend angesehen wurden, um die grundsätzlichen Probleme zu klären. Stattdessen werde Anarchie endemisch:

> Schaut denn Niemand mehr auf das Wohl des Gesamtvaterlandes? Wir unserseits müssen jede Revolution tief missbilligen, die in einem Gemeinwesen ausbrach, das auf dem Wege der Verfassung sich hätte helfen können.[17]

Die staatsrechtliche Überzeugung der NZZ ging dahin, dass eine auf dem Fundament der Volkssouveränität errichtete Verfassung – in unmissverständlicher Absage an die organischen Vorstellungen der Konservativen – den geordneten Lauf der politsch-gesellschaftlichen Dynamik garantieren sollte. War aber eine revidierbare Konstitution einmal etabliert und vom Volk abgesegnet, so durfte sie nur gemäss den in ihr vorgesehenen, legalen Prozeduren geändert werden – so die ebenso klare Abgrenzung gegen den freisinnigen Radikalismus, welcher im Geiste Rousseaus der souveränen Nation die Möglichkeit offenliess, durch Volksversammlungen oder gar Revolutionen eine neue Regierung oder Verfassung

durchzusetzen. Das politische Patt zwischen konservativen Föderalisten und radikaldemokratischen Zentralisten beliess die vorsichtigeren Zürcher Liberalen, für welche die NZZ sprach, vorerst in einer manchmal unbequemen Mittelstellung, bis die konfessionelle Problematik die Fronten klärte. Während man über die Art und das Tempo der politischen und wirtschaftlichen Modernisierung in der Schweiz unterschiedlicher Meinung sein konnte, war es für das liberale Blatt unbestritten, dass ein Weg zurück zu – wie es die Freisinnigen wahrnahmen – katholischem Obskurantentum nicht in Frage kam. Als der Kanton Aargau die Parität von katholischer Minderheit und protestantischer Mehrheit durch das Prinzip «one man – one vote» ersetzte und 1841 nach politischen Unruhen die Klöster aufhob, was gegen den Bundesvertrag von 1815 verstiess, da bezog auch die NZZ instinktiv Position: «Dieser neue Ultramontanismus, dieser Römlingsgeist steht in grossem Kontraste mit der milden, brüderlichen Stimmung, in welcher gegen das Ende des verflossenen und anfangs des gegenwärtigen Jahrhunderts beide Konfessionen meistens gegeneinander standen.»[18]

Das Blatt betonte in den folgenden Jahren allerdings regelmässig, dass es in der innereidgenössischen Krise nicht um einen konfessionellen Konflikt ging, sondern um einen politischen. Das fiel der NZZ insofern leicht, als sie von 1843 – als sie täglich, inklusive Sonntag, zu erscheinen begann – bis 1849 vorwiegend (liberale) Redaktoren katholischer Herkunft hatte: während einiger Monate 1843 als Übergangslösung nach Otts unerwartetem Tod den Schwyzer Melchior Diethelm (1800–1873), dann bis 1845 – gemeinsam mit Johann Ludwig Meyer (1818–1869) aus Aarau – Diethelms Freund und Landsmann Johann Kaspar Wilhelm (1805–1868) und schliesslich den auf diesem Posten früh verstorbenen Luigi Ercole (Ludwig Herkules) Daverio (1804–1849), der Sohn eines aus Mailand emigrierten italienischen Geistlichen, der allerdings 1819 in Fluntern bei Zürich konvertiert war. Daverio verwahrte sich in einem Artikel ausdrücklich gegen «Die grosse Lüge», wonach die katholische Religion in Gefahr sei. «In beiden Lagern erblicken wir Katholiken und Protestanten, gesondert nach der politischen Farbe.» Reformierte Kleriker hielten «donnernde Predigten gegen die liberale Schweiz»; solle man deshalb annehmen, «die donnernden Geistlichen neigen sich zum Katholizismus oder seien gar heimlich den Jesuiten verschrieben»? Nicht einmal die Anführer des Sonderbunds glaubten an die von ihnen verkündete Religions-

gefahr, und deshalb werde ihnen in der Schlacht auch der Mut der Gläubigen fehlen. «Lasset doch die Religion bei Seite und sprecht von der Politik!»[19]

Aufhänger der Krise und Voraussetzung für den liberalen Umschwung in Kantonen wie Zürich war denn auch nicht der Glaube oder die Kirche der Katholiken, sondern der Orden der Jesuiten, dessen Berufung nach Luzern 1844 in den Augen der NZZ die Preisgabe des religiösen Friedens bedeutete. Für das Zürcher Blatt verkörperten die Jesuiten allerdings viel mehr als eine konfessionelle Frage, vielmehr über die Konfessionsgrenzen hinweg den Kampf gegen die «Prinzipien der Neuzeit». Deshalb werde der «Jesuitenkrieg» unvermeidlich, wenn man nicht ins Ancien Régime zurückwolle.

> Auf dem politischen Gebiete hat der moderne Jesuitismus an der Opposition gegen die französische Revolution, gegen die Auffassung des Staates als eines Erzeugnisses frei und bewusst zusammenwirkender Individualitäten sich ausgebildet, er hat dem contract social, dem ersten unverarbeiteten Ausdruck dieses Grundgedankens der französischen Revolution den Staat als Organismus, als natürliches, dem Individuum übergeordnetes Wesen aufgefasst. Ueber Trümmern und Verheerungen diesen Staat, der in unserer Zeit Vorrecht und Willkür nothwendig zurückführen müsste, wieder herzustellen, davor erbebt er nicht.[20]

Unter diesen Umständen war es für die NZZ auch klar, wer die radikalliberalen Freischarenzüge gegen Luzern zu verantworten habe, denn seit der Jesuitenberufung sei es «wohl dem denkenden Beobachter klar geworden, dass die Jesuitenfrage früher oder später mit dem Schwerte gelöst werden müsse». Eine friedliche Lösung sei deshalb nicht mehr denkbar, weil die Luzerner die «fremde Giftpflanze» nicht mehr durch eigene Kraft aus ihrem Organismus entfernen könnten.[21] So beschränkte sich die NZZ nach der Niederlage auch des zweiten Freischarenzugs 1845 auf das Fazit, «das Blut der Sieger wäre einer bessern Sache, das Blut der Unterlegenen eines bessern Ausganges würdig gewesen». Man hatte viel Verständnis für die geistesverwandten Urheber eines «allerdings ungesetzlichen Krieges, wie denn aller Bürgerkrieg ungesetzlich ist».[22]

Gegen solche Freischarenzüge und den Eingriff in ihre Souveränität, die ihnen die Berufung eines Ordens freilasse, gründeten die Luzerner zusammen mit den anderen Innerschweizer Kantonen, Freiburg und dem Wallis Ende 1845 eine «Schutzvereinigung». Nun hatte auch die konservative Seite gegen den Bundesvertrag von 1815 verstossen, der einen solchen separatistischen «Sonderbund» verbot, wie ihn denn auch die Geg-

ner sofort benannten. Auch die NZZ stellte sich fortan unbedingt auf diesen Rechtstandpunkt und verband damit die Frage einer Verfassungsrevision, die «sehr notwendig» sei, allerdings nicht «auf revolutionärem Wege» erfolgen dürfe.

> Die verwerfliche Lehre unumschränkter Kantonalsouveränität, diese bundeszernichtende Lehre, musste durch den Sonderbund in ihrer ganzen Scheusslichkeit zu Tage treten, um dem Schweizervolke die Augen zu öffnen und den Abgrund zu enthüllen, an dessen Rand die Schweiz durch diese heillose Lehre gebracht worden ist.[23]

Im Lauf des Jahres 1847 stabilisierte sich die liberale Front auch dank Wahlsiegen in verschiedenen Kantonen und zuletzt in St. Gallen soweit, dass eine knappe Mehrheit an der Tagsatzung für die – militärische – Auflösung des Sonderbunds optierte. Die gleich zu Beginn des Krieges durch General Dufours Tagsatzungstruppen erfolgte Unterwerfung von Freiburg wurde den sonderbündischen Soldaten in der «Katholischen Staatszeitung» verheimlicht; ihr General erfuhr davon aus einem Exemplar der – seit 1844 in der Innerschweiz verbotenen – NZZ, das Nidwaldner Truppen bei einem Vorstoss in die Hände fiel. Unter diesen Umständen war es verständlich, dass eine Schwyzer Frau einen Wachposten der feindlichen Tagsatzungstruppen verzweifelt um eine NZZ bat, weil sie den Parteinachrichten der konservativen Obrigkeiten nicht mehr glauben mochte. Auch Tagsatzungssoldaten rissen sich das Blatt aus den Händen, um die Augenzeugenberichte über die Siege der eigenen Truppen lesen zu können. Einige von diesen brachen jedoch, auf dem Rückmarsch nach der Eroberung Luzerns, die Lektüre eines Artikels ab, weil sie das heroische Pathos für unangemessen ansahen.[24]

Nach der militärischen Klärung konnte man sich auch daran machen,

1846:
In neuerer Zeit aber ist die Frage über Bedeutung und Umfang der Volkssouveränität aufgetaucht – im Grunde nicht als die Frage, ob das Volk ein unumschränkter, absoluter oder aber ein konstitutioneller Oberherr sein solle. … Es ist in konstitutionellen Staaten um so unnöthiger dem Volke die Rechte eines absoluten Herrschers einzuräumen, da seinem Willen die Behörden ohnehin auf die Länge nicht zu widerstehen vermögen, ohne dass sich derselbe auf ungesetzlichem Wege geltend zu machen braucht. … Revolutionen können freilich auch in konstitutionellen Staaten ausbrechen und die Schweiz hat deren manche erlebt; man soll sie aber bei ihrem Namen nennen und nicht dadurch, dass man sie als Akte des Souveräns hinstellt, ihnen eine Art höhere Weihe, einen gesetzlichen Anstrich verleihen wollen.*

* NZZ, 22. 1. 1846.

eine neue Verfassung auszuarbeiten. In der entsprechenden Kommission mit einem tiefen Durchschnittsalter sass unter anderem auch, als Vertreter von Schwyz, der kurzzeitige NZZ-Redaktor Melchior Diethelm. Im Unterschied zu ihm wandte sich sein Nachfolger Daverio anfangs gegen den von den USA inspirierten Bikameralismus, wie er dann nach 31 Plenarsitzungen im April 1848 im Tagsatzungsentwurf vorlag. Die NZZ wünscht sich nur eine Kammer und entsprechende zentralistische Kompetenzen, die durch den Ständerat reduziert würden. Als es aber im Sommer darum ging, die gesamte Verfassungsvorlage entweder zu akzeptieren oder abzulehnen, überwand das Blatt seine punktuellen Bedenken: «Der ganze Entwurf enthält aber des Guten soviel, ist ein so bedeutender Fortschritt und stellt uns so unzweideutig auf einen ganz andern Boden, als bisher – auf den des Bundesstaates entgegen dem Staatenbunde – dass wir keinen Augenblick anstehen, ihm unsere volle Zustimmung zu geben.»[25] Entsprechend freudig begrüsste Daverio im September 1848 die neue Verfassung «für die alte Burg der Freiheit, für das schöne, vom Himmel so herrlich begabte Alpenland».

> Das Herz wogt höher. Die Schweizernation ist endlich zum Wort gekommen, sie hat das ihr gebührende Stimmrecht erhalten; die Nation, bisher nur in den Herzen der Bessern lebend, steht nun da in unbestreitbarer Wirklichkeit, mit Entscheiden der Stimmen, mit ausgedehnten Vollmachten ausgerüstet. Nicht nur im Auslande werden fortan die Schweizer aus verschiedenen Kantonen als Glieder einer Nation erscheinen und auftreten, auch im Inland wird es so sein, auch im Inland wird es, namentlich dem Auslande gegenüber, nur Schweizer geben. Wohin wir nun auch ziehen in der Schweiz, wir sind zu Hause, Bürger und keine Fremdlinge mehr.[26]

Tatsächlich war die Bedrohung durch das Ausland eine ebenso wichtige Voraussetzung für eine Bundesreform, welche die (militärische) Zentralgewalt stärkte, wie die vorübergehende Gunst der aussenpolitischen Umstände, die ein solch ambitiöses und heikles, da liberales Experiment ermöglichte. Die mächtigen Monarchien hatten gegrollt, als der Sonderbund unterworfen wurde, aber entgegen den Hoffnungen, die sich seine Anführer – die «Partei des Auslandes» in den Worten der NZZ[27] – gemacht hatten, nicht interveniert, auch dank dem britischen Wohlwollen für die Eidgenossen. Nicht zuletzt unter dem Eindruck der Schweizer Veränderungen, die in den liberalen Kreisen des Kontinents – und selbst im päpstlichen Rom – mit Jubel und Grussadressen aufgenommen worden waren, brach sich schon bald die revolutionäre Bewegung in ganz Europa Bahn: Der Pariser Februarrevolution und dem Sturz Louis Philippes folg-

ten Aufstände in Preussen, Österreich, Bayern, Württemberg und Baden, Ungarn, Süd- und dann Norditalien. Die NZZ verfolgte die Entwicklung über ihre Korrespondenten, manchmal nicht frei von Sorgen, aber insgesamt erfreut und erleichtert: «Es ist Zeit, hohe Zeit, dass das Schicksal edler Völker nicht mehr von den Launen einzelner schwachköpfiger, lasterhafter Menschen abhänge.»[28]

Als Metternich, die Personifikation der Restauration von 1815, zurücktreten musste, jubilierte man auch in Zürich: «Die Weltgeschichte ist aus den alten Angeln gehoben!»[29] Die NZZ begann nun, an einen Frieden zu glauben, nachdem ihr zuvor der europäische Krieg zwischen dem revolutionären Frankreich und den reaktionären Mächten «unausweichlich» geschienen hatte: «Nie hat den Völkern die Sonne der Freiheit herrlicher geleuchtet!»[30] Man lebe in «Zeiten der Wunder»: Eine französische Republik habe es schon früher gegeben – «Aber Pressfreiheit in Wien! Eine Verfassung in Oesterreich!» Wie aber sollte sich die offizielle Schweiz positionieren in diesem epochalen Kampf, dessen zwei Lager die NZZ schon 1833 definiert hatte, «das der Freyheit und das des Absolutismus»? Selbstverständlich unterstützte man «das Ringen der Völker nach Freyheit und Selbständigkeit».[31] Doch anders als seine deutschen Vorgänger verstand Daverio die Rolle der Schweiz nicht als «Hexenküche, wo Revolutionen für andere Länder ausgekocht und ausgebrudelt werden».[32]

> Wir preisen die Schweiz glücklich eine Republik zu sein; ihre Aufgabe ist es aber keineswegs, andern Völkern zur Republik zu verhelfen, am allerwenigsten durch die verwerflichsten, schändlichsten Mittel, welche der besten Republik den Untergang bringen würden, wenn sie jemals zur Anwendung kommen sollten. Durch Verthierung der menschlichen Natur wird ein Thierreich, nicht aber eine Republik gestiftet. Gott bewahre uns vor Menschenbeglückern, wie sie sich uns in einigen deutschen Flüchtlingen gezeigt haben! Sie könnten den besten Republikaner in einen ergebenen Anhänger der Monarchie umwandeln.[33]

Aus dieser Position heraus plädierte das Blatt entschieden dafür, bei aller Sympathie für die nationalen liberalen Bewegungen an der historisch gewachsenen Neutralität festzuhalten.[34] Wenn einzelne Eidgenossen sich auf eigene Faust der lombardischen Erhebung gegen Österreich anschlossen, so sei das verständlich und zu dulden. Die Konvenienz gebiete aber dem Staat, so der italienischstämmige Redaktor, Zurückhaltung im südlichen Nachbarland: «Die Zeit, da die Völker nur aus Sympathie handeln, scheint uns noch ferne zu sein.» Gerade das forderte man aber inkonsequenterweise von Frankreich, das man zu einer militärischen Interven-

tion zugunsten der aufständischen Italiener aufrief, die man für sich selbst mit der Begründung ablehnte, dass «zwischen dem mächtigen Frankreich und der kleinen Schweiz in europäischen Angelegenheiten eben ein mächtiger Unterschied ist».[35]

Während die Loyalität zu den romanischen Volksbewegungen ungebrochen blieb, tat sich die NZZ schon rasch schwer mit den anfangs ebenfalls euphorisch begrüssten deutschen Liberalen. An eine republikanische Entwicklung mochte sie dort ohnehin nicht glauben: «Wir wollen selbst zugeben, dass die Monarchie mit ihren Hofräthen, ihren Orden und Ruhegehalten in Deutschland zur Stunde die einzig mögliche Staatsform sei.»[36] Aber auch der Weg zu einer konstitutionellen Monarchie schien ihr belastet, da die deutschen Liberalen doktrinär und gleichzeitig untertänig feige seien: Vor dem revolutionären Aufbruch suchten sie rasch Zuflucht «um Thron und Altar».[37] Noch mehr ärgerte Daverio sich aber über den übersteigerten und fehlgeleiteten Nationalismus der Deutschen, ihren «dummen Franzosenhass»: «Etwas weniger Patriotismus und etwas mehr Freiheitsliebe thäten hier Noth.»[38] Entsprechend herablassend begegnete das Blatt auch dem liberalen Frankfurter Vorparlament und seinem «Michelsausschuss» aus «Bücherwürmern und Hofschranzen», «arroganten Stubengelehrten und servilen Naturen», die Österreichs «Verknechtung der Lombardei» unterstützten statt freie Wahlen in der Heimat zu organisieren.[39] «Die Schweizer glauben einmal vor der Hand, dass aus der deutschen Freiheit nicht viel Grosses werden möge.»[40]

Tatsächlich scheiterten die liberalen Revolutionen bald überall, und der desillusionierte Daverio musste sich im Herbst fragen: «Wie ist es so gekommen?» Die NZZ ortete den Kern des Verhängnisses im «sozialen Element», das der Februarrevolution innegewohnt hatte. «Die tapfern Proletarier, die den Februarsieg erfochten hatten», wären massvoll gewesen, doch «die Sozialisten haben durch ihre fortwährenden Angriffe auf jede Ordnung, jedes Gesetz Frankreich zu der unglückseligen Politik hingedrängt, die es jetzt in europäischen Angelegenheiten befolgt» – nämlich aussenpolitische Passivität, um den innenpolitischen Forderungen Genüge tun zu können. Angesichts der drohenden Umwälzungen hätten sich Liberale und Bürger überall aus Schutzbedürfnis den Autokraten und damit der Reaktion an den Hals geworfen.

> Dass es jetzt traurig aussieht in Europa, das brauchen wir Niemand darzuthun; dass diesen traurigen Umschwung aber besonders Sozialismus und Kommunismus, die

> Lehren, welche als natürliche Folge den Umsturz von Familie und Eigenthum mit sich führen, bewirkt haben, wird nicht bezweifelt werden können. Weh den Zerstörern so grosser Hoffnungen, so schön aufkeimender Früchte! Die Schweiz mag dem Himmel danken, dass dieses Unkraut in ihr keinen Boden gefunden.[41]

Diesen Standpunkt hatte das Blatt bereits 1843 ausgedrückt, als es sich in Auseinandersetzung mit Wilhelm Weitlings *Das Evangelium der armen Sünder* erstmals gründlicher mit dem Kommunismus beschäftigte, dessen Wurzeln in den sozialen Missständen in England und Frankreich steckten. Gerade weil es diese vergleichbar in Zürich nicht gebe, plädierte das Blatt – in Abgrenzung zu konservativen Scharfmachern – dafür, das Übel des Kommunismus «nicht mit Feuer und Schwert, nicht durch Verfolgung der Ansichten, sondern durch Geist und Weisheit von seiten der Regenten» zu beheben.[42] Dabei verschloss man die Augen nicht vor dem Elend, das die Industrialisierung für manche mit sich brachte. Anfang 1833 hatte man dieses im Umfeld des Fabriksturms von Uster in einem Beitrag «Über die Webmaschinen» mit viel Verständnis für die Handweber beschrieben, die 16 Stunden täglich für wenig Entgelt schufteten, um ihre Kinder durchzubringen. Die Einführung der Webmaschinen dürfe deshalb nicht allein «durch das Interesse bloss einer Classe und durch kalte Anrufung des Wortes Gewerbsfreyheit» erledigt werden. Vielmehr solle sie nur dann erfolgen, wenn dies den Webern «unnachtheilig» sei oder andernfalls die Textilindustrie im Kanton zum Erliegen käme; und falls doch Maschinen zum Einsatz kämen, müsse der Staat die Not der betroffenen Weber nach Kräften mildern.[43] Die NZZ wandte sich auch gegen Kinderarbeit und unterstützte Bemühungen um Erwachsenenbildung, ja sogar gewerkschaftliche Zusammenschlüsse als «Notwehr» gegen die Koalition von Kapitalisten, Landeigentümern und Unternehmern.[44]

Charakteristisch für die NZZ war die Grundüberzeugung, dass das Schweizer Volk, auch die unteren Schichten, bei aller Not weitgehend immun war gegen die sozialrevolutionären Ideen. Das war auch die rückblickende Antwort auf die Frage, weshalb das Jahr 1848 «fast allein für die Schweiz von bleibendem Gewinne» war.

> Unsere Antwort auf diese Frage lautet: 1) ist die Schweiz weit freier in ihren Bewegungen, wenn die ausländischen Mächte mit sich selbst zu thun haben; 2) sind die Schweizer Republikaner alten Datums, der Freiheit kundige, mit den Bedürfnissen und Forderungen des Gemeinwesens vertraute und allem Exzentrischen abholde Leute. … Die Schweiz ist eine alte Republik; hierin liegt die Lösung des Räthsels. Die um uns nach Freiheit rangen, kennen diese noch nicht recht.[45]

Um die Ausgestaltung des Bundesstaats: von Felber bis Vogt 1849–1885

Mit Peter Felber folgte auf Daverio erneut ein Katholik, wenn auch aus dem seit 1830 solid liberalen Kanton Solothurn, dessen Regierung Felber wegen Konflikten mit dem radikalen Parteiflügel verlassen hatte. Mit ähnlichen Anwürfen aus verschiedenen Zeitungen hatte er schon bald auch als Redaktor der – wie die «Berner Zeitung» sie nannte – «Neuen Zürcher Hofzeitung» zu tun, weil er im Dienste der Monarchien «reaktionäre» oder zumindest «Lauwasserpolitik» betreibe, wenn er etwa dem Wandel in den vormaligen Sonderbundskantonen mehr Zeit lassen wollte, als gerade dort den stürmischen Freisinnigen behagte. Felber sah die Umwälzung der Schweiz für abgeschlossen, aber weiterhin labil an, zumal die Monarchien allenthalben über den revolutionären Geist von 1848 gesiegt hatten. Gerade deshalb wollte er die Konservativen mit einem behutsamen Versöhnungskurs in den Bundesstaat integrieren, die Ordnung und den Rechtsstaat gegen eine «gemütliche Anarchie» auch dort garantieren, wo es den Fortschrittlichen nichts nützte, und nicht durch aussichtslose aussenpolitische Eskapaden (etwa einen «Präventivkrieg» gegen das preussische Neuenburg) das Errungene wieder aufs Spiel setzen.[1]

Der Grundsatz «Die Schweiz vor allem!» bedeutete unbedingtes Festhalten an der Neutralität und strenge Anwendung des Asylrechts – deutschen Emigranten blieb nun, ganz anders als in früheren Jahrzehnten, die NZZ als Organ verschlossen. Als 1849 die letzten Flüchtlingswellen der zum drittenmal besiegten Badenser Revolutionäre an die Schweizer Gren-

Der katholische Schneidersohn Peter Felber (1805–1872) aus Solothurn studierte in Deutschland Medizin und war fünf Jahre lang Feldchirurg in neapolitanischen Diensten. Nach seiner Rückkehr gab er mit dem Karikaturisten Martin Disteli den «Schweizerischen Bilderkalender» (Distelikalender) heraus, eine liberale Kampfzeitschrift, und redigierte das liberale «Solothurner Blatt». Die Solothurner wählten Felber 1837 zum Grossrat und 1841 zum Regierungsrat, wo er die Erziehungsdirektion übernahm. Angesichts von ununterbrochenen persönlichen Angriffen seiner radikalen Parteigefährten gab Felber seine solothurnischen Wirkungsfelder auf und wurde 1849 Chefredaktor der NZZ; auch nachdem er diese Funktion 1868 aufgegeben hatte, blieb er dem Blatt bis zu seinem Tod als Mitarbeiter erhalten.*

* Vgl. auch Thomas Wallner, Artikel Peter Felber, www.dhs.ch (3. 10. 2004).

zen wogten und sich «Preussenfurcht» ausbreitete, schrieb der eben erst angetretene Redaktor, der vor allzu weitgehender Solidarität mit den liberalen Bewegungen im Ausland gewarnt hatte: «Auch die blindesten Parteigänger müssen nun einsehen, wie nötig wir alle einander sind und wie wir jetzt nicht von Frankreich, nicht von Italien Trost und Hilfe erwarten, sondern unser Heil in uns selbst suchen müssen».[2]

Mit seinem Standpunkt war Felber eine ideale Besetzung für die Auseinandersetzungen, wie sie in manchen grundsätzlichen und konkreten Streitfragen jahrelang anhielten. Dabei stand der von Bern angeführte, radikal-etatistische und abenteuerlustige Freisinn aus der westlichen Schweiz dem östlichen Wirtschaftsliberalismus gegenüber, dessen Zentrum das vorsichtige Zürich war. Die Binnenschweizer Differenzen hatten sich bereits 1848 in der Hauptstadtfrage manifestiert, als die NZZ den Berner Sieg mit grosser Bitterkeit kommentierte.

> Zürich hat die zurückhaltende, bescheidene Stellung, wie sie für Mitbewerber sich ziemt, nicht einen Augenblick verlassen, Bern nicht einen Augenblick eingenommen und wo die Parteiinteressen auf den Kampfplatz traten, sie schlau um seine Fahnen gesammelt und den Hass, den die Parteileidenschaft in der Regel auf den männlichen Widerstand gegen ihre Anmassungen wirft, Zürich überlassen.[3]

Auch bei der gewissermassen als Trostpflaster geplanten Gründung einer nationalen Universität musste Zürich wegen katholischer und welscher Vorbehalte einen Rückschlag einstecken, erhielt aber dafür die 1855 gegründete und schon bald renommierte Eidgenössische Technische Hochschule zugesprochen. Doch damit war nur eine Prestigefrage beigelegt, wichtigere – namentlich diejenige nach dem Aufbau der Eisenbahnen – blieben hart umstritten. Personifiziert war der Gegensatz im Berner Regierungs- und späteren Bundesrat Jakob Stämpfli und im Zürcher Nationalrat, Unternehmer und Gründer der Kreditanstalt Alfred Escher, der auch zu den geistigen Vätern der ETH zählte. Sekundiert oder vielmehr der Öffentlichkeit vermittelt wurden die konkurrierenden Positionen im einen Fall durch die NZZ, im anderen durch die «Berner Zeitung». Deren Redaktor Niklaus Niggeler – Stämpflis Schwager – hatte versucht, nach Daverios Tod einen der beiden radikalen Emigrantenbrüder aus der mit ihm ebenfalls verschwägerten Familie Snell auf den NZZ-Redaktorenposten zu hieven. Nachdem ihm dies misslungen war, griff Niggeler den erfolgreicheren Felber umgehend massiv an, weil er die NZZ «zum seichtesten und grundsatzlosesten Blatte der Schweiz» gemacht habe.[4] Der

streitbare Solothurner liess solche Anwürfe selten auf sich sitzen und geriet darob auch mit vielen anderen Zeitungen und Journalisten in heftige Polemiken, die einmal sogar zu einem – unblutig beendeten – Duell führten.[5]

Zu den Beschimpfungen, die Felber erdulden musste, gehörte diejenige als «Hoflakai Alfred Eschers», der für eine Privatbahnlösung eintrat, während Stämpfli ebenso vehement die Staatsbahn befürwortete. Der Eisenbahnbau hatte bereits die Phantasie von NZZ-Redaktor Heinrich Escher beflügelt, der am 13. Mai 1836 für das Staatsrecht auf Enteignungen zugunsten der Eisenbahn plädierte, wie es in der Bundesverfassung von 1848 umgesetzt wurde. Gleichzeitig empfahl er aber den privaten Eisenbahnbau, den sein Verwandter Alfred Escher in den 1850er Jahren dann auch vorantrieb. Auch Felber sah bereits seit seinen Solothurner Zeiten im Eisenbahnbau eine nationale Aufgabe, die er anfangs allerdings dem Staat überlassen wollte. Doch wie die sich hinziehende Planung zeigte, war das notwendige Kapital und die Organisationsgabe eher bei Privaten zu erwarten als in einem durch föderalistische Rücksichten gehemmten politischen System: «Entweder müssten wir ein Zentralstaat sein, um den Staatsbau durchführen zu können, oder der wirklich durchgeführte Staatsbau würde uns zu einem Zentralstaat machen.»[6] Nachdem der Nationalrat solchen Überlegungen gefolgt war, präsentierte die NZZ die zahlreichen widersprüchlichen Pläne und Linienführungen, die bewiesen, dass auch beim Privatbahnbau die Kirchturmpolitik dominierte, wie Felber bedauerte. Bei der Linienführung der Westbahn kam es zu einem «Eisenbahnkrieg», der erneut Stämpfli und die «Berner Zeitung», welche letztlich erfolgreich die Gleisführung über Freiburg befürworteten, der NZZ gegenüberstellte, die für die Linie Murten-Yverdon eintrat. Der Konflikt verschärfte sich weiter, als Escher mit französischem Kapital die Fusion der schweizerischen Bahngesellschaften bewerkstelligen wollte, was Stämpflis Leute als Unterwerfung unter das «Zwing-Uri» des Kapitals brandmarkten, damit Escher den Thron eines Eisenbahnkönigs besteigen könne. Seinerseits ergriff Felber die Feder gegen die «Zentralisation», als Stämpfli 1862 vorschlug, der Bund solle die Privatbahnen aufkaufen – auch seine eigene, die marode Ostwestbahn.

Immer wieder für Reibungen und Auseinandersetzungen sorgte auch die Grundsatzfrage, wo die Eisenbahn durch die Alpen geführt werden sollte. Felber hatte sich, nach anfänglichen Präferenzen für die ursprüng-

lich von Zürich angeregte Ostalpenvariante (Lukmanier, später Splügen), für den Gotthard ausgesprochen. Darin trafen sich für einmal Berner und Stadtzürcher (sowie Luzerner und Basler) Interessen, während die Winterthurer und St. Galler dagegen Sturm liefen. Es löste auch einige Überraschung aus, als die NZZ in dieser Frage in Abkehr vom bisherigen Kurs sogar eine (Minderheits-)Beteiligung des Bundes vorschlug. Auf diese verzichtete man aus innenpolitischen Rücksichten 1869, als der Gotthard sich bei den deutschen und italienischen Geldgebern durchsetzte. Felber kommentierte diese Entscheidung mit einiger Häme poetisch:

> Oh, grolle nur, klein Winterthur!
> Die Eulach kannst du stauen,
> Nicht kannst du doch das Gotthardloch
> Dem Schweizerland verbauen.[7]

Obwohl sie ohnehin dem hartnäckigen Verdacht ausgesetzt war, Alfred Escher zu nahe zu stehen, verdankte die NZZ ihm diese Lösung ausdrücklich und zählte sich zu den «Hunderttausenden, welche sein patriotisches Wirken in der Gotthardbahnfrage aus ganzem Herzen würdigen und es unter seine zahlreichen vaterländischen Verdienste unaustilgbar eingereiht haben».[8] Ganz andere Worte fanden alte und neue Kritiker der Gotthardvariante, als dem Projekt 1876 die Gelder ausgingen und im Ausland in Frage gestellt wurde, dass die Schweizer es in eigener Regie durchführen konnten. Die NZZ war entschieden dagegen, das schon begonnene Projekt jetzt fallenzulassen und plädierte für einen substanziellen Beitrag auch der öffentlichen Hand – zugunsten des Unternehmers, der als unbedingter Vorkämpfer des Privatbahnbaus reich und mächtig geworden war. Da die ausländischen Geldgeber zu diesen Nachtragskrediten bereit waren, schien es der NZZ eine Frage der nationalen Ehre, aber auch der wirtschaftlichen Vernunft, dass der Bund ebenfalls mitzog.[9] Nach erheblichen, föderalistischen wie politischen Widerständen ganz besonders auch im Kanton Zürich, fand die Subventionsvorlage des Bundes in einem Referendum eine sehr deutliche Mehrheit. Die NZZ gewann «neues Vertrauen auf das Schweizervolk», das sich auch in der direkten Demokratie «mit Einsicht und patriotischer Hingebung» der Herausforderung gestellt und damit «einen Sieg der Republik» vollbracht habe.[10] Ende Februar 1880 erfolgte der Durchbruch, eine Meisterleistung der Technik, die aber «nichts vermöchte ohne die schwieligen Hände, welche die langwierige mühsame Arbeit tief im Innern der Erde auszuführen hatten».[11] Im selben Jahr

wurde der Gotthardtunnel eingeweiht; Alfred Escher befand sich nicht unter den geladenen Gästen.

Zwei Jahrzehnte davor hatte seine Nordostbahn, die in den anhaltenden Auseinandersetzungen Felbers wortgewaltige, aber für die NZZ nicht eben verkaufsfördernde Artikel brauchen konnte, dem Blatt unter die Arme gegriffen und eine erste redaktionelle Mitarbeiterstelle finanziert: Daniel Fehr berichtete ab 1859 vor allem über lokale Vorkommnisse. Bereits ein Jahr zuvor war man auf grosses Folioformat mit drei statt zwei Spalten umgestiegen. Auch die Ressorts wurden unter Felber neu oder erstmals konstituiert. Am 27. März 1856 kündigte ein Editorial ein «Neues Genre von Journalistik» an, das der literarischen Volksbildung dienen sollte. Kulturelle und historische Abhandlungen hatte es in der NZZ schon vorher gegeben – 1821 erstmals als «Beyblätter» zur Literatur –, doch jetzt erst erhielten sie einen festen Platz, vorerst als einzelne «Blätter für Kunst und Literatur» und dann, ab dem 27. Juni 1858, als Feuilleton «unter dem Strich». Dazu gehörte ein Fortsetzungsroman als Lesestoff, wobei *Der Schullehrer zu Tobelhausen* eines Christian Frymann – niemand anders als der frühere NZZ-Redaktor Ignaz Thomas Scherr – den Anfang machte. Für das Feuilleton zuständig war bis 1872 Felber, dann ab 1877 Emil Frey und darauf die beiden zukünftigen Zürcher Germanistikprofessoren Jakob Bächtold und Adolf Frey. Die nun zahlreicheren Rezensionen dienten nicht zuletzt dazu, die Bücher aus dem Orell-Füssli Verlag unter die Leute zu bringen. Auch bei den wirtschaftlichen Nachrichten gab es 1858 Neuerungen, wurden doch jetzt die Börsenkurse aus Paris, London und Wien telegraphisch vermeldet, ebenso die Wechselkurse von verschiedenen Orten. Ab 1864 gab es eine eigene Wirtschaftsrubrik, für die Hermann Freiherr Marschall von Biberstein zuständig war, ein Flüchtling aus Dresden und Privatdozent an der Universität.

Mit den deutschen Fürsten hatte auch die NZZ weiter ihre Sorgen. In der hängigen Frage um den noch in Personalunion dem König von Preussen unterstellten eidgenössischen Kanton Neuenburg hatte Felber entsprechend seiner gemässigten Linie vorgeschlagen, dem Monarchen materiell entgegenzukommen, um ihm so den Verzicht auf das Fürstentum zu erleichtern. Als aber Berlin Ende 1856 die diplomatischen Beziehungen zu Bern abbrach und die Schweiz Truppen mobilisierte, unterstützte die NZZ enthusiastisch die Bereitschaft zum erwarteten Krieg, der «ein unvermeidliches Übel» darstelle: «Die Nation war nie einiger, nie ruhiger

1851:
Für die Schweiz ist die repräsentative Demokratie der Ackergrund, ohne welchen keine Freiheit und keine Unabhängigkeit denkbar ist. Inmitten grosser europäischer Staaten bedarf unser Land, um ein selbständiges Leben zu führen, eines innern Kerns und Haltes, der nirgends gefunden werden kann als in einer Repräsentation, die eben so volkstümlich gegliedert als scharf konzentriert ist, aber nie und nimmer weder mit aristokratischen, noch absolut-demokratischen Formen erhältlich wäre.*

* NZZ, 9. April 1851; Welti, Geschichte, 1930, S. 179.

und doch zugleich entschlossener.»[12] Diese Haltung schulde man sich und der Welt, wo «alle europäischen Herzen, die für die Freiheit schlagen», auf das kleine Land blickten, das seinen von der Vorsehung bestimmten Posten verteidige. Würde man dieser Herausforderung nicht genügen, sei es um die letzte europäische Republik bald geschehen.[13] Als sich aber – über Paris – der Weg der Vermittlung auftat, war die NZZ im Unterschied zu den radikalen Hurrapatrioten und «Malkontenten» für den massvollen Weg des Ausgleichs.

Diese Position nahm sie – ziemlich einsam im helvetischen Blätterwald – auch vier Jahre später im Savoyerhandel ein, als die ultranationalistische «Kriegspartei» um – einmal mehr – Bundesrat Stämpfli bereit war, wegen der 1815 neutralisierten savoyischen Grenzregion, die Frankreich nach dem oberitalienischen Krieg als Kompensation für die Kriegshilfe von Savoyen erhielt, einen bewaffneten Konflikt mit der westlichen Grossmacht zu führen. Keinen Krieg provozieren wollte dagegen die «Friedenspartei» mit Escher und der Wortführerin NZZ, denen die Gegner vorwarfen, für ihre wirtschaftlichen Interessen («Baumwollpolitik») landesverräterisch «im Schlepptau von Paris» zu laufen.[14] Das war bei einer anderen Grundsatzfrage tatsächlich der Fall, als Frankreich im Umfeld des bilateralen Handelsvertrags von 1864 die Niederlassungsfreiheit von – Elsässer, damit aber auch schweizerischen – Juden durchsetzte. In der Bundesverfassung von 1848 war dieses Grundrecht nicht nur am Widerspruch der Katholisch-Konservativen, sondern auch an freisinnigen Voten etwa aus Zürich gescheitert, welche vor einer ausbeuterischen «Geissel für die Bevölkerung» gewarnt hatten. Die NZZ begrüsste die vergleichsweise späte Judenemanzipation als einen «wichtigen Schritt» der Zivilisation.[15]

Mit dem Tod Johannes Hagenbuchs, des Inhabers von Orell, Füssli & Co. und jahrzehntelangen Verlegers der NZZ, zeichnete sich 1863 ein

markanter Wandel nicht nur für Felber, der seinen treuen Patron verlor, sondern auch für die NZZ ab. Hagenbuchs Schwiegersohn und Nachfolger Fisch war am Blatt weniger interessiert als am Verlag und stiess auch wiederholt mit dem eigenwilligen Redaktor zusammen. 1865 übernahm er – der auch zu Alfred Escher auf Distanz blieb – selbst die Leitung der Redaktion, Felber wurde wie seine Kollegen gleichsam Ressortleiter und verlor die Zuständigkeit für den Lokalbereich. Das war insofern von Bedeutung, als er in den 1860er Jahren auf kantonaler wie nationaler Ebene damit beschäftigt war, das Repräsentativsystem gegen die demokratische Bewegung zu verteidigen, die über Initiative und Referendum und die Volkswahl von Regierung und Beamten die abgehobene liberale Elite und das «System Escher» an die Kandare zu nehmen und soziale und ökonomische Reformen durchzusetzen suchte. Der von Fisch an der kurzen Leine geführte Felber verstummte nun aber zusehends, während seine Redaktionskollegen mit den Demokraten sympathisierten, so dass sich Escher von seinem Blatt abwandte. Die NZZ verwahrte sich gleichwohl gegen den Vorwurf allzu grosser Nachgiebigkeit.

> Zu grosse Objektivität, zu wenig entschiedene Partheinahme wird uns von eifrigen Partheifreunden vorgeworfen. … Nicht das vermeintliche Partheiinteresse, worüber so leicht der Augenblick den Blick trübt, sondern die innere Berechtigung der Gedanken, welche in so mannigfacher Form vor uns auftauchen, müssen wir zu erkennen suchen.[16]

Als die Zürcher Wähler im Januar 1868 mit einer gewaltigen Stimmbeteiligung und überwältigender Mehrheit beschlossen, im Sinn der Demokraten eine Totalrevision der Verfassung einzuleiten und Escher selbst auf eine Kandidatur für den Verfassungsrat verzichtete, brach sein «System» zusammen. Auch die NZZ drohte unterzugehen: Ihre Abonnentenzahl war stark zurückgegangen, der Verleger Fisch liess sie fallen, und nur durch die Gründung einer Aktiengesellschaft mit 200 Aktien zu 1000 Franken konnten liberale Freunde Felbers das Blatt Orell-Füssli abkaufen und damit retten. Aber der Neuanfang führte nicht nur zur Entlassung von Fehr und Marschall von Biberstein; auch Felber selbst trat mit einer substanziellen Gehaltseinbusse ins Glied zurück und schrieb nur noch zweitrangige Artikel. Sein Nachfolger als Chefredaktor war von 1868 bis 1872 der Jurist, Ständerat und Stadtschreiber Eugen Escher (1831–1900), dessen Vater Heinrich bereits in den 1830er Jahren das Blatt geprägt hatte. Damals und bis 1868 war der Redaktor nur in Ausnahmefällen in den

1872:
Daher betrachten wir es als eine schwere Versündigung der nur auf Gleichmacherei ausgehenden Sozialisten und Demokraten an der Zukunft unseres Volkes, dass sie mit ihrem Streben jenes unentbehrliche, sittlich einigende Band durch Weckung von Neid und ähnlichen Gesinnungen lockern und zerstören und die weitere Zivilisation hemmen möchten unter der Vorgabe, sie zu fördern. … Oder ist es ein anderes als Unverstand, alle gleich machen zu wollen?*

* NZZ, 1. 1. 1872; Weisz, Kampf der Liberalen, 1962, S. 300f.

Zeitungsspalten persönlich genannt worden; jetzt gab es mit dem jungen Escher für die NZZ-Leser erstmals einen – dem Verwaltungsrat – «verantwortlichen Redaktor» mit Vor- und Nachnamen. Escher duldete Felber mehr als dass er ihn schätzte: Als konservativer Föderalist machte er den dauernd in eidgenössische Pressefehden verwickelten Solothurner für die Niederlage der Zürcher Wirtschaftsliberalen mitverantwortlich, weil diese den Zugang zu ihrer heimischen Klientel verloren hätten.

Zu den Massnahmen, die den Liberalen zu einem neuen Aufschwung verhelfen sollten, zählte das neu zweimal tägliche Erscheinen des Blatts. Für die Handelsnachrichten zuständig war der deutsche Ferdinand Rauchfuss, von dem sich der hochfahrende Escher aber bald entfremdete, umso mehr als Rauchfuss im Juli 1870, nachdem ihm bereits gekündigt worden war, in sessionsbedingter Abwesenheit des Chefredaktors eine alles andere als neutrale Linie bei der Kommentierung des Deutsch-Französischen Krieges wählte. Die Vorsprache von Napoleons III. Gesandten bei Wilhelm I. – Ausgangspunkt der von Bismarck provokativ präparierten Emser Depesche – habe ein «ehrenrühriges und demüthigendes Ansinnen» der Franzosen ausgedrückt, auf das der preussische König «schon als Mann von Ehre schlechterdings nicht eingehen konnte». Die Ablehnung der Zumutung habe dann als fadenscheiniges, ja lächerliches Motiv für die Kriegserklärung gedient: «Wer jetzt noch zweifeln kann, dass Frankreich absichtlich den Krieg gesucht und gewollt hat, muss mit vollständiger Blindheit geschlagen sein».[17] Zu diesen Blinden zählte offenbar Eugen Escher, der Rauchfuss nun fristlos entliess, was eine anhaltende (Presse-)Fehde nach sich zog. In der Sache selbst kam neben Rauchfuss' Nachfolger August Gredig noch einmal Felber zu Wort, der sich der deutschen Zumutung widersetzte, die (Deutsch-)Schweizer müssten aus «Stammesverwandtschaft» Partei ergreifen im Krieg gegen Frankreich.

> Diejenigen, welche uns solche Andeutungen machen, erinnern sich wohl kaum, dass die Schweiz nur zum Teil aus deutschen Elementen besteht, dass ihr Lebensprinzip gerade im Hintansetzen der sprachlichen Stammesverwandtschaft beruht, dass sie nicht in der Ausbildung weniger kolossaler Staaten auf Grundalge der Sprachgemeinschaft das richtige Ziel staatlicher Fortentwicklung erblickt, sondern dass sie in Sicherung der Freiheit der Einzelnen die oberste Staatsaufgabe erkennt.[18]

Man hielt vielmehr nicht nur an der Neutralität des Staates – eine schweizerische «Sonderaufgabe» – und am Bürgerrecht auf freie Meinungsäusserung fest, sondern richtete sich auch gegen die auf Elsass und Lothringen gerichtete preussische Annexionspolitik.[19] Als deutsche Stimmen dies als «ungerechte Parteinahme» kritisierten, betonte die NZZ, man habe das Rühmliche der deutschen Kriegs- und Staatsführung «in vollstem Masse hervorgehoben»: «Wenn wir daneben auch Tadel zu äussern uns erlaubten und deutschweizerischer Auffassung Ausdruck verliehen, so wird das für jeden Verständigen nur ein Beweis dafür sein, dass unser Blatt nicht ein deutsches Parteiorgan ist, sondern vor Allem für die Schweiz geschrieben wird und ihren Gedanken und Interessen als Organ zu dienen sich bestrebt.»[20] Das hiess aber nicht, dass man einen helvetischen Expansionismus nach Nordsavoyen gebilligt hätte, der angesichts der französischen Niederlage denkbar schien. Schon gar nichts wollte das Blatt von Gebietsabrundungen und -täuschen vor allem entlang der historisch willkürlichen Schaffhauser Grenze wissen: Man werde keinen republikanischen Boden den deutschen Fürsten überlassen.[21]

Dass ein deutscher Chauvinismus und «Kaiser- und Weltherrschaftsgedanken» auch die deutsche Schweiz bedrohen konnten, war der NZZ nur allzu klar. Aber sie widersprach dezidiert der nach dem Tonhallenkrawall von 1871 formulierten These, der preussische Siegeslauf habe zu einem schweizerischen «Deutschenhass» geführt.[22] Die Rolle der Schweiz bestehe in mitleidiger Fürsorge für die Opfer des Krieges auf beiden Seiten, wie sie Escher postulierte, noch bevor die französische Bourbaki-Armee interniert wurde: «Der neutrale Schweizer ist trotz der ihm gebotenen passiven Zuschauerrolle nicht jener kalte Egoist, den abgeneigte oder ihn nicht kennende Federn so oft schon aus ihm machen wollten; warm schlägt in seinem Herzen die Teilnahme an den erschütternden Vorgängen jenseits der Grenzen, welche mitten selbst in der rauhesten Jahreszeit ihren unabwendbaren Verlauf nehmen.»[23]

Schon bald nach Kriegsende, im Frühling 1872, verliess Eugen Escher die Redaktion der NZZ, der er aber als Präsident des Verwaltungskomitees

erhalten blieb. Hauptberuflich widmete er sich nun als Direktor und Nachfolger Alfred Eschers mit wechselhaftem Erfolg der Nordostbahn. Im Haus zum «Elsässer» zog stattdessen der umgänglichere Hans Weber (1839–1918) ein, unter dem das Blatt dann 1874 in das Haus zum «Wellenberg» am Hirschenplatz wechselte – auch räumlich die Ablösung von Orell, Füssli & Comp. Der Lenzburger Jurist Weber war seit 1864 Aargauer Grossrat und gleichzeitig Redaktor des «Aargauer Wochenblatts». Er ging gleich in seinem ersten Artikel auf Distanz zu seinem Vorgänger und zu wichtigen Kreisen im Aktionarat, insofern er die geplante Revision der Bundesverfassung unterstützte, obwohl sie einige der direktdemokratischen Ideen enthielt, denen die Zürcher Liberalen unlängst ihr Debakel zu verdanken hatten. Hauptgegenstand der Debatten war aber die «Zentralisation», die für Weber weder ein «politisches Ideal» noch ein rotes, Frostschütteln erweckendes Gespenst war. Vielmehr argumentierte er im Sinn der Subsidiarität: «Was der Bund besser machen kann als die Kantone, das mache er, und was die Kantone besser machen können als der Bund, das machen sie.»[24] Entsprechend verbittert, ja mit Ausfällen gegen die ablehnenden, föderalistischen Westschweizer Kantone kommentierte die NZZ 1872 das Scheitern der ersten Revisionsvorlage, um aber gleichzeitig zu verkünden, dass man den Kampf fortsetzen werde: «Die Revision ist tot – es lebe die Revision!»[25]

Wenn dieser Kampfruf erstaunlich rasch umgesetzt werden konnte, so lag das in erster Linie am Kulturkampf. Auf liberaler Seite hatte man den «Syllabus errorum» von 1864 und 1870 das Unfehlbarkeitsdogma als die Kampferklärungen gegen die aufgeklärte Moderne aufgefasst, die sie waren. Entsprechend enthusiastisch hatte die NZZ 1870 auch die Eroberung des Kirchenstaats als Vollendung der italienischen Einigung kommentiert, deren Hauptopfer der Papst war. Ähnlich war der Ausgang des deutsch-französischen Kriegs als Überlegenheit des Protestantismus über den Katholizismus interpretiert worden. Als die Schweizer Radikalen unter solchen Vorzeichen den Kampf namentlich in Genf fortsetzten und den päpstlichen Vikar Mermillod von dort auswiesen, unterstützte das Blatt dies ebenso wie die vom Bund verfügte Aufhebung der Nunziatur. Weber stammte aus dem Aargau, der seit den 1840er Jahren an der Front gestand hatte bei der «Abwehr des klerikalen Kampfes gegen die Kultur». Ihm ging es um die «absolute Glaubensfreiheit» und damit um die «absolute Trennung von Staat und Kirche» (auch bei den Reformierten).[26] Da-

1874:
Ist es richtig, dass auf die Dauer auch in der Politik die Ehrlichkeit die besten Früchte bringt, dann wählen wir zur Richtschnur, … keine anderen Verfügungen zu treffen als solche, von denen jeder mit gutem Gewissen sagen kann: ich akzeptiere sie auch für mich, unbekümmert, ob ich in der Mehrheit oder Minderheit sei; ich mute also der Minderheit in meinem Lande nicht mehr zu, als was ich selbst in einem fremden Lande für billig finden würde, wenn ich dort einer der Regierungsgewalt entgegengesetzten politischen Richtung angehören sollte; ich gebe den schweizerischen Katholiken kein anderes Recht, als dasjenige, das ich als Protestant in Frankreich für mich in Anspruch nehme, ohne Rücksicht, ob ich es dort auch wirklich bekomme.*

* NZZ, 30. 7. 1875; Weisz, Freisinniger Standort, 1965, S. 81.

bei scheute er nicht vor massiven Formulierungen zurück und sprach von «dogmatischem Unsinn», vom «nimmersatten Schlund Roms» und dem «falschen Spiel der Priester».[27]

In dieser, von der NZZ mit angeheizten Stimmung, fand die Verfassungsrevision 1874 beim Souverän Gnade. Nur die früheren Sonderbundskantone sowie Appenzell Innerrhoden verwarfen die Vorlage. «Glück auf, Schweizervolk! Die Sonne, seit zwei Jahren etwas verfinstert, ist wieder hell und klar durchgebrochen und strahlt fröhlich hernieder auf unsere Täler, als herzlicher Gruss zur Wiedergeburt Helvetiens.»[28] Mit den Ausnahmeartikeln waren nun antikatholische Kompetenzen beim Bund hinzugekommen, wogegen er bei der Zentralisierung des Rechts- und des Militärwesens zurückgesteckt hatte, obwohl der Deutsch-Französische Krieg gerade bei der Internierung der Bourbaki-Armee die mangelhafte Ausrüstung der Schweizer Armee drastisch vor Augen geführt hatte. Als direktdemokratisches Instrument gelangte das Referendum in die neue Verfassung, das sich bald als handliche Waffe der Katholisch-Konservativen erwies. Dort, wo es nicht um kollektive politische Ansprüche des Katholizismus ging, sondern um die persönliche Glaubens- und Kultusfreiheit, hatten diese nun auch wieder Webers NZZ auf ihrer Seite, die im weiter tobenden Kulturkampf im Namen von individueller Freiheit, Rechtsgleichheit und liberaler Toleranz staatliche Druckmassnahmen (namentlich in Bern und Genf) gegen die konfessionelle Minderheit verurteilte. Es gehe nicht an, mit der Ausweisung aller papsttreuen Pfarrer und ihrem Ersatz durch unerwünschte neue (christkatholische) Geistliche einer Region die Seelsorge zu rauben; das wecke nur Fanatismus unter den Verwaisten. Der Umgang mit einem reaktionären Papst war, solange es um innerkirchliche Fragen der Lehre ging, ein Problem allein

der Angehörigen dieser Kirche, dem sie – zum Beispiel durch Aus- oder Übertritte – selbst beikommen konnten. Wenn die Verbindung von Staat und Kirche im Prinzip falsch war, dann war es auch falsch, wenn der Staat ihm genehme, da nicht reaktionäre Kleriker einsetzte.

> Macht ohne Recht ist eine sehr gefährliche Waffe, nicht nur gefährlich dem Unterdrückten, sondern auch sich selbst. … Und ist eine solche unter dem lockenden Namen der Freiheit auftretende Geistessklaverei in ihrem innern Werte besser als die Barbarei der frühesten Jahrhunderte?[29]

Webers prinzipientreue Beiträge zum Kulturkampf trugen dazu bei, dass die NZZ ihre Auflage von 4000 auf 6000 Exemplare erhöhte. Das führte auch zu einem Ausbau der Redaktion, in die neben dem vor allem für das Ausland zuständigen Gredig auch zwei jungliberale Gesinnungsgenossen des Chefredaktors einzogen, Rudolf Honegger für die Wirtschaft sowie Eugen Huber für die Eidgenossenschaft und das Lokale. Weber gewann aber auch Gottfried Kellers Freundschaft, der selbst bereits 1846 während fünf Monaten als sporadischer Rezensent bei der NZZ mitgearbeitet hatte, aber dem Blatt lange politisch eher fernstand und später manchen Strauss mit Felber ausfocht. Während Weber sich dem Dichter verband, schwand jedoch sein Rückhalt unter den Aktionären, die sich nach dem bitteren Rückschlag von 1868 zusammengetan hatten, um ein eigenes Sprachrohr zu bewahren. Als Befürworter der Verfassungsrevision stand Weber in ihren Augen den Demokraten zu nahe, als Gegner des Staatskirchenprinzips der reformierten Landeskirche dagegen zu fern, und mit seinem Eintreten für Arbeitszeitverkürzung und gegen die Kinderarbeit stiess er auch die Fabrikanten vor den Kopf. Die Wahl ins Bundesgericht ermöglichte Weber einen sehr ehrenvollen Abgang, und sein publizistischer Ziehsohn Eugen Huber (1849–1923) übernahm per Januar 1876 die Nachfolge.

Auch der Zürcher Huber war Jurist, der neben seiner Tätigkeit für die NZZ auch eine akademische Karriere im Auge behielt, zumal er ebenso wie sein Vorgänger des «Zentralismus» verdächtigt wurde und unter den lokalen Liberalen nicht überall wohlgelitten war, wenn er etwa bezüglich des ewigen Konflikts mit den Demokraten erklärte: «Meine Sympathien waren nie bei den Parteiführern dieser oder jener Richtung.» Vorurteilsfrei habe er jede Idee nicht auf ihre Provenienz, sondern daraufhin befragt, ob sie «der Kräftigung der Gesundheit und dem Glücke möglichst vieler Einzelnen dienstlich sei oder aber nicht. Die ‹Pest des Sozialismus›

existiert für mich nicht, und einer Partei, welche den Krieg gegen den Sozialismus als ihr Losungswort ausgibt, wäre ich nie ein Freund, sondern ein Feind.»[30] Solche Stellungnahmen provozierten Widerspruch, was sich zeigte, als die Nordostbahn 1877 in die Krise geriet. Das betraf unmittelbar deren Direktor und zugleich NZZ-Verwaltungsratspräsidenten Eugen Escher, wurde mittelbar aber auch gegen Huber instrumentalisiert, woraufhin beide im Sommer 1877 zurücktraten. Huber wurde 1880 Rechtsprofessor in Basel, Halle und schliesslich Bern und verfasste das Schweizer Zivilgesetzbuch, das 1907 von der Bundesversammlung angenommen wurde.

Nach Hubers unerwartet raschem Abgang übernahm der erst seit kurzem beim Blatt wirkende Appenzeller Gottwalt Niederer (1837–1899) provisorisch die Chefredaktion. Von Beruf Setzer, war Niederer, der aus einer vierzehnköpfigen Schulmeisterfamilie stammte und in seiner Innerrhoder Heimat verwurzelt blieb, als Herisauer Obergerichtsschreiber zur NZZ gelangt, für die er zuerst von den Berner Parlamentssessionen berichtet hatte. Als hauptverantwortlicher Redaktor konzipierte er den redaktionellen Teil neu und erweiterte ihn. 1878 wurde das Ressort «Handel und Verkehr» eingeführt, das August Waldner betreute, später dann Emil Frey und Robert Billeter. Gleichzeitig erschien auch erstmals das «Lokale» als Rubrik, mit Mitteilungen von Ämtern und Vereinen, Unglücksfällen und Verbrechen, ausserdem ersten Sportberichten; auch die Zürcher Aussengemeinden wurden zusehends berücksichtigt. Als Organisator war Niederer begabter denn als Autor, da er ein kanzleihaftes Pathos pflegte. Wirtschaftspolitisch unterstützte er einen manchesterliberalen Kurs und plädierte gegen das Fabrikgesetz, das in seinen Augen einer Bresche gleichkam, durch welche masslose weitere Forderungen der Arbeiterklasse nachströmen mussten.

Der Verwaltungsrat entliess Niederer im September 1878 auf wenig feine Art, als dieser noch glaubte, selbst die Chefredaktion definitiv übernehmen zu können. Als wenig später auch Gredig und der seit 1877 für das Inland zuständige Jurist G. R. Siegfried Abt die Kündigung erhielten und der Wirtschaftsredaktor Waldner sowie der Gerichtsberichterstatter A. Härlin von selbst absprangen, entspann sich eine hässliche Pressepolemik zwischen den Entlassenen auf der einen Seite und – auf der anderen – dem Verwaltungsrat und vor allem dem neuen Chefredaktor, dem nicht nur eine bisher bei schweizerischen Zeitungen unübliche klare Leitungs-

Gustav Vogt (1829–1901) wurde in Giessen geboren und kam durch die Berufung des Vaters als Medizinprofessor nach Bern. Nach der Teilnahme am Krieg gegen den Sonderbund und einem Rechtsstudium arbeitete er bei der «Berner Zeitung», bevor er 1855 habilitiert wurde. 1860 wurde Vogt Direktor des Eidgenössischen Statistischen Amtes, 1862 Ordinarius für Staatsrecht in Bern, und 1870 kam er, als Befürworter der direktdemokratischen Entwicklung, auf den neuen Lehrstuhl für «demokratisches Staatsrecht» an der Universität Zürich. Von 1872 bis 1881 Zürcher Kantonsrat, übernahm Vogt 1878 noch zusätzlich die NZZ-Chefredaktion. Nach dem 1885 erfolgten Rücktritt betreute er wieder ein volles Lehrdeputat an der Universität, das er bis zu seinem Lebensende ausübte.*

* Vgl. auch Christoph Zürcher, Artikel Gustav Vogt, www.dhs.ch (3. 10. 2004).

funktion eingeräumt wurde, sondern der auch selbst sehr machtbewusst auftrat. Es handelte sich um Gustav Vogt, dessen sozialer Status in den Augen der Aktionäre seiner Funktion eher entsprach als im Falle Niederers: Vogt war und blieb, mit reduziertem Pensum, ein anerkannter Rechtsprofessor, der sich als Mitverfasser des unvollendeten *Handbuchs des schweizerischen Bundesrechts* bleibende Meriten erworben hatte. Als Mitstreiter Stämpflis hatte er früher mit Felber die Feder gekreuzt, doch dann über Gottfried Keller Hans Weber kennengelernt und sich mit diesem befreundet, ebenso mit dessen Nachfolger Huber. Vogt begann bei der NZZ 1874 als nebenamtlicher Schauspielkritiker, wurde dann volkswirtschaftlicher Mitarbeiter und, zu Niederers Zeiten, Leitartikler; aber dessen Kampf gegen das Fabrikgesetz veranlasste Vogt, sich als Autor vorübergehend von der NZZ zu distanzieren.

Das Komitee hatte bereits 1875 und 1877, nach den Rücktritten von Weber und Huber, mit Vogt über eine Anstellung verhandelt, doch schlug er die Chefredaktion vorerst noch aus, weil er das Rektorat der Universität anstrebte und 1876 auch erhielt. Als seine Amtszeit vorüber war und die Verwaltungsräte dringend einen Nachfolger für Niederer suchten, klopften sie erneut bei dem brillanten Gelehrten an, auch wenn seine politische Position ihnen Bauchschmerzen machte: Vogt vertrat im Kantonsrat die Demokraten, und auch wenn er sich zusehends von diesen weg zu den Liberalen hinbewegte, so befand er sich doch, gerade auch in sozialpolitischen Fragen, links der Aktionärslinie. Zur Klärung liess man den neuen Chefredaktor ein «Redaktionsprogramm» entwerfen, bevor er die Arbeit aufnahm. Als Zweckbestimmung neben der Verbreitung der neusten Nachrichten hielt er fest, dass die NZZ «als politisches Organ nicht einer bestimmten Parteifraktion, sondern den wirklich liberalen Bestrebungen überhaupt … als Kämpfer und Kampffeld ihre Dienste» anbiete. Solange

sich die Redaktion «im breiten Gebiete der liberalen Strömung» bewegte, hatte sie völlige Freiheit, was für Vogt unabdingbar war.[31]

Die aufsehenerregende Ausbootung der bisherigen Redaktoren machte Neubesetzungen nötig, die sich zuerst als schwierig erwiesen, dann aber zu sehr langfristigen Lösungen führten: Als Inlandredaktor wirkte seit 1880 der erfahrene Baselbieter Zeitungsmacher Jakob Börlin, und als Auslandredaktor stiess 1883 ebenfalls von Basel her Walter Bissegger zum Blatt; auch für die Wirtschaft konnte als Ergänzung zu Emil Frey mit Albert Fleiner – dem Bruder des bekannten, auch für die NZZ häufig schreibenden Staatsrechtlers und Vogt-Schülers Fritz Fleiner – eine Dauerlösung gefunden werden. Meinungsdifferenzen gab es allerdings weiterhin: So unterstützte Börlin während Vogts Abwesenheit einen Aufruf, damit der Regierungsrat einen in Zürich geplanten sozialistischen Weltkongress verbiete. Kaum zurück, liess der Chefredaktor vermelden, dass er ein solches Verbot für «unzulässig» erachte. Die Regierung verfügte es gleichwohl, was Vogt als Anhänger der freien Meinungsäusserung und einer politischen, nicht polizeilichen Auseinandersetzung mit bekämpften Lehren sehr bedauerte: «Eine freie Diskussion sozialistischer Programme ist keine Staatsgefahr; sie wird selbst in Monarchien gestattet. Sie ist das sicherste Mittel, ihnen jede gefährliche Spitze abzubrechen.»[32]

Wenig überraschend war Vogt nicht nur in dieser Frage, sondern etwa auch bei der aus liberaler Überzeugung abgelehnten Todesstrafe in einige Polemiken gegen die (reformierten) Konservativen verwickelt, die sich noch immer nicht mit dem liberalen Staat von 1848 abgefunden hatten. Nicht nur in ihr Stammbuch schrieb der Chefredaktor die zeitlosen

1885:
Auf demokratischer Seite herrscht die Neigung vor, den Staat als Retter in allen Nöten anzurufen; ihr linker Flügel reicht der Sozialdemokratie die Hand. Wir Liberale haben grösseres Vertrauen zur Leistungsfähigkeit der Freiwilligkeit; das Extrem dieser Richtung, unsern rechten Flügel, bilden die sogenannten Manchestermänner. Ähnlich ist es auch in politischen Fragen. In unseren Reihen gibt es noch Anhänger der repräsentativen Demokratie, die grosse Masse der Liberalen freilich würde sich das Referendum nicht nehmen lassen, aber wir alle neigen zu einem vorsichtigen und bescheidenen Gebrauch der Souveränitätsrechte des Volkes. Im demokratischen Lager meint man umgekehrt die Volksrechte nicht eifrig und häufig genug in Bewegung setzen zu können, und die Enfants terribles der Partei würden durch Ziehung der äussersten Konsequenzen den Staat regierungsunfähig machen und an die Stelle geordneter Zustände die permanente Unruhe setzen.*

* NZZ, 24. 1. 1885; Weisz, Freisinniger Standort, 1965, S. 460.

Worte: «Ein extremes Parteiblatt zu schreiben ist in der Schweiz so wie anderwärts eine so schwere Aufgabe nicht; man braucht bloss dem Parteiworte zu folgen, auf die Aussprüche der Parteiführer zu schwören und nach Möglichkeit den Gegner zu verketzern, dann ist man schon im richtigen Fahrwasser.»[33] Die Auseinandersetzung mit den Konservativen war noch harmlos im Vergleich mit den Geschützen, welche die Demokraten auffuhren, um den «Renegaten» zu demütigen. Vogt selbst thematisierte die sachlichen Differenzen, vor allem bei Bank- und Eisenbahnfragen und beim Kulturkampf, in dem er im Namen der Religionsfreiheit die staatskirchlichen Argumente ebenso bekämpfte wie die ultramontanen. Ausserdem ging es vor allem um die Volksrechte, die Vogt grundsätzlich als sinnvoll ansah; ihr Missbrauch mache das Referendum jedoch zu einem «probaten Mittel der Retardierung, der Reaktion und der Verhinderung jedes Fortschrittes», die Initiative hingegen zu Demagogie, ja «Scharlatanerie».[34]

Gegenüber der skeptischen liberalen Partei signalisierte Vogt seine politische Zuverlässigkeit auch dann, wenn er die unbestrittenen Missstände im zeitgenössischen Kapitalismus als korrekturwürdig betrachtete – ohne diesen deswegen aufheben zu wollen. Frage man nämlich die Sozialdemokraten, was sie an dessen Stelle setzen wollten, so erwiderten sie nichts Greifbares: «Ob Gütergemeinschaft oder was immer dann werden soll, wir erfahren's nicht, und doch möchten wir, bevor wir mithelfen, die ‹kapitalistische Produktionsweise› auszurotten, einigermassen erwägen und in Anschlag bringen können, ob wir Besseres oder vielleicht noch Schlimmeres dafür eintauschen werden.»[35] Besonders skeptisch blieb die NZZ angesichts von sozialistischen Visionen einer idealen Zukunft, wenn sie beobachtete, wie intolerant die Linke in der Gegenwart mit unkonventionellen Genossen oder abweichenden Faktionen umgehen konnte.

> Ihre Streitigkeiten beweisen zur Genüge, dass die Sozialdemokraten kein Recht haben, zu behaupten, in ihrem Staate würde nur Friede und Freundschaft herrschen, niemand würde verletzt, niemand vergewaltigt, jede persönliche Meinung geachtet werden. Alles spricht vielmehr dafür, dass die Leidenschaft erst recht erwachen, Herrschsucht und Despotismus eine ungeahnte Höhe erreichen würden. Die sozialdemokratischen Lehren sind am wenigsten dazu angetan, aus Menschen Engel zu machen.[36]

Ob solcher grundsätzlicher Debatten vernachlässigte Vogt ebenso wie seine unmittelbaren Vorgänger die kantonale Politik, und im Komitee verlangte man ausserdem nach mehr Leitartikeln. Trotz verschiedenen

Anstrengungen, etwa durch eine landwirtschaftliche Sonderbeilage neue Käuferkreise zu erreichen, bewegte sich das Blatt nicht in der Gewinnzone. Ebenso hatten Vogts persönliche Auseinandersetzungen mit seinen Mitarbeitern mitsamt den Fluktuationen auch unter den Aktionären Fragen aufgeworfen, zumal sie dem eigenständigen und streitbaren früheren Demokraten politisch weiter nicht recht trauten. Selbst die liberalen Nationalräte erörterten gemeinsam die Frage, ob die «allzu linke» NZZ durch eine Neugründung ersetzt werden sollte. Vogt schürte das Feuer, indem er im Blatt selbst – nicht grundlos – darüber räsonierte, ob sein eigener Verwaltungsratspräsident, Nationalrat Conrad Cramer-Frey, nicht eher konservativ als liberal sei. Vogt selbst kündigte im Januar 1883 auf den Herbst, und die Rechnungsrevisoren wollten im Frühjahr nicht nur das Aktienkapital reduzieren, sondern stellten gleich auch die Frage, «ob es nicht vielleicht vorteilhaft wäre, das ganze Geschäft durch Verkauf zu liquidieren».[37]

Doch das Komitee und Vogt selbst besannen sich eines anderen und verlängerten seinen Vertrag noch einmal um drei Jahre, in denen der Chefredaktor den jungen Bissegger zu seinem Nachfolger aufzubauen gedachte. Aufsehen erregte 1884 die Berichterstattung über eine echte Typhus- und vermeintliche Choleraseuche in Zürich, die nicht nur mittelbar zur besseren Trinkwasserversorgung der Stadt beitrug, sondern dem Blatt umgehend Einschüchterungsversuche und Anfeindungen des Gastgewerbes eintrugen, welches das Ausbleiben von Touristen den «Schauernachrichten» der NZZ vorwarf.[38] Anhaltende Auseinandersetzungen mit anderen Blättern und den eigenen Aktionären führten schliesslich doch zu Vogts Rücktritt im Herbst 1885. Er blieb dem Blatt mit Beiträgen vor allem für das Feuilleton erhalten, zerstritt sich aber im März 1888 mit seinen Nachfolgern über den immer deutschfreundlicheren Kurs des Blattes und stellte seine Mitarbeit endgültig ein.

Weder Konservativismus noch Sozialdemokratie: die Ära Bissegger 1885–1915

Bei Escher, Weber, Huber und Vogt hatte die Chefredaktion der NZZ akademisch profilierten Juristen gleichsam als Sprungbrett für eine ehrenvollen Karriere oder – bei Vogt – als Nebenbeschäftigung während dieser gedient. Ihre eher kurze Verweildauer an der Redaktionsspitze war dem Blatt selbst – sowohl was den Zusammenhalt der Redaktion als auch den Geschäftsgang anbetraf – aber weniger gut bekommen. In der schwierigen Situation nach Vogts Rücktritt ergriff Stadtforstmeister Ulrich Meister im Verwaltungskomitee – dessen Präsident er als Rekordhalter bis 1917 bleiben sollte – die Zügel und fand mit Walter Bissegger einen idealen Partner, den Vogt von seiner Nebenbeschäftigung als NZZ-Korrespondent in Basel als Auslandredaktor an den Hirschenplatz geholt hatte. 1885 wurde der umgängliche Bissegger sein Nachfolger, und damit gelangte erstmals seit Felber wieder ein Berufsjournalist in die Führungsposition, die Bissegger sich anfangs – da in den Augen der Verwaltungsräte «eine geeignete Kraft ersten Ranges nicht weiter erhältlich war» – mit Inlandredaktor Börlin teilte. Bis zu seinem 1887 erfolgten Wechsel zur Handelskammer war auch Emil Frey als Leiter der Wirtschaftsredaktion Teil eines harmonischen redaktionellen Führungstrios.

Wie Felber sollte Bissegger, der ab 1888 alleine als Chefredaktor zeichnete, dem Blatt bis in sein Todesjahr die Treue bewahren. Doch anders als

Walter Bissegger (1853–1915) wuchs als Sohn des Leiters der Knabenerziehungsanstalt («Armenschule») Bernrain bei Kreuzlingen (TG) auf. Er studierte in Basel ein Semester Theologie und dann Germanistik und (bei Jacob Burckhardt) Geschichte sowie Philosophie in Leipzig. 1877 promovierte er mit einer Arbeit über ein angelsächsisches Glossar. Von 1878 bis 1883 wirkte Bissegger nicht nur als Mittelschullehrer in Basel, sondern – wenn auch nur sporadisch – auch als dortiger Korrespondent der NZZ. Gustav Vogt holte ihn 1883 als Auslandredaktor nach Zürich und machte ihn bereits zwei Jahre später zum Chefredaktor. Bissegger diente von 1892 bis 1894 als Zentralpräsident im «Verein der Schweizer Presse» und sass von 1892 bis 1911 im Grossen Rat der Stadt Zürich, den er 1899 präsidierte. Von 1893 bis 1915 wirkte er im Kantonsrat (1903/1904 als Präsident) und von 1905 bis 1915 im Nationalrat, unter anderem als Kommissionspräsident für die Schaffung des Nationalparks. Von 1907 bis 1911 stand er als Vertreter des Reformflügels ausserdem der Schweizer FDP vor.*

* Vgl. auch Matthias Kunz, Artikel Walter Bissegger, www.dhs.ch (3. 10. 2004).

dieser – und manch weitere unter den Vorgängern – pflegte der höfliche Thurgauer mit dem Florett und nicht mit dem Zweihänder zu fechten, wie er auch im redaktionsinternen Umgang einen sehr kollegialen Stil wählte. Die demokratische Diskussionskultur, die sich die Presse allmählich aneignete und die sie im politischen Gegner nicht mehr gleich den Landesverräter sehen liess, zeitigte ihre versachlichende Wirkung, aber ebenso die Professionalisierung des Journalistenberufs. Bezeichnenderweise engagierte Bissegger sich nicht nur stark im «Verein der Schweizer Presse», den er von 1892 bis 1894 präsidierte, sondern auch für ein Journalistisches Seminar an der Zürcher Universität, das dazu beitragen solle, dass vollamtliche Zeitungsmänner wie er verantwortungsbewusst und sachkundig ihrer Berufung nachgehen konnten.

Als unabhängiger Geist hegte Bissegger anfangs Bedenken, ob er nicht wie sein Vorgänger Vogt in innenpolitischen Fragen mit dem eher konservativen Verwaltungskomitee in Konflikt geraten könne. Nicht nur hasste er ausdrücklich «Parteiterrorismus und autoritäres Regiment, auch wenn es als aufgeklärt gelten will», sondern er stellte sich in wirtschaftlichen Fragen gegen das «laisser aller» und versprach sich – bei der Abhilfe sozialer Missstände – etwas vom «Staatssozialismus».[1] Er suchte die Annäherung an die Demokraten, ja die Fusion mit diesem linken Flügel der freisinnigen Bewegung und die Bildung eines «grossen, fortschrittlichen Heerhaufens». Die NZZ verstand sich und den historisch weit gefassten Freisinn nicht als Vertreter von Partikularinteressen, sondern als umfassende «Staats- und Volkspartei». Gemeinsam sollten deshalb Liberale und Demokraten rechts die konservative Partei zurücklassen und links die Sozialdemokratie, «deren talentvollste Wortführer je länger je weniger ein Hehl daraus machen, dass die bürgerlichen Parteien für sie *eine* reaktionäre Masse sind».[2] Ganz entschieden verwarf das Blatt die «antinationale» Klassenkampftheorie und den Antimilitarismus: Beide erschienen als ausländische, deutsche Importe. Gleichwohl blieb Bissegger weiter für eine Verständigung mit den – schweizerischen – Sozialdemokraten offen, gerade im Hinblick auf eine umfassende Sozialgesetzgebung. In ihrem Sinn befürwortete er im Prinzip, allerdings vorerst nur auf kantonaler Ebene – wo keine föderalistischen Rücksichtnahmen auf kleine Kantone nötig waren – das Proporzsystem, das 1918 die Vormachtstellung der Freisinnigen brechen sollte und unter seinen Parteigenossen entsprechend wenig Freunde kannte: Auch die NZZ lehnte die konkreten Initiativen von

1894:
Es ist unsere Überzeugung, dass die Freisinnigen, die 1848 den Bund geschaffen und 1874 ihn erneuert haben, sich über die Kantonsgrenzen hinaus die Hand reichen und ihr gemeinsames Wollen nachdrücklich geltend machen sollten. Unser Blatt ist kein Kulturkampforgan und hat stets für eine billige Berücksichtigung der Minderheiten und konfessionelle Freiheit gekämpft. … Den sozialen Missständen nach Kräften abzuhelfen, wird man uns stets bereit finden. Aber von der *rabies socialistica*, die alles verstaatlichen und jeden Individualismus abtöten möchte, wollen wir nichts wissen.*

* NZZ, Januar 1894; Welti, Geschichte, 1930, S. 207.

1900 und 1910 dann ab, weil eine «sozialistisch-ultramontane Allianz» damit die «Niederwerfung des schweizerischen Freisinns» beabsichtige.[3]

Entgegen den anfänglichen Befürchtungen trugen auch die Verwaltungsräte Bisseggers Linie mit, wobei er vor allem Meister hinter sich wusste. Dieser sah sich selbst als Vertreter eines «wahren Liberalismus» und verstand die Aufgabe der NZZ in erster Linie im Dienste am Gemeinwohl, wogegen das finanzielle Interesse der Aktionäre zweitrangig sei.[4] Den übrigen Verwaltungsräten gab er zu Protokoll, dass der kantonale parteipolitische Charakter des «verbreitetsten Tagesorgans der Schweiz» hinter seiner nationalen und internationalen Bedeutung zurückzutreten habe. Statt überlebten liberalen Parteianschauungen anzuhängen (insbesondere der auf 1868 zurückgehenden Ranküne gegen die Demokraten), müsse man den republikanischen Gedanken in fortschrittlichem Sinn entwickeln: «Es ist ebensowenig Aufgabe der NZZ, ein gouvernementales Organ zu sein, als einseitig den Kapitalismus und Industrialismus in der Presse zu vertreten.»[5] Zur selben Zeit, 1893, wurde in Zürich der rasch erfolgreiche «Tages-Anzeiger» gegründet, eine neue, gewinnorientierte Art der Zeitung, die nicht auf Parteinähe, sondern auf ein breites Publikum setzte und dieses nicht durch Linientreue, sondern durch leicht zugängliche Informationen zu gewinnen suchte. 1896 hatte der «Tages-Anzeiger» bereits eine Auflage von 33 000 Exemplaren, der sozialdemokratische «Grütlianer» 14 000 und die NZZ 10 500, die dann aber bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs auf über 30 000 anstieg.

Mit der steigenden Auflage und grösserer finanzieller Sicherheit konnte die NZZ 1894 einerseits einen ersten Teil ihres – bis heute bestehenden – Domizils an der Goethestrasse beziehen und andererseits auf drei Ausgaben pro Tag zulegen. 1899 und 1909 wurde der Bau zur Falkenstrasse hin erweitert und umgebaut: Nach Bissegger verlegte 1909 auch Meister seinen privaten Wohnsitz hierher, was die patriarchalisch-für-

sorgliche Identifikation der Leiter mit ihrer Zeitung symbolisch zum Ausdruck brachte. Dort war nun Albert Wegmann für den Inland- und Lokalteil zuständig, Jakob Christoph Heer für das Feuilleton, im Handelsressort folgten auf Robert Billeter 1896 Albert Meyer und als Gehilfe Paul Gygax. 1900 übernahm August Welti die Bundeshausredaktion, und 1908 trat Ernst Rietmann in die Inlandredaktion ein. Das Blatt hatte schon früher mehr oder weniger regelmässig Beilagen eingefügt gehabt, jetzt erschien am 19. Januar 1907 die erste Spezialbeilage der NZZ überhaupt, über den «Export». 1914 folgte «Saison, Reise, Verkehr» als zweite Sonderbeilage, dann weitere zur Landwirtschaft und zu Mode und Gesellschaft. 1916 erschien erstmals die «Technische Rundschau» und später die Automobilbeilage, die unter leicht geändertem Titel als wöchentliche Beilage bis in die Gegenwart weiterleben.

Nicht das Auto, sondern die Eisenbahn war allerdings unter Bissegger weiterhin das kontroverse Thema. Seit der Depression der 1870er Jahre war die Krise der Privatbahnen nicht mehr zu übersehen: Schlecht koordiniert, überschuldet und von Streiks bedroht wurden sie zu Spekulationsobjekten der (oft ausländischen) Anleger, während die Bedürfnisse der Landesversorgung und – wie der deutsch-französische Krieg vorführte – der Armee (rasche Truppentransporte) vernachlässigt wurden. Diese Mängel liessen den Ruf nach Verstaatlichung immer lauter ertönen, und auch die NZZ stimmte nun darin ein. Sie hatte im Gefolge Alfred Eschers nicht nur in der Jahrhundertmitte, sondern noch 1884 entsprechende Vorstösse zurückgewiesen.[6] An der Falkenstrasse nahm man nun den moralischen Vorwurf zur Kenntnis, man falle «von lange gehüteten und verfochtenen Grundsätzen» ab und wollte nicht leugnen, dass die veränderten Umstände aus einem «staatsbahnfeindlichen Saulus einen rückkaufsfreundlichen Paulus gemacht» hätten. «Die jüngern Leute unserer Richtung sind aufgezogen und geschult worden in einer Zeit, da in die alte Lehre von der allein selig machenden freien Konkurrenz bereits von allen Seiten her Bresche gelegt war.»[7] Entsprechend euphorisch begrüsste man den Erfolg der Rückkaufsvorlage im heiss umkämpften Referendum, das am 20. Februar 1898 eine Rekordbeteiligung provozierte: «Eine so gewaltige Abstimmung hat die Eidgenossenschaft noch nie erlebt. Es war ein grosser, gewaltiger Zug in der gestrigen Abstimmung, historischer Stil, der jedem aufrichtigen Gegner … die eigene Niederlage erträglich machen muss.»[8]

Den Ankauf der verschiedenen Privatbahnen erlebte Bissegger zum Teil bereits als Nationalrat, wo er als Kommissionspräsident auch die – 1914 beschlossene – Errichtung des Nationalparks im Engadin befürwortete. In der NZZ versuchte der Chefredaktor die Gegner von ihren Ängsten abzubringen, italienische Wilddiebe könnten von der Grenzlage des Parks profitieren oder der Bär wieder heimisch werden: «Man soll die Haut des Bären nicht verkaufen, ehe er erlegt ist; man soll den Bären aber auch nicht totschiessen, ehe einer gesehen worden.»[9] Besonders engagiert verfolgte Bissegger die nationale Gesetzgebung für eine Kranken- und Unfallversicherung, deren Verfassungsgrundlage die NZZ 1890 mit zum Teil – zumindest für spätere Leser – unvertrauten Tönen begrüsste.

> Die Schweiz strebt ehrlich und redlich das Ziel an, staatssozialistisch und sozialdemokratisch im wahren Sinne des Wortes zu sein und das Ideal des sozialen Staates zu verwirklichen. Der Weg, der nach dem Ziele führt, ist ein langer und langsamer, den Schutt, den Jahrhunderte zurückgelassen, kann sie nicht von heute auf morgen wegbringen. … Wir sind in der Schweiz ernst an der Arbeit des Fortschrittes, nicht nach Rezepten der Kathedersozialisten, jener Schule mit den empfindlichen Nerven, welche den scharfen Zugwind der Freiheit nicht ertragen kann und das frische Leben nach bestimmten Schablonen gestalten zu müssen glaubt.[10]

Bei solchen Voten war es verständlich, wenn Bissegger im Verwaltungskomitee hören musste, er liebäugle «mit der Demokratie der Sozialisten».[11] Sein Kurs war Aktionären wie dem Ständerat, Komiteemitglied und späteren -präsidenten Paul Usteri zu lau. Er stand anfangs dem gewerblichen, bis 1909 auch im Schoss der FDP politisierenden «Bürgerverband» nah, der von der rechtsbürgerlichen Seite her dieselbe Konfrontation suchte, der auf der Linken Gewerkschafter und Sozialdemokraten vor allem über Streiks den Weg bereiteten. Bissegger hingegen trat im Geiste der nationalen Versöhnung schon früh, 1910, für eine Alters- und Hinterbliebenenversicherung ein. Er betonte die gemeinsamen Wurzeln des Freisinns und der Sozialdemokratie, die eigentlich im «Verhältnis alter Freunde» stünden, auch wenn die Linke ihrem «älteren Bruder, dem Freisinn», eine Abneigung beweise, «die mit Hass eine verzweifelte Ähnlichkeit hat». Man habe sich zwar wegen klassenkämpferischen Extrempositionen der Gewerkschaften, aber als Reaktion darauf auch auf bürgerlicher Seite endgültig entzweit. Im konkreten politischen Alltag, unter ernsthaften und pragmatischen «Berufspolitikern» sei jedoch die Verständigung oft leicht möglich, zumal Bissegger überzeugt blieb, dass die schweizerischen Arbeiter im Prinzip national und nicht klassenkämp-

ferisch empfanden. Allerdings müssten sich auch die Freisinnigen auf ihre eigenen sozialen Traditionen und Leistungen besinnen und diese stolz vertreten, ohne zu leugnen, dass sie bei der «Neubelebung des altruistischen Gedankens» einiges von der SP gelernt hätten.[12]

> Wir wünschen aufrichtig, dass das soziale Verständnis unter den Unternehmenden und Besitzenden wachsen möge, sind aber überzeugt, dass der Hass, der von anderer Seite gesät wird, vor dem nüchternen Urteil des schweizerischen Arbeiters nicht aushalten wird.[13]

In der geschilderten «staatssozialistischen» Tradition, wie sie im Bundesrat etwa durch Ludwig Forrer und Adolf Deucher eingebracht wurde, engagierte sich die NZZ heftig für das – 1900 in einem ersten Referendum gescheiterte – Obligatorium einer staatlichen Kranken- und Unfallversicherung, auch wenn ihr das liberale Ideal der individuellen Selbstversorgung eigentlich näher stand. Im rechtsbürgerlichen Referendumskomitee, das vor untragbaren Kosten und vor der Bürokratisierung warnte, wurden «die grundsätzlichen Gegner des modernen Wohlfahrtsstaats» gesehen, die zu einer zeitgemässen Demokratie und der für ihre Stabilität notwendigen Solidaritätsleistungen nicht fähig seien. Nicht zuletzt musste sich im Verständnis der NZZ der republikanische Bundesstaat darin mit der fortschrittlicheren Sozialgesetzgebung in monarchischen Nationalstaaten messen können, dass er seine ohne eigenes Verschulden in Not geratenen Bürger vor existenzieller Not bewahrte.[14]

Das Jahr 1912, in dem die Kranken- und Unfallversicherung die knappe Gunst des Souveräns fand, war aber zugleich auch der Moment, in dem die NZZ mit dem Freisinn den vorübergehenden «galop social» abbrach und gegen die bislang, als Partnerin der geplanten Sozialpolitik, eher glimpflich behandelte SP nun unversöhnlicher polemisieren liess. Die Angst vor den proletarischen «Massen» nahm überhand, die von der Parteileitung nicht richtig kontrolliert würden und denen deshalb die politische Erziehung, also die Mässigung, abgehe, zumal sich auch ein marxistischer Atheismus unter ihnen auszubreiten schien.[15] Die gewandelte Einstellung zeigte sich in der Reaktion auf zwei Streikbewegungen, 1906 und 1912, die als heranrückende Gefahr und gleichsam die Verschweizerung des Klassenkampfes empfunden wurden. 1906 mobilisierte die Regierung Truppen wegen eines Arbeitskonflikts in einer Autofabrik im zürcherischen Albisrieden, die nach der Entlassung von gewerkschaftlich organisierten Arbeitern bestreikt wurde. Die NZZ sah in der Kampf-

1910:
Die ursprünglichste Pflicht des Staates ist doch die Aufrechterhaltung der eigenen Rechtsordnung und die Sorge für die Sicherheit aller seiner Glieder. Um dieser Pflicht zu genügen, hat er alle seine Machtmittel anzuwenden; wenn die Polizei nicht genügt, so ist Militärmacht aufzubieten, mag das Geschrei über den Klassenstaat ebenso laut werden, wie es töricht ist. Bei uns ist dafür gesorgt, dass die Regierungen nicht leicht zu den äussersten Mitteln greifen. Aber in Sachen der Rechtsordnung und ihres unbedingten Schutzes darf es keine feige Nachgiebigkeit geben. Sie würde sich an uns rächen, sie würde sich am Lande rächen.*

* NZZ, 15. 3. 1910; Richner, Bissegger, 1983, S. 103.

bewegung vor allem das Werk von Italienern und Deutschen, «die sich erfrecht hatten, unsere Rechtsordnung zu durchbrechen, unsere Behörden, unsere Polizisten und unsere Wehrmannschaft zu verhöhnen oder gar tätlich zu beleidigen». Deshalb war die NZZ dafür, mit den «ausländischen Radauelementen aufzuräumen». «Gewaltmassregeln wider hervorragende politische Gegner» lehnte sie jedoch ab – konkret betraf dies den Redaktor des sozialdemokratischen «Volksrechts», der als «Hauptagitator» dann doch des Landes verwiesen wurde.[16]

Aber auch die NZZ teilte zusehends die Sorge wegen der «Ausländerfrage», die seit den «Italienerkrawallen» des ausgehenden 19. Jahrhunderts diskutiert wurde, aber vor dem Weltkrieg eher «flau» blieb, wie das Blatt 1912 schrieb.[17] Von Bedeutung war die «Ausländerfrage» für die parteipolitische Auseinandersetzung: Vor allem wenn sie tatsächlich Immigranten waren, konnte die NZZ den SP-Führern «fremdländisches Fühlen und Denken» vorwerfen.[18] Ob die heimische Arbeiterschaft den marxistischen Theoretikern und Syndikalisten aus Deutschland und Italien widerstehen würde, erschien nämlich immer weniger sicher. Diese Verunsicherung erreichte den Höhepunkt beim eintägigen Generalstreik, der 1912 in Zürich ebenfalls von einem grossen Truppenaufgebot begleitet wurde, nachdem im Vorfeld ein Streikender einen Streikposten niedergeschossen hatte. Der Streik selbst verlief ohne grössere Ausschreitungen, erfasste aber auch die städtischen Arbeiter. Die NZZ teilte nunmehr die Einschätzung der Rechtsbürgerlichen und verurteilte den Generalstreik als Angriff der «unpatriotischen» Linken auf die Staatsgewalt und als Bedrohung der Demokratie.[19]

Die Absage an die Versöhnungsstrategie führte, angesichts der Balkankrise, in einer Zeit zunehmender Spannungen zwischen den europäischen Grossmächten mit dazu, dass die NZZ der Option Sozialpolitik diejenige

für die Militärpolitik gegenüberstellte: Anstelle der klassenübergreifenden Integration trat jetzt als politisches Primat die Verteidigung der Nation durch diejenigen, die sich als ihr zugehörig ansahen. In diesem Sinn hatte die NZZ 1907 die neue «Militärorganisation» befürwortet: Die Militärausgaben wurden erhöht, die Dienstzeit in der Rekrutenschule verlängert, alljährliche Wiederholungskurse von zwei Wochen statt der bisher drei Wochen alle zwei Jahre verfügt. Die Armee war für Bissegger nicht nur unverzichtbar, sondern auch der Ort, wo «die Leidenschaft für das Vaterland» eingeübt wurde und sich beweisen konnte.

> Der feste Glaube an unseren Staat ist zum Glück noch ein Gemeingut für die grosse Mehrheit unseres Volkes, und es gibt wohl nichts, was diesem so sehr zuwider wäre als der verächtlich-kühle Ton, mit dem einzelne Redner der Sozialdemokratie von diesem Heiligtum unseres Empfindens zu reden sich herausgenommen haben.[20]

In ihrem Einsatz für die Landesverteidigung stellte sich die Redaktion, wenn auch nicht unkritisch, hinter den späteren General Ulrich Wille, der wegen seiner «preussischen» Bemühungen um Hierarchie und Disziplin umstritten war. Entsprechend stolz berichtete die NZZ im Herbst 1912 auch über die «Kaisermanöver», die ihren Namen der Gegenwart Wilhelms II. verdankten. Ihm werde die Milizarmee, trotz formaler Mängel, wohl vorführen, dass die «Freude am Wehrwesen im Volke» ungebrochen sei: «In letzter Linie berufen wir uns wie jeder andere selbständige Staat, sei er gross oder klein, auf unsere Waffen.» Man war umgekehrt beeindruckt von «der vollendeten Liebenswürdigkeit unseres hohen Gastes, seiner herzlichen Art, die von Anfang an das Konventionelle bannte». Das Schweizer Volk habe ihn nicht als Oberhaupt eines mächtigen Volkes empfangen, sondern «als guten Freund und sympathischen Nachbarn, den man gern unter seinem Dache weilen sieht».[21] Doch Bisseggers Lob für Wilhelm II. als «Militär vom Wirbel bis zur Zehe» war auch verbunden mit der Warnung an den Kaiser, er möge «sein Ohr den gefährlichen Einflüsterungen und selbst versteckten und offenen Schmähungen interessierter oder von einem falschen Patriotismus und einer Art nationalen Grössenwahns besessenen Kriegsfreunde» nicht leihen.[22]

Solche vorsichtigen Töne waren eher für Bisseggers Inlandressort typisch als für die Auslandredaktion, die der Chefredaktor im Tausch an Börlin abgetreten hatte. Zusammen mit Fleiner (und weiten Teilen der Deutschschweizer Elite) war Börlin von der früheren – der Neutralität wie der schweizerischen Staatsstruktur geschuldeten – Äquidistanz zwischen

Frankreich und Deutschland abgewichen. Frankreich bot am Ende des 19. Jahrhunderts tatsächlich Stoff für Kritik, so in der Affäre Dreyfus, da bei dessen Verurteilung zumindest in prozeduralen Fragen eine «Rechtsverletzung der schlimmsten Art» begangen worden sei. Der Pariser Korrespondent war von Anfang an von Dreyfus' Unschuld überzeugt, referierte aber zumeist neutral die verschiedenen Positionen.[23] Emile Zola und seine Anhänger hätten Beschimpfungen und Bedrohungen geerntet, «weil sie gegenüber einer von einer elenden, chauvinistischen Presse verhetzten Menge der Wahrheit die Ehre zu geben den Mut hatten».[24] Die NZZ deutete die unglaublichen Lügen und antisemitischen Emotionen, den Hass gegen die Dreyfusianer und die Voreingenommenheit für den Generalstab völkerpsychologisch: Das französische Volk habe durch die Niederlage von 1870/1871 das sittliche Gleichgewicht verloren und an intellektueller Kraft eingebüsst.

> Die Nation krankt an der Revanche-Idee, daher kommen alle Übel des französischen Volkes. Nur wenn es sich von dem Gedanken befreit, dass es unter allen Umständen seine verlorenen Provinzen wieder erobern müsse, kann das Volk wieder gesund werden, sich seines Lebens wieder in alter gallischer Heiterkeit erfreuen und seine prächtigen Eigenschaften und Tugenden wieder zur Geltung bringen. Es liegt nur an ihm, um wieder eine der ersten – freilich nicht mehr die erste – und glücklichsten Nationen zu werden.[25]

Wieweit auch Börlin ein Antisemit war, wie das Bisseggers Vorgänger Vogt in seinem Tagebuch betrübt vermerkt, müsste durch eine gründlichere Prüfung der zumeist ja ungezeichneten und eher sachlich gehaltenen Redaktionsartikel erforscht werden. Jedenfalls zeigte sich der Auslandredaktor unverhohlen preussenfreundlich, und noch in seinen alten Tagen bezeichnete er es rückblickend als seine Lebensaufgabe, unter den Eidgenossen Verständnis für die Deutschen und besonders für Bismarck geweckt zu haben.[26] Diese Prägung der NZZ wurde noch dadurch verstärkt, dass um 1900 alle wichtigen NZZ-Korrespondentenposten im Ausland durch Deutsche besetzt wurden. So atmeten nicht nur die Berichte des jahrzehntelangen Berliner Mitarbeiters Hugo Herold die deutschen Positionen, sondern auch diejenigen aus London, die wenig Verständnis für die britische Innen- und erst recht Aussenpolitik zeigten. Dies zeigte sich seit den 1870er Jahren in der – als russlandfreundlich kritisierten – englischen Balkanpolitik, und ebenso in Irland, das die hochfahrenden

und von einer plutokratischen Oligarchie beherrschten Engländer nach Einschätzung des Blattes nie in die Unabhängigkeit entlassen würden.[27]

Völlig unzweifelhaft war es für die NZZ, für welche Seite «unser Schweizervolk» im Burenkrieg Partei ergreifen sollte, wenn ein Imperium, das bereits die halbe Welt beherrsche, sich unersättlich erzeige: «Wohl stehen die Interessen des Grosshandels auf englischer Seite, allein unsere Geschichte, unser ganzes politisches Fühlen und Denken weist uns auf die andere Seite», nämlich auf diejenige eines «Hirten- und Bauernvolks», das – vor allem bei den staatlichen Einrichtungen – auch seine Fehler habe, aber um seine Ehre und Unabhängigkeit, «seine Eigenart in Sitte und Sprache kämpfen muss».[28] Verzweifelt erging von der Falkenstrasse aus die Aufforderung an die Mächte, sie sollten «den Engländern Halt gebieten», und zwar, unvermeidlich, «mit der Waffe in der Hand». Noch in der Niederlage bewunderte man den tapferen Widerstand der Buren: «Von allen civilisierten Staaten der Welt kommen Berichte über die Trauer, in welche das Ereignis die Burenfreunde versetzt hat.»[29] In ihrer Kritik am englischen Imperialismus fand sich die NZZ mit der reichsdeutschen Politik und Publizistik, und sie unterstützte auch deren kolonialistischen Wunsch nach einem «Platz an der Sonne». Die Verschlechterung der Beziehungen zwischen Deutschland und England im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts wurde allein der Paranoia und Eifersucht Eduards VII. zugeschrieben. Auch in der Marokkokrise von 1911 wurde die englische Parteinahme kritisiert, die dazu führte, dass die deutschen Erwartungen nicht in Erfüllung gingen. Dabei war es auch in der Einschätzung der NZZ der deutsche Drang nach Weltgeltung und Kolonien, der mit dem «Pantherspring nach Agadir» an den Rand eines (Welt-)Kriegs führte.

Die entsprechend einseitige Berichterstattung führte in Zeiten rasch zunehmender Nationalismen zu kritischen Kommentaren anglophiler Aktionäre und 1912 zu einem bewussten Kurswechsel. Zumindest aus Paris, Rom und London sollten nicht mehr deutsche, sondern Schweizer Korrespondenten berichten: Max Müller, Albert Sautier und – ab 1916 – Tony Borel. Ebenfalls 1912 reagierte der 69jährige Börlin auf die Vorhaltungen, indem er seinen Rücktritt einreichte. Sein Nachfolger war ein anderes Kaliber, der brillante Historiker Eduard Fueter, der schon von 1904 bis 1908 Inlandredaktor gewesen war, dann aber seine akademische Laufbahn mit der mehrfach übersetzten und bis 1968 wiederholt aufgelegten *Geschichte der neueren Historiographie* (1911) weiter verfolgt hatte und

nun als leitender Auslandredaktor an die Goethestrasse zurückkehrte. Er kannte und schätzte nicht nur Frankreich und Grossbritannien von längeren Aufenthalten her (ebenso wie Deutschland), sondern wusste auch die Rolle der aufsteigenden USA richtig zu beurteilen. Historische Tiefenschärfe brauchte die NZZ tatsächlich in diesen Jahren, in denen alle Seiten ihre Standpunkte mit der Geschichte legitimierten. Das «Bangen vor dem grossen Weltkrieg» gründete vor allem in den sich jagenden Balkankrisen, was auch dazu beitrug, dass man in Bundesbern eine Verwaltungsreform vornahm und das Aussenministerium nicht mehr bloss für ein Jahr dem jeweiligen Bundespräsidenten anhängte, sondern einem festen Vorsteher übergab.

> So haben die grossen Weltereignisse uns allen wieder einmal eindringlich gezeigt, dass unser kleiner Staat nicht ein sorgloses Einzeldasein führen kann, dass er das Glied eines universalen Organismus ist und allen Grund hat, auf das, was um ihn vorgeht, mit wachsamem und durchdringendem Blick zu achten, sich sorgfältig zu unterrichten und die Führung seiner auswärtigen Beziehungen den klügsten und entschlossensten Männern anzuvertrauen.[30]

In der anhaltenden Krise nach der Ermordung des österreichischen Thronfolgerpaars am 28. Juni 1914 mochte das Blatt nicht glauben, dass ein grösserer Konflikt ausbrechen werde. Wenn der Friede mit Deutschland in diesen Wochen nicht gesichert war, so lag das in den Augen eines NZZ-Leitartiklers an der westlichen Einkreisungspolitik und der finanziellen Oligarchie in England und Frankreich (und in den USA), welche die jeweiligen Parlamente zu ohnmächtigen Hampelmännern stempelte, ja «das parlamentarisch-demokratische England» als eine Fiktion dastehen liess.[31] Während die Schweizer Republikaner die Westmächte solchermassen diskreditierten, begrüsste man es, als «Österreich-Ungarn nun endlich gewillt war, gegen Serbien vorzugehen, und einer Grossmacht angemessen handeln wollte».[32] Allerdings schrieb man noch am 27. Juli 1914 aufgrund von Wiener Informationen, dass der Konflikt mit Serbien lokal beschränkt bleiben werde, und drei Tage später glaubte man im Mittagsblatt noch «keineswegs von einer wirklichen Gefahr für den Weltfrieden» sprechen zu können.[33] Doch schon im Morgenblatt vermittelte der Korrespondent Ludwig Bauer ein ganz anderes Bild: die Euphorie der einrückenden Österreicher.

> Nicht jene sind traurig, die fortziehen, sondern jene, die zurückbleiben müssen. Man versteht dies wohl, jene dürfen ja um ihr Schicksal kämpfen, legen Hand an, entschei-

> den es nach Kraft, Tapferkeit, Klugheit selbst. Die andern aber, die zurückleiben, sie müssen erwarten, was ein erhabenes und unerbittliches Fatum über sie beschlossen hat.[34]

Am 1. August 1914 war die an der Falkenstrasse lange aufrechterhaltene Friedenszuversicht endgültig vorbei: «Welch jäher Umschwung der Lage! Noch vor 14 Tagen dachte (...) niemand an einen Krieg, und heute starrt fast ganz Europa in Waffen.»[35] Die Eskalation in den Kriegserklärungen von Österreich an Serbien und von Deutschland an Russland erschien der NZZ wie ein Naturereignis, das den Bauern überfällt, «die Kriegsfurie, die er nur noch aus Büchern (ja nicht einmal mehr daraus!) kennt.» Der Redaktor empfand: «Was jetzt kommt, stammt nicht von einem Diplomatentisch, sondern aus dem Unergründlichen; die Welt selbst hat sich zu dieser Katastrophe emporgesteigert.» Zu deren Deutung betrieb auch die NZZ Mythenschau: «Das Zentralproblem ist das Rassenproblem: Was wir erleben ist der Existenzkampf der germanischen Rasse.» Im Osten erfolge ein Ringen zwischen germanisch-westlicher Kultur und anflutendem slawischen Wesen, und in diesen Kampf der Zivilisation mit dem Barbarentum habe Letzteres in einer «überreifen Kultur» – Frankreich – einen Alliierten gefunden. Dieser Bruderkrieg zwischen Germanen und Romanen konnte laut NZZ Chaos oder Kosmos mit sich bringen – Auflösung oder Etablierung einer Weltordnung.[36] Zu solch säkularer Apokalyptik passte nicht nur die Klage über den Weltenbrand, sondern auch die Faszination der ersten Kriegswochen und die Ästhetik der echten und vermeintlichen Heldentaten, an denen sich die Leser der NZZ ebenso wie die europäischen Völker in den ersten Kriegsmonaten ergötzen konnten. Noch im Mai 1915 schrieb der Berlinkorrespondent über den dortigen «Kriegsfrühling»:

> Einmütig ist die Bewunderung für die jugendlichen Kriegsfreiwilligen aller Stände, die bei Kriegsausbruch begeistert zu den Fahnen eilten, dann singend auszogen zur Schlacht und in schweren Kämpfen an Ausdauer und Kühnheit mit den besten Mannschaften des aktiven Heeres wetteiferten. Aber auch die, denen es noch nicht vergönnt war, ihr Leben für die Heimat einzusetzen, blieben an hingebender Begeisterung nicht zurück.[37]

Während bei der Berichterstattung über den Westkrieg allgemein Zurückhaltung bewahrt wurde, begrüsste das Blatt – vor allem dank dem Korrespondenten in Berlin – die Siege der Mittelmächte im Osten. Insgesamt ergab sich so ein tendenziell deutschfreundliches Bild, das aber von

der kritiklosen Euphorie für die Mittelmächte, wie sie weite Kreise gerade in Zürich empfanden, spürbar abwich. Deutschfreundliche Kreise in der Schweiz, aber ebenso offizielle deutsche Institutionen wie der Botschafter in Bern attackierten den Kurs der NZZ und namentlich Fueters als «prowestlich» und warfen dem Blatt vor, es bekenne sich nicht zum «Deutschtum».[38] Tatsächlich prägten eher dürre und unpersönliche Kommentare den Stil, was – zumindest für den späteren Leser – den Mittelmächten gegenüber eher rücksichtsvoll schien. Man ging nie viel weiter als – gleich zu Kriegsbeginn – beim Bedauern über den deutschen Angriff auf das neutrale Belgien, einen eklatanten Verstoss gegen das Völkerrecht und dem Kleinstaat gemachte Zusagen: «Aber jedenfalls müssen wir zu unserm grössten Bedauern konstatieren, … dass Deutschland eine bewusste Verletzung der von den Grossmächten garantierten Neutralität eines kleinen Staates begangen hat und dass formell England in dieser Angelegenheit das Recht auf seiner Seite hat.»[39] Doch gleichzeitig äusserte man Verständnis für eine Expansionslogik, deren Opfer an sich auch die Schweiz hätte sein können. Im Vertrauen auf die eigene Armee übernahm man mit dem Berliner Korrespondenten die Argumentation Moltkes, dass ein schwacher neutraler Staat seine Nachbarn gleichsam dazu zwang, ihn anzugreifen.[40] «So verwerflich vom völkerrechtlichen Standpunkt aus die Verletzung der Neutralität Belgiens durch deutsche Truppen ist, so begreiflich erscheint sie, wenn man den Fall rein militärisch betrachtet.»[41]

Von Anfang an bekannte sich die NZZ in diesem «Urkampf» programmatisch zur absoluten Neutralität zwischen den geliebten und vertrauten Nachbarvölkern, wie sie dem Wesen der Schweiz entspreche: «Wir müssen neutral sein, wenn wir überhaupt noch sein wollen.»[42] Diese Maxime des Landes war auch diejenige der Presse und insbesondere der NZZ: «Wir richten unsere Haltung nach der des Staates, dem wir angehören und dem wir mit ganzem Herzen ergeben sind.» Für die Zeitung bedeutete dies, auch als Dienst am Vaterland, die (Agentur-)Meldungen der gegnerischen Parteien gleichermassen zu berücksichtigen und abzudrucken, «was nicht von vornherein den Stempel der Erfindung trägt».[43]

> Wir glauben nun nicht das Recht zu haben, solche offizielle Telegramme, für die vor allem in Kriegszeiten die betreffenden fremden Regierungen verantwortlich sind, von der Aufnahme auszuschliessen. Unsere Leser haben darauf Anspruch, dass die legitimierten Vertreter der ausländischen Regierungen vor der Öffentlichkeit, d. h. die von den Regierungen abhängigen und von ihnen inspirierten Telegraphenbureaus vor ihnen unzensiert zu Worte kommen. Wir überlassen es dann ihrem Urteil, aus den sich

so oft diametral widersprechenden Nachrichten diejenigen herauszusuchen, die ihnen der Wahrheit näherzukommen scheinen.[44]

Angesichts der unvermeidlicherweise unzuverlässigen Informationen konnte man wenigstens die Zuversicht haben, dass die Propaganda nicht von Dauer sein konnte, sondern durch den Kriegsverlauf entlarvt wurde: «Die Aussonderung des Tatsächlichen und Wahren vom Erdichteten und Lügenhaften wird die Zeit, im Kriege eine kurze Zeit, besorgen.»[45] Rückblickend sollte der Chefredaktor die an der Aktionärsversammlung «gerügte Farblosigkeit» der Kriegsberichterstattung rechtfertigen als «einen inhärenten Mangel der Reserve, die ihrerseits von der Neutralität geboten wird». Immerhin meinte die Oxforder Zeitschrift «The Contemporary Review» 1917, die NZZ «has made for itself a position which may be said to be quite unique in Switzerland, and even in Europe». Es sei fast unglaublich, wie das Blatt, das traditionell viele deutsche Autoren berücksichtigt habe, seit Kriegsbeginn die «cold impartiality» bewahrt habe und beide Seiten zu Wort kommen lasse. «There is no other neutral journal in any country which wields such influence, or maintains so undeviating an impartiality.»[46]

Tatsächlich verstand das Blatt seine Aufgabe während des Weltkriegs als unparteiischer Mittler zwischen den kriegführenden Nationen, aber auch zwischen ihren oft ebenso unerbittlichen Parteigängern im Inneren der Heimat. Vor diesem Primat musste die bisherige Hauptfront der Innenpolitik, die soziale Frage, «jetzt in den Zeitungen zurücktreten».[47] In diesem Sinn appellierte die NZZ auch an die Sozialdemokraten, «das Wohl des geeinten Volkes und Vaterlandes» nicht in Frage zu stellen und die harte Prüfung in «gutschweizerischer Eigenart» gemeinsam durchzustehen.[48] Tatsächlich war die Parteinahme von Welschen und Deutschschweizern für die verfeindeten Kriegsparteien schon gefährlich genug für den nationalen Zusammenhalt. Um diesen zu stärken, druckte das Blatt auch die berühmte Rede *Unser Schweizer Standpunkt* vollständig ab, die Carl Spitteler Ende 1914 vor der *Helvetischen Gesellschaft* hielt. Der spätere Nobelpreisträger Spitteler hatte 1890 für drei Jahre das NZZ-Feuilleton geleitet und fand nun ähnliche Gedanken von anderen – nicht zuletzt welschen – Gastautoren in den Kolumnen der NZZ formuliert, so von William Rappard, Georges Wagnière und Paul Rochat, aber auch vom Völkerrechtler und NZZ-Komiteemitglied Max Huber. Eduard Korrodi, ab November 1914 der neue Feuilletonredaktor, legte viel Wert auf die

Präsentation junger Schweizer Autoren und trug auf diese Weise den (deutsch-)schweizerischen Sonderweg während des Krieges in einer gewissen Distanz zum Kaiserreich mit. Ebenso unterstützte man mit Beiträgen etwa des Dichters Konrad Falke (eigentlich Karl Frey) 1915 ein nationales Mittelschulgesetz, welches das «völkische Moment» vermitteln sollte: Schweizergeschichte, Staatsbürgerkunde, Schüleraustausch zwischen den Landesteilen und die Einführung eines Lesebuchs, das die drei Sprachräume verbinden würde.

Diese Stärkung des Nationalgedankens gegenüber dem «rassischen» Empfinden entsprach den Prinzipien, die Bissegger schon vor dem Krieg immer wieder betont hatte. Für ihn lebten die Deutschschweizer als «äusserste südwestliche Vorposten des deutschen Stammes … ohne Sprachen- und Rassenkampf, in brüderlicher Eintracht, verbunden durch die Gleichheit der politischen Gedanken, mit den Romanen» zusammen.[49] Er kannte die «patriotische Besorgnis» wegen «fremden Kultureinflüssen, fremder Gedanken und Sitten», des «wachsenden Internationalismus». Bissegger hielt diese Befürchtungen für übertrieben und sprach sich auch gegen ein kleinliches und engherziges Abschliessen des Landes aus. «Wir möchten Schweizer bleiben, in unserm Lande nach Schweizer Art leben und das gute Fremde, das zu uns kommt, unserem Wesen und Geist zu assimilieren suchen.» Mit diesem offenen Geist bemühte sich der Chefredaktor 1910 gegen die Anhänger des «Rassenprinzips und Rassenkampfes» um die Definition der «Schweizer Eigenart», die – wie er wusste – schwierig war und die er vor allem kulturell fasste. Die Existenz des Landes beruhe auf der patriotischen Kraft der Bürger und auf ihren uralten demokratischen Einrichtungen, «hauptsächlich aber auf der Tatsache, dass es uns gelungen ist, seit Jahrhunderten verschiedene Sprachstämme in ungetrübter Eintracht zu gemeinsamem staatlichen Wirken zusammenzuhalten». Ob man das eine Nation nennen wolle, sei eine akademische Frage und solange gleichgültig, als die Schweizer sie einmütig bejahten. Deshalb verbat sich Bissegger auch fremdes Hineinreden, wenn damit die sogenannte «Sprachenfrage» aufgerollt wurde, also das Zusammenleben der verschiedenen kulturellen Gemeinschaften in einem Land. Im übrigen riet er aber zu weniger Empfindlichkeit im Umgang mit gelegentlichem Unverständnis aus dem Ausland, wo die schweizerische Eigenart nicht immer verstanden oder auch kritisiert werde. «Wir brauchen mit ihr nicht gross zu tun; denn sie bedeutet nicht eine Überlegen-

heit über andere.» So schloss Bissegger auch mit einer «Bitte an unsere Volksgenossen, den Fremden, der sich bei uns niederlassen und oft gerne bei uns bleiben möchte, die schweizerische Eigenart von der guten Seite zu zeigen.»[50] Diese Stimme der Versöhnung verstummte, während die Unversöhnlichkeit in Europa ihr blutiges Regiment vorführte: Am 30. April 1915 verschied Chefredaktor Bissegger nach kurzer Krankheit.

In der Krise des Abendlands: die Ära Meyer 1915–1929

An der Falkenstrasse sah man es auch nach Bisseggers Tod weiter als eine Hauptaufgabe an, nicht nur im Inneren des Landes zwischen der französischen und der deutschen Kultur Brücken zu schlagen. Vielmehr öffnete man die Zeitung als Forum für prominente Ausländer, in dem sie zum Teil – eigentlich entgegen der armeefreundlichen Grundhaltung des Blattes – als Pazifisten, ja sogar Militärdienstverweigerer der kriegsführenden Staaten ihre Appelle abdrucken lassen konnten. Schon nach der ersten Kriegswoche hatte ein Autor prophezeit: «Der gegenwärtige Krieg wird der grässlichste und nutzloseste sein, der jemals stattgefunden hat: es ist wie noch nie ein Krieg um des Krieges willen.»[1] Ab 1915 fand eine eigentliche Friedensdebatte in der NZZ statt. Auf französischer Seite nahm unter anderem der Senator und Friedensnobelpreisträger Paul d'Estournelles de Constant daran teil, ebenso die Professoren Armand Aulard und Henri Hauser. Romain Rolland veröffentlichte seine Essays «Au-dessus de la mêlée» in der NZZ, wohin ihn vermutlich Hermann Hesse vermittelt hatte. Auf Seiten der Mittelmächte waren die Hauptbeiträger in dieser Sache Prinz Alexander zu Hohenlohe, der Sohn des früheren deutschen Reichskanzlers, der Wiener Friedensnobelpreisträger Alfred Fried und der Münchner Ethik-Professor Friedrich Wilhelm Foerster, der auch die Aufgabe der Schweiz in und nach diesem Völkerringen im Sinn der NZZ definierte:

> Wohl keine Hoffnung wird einstimmiger geäussert als die, dass es nach dem Kriege gelingen möge, eine deutsch-französische Aussöhnung und Kulturgemeinschaft herbeizuführen. Aber gerade weil wir wissen, welche ungeheuren Schwierigkeiten dieser Aufgabe nach dem Kriege im Wege stehen, so empfinden wir von Tag zu Tag deutlicher, welche grosse und unersetzliche europäische Mission die Schweiz in der Vorbereitung solcher Versöhnung zu erfüllen hat, und wir erkennen, dass sie diese ihre Mission, als Vorbild übernationaler politischer Gemeinschaft, nur erfüllen kann, wenn ihre einzelnen Gruppen ganz begreifen, was hier auf dem Spiel steht, und sich mit grösster Konsequenz alle Nachgiebigkeit gegenüber dem Magnetismus der Rassenverwandtschaften versagen.[2]

Da das Blatt von seiner Gesamtauflage von 40 000 Exemplaren etwa

zweitausend nach Deutschland lieferte, war die Beachtung für diese innerdeutschen Stimmen des Widerspruchs garantiert.[3] Fried als der fleissigste dieser Gastbeiträger führte mit anderen Einsendern – darunter Stefan Zweig – angeregte Debatten über seinen nicht (nur) idealistisch, sondern auch theoretisch begründeten Pazifismus.[4] In anderen Artikeln ging es um konkrete Pläne für einen Verständigungsfrieden und die Ansprüche (etwa auf Elsass-Lothringen), die dabei geklärt werden mussten. So nannte die Redaktion einen ihrer wenigen Eigenbeiträge «Friedensgedanken», in dem sie Ende 1915 in fünf Punkten eine solche Einigung skizzierte.[5] Erörtert wurden auch grundsätzliche völkerpsychologische Fragen, inwieweit und in welcher Weise die Deutschen individualistisch, frei oder untertänig waren, wobei die Schweizer und noch eher die Engländer als (hohe) Vergleichshürde dienten. Die genannten Autoren, gerade auch die deutschen, erkannten als ein grosses Hindernis bei der Suche nach einem Verständigungsfrieden die anachronistischen autokratischen Kaiserreiche in Deutschland und Österreich-Ungarn, die einen verhängnisvollen Militarismus hervorgebracht hätten und wussten, dass ihr Ende nicht nur bei einer Niederlage, sondern auch bei einem Friedensschluss drohte.

Im Geist dieser Kritik erschien unter anderem im Juni 1917 auf der Titelseite ein aufsehenerregender offener Brief des pazifistischen deutschen Expressionisten Klabund an Wilhelm II. Klabund sah innenpolitische Reformen im Reich als Voraussetzung für einen Frieden an, zu dem die USA und das revolutionäre Russland Hand bieten würden. «Bei weitem wichtiger als irgendein wahrscheinlicher oder unwahrscheinlicher Sieg im Westen, den die deutsche Heeresleitung vielleicht noch immer für möglich hält,» sei der Verzicht auf das Gottesgnadentum und eine Regierung, die aus allgemeinen Wahlen hervorgehe: «Seien Sie der erste Fürst, der freiwillig auf seine fiktiven Rechte verzichtet und sich dem Areopag der Menschenrechte beugt.»[6] Die NZZ beurteilte denn auch die Ende 1917 erfolgte preussische Wahlrechtsreform als Mittel, um die Legitimationsbasis des Kaisertums zu erweitern und die «bisher abseits stehenden Volkskräfte» für die Kriegsanstrengungen zu gewinnen.[7] Doch letztlich waren es erst die sich überstürzenden Ereignisse am Kriegsende, mit der Abdankung Wilhelms II., die Falke resümieren liessen: «Das Mittelalter ist zu Ende» – nämlich die Zeit des Gottesgnadentums.[8] «Das deutsche Volk steht vor der grössten Prüfung: der Zuchtmeister ledig, muss es die Diszi-

plin in der Freiheit lernen.» Damit diese – für ein an Knechtschaft gewohntes Volk – ohnehin schwierige Aufgabe mit Aussicht auf Erfolg angegangen werden konnte, bedurfte es einer Vorbedingung, zu der alle Kriegsführenden beitragen mussten: «Versöhnung überall muss zum Weltideal werden.»[9]

Während ausländische und auswärtige Autoren so die NZZ als Stätte der Friedenssuche benutzten und auch manch brisantes Thema beleuchteten, verfolgte die Redaktion selbst in den Kriegsjahren weiter ihren gemässigt-zurückhaltenden Kurs und verzichtete – wie auch das deutsche Kriegspresseamt bemerkte – weitgehend darauf, die eigenen Ansichten in Leitartikeln zu äussern.[10]. Das Blatt wurde jetzt von Albert Meyer geleitet, der auch sonst Bisseggers Nachfolge angetreten hatte: Der Wirtschaftsredaktor, der diesem Ressort weiter vorstand, erbte – in stiller Wahl – den Nationalratssitz des Vorgängers und wurde später wie dieser Präsident der Landespartei. Ebenso wie Bissegger wusste er seinen Verwaltungsratspräsidenten auch in den eidgenössischen Räten an seiner Seite: Nach Ulrich Meisters Tod (1917) war dies der standesbewusste und herrische Jurist und Ständerat Paul Usteri, ein Urenkel des gleichnamigen Begründers der «*Neuen* Zürcher Zeitung». Auch insofern war die Ära des zukünftigen Bundesrats Meyer wohl der Höhepunkt in der traditionell engen Bezie-

Albert Meyer (1870–1953) kam in Fällanden als Sohn eines Grossbauern, Gemeindepräsidenten und Kantonsrats zur Welt und studierte Jurisprudenz und Volkswirtschaft in Zürich, Berlin und Leipzig. 1895 erlangte er einen Zürcher Doktortitel in beiden Fächern mit seiner Arbeit über *Die Verbrechen in ihrem Zusammenhang mit den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen im Kanton Zürich*. Ende 1896 wurde er Handelsredaktor der NZZ, 1915 Chefredaktor und gleichzeitig Nationalrat. Von 1923 bis 1929 wirkte Meyer als Präsident der FDP Schweiz und von 1927 bis 1929 als Mitglied des Bankrats und Bankausschusses der Nationalbank. 1929 erfolgte nach vier Wahlgängen gegen den offiziellen FDP-Kandidaten Oskar Wettstein und den Sozialdemokraten Emil Klöti die Wahl zum Nachfolger von Robert Haab in den Bundesrat. Nach vier Jahren im Departement des Inneren übernahm Meyer 1934 die Leitung des Finanzdepartements. In sein Präsidialjahr 1936 fiel die Frankenabwertung, gegen die er sich als dezidierter Anhänger des Goldstandards und stabiler Wechselkurse bis zuletzt gewehrt hatte, ehe die Mehrheit des Bundesrats ihn im September 1936 überstimmte. Als Finanzminister musste Meyer auch 1938, beim Versuch einer umfassenden Bundesfinanzreform, im Nationalrat eine Niederlage einstecken, wogegen seine befristete Übergangslösung im selben Jahr vom Souverän angenommen wurde. Nach seinem Rücktritt zum Jahresende wirkte Meyer unter anderem noch als Verwaltungsrat der NZZ (bis 1944), doch waren seine letzten Lebensjahre von einer schweren Krankheit überschattet.*

* Vgl. auch Alfred Cattani, Artikel Albert Meyer, www.dhs.ch (3.10.2004).

hung des Blattes zur Freisinnigen Partei, wobei das nicht immer harmonische Gespann Meyer/Usteri – im Unterschied zu den sozialreformerischen, auf den Zusammenschluss mit den Demokraten zielenden Bissegger/Meister – einen wirtschaftsliberalen, gegen links hart abgesteckten Kurs fuhr. Das war dem Erfolg des Blattes nicht abträglich, nachdem es wegen des inflationsbedingten Ausfalls der deutschen Käufer nach dem Krieg, mit einem Höhepunkt im Jahr 1922, zuerst einen massiven Rückgang der Auflage gegeben hatte. Doch das Blatt wurde auch durch neue Leistungen attraktiver: Am 16. März 1924 erschien erstmals – anfangs vierzehntäglich – die «Literarische Beilage», seit dem 28. Januar 1929 «Sport am Sonntag» jeweils mit einer eigenen Seite im Montagsblatt. Meyer war ebenso wie die meisten Komiteemitglieder kein Freund dieser «Nebensache», der zuviel Raum gewährt werde. Doch der ursprünglich im Lokalteil beheimatete Sport hatte sich dank Kollegen wie Willi Bierbaum gemausert, der etwa 1908 über das erste Autorennen auf dem Albis berichtet hatte.

Albert Meyer entstammte einer wohlhabenden Bauernfamilie aus dem kleinen Dorf Fällanden, das sich von Zürich aus gesehen verkehrstechnisch abgelegen auf der anderen Seite des Zürichbergs befand. Allerdings kam der Gymnasiast bereits mit 14 Jahren in die Stadt, und die soziale Verankerung in der Stadt wurde 1900 durch die Heirat mit einer Tochter aus bester Familie, Elisabeth von Orelli, besiegelt. Bereits 1896 war Meyer zur NZZ gestossen, nachdem der Leiter der Handelsredaktion, Robert Billeter, mit der Wahl in den Stadtrat ausgeschieden war. Ein Hauptanliegen Meyers war der Kampf gegen spekulative Auswüchse vor allem der Finanzwelt, zumal dabei üblicherweise irregeleitete Kleinanleger die Leidtragenden waren, was zu politischer Unrast führen konnte. Ausserdem war Meyer schon im Handelsressort für die geistige Auseinandersetzung mit der sozialistischen Lehre zuständig. Er fasste dies «als ein Stück Erziehung» auf und trat stets für dasjenige Wirtschaftssystem ein, «das bisher allein den Beweis zu leisten vermochte, dass es die Produktivität der Arbeit erhöht und die Aufnahmefähigkeit der kargen Natur für die Beschäftigung und Ernährung einer möglichst grossen Zahl von Arbeitsfähigen wirksam vermehrt».[11]

Im Laufe des Weltkriegs erwies sich bald, dass der innere Graben entlang der Sprachgrenzen nur vorübergehend dazu führte, dass die Klassengegensätze in den Hintergrund rückten. Zwar nahm der Souverän

1915 die erste direkte Bundessteuer, die eine ausserordentliche Bewältigung der Kriegskosten bezweckte, mit 94 Prozent Ja-Stimmen an. «Der neu erwachte eidgenössische Staatsgedanke», den die NZZ erleichtert begrüsste, hielt jedoch nicht lange an, und die Differenzen zeigten sich unter anderem darin, dass die SP auf der grundsätzlichen Einführung einer direkten Bundessteuer pochte, wie das eine entsprechende – 1918 verworfene – Initiative auch forderte.[12] Bei der zweiten ausserordentlichen Steuer von 1919 verhallte – nach dem Landesstreik – der Appell an die gesamtschweizerische Solidarität dann erst recht ungehört. In Hinblick auf die militärische Landesverteidigung gab es keinen Konsens mehr, und das war bereits im Vorfeld der Nationalratswahlen von 1917 der «heimatlosen» Linken angelastet worden:

> In allen eidgenössischen Wahlkreisen unseres Kantons haben sich Bauern und Städter, Freisinnige und Demokraten, für die Wahlen zusammengeschlossen zur Abwehr herausfordernder Angriffe der sozialistischen Partei, die durch die Verneinung der Pflicht zur Vaterlandsverteidigung unsere Schweiz wehrlos machen will und sie der Gefahr aussetzt, in den Strudel des Weltkrieges hineingezogen zu werden.[13]

Wenig später verfasste ein junger Mitarbeiter der NZZ namens Willy Bretscher seinen ersten Leitartikel, bezeichnenderweise (für ihn und für die Zeit) über «Ernste Dinge»: «Die schweizerische Sozialdemokratie hat sich zum Hort jener staatsfeindlichen Ideen und Kräfte gemacht, die den gesicherten Fortbestand unseres Landes bedrohen.»[14] Ein für die allgegenwärtigen Spannungen symptomatischer Vorfall ergab sich für die NZZ, als sie im Februar 1918 über eine Demonstration von Soldaten im Aktivdienst berichtete, die gegen das Exerzieren protestiert hatten. Die NZZ forderte strenge Strafen für die Meuterer, aber auch eine peinlich genaue Untersuchung, ob «Offiziere durch ungeschickte und schikanöse Behandlung der Mannschaft gefehlt haben» anstatt, wie es die Ausbildungsvorschriften verlangten, ihre Untergebenen zu lieben und zu ehren. General Wille, der diese Vorschriften selbst verfasst hatte, reagierte mit einem harschen Brief an Meyer: «Mögen die Offiziere sich vergangen haben, wie sie wollen, meutern darf die Truppe doch niemals». Der Chefredaktor hielt dagegen, dass die NZZ stets die Armee und ihre Stellung im Volk fördere, Kritik an einzelnen Missständen dem Wehrwesen jedoch nicht schade – zumal wenn sie darauf abziele, dass die von der Armee vorgegebenen Regeln eingehalten würden. Wille liess das nicht gelten, sondern warnte die «Herren Redakteure der bürgerlichen Blätter» mit dem

Hinweis auf die bolschewistische Gefahr, sie müssten mit der «Bekämpfung der Ausschreitungen und Missbräuche von Offizieren aufhören, selbst wenn das gegen ihre Überzeugung war und selbst wenn wirklich das Verhalten der Offiziere dazu allen Anlass gab», weil «die höhern Interessen des Staates und der Armee den Schutz und die Förderung der Vorgesetzten-Autorität in der Milizarmee unserer demokratischen Republik gebieterisch fordern».[15]

Solche harten Positionen waren also auf beiden Seiten bereits etabliert, bevor der Landesstreik ausbrach. So drückte am 1. Oktober 1918 ein Zug von streikenden Bankangestellten das Gittertor der NZZ ein und zerschlug auch einige Fenster. Als dann im November die Mittelmächte zusammenbrachen, befürchtete das Blatt, dass die Unruhen unter Arbeitern und Soldaten in Deutschland auch auf die Schweiz übergreifen würden, wo die Sozialisten den Jahrestag der kommunistischen Revolution in Russland feierten. Der einzelne Arbeiter, in dem die NZZ stets den Schweizer Patrioten und Soldaten sah, wurde durch die kommunistischen Verführer zum Teil einer unschweizerischen, fremdbestimmten, vaterlandslosen Masse(nbewegung).

> Die ausländischen und inländischen Verfechter des Umsturzes, wie er von den Bolschewiki in Russland durchgeführt worden ist, sind von der Agitation, die in zielbewusster Verhetzung der Volksmassen bestand, dazu übergegangen, einen bestimmten Plan für einen revolutionären Anschlag auf unsere Staatsgewalt, ihre Träger und ihre Schutzmittel, aufzustellen – ein Anschlag, der in den nächsten Tagen oder Wochen in der Stadt Zürich, dem Herd der ausländischen terroristischen Propaganda, ausgeführt werden soll.[16]

Am selben 6. November, da diese Meldung erschien, erliess der Bundesrat angesichts der internationalen Unsicherheit und der inneren Spannungen auf Willes Drängen hin ein Truppenaufgebot, um die Ordnung aufrechtzuerhalten. Die Sozialdemokraten und Gewerkschaften fürchteten eine Militärdiktatur und antworteten mit dem schon früher angedrohten Generalstreik. Die ebenso enttäuschte wie empörte NZZ postulierte dagegen, dies sei – in einer ohnehin genügend schwierigen Situation des Landes – nicht der Zeitpunkt, um nach einer kommunistischen Volksdemokratie zu rufen, sondern um für Demokratie und Volksstaat einzutreten, wie sie in der Schweiz bereits existierten.

Am 10. November 1918 erschien das Blatt vorübergehend zum letzten Mal, da die Streikenden die Produktion der bürgerlichen Zeitungen lahmzulegen versuchten, während das sozialdemokratische «Volksrecht»

weiter erscheinen sollte (worauf allerdings Soldaten das Redaktionsgebäude besetzten). Bürgerliche Verleger, andere Exponenten der Wirtschaft sowie Politiker reagierten, indem sie sich für fünf Nummern, vom 11. bis 15. November, zu einer Notzeitung zusammenschlossen, der «Bürgerlichen Presse Zürichs», die – nach anfänglichen Widerständen des Chefredaktors, der Gegenmassnahmen der Streikenden und Sachbeschädigungen befürchtete – bei der NZZ an der Goethestrasse gedruckt wurde. Unter dem Schutz der aufgebotenen Truppen legten Redaktoren und Mitglieder des Buchdruckervereins selbst Hand an und protestierten bei den Streikenden: «Man will die Pressefreiheit für sich monopolisieren, man verweigert sie jeglicher Presse, die nicht in der Linie des ‹Volksrechts› liegt.» Die Pressefreiheit sei eines der wichtigsten demokratischen Volksrechte, doch füge es sich nicht in den «Despotismus Lenins» ein: «Jene Herrschaft gründet sich nicht auf den freien Wettkampf der Ideen, sondern auf die Diktatur mit Hilfe der Leibgarde.»[17]

Die NZZ sah den Landesstreik als Produkt von sozialistischen Theoretikern, welche die – in völlig andersartigen Verhältnissen begründete und freiheitsmordende – russische Revolution importieren wollten und dabei zynisch in Kauf nähmen, dass in dieser Krisenzeit «das Schweizerhaus in Scherben» gehen konnte: Sei es durch den Bürgerkrieg und eine ausländische Intervention, sei es durch eine Hungersnot. Hinter den Agitatoren wurden in erster Linie ausländische Einflüsse geortet, namentlich aus der Sowjetbotschaft in Bern, deren Diplomaten der Bundesrat schon kurz vor dem Landesstreik ausgewiesen hatte. Auf der anderen Seite wurde dem Generalstreik angerechnet, dass er «die bürgerliche Welt zusammengeschweisst» habe, nicht zuletzt bei der Verteidigung der «bürgerlichen Pressefreiheit». So erschien die Kapitulation der Streikenden als Sieg der «öffentlichen Meinung eines wehrhaften und auf seine demokratischen Staatseinrichtungen eifersüchtigen Volkes, durch die patriotische Gesinnung des Schweizertums». Mit der Gegenüberstellung von echtem Schweizertum auf der einen Seite und (ausländischen) Agitatoren und Verführten auf der anderen verband sich das Angebot an «alle guten Elemente unseres Volks zu gemeinsamer Arbeit am Staate und an der Kultur». Das Bürgertum werde seinerseits nicht Klassenkampf betreiben, sondern soziale Fortschritte verwirklichen, wie sie die Bolschewisten nie erreichen könnten.[18]

Die «Fremdenfrage» blieb im kommenden Jahr ein wichtiges Thema

im Blatt, das Wirtschaftskreisen – vor allem dem Fremdenverkehrsgewerbe und der Industrie – vorwarf, die strenge Kontrolle und Reglementierung der Einwanderung und den Kampf gegen die «ausländischen Hetzer und Wühler» zu unterlaufen.[19] Im Ausland treffe man ihretwegen energische Vorkehrungen, «während die kleine, in allen Richtungen von der akutesten Überfremdungsgefahr bedrohte Schweiz auch heute noch nicht die Energie und Einsicht zu entschiedener Stellungnahme gegenüber den gebieterisch Lösung heischenden Problemen der sehr komplexen ‹Ausländerfrage› aufbringt, die bei uns nicht nur eine Kalamität für die Übergangszeit, sondern eine Gefahr für die ganze nationale Zukunft ist».[20] Beim Kampf gegen die «Überfremdung» ging es auch um Arbeitsplätze für Einheimische, doch war es vor allem, wie Konrad Falke in einem – so die sachte Distanzierung der Redaktion von ihrem «sehr geschätzten» Mitarbeiter – «temperamentvollen Aufsatz» festhielt «das Ausländertum in der Politik, das heute schon (um wieviel mehr in der kommenden Friedenszeit!) unsere Hauptgefahr bildet». Falke zielte dabei auf das bolschewistische «Natterngezücht» und ganz konkret auf die rücksichtsvolle Behandlung des «neuschweizerischen Erzbolschewisten» – nämlich eingebürgerten Deutschen –, Nationalrats und Landesstreikanführers Fritz Platten durch die Zürcher Behörden. Die Argumentation ging dahin, dass die Massenbewegung und der Klassenkampf – da *per se* den gemeinschaftsorientierten Eidgenossen und damit auch den Schweizer Arbeitern fremdartig – von aussen eingeführt sein mussten und sich wohl auch wieder entsorgen liessen, wenn man die ausländischen Schädlinge entfernte. Im Umkehrschluss führte dies aber auch dazu, dass Schweizer Bürger, die ausländisches, also bolschewistisches Gedankengut vertraten, *eo ipso* Ausländer wurden. Den liberalen Einwand der «Kompromissler» vorwegnehmend, man kenne nicht zweierlei Schweizer, wurde Falke kategorisch: «Zum Donnerwetter, so werden wir sie eben in Zukunft kennen.»[21] Tatsächlich teilte sich die Gegnerschaft für die NZZ im Dezember 1920, als die SP sich spaltete, weil eine Mehrheit der Komintern nicht beitreten wollte: Die Sozialdemokraten waren fortan bekämpfte «Interessenpolitiker», aber nicht kategorisch ausgegrenzte «Staatsfeinde» – wie die Kommunisten.[22]

Der Kommunismus war für ein liberales Blatt stets Anathema gewesen, doch zu einer echten Gefahr wurde er erst, seitdem er sich in Russland etabliert hatte und auch sonst durchzusetzen drohte. Das bedeutete

nicht, dass die NZZ Nostalgie nach dem Zarenreich verspürt hätte. 1905 hatte sie mit einiger Sympathie über den «gewaltigen Kampf des Volkes gegen das Alleinherrschertum des Zaren und gegen seine verrottete Bureaukratie» geschrieben. Der unnötige Rekurs auf die nackte Gewalt wurde als hilfloser Versuch des unfähigen Nikolaus II. interpretiert, eine Revolution und das Schicksal des hingerichteten Ludwig XVI. von Frankreich zu vermeiden – auf eine Art, die dasselbe Schicksal geradezu provoziere. Entsprechend wohlwollend begleitete das Blatt auch 1917 die erste Phase des Umsturzes, die bürgerliche Februarrevolution, die mit der Abdankung desselben Nikolaus II. endete. Beruhigend konnte man festhalten, dass das neue Kabinett nichts weniger sei «als eine Vereinigung extremer anarchistischer Elemente», sondern vielmehr vorwiegend Vertreter des gemässigten Liberalismus umfasse: Die «Errichtung einer sozialistischen Republik liegt ihnen offenbar ganz ferne».[23] Auch Lenin wurde im Juli 1917 bloss als Pazifist angesehen, und so kam die Oktoberrevolution eher überraschend.[24]

> Die Wendung, die die Entwicklung Russlands zu nehmen scheint, das Tempo, in dem sich die Ereignisse überstürzen, und die Wirkung, die sie auszulösen im Begriffe sind, sind indes geeignet, der russischen Revolution eine besondere Prägung und ihr vor allem mehr denn je die Signatur eines internationalen Faktors von ungeheurer Tragweite zu verleihen.[25]

Auch nun erwartete der Russland-Korrespondent immer noch einen «russischen Bonaparte» und einen «Ruck weit nach rechts», wenn nicht sogar eine monarchische Gegenrevolution als Reaktion auf die Entwicklungen, wobei er sich auf Marxens Prognose berufen konnte, der «meinte, dass ein jedes soziales Gebilde nicht untergeht, bevor seine Produktivkräfte sich vollständig entwickelt haben, und dass neue, höhere Wirtschaftsformen niemals auf die Welt kommen können, wenn die materiellen Voraussetzungen ihrer Existenz im Schosse der alten Gesellschaft nicht reif geworden sind». Gleichwohl wolle sein «Jünger Lenin … nun im Ernst versichern, dass Russland, das die Kinderschuhe noch nicht ausgetreten hat, bereits reif sei, den ‹Sprung ins Reich der Freiheit› zu machen!» Die Kommunisten würden sich, so die Prognose im Dezember 1917, nicht lange halten, «dazu fehlt ihnen die nötige soziale Basis, es mangeln ihnen in einem Lande, das seine bürgerliche Revolution noch nicht vollendet hat, die immanenten Kräfte, auf die sie sich stützen könnten».[26] Noch weniger Kredit gab das Blatt den Bolschewiki im nächsten Jahr, als ihre

1919:
Zwischen diesen Systemen, von denen das eine, der Liberalismus, den Mächten der Freiheit, als dem einen System wirksamer Zusammenarbeit, das Wort redet, während das andere, der Sozialismus, die «planmässige» Einordnung aller anstrebt, gilt es, einen Ausgleich zu finden. Das Programm, Freiheit und Ordnung, müssen wir zu verwirklichen suchen. Gerade die innere Durchdringung von Freiheit und Ordnung schafft uns eine höhergeartete und edlere Freiheit.*

* Albert Meyer, Vortrag, 6. 2. 1919; Cattani, Meyer, 1992, S. 236

Wirtschaftspolitik ein Chaos anrichtete, der Friede von Brest-Litowsk mit Deutschland von breiten Bevölkerungsteilen als Demütigung empfunden wurde und britische und französische Truppen gegen das neue Regime intervenierten.

Zwei Jahre nach der Oktoberrevolution lieferte der wichtigste Russland-Berichterstatter der NZZ, Abraham Charasch, der sich als «unversöhnlichen aber ehrlichen Gegner Lenins und des bolschewistischen Gewaltsystems» verstand,[27] einen Rückblick, in dem es nun anders aussah: Lenin, der ohne den Krieg immer noch «in der Spiegelgasse in Zürich oder einer ähnlichen Mansarde» hocken würde, sass «als Wladimir I. auf dem Throne». Sein Leistungsausweis erschien niederschmetternd:

> Ein Riesenreich, Hunderte Millionen von Menschenleben, herrliche Städte, blühende Gärten, fruchtbringende Äcker – immer näher blickt alles das dem brutalen Tod in die Augen, immer eifriger ist der Sensemann am Werk, immer tiefer wird das kalte Grab geschaufelt. …Wir also übersehen die Wirkungen nicht, die der lange Krieg, die Desperadowirtschaft des Zarismus, oder die andauernde Blockade auslösen mussten. Haben aber die Anwälte des Bolschewismus je den Mut gehabt, unumwunden zuzugeben, dass neben diesen objektiven Ursachen des unsäglichen Elends am Niedergange Russlands die Fehler und Verbrechen einer verwilderten, von Blut triefenden Koterie schuld sind, die aus dem russischen Giganten ein Experimentierkaninchen für die soziale Revolution machte? Die Vivisektion ist nun beinahe zu Ende – aber bald auch alle lebendigen Kräfte Sovietrusslands, das heute schon einem grossen Kirchhof gleicht.[28]

Angesichts der in den 1920er Jahren anhaltenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten und Hungersnöte, die sich für die NZZ in «erschütternder Folgerichtigkeit» aus der kommunistischen Irrlehre ergaben,[29] sah man die Entwicklung weiterhin als «Zerfall» und «Niedergangs-Prozess» an. Dafür schienen auch die Orientierungslosigkeit bei Lenins Tod – «dem Auflösungsbazillus für die in ihren Grundfesten schon erschütterte Kommunistenpartei» – und die Flügelkämpfe danach charakteristisch.[30] Der Sieg des «Zentrums» um Stalin sei eine Absage an die leninistischen Dog-

matiker, die Verwirklichung des Sozialismus in einem (dem eigenen) Land eine Absage an die Weltrevolution. Diese Einschätzung mag erklären, weshalb 1927 eine relativ wohlwollende oder jedenfalls gegen Vorurteile argumentierende Artikelserie unter dem Titel «Das neue Russland» – auch als Sonderdruck – erschien, die Friedrich Wlatnig nach einer Besuchsreise verfasste.[31] Er zeichnete das Bild eines auf den ersten Blick recht angenehmen und normalisierten Alltags, in dem man dem früheren Heroismus und der Experimentierfreudigkeit abgesagt hatte. Allerdings hielten die Kommunisten die Ordnung unter anderem dadurch aufrecht, dass sie die öffentliche Meinung völlig kontrollierten. Auf dem Nichtwissen der Untertanen beruhe nämlich die Diktatur Stalins, des Mannes, «auf den es ankommt» und der das Land als Intellektueller mit seinem «konzentrierten Willen» beherrsche. «Es ist ein strenger und fanatischer, ein unbestechlicher und unpersönlicher Geist ohne humane Hemmung und Rücksichten – ein Asiate!»[32] Solche autokratischen und andere Phänomene würden aber im Westen fälschlicherweise bloss den Sowjets angelastet – vieles werde für bolschewistisch gehalten, was eigentlich slawisch sei. Die Schlussprognose war eher zuversichtlich: Der Kreml fürchte den Krieg und betreibe deswegen eine pazifistische Aussenpolitik. Russland werde einen *modus vivendi* mit dem Auslandkapital finden müssen, wenn es aus seiner «selbstgewählten und auf die Dauer unhaltbaren Isolierung» heraustreten wolle.[33] In diesem Sinn plädierte die NZZ 1927 dafür, dass man die innere Entwicklung der Sowjetunion nicht stören, wohl aber der Auslandtätigkeit der Dritten Internationale energisch einen Riegel schieben solle. Unter dieser Voraussetzung schienen die Sowjets zu einem einigermassen berechenbaren Faktor im «noch zarten Gebäude eines neuen europäischen Systems» zu werden, aus dem «sie nicht ohne weiteres wieder hinwegzudenken sind».[34]

Diese verhaltene Zuversicht passte in diese Jahre, in denen sich wieder eine leidliche europäische Ordnung zu etablieren schien. Den wichtigsten Rahmen dafür bot der Völkerbund, den die NZZ als notwendigen neuen Ordnungsfaktor spätestens befürwortet hatte, seitdem Fueter am Kriegsende gefragt hatte: «Wie könnte Europa seine Welthegemonie behaupten, wenn seine Glieder sich bis zur Vernichtung bekämpfen?»[35] Belastet wurde die Diskussion vor allem dadurch, dass der Völkerbund ein Teil des Versailler Friedensvertrags wurde. Mit grossen Teilen der Deutschschweizer Öffentlichkeit kritisierte das Blatt dessen Härte gegenüber Deutsch-

land als äusserst ungerecht, umso mehr wenn man das Vertragswerk mit den vor allem von Wilson verkündeten hehren Idealen der Alliierten verglich. Diesen hatte man in den Debatten vertraut, welche die Versöhnungspolitiker bei Kriegsende in der NZZ auch über den Völkerbund geführt hatten.

> Da wollen wir doch hoffen, dass die, die jetzt siegen wollen, ihre Überlegenheit nicht darin suchen und dadurch zeigen, dass sie furchtbare Rache nehmen, und das nun selber und noch eifriger tun, was sie an andern verabscheut hatten, sondern dass sie nun dem Krieg ein Ende geben, vom dem sie behaupten, dass sie ihn nicht gewollt.[36]

Wie gross die Hypothek für eine deutsche Regierung sein musste, die diesen «Schandfrieden» unterzeichnete, war der NZZ ebenso klar wie die anhaltende Belastung des Friedenswerks durch die Kriegsschuldfrage. Trotz der Empörung über den «Diktatfrieden» und «Gewaltfrieden» engagierte man sich an der Falkenstrasse aber massiv für den Völkerbund, und dies nicht nur an der publizistischen Front: Der Verwaltungsratspräsident Usteri leitete das befürwortende Aktionskomitee und sass später auch drei Jahre in der schweizerischen Delegation in Genf. Der Meinungsstreit erfolgte auf beiden politischen Flügeln. Mit den Sozialdemokraten, welche die neue Organisation aus prinzipiellen, antiimperialistischen und antikapitalistischen Gründen ablehnten, war man ohnehin in einer Dauerauseinandersetzung.[37] Dazu kamen jetzt diejenigen bürgerlichen, oft germanophilen Kreise, die den Völkerbund als Teil des Versailler Friedens bekämpften und einen Beitritt als Verstoss gegen die Neutralität ansahen; für diese Position kam unter anderem auch Ulrich Wille zu Wort.[38] Er und Seinesgleichen vertraten nach Einschätzung der NZZ, die gleich mit zwei Entgegnungen antwortete, «ehrenhafte Motive», doch um so eindringlicher warnte sie vor einer «unheiligen Allianz» mit der Sozialdemokratie, die zu einer internationalen Isolation der Schweiz führen müsse. Von den «Skeptikern und Gleichgültigen», die dem Völkerbund «eine ephemere und ruhmlose Existenz prophezeien», grenzte sich die NZZ mit dem Bekenntnis ab, dass der Völkerbund «nach der tiefen Überzeugung aller Fortschrittssucher zum spätern Segen von Generationen gereichen wird».[39] Innenpolitisch konnte man nach dem knappen Ja mit einiger Erleichterung festhalten, dass es beim Stimmverhalten keine grundlegenden Differenzen zwischen Welschen und Deutschschweizern gegeben habe.[40]

Wenn die alldeutschen Kreise in Zürich bei der Völkerbundsabstim-

mung unterlagen, so konnten sie sich wenig später darüber freuen, dass der Auslandredaktor Fueter das Opfer einer Fronde aus ihren Kreisen wurde, die wegen angeblich unseriösen Lebenswandels gegen Fueter intrigierten und ihn 1921 sowohl um die Stellung bei der NZZ als auch um seine Privatdozentur an der Universität brachten. Dass er sich zwischen dem journalistischen und dem akademischen Berufsweg nicht richtig entscheiden mochte, hatte wohl Fueters Stellung im Verwaltungskomitee geschwächt, wo Usteri anders als einst Meister nicht so viel auf den Historiker hielt und ihn fallen liess. Doch in Hans Kloetzli besass die Auslandredaktion bereits seit 1919 einen ähnlich gesinnten Nachfolger. Vermutlich er bedauerte Anfang 1920 in einem Beitrag über die Völkerbundskonferenz, dass fast alle deutschsprachigen Zeitungen in ihrer Polemik die Entente verketzert und damit den Hass geschürt hatten: «Welche Mission hat damals unsere schweizerische Presse versäumt!» Dieses Urteil über die «eigene Schuld» betraf auch die NZZ, denn es wurde beim Anblick von Edward Grey gesprochen, dem früheren englischen Aussenminister, den das Blatt unter anderem 1914 als «humorvollen Zyniker» diffamiert hatte.[41] Jetzt sah der Korrespondent in Paris persönlich den Engländer als «Vorkämpfer des Friedens», «dessen humane Gesichtszüge die scheusslichsten Karikaturen verzerrt» hatten.[42]

Die Redaktion verstand die NZZ in Fortsetzung der Friedensdebatten der Kriegsjahre als internationales Forum für die Sieger und Besiegten, so dass Beiträge von Lloyd George, John Maynard Keynes, Edouard Herriot oder des deutschnationalen Reichstagsabgeordneten und Osteuropaexperten Otto Hoetzsch zum Abdruck gelangten. Im selben Geist hoffte man an der Falkenstrasse, dass der Völkerbund der Ort einer europäischen Versöhnung werden würde, was sich ab 1926 zu realisieren schien, als Deutschland der Organisation beitrat: «Ein entscheidender Schritt von Versailles weg wurde getan.»[43] Den Architekten der deutsch-französischen Annäherung galt die uneingeschränkte Sympathie des Blatts. Aristide Briand, der «erste Porzellanflicker von Frankreich», erschien als Inkarnation der politischen Vernunft, wobei es für die NZZ besonders beruhigend wirkte, dass er sich in den parlamentarischen Wirren Frankreichs stets in der Regierung halten konnte, was als Bestätigung seiner Verständigungspolitik interpretiert wurde.[44] Als der französische Aussenminister 1929 sogar eine «Europäische Konföderation» anregte, war man an der Falkenstrasse trotz einer gewissen Skepsis beeindruckt vom küh-

nen Vorschlag, der die politische Zusammenarbeit der wirtschaftlichen voranstellen wollte.

> Briand hat mit seiner Rede vom letzten Donnerstag seine Kollegen gleichsam auf einen hohen Berg geführt und ihnen von dort fern am Horizont ein glücklicheres, wohlhabenderes, wirtschaftlich gesundes und geeinigtes Europa gezeigt. Die Art und Weise, wie die einzelnen Redner auf die von ihm neu eröffneten Perspektiven reagiert haben, zeigt, wie neu, ungewohnt und noch vollständig unabgeklärt der Gedanke einer Föderation der Staaten Europas ist und mit welcher Vorsicht er von den Staatsmännern in Genf aufgenommen worden ist.[45]

Die NZZ sollte allerdings recht behalten damit, dass die eifersüchtig über ihre nationale Souveränität wachenden Politiker dieses Projekt mit einem höflichen «Ja» begrüssen, ihm aber ein Begräbnis erster Klasse bereiten würden, da sie es sich nicht leisten konnten, es rundweg abzulehnen: «Briand hat so grosse Verdienste um den Frieden, so viel Anrecht auf unsere Dankbarkeit, dabei wirkt seine Persönlichkeit so bestechend, und endlich ist auch seine und seines Landes Autorität so gross.» Der Generalsekretär der schweizerischen Vereinigung für den Völkerbund, Ernest Bovet, redete für die offenen Skeptiker, als er die Idee eines paneuropäischen Bundesstaats als kontraproduktive Konkurrenz des bestehenden Völkerbunds kritisierte und Briands formales Festhalten an der absoluten Souveränität der Mitgliedsstaaten entlarvte: «Über diese Beschönigung (die direkt aus der paneuropäischen Pandorabüchse entlehnt wurde) wollen wir keine Worte verlieren; bis jetzt galt es für unmöglich, eine Omelette zu machen, ohne die Eier zu zerschlagen.»[46] Gerade wegen seiner Absage an den Nationalismus beklagte die NZZ Briand 1932 in ihrem Nachruf als «den letzten Europäer grossen Formates», der zum Leidwesen des Redaktors noch seine Kaltstellung erleben musste.

> Was hat unsere heutige Politik mit Europäertum, mit internationaler Solidarität noch zu tun? Nichts. Und doch liegt in der Politik Briand-Stresemann, im Europäertum, die einzige Möglichkeit der Rettung aus dem Chaos.[47]

Was Briand für Frankreich war, das war Stresemann für Deutschland. «Sein nüchterner Sinn für die Realität und sein robuster Glaube an den Fortschritt der Menschheit» beeindruckten auch die NZZ an dem «zu wahrer Grösse emporgewachsenen Staatsmann», der in den Nachkriegswirren «nach langsamer innerer Läuterung sich vom Durchschnitt der öffentlichen Meinung loslöste und zum Führer der neuen Politik der Verständigung entwickelte».[48] Deren erstes Resultat war der Locarnopakt von 1925, den das Blatt als politischen «Wendepunkt» für die europäische

Entwicklung und Vertrauensbildung ansah.[49] Mit Briand gehörte Stresemann 1928 auch zu den wichtigsten Stützen des vom amerikanischen Aussenminister angeregten und nach ihm benannten Kellog-Pakts zur Ächtung des Krieges. Darin erkannte die NZZ angesichts der Erfahrungen in den letzten vierzehn Jahren bloss eine schöne Geste von moralischer Tragweite, aber nicht viel mehr – konkrete Rüstungsbeschränkungen wurden als sinnvoller erachtet. Allerdings liess man auch den späteren britischen Friedensnobelpreisträger Norman Angell zu Wort kommen, der hoffte, der Pakt werde einen revolutionären Prozess in Gang bringen.[50]

Zentraler Bestandteil einer Friedenslösung musste für die NZZ auch eine Lösung in der Reparationenfrage sein, wie sie die Versöhnungspolitiker im Dawes-Plan und dann 1929 im Young-Plan versuchten. Um so mehr ärgerte sich das Blatt über die verführerische «Phraseologie der Deutschnationalen, die mit den Schlagworten ‹Tributleistung›, ‹Versklavung› usw. arbeitet und kühn die Anwaltschaft der ‹ungeborenen Geschlechter› in Anspruch nimmt».[51] Die Kampagne gegen den Young-Plan wurde als «schicksalshafte Etappe» im Kampf um die Macht angesehen, da sie den «äussersten und darum letzten verfassungsmässigen Versuch» der Nationalkonservativen und ihrer reaktionären Bundesgenossen darstelle, die nun zu anderen Mitteln greifen würden: «Der Weg, der vom Ideal der Volksgemeinschaft ausging, verläuft in der blutigen Perspektive von Staatsstreich und Bürgerkrieg.»[52] Dass die Prognose des Berliner Korrespondenten Joseph Halperin bittere Wahrheit wurde, lag letztlich weniger an den deutschnationalen Wegbereitern um Hugenberg als am rasanten Aufstieg der NSDAP. Die NZZ hatte seit dem Kriegsende mit grosser Sorge über die Zumutungen und Erfolge der verschiedenen rechtsextremen Gruppierungen berichtet, gelegentlich auch über Aggressionen gegen die eigenen Mitarbeiter, von denen einer 1920 in München als «Saujud» angegriffen wurde.[53] In derselben Stadt scheiterte drei Jahre später der Hitlerputsch gegen die «Berliner ‹Judenregierung›» «gleich in seinem Beginn so schmählich, so tödlich lächerlich, wenn's nicht in Wirklichkeit so todtraurig wäre».[54] Der Grund des Misserfolgs liege darin, dass die «bayrische Volksseele» den Verschwörern fremd geblieben sei, sowohl dem Preussen (Ludendorff) wie dem Österreicher (Hitler).[55]

Nicht nur bei der Beurteilung der Nationalsozialisten hatte die NZZ – hierin ganz in der liberalen Tradition des 19. Jahrhunderts stehend und

abweichend von anderen bürgerlichen Zeitungen wie dem konservativen «Vaterland» – schon früh das Sensorium dafür entwickelt, dass die Frontlinie in Deutschland nicht, wie in der Schweiz, zwischen Bürgerlichen und Sozialisten verlief. Vielmehr ging es, wie Willy Bretscher 1928 festhielt, «zu allererst und im Prinzip um die Frage, ob die deutsche Republik künftig von den Republikanern oder von den Gegnern des neuen Staats regiert werden soll».[56] Aus dieser Haltung heraus hatte man die – gerade durch ihre Distanz zu Moskau gemässigte – deutsche Sozialdemokratie und insbesondere Reichspräsident Ebert mit Wohlwollen bedacht, der als «einer der besten Männer» Deutschland galt. Eine sympathische Figur und ein zuverlässiger Republikaner, habe er in sein schwieriges und angefeindetes Amt «tiefes Verantwortlichkeitsgefühl und politischen Wirklichkeitssinn, Takt und Klugheit» mitgebracht.[57] Für die NZZ war klar, dass sie bei der Nachfolge auf den Exponenten der demokratischen «Weimarer Koalition» setzte, den Zentrumspolitiker Wilhelm Marx. Dass dieser gegen den greisen Feldmarschall Hindenburg, die Galionsfigur der Reaktion, unterlag, liess den Kommentatoren mit allen Demokraten und Republikanern sich an den Kopf greifen und fragen, was sich die Mehrheit der Wähler gedacht habe.

> Die deutsche Republik hat die erste grosse Schlacht verloren, das deutsche Volk die erste politische Reifeprüfung nicht so bestanden, wie seine besten Freunde im Ausland, trotz aller Verhetzung, glaubten erwarten zu dürfen. Soll man von einem psychologischen Rätsel reden?[58]

Mit der Präsidentenwahl von 1925 kam Deutschland auf die verhängnisvolle Bahn, die in Italien schon etwas früher eingesetzt hatte, aber in der NZZ weniger scharfsichtig verfolgt wurde. Immerhin war man sich schon früh der Ambivalenz gegenüber dem Faschismus bewusst: «So kommt es denn zuweilen vor, dass man ihn heute loben und morgen tadeln, dass man ihn innenpolitisch verstehen und aussenpolitisch ablehnen muss.»[59] Wohl galt Mussolini – den man noch als sozialistischen Agitator in der Schweiz in Erinnerung hatte – anfangs als «gefährlichster Volksaufwiegler Italiens» und «geborener Fanatiker», wobei die Schweizer im Hinblick auf das Tessin vor allem den Irredentismus fürchteten. Zugleich erkannte man aber seriöse Kräfte neben Mussolini und seinen mörderischen Schlägertruppen und meinte, das faschistische Programm sei ein «rein liberales»: «Was aber bedeuten diese bedauerlichen passiven Posten der Überfälle von Bozen und Fiume angesichts des Aktivums, der

Vernichtung des italienischen Bolschewismus, das wir in die Bilanz des Fascismus buchen müssen?»[60] Die Beantwortung der kommunistischen Gewalt mit gleicher Münze sei die historische Aufgabe des Faschismus gewesen, verkündete die NZZ zu Beginn der 1920er Jahre wiederholt, und prophezeite dessen rasches Ende als Bewegung.[61]

Doch die Faschisten putschten gegen das «baufällige» liberale, parlamentarische System, worauf der Rom-Korrespondent Leopold Sautier zuerst mit Bewunderung für die «Wohltat» reagierte und den «überragenden Willen und die gute Absicht» des vernünftigen «Staatsmanns» Mussolini pries. Er erneuere das Land und baue es wieder auf, ein italienischer Herkules, der «den pseudodemokratischen Augiasstall» mit heroischem Bemühen ausmiste.[62] «Wer kann es da Mussolini verargen, wenn er öffentlich die liberale Idee in die Rumpelkammer verweist?»[63] Man empfand wenig Skrupel wegen der – antisozialistischen, aber angeblich bloss durch den früheren sozialistischen Terror provozierten – innenpolitischen Massnahmen, auch wenn von Anfang an klar war, dass die Faschisten einem «unversöhnlichen Gegensatz zum liberal-demokratischen Staat» huldigten.[64] Angesichts des Erfolgs müsse man «das demokratische Auge ein bisschen zudrücken».[65] Auch Willy Bretscher erhielt positive Eindrücke von Italien, das er im Mai 1924 auf einer Studienreise zusammen mit Redaktoren anderer Zeitungen besuchte. Dabei wurden sie auch von Mussolini empfangen, der erklärte, keine Ansprüche auf das Tessin zu erheben.[66] Bretscher, der «das Dynamische des glühenden Willens» bei seinem Gegenüber bewunderte, schien von der antiparlamentarischen «Eisenbartkur», der «Notwendigkeit des gewaltigen Umschwungs» überzeugt, der die staatliche Autorität gegenüber den Klassenkämpfern wieder hergestellt habe. «Die neue Aera … scheint auch für den nichtfascistisch gesinnten Italiener verkörpert in der Gestalt des Mannes, der mit seinen Schwarzhemden das Land vor dem kommunistischen Chaos bewahrt und ihm die Möglichkeit zur Entfaltung seiner produktiven Kräfte zurückgegeben hat.»[67] Vollends etabliert war das Regime, als ihm 1929 in den Lateranverträgen der Ausgleich mit dem Papst gelang, wobei sich der Faschismus «in seiner antiliberalen Einstellung» auch in der Kirchenfrage treu geblieben sei und einen diesbezüglich gleichgesinnten Partner gefunden habe.[68] Damit sei die letzte innere Opposition ausgeschaltet und auch ein wichtiger aussenpolitischer Rückhalt gefunden worden. «Es will

uns scheinen, als ob die klugen Priester Roms diesmal an einen Vertragspartner geraten seien, der ihnen in jeder Hinsicht gewachsen war.»[69]

Das Bild der NZZ vom südlichen Nachbarland blieb ambivalent und insofern distanzierter zum Faschismus als dasjenige in den meisten anderen bürgerlichen Zeitungen: Die Willkür der Diktatur wurde klar benannt, die fehlende Pressefreiheit ebenso bedauert wie die Unduldsamkeit gegenüber der Opposition, und die «tiefe Empörung» vermittelt, welche etwa die Ermordung des sozialistischen Abgeordneten Matteotti hervorrief.[70] Das Blatt hatte wenig Mühe mit der Existenz eines faschistischen Regimes an sich, wohl aber damit, dass es seine Bürgerkriegsmentalität auch dann nicht ablegte, als es etabliert war. Allerdings hob man zusehends seine guten Seiten hervor, vor allem seitdem Sautier im Herbst 1925 wegen ungenügender Leistungen als Rom-Korrespondent durch Robert Julian Hodel abgelöst wurde. An der Falkenstrasse war auch der mit Hodel eng befreundete Auslandredaktor Walther Weibel mussolinifreundlich und zugleich anglophob. Weniger Gefallen an der martialischen Rhetorik bewies sein Kollege Kloetzli, und ein eigentliches Gegengewicht stellte Hermann Schütz als Korrespondent in Mailand dar, der von seinem ursprünglichen Vertrauen in den Duce immer mehr abrückte. Allerdings räumte die NZZ Mussolini (wie anderen internationalen Spitzenpolitikern auch) Platz ein für lange – durch eine amerikanische Agentur vermittelte – Artikel, in denen er etwa des zehnjährigen Kriegsendes gedachte oder «Italiens Forderungen auf der Flottenkonferenz» formulierte.[71]

Während in den Nachbarstaaten der rote Vormarsch mit mehr oder weniger zimperlichen Mitteln in Schranken gewiesen wurde, sah sich die NZZ nach dem von beiden Seiten mit apokalyptischen Visionen geführten Wahlkampf von 1928 mit einer linken Mehrheit in der eigenen Stadtregierung konfrontiert. Eines ihrer erklärten Ziele war die Eingemeindung der Zürcher Vorortsgemeinden, was die NZZ bekämpfte, da durch diese Arbeiterquartiere das «rote Zürich» verewigt zu werden drohte; aber auch weil das Prinzip der Gemeindeautonomie erhalten werden sollte. Obwohl man den «Fortschrittsverhinderungsvorwurf» nicht akzeptierte, warnte man vor den Gefahren, «die der Ausbau der Grossstadt nicht nur auf dem Gebiete der Verwaltung, sondern auch der Volksmoral in Aussicht stellt.»[72] Gegen den anonymen und modernen Moloch Stadt wurde eine Besinnung auf die ursprüngliche kleinräumliche Nähe gefordert:

> Wir Stadtbewohner wollen doch dadurch, dass wir unser Gemeinwesen nicht erweitern, unser eigenes öffentliches Leben innerlich ausbauen, uns selbst zuerst bemühen, uns näher zu kommen und uns verständlicher zu werden, statt einer Reihe von politischen Gemeinwesen jenen frischen und tiefen Zug politischer Betätigung und Selbstverwaltung zu rauben.[73]

Die Skepsis gegenüber der Modernisierung schlug sich auch auf wirtschaftspolitischem Gebiet nieder, wo man mit Konrad Falke an das «soziale Schamgefühl» appellierte, um die negativen Folgen der kapitalistischen Industrialisierung in den grossen Staaten zu vermeiden: Pauperisierung, Massengesellschaft, Klassenkampf.[74] Bezeichnenderweise unmittelbar nach dem Landesstreik lehnte Chefredaktor Meyer das «laisser faire, laisser aller» ab, also die schrankenlose Freiheit von wenigen, die der «Gefahr der Verwirtschaftlichung» erliege und damit dem Ziel des Liberalismus entgegenlaufe – der allgemeinen Freiheit und der Entfaltung der Persönlichkeit, deren sich Schichten in ökonomischer Abhängigkeit nicht erfreuen könnten, weshalb die Gleichstellung der Individuen nicht auf den politischen Bereich beschränkt bleiben dürfe. Durch den Staat «geordnete Freiheit» müsse die «wildwachsenden Mächte» bändigen und zugunsten der Schwachen eingreifen: ökonomische Besserstellung der Arbeiterschaft (allerdings «im Rahmen des in der Volkswirtschaft Möglichen»), Beschränkung der Arbeitszeit (im Prinzip 48-Stunden-Woche, wovon man aber in Krisenzeiten abweichen wollte), Wohnungsfürsorge, Neugestaltung des Armenwesens und «insbesondere» Ausbau der sozialen Versicherung (für Alte und Invalide, aber auch für Arbeitslose). Aber wenn man Sozialpolitik treiben wolle, müsse man zuerst produktiv sein, und historisch besehen sei der Kapitalismus offensichtlich die produktivste Wirtschaftsform – gerade der Erste Weltkrieg habe mit seinen ungezählten Staatseingriffen und der Militarisierung des Wirtschaftslebens zum Gegenteil von dem geführt, was «die frei schaffende Energie des selbstverantwortlichen Unternehmers» erreichen könne.[75] So war es für die NZZ auch klar, dass die sozialen Errungenschaften in der Schweiz dem Wohlstandsgewinn in einer prosperierenden liberalen Wirtschaft zu verdanken waren – und nicht das Resultat gewerkschaftlicher Kämpfe darstellten.[76] Da aber die NZZ mit dem in dieser Frage lange gespaltenen Freisinn und nicht zuletzt aus föderalistischer Rücksicht auf die Romandie daran festhielt, dass keine direkte Bundessteuer (mit Progression) erhoben werden sollte, verhinderte der vom Ökonomen Meyer personifi-

zierte Primat der Finanzpolitik den – an sich gewünschten – «sozialen Liberalismus». Die NZZ begrüsste 1922 diese Wende nach Rechts als Erfolg für das «Gemeinwesen», wodurch es gelungen sei, «entschieden vom früheren Weg abzubiegen. Jene Partei, die seit Marx nichts mehr hinzulernen will, nennt es Reaktion; für uns ist es die Renaissance liberaler Auffassungen.»[77]

Die «Neubefestigung der bürgerlichen Gewalt in Staat und Stadt» liess die FDP sich von ihrer Niederlage in der ersten nationalen Proporzwahl von 1919 erholen und sich als bestimmende Kraft in einem durch Katholisch-Konservative und bald auch durch die Bauernpartei um antimoderne Elemente bereicherten, «vaterländischen» Bürgerblock wiederfinden.[78] Sollte man nun auch die Sozialdemokraten in den so konstituierten Bundesrat integrieren? Im Jahr 1929 sah es so aus, als ob der Zürcher Stadtpräsident Klöti als Vertreter der SP in die oberste Landesbehörde einziehen könnte. Die Freisinnigen signalisierten anfangs ihre Verzichtsbereitschaft, doch die NZZ blieb diesbezüglich skeptisch, auch wenn sie ausdrücklich als Gast an die ausschlaggebende Parteiversammlung eingeladen wurde: «Wäre die Beteiligungsgesinnung der schweizerischen Sozialdemokratie ebenso unzweifelhaft wie ihr Beteiligungswillen, so könnte man den Basler Parteitag als einen gründlichen Wendepunkt in der Entwicklung der sozialistischen Klassenkampfpolitik ansprechen.» Allein, die SP lehne irgendwelche Bedingungen für ihren Beitritt ab und halte weiter am Klassenkampf und der Ablehnung der Landesverteidigung fest.[79] Unter diesen Umständen erfolgte eine – auch wegen einer zweiten, kurzfristigen Vakanz nach einem Todesfall in der Landesregierung – denkwürdige Bundesratswahl, und dies ganz besonders für die NZZ. Weder Klöti noch der offizielle Kandidat der FDP, der Zürcher Linksfreisinnige Oscar Wettstein, wurden gewählt, sondern – im vierten Wahlgang und mit dem ausschlaggebenden Sukkurs der Katholisch-Konservativen – Albert Meyer, obwohl er wiederholt, auch während der Wahlgänge, erklärt hatte, dass er nicht kandidiere. Das Resultat erschien, zusammen mit der Wahl des Bauernvertreters Rudolf Minger, als markanter Rechtsrutsch. Die NZZ war einerseits stolz, andererseits aber betrübt, dass ihr Chefredaktor nach einer Bedenkzeit von 24 Stunden seine «persönliche Neigung» zurückdrängte und im «Interesse unserer gesamten Partei, des gesamten Bürgertums, ja des ganzen Landes» dem Ruf in die Landesregierung doch folgte.[80]

Als Innen- und dann Finanzminister sollte Meyer zu seinem lebenslangen Leidwesen vor allem als derjenige Bundesrat in Erinnerung bleiben, unter dessen Ägide 1936 der Franken abgewertet wurde, wogegen er sich bis zuletzt wehrte. Die Landeswährung wurde dadurch zu einem späten Opfer der Weltwirtschaftskrise, die 1929 den *Roaring Twenties* ein brutales Ende bereitet hatte. Noch am 20. Oktober jenes Jahres meinte ein Bericht über den amerikanischen Aktienmarkt: «Nichtsdestoweniger ist jedermann optimistisch, und hat felsenfestes Vertrauen in die wirtschaftliche Zukunft Amerikas. Es ist deshalb möglich, dass sich dieses neue Aktienniveau ungefähr halten wird, und dass die alten Formeln endgültig neuen Platz machen müssen.»[81] Die Folgen des «schwarzen Freitags» waren der NZZ zwar «unheimlich», doch vorerst registrierte sie die Krisensymptome allein im Ausland, allerdings ohne Illusionen über die starke internationale Vernetzung des heimatlichen Wirtschaftsplatzes. 1931 musste sich dann das Blatt auch für die Schweiz fragen, wie es geschehen konnte, «dass fast 13 Jahre nach Kriegsende und nach einem längeren Zwischenspiel von Produktivität und wirtschaftlich motivierter Hausse ein Zusammenbruch so ungewöhnlichen Ausmasses erfolgt ist; dass eine internationale Finanzkrise das Kreditgebäude der Welt bis in seine Grundfesten erschüttert hat und die allgemeine Wirtschaftsnot von ihr dunkel überschattet wird?» Man sah als auslösende Ursache «weniger materielle als psychologische Faktoren»: «Nicht Wertvernichtung, sondern Schwund des Vertrauens, das die Voraussetzung aller Kreditgewährung ist, hat die Lawine ins Rollen gebracht, die sich seit fünf Monaten nicht mehr aufhalten lässt.»[82] Man dachte also weniger an grundsätzliche strukturelle Probleme, sondern appellierte an die «Mitverantwortlichkeit» eines jeden Marktteilnehmers, der kühlen Kopf zu bewahren habe. Der Krise konnten die Bürger sich, wie einem Naturereignis, bloss mehr – durch selbstlosen Patriotismus – oder weniger gut anpassen, nicht aber sie – politisch – in den Griff bekommen.[83]

> «Durchhalten», die viel missbrauchte Parole der Kriegszeit, muss heute das ruhige Pflichtwort jedes einzelnen sein, dann werden wir trotz allen Gefahren und Schwierigkeiten schliesslich auch diesmal durchkommen, wie wir schon einmal in den schweren Jahren 1914 bis 1918 durchgekommen sind.[84]

Meyers Nachfolger wurde der 1891 in Burgdorf geborene Hans Kloetzli. Der vielsprachige Historiker war stets dafür eingetreten, dass sich die Schweiz im Rahmen der Neutralität aktiv aussenpolitisch und

namentlich im Völkerbund engagiere. Schon bald, am 6. September 1931, erlag der erst vierzigjährige Chefredaktor jedoch einem schweren Lungenleiden. Mit Kloetzlis Tod verschwand die idealistische Hoffnung auf eine bessere, im Völkerbund vereinte Welt aus der NZZ. Angesichts der sich rasch verdüsternden Zeitumstände erschien bereits dasselbe Jahr 1931 im NZZ-Rückblick als «ein Jahr der Katastrophen, das Not, Armut, Verzweiflung auf die Häupter von Millionen Menschen gehäuft und ganze Völker an den Rand des Abgrunds gebracht hat.»[85]

Ausharren in der Mitte: die Ära Bretscher 1933–1967

Gegen den braunen Totalitarismus, 1933–1945

Auch die NZZ wurde durch die Wirtschaftskrise gebeutelt und leistete sich zudem nach Kloetzlis Tod ein fast zweijähriges Interregnum, in dem der Verwaltungsdirektor Ernst Rietmann *de facto* an der Spitze des Blattes stand, aber durch die Doppelbelastung überfordert war. Die Führungslosigkeit schlug sich in einer unklaren redaktionellen Linie nieder, was an der Generalversammlung vom April 1933 zu harscher Kritik von verschiedenen Aktionären mit unterschiedlichen politischen Sensibilitäten führte. Ein späterer Unterzeichner der «Eingabe der 200» sah die NZZ als Schildhalter des Staatssozialismus, ein anderer bemängelte die linksfreundliche Berichterstattung über Deutschland und meinte, das Blatt sei «submarxistisch angekränkelt», so dass man meinen könne, es sei mit jüdischem Geld finanziert. Diese nazifreundliche Opposition blieb allerdings in der Minderheit und freute sich gewiss nicht, als das Verwaltungskomitee nach der gründlichen Prüfung von zwei externen Kandidaten auf den 1. August 1933 den jungen Willy Bretscher zum Chefredaktor der Zeitung ernannte, die er in den kommenden 35 Jahren entscheidend prägen und zu Weltbedeutung führen sollte.

Bretscher, der von 1925 bis 1929 als Berliner Korrespondent gewirkt hatte, erlaubte sich und seinen Lesern nämlich wenig Illusionen darüber, was auf Deutschland (und die Welt) zukam. Wie er selbst meinte, besass er die für sein Zeitalter nötige «Phantasie im Bösen», was ihn von der hoffnungsvollen Zuversicht seines Vorgängers Kloetzli unterschied. Bereits in seinen Berliner Artikeln hatte Bretscher klar die Geschichtsfälschungen der Nationalisten, namentlich die Dolchstosslegende, blossgestellt, die Wahl ihres Exponenten Hindenburg zum Reichspräsidenten bedauert und vor den Putschplänen bewaffneter «Wehrverbände» gewarnt, die mit ihrer militaristischen Grundeinstellung die Weimarer Republik unterminierten. Da Bretscher schon 1925 die Hauptgefahr auf der

Willy Bretscher (1897–1992) wuchs in Veltheim (Winterthur) und Olten auf und kam nach einer kaufmännischen Lehre 1917 als Redaktionssekretär und Hilfsredaktor zur NZZ. Bereits zwei Jahre später wurde der hochbegabte Autodidakt Inland- und Lokalredaktor, von 1925 bis 1929 kam die Korrespondententätigkeit in Berlin hinzu. Am 1. August 1933 erfolgte die Wahl zum Chefredaktor der NZZ, in deren Verwaltungskomitee Bretscher von 1957 bis 1972 sass, nach seinem Rücktritt als Chefredaktor (1967) als Delegierter und Vizepräsident. Bretscher vertrat 1951 bis 1967 die Zürcher FDP im Nationalrat und gehörte von 1962 bis 1967 dem Europarat an. Sein Interesse für die Aussenpolitik schlug sich in verschiedenen Funktionen nieder, unter anderem auch in der Tätigkeit für die Liberale Weltunion, deren Mitbegründer und schweizerischer Vizepräsident Bretscher von 1948 bis 1968 war.*

* Vgl. auch Markus Bürgi, Artikel Willy Bretscher, www.dhs.ch (3. 10. 2004).

rechtsextremen Seite geortet hatte, waren seine Berichte über die deutsche Sozialdemokratie wie relativ wohlwollend gewesen.

Im Unterschied zu Bretscher begrüssten manche Schweizer Bürgerliche und auch NZZ-Autoren in den Nazis (und in ihren Schweizer Nachahmern, den Fröntlern) vor allem ein Bollwerk gegen den Bolschewismus. Es handle sich um eine jugendliche Bewegung, die sich durch die Regierungsverantwortung schon domestizieren lasse, nachdem sie einmal – wie die NZZ nach Hitlers Kanzlerwahl meinte – «manchen Ballast der Vergangenheit» abgeworfen habe und sich der Bewährungsprobe praktischer Arbeit unterwerfe.[1] Im Grunde genommen handle es sich um eine «Woge der nationalen Revolution», die sich der «Welle der Weltrevolutionäre» fast naturgemäss habe entgegenstellen müssen.[2] Daher könne man auch «leichter Unschönheiten, ja Ungerechtigkeiten und Unmenschlichkeiten ertragen, die bei jeder Revolution in stärkerem oder schwächerem Masse zutage treten».[3]

In dieselbe Richtung war an der GV vom Frühjahr 1933 der erwähnte Vorstoss erfolgt, der die NZZ eindeutig auf den neuen Zeitgeist verpflichten wollte. Bretscher reagierte darauf – noch nicht als Chefredaktor – mit einem grundlegenden Memorandum zuhanden des Verwaltungsrats, das den schweizerischen Liberalismus gegen ausländische, spalterische Rezepte verteidigte und sich gegen den «Versuch einer Art nationalsozialistischer ‹Gleichschaltung›» der Zeitung verwahrte.[4] «Erneuerung», das Zauberwort der Fronten, wurde von der NZZ nicht grundsätzlich abgelehnt, doch sie musste «im Geist unverfälschten Schweizertums erfolgen, und diesen Geist auch gegen das Unschweizerische in der ‹Fronten›-Bewegung aufzurufen», sei vaterländische Pflicht. So erklärte Bretscher die Fronten schon im Sommer 1933 zu einer «nationalen Gefahr»: innen-

politisch, insofern sie durch die Betonung «völkischer» Loyalitäten den nationalen Zusammenhalt gefährdeten; und aussenpolitisch als «fünfte Kolonne» zugunsten des «neuen Deutschland».[5] Der regelmässige freie Mitarbeiter Konrad Falke sekundierte am 1. August 1933 mit dem Hinweis, dass der Staat in der Schweiz weiterhin Mittel zum Zweck und nicht Selbstzweck sei. Er sei nicht «auf der Grundlage gleichen Blutes, sondern im Zeichen gleichgearteten Geistes» aufgebaut.[6]

Ihrerseits attackierten die Fronten die NZZ als Sprachrohr der französischen Regierung oder als freimaurerisch und jüdisch unterwandertes Organ. Sie selbst sah sich auf dem richtigen Weg, wenn ihre Stellungnahmen von frontistischen Blättern als «sozialistisch», von sozialdemokratischen hingegen als «faschistisch» abgetan wurden.[7] Angesichts solcher Polemiken war es allerdings auffällig, wie lange die NZZ 1933, ähnlich wie der Zürcher Freisinn, eine ambivalente Haltung gegenüber der lokalen Frontenbewegung bewies. Ihre Mitglieder wurden verschiedentlich als neu politisierte Jugend begrüsst, gleichsam als übereifrige Söhne freisinniger Väter. Ob ihrer patriotischen und antimarxistischen Bekenntnisse und ihres Kampfs gegen «geistige, kulturelle, politische und wirtschaftliche Überfremdung» wurde die antiparlamentarische Grundhaltung der Fröntler vernachlässigt.[8] In der NZZ tat sich vor allem der frühere freisinnige Gemeinderat Rudolf Böppli als Befürworter eines Bündnisses der FDP mit den Fronten hervor, das er als Gebot der Vernunft gegen die «roten Freibeuter» darstellte. Aktuell war die Frage im Hinblick auf die Stadtzürcher Gemeinderatswahlen vom Herbst 1933. Seit 1928 hatte die Linke die absolute Mehrheit im Stadtrat inne, seit 1931 die SP allein diejenige im Gemeinderat. Unter dem Motto «Hie Marxismus – hie Vaterland» taten sich die Bürgerlichen im Herbst 1933 mit den Fronten zusammen, die auf der gemeinsamen Stadtratsliste mit Robert Tobler einen Kandidaten stellten. Als die NZZ die Unterstützung der Katholisch-Konservativen für einen frontistischen Ständeratskandidaten in Schaffhausen geisselte und gleichzeitig in Zürich ein Wahlbündnis mit derselben Partei rechtfertigte, von der sie unflätig attackiert zu werden pflegte, setzte es scharfe Kritik ab auch in bürgerlichen Kreisen und Zeitungen, so in Theodor Guts «Zürichsee-Zeitung». Die NZZ rechtfertigte sich in diesem «grundsätzlichen Kampf gegenüber dem Marxismus» damit, dass es für die «vaterländischen Parteien im Kampf um Zürich nur eine Alternative» gebe, «im Bewusstsein der gemeinsamen nationalen Überzeugung eine einheitliche

Plattform des Kampfes zu schaffen, oder dann in träumerischer Apathie der Sozialdemokratie das Feld zu überlassen».[9] Das Resultat der Wahlen war dann ernüchternd: Die SP behielt die absolute Mehrheit, während die Fronten 10 Sitze zulasten ihrer Listenpartner gewannen, bei denen unter anderem auch der NZZ-Inlandredaktor Edmund Richner für die FDP kandidiert hatte.

Die Zürcher Gemeinderatswahlen führten zu einer Klärung im Umfeld der FDP, und auch die NZZ wählte nun Bretschers klaren Kurs, der schon im Juli 1933 die Fronten als nationale Gefahr tituliert hatte. In ihrer Abhängigkeit von ausländischen, «völkischen» Theorien, in ihrer eigenen Gespaltenheit und in ihrem Bemühen, auch das übrige Volk zu spalten, entsprächen die Fronten gerade nicht dem Ideal, das man von einer echten Erneuerung erwarte, die «im Geiste unverfälschten Schweizertums erfolgen» müsse. «Diesen Geist auch gegen das Unschweizerische in der ‹Fronten›-Bewegung aufzurufen, ist heute nicht mehr verfrüht» – die von ihr vertretenen Überzeugungen widersprächen der Idee einer aus verschiedenen Rassen, Sprachen und Kulturen zusammengesetzten Eidgenossenschaft.[10] Eine Strategie bestand darin, die Frontisten bei ihrer diffusen Erneuerungsrhetorik zu packen und von ihnen zu fordern, dass sie sich in Sachfragen auf klare Positionen festlegten. Ausserdem wurden die Fröntler in die Nähe der Marxisten gerückt, denen sie den gewalttätigen Strassenkampf und die antikapitalistische Klassenkampfrhetorik abgeschaut hätten. Sollte man den Teufel mit dem Belzebub austreiben? «Es wäre ein tragischer Irrtum, wenn das Bürgertum glauben wollte, dass dieser Kampf gegen den Marxismus leichter geworden sei infolge des Auftretens von neuen Bewegungen, die den Marxismus mit den einzig wirksamen Mitteln zu bekämpfen vorgeben, während sie ihn in Wirklichkeit zunächst bloss nachahmen und dadurch die Volksgemeinschaft noch mehr zersetzen.»[11] Bretschers NZZ verweigerte sich der «odiösen Option» zwischen zwei Totalitarismen: Nationalsozialismus oder Bolschewismus (beziehungsweise Volksfronten, wie sie 1935 mit Stalins neuem Kurs möglich wurden). Sie nahm das «Odium» auf sich, «in der Mitte auszuharren», bei der in Jahrhunderten gewachsenen, liberalen Demokratie, deren disziplinierte Bürger über den Rechten nicht die Pflichten des Souveräns vergassen.

> Aus dieser innersten Überzeugung heraus setzen wir dem Entweder-Oder! der Anbeter der Diktaturen getrost ein festes eidgenössisches Weder-Noch! entgegen.[12]

Wie Bretscher bereits kurz nach seiner Ernennung zum Chefredaktor programmatisch festgehalten hatte, war die schweizerische Presse «in erster und vorderster Linie» für die geistige Landesverteidigung gegen den «Imperialismus der Ideen» berufen.[13] Zu diesem Kampf für die schweizerischen Kerngedanken Demokratie, Rechtsstaat und kulturell-ethnische Vielfalt umgab er sich mit einem jungen Team von Journalisten, die zwischen 30 und 40 Jahre alt waren. Im März 1934 stiess Albert Müller von der «Thurgauer Zeitung» als für Deutschland zuständiger Auslandredaktor zur NZZ, wo er für dreissig Jahre nächster Mitarbeiter des Chefredaktors wurde, mit dem er seit der gemeinsamen Korrespondentenzeit in Berlin befreundet war. Vom deutschen Standpunkt aus, so ein Gesandtschaftsbericht von 1936, erschien der «voreingenommene» Müller als ein «hoffnungsloser Fall».[14] Bretscher wählte ferner für das Inlandressort sehr bewusst Nicolo Biert, der von der im Mai 1933 gegründeten rechtsbürgerlichen, antietatistischen Erneuerungsbewegung «Bund für Volk und Heimat» herkam, wo man sich zugunsten der Listenverbindung mit den Fronten engagiert hatte (und im Sinne eines «positiven Bekenntnisses zur christlichen Weltanschauung und Kultur» keine jüdischen Mitglieder aufnahm).[15] Biert sollte den publizistischen Kampf gegen die Fronten führen, ohne dass man ihm linke Sympathien vorwerfen konnte. Das entsprach einer Einsicht, wie sie die NZZ bereits im Mai 1933 formulierte: «Tottrampeln lassen sich die ‹Fronten› nicht – entweder überflügelt und umfasst man sie, oder man versteht es, sie zu assimilieren, wobei man auch teilweise assimiliert wird. … Das wäre nicht unbedingt Schwäche.»[16] Weitere wichtige Mitstreiter Bretschers bei diesem Unterfangen waren ausser dem erwähnten Konrad Falke der Bundeshausredaktor Karl Weber und Hans Barth im Feuilleton. Barth, ein promovierter Jurist und späterer Philosophieprofessor in Zürich, verteidigte die reichen und vielfältigen Wurzeln des geistigen Europa gegen die grassierende Deutschtümelei und das pragmatische Bemühen um Wahrheit gegen die totalitären Ideologien. Derselben Aufgabe diente oft auch die im Februar 1938 neu eingeführte Wochenend-Beilage, zum Beispiel mit historischen Beiträgen über die Eidgenossenschaft.[17]

Hauptverantwortlich für die kulturelle Abwehrhaltung war der Feuilletonredaktor Eduard Korrodi, der wie erwähnt schon im Ersten Weltkrieg einen (deutsch-)schweizerischen Sonderweg kulturell mitgetragen hatte. Mit der neuen Herausforderung konfrontiert sah Korrodi seine

Heimat auch als Hüterin von deutschen Traditionen, welche die Nazis im Namen eines gefährlichen Pangermanismus mit Füssen traten: «Wenn es *ein* Deutschland in der Schweiz gibt, das uns erquickt, und uns beglückt, dass es dieses Deutschland immer noch gibt und geben wird, so ist es das hochgemute, herrliche, geistige Goethe-Deutschland. Dieses lebt und wirkt im schweizerischen Geist für und für.»[18] Zugleich verwahrte sich Korrodi aber auch gegen die Vereinnahmung der Tradition durch die Opposition und damit gegen die «aberwitzige» These, «fast die ganze Literatur» sei aus Deutschland ausgewandert. Dieser Emigrantenliteratur war laut Korrodi, der mit dieser Behauptung einen offenen Brief Thomas Manns provozierte, der Hass lieber «als das Streben nach Wahrheit und Gerechtigkeit».[19] Die NZZ wollte gerade nicht mit einer innerdeutschen Partei identifiziert werden, sondern vertrat, von aussen, einen Schweizer Standpunkt, gleichsam «au-dessus de la mêlée». Auch bei anderer Gelegenheit wehrte sich nicht nur die Feuilleton-Redaktion dezidiert gegen die «Gleichsetzung von Deutschtum und Deutschland», zumal wenn dieses deutsche Volkstum sich in chauvinistischem und antisemitischem Gewand präsentierte.

> Mit dieser These können wir Schweizer uns niemals, weder gefühls- noch vernunftsmässig, einverstanden erklären; wir spüren hier eine Missachtung und Vergewaltigung historischer und wirklicher Tatsachen, die uns in unserem ganzen Denken und Fühlen schwer verletzt. Für unsere Begriffe entscheidet nicht die Stammes- und Kulturzugehörigkeit über die Nationalität, sondern dort kommt es vorerst auf die historische Entwicklung und auf den daraus resultierenden politischen und nationalen Gestaltungswillen an.[20]

Eine wichtige Aufgabe bei der Abwehr des völkischen Gedankenguts erfüllte naturgemäss auch der Korrespondent, der seit Ende 1932 in Berlin wirkte, einem «goldenen Käfig», wie er selbst schrieb, «insgeheim überwacht, aber zugleich verwöhnt». Es war der Engadiner Reto Caratsch, der mit seinem Bündner Kollegen Biert auf Romanisch telephonieren konnte, wenn dem deutschen Nachrichtendienst das Abhören erschwert werden sollte. Caratschs scharfsichtige und manchmal auch scharfzüngige Berichte wurden nicht nur in der Schweiz gelesen, sondern auch dort, wo man unter einer rasch gleichgeschalteten Presse litt. Der Absatz der NZZ in Deutschland, der 1930 rund 1000 Exemplare betragen hatte, lag 1934 bei 4800, wovon 2500 Abonnenten, und erreichte an besonderen Tagen 8000 Exemplare. Die Reichsregierung betrieb mit Schikanen und – erstmals im September 1933 – mit befristeten Verboten die Ausschaltung

der zwar deutsch geschriebenen, aber unabhängigen Presse, bei deren Lektüre regimehörige Journalisten offenbar ein «Gefühl des Ekels» verspürten.[21] Auf solche Attacken replizierte man an der Falkenstrasse, «dass kein Verbot die NZZ dazu bewegen wird, eine Art von freiwilliger Gleichschaltung vorzunehmen und auf die Erfüllung ihrer selbstgewählten und vornehmsten Aufgabe, die Wahrung und Verteidigung der schweizerischen Interessen, zu verzichten».[22] Allerdings vermisste man dabei den Rückhalt des Bundesrats, für den gutnachbarschaftliche Beziehungen Priorität hatten und dessen «Verständnis für die Presse und für die ihr in dieser Zeit zufallende staatspolitische Aufgabe vielleicht doch noch einiges zu wünschen übrig lässt».[23]

So war es an der NZZ und anderen Schweizer Zeitungen, Klartext zu schreiben oder in heiklen Fällen zumindest durchscheinen zu lassen. So warnte Bretscher bereits vor dem Ermächtigungsgesetz, im März 1933, dass die NSDAP sich nicht in den Staat einordnen lasse, sondern diesen offenbar erobere. Entsprechend besorgt notierte das Blatt von Anfang 1933 an die ungesetzlichen Massnahmen bei der Machtergreifung, welche die Demokratie beseitigten und damit die älteren Befürchtungen bestätigten. Die NZZ sah zwar nach dem Reichstagsbrand «keine Ursache zu besonderem Mitleid» mit den Kommunisten, auch wenn sie schon damals nicht an deren Täterschaft glaubte. Die deutsche Regierung verdiene Anerkennung, dass sie die «fanatischen Gegner der bürgerlichen Gesellschaftsordnung» von ihren finsteren Plänen abschrecke.[24] Doch die Aufhebung aller verfassungsmässigen Garantien der persönlichen Freiheitsrechte führe dazu, «dass jede Opposition oder Kritik an den Regierungsmassnahmen – und zwar auch an jenen Massnahmen, die nicht direkt der Bekämpfung des Kommunismus dienen – fast zur Unmöglichkeit wird».[25]

Die Aufhebung der Grundrechte, Unfreiheit und Unsicherheit, das wurden ab Sommer 1933 für die NZZ zentrale, unschweizerische und illiberale Charakteristika des NS-Regimes, die man zuerst gleichsam als deutsche Form eines antiindividualistischen «Bolschewismus» deutete.[26] Doch die Judenverfolgung, die Verdammung von Marxisten, Internationalisten und Pazifisten, der Militarismus, die Zunahme der bewaffneten Polizei und Demonstrationen an den Grenzen verrieten einen neuen Geist, der – wie der Brite Lord Cecil schon im Mai 1933 in der NZZ vermerkte – in der Verknüpfung von Nationalismus und Gewalt «unver-

meidlicherweise» auch Deutschlands Nachbarn gefährlich werden müsse.[27] Dies wurde spätestens mit dem Putschversuch offensichtlich, den Nazis im Sommer 1934 in Österreich unternahmen. Die Staatengemeinschaft und jede soziale Ordnung seien durch Anarchie bedroht, hielt das Blatt fest, weil «der Nationalsozialismus mit einer kommenden Auseinandersetzung rechnet und sie für unvermeidlich hält».[28]

Bei der raschen Etablierung des Regimes, das alle denkbaren politischen und gesellschaftlichen Gegenkräfte ausschaltete, liess sich die NZZ auch nicht täuschen, als Hitler im selben Sommer 1934 mit Röhm und der SA scheinbar die radikalen Kräfte der Bewegung eliminierte – zu ungeheuerlich war die «Methode der physischen Vernichtung», zu viele andere rechtsbürgerliche Konkurrenten des Führers zählten zu den Opfern barbarischen Terrors. «Die blutige Saat, die am 30. Juni unter Missachtung der elementarsten Gebote der Menschlichkeit ausgestreut wurde, wird in einem rauhen Zeitalter keine guten Früchte bringen können.»[29] Die – realistisch – hohen Opferzahlen, die das Blatt nach dem Röhm-Putsch vermeldete, führten dazu, dass es – wie die Basler «National-Zeitung» und der «Bund» – wegen «übelster Hetze» und «geradezu ungeheuerlicher Lügenmeldungen» in Deutschland verboten wurde, zunächst für sechs Monate und dann, noch vor Ablauf dieser Frist, auf unbestimmte Zeit – was bis Kriegsende bedeuten sollte.[30]

Für diesen Staat und diese Gesellschaft, die in kürzester Zeit umgestaltet worden waren, war seit Ende 1933 «Hitler-Deutschland» die zutreffende Bezeichnung, gründete das Regime doch in einem «beinahe mystischen Vertrauen» in den «Führer». Dessen «blinde Vergötterung» erschien der NZZ in ihrer «ekstatischen Unbedingtheit» als deutsches Phänomen, das erstmals schon erstaunlich früh analysiert worden war.[31] Bereits 1923 hatte man – im unmittelbaren Umfeld des Hitlerputsches – einen anonymen Bericht aus München unter dem Titel «Hitler spricht» abgedruckt, der einen Auftritt des «Autodidakten» vor seinen deklassierten Anhängern beschrieb: keine «Führerphysiognomie», keine äusserliche Suggestion, keine aussergewöhnliche Stimme – aber ein ausgezeichneter Mimiker, der geschickt Metaphern aus dem Alltag benutzte, grob spottete, laut kreischte, alles mit kalter Berechnung. «Dann wird die Grausamkeit fühlbar, die auf dem Seelengrund dieses Mannes lebt.» Hitler sei ein «Psycholog aus Instinkt», der die Gefühle der Masse wittere und mit Wahrheiten angle. «Nachher folgen ihm die Befangenen, Gefangenen, wohin er sie ha-

ben will – wenn keine stärkere Macht ihm entgegentritt.»[32] 1933 nahm Korrodi das Thema während einer Deutschlandreise mit dem fast gleichen Titel «Wenn Hitler spricht» wieder auf. Der Feuilletonredaktor musterte in München das Auditorium, «eine verzweifelte, hysterische Masse Mensch, die ihre letzte Karte ausspielt, den Glauben an *einen* Menschen. Es ist erschütternd, dass dieser Glaube keine grössere Figur erzeugen konnte, die in der Rede sogar nicht einmal eines originellen deutschen Vergleiches fähig ist. … Man muss diese Stimme gehört haben, wie sie malmte, sich heiser schrie und wie die Stimme schliesslich den Redner vergewaltigte.»[33]

Solche Psychogramme blieben allerdings eine Seltenheit. Das mag an staatspolitisch begründeter Vorsicht gelegen haben, aber auch daran, dass das Blatt Hitler noch 1935 als den Gemässigsten unter den führenden Nazis ansah. Die eigentliche Gefahr sah man anfangs nicht so sehr im deutschen Staat, sondern in der willkürlichen «Nebenregierung» der Partei.[34] Entsprechend galt das Augenmerk der Unterwanderung des Rechtsstaats und kaum dem Rassismus als ideologischer Basis der Bewegung. Selten wurde er als Phänomen für sich thematisiert, vielmehr als einer von verschiedenen Indikatoren diktatorischer Umgestaltung.[35] So stellten die im März 1933 ergriffenen «Massnahmen zur wirtschaftlichen Vernichtung der deutschen Juden» und der «Versuch der allmählichen Abdrängung der rund 600 000 deutschen Juden in ein neues Ghetto» für die NZZ einen «Rückfall in längst überwunden geglaubte dunklere Zeitalter» dar.[36] Vollends besiegelte dann das Reichsbürgergesetz von 1935 «den Untergang der Demokratie in Deutschland». Bei dieser Aufhebung der Rechtsgleichheit habe Hitler die internationale Lage geschickt ausgenutzt, weil der Völkerbund wegen der Auseinandersetzung um die italienische Abessinienpolitik blockiert gewesen sei. So wurde, ähnlich wie bei der Remilitarisierung des Rheinlands, die zielstrebige Umsetzung nationalsozialistischer Programmpunkte zugleich als Versagen Europas beklagt.[37]

Das Schicksal der deutschen Juden wurde mit einer gewissen Ambivalenz beschrieben, manchmal in humanitärer Anteilnahme, dann aber auch wieder in distanzierter Nüchternheit, die davon abstrahierte, dass eine wehrlose Minderheit von Behörden und Parteibanden systematisch malträtiert wurde. Die Rassenlehre wurde als «grober Unfug» abgetan, und Konrad Falke machte deutlich, die niederen Instinkte, die im Spiel waren, seien «weder arisch noch nicht-arisch, sondern ganz einfach barb-

arisch».[38] Dagegen übernahm der altgediente (und bald durch Caratsch ersetzte) Hugo Herold in Berlin ungerührt die Nazi-Rhetorik, dass zahlreiche «jüdische Elemente» in der Beamtenschaft und Presse «schonungslos ausgemerzt» würden, «da sie politisch überwiegend zur Sozialdemokratie zählen, ein Teil davon auch kommunistischen Einschlag hat».[39] Gleichwohl bezeichnete Herold die Nachrichten über die Judenboykotte als «Greuelpropaganda» aus London und New York, und auch ein Redaktor in Zürich meinte, jene Massnahmen seien «nur demonstrativ, nicht aber effektiv».[40] Zwei Jahre später konnte der Literat und Essayist Max Rychner weltfern darüber fabulieren, dass «jüdisch-arische» Freundschaften und Ehen gefestigt aus der Probe hervorgegangen seien: «Grosse blonde Recken und Juden alttestamentlichen Aussehens ziehen sich in sehr vielen Fällen auf eine geradezu wirbelnd unwiderstehliche Weise an.»[41] Rychner, der nach seiner Entlassung als Feuilletonredaktor der «Kölnischen Zeitung» vier Jahre lang als Sonderkorrespondent aus Köln berichtete, besass auch nach dem Urteil Thomas Manns – der ihn persönlich mochte – kein «Organ» für den «Hass auf das unbescheidene Verbrechertum der Nazi-Canaille».[42]

Aber in der Konfrontation mit einer professionellen Propagandamaschine war selbst ein ausgewiesener Nazikritiker wie Caratsch nicht immer gegen Fehleinschätzungen gefeit. «Besuch bei den Moorsoldaten» nannte er Ende 1936 einen Artikel, mit dem er auf Wolfgang Langhoffs KZ-Bericht von 1935, *Die Moorsoldaten*, anspielte, aber ohne erkennbare Ironie die Tätigkeit in frischer Luft an fünf Wochentagen, die kräftige Nahrung und die Musik am Lagerfeuer lobte, insgesamt eine «inselhafte, spartanische Republik».[43] Mit nüchternem Entsetzen beschrieb derselbe Caratsch dann 1938 die «Reichskristallnacht»: «Nach den Vorgängen des heutigen Tages herrscht der Eindruck, dass die Juden vogelfrei geworden sind.» Wenig später kommentierte die NZZ einen Artikel im *Schwarzen*

1938:
Die Erfahrungen dieser Zeit lehren uns aber mit einer Eindrücklichkeit sondergleichen, dass ohne das Grundrecht der Freiheit der Mensch in seinem Menschseinkönnen vernichtet wird. Wo der Staat absolut und total wird und als despotische Macht mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln der Propaganda, Gewalt, Einschüchterung und Verängstigung den Menschen zerstört, herrscht keine dauerhafte Ordnung, sondern das disziplinierte Chaos.*

* Hans Barth, Rezension Hermann Rauschning, Die Revolution des Nihilismus (1938), in ders., Denken in der Zeit, 1988, S. 199.

Korps, der die «Ermordung sämtlicher Juden in Deutschland» in Aussicht stellte. Diese Drohung müsse man ernst nehmen: «Im Laufe der letzten Jahre sind sämtliche Vorschläge des ‹Schwarzen Korps› zur Behandlung der Judenfrage, mochten sie im Moment der Veröffentlichung noch so phantastisch erscheinen, Punkt für Punkt verwirklicht worden.»[44]

Im selben Jahr 1938 bedauerte die NZZ die schweizerische Grenzsperre für jüdische Flüchtlinge ohne Transitvisum, sah darin aber eine «dringende Notwendigkeit», weil man es dem Dritten Reich nicht zu leicht machen dürfe, die ihm nicht genehmen Bevölkerungsteile loszuwerden und dadurch möglicherweise eine «Judenfrage» auch in Ländern zu schaffen, die sie bislang noch nicht gekannt hätten.[45] Nur wenig später plädierte man in diesem Sinn für die Abwehr «fremder Elemente», womit 1938 vor allem jüdische Flüchtlinge gemeint waren: «In den Fragen von Aufenthalt, von Niederlassung und Einbürgerung müssen die ewigen Nachgiebigkeiten und verschämten Rücksichten aufgegeben werden.» Die behördlichen Waffen für strengere Abwehr müssten gegebenenfalls geschmiedet werden, damit man sich der Landesverteidigung des letzten Mannes sicher sei.

> Die Gesinnung muss eine eindeutige und vollkommen zuverlässige werden. Dazu bedarf es der Sichtung unserer Bevölkerung, des Ausschaltens alles Wesensfremden und des Fernhaltens alles uns geistig nicht Bekömmlichen. Es geht wahrhaftig um die Seele unseres Landes.[46]

Problematisch wurde dieses Postulat dann, wenn – wie 1933 bei der lobenden Zusammenfassung eines einschlägigen Referats – das Ausbleiben von Antisemitismus und die staatsbürgerliche Qualität der Schweizer Juden davon abhängig gemacht wurden, dass diese sich von ihren fliehenden Glaubensgenossen entsolidarisierten: «Wenn in diesem Punkte die einheimische Judenschaft ihre schweizerische Gesinnung dem Gedanken der Rassenzusammengehörigkeit vorgehen lasse und an dem Kampf gegen die Überfremdung teilnehme, werde es auch fernerhin bei uns keine Judenfrage geben.»[47] Das Beispiel zeigt, wie schwierig die Aufgabe der NZZ war, in einer Phase eskalierender internationaler Gewalt mit zeitgemässen Worten und Vorstellungen dasjenige positiv zu definieren, wofür es in der Gegenwart einzustehen galt gegen Ideologien, die ihre Ressentiments gnadenlos auslebten, aber ihre Heilsversprechen erst nach der Eliminierung aller Gegenspieler einzulösen gedachten. Im Dritten Reich symbolisierte die sinnlich und mythisch zelebrierte «Volksgemeinschaft»

1933:
Der vorstehende Überblick über die gegenwärtige Rechtslage des deutschen Bürgers erhebt auf Vollständigkeit keinen Anspruch. Aber das Bild wird genügen, um zu erkennen, wohin man gelangt, wenn der Grundsatz der persönlichen Freiheit als Ausfluss eines «liberalistischen Systems» bis zur Vernichtung bekämpft und durch den «totalen Staat» ersetzt wird. Es wird wohl wenige Schweizerbürger geben, die in einem ähnlichen Zustand der Unfreiheit und Unsicherheit leben möchten. In diesem Sinne sind wir alle «liberal», mögen wir politisch der liberalen, konservativen oder welchen anderen Richtung immer angehören.*

* NZZ, 2. 7. 1933.

diese Verheissung, wodurch sich der Einzelne der rationalen Teilnahme am politischen Prozess entbunden glaubte und dies auch sein sollte. Insofern war die Gleichschaltung nicht nur von oben gewollt, sondern entsprach laut NZZ auch einem Volk, das zur Unterwerfung neigte und dem die «Unnötigkeit selbständigen Denkens» anerzogen war.[48] Auch für die Schweiz wurde das Konzept einer über nationalstaatliche Steuerungsinstrumente stabilisierten «Volksgemeinschaft» beansprucht, aber in einem höheren, historisch-kulturellen Sinn als der archaischen, «natürlichen» Blutsgemeinschaft: Die von Xenophobie nicht immer freie Rückbesinnung auf das Eigene, auf den Sonderfall umfasste für die NZZ zwingend das Bekenntnis zu Freiheit und zu demokratischer Selbstbestimmung. Es galt, die «zusammenstrebenden Kräfte einer tatsächlichen, nicht nur eingebildeten Wesensgemeinschaft» zu betonen, welche die an sich auseinanderstrebenden Sprachgemeinschaften zusammenhielten.[49]

Dieser Gemeinschaftsgedanke hatte durchaus auch eine antimoderne Stossrichtung und richtete sich auch gegen den zersetzenden «westlichen» Individualismus und die Vorstellung einer selbstregulierenden (Klassen-)Gesellschaft; er integrierte aber im Unterschied zu konservativen Konzepten die national-liberale Erfolgsgeschichte und ihre Werte. Innenpolitisch musste das Blatt um die Definitionsmacht in dieser Frage ringen, so gegen den «Landesring der Unabhängigen», die Partei des wegen seiner Führerallüren befehdeten Migros-Gründers Gottlieb Duttweiler, oder gegen die 1934 gegründete, überparteiliche Wochenzeitung «Nation» und die ihr nahestehende, als «Volksfront» etikettierte gewerkschaftlich-linksbürgerliche «Richtlinienbewegung». In Abgrenzung zu dieser bemühte sich die NZZ um eine Definition der Volksgemeinschaft, welche die Konservativen einbezog und damit auch die «Zersetzung» des Freisinns durch Flügelkämpfe vermeiden sollte.[50] Am Landesring bean-

standete das Blatt die den Fronten ähnliche Polemik gegen die bestehenden Parteien und seine wirtschaftspolitischen Heilsversprechen: Die umfassende nationale Erneuerung dürfe man nicht «in einem neu errichteten schrankenlosen Wirtschaftsliberalismus» suchen.[51] Das Ziel war stattdessen eine Volksgemeinschaft, die auch die «durch eine politische Irrlehre entfremdeten Schichten der Arbeiterschaft dem eidgenössischen Ideal» zurückgewinnen sollte – die brüderlich-freundeidgenössische Überwindung des (marxistischen) «Chauvinismus der Klasse» ebenso, wie es den (faschistischen) «Chauvinismus der Rasse» zu überwinden galt.

Das Konzept einer partikularen Volksgemeinschaft war auch für die anderen politischen Grossfamilien attraktiv: für die Sozialdemokraten, deren Genossen in Italien, Deutschland und Österreich nicht nur drangsaliert wurden, sondern ihre Anhängerschaft in der Arbeiterklasse ganz entgegen der marxistischen Prognose an den rechtsextremen Klassenfeind verloren; und ebenso für die Katholisch-Konservativen, welche ihre Parteifreunde im deutschen Kirchenkampf den Nazis ebenso unterliegen sahen wie den klerikalen Ständestaat in Österreich. In dieser Krisensituation revidierten alle Parteien ihre tendenziell internationalistischen Programme aus den Zeiten von Kultur- und Klassenkampf: Die vaterländische Gemeinschaft stellte die alten Konflikte hintan und bewerkstelligte über den Einbezug zahlreicher gesellschaftlicher Gruppen und durch deren Befriedigung in einem gemässigten Korporativismus den nationalen Loyalitätsverband. Die NZZ verstand sich dabei in der liberalen Tradition als Befürworterin des Fortschritts und musste deshalb, im Unterschied etwa zu den Katholisch-Konservativen, auf die Herausforderung durch völkische «Erneuerer» nicht mit vormodernen, ständestaatlichen Modellen antworten. Allerdings kamen deren Befürworter im Sinne einer inneren Diskussion auch in der NZZ durchaus zu Wort, so der St. Galler FDP-Nationalrat und Gewerbeverbandspräsident August Schirmer, der eine «gewisse Abkehr vom wirtschaftlichen Liberalismus» als Gebot der Zeit ansah.[52] Aus Sorge um die wirtschaftliche Produktivität und die Demokratie blieb das Blatt jedoch auf Distanz zu solchen «sozialpazifistischen Illusionen», die den Klassenkampf ständestaatlich zu zähmen versprachen.[53]

Klar war an der Falkenstrasse, dass «revolutionäre Elementarereignisse im staatlichen und gesellschaftlichen Bereich» zur Menschengeschichte

gehörten, ja gehören mussten, damit eine «bessere Sache» über die «Kräfte der Beharrung» siegen konnte. Aber Kriterium für diese «bessere Sache» blieb das Wohl des Volkes, und hier kam konsequenterweise immer das Argument zum Tragen, dass die zeitgenössischen «Catilinarier» der Linken und Rechten durch ihre wohlorganisierten Putsche nicht den Volkswillen ausdrückten, sondern die Macht für ihre Parteiinteressen usurpierten. Um den Antidemokraten nicht wehrlos zum Opfer zu fallen, müsse sich der – schweizerische – Staat wappnen und gegebenenfalls mit autoritären Massnahmen auch «ein Stück Demokratie über Bord» werfen, um ihre Substanz zu bewahren.[54] Dies drohte, als 1935 die – von den Konservativen und Fronten, aber auch von den Jungliberalen mitgetragene – Initiative für die Totalrevision der Bundesverfassung zur Debatte stand, die eine klar ständestaatliche Stossrichtung besass. Die NZZ gewährte angesichts der Differenzen im bürgerlichen Lager «Diskussionsfreiheit». Konrad Falke setzte sich feurig für die Vorlage ein, während Bretscher wie etwa auch der Staatsrechtsprofessor Fritz Fleiner entschieden dagegen votierten: Es sei der falsche Zeitpunkt für einen schlecht vorbereiteten «Sprung ins Ungewisse». Gleichzeitig bewies das Blatt aber viel Verständnis für das grundsätzliche Revisionsbegehren und kritisierte die illiberalen und korporativistischen Töne der Befürworter nur am Rande; viel dezidierter polemisierte man gegen die sozialistischen Warnungen vor einer «faschistischen» Totalrevision.[55] Unmissverständlich lehnte man hingegen 1937 die ebenfalls im frontistischen und katholisch-konservativen Umfeld lancierte Freimaurer-Verbotsinitiative ab: Dabei gehe es nicht um ein Bekenntnis zur an sich überlebten Freimaurerei, sondern um fundamentale Freiheitsrechte, die später auch anderen Minderheiten abgesprochen werden könnten.[56]

Insgesamt wurden die Katholisch-Konservativen sehr pfleglich behandelt, obwohl gelegentlich – wenn etwa ihr Bundesrat Musy von der Liquidation der Ideen von 1789 träumte – daran erinnert werden musste, dass «liberal» mehr sei als eine Parteibezeichnung, nämlich nichts anderes als die «modern konzipierte Schweizer Freiheit». Deshalb sei es ein verhängnisvoller Irrtum, wenn Konservative glaubten, sie seien «an der Erhaltung all der rechtsstaatlichen Errungenschaften des Liberalismus nicht interessiert und es liessen sich diese modernen Freiheitsrechte von dem schweizerischen Staate völlig trennen, ohne dessen Bestand zu gefährden».[57] Gleichzeitig wurden die klar antiliberalen Schwärmereien Gonzague de

Reynolds für die vorrevolutionäre Eidgenossenschaft mit sehr viel Respekt besprochen; der elitäre Freiburger Aristokrat – «unser Polemiker», dem die historische Rolle des Freisinns ausgespielt schien – kam in den 1930er Jahren auch wiederholt selbst in der NZZ zu Wort.

Während der Ton gegenüber den bürgerlichen Partnern auch dann moderat blieb, wenn diese die Ordnung von 1848 in Frage stellten, waren Rhetorik und Ansprüche gegenüber den Sozialisten weniger zurückhaltend. Die NZZ forderte nicht nur den Verzicht auf eine proletarische Revolution und den «Kultus der Gewalt», sondern das unbedingte, glaubwürdige Bekenntnis der SP zur Landesverteidigung und damit zur Nation, das erst 1935 erfolgte – und auch dann erst «bedingt», wie die NZZ im Hinblick auf das sozialdemokratische Nein zur Wehrvorlage im gleichen Jahr scharf bemängelte.[58] Bereits 1934 hatte sie gegen die SP das – vom Volk schliesslich abgelehnte – Ordnungsgesetz als ein grundsätzliches «Bekenntnis zur Demokratie und zum Ideal der Freiheit» verfochten, das den «Terror der Strasse» verhindere.[59] Gerade die Entwicklungen in Deutschland, aber schon früher in Italien hatten vor Augen geführt, wie eine legitime, von der Mehrheit getragene Regierung zwischen den Mahlsteinen von Links und Rechts zerrieben werden konnte. Mit dem Landesstreiktrauma und der Entwicklung der Sowjetunion im Kopf beobachtete die NZZ die politische Linke weiterhin mit entsprechend viel Argwohn und deutete die Fronten anfangs – wie einst Mussolinis Schwarzhemden – als zwangsläufige Gegenbewegung zu marxistischen Exzessen, die Bürgerwehren und Bürgerkriegen den Boden bereiteten: «Eine fascistische Gefahr würde in der Schweiz erst dann – aber sicherlich dann – entstehen, wenn die staatlichen Behörden nicht über den Willen und die Energie verfügten, die Ordnung gegen alle Angriffe, ohne Ansehen der Partei, aufrecht zu erhalten.»[60]

Die ein Marx'sches Diktum umformulierende These, dass «der Marxismus seinen eigenen Totengräber in der Gestalt des Faschismus aus sich heraus entwickelt» habe, wurde der ebenfalls allzu simplen linken Lehre gegenübergestellt, wonach die Faschismen dekadente Spätformen des bürgerlichen Kapitalismus seien.[61] Angesichts solch grundlegender Differenzen mochte sich die NZZ in den 1930er Jahren – auch aus Rücksicht auf prinzipielle Vorbehalte vor allem der welschen Freisinnigen – nicht dazu durchzuringen, den Einschluss von Sozialdemokraten im Bundesrat zu befürworten. Der «marxistischen» Parteiführung warf die NZZ etwa

im Nationalratswahlkampf 1935 «staatspolitische Verantwortungslosigkeit» vor und «ihre sozusagen konstitutionelle Unfähigkeit, für und an das Ganze zu denken».[62] Sie müsse sich erst noch bewähren und die vaterländischen Positionen übernehmen, die ihre eigenen Wähler – die bodenständige Arbeiterschaft – instinktiv teilten, wie das Blatt regelmässig festhielt.[63]

> Zwischen den von der sozialistischen Propaganda aufgerichteten Kategorien des «Bürgertums» und der «Arbeiterschaft» besteht in der Sphäre des schweizerischen Empfindens längst kein Graben mehr; er kann auch auf dem politischen Felde eingeebnet und überbrückt werden, wenn die Führer der Arbeiterorganisationen dies ernstlich wollen. Am schweizerischen Bürgertum, das sich immer auf den Staat ausrichtet, das keine Ranküne und keinen Groll nährt, wo es um das Wohl des Landes geht, wird die Verständigung nicht scheitern.[64]

Für die NZZ war aber stets klar, dass diese Verständigung nicht die Form einer «Volksfront» annehmen konnte, sondern einen vorübergehenden Burgfrieden angesichts der äusseren Bedrohung darstellte. Die Kompromissbereitschaft zeigte sich vor allem bei punktuellen Gemeinsamkeiten auf wirtschaftlichem Gebiet, wo man sich teilweise auch früherer freisinniger Positionen erinnerte. So unterstützte die NZZ schon 1931 den (verlorenen) Abstimmungskampf für eine Altersversicherung (Lex Schulthess) oder focht 1939 mit der SP bei der erfolgreichen interventionistischen Vorlage über den Ausbau der Landesverteidigung und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Überhaupt hatte sie nach langen Krisenjahren allmählich eine «aktive Konjunkturpolitik» befürwortet und die Orientierungslosigkeit der Landesregierung gerade in den drängenden wirtschaftspolitischen Fragen als unzulässige «Ferien von der Verantwortung» scharf kritisiert.[65] Die bis 1935 konsequent verfolgte Deflationspolitik des freisinnig beherrschten Bundesrats wurde nicht mehr unbedingt verteidigt, vielmehr öffnete das Blatt seine Spalten auch keynesianischen Gedanken, um die Binnennachfrage über verstärkte Kaufkraft wieder anzukurbeln.[66]

Der Schulterschluss mit der Linken betraf auf aussenpolitischem Gebiet die Abwehrhaltung gegenüber dem Dritten Reich, wohingegen die Differenzen im Stil und bei der Beurteilung anderer Länder symptomatisch blieben. Im österreichischen Krisenjahr 1934 wurde der exzessiven Regierungspraxis und Gewaltbereitschaft der Austromarxisten die Schuld dafür gegeben, dass es zum Bürgerkrieg und zur Errichtung einer klerikal-ständestaatlichen Diktatur kam; wenig Tränen wurden dem

beendeten demokratisch-parlamentarischen Experiment nachgeweint. «Diese Bevölkerung will nun einmal eine klare Neuordnung mit einer stark autoritären Regierung haben.»[67] Eine ähnliche Haltung hatte man wie gezeigt schon früh auch gegenüber dem südlichen Nachbarland vertreten. «In zehn Jahren unentwegter Arbeit», so der Rom-Korrespondent Hodel im Sommer 1933 zu Mussolinis fünfzigstem Geburtstag, «schweisst Mussolini die Italiener zur nationalen, sozialen und geistigen Einheit zusammen, beseelt das neue Volksgebilde zu einer neuen, unbürgerlichen, ja heroischen Lebensführung und eröffnet dem Land durch seine Aussenpolitik die Sicht auf eine wirtschaftlich bessere, seelisch erhebende, moralisch beglückende Zukunft».[68]

Hodel, der noch im Mai 1936 Mussolinis «Friedenspolitik» preisen konnte, rechtfertigte sogar die aussenpolitischen Aspirationen des Duce, wenn die Schweiz nicht direkt davon betroffen schien. Die Aggression des «aussenpolitischen Genies» gegen Abessinien erschien damit im Einklang mit den offiziellen Verlautbarungen «als eine historische, schicksalhafte Notwendigkeit, als eine unabwendbare gesetzmässige Expansion eines übervölkerten Landes».[69] Weltgeschichtlich glaubte Hodel den Krieg durch die Zivilisierung der Eingeborenen gerechtfertigt, die wie in anderen Kolonien erfolgen werde.[70] Die völkerrechtskonformen, aber nur zögernd umgesetzten Sanktionsdrohungen vor allem der Briten wollte Hodel hingegen «in erster Linie als einen bequemen Anlass betrachten, um den ihnen schon längst erwünschten Krieg gegen Mussolini zum Ausbruch zu bringen». So sei diesem der Krieg – auch durch Abessinien selbst – tragischerweise aufgezwungen worden, womit er «sein ganzes grossartiges und bewunderungswürdiges Werk in Italien» gefährde.[71] An der Falkenstrasse bewahrte man dagegen mehr Distanz zur faschistischen Gewaltpolitik und bezeichnete den italienischen Angriff auf Abessinien als «besonders flagranten Paktbruch». Gleichwohl blieb die NZZ insgesamt mit ihrem weitreichenden Verständnis für Mussolini auch im freisinnigen Lager isoliert; nicht nur der konsequent antifaschistische «Landbote», auch der «Bund» urteilten in dieser Sache schärfer und scharfsichtiger.

Dass dies nicht allein mit der Person des Rom-Korrespondenten zu tun hatte, zeigte sich im Spanischen Bürgerkrieg, den die NZZ ausdrücklich nicht – wie die Republikaner es wünschten – als «Kampf für die Freiheit» interpretierte, sondern als Auseinandersetzung von Chaos und Ordnung: hier die Bolschewisten und die Anarchisten mit ihrem «wahn-

sinnigen Ideal» des «comunismo libertario», dort die faschistischen Putschisten. Die «odiöse Option» zwischen den totalitären Extremen, welche die NZZ für die Schweiz ablehnte, wurde für Spanien geltend gemacht, gebe es dort doch «nur noch die Alternative, in einen ‹demokratischen und freiheitlichen› Zustand nach sowjetrussischem Muster zu versinken oder dieser Entwicklung beizeiten Widerstand zu leisten».[72] Letzteres taten die Leute um Franco, denen es nicht um die Wiederherstellung alter Zustände gehe; vielmehr sei unter ihrer «klugen und energischen Regierung» etwas «ganz Neues im Werden».[73] Die NZZ stellte sich gegen die «internationale Volksfrontpropaganda» und meinte auch nach der Bombardierung von Guernica, die den «einfachsten militärischen Notwendigkeiten entsprach», dass die westlichen Presseberichte möglicherweise masslos übertrieben seien.[74] Das Blatt rechtfertigte seine Parteinahme für die Generale, die eine legal gewählte Regierung stürzen wollten, letztlich mit dem Volkscharakter: «Dem Spanier, dem nach seinem ganzen Wesen die Selbstzucht fremd und unerreichbar ist, dem die Leidenschaft des Aufbauens und des sauberen Verwaltens fehlt, ist die Demokratie nur ein Vorwand, um schrankenlos seiner egoistischen Parteileidenschaft zu leben.»[75] Im Prinzip ähnlich wurde die portugiesische Diktatur gepriesen, wo der «überragende, energische und überaus kluge Ministerpräsident Salazar» Ruhe, Ordnung und Zufriedenheit geschaffen habe. Seine neue Ordnung baue auf der Familie auf und verwerfe liberalen Individualismus, Sozialismus, Parteien und Parlament – «Einrichtungen, die die Republik ohne Rücksicht auf die besondern Bedürfnisse des Landes übernommen hatte». In einem Land, wo sich niemand nach dem früheren «pseudo-demokratischen Regime» zurücksehne, sei denn auch der Begriff «Diktatur» fragwürdig.[76] Auch in Frankreich wurde die parlamentarische «Herrschaft des Front Populaire», wie die Meldungen jeweils betitelt wurden, vor allem als gefährliche Wegbereiterin der Kommunisten angesehen, die allerdings im Kabinett nicht vertreten waren und ihren Aufruf, die spanischen Republikaner zu unterstützen, nicht durchsetzen konnten. Als Léon Blums Kabinett nach demokratischen Regeln demissionierte, wünschte sich die NZZ eine Regierung, die «nicht für eine Klasse, sondern für das Land» wirke.

In Übereinstimmung mit diesen Positionsbezügen stellte sich die NZZ konsequent hinter den katholisch-konservativen Aussenminister Giuseppe Motta, den die Linke zu attackieren pflegte, weil er den Faschisten

in Südeuropa viel Wohlwollen bewies. Es war bezeichnend, dass das Blatt den Schweizer Sozialisten in aussenpolitischen Dingen «antifaschistische Kreuzzugskampagnen» vorwarf, ja eine «Selbstmordverpflichtung für die Demokratie» unterstellte.[77] Das lag auch daran, dass die möglichen Alliierten in einem solchen «Kreuzzug» für das Zürcher Blatt alles andere als vertrauenswürdig waren – der französische *Front populaire* oder gar die Sowjetunion. Unter diesen Umständen war die Antwort der NZZ auf den europaweiten Triumphzug der Totalitarismen und die Krise des Parlamentarismus das uneingeschränkte, aber partikulare Bekenntnis zur unabhängigen Schweizer Nation in ihrer historischen Eigen- und Sonderart, wozu auch die liberale Demokratie gehörte. Aber es war dies kein universelles Bekenntnis zu *der* Demokratie oder *den* liberalen Prinzipien schlechthin, ja nicht einmal ein evolutionistisches, sondern ein biologisches: Nicht – wie man auch argumentieren könnte – der aktuelle gesellschaftliche Entwicklungsstand, etwa der schwach entwickelte Mittelstand verhinderte mediterrane Demokratien, sondern der von der Natur gegebene Volkscharakter.

Diese relativistische Position hatte den Vorteil, dass sie die gefährlichen Reibungsflächen zu den rechtsextremen Regimes in der Nachbarschaft reduzierte, indem die intransigente Verteidigungsposition für diejenigen Fälle aufbewahrt wurde, wo die Existenz der Schweiz konkret bedroht schien. Während die innenpolitische Radikalisierung in Deutschland als Vorstufe zu aussenpolitischer Expansion von Anfang an äusserst argwöhnisch verfolgt wurde, führte dieser Verzicht, den helvetischen «Praeceptor» spielen zu wollen, gegenüber anderen Spielarten des Faschismus zu sehr viel – antibolschewistischem – Verständnis, solange diese nur die Schweiz nicht militärisch bedrohten. Aussen- und Innenpolitik verbanden sich deshalb in den Krisenjahren in Bretschers bereits 1933 formuliertem Appell an die Bürger, aber vor allem an die Presse, «das Interesse des eigenen Landes allem anderen voranzustellen». Dieser Aufruf richtete sich an die Linke wie die Rechte:

> Es liegt nicht im schweizerischen Interesse, wenn gewisse Parteiblätter eine unbekümmerte Sympathiepolitik treiben, die den unterlegenen Gegnern der im Ausland zur Macht gelangten faschistischen Systeme gilt, so wenig wie das Gegenteil einer solchen Sympathiepolitik, die sich auf die ‹Sieger› richtet, im schweizerischen Interesse liegen kann.[78]

Wenn die NZZ gerade als staatsnahes Organ selbst auf «unnötige Ver-

letzung und Herausforderung des Auslands» zu verzichten gelobte,[79] so unterstützte sie auch Massnahmen des Bundesrats gegen «publizistische Ausschreitungen» von SP-Blättern, welche die Nazis als «Meuchelmörder» oder «Diktaturbestien» attackierten. Dahinter stand die Überzeugung, dass die Schweiz und ihre Presse umso besser auf Druckversuche des mächtigen Nachbarn reagieren konnten, wenn sie Mass hielten und nur in existenziellen Fragen eine unmissverständliche Sprache sprachen, aber nicht wegen Themen, welche die Schweiz nicht direkt betrafen, zu persönlichen Invektiven griffen. Programmatisch hielt Bretscher 1936 fest, dass Kritik an deutschen Massnahmen und allgemein an «unschweizerischen ‹-ismen›» einer freien Presse erlaubt bleiben müssten, und in dieser Hinsicht könne man es bei aller gebotenen Rücksicht kaum recht machen: «Aber man darf sich doch auch nicht darüber täuschen, dass heute im Dritten Reich so ziemlich alles als ‹Hetze› gilt, was nicht hundertprozentige Zustimmung zum Nationalsozialismus bedeutet, und dass wir uns einer recht vollständigen ‹Gleichschaltung› unterwerfen müssten, um die Klagen über ‹schweizerische Pressehetze› zum Verstummen zu bringen!»[80]

In diesem Spannungsfeld lag der Grat, auf dem die NZZ Hitlers Eskalationspolitik mit grösster Sensibilität als «Zerstörung elementarster Rechtsnormen» im zwischenstaatlichen Verkehr kommentierte. Bei der völkerrechtswidrigen Remilitarisierung des Rheinlands wurde 1935 der Locarnovertrag mit den Unterschriften von Stresemann und Briand in Faksimile abgebildet – «ein Fetzen Papier», wie der Titel lautete. Auf den «Anschluss» Österreichs reagierte das Blatt im März 1938 schneller als die Landesregierung, die sich für ihre offizielle Stellungnahme zehn Tage Zeit liess. Für die NZZ diente das Schicksal des benachbarten Kleinstaats fortan als warnendes Beispiel:

> Österreich ist dem Zugriff eines Mächtigeren nicht zuletzt deshalb zum Opfer gefallen, weil es im Innern gespalten war, weil sein Wille zur Unabhängigkeit nicht ausser allem Zweifel stand. Die Schweizerische Eidgenossenschaft darf und wird nie den Schatten eines Zweifels aufkommen lassen, dass ihre Unverletzlichkeit und Unabhängigkeit auf dem Willen aller Bürger gründet, das Land, seine Würde und Existenz, mit Einsetzung aller Kräfte zu verteidigen.[81]

Mit Blick auf die eigenen Behörden hielt man fest, es habe sich nun gerächt, dass die Österreicher den Charakter des Nazi-Totalitarismus gar nicht kannten, weil die eigene Regierung, «in der Hoffnung, den so not-

wendigen Frieden mit Deutschland erlangen oder bewahren zu können, unfreundliche und ungünstige Darstellungen der deutschen Verhältnisse weitgehend unterband». Die NZZ ahnte auch, dass es mit dem «Anschluss» nicht getan war. «Gegen die Tschechoslowakei lässt sich ein ähnlicher Coup mit denselben Argumenten inszenieren; er kann eines Tages mit einer anderen Begründung gegen einen anderen Staat geführt werden. Er wird allerdings misslingen, sobald der Staat, der unter militärischen Druck gesetzt oder angegriffen wird, sich mit dem äussersten Einsatz verteidigt.» Solch eindeutige Kommentare veranlassten die halboffizielle «Berliner Börsenzeitung» zu einer Polemik gegen den «aggressiven und anmassenden Ton» und die «lächerliche Aufgeblasenheit» der doppelbödigen Schweizer «Stubenhocker der Weltpolitik». «Das Winken mit der gepanzerten Faust ist ein Argument», so die vornehme Replik der NZZ, «das am allerwenigsten geeignet ist, bei einem Volk, das sich den Sinn für nationale Würde bewahrt hat, neue Sympathien wachzurufen.» Wie befürchtet, erwies sich schon bald das Minderheitenproblem der Sudetendeutschen, für welche das Blatt früher durchaus Verständnis bewiesen hatte, als der Keil, den Hitler gen Osten vorzutreiben gedachte. Würden die Westmächte das dulden? «Bei derartigen Proben auf die Unerschrockenheit ‹bis zur letzten Konsequenz› pflegt der deutsche Reichskanzler tief zu loten.»[82] Als Chamberlain in München dieser Taktik erlag, konzedierte ihm die NZZ zunächst, er habe durch sein humanitäres Engagement für den Frieden in München ein moralisches Ansehen erlangt, «wie es wohl seit langem kein Staatsmann besass». Daneben gelte es auch «gebührend» Mussolinis Verdienste bei der Vermittlung zu würdigen; «kaum stichhaltig», ja «müssig» sei hingegen Churchills Kritik, «dass eine rechtzeitige britische Garantie der Integrität der Tschechoslowakei die ganze Krise verhindert hätte».[83]

Angesichts der machtpolitischen Gewichtsverschiebung mochte das Blatt allerdings Chamberlains Friedensoptimismus nicht teilen. Mit grossem Unbehagen hatte es auch den Verzicht des ebenso «optimistischen» Bundesrats auf glaubwürdige militärische Verteidigungsmassnahmen während der Septemberkrise kommentiert. Diese Kritik an der ausgebliebenen Teilmobilisierung schlug sich im Aufruf zu «hochgemutem Pessimismus» nieder. Damit griff der Wirtschaftsredaktor Walter Berchtold eine Formulierung auf, die der Historiker Karl Meyer in Anlehnung an Überlegungen des Dichters Carl Spitteler als helvetische Lehre aus «Mün-

1938:
Die gemäss der rechtsstaatlichen Überlieferung als *ultima ratio* verstandene Macht des Staates gegen die Staatsfeinde einzusetzen, damit diese nicht die Gewalt in einem Staatswesen ihres Geistes als *prima ratio* inthronisieren können, ist ein durchaus legitimes Beginnen; ein Liberalismus, der dies aus Skrupelhaftigkeit gegenüber den eigenen Prinzipien ablehnen wollte, wäre nicht nur naiv, sondern – selbstmörderisch.*
* NZZ, 12.12.1938.

chen» gezogen hatte – Vorbereitung auf das Schlimmste bei Zuversicht in die eigene Kraft des Schweizervolks. Klar war für die NZZ, dass «unser ganzes politisches Streben heute darauf gerichtet sein muss, im Schweizer Volk das Gemeinschaftsgefühl zu stärken, eine grössere Einheitlichkeit des Willens und des Handelns zu erzielen und den Sinn für die Disziplin zu wecken, ohne die keine Gemeinschaft den inneren Halt findet».[84] Solche Warnungen und Appelle trugen der NZZ zusammen mit den «Basler Nachrichten» und der «National-Zeitung» nördlich des Rheins den Vorwurf ein, «abgesehen von den Kommunisten die einzige Kriegspartei Europas» zu sein und «planmässige Kriegshetze» zu betreiben.

Bedenklicher als diese Verunglimpfungen, die sich im Nachhinein als Lobpreisungen lesen, waren Interventionen des Vororts, des Spitzenverbands der Schweizer Wirtschaft, der die NZZ und andere bürgerliche Blätter in den gefährlichen Monaten von 1938 «auf die wenig objektive, tendenziöse Berichterstattung … sowie auf die möglicherweise recht unangenehmen Folgen solcher Haltung für die Exportindustrie» glaubte hinzuweisen müssen. Bretscher hielt in seinem Antwortschreiben fest, dass die «Notwendigkeit einer umfassenden Information unserer Leserschaft» über die deutschen Vorgänge es mit sich bringe, dass «das daraus sich ergebende Bild mit den Darstellungen der offiziellen Propaganda des Nationalsozialismus nicht ohne weiteres übereinstimmen kann».[85]

Tatsächlich schauderte der NZZ auch nach der Errichtung des «Protektorats Böhmen und Mähren» im März 1939 vor der «ganz und gar nicht romantischen Reichsidee», die immer neue Eroberungen rechtfertige, welche «zur Erhaltung des auf Machterweiterung und stete Zufuhr frischer Kräfte angewiesenen Regimes notwendig» seien. Dem könne man nur mit Entschlossenheit begegnen: «Der Bürger unseres Kleinstaates weiss, dass er auf sich selbst gestellt ist, dass, sollte es einmal zum Äussersten kommen, für ihn mit aller Konsequenz gilt: ‹Lieber den Tod als in der Knechtschaft leben.›» Gut eidgenössisch müsse man deshalb zweierlei ge-

loben: «Mässigung in unserer inneren, das Staatsleben so befruchtende Diskussion, und vollständige Abkehr von der Anwendung aller politischen Begriffe und Ideologien, die unsere Nachbarstaaten verwenden, so lange das Recht des Stärkeren und das der Einmischung gelten.»[86] Die Nachgiebigkeit der Westmächte trug einiges dazu bei, dass man nur noch auf die eigenen Kräfte zu vertrauen gedachte. Aber es kam sogar noch schlimmer, als sich die Diktatoren im Osten zusammentaten, um die dortigen Klein- und Mittelstaaten zu zerstückeln und vor allem ihre Eliten auszumerzen.

Die NZZ hatte ihre grundsätzlichen Vorbehalte gegen die Sowjetunion nie abgelegt und 1934 auch – erfolglos, aber in Übereinstimmung mit dem Bundesrat – gegen ihre Aufnahme im Völkerbund plädiert. Die stalinschen Schauprozesse hatten in ihrer gnadenlosen Willkür nur bestätigt, dass man in der UdSSR meilenweit von allen westlichen, rechtsstaatlichen Prinzipien entfernt politisierte. Der NZZ-«Kremlologe» Jollos konnte in der europäischen Geschichte nur *eine* Parallele dazu entdecken: die Hexenverfolgung.[87] Jollos wies auch auf Stalins «antiwestliche» Bereitschaft hin, sich mit seinem braunen Kollegen zu verständigen. Dass aber Hitler im August 1939 nach Jahren antibolschewistischer Polemik bei diesem Spiel mitmachte, war für die NZZ wie für alle anderen Beobachter «die grösste und vollständigste in der Reihe der Überraschungen, welche die Diplomatie Hitlers der Welt bereitet hat».[88] Sie vermutete, dass die Geheimarchive erst später verraten würden, worin die deutschen Gegenleistungen für das im Pakt greifbare russische Entgegenkommen bestünden. Caratsch war nicht der einzige Schweizer Journalist, der neben anderen Zitaten etwa aus *Mein Kampf* Hitlers prophetische Worte anführte: «Wer mit dem Bolschewismus paktiert, wird von ihm zugrunde gerichtet werden.»

Vorerst aber bahnte der Moskauer Vertrag den beiden totalitären Regimes den Weg zur Aufteilung Polens, das Hitler am 1. September angriff. «Man kann die Augen nicht verschliessen vor der Tatsache», so der Auslandredaktor Albert Müller, «dass die Verantwortung für diese europäische Katastrophe auf einem Mann liegt, der – viel eindeutiger als in früheren historischen Kontroversen über die Frage der Kriegsschuld – mit Name und Vorname bezeichnet werden kann.»[89] Gegenüber dem offenkundigen Aggressor konnte Bretscher nach Jahren der geistigen Landesverteidigung wenigstens mit «dem Mut und Stolz des freien Bürgers, mit

der Heimatliebe und dem Opfergeist des Eidgenossen» rechnen: «Ein Viermillionenvolk steht auf Grenzwacht und harrt gefasst und entschlossen der Prüfungen dieser dunkeln, blutigen, mörderischen Zeit.»[90] Während die Schweizer Sympathien für Polen nur zwischen den Zeilen ausgedrückt werden konnten, um den braunen Nachbarn nicht zu erbosen, diente ab Dezember 1939 der «Freiheitskampf» (so der regelmässige Titel) Finnlands gegen die Sowjetunion, die weit entfernt lag, seit jeher ideologisch bekämpft wurde und keine diplomatischen Beziehungen zur Schweiz unterhielt, zur psychischen Vorbereitung auf den lohnenswerten Widerstand eines kleinen Volks gegen einen «übermächtigen und skrupellosen Feind».[91] Der mit einer Finnin verheiratete Max Mehlem berichtete schon seit 1931 als einziger Korrespondent einer Schweizer Zeitung aus Helsinki, weshalb seine Reportagen wichtig wurden für die Rezeption in der gesamten Presse. Stellte Österreichs Selbstaufgabe das negative Mahnbild dar, so war umgekehrt die «tapfere Haltung der kleinen nordischen Nation», die «zur Verteidigung ihrer Existenz und Freiheit gerüstet und entschlossen war» «für die kleinen Staaten, die um ihre Unabhängigkeit und Selbstbehauptung ringen und für welche die Gegenwart voll von Drohungen und Gefahren ist, … ein leuchtendes Beispiel».[92] Ebenfalls im Norden Europas ging der «Krieg gegen die Neutralen» mit Hitlers überraschendem Überfall auf Dänemark und Norwegen weiter, worauf man die Lehre «Bereit sein» noch einmal wiederholte[93] und Anfang Mai 1940 verkünden konnte:

> Das Grundgefühl einer wahrhaft ingrimmigen Entschlossenheit ist in diesen Tagen im ganzen Lande auf Schritt und Tritt spürbar. … Indem das Schweizervolk in diesen Tagen den Nervenkrieg gewinnt, erringt es einen ersten entscheidenden Sieg über die Mächte der Finsternis, die auf die arme Welt losgelassen sind.[94]

Als der Westfeldzug gegen die neutralen Kleinstaaten Niederlande und Belgien losging, nutzte die NZZ eine vorübergehende Phase zensurbehördlicher Nachsicht, in der die Abteilung *Presse und Rundfunk* ausdrücklich Raum für «Trauer und Bestürzung» gewährte, und nannte Hitlers angebliche Präventivaktion einen «Wortbruch», ein «Verbrechen gegen das Völkerrecht» und ein skrupelloses Manöver, das «niemanden ausserhalb Deutschlands täuschen» werde.[95] Doch dieser Ton musste bald wieder gemässigt werden, als der Fall von Paris den «14. Juni 1940 zu einem der markantesten Daten in den Büchern der Geschichte» machte.[96] Nach dem zumal in dieser Geschwindigkeit völlig unerwarteten Triumph des

Dritten Reichs geboten die Zensurbehörden des bis auf die Genfer Lücke völlig eingekreisten Kleinstaats «absolute und äusserste Zurückhaltung» gegenüber den Achsenmächten: Man durfte den Sieg gegen Frankreich nicht herabwürdigen und schon gar nicht andeuten, dass man anders schreiben würde, wenn man nicht durch die Zensur behindert wäre. Diese wurde von der militärischen Abteilung *Presse und Funkspruch* – in der auch Journalisten und unter ihnen auch Bretscher Dienst taten – als Nachzensur gehandhabt: Die Medien waren zu Vorsicht angehalten, und wenn eine Zeitung die Regeln missachtete, gab es eine Reihe von Sanktionen, die je nach Fall von Beanstandungen über Konfiskationen einzelner Ausgaben bis zur Verhängung der Vorzensur und einem Erscheinungsverbot reichten. Zu so gravierenden Massnahmen kam es bei der NZZ nie, doch verschiedentlich zu Auseinandersetzungen, wobei dem Blatt Ironie und Sarkasmus vorgeworfen werden konnte, die «von A bis Z eine Beleidigung der deutschen Staats- und Armeeleitung» darstellten.[97] In solchen Fällen pflegte sich Bretscher gerade mit dem Argument kompromisslos hinter seine Autoren zu stellen, dass das Blatt den behördlichen Zensurwünschen von sich aus bis zur «äussersten Grenze der Zahmheit»[98] und damit schon soweit entgegengekommen sei, wie es im Sinne ihres demokratischen Informationsauftrags und der geistigen Landesverteidigung gerade noch möglich sei.

Wie alle demokratisch gesinnten Schweizer Blätter befand sich die NZZ, die in ihrer Loyalität zum Schweizer Staat Konflikte mit den Zensurbehörden möglichst vermied, regelmässig im «Dilemma zwischen vorsichtiger Zurückhaltung im Urteil mit Rücksicht auf den Staat und der Notwendigkeit unverfälschter Darstellung der Wirklichkeit».[99] Auch der Gedanke an den Aufwand, den einflussreiche Proteste verursachten, konnte durchaus als «Schere im Kopf» wirken – es gab anerkannte «Zonen des Schweigens», sofern es nicht um den Kern der Abwehrhaltung ging. Bei aller Mässigung durfte sich die NZZ doch nicht durch die Nazis zu «Gesinnungsneutralität» erpressen lassen, zumal wieder Morgenluft witternde Organe wie die *Front* offen verlangten, die Zensur solle gegen Bretscher eingreifen, wenn er mit den Westmächten der deutschen Regierung die Vertragsfähigkeit nicht mehr zuerkennen wollte.[100] Die deutsche «Blutschuld»-These besagte, dass es an der Feindlichkeit und an solchen Respektlosigkeiten der Schweizer Medien liege, falls das Land angegriffen werde. Dem widersprach man zumindest unter der Hand mit dem Hin-

weis auf andere Neutrale, etwa Dänemark, denen selbst äusserste Zurückhaltung der Presse im Ernstfall überhaupt nichts genützt hatte. Das hatte schon 1938 für Österreich gegolten:

> Es wäre ein Irrtum, zu glauben, dass ein aus Ängstlichkeit oder Feigheit ausgesprochener Verzicht auf das freie Wort uns irgendwie Schonung oder Wohlwollen seitens der Mächtigen erkaufen könnte. Gefährliche Pressionen von aussen sind hier von allem Anfang an mit Entschiedenheit abzulehnen.[101]

Gleichwohl hatte die «Blutschuld»-These auch in der Schweiz ihre Adepten, nicht zuletzt in der Armee und bei den Zensurbehörden. Sie verlangten, dass die aussenpolitische Berichterstattung nicht «ausgesprochen einseitig» sei; später erklärte es das EJPD sogar zur «Pflicht» der Presse, «*nicht* Partei für die eine oder andere Kriegspartei zu ergreifen und damit fremden Interessen zu dienen». Von einer «moralischen Neutralität» des einzelnen Bürgers, des Volks und der Medien wollte man an der Falkenstrasse jedoch nichts wissen. Vielmehr sah man es als Auftrag gerade der Presse, im Sinn der geistigen Landesverteidigung an die «Prinzipien des Rechts, der Humanität und Toleranz» und die «freiheitlichen und demokratischen Grundlagen» des Landes zu erinnern.[102]

An dieser vor dem Krieg verkündeten Position hielt Bretscher auch in einem Memorandum fest, das er dem Verwaltungskomitee nach dem Ende des Westkriegs, am 1. Juli 1940, vorlegte. Der Chefredaktor warnte darin entschieden vor «einer eigentlichen Umstellung» der NZZ-Linie, die innenpolitisch zu einer «Flucht aus dem Schweizertum» führen könne und aussenpolitisch Hohn ernten und den Eindruck hinterlassen werde, das Land sei reif für den Einmarsch. Bretscher schrieb dies «nicht aus Starrsinn und mangelnder Einsicht, sondern weil ich es für verhängnisvoll halten würde, wenn die Schweiz jetzt ‹geistig umfallen›, wenn sie ihre schweizerischen Werttafeln zerbrechen und sich einer ungehemmten Flucht in ein noch ganz unbestimmtes, zweifelhaftes Neues hingeben wollte». Der Krieg sei nicht vorbei, daran erinnerte Bretscher ebenso in einem Leitartikel im Herbst 1940, und deshalb sei es zu früh, den «Zeitgeist» für einen radikalen Umbau des schweizerischen Staates zu reklamieren – zumal sich dieser vor und während des Krieges bewährt habe.[103]

Ebenso gelte es abzuwarten, so das Memorandum weiter, ob Deutschland seinen Sieg in den unterworfenen Ländern staatsmännisch oder grausam nutzen werde. Im Verrat und in der Selbstaufgabe könne die Rettung jedenfalls nicht liegen. «Persönlich glaube ich», so der Chefredaktor,

«an die Wahrheit des Bibelworts: Wer sein Leben erhalten will, wird es verlieren.»[104] Das war durchaus ernst gemeint: Willy Bretscher, Niccolo Biert, Hans Barth und Albert Müller konnten gemeinsam darüber sinnieren, an welchem der vier hohen Bäume, die vor dem Redaktionsgebäude standen, ein jeder von ihnen aufgehängt werden würde – «wenn die Deutschen kommen».[105] Für diesen Fall bewahrte Bretscher in seinem Schreibtisch einen Revolver, während ein Porträt von Churchill über sein Büro wachte. Vom späteren englischen Kriegspremier waren 1936 bis 1938 verschiedene Beiträge in der NZZ erschienen, und mit ihrem Hoffnungsträger fand sich die NZZ in der Grundbotschaft: Manche schwere Prüfung stehe in der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus bevor, doch im Bewusstsein der eigenen Qualitäten dürfe man sie mit opferbereiter Zuversicht angehen.[106]

Bretscher und seine Gefährten hatten keinen Grund, an der Revanche zu zweifeln, die ein Sprecher des Auswärtigen Amtes im Oktober 1942 Schweizer Journalisten verhiess, die gegen das neue Europa schrieben: «Vielleicht würden sie ihre Heimat in den Steppen Asiens finden, aber vielleicht werde es noch besser sein, wenn man sie ins Jenseits befördere.»[107] Gleichzeitig bezeichnete die deutsche Gesandtschaft die NZZ «regierungstreu mit pro-jüdischer und antinationalsozialistischer Tendenz», die Berliner Presseabteilung notierte eine «deutschfeindliche Grundhaltung».[108] Die (Selbst-)Zensur verdeckte das Prinzipielle also nicht, und auch die Schweizer Leserschaft gewöhnte sich daran, zwischen den Zeilen oder auch nur hinter Anführungszeichen zu lesen, was die Redaktion dort aussäte. Zwar reduzierte sich – auch wegen Papierrationierungen und Militärdiensten der Mitarbeiter – in den Kriegsjahren der Umfang des Blatts deutlich. Mit Rücksicht auf die Zensur fanden sich nun häufiger Agenturmeldungen aus den verschiedenen kriegsführenden Ländern anstelle von redaktionellen Kommentaren, die zudem vor allem der Innenpolitik galten. Es blieb aber möglich, in einem Korrespondentenbericht durch Formulierungen wie «aus englischen Militärkreisen verlautete» heikle Botschaften zu überbringen. Auch die Meldung, dass die deutsche Bombardierung von Coventry ausschliesslich die Zivilbevölkerung terrorisieren sollte, verriet die Sympathien des Korrespondenten Hans W. Egli und führte dazu, dass die NZZ in der deutschen Presse unter dem Titel «Schweizer im Dienste Churchills» («Frankfurter Zeitung») angegriffen und als Agentin des britischen Informationsministers diffa-

miert wurde.[109] Eine gewisse Befriedigung mochte die NZZ gleichzeitig aus der Tatsache ziehen, dass die höheren NS-Behörden ihre Informationen über die Westmächte nicht zuletzt dem ungeliebten, aber verlässlichen Zürcher Blatt verdankten, nachdem offizielle deutsche Vertreter bei den Alliierten nichts mehr zu suchen hatten.

Gleichwohl nahm der Druck des Dritten Reichs vor allem nach dem Triumph im Westen weiter zu. Am 3. Juli 1940 musste Caratsch binnen 24 Stunden Berlin verlassen, weil er die deutsch-russischen Beziehungen mit einem Artikel «vergiftet» habe, in dem er hellsichtig auf die verheimlichten bilateralen Spannungen hinwies, die Stalins – mit Hitler nicht abgesprochene – Annexion von Bessarabien provozierte. Bereits im März 1940 war der Wirtschaftskorrespondent J. C. Meyer aus Berlin ausgewiesen worden, den die NS-Presseabteilung «noch negativer als Caratsch» nannte. Der notorisch deutschfreundliche Botschafter in Berlin, Hans Frölicher, und sein Legationsrat Franz Kappeler freuten sich über Caratschs Versetzung und versicherten dem deutschen Staatssekretär vorgängig, sie würden für den nicht genehmen Journalisten «keinen Finger rühren». Frölicher hatte schon vor dem Krieg bei NZZ-Aktionären im deutschen Sinn gegen die «Kriegshetze» der NZZ protestiert und auf privatem Weg Bretschers Absetzung zu erwirken versucht. Im Oktober 1940 plädierte er beim Departement des Äusseren offiziell dafür, dass Chefredaktoren wie Bretscher ihr Amt «geeigneteren Kräften» überliessen.[110] Das war nach dem erschütternden Juni 1940 keine Einzelaktion. Die bisherige Position der NZZ als erklärte Gegnerin des so offensichtlich und niederschmetternd triumphierenden Nationalsozialismus wurde von aussen und innen bedroht. Der deutsche Presseattaché Georg Trump hatte bei seiner Aktion gegen unliebsame Redaktoren bürgerlicher Zeitungen neben Ernst Schürch («Bund») und Albert Oeri («Basler Nachrichten») auch die NZZ und Bretscher im Visier, doch kam er bei seinem schlecht vorbereiteten Unterfangen nicht über den «Bund» hinaus. Dafür versuchten in der zweiten Jahreshälfte 1940 Aktionäre und Aussenstehende in Absprache mit deutschfreundlichen Gruppierungen um den Dichter Jakob Schaffner, mit dem zuständigen Berliner Referenten, dem SS-Offizier Klaus Hügel, und wahrscheinlich auch mit Trump kontinuierlich, Bretscher durch einen gelegentlichen Mitarbeiter des Blatts, Arthur Mojonnier, zu ersetzen. Der Geschichtslehrer und freisinnige Gemeinderat Mojonnier hatte am 9. Juli 1940 in einem NZZ-Artikel «Geist,

nicht Geld» für die Abkehr von einer «innerlich überholten Ordnung» plädiert und diejenigen, die jammerten und schimpften, zum Abtreten aufgefordert.[111] Bretscher, der vom 5. bis 14. Juli einen Angelurlaub am Zugersee eingeschaltet hatte, wusste vorgängig nichts von der Publikation, deren Autor er wegen ihres diffusen Erneuerungstons fortan nicht mehr berücksichtigte.

Die Bemühungen der Aktionärsfronde für Mojonnier scheiterten schliesslich im Dezember 1940. Seine Hintermänner stammten aus dem Umfeld des oben erwähnten «Bunds für Volk und Heimat», der sich im Juni 1936 aufgelöst hatte, wobei sich einige Aktivisten seit dem April desselben Jahres im «Redressement National» wiederfanden, so der Industrielle Caspar Jenny. An der Gründungsversammlung des antietatistischen und antizentralistischen «Redressement» nahmen auch das NZZ-Verwaltungskomitee-Mitglied Leo Bodmer-Vogel und sein späterer Kollege und Bundesrat Ernst Wetter teil, aber auch Mojonnier, der im Vorstand Einsitz nahm. Erster Präsident des «Redressement» war Andreas von Sprecher, erster Kassier der Bankier Emil Friedrich, und sie beide zählten mit Jenny und dem Instruktionsoffizier Fritz Rieter, einem NZZ-Aktionär, zu den sieben Erstunterzeichnern der Eingabe der 200, ebenso Rudolf Grob, der zum – inzwischen aufgelösten – «Bund für Volk und Heimat» gehört hatte. Dessen Mitglied war, wie erwähnt, auch der Inlandredaktor Biert gewesen, ebenso das Verwaltungskomiteemitglied Martin Bodmer sowie der Professor Walther Wili, ein Sprecher der nazifreundlichen Opposition an der GV von 1933. Mojonnier war ausserdem auch Gründungsmitglied von Robert Eibels 1939 ins Leben gerufenem «Bund der Subventionslosen» (Elefanten-Klub), mit dem Bretscher und die NZZ sich umgehend in einer anhaltenden Fehde befanden.

Bretscher hatte den Eindruck, im Sommer 1940 vom Verwaltungskomitee getragen zu sein, sowohl hinsichtlich seiner Person als auch, was den Standpunkt der NZZ anbetraf. Die aufgezählten Namen zeigen denn auch nur, wie nahe sich in gewissen Fällen die Vertreter des Widerstandsgedankens und diejenigen standen, die dem vermeintlichen Kriegsgewinner substanziell entgegenkommen wollten. Der germanophile «Volksbund für die Unabhängigkeit der Schweiz» und die aus dem selben Umfeld hervorgegangene, sogenannte «Eingabe der Zweihundert» forderten nämlich vom Bundesrat die «Ausschaltung jener an verantwortlichen Pressestellen wirkenden Personen, die einen für das Wohl und das An-

sehen des Landes verhängnisvollen Kurs gesteuert haben», und zielten damit auf das eben erwähnte bürgerliche Redaktorentrio Bretscher, Schürch und Oeri, das «von der nebelhaften Vorstellung einer internationalen Weltdemokratie» beherrscht sei. Ebenfalls verlangt wurde die «Ausmerzung jener Presseorgane, die ausgesprochen im Dienst fremder politischer Gedanken standen und ihnen ihre aussenpolitische Stellungnahme unterordneten»: Damit wurde ein Argument, das die NZZ im Sinne der geistigen Landesverteidigung auf Rechts- und Linksextreme zu münzen pflegte, nun gegen die demokratische Presse gewendet.

Das illustrierte, wie gefährlich der rhetorische Rekurs auf ein «bodenständiges»[112] Schweizertum war, wenn es nicht unzweideutig mit den westlichen Idealen Liberalismus, Demokratie und Rechtsstaat, sondern ausschliesslich mit einem singulären, jahrhundertealten historischen Sonderfall verbunden wurde. An diesen pflegte auch die NZZ zu erinnern, so als sie sich 1940 fragte, wie die unvermeidliche «Anpassung an das ‹Neue›» in Europa erfolgen solle. Sie plädierte für «unerbittliche Selbstprüfung», vor allem im Hinblick auf eine moralische Erneuerung, die «Stärkung des Gemeinschaftsgeists».[113] Das oberste Staatsziel sei nicht die «Erhaltung aller unserer heutigen demokratischen Formen» und schon gar nicht eine Vorkämpferrolle für die menschliche Freiheit mit dem Anspruch, «andere politische Glaubensbekenntnisse zu verurteilen».[114] Zugleich dürfe ein neuer Kurs aber nicht «zur blinden Nachahmung, zum blöden Kopieren fremder Gedanken und Einrichtungen» führen – und zu keiner Schwächung des unbedingten Widerstandswillens. Eine «Anpassung um jeden Preis» könne es nicht geben: «Als Eidgenossenschaft, das heisst als eine Gemeinschaft auf Leben und Tod miteinander verschworener freier Menschen, werden wir bestehen.»[115]

Die Frage der «Erneuerung» in einem veränderten Europa wurde in der NZZ auch mit etlichen Fremdbeiträgen erörtert, ein Zeichen der fundamentalen Verunsicherung wie der Bedeutung dieser Debatte. Es gab das Bekenntnis zur «autoritären Demokratie», wie sie in der berüchtigten Rede von Bundespräsident Pilet-Golaz formuliert wurde. «Etwas weniger dürfen und etwas mehr müssen, mehr Pflichten und weniger Rechte ist der wahre Inhalt dessen, was unsere Demokratie ausmacht.»[116] Andere Stimmen warnten dagegen vor «Umbruch-Phantasien», vor Lobgesängen auf autoritäre Regimes und vor allem vor dem Führerprinzip: In der Schweiz müssten die «geistigen Triebkräfte» der Neuordnung «in ihrem

innersten Wesen» immer demokratisch und liberal sein.[117] Zusammen mit der Neutralität, der Unabhängigkeit und dem Schweizertum machte dies im Prinzip den Kern des NZZ-Widerstandsgeistes aus. Dass genau hier die Linien gezogen wurden, zeigte sich exemplarisch am Bruch mit Gonzague de Reynold, nachdem dieser Anfang 1941 gefordert hatte, dass sich die Schweiz in den Dienst der neuen, antibolschewistischen Ordnung in Europa stelle. Die NZZ erwiderte, der unbändige Wille zur Unabhängigkeit und die damit aufs engste verbundene Neutralität gehörten zu den wichtigsten Konstanten der Landesgeschichte und dies ohne Rücksicht auf ein vorhandenes oder gestörtes europäisches Gleichgewicht. Der dem 18. Jahrhundert nachtrauernde Aristokrat und Romantiker möge in seinem «Kastenegoismus von erstaunlicher Zähigkeit» den Triumph über Individualismus und Französische Revolution preisen und die Schweiz als «zoologisches Museum» verachten; das beweise nur, wie lose sein inneres Verhältnis «zu der Schweiz von heute» sei, welche ihre «sittlich gesunden Fundamente» – und das umfasste für die NZZ nun wieder deutlicher als auch schon die «gemeineidgenössischen Satzungen» von 1848 – nicht preisgeben, sondern verteidigen werde.[118] Die Vorbehalte gegen die europäische Neuordnung und die deutsche Grossraumpolitik gründeten aber nicht nur in der inneren Abwehrhaltung und der Sorge um die unterjochten Kleinstaaten, sondern auch in wirtschaftlichen Bedenken in einer Welt der Willkür, wie sie etwa der nach seiner Emigration in Genf lehrende ordoliberale Ökonom Wilhelm Röpke vertrat.

> Auf die Dauer kann die wirtschaftliche Integration nicht weiter reichen, als der Bereich der politisch-sozialen Integration, die Recht, Ordnung, Sicherheit und ein Minimum an verlässlicher Moral gewährt. Umgekehrt muss die politisch-moralische Desintegration, der Zerfall des unerlässlichen ausserwirtschaftlichen Rahmens, früher oder später die wirtschaftliche Desintegration nach sich ziehen.[119]

Deshalb konnte sich die NZZ bei aller stillen Erleichterung über die Verschiebung der Kriegsschauplätze auch nicht für den Ostfeldzug begeistern, obwohl sie für einmal in Übereinstimmung mit der Goebbels'schen Propaganda schrieb, die Deutschen hätten sich bemüht, «eine Entzweiung mit Russland zu vermeiden».[120] Deutsche Stimmen, die sich wunderten, dass die Schweiz mit ihrer antikommunistischen Tradition auch im Ostkrieg neutral blieb, erhielten von Bretscher zur Antwort, «dass der konsequente schweizerische Antibolschewismus und die konsequente schweizerische Neutralitätspolitik Früchte eines Baumes sind, dessen

Wurzelgrund die besondere historische Erfahrung, die einzigartige Struktur und Lage, das eigentümliche Staatsdenken der Schweiz bilden».[121] Die NZZ wollte der deutschen Argumentation nicht folgen, wonach die Wehrmacht die europäische Zivilisation gegen die bolschewistischen Horden verteidige. Doch aus der Sorge um eine drohende Sowjetisierung des ganzen Kontinents unterstützte sie auch die 1943 in Casablanca von Roosevelt und Churchill erhobene Forderung nicht, dass die Achsenmächte bedingungslos kapitulieren müssten. Die bangen Hoffnungen richteten sich darauf, dass England und Frankreich einen dritten Pol in einem neuen Mächtegleichgewicht bilden würden und damit den russischen Einfluss hemmen könnten. Dass es keine harmonische Nachkriegsordnung geben würde, sondern eine Spaltung der unnatürlichen Siegerallianz bevorstand, nahm die NZZ schon an, als noch viele in der Schweiz und im Westen auf einen dauerhaften Ausgleich mit der Sowjetunion hofften.

Im allgemeinen war die Kriegsberichterstattung der NZZ auch im Osten gerade angesichts der unzuverlässigen Berichte aus den Kriegslagern deskriptiv und neutral, wobei man durchaus etwa den «heroischen Widerstandsgeist» von Griechen und Briten auf dem Balkan erwähnen konnte. Andererseits wurde auch der anfangs rasche deutsche Vormarsch in Russland mit Bewunderung kommentiert, und die finnischen (Rück-) Eroberungen im Norden erfuhren wohlwollende Anteilnahme, zumal Finnland mit der Betonung seiner demokratischen Verfassung regelmässig von seinem deutschen Alliierten getrennt wurde. Stalin erschien als Opfer eines Vertrauensbruchs, wie er ihn selbst zuvor mit dem deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt gegenüber den Westmächten begangen habe. Die Sicht der weiterhin misstrauisch beobachteten Russen fehlte weitgehend in der NZZ, doch ihr hartnäckiger Widerstand wurde mit wachsender Anerkennung vermerkt, nachdem im ersten Kriegsjahr noch die Desorganisation der Roten Armee im Vordergrund gestanden hatte. Aus deutscher Warte erfuhr man von der Kriegswende: «Die deutschen Truppen haben dabei eine Ausdauer, eine Energie und einen Mut bewiesen, die den Untergang der Armee Paulus vor Stalingrad zu einer der tapfersten Waffentaten der Geschichte stempelt».[122]

In der Kriegsberichterstattung hatte die Redaktion die doppelt schwierige Aufgabe, einerseits keinen Anlass zu geben für deutsche Drohgebärden und inländische Zensurmassnahmen, andererseits aber das Publikum

gleichwohl möglichst genau über den Gang der Dinge zu unterrichten, ohne der von allen Parteien gepflegten Propaganda aufzusitzen. Ein besonderes Interesse galt dabei Informationen aus den besetzten Ländern, zu denen man auf manchmal verschlungenen Wegen gelangte – allerdings eher aus dem Westen als aus dem Osten, wo die Hauptgreuel sich ereigneten. Durch verschiedene Informanten erhielt man auf der Redaktion seit 1940 und vor allem seit Beginn des Krieges im Osten Nachrichten über Deportationen und Massenerschiessungen. Als offiziell naturgemäss unbestätigte «Gerüchte» und damit möglicherweise «Greuelpropaganda» wurden sie jedoch nicht veröffentlicht, wohl aber meldete man – am 31. Januar 1942 – Hitlers offene Ankündigung, dass das Ergebnis des Krieges die Vernichtung des Judentums sein werde. Am 21. Juni 1942 erwähnte Müller in einem Leitartikel, dass in den besetzten Sowjetgebieten «unerwünschte Volksteile – Kommunisten und vor allem die Juden – ohne Gnade ausgemerzt» würden.[123] Vor diesem Hintergrund unterstützte die NZZ den Bundesrat in der Flüchtlingsdebatte, die aus Anlass der Grenzschliessung vom 13. August 1942 stattfand und erinnerte an die «Staatsraison», die der Menschlichkeit Grenzen setze. Zugleich drückte sie aber die Hoffnung aus, dass nicht «das ‹kälteste aller kalten Ungeheuer›, der Paragraph, einen restlosen Sieg über das ihm entgegenstehende Gebot der einfachen Menschlichkeit» davontragen möge.[124] Im übrigen war die Flüchtlingspolitik der Schweiz wie auch in anderen Zeitungen bloss ein marginales Thema.

Am 17. Dezember 1942 erschien eine Meldung der Agentur *United Press* über eine Erklärung der Alliierten, welche die «bestialische Politik» gegen die polnischen Juden verurteilten und die Absicht kundtaten, die Schuldigen nach dem Krieg zu bestrafen. Im Sommer 1943 erhielt die Redaktion einen von Albert Müller angeforderten, sorgfältigen Bericht, in dem die polnische Exilregierung ihr Wissen über die Vernichtungslager dokumentierte. Die NZZ stützte sich auf den Bericht, als sie am 20. Juni 1943 unter dem Titel «Das Schicksal der Juden in Polen» eine Verlautbarung von Goebbels kommentierte, nach der sich die von Hitler vorhergesagte Vernichtung der Juden mit «unheimlicher Sicherheit und Zwangsläufigkeit» vollziehe. Erwähnung fanden der Aufstand im Warschauer Ghetto und das Lager Treblinka mit seinen besonders eingerichteten Räumen, «in denen die Juden dem Erstickungstod überliefert würden». Nicht nachprüfbar seien die Zahlenangaben zu dieser «gewaltsamen

Beseitigung», der nach Schätzungen neun Zehntel der in Polen wohnenden Juden zum Opfer gefallen seien.[125] Die Judendeportationen aus Ungarn führten schliesslich dazu, dass präzisere Nachrichten (die sogenannten «Auschwitz-Protokolle») über die Vergasungen in die Schweiz gelangten, was die NZZ am 7. Juli 1944 vermeldete.[126] Zu diesem Zeitpunkt schritt die Zensur gegen solche Nachrichten nicht mehr ein: Am 21. Dezember 1944 konnte der junge redaktionelle Mitarbeiter Ernst Bieri in einer Buchbesprechung ungehindert über die NS-Ausrottungsstätten in Polen und die «Taten kranker Hirne» schreiben.[127]

Im selben Jahr musste sich die NZZ auch gegen den Vorwurf verwahren, sie habe zum alliierten Bombenkrieg gegen die deutschen Städte geschwiegen, um jetzt über die Judenvernichtung zu klagen. Alle Schweizer hätten ohnmächtig mitgelitten mit allen Opfern eines totalen Kriegs. Doch im Namen der Menschlichkeit, der Freiheit und des Rechts, auf denen das schweizerische Staatswesen beruhe, gelte ihre Empörung Terrormassnahmen, die aus ideologischen Gründen und ohne die geringste militärische Notwendigkeit gegen Zivilisten ergriffen wurden: ihre Beraubung und Ausrottung in den besetzten – slawischen – Ländern, das «Verbrechen der Geiselmorde und der Strafexpeditionen» und schliesslich «die Judenverfolgung, die in ihrem Ausmass und ihrem Vorgehen einfach eine Ungeheuerlichkeit bedeutet».

> Man mag zu dem wahrhaftig nicht einfachen, sondern sehr komplexen Problem des Judentums stehen, wie man will – kein Schweizer wird leugnen dürfen, dass die kalte, systematische Abschlachtung von Hunderttausenden von Männern, Frauen und Kindern auf keinen Fall eine Lösung dieser schweren Fragen darstellt, sondern vom Schweizervolk wie von allen Kulturnationen als ein Frevel empfunden wird, der sich von den Verfolgten auf die Verfolger zurückwenden muss.[128]

Angesichts der unaufhörlichen Schreckensmeldungen, die gegen Kriegsende nicht nur ins Land flossen, sondern nun auch publiziert wurden, empfand das Blatt anfangs wenig Sympathie für die «Offiziersfronde» vom 20. Juli 1944: Das ganze deutsche Volk sei «vom Siegestaumel der erfolgreichen Feldzüge» mitgerissen worden, und jetzt habe eine isolierte Gruppe ihre Unzufriedenheit über den Kriegsverlauf in einem späten Attentat zum Ausdruck gebracht. Erst ein nach Kriegsende erschienener Beitrag eines überlebenden Mitverschwörers, des Theologen und späteren CDU-Bundestagspräsidenten Eugen Gerstenmaier, führte zu einer wohlwollenderen Kommentierung und Anerkennung des christ-

lichen Ethos der Attentäter, aber auch zu einer Polemik von Kreisen um den Theologen Karl Barth, der Gerstenmaier als Aufschneider angriff.[129] Tatsächlich drängten sich apokalyptische Vergleiche auf, um den «Höllensturz der Diktatoren» zu beschreiben, als Ende April 1945 für Mussolini die letzte Stunde schlug und kurz darauf für seinen «verführerischen Schüler» Hitler, «der mit einer in der neueren Geschichte Europas beispiellosen Ruchlosigkeit alle Mittel der Vernichtung anwandte und sich und seine Werkzeuge von jedem Sittengesetz zu entbinden suchte».[130] Wenig später eröffnete sich mit der Atombombe eine weitere Dimension demiurgischer Allmacht. Die NZZ erfasste sofort die epochale Bedeutung der Explosion über Hiroshima, sowohl hinsichtlich des Zerstörungspotenzials als auch im Hinblick auf die friedliche Nutzung der Energiequelle: «In den Dienst wahrhafter Friedenssicherung gestellt, würde das neue Zerstörungsmittel das Ende der Kriege bedeuten. Doch müsste Gewähr bestehen, dass es nie in die Hände Unberufener gelangen kann.»[131]

Vorerst lag diese Waffe nur in der Hand der demokratischen unter den zwei neuen Supermächten, die für gut vierzig Jahre die Welt gemeinsam dominieren sollten. «Das verheerte, ausgehungerte und ausgeblutete Europa aber hat einen geistigen, politischen, wirtschaftlichen Gewichtsverlust erlitten, der sich im Gravitationsfeld der Weltpolitik geltend machen muss.» Dass das kontinentale Gleichgewicht zerstört war, erwies sich auch als problematisch für das kleine Land, das seine jahrhundertlange Existenz nicht zuletzt seiner Mittelstellung zwischen überlegenen Nachbarn verdankte. Die herkömmliche Neutralität hatte sich ausgezahlt, war aber auf herbe Kritik gestossen: im Dritten Reich während dessen Expansionsphase, bei seinen Gegnern, als das menschenverachtende Regime sich auf dem Rückzug befand. «Die Kriegführenden glauben und verkünden, in ihrem und einzig in ihrem Lager sei die gerechte Sache, das gemeinsame Ideal, die Zukunft der Menschheit. Die Neutralen gehen indessen still der Pflicht nach, aus dem Glutbrand dieses Krieges die letzten Reste der Menschlichkeit zu retten. Das scheint wenig – ist es nichts?»[132] Auch wenn in solchen Formulierungen eine problematische Äquidistanz zu Achse und Alliierten mitschwang, war sich die NZZ bewusst, dass die Schweiz die unnatürliche Zeit der Abschnürung und der geistig-moralischen Bedrohung – die schwierigste Phase ihrer modernen Geschichte – nur einer Seite zu «verdanken» hatte.

Die Inselstellung der kleinen, demokratischen, neutralen Schweiz in-

mitten des Meeres des nationalsozialistisch-faschistischen Totalitarismus war eine Notwendigkeit unserer nationalen Selbstbehauptung, und in dieser ‹Isolierung› gegenüber jeder Versuchung, jedem Druck verharrt zu haben, wird ein geschichtlicher Ehrentitel der Schweiz sein und bleiben.[133]

Gegen den roten Totalitarismus, 1945–1967

Bis 1943 stand die «Schicksalsgemeinschaft des Schweizervolks», die Sonderinteressen verbiete, im Vordergrund der NZZ-Argumentation. Man warnte nach der Ostverschiebung der Kriegsschauplätze vor politisch-militärischer «Ferienstimmung» und mahnte weiter zu «nationaler Disziplin» und geschlossener «innerer Front».[1] Die «schrankenlose Demagogie», wie sie der «Landesring der Unabhängigen» betreibe, wurde deshalb 1942 als selbstmörderischen und unzeitigen «Frevel an Volk und Staat» gebrandmarkt.[2] Ihrerseits meinte die NZZ im Zeichen des Burgfriedens bereits 1940, es gebe für den Einbezug der SP in die Landesregierung «kaum mehr ein ‹zu früh›; gefährlich und verhängnisvoll könnte aber in der Dynamik der Entwicklung ein ‹zu spät› werden».[3] Nach der bestandenen Bewährungsprobe von Aufrüstung und geistiger Landesverteidigung wollte die NZZ den Eindruck vermeiden, «als ob sozialistische Forderungen deswegen abgelehnt würden, weil man den Diskussionspartner als staatspolitisch minderwertig betrachte».[4] Allerdings mochte das Blatt auch 1943 der wählerstärksten Partei bloss einen und nicht zwei Bundesräte zugestehen. Als in jenem Dezember mit der Wahl des Zürcher Stadtpräsidenten Ernst Nobs – den die NZZ einst als Verherrlicher Lenins attackiert hatte[5] – die durch welsche Freisinnige und konservative Katholiken lange hinausgezögerte Erweiterung der Regierungskoalition Realität geworden war, deutete der Chefredaktor dies als Resultat der «vaterländischen Erprobung» und eines Reifeprozesses, «der sich nicht allein in den sozialistischen Reihen, sondern zugleich in allen andern Volksschichten vollzogen und zu dem das Gemeinschaftserlebnis von vier Jahren Aktivdienst Wesentliches beigetragen hat».[6]

In diesem Sinn und mit dem Landesstreiktrauma im Kopf wurde gegen rechtsliberale Kreise wie den Elefantenklub oder den Automobilclub, die ab 1943 die Bundesbahnen reprivatisieren wollten, weiter eine staatlich regulierte Kriegswirtschaft verteidigt, welche die Rationierungen als

Mittel sozialer Gerechtigkeit konzipierte und auch die Geldentwertung gerade zugunsten der Schlechtergestellten bekämpfte.[7] «Vernünftige» Hilfe des Staates beim Ausbau eines sozialen Sicherungssystems sei nötig, dies die Lektion der Weltwirtschaftskrise, weil sonst die Marktwirtschaft selbst zugrunde gehen könne. Insofern sei die «Notwendigkeit ordnender Eingriffe in das freie Spiel der wirtschaftlichen Kräfte … tatsächlich unbestritten».[8] Als «Partei des sozialen Ausgleichs» sei es dem «sozialen Freisinn» nie möglich gewesen, «manchesterliche ‹Laisser-faire-Doktrinen› zu vertreten»; vielmehr habe sie sich mit Hilfe eines starken Staats und aus Verantwortung für das Volksganze für den sozialen Ausgleich eingesetzt.[9] «Planwirtschaftlichen Ideen», wie etwa der Initiative «Recht auf Arbeit», stellte sich die NZZ dagegen ebenso entschieden entgegen wie einem an sowjetische Zustände gemahnenden «Agrarkollektivismus», der das traditionelle Bauerntum zerstöre.[10] Auch in Kriegszeiten sollte die Wirtschaftsordnung möglichst frei bleiben: Arbeitsbeschaffungsmassnahmen wurden befürwortet, doch dabei hatte man Rücksicht zu nehmen auf die traditionellen Leitlinien «Privatinitiative» und «Föderalismus».[11]

Mit der Frage der wirtschaftlichen Ordnung begann auch für die NZZ, die vor verfrühter Friedenseuphorie gewarnt und länger als die sozialdemokratischen und katholisch-konservativen Konkurrenten am Burgfrieden festgehalten hatte, die «Planung der Nachkriegszeit». Davon sprach am Jahresende 1942 Ernst Bieri, da die «alten, grossen Gegensätze der Weltanschauungen» unvermeidlicherweise wieder aufgebrochen seien. «Es kann dem Liberalismus nicht verborgen bleiben, dass er das auserlesene Opfer der Bewegungen darstellt, deren Zielsetzungen wie Staatssozialismus, Genossenschaftsschweiz und korporative Ordnung die Probe auf die Praxis erst noch zu bestehen haben.»[12] Dass die von der Not

1943:
Die Schweiz ist eine liberale Demokratie. Sie hat sich ihre auf den Gedanken der Volksherrschaft gegründete Staatsordnung nicht aus theoretischer Spekulation über die beste und edelste Staatsform, sondern aus dem urwüchsigen Freiheitsgeist ihrer Bürger und aus der Erkenntnis ihrer eigensten Lebensnotwendigkeiten heraus gegeben. … Werden wir uns … daran erinnern, dass die zügellose Freiheit schon den Anfang der Unfreiheit bedeutet, und auch daran denken, dass die unbestreitbare und unbestrittene Bewährung der liberalen Demokratie schweizerischer Prägung auf der glücklichen Mischung beruht, in dem sich die Elemente der Freiheit und der Ordnung in unserem Staatswesen zusammengefügt und durchdrungen haben?*

* NZZ, 29.10.1943; Bretscher, Sturm, 1998, S. 345.

gebotene Einmütigkeit allmählich vorbei gehe, sei aber für eine Demokratie auch richtig, die von Diskussion und Toleranz lebe und nicht von Uniformität. Für die Liberalen bedeute das, ihre Grundmaxime «Freiheit in der Ordnung» zu verteidigen. Man dürfe nicht den Ausnahmefall der Kriegswirtschaft zur Regel machen, und auch die geforderte Demokratisierung oder «Ethisierung des Wirtschaftssystems» habe sich in der Praxis als sehr problematisch erwiesen. Die FDP habe als «Staatspartei» den eidgenössischen Bundesstaat geschaffen und in seiner liberalen und demokratischen Form stets verteidigt, aus «Verantwortung für das Volksganze», weshalb man auch einen «starken Staat» befürworte, der «einen Ausgleich unter den verschiedenen gesellschaftlichen Schichten herbeiführen soll».[13] Für die globalen Erschütterungen der Weltwirtschaftskrise dürfe man dagegen den Schweizer Liberalismus nicht verantwortlich machen.[14] Der Kampf gegen den Kollektivismus bleibe ein unabdingbarer «Bestandteil des Kampfes um die Erhaltung der Schweiz als liberale Demokratie, die für uns … die Existenzform des eidgenössischen Kleinstaats darstellt».[15]

Eine späte Frucht des Burgfriedens war die am 6. Juli 1947 vom Souverän angenommene AHV, welche die NZZ an der Seite des freisinnigen Bundesrats Stampfli, aber auch der Linken, ebenso vorbehaltlos befürwortete wie 1932 die damals gescheiterte Vorlage, auch wenn die Finanzierung Kopfzerbrechen bereitete. Schweizerisches Gemeingut sei der Grundgedanke, «soziale Übel und Gebrechen des Gesellschaftskörpers auch und vor allem mit den Mitteln des Staates zu bekämpfen» – allerdings ohne die Selbstverantwortung zu lähmen, also eben als Versicherung und nicht als Fürsorge. Zugunsten der AHV appellierte die NZZ denn auch nicht an die soziale Gerechtigkeit in einer anonymen Gesellschaft von Individuen, sondern an die traditionelle Volksgemeinschaft, womit die Altersvorsorge gleichsam den Charakter von Nachbarschaftshilfe erhielt: «Die stolzen Marksteine unserer Sozialgesetzgebung bezeichnen den Weg, den vor uns edler Gemeinschaftssinn gegangen ist, um dem Einstehen aller füreinander, der Starken insbesondere für die Schwachen, allgemeinverbindliche Kraft zu verleihen.»[16] Man könne diese Vorsorge nicht, wie bürgerliche Opponenten forderten, der Eigeninitiative und (freiwilligen) Privatversicherungen überlassen: Der Staat «darf nicht zusehen, wie gerade die wirtschaftlich Schwächsten, die im Notfall am ehesten der Hilfe bedürfen, aus Gleichgültigkeit oder materiellem Unvermö-

gen beiseite stehen, dann aber, wenn sie in Not sind, der Öffentlichkeit zur Last fallen und wohl auch den Staat für ihre selbst verschuldete, nicht wieder gutzumachende Unterlassung verantwortlich machen».[17]

In diesem Geist konnte Bretscher Ende 1945 unter Berufung auf den Staatsrechtler Werner Kägi festhalten, dass sich «‹die Postulate eines geläuterten Sozialismus und eines geläuterten Liberalismus› immer mehr nähern und begegnen werden».[18] Entscheidend sei die Übereinstimmung im Fundamentalen, im Bekenntnis zu Menschenrechten und Zivilisation. Diese Nähe zeigte sich in den nächsten Jahren nicht nur bei der leidigen Bundesfinanzreform, bei der das Blatt auch im Hinblick auf die Militärausgaben eine direkte Bundessteuer pragmatisch befürwortete, zeitweise sogar gegen die Zürcher FDP. Trotz Bedenken im Verwaltungskomitee griff die NZZ auch die «Säuberungsdebatte» aktiv auf, die von der SP angestossen worden war: Am 22. Januar 1946 veröffentlichte man die «Eingabe der 200» mit den Namen der Unterzeichner und erwähnte im Kommentar auch, dass im ursprünglichen Entwurf ausdrücklich die Eliminierung der Chefredaktoren von NZZ, «Basler Nachrichten» und «Bund» gefordert worden war. Als einer der Erstunterzeichner erhielt der NZZ-Aktionär Fritz Rieter Gelegenheit, Stellung zum Dokument zu nehmen. Darauf replizierte die Redaktion wiederum in einer «Nachschrift», worin sie Rieters Behauptung als «objektiv unrichtig» bezeichnete, die Eingabe habe «nicht die Presse als solche, sondern nur provokatorische Äusserungen im Auge» gehabt.[19] Mit dieser Debatte, die sie unmittelbar betraf, war die «Vergangenheitsbewältigung» für die NZZ abgeschlossen, denn sie attestierte den Kompromittierten, dass sie nicht aus nazistischer Gesinnung «landesverräterisch», sondern aus Liebe zur Heimat und damit «taktisch» gehandelt hätten.[20] Ungleich heftiger reagierte das Blatt schon 1943, als Peter Surava, der Chefredaktor der «Nation» den bürgerlichen Zeitungen undifferenziert vorwarf, sie hätten 1933 zum Aufkommen der Fronten geschwiegen und diese damit begünstigt. Nachdem die «Nation» eingegangen war und derselbe Journalist sich nach Kriegsende beim kommunistischen «Vorwärts» wiederfand, wurde «der sattsam bekannte Peter Surava, dessen Schweizertum nicht viel älter und für unser Gefühl auch nicht viel echter ist als der geborgte Name», Gegenstand massiver Polemik.[21] Während man mit den angeblich harmlosen, irregeleiteten «Naiven und Unpolitischen» im eigenen, bürgerlichen Lager relativ glimpflich umging,[22] wurden die Kommunisten, die sich nach ihrem vor-

übergehenden Verbot neu als «Partei der Arbeit» (PdA) konstituiert hatten, als «Partei des Auslands» oder «Partei gegen die Schweiz», ja als «fünfte Kolonne» und «Quislinge» ausgegrenzt. Mit ihrer Anlehnung an Moskau wandle die Partei «auf den wohlbekannten Spuren des landesverräterischen Frontismus», und ihre Rufe nach Säuberungen von NS-kompromittierten Bürgerlichen quittierte man, indem man an den Hitler-Stalin-Pakt erinnerte, der den kommunistischen «Antifaschismus» noch vor dem Krieg zum Verstummen gebracht hatte.[23]

Während innenpolitisch die Grenzen gegen die extreme Linke schon gleich nach Kriegsende scharf gezogen wurden, blieb die aussenpolitische Kommentierung vorerst noch vorsichtig, zumal die diplomatischen Beziehungen der Schweiz zur Sowjetunion eben erst wieder hergestellt wurden und entsprechend sensibel waren. An der später oft geschmähten Konferenz von Jalta hatte man zunächst trotz einigen Bedenken in den «Fragen von grösster weltpolitischer Tragweite» die «Tendenz eines Einvernehmens auf lange Sicht zwischen den Westmächten und der Sowjetunion» sich abzeichnen gesehen.[24] Symbol dieser neuen Weltordnung war die UNO, zu der die NZZ eine ambivalente Einstellung hatte. «Auch unser Land ist an der Schaffung einer internationalen Organisation, die ihre Aufgabe besser zu erfüllen vermag als der alte Völkerbund, in höchstem Mass interessiert.» Aber eine Teilnahme der Schweiz scheiterte real und in den Augen der NZZ am Problem der (bewaffneten) Neutralität, die sich anders als der Völkerbund in der Auseinandersetzung mit dem Faschismus bewährt habe. Ausserdem fürchtete man bei Kriegsende die Dominanz der – mit Grossbritannien – «drei Weltmächte».[25] Bei den Washingtoner Verhandlungen von 1946, in welchen die Schweiz in den Fragen von Guthaben und Raubgold aus Deutschland den Alliierten entgegenkommen musste, wurden nach Empfinden der NZZ «weniger nach Grundsätzen des Rechtes als nach dem Recht des Stärkeren entschieden».[26] Vor allem das «Direktorium der Grossmächte», nämlich die von Misstrauen getriebene Sowjetunion und die ihr gegenüber um Verständnis bemühten USA, werde, «sofern es sich einigen kann, den mittleren und kleineren Staaten seine Entscheidungen» auferlegen.[27]

So geschah es auch mit einer gewissen Erleichterung, wenn das Blatt bei der Pariser Friedenskonferenz 1946 die unterschiedlichen Ziele der «zwei Weltgruppen» analysieren konnte. Churchill war es, der in einer berühmt gewordenen Rede vom März 1946 mit der Metapher vom «eisernen

Vorhang» die passenden Worte setzte, welche die NZZ ahnungsvoll schon im Jahr davor gebraucht hatte: «Wenn je eine Rede die plötzliche Erkenntnis zu vermitteln vermochte, dass ein Wendepunkt erreicht sei, dann hat es Churchill in Fulton getan.»[28] Diese Position war in der Schweiz aber noch nicht Konsens: Inspiriert vom Labour-Wahlsieg in Grossbritannien, träumte die SP von einer «neuen Schweiz in einer neuen Welt» und pries den «Sowjet-Humanismus», die über die Fulton-Rede empörte sozialdemokratische «Tagwacht» warnte vor einem neuen Krieg: «der Krieg der internationalen kapitalistischen Reaktion unter amerikanischer Führung gegen den internationalen Sozialfortschritt, schliesslich gegen den Sozialismus».[29] Noch im April 1947 war es für das SP-Organ nicht die Sowjetunion, die zum Krieg treibe, «o nein, zum Krieg treibt jenes kapitalistische Ungeheuer, das gerade dabei ist, sich auch nach dem Verenden des von ihm mitgeschaffenen Nationalsozialismus aufs neue mit ihm zu vermählen».[30] Gleichzeitig war die NZZ – die seit dem 1. August 1946 nicht mehr in Fraktur, sondern in Antiqua gedruckt wurde – erleichtert über die «ideologische Kampfansage» des anfangs zögerlichen Präsidenten Truman an den Kommunismus: Es sei «vielleicht tragisch», aber «wohl historisch unvermeidlich, dass das amerikanische Volk in seinen idealistischen Erwartungen enttäuscht und hier zu einem machtpolitischen Verständnis gezwungen wird, zu dem es sich bisher noch kaum jemals entschloss; weigerte es sich doch bis heute zu einem grossen Teil, das Grossmachtschicksal anzunehmen».

Das Jahr 1948 liess die nationale Einheit und die geistige Landesverteidigung der NS-Zeit wiederaufleben. Zuerst bewies der «kühne» Marshallplan, dass die Amerikaner bereit waren, sich auch mit finanziellen Opfern am Aufbau eines freien Europa zu beteiligen. Dann zerriss im Februar der Staatsstreich der tschechoslowakischen Kommunisten die «letzten dünnen Schleier, die bisher noch über dem Medusenantlitz der Nachkriegssituation lagen». Nun könne sich niemand mehr darüber hinwegtäuschen, «dass der internationale Kommunismus der abendländischen Welt und ihren Werten mit unversöhnlicher Feindschaft gegenübersteht».[31] Entsprechend klar formulierte die NZZ die innenpolitische Botschaft an die Linke: «Wenn die Sozialdemokraten auf dieses Problem die rechte Antwort geben, dann erweisen sie sich erneut, gleich eindrücklich wie durch ihre Haltung während des Zweiten Weltkriegs als schweizerische Partei, als wirklich nationale Gliederung des öffentlichen Lebens.» Tatsächlich

verurteilte die SP den Coup scharf, der auch ihrer tschechoslowakischen Schwesterpartei die Selbständigkeit gekostet hatte: «Die kommunistische Herrschaft führt nur über die Leiche der Sozialdemokratie», titelte die «Arbeiter-Zeitung». Die PdA feierte dagegen den Umsturz mit einer – durch Stinkbomben beeinträchtigten – Siegesfeier in Basel, ihr Parteiorgan «Vorwärts» jubilierte über «eine Niederlage des internationalen kriegstreiberischen Kapitalismus und einen wertvollen Beitrag zur Sache der Demokratie und des sozialen Fortschritts». Für die NZZ hatte sich dieser «verlorene Haufen», der mit dem Rückhalt einer ausländischen Grossmacht die Macht zu erlangen suche, durch die «hohnvolle Absage an das schweizerische Vaterland selbst aus der Volksgemeinschaft ausgeschlossen».[32] Die anderen Parteien mochten durch manchmal scharfe Meinungsdifferenzen getrennt sein, doch verband sie gleichwohl gegenseitige Achtung.[33]

> Belehrt durch die Geschichte, geschult durch den politischen Kampf gegen die Hitlergefahr, tritt das Schweizervolk der neuen Bedrohung seiner Freiheit durch die näherrückende Walze der «Volksdemokratie» mit einmütiger Geschlossenheit gegenüber. Seine nationalen Abwehrreflexe funktionieren, seine moralischen Reserven sind unverbraucht.[34]

Ausdrücklich wurde die Tradition der «geistigen Landesverteidigung» wieder aufgenommen aus der Überzeugung, «dass die Freiheit in der Welt noch nicht gerettet und gesichert, dass die Bedrohung der Menschheit und der Menschenrechte durch den Totalitarismus noch nicht zu Ende ist, sondern dass der Krieg weitergeht. … Niemand kann darüber im Zweifel sein, wo unser Stand in dem Ringen der beiden Weltanschauungen ist, die sich heute so unversöhnlich und unverträglich gegenüberzustehen scheinen wie einst der Islam und das Christentum.»[35] Dabei gehe es letztlich nicht um die durchaus fatalen wirtschaftlichen Folgen einer kommunistischen Ordnung, sondern um die Menschenwürde selbst: «Mögen Völker, die noch nie oder nur kurze Zeit die Freiheit gekannt haben, sich mehr oder weniger willig unter das Joch eines allmächtigen Staates beugen, der sich das unbeschränkte Verfügungsrecht über Person und Eigentum, ja sogar über Gewissen und Religion anmasst – wer seit Jahrhunderten die Luft der Freiheit und Selbstverantwortung eingeatmet hat, wird auch um der Erhaltung des Lebens willen das nicht aufgeben, was den Wert des Lebens ausmacht.»[36]

Wenige Wochen nach dem Prager Coup bewiesen die italienischen

1948:
Die zuverlässigen Stützen einer liberalen Ordnung sind liberal gesinnte Bürger; Hüterin und Garantin einer liberalen Verfassung kann nur eine liberale Partei sein, die mit dem Wesen und Sinn des auf dieser Verfassung ruhenden Staates verwachsen ist. Dass diese liberale Partei stark sei und stark bleibe, um ihre Aufgabe erfüllen zu können, liegt im Interesse des Landes selbst, das stets und vor allem in krisenhafter Zeit eine «Staatspartei» braucht, die in bezug auf die unabdingbaren Grundlagen des eidgenössischen Bundes keiner Anpassung und keines Verrats fähig ist.*
* NZZ, 9.12.1948, Bretscher, Spannungsfeld, 1991, S. 63.

Wahlen, die gleichsam unter dem Schlachtruf «Hie Marshall-Plan, hie Kominform!» stattgefunden hätten:[37] «Siegen kann der Kommunismus in einem europäischen Land nur, wenn die rote Armee oder eine rote Polizei hilft.»[38] Neben diesem Hauptergebnis hatte der klare Sieg von De Gasperis *Democrazia cristiana* für die NZZ durchaus auch eine bittere Note: Sie hatte nach dem Sturz des Faschismus zaghaft gehofft, eine «moderne soziale Form der liberalen Demokratie» könne sich im südlichen Nachbarland etablieren, und musste nun enttäuscht die unzweideutige Marginalisierung der einst staatstragenden italienischen Liberalen festhalten. Für die internationale Renaissance des in der Zwischenkriegszeit arg verunglimpften Liberalismus engagierte sich Bretscher aber weiterhin, seit 1948 auch persönlich im Exekutivkomitee der im Vorjahr in Oxford gegründeten *Liberalen Weltunion*. Im Hinblick darauf konnte die NZZ denn auch die deutsche Währungsreform als «unerlässliche Operation an einem lebensgefährlich erkrankten Patienten» begrüssen.[39] Sie hatte in der stark divergierenden Wirtschafts- und Wiederaufbaupolitik der Besatzungsmächte viele Risiken erkannt, zumal die Deutschen opportunistisch agierten und noch nicht wieder gewöhnt seien, Verantwortung für sich zu übernehmen.[40] Die NZZ begleitete Erhards Wirtschaftspolitik nicht zuletzt mit der ordoliberalen Feder des schon erwähnten Wilhelm Röpke, der in Bonn als Vordenker der sozialen Marktwirtschaft geschätzt wurde. Er analysierte regelmässig den Stand der «deutschen Frage» und plädierte im Vertrauen auf die Selbstregulierung des Marktes für einen Mittelweg zwischen Interventionismus und den schrankenlosen Freiheiten des historischen Kapitalismus.

Mit der Währungsreform wurde zugleich die «Fiktion» einer wirtschaftlichen Einheit Deutschlands beendet und die «letzten Endes unvermeidbare» politische Zweiteilung des Landes verstärkt. Unmittelbare Folge davon war die sowjetische Blockade Berlins und die alliierte Luft-

brücke, ein Streit, bei dem es nicht um Berlin gehe, «sondern mindestens um ganz Deutschland und Österreich», wo Stalin wie im übrigen Mittel- und Osteuropa kommunistische Diktaturen zu etablieren trachte.[41] Die Aufhebung der Blockade im Mai 1949 erschien als gewonnene Schlacht des Westens, den die NZZ ermahnte, an der offensichtlich bewährten «Festigkeit und Geduld» festzuhalten, um nicht in falschem Optimismus den Feldzug zu verlieren.[42] Nicht nur wegen Berlin blieb Deutschland in den kommenden 40 Jahren in den Augen der NZZ das entscheidende Schlachtfeld im Kalten Krieg. Mit Skepsis, Warnungen und Anerkennung geizte sie nie, was ihr den Vorwurf helvetischer Besserwisserei einbringen konnte, aber zugleich auch eine innenpolitische Bedeutung in der Bonner Republik, wie sie das Blatt sonst im Ausland nie erlebt hatte.

Als unmittelbares Kriegserbe standen zuerst die Nürnberger Prozesse an: Die NZZ hatte die gerichtliche Ahndung völkerrechtswidriger Handlungen Anfang 1942 noch als «ein in jeder Beziehung überaus fragwürdiges Experiment» angesehen,[43] war aber, bei aller Ablehnung einer «Rachepolitik», von dieser Position abgerückt, als die Dimensionen der deutschen Menschenrechtsverbrechen klar wurden.[44] Als Berichterstatter über den Nürnberger Prozess wirkte zeitweise Benjamin Sagalowitz, der Leiter der Pressestelle des *Schweizerischen Israelitischen Gemeindebunds.* Der Auftritt des früheren Staatssekretärs Ernst von Weizsäcker im Wilhelmstrassen-Teilprozess erschien dem Bonner NZZ-Korrespondenten, Eduard Geilinger, symptomatisch: «In diesen Worten liegt das müde, resignierte Eingeständnis des Versagens, des Misserfolgs, des Irrens vielleicht auch; es liegt kein Schuldbekenntnis darin.»[45] Deutlich hatte er schon früher ausgesprochen, dass viele Deutsche sich böswillig der Wahrheit über die NS-Zeit verschlössen und sich in Deutschland noch keine Spur demokratischen Geistes finde. Dafür brauche es wohl noch Jahrzehnte, zumal der Mangel an Zivilcourage bei den Deutschen grundlegend sei – ein Abzug der Alliierten würde neuen Extremismus hervorrufen.[46] Entsprechend besorgt verfolgte man den Versuch von Altnazis, die deutsche FDP zu unterwandern (Affäre Naumann): Die Partei müsse mit dem Liberalismus ernst machen und dürfe nicht «zu einer politisch undefinierbaren Herde anwachsen, die durch den Nationalsozialismus verunreinigt wird». Ehemalige Parteigenossen könnten darin Platz finden, aber nur nach unzweideutiger «Reue und Abschwören des alten Irrtums».[47] «Wer der Meinung ist, die Geschichte lasse es nicht zu, dass ein

Volk auf die Dauer unverdaute Brocken der Vergangenheit in sich mittrage, ohne dabei Schaden zu nehmen», so musste man noch 1956 festhalten, «der wird hinter die deutsche Massenkonversion zur Demokratie immer ein heimliches Fragezeichen setzen wollen».[48]

Solch grundsätzliche Sorge bezog sich ausser auf die Freien Demokraten vor allem auf die grosse Volkspartei der Sozialdemokraten, deren Nationalismus und ideologische Nähe zur ostdeutschen SED (formal eine Fusion von Kommunisten und Sozialdemokraten) lange Zeit das Schreckgespenst eines von Moskau dominierten, vereinten Deutschland wachriefen. Überhaupt kontrastiere die Orientierungslosigkeit einer noch tief nationalistisch geprägten Masse mit dem neuen Selbstvertrauen von Politikern, die – in den westlichen Besatzungszonen – ihre den Alliierten zu verdankende «Ellbogenfreiheit» dazu benützten, «um im Wahlkampf durch Kritik an den Siegern ihre Unabhängigkeit zu demonstrieren».[49] Mit dem Marshallplan (ab 1947) und der Konstitution Westdeutschlands als föderalistischer Bundesrepublik (1949) sah die NZZ allerdings Voraussetzungen geschaffen für einen politischen und gesellschaftlichen Wandel im Sinne von Freiheit, Recht und Demokratie. Als dessen Bannerträger erkannte das Blatt Konrad Adenauer, der sich dem Nationalsozialismus verweigert hatte und jetzt nie auf die russische Karte zu setzen gewillt war. «Deutschland braucht eine stabile Regierung und vor allem Männer an der Spitze, die Erfahrungen und Kenntnisse mit unbeugsamer Tatkraft verbinden, um das grosse Ziel, Deutschland schrittweise zur Erlangung der inneren und äusseren Freiheit zu führen, Wirklichkeit werden zu lassen.»[50] Dass der Bundeskanzler dabei die Wiedervereinigung vorerst hintanstellte und den «Gesamtdeutschland über alles-Anhängern» nicht nachgab, befriedigte die NZZ.[51] Unter diesen Vorgaben zeichnete man, vor allem als sich das neue System 1949 in den ersten Bundestagswahlen bewährte, sehr rasch ein positiveres Bild der Bundesrepublik. Nach den zweiten Wahlen 1953 konnte man bereits erleichtert festhalten, das deutsche Volk habe «sich zu Europa, zum Westen und zur Sammlung der Kräfte der freien Welt bekannt und damit den toten Punkt überwunden, an dem die Konsolidation Europas steckenzubleiben drohte».[52]

Entscheidende Voraussetzung dafür war die deutsche Wiederbewaffnung und später die Gründung der Bundeswehr und ihre Integration in die NATO. Das transatlantische Bündnis wurde bei seiner Gründung 1949 von der NZZ begrüsst, da damit die aggressive Sowjetunion isoliert wer-

den könne;[53] «im vor wenigen Jahren undenkbaren Zusammenrücken der europäischen Staaten» erblickte man «eine Quelle der Zuversicht».[54] Sollte aber Westdeutschland an einem Militärpakt teilhaben? An der Falkenstrasse war man anfangs nicht frei gewesen von Bedenken wegen eines neu-alten, «preussischen» Militarismus, wie er allen Nachbarländern und namentlich Frankreich Sorge bereitete, das zur Einbindung Deutschlands die Europäische Verteidigungsgemeinschaft konzipierte, aber diese 1954 selbst wieder sabotierte. Insbesondere Albert Müller befürwortete jedoch schon früh die teilweise Wiederbewaffnung der Bundesrepublik, die auf amerikanischen Druck ermöglicht wurde.[55] Angesichts des 1950 begonnenen Koreakriegs ging das Blatt noch weiter und verlangte von den NATO-Mitgliedstaaten einen Gesinnungswandel und die Gleichstellung Deutschlands; denn «die Einschränkungen, denen die deutsche Souveränität als Folge des verlorenen Krieges noch unterliegt, lassen kein echtes Solidaritätsgefühl mit den westlichen Demokratien aufkommen».[56] Wenn die UdSSR vor einem neuen deutschen Imperialismus warnte, dann geschah dies, so die NZZ, allein um ganz Deutschland dem Kommunismus zu unterwerfen.[57] Dies war keine attraktive Perspektive, was sich am 17. Juni 1953 in der «Revolte der Unterdrückten» erwies, dem Volksaufstand in der DDR, der entlarvend wirke.

> Der Aufstand der Berliner Arbeiter gegen eine «Arbeiterregierung», der von den Panzern eines «Arbeiterstaates» unterdrückt werden musste, ist ein Wendepunkt in der Geschichte des Marxismus.[58]

Dass die Westmächte in diesem Fall nicht intervenierten, musste die NZZ akzeptieren, auch wenn sie nie einen Zweifel daran lassen sollte, dass die in Jalta begründete Sowjetherrschaft über die geknechteten ost- und mitteleuropäischen Länder moralisch wie politisch unannehmbar blieb. Sie hielt am Ziel einer – allerdings friedlichen – Revision der europäischen Verhältnisse fest, da Resignation in dieser Frage «den Opfern der Unterdrückung als Preisgabe erscheinen und ihren noch nicht gebrochenen Selbstbehauptungswillen an der Wurzel treffen könnte».[59] Wo aber, wie 1950 durch die nordkoreanische Überschreitung der Demarkationslinie, die Kommunisten über die 1945 etablierten Interessenssphären vorstiessen, da sah man dies als sowjetischen Versuch, «die Festigkeit der Aussenpolitik der USA auf eine Bewährungsprobe zu stellen», worauf die Amerikaner rasch und energisch reagieren müssten.[60] Dass Stalin hinter der Aggression stand, war für die NZZ unbestreitbar kraft «allgemeiner Er-

fahrung, dass alle Aktionen der Kommunisten in der ganzen Welt von Moskau aus gesteuert werden».[61] Gerade deshalb warnte die NZZ, wie die Administration Truman selbst, vor einem «asiatischen München», das «verheerende Folgen für die ganze übrige Welt auslösen müsste»; deshalb könne man, solange die Kampfbereitschaft bewiesen werde, militärische Rückschläge verschmerzen, dürfe aber niemals politische Konzessionen an den Gegner machen.[62] Diese Mahnung richtete sich an die «Appeaser» in der UNO, da «nur die von Amerika befürwortete Politik den Vereinigten Nationen das Schicksal des alten Völkerbundes ersparen kann, indem man rechtzeitig und sichtbar ‹die Linie zieht› zwischen der friedlichen Welt und der totalitären Welt, … die Linie, die man vor dem Zweiten Weltkrieg zu ziehen versäumt hatte».[63] «Die fatale Ähnlichkeit der Situationen»[64] liess die NZZ auch einen etwas kühnen Bogen schlagen von Truman zu seinem Vorgänger Roosevelt:

> Heute, wo der Nationalsozialismus kommunistischer Prägung und seine von Moskau aus geleiteten Armeen Freiheit und Menschenwürde bedrohen, wo er in Ostasien schon zum bewaffneten Angriff geschritten ist, hat sich der Welt eine ähnliche Stimmung bemächtigt wie an der Wende von den 1930er zu den 1940er Jahren. Und wieder ist es ein Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, der als einziger die Botschaft verkünden kann, die Hoffnung, Selbstvertrauen und starken Willen verbreitet.[65]

Mit dem fernöstlichen Kriegsschauplatz verband sich gleichzeitig die grosse Sorge, dass die Vereinigten Staaten durch die neue Front ihre Streitkräfte in Europa stark reduzieren könnten; gegen einen solchen Truppenabbau, aber auch für verstärkte Rüstungsmassnahmen der nach wie vor kriegsmüden Westeuropäer plädierte das Blatt vehement. Der Kampf zwischen Freiheit und Totalitarismus gehe unvermindert weiter, davon dürfe man sich auch durch Waffenstillstandsverhandlungen nicht ablenken lassen. Diese stellten bloss einen psychologischen Schachzug der Sowjets dar, um «die für jede Friedensgeste empfängliche öffentliche Meinung der westlichen Welt zu verwirren und aufzuspalten, in den sich heute zur Verteidigung gegen den aggressiven Kommunismus rüstenden Völkern das reichlich spät erwachte Bewusstsein für die Notwendigkeit und Dringlichkeit solcher Anstrengungen von neuem zu trüben und zu schwächen, ihre Wachsamkeit angesichts der fortdauernden Gefahr einzuschläfern…».[66]

Bei der NZZ, aber auch beim breiten Publikum in der Schweiz war diese Gefahr damals allerdings gering. Anders als in den Jahren ab 1933

und erst recht von 1940 bis 1945 war das Land und seine Presse in ihrem Kampf gegen den Totalitarismus nicht isoliert, sondern in einem westlichen Block auch militärisch recht gut aufgehoben; Rücksichten auf ausländische Drohungen oder inländische Zensurbehörden brauchte man auch nicht mehr zu nehmen. Im Kampf der freien Welt gegen den Kommunismus war die Schweiz zwangsläufig Partei, ja das Land selber definierte sich durch diesen Kampf auf verschiedenen Ebenen: durch militärische Rüstung, Wehrbereitschaft und Staatsschutzmassnahmen; durch eine Wirtschafts- und Sozialpolitik, auch zugunsten von unterentwickelten Ländern, «die die Überlegenheit der freiheitlichen Ordnung praktisch beweist»; und durch die Stärkung der internationalen Zusammenarbeit.[67] Oberstes Gebot der geistigen Landesverteidigung war die Einheit, da in der Schweizergeschichte Neutralität und Unabhängigkeit nie verletzt worden seien, solange das Land einig und wehrbereit gewesen sei.[68] Auch die Aufrüstung wurde als «Selbstverständlichkeit» angesehen, da die neutrale, nicht in militärische Schutzabkommen eingegliederte Schweiz sich bei der Abwehr des Kommunismus auf die «eigene Kraft» zu besinnen habe, um den Wall zu festigen, der «die geistige und politische Eigenart der Eidgenossenschaft» schütze.[69] Neben solchen Rückgriffen auf die Sonderfallrhetorik reflektierte die NZZ aber auch über die «Neutralitätspolitik im Wandel»:

> Wir haben als Schweizer ein vitales Interesse daran, dass Brandherde ausgelöscht werden, und wenn wir um Hilfe bei der Räumung einer Trümmerstätte angerufen werden, können wir uns der Aufforderung nicht einfach mit der Berufung auf das Neutralitätsrecht entschlagen. Korea ist der typische Anwendungsfall einer positiven Neutralitätspolitik.[70]

Im Sinn der vom freisinnigen Aussenminister Max Petitpierre ausgegebenen Nachkriegsdevise «Neutralität und Solidarität» befürwortete die NZZ die schweizerische Koreamission, obwohl die Rolle als «Neutrale des Westens» – mit Schweden an der Seite und Polen und der Tschechoslowakei gegenüber – in der Waffenstillstand-Überwachungskommission heikel war und innenpolitische Widerstände mobilisierte. Die NZZ hielt nicht nur dagegen, dass die verweigerte Mitwirkung zugunsten eines Waffenstillstands «in der Welt nicht verstanden worden» wäre.[71] Vielmehr gehöre Solidarität zur Neutralität, was man auch schon bei der Entwicklung des Völkerrechts und mit dem IKRK bewiesen habe; «denn es wäre unschweizerisch, nur schweizerisch zu sein».[72]

An der Neutralität selbst, als einer durch Geschichte, Geographie und föderativ-freiheitlicher Struktur gegebenen Besonderheit der Schweiz, hielt die NZZ jedoch ungebrochen fest.[73] Das zeigte sich 1952 in einem aufsehenerregenden Fall, als der Zürcher Geschichtsprofessor Marcel Beck in einer 1.-August-Rede dafür plädieren wollte, Alternativen zur Neutralitätspolitik zu erwägen – also konkret einen NATO-Beitritt. Wie gewohnt erhielt die NZZ den Redetext vorgängig, worauf Bretscher beim kantonalen Erziehungsdirektor intervenierte, der Beck dazu anhielt, die Passage aus der Rede zu eliminieren. Der erboste Professor gehorchte zwar, erwähnte aber in seiner Rede «im Verborgenen bleibende Gewalten», auf deren Geheiss die Behörden handelten; die NZZ wurde namentlich erwähnt. Bretscher verwahrte sich in seiner Replik gegen das «bequeme Klischee ‹Demokratie ist Diskussion›», wenn man damit «die hemmungslose öffentliche Erörterung auch der heikelsten Probleme und der ausgefallensten Theorien und Thesen» rechtfertige. Solche Debatten müssten in «ernster und verantwortungsbewusster Weise» erfolgen, etwa im Parlament, und ohne Exzess des Denkens und Sprechens. Der Chefredaktor meinte, dass die «neutralitätsfeindlichen» Passagen eines offiziellen Festredners einen peinlichen aussenpolitischen «Betriebsunfall» dargestellt und im In- und Ausland einen verwirrenden Eindruck hinterlassen hätten. Aber darüber hinaus lasse die Neutralitätskritik ein «echtes historisches Verständnis» für die Existenzbedingungen der Eidgenossenschaft vermissen. Angesichts solcher «Verantwortungslosigkeit» war Bretscher erleichtert, dass es «noch andere schweizerische Historiker gibt, die noch etwas mehr Achtung vor der Geschichte, mehr Verständnis für die Tradition und die Eigenart unseres Staates, mehr Liebe für die heutige eidgenössische Gemeinschaft besitzen, als in dem ‹eigenwilligen Kopf› des Ordinarius für Schweizer Geschichte an der Universität Zürich Platz zu haben scheint».[74]

Der Querdenker Beck sprach das grundlegende Spannungsverhältnis aus, das darin begründet lag, dass der Schweizer Staat sich Neutralität ausbedingte im Sinn des klassischen Völkerrechts des 19. Jahrhunderts, als Kriege reine Machtkonflikte waren; im 20. Jahrhundert wurden sie aber zu ideologischen Konflikten, und in diesen Konflikten verweigerten sich die Schweizer, und an vorderster Stelle die NZZ, der in diesem Bereich allein möglichen Neutralität, nämlich derjenigen der Gesinnung. Der – entsprechend umstrittene – Schnittpunkt dieser Sphären war der Osthan-

del, wo die Geschäftsinteressen von Einzelnen, die antikommunistische Überzeugung der überwiegenden Volksmehrheit und die Neutralitätspolitik des Staates aufeinander abgestimmt werden mussten. Die NZZ lehnte solche «Entwicklungshilfe für den Kommunismus» ab, sah aber ihre eigene Position als freien Gewissensentscheid des einzelnen Bürgers an, der in einem neutralen Staat weder durch staatliche Massnahmen noch durch «helvetisches Flagellantentum» erzwungen werden dürfe.[75] Das Spannungsverhältnis, dass man sowohl entschieden Partei sein wollte im Hinblick auf die geistige Auseinandersetzung als auch ebenso entschieden nicht Partei im Falle eines Krieges, konnte – und darauf zielte Bretschers Intervention – beschwiegen oder dann als historisches Sonderrecht des Kleinstaats beansprucht werden. Denn im Prinzip bestritt die NZZ stets, dass es dritte Wege zwischen den Blöcken geben könne, und mit entsprechend schwerem Geschütz argumentierte sie gegen Neutralisten der deutschen oder schwedischen Façon und gegen «Illusionen» der Blockfreiheit etwa in Jugoslawien oder Indien, die sie oft im «Fahrwasser Moskaus» ortete.[76]

Diese Haltung zeigte sich etwa, als der «unberechenbare» Chruschtschew Anfang 1959 einen Friedensentwurf vorschlug, der die Wiedervereinigung Deutschlands unter der Bedingung in Aussicht stellte, dass es neutralisiert werde und damit keine Bedrohung mehr für die Sowjetunion darstelle. Die NZZ wies angesichts solcher Verlockungen dezidiert darauf hin, dass es dabei nicht nur um das deutsche Anliegen der Wiedervereinigung ging, sondern um die kontinentale, ja planetarische Einordnung Deutschlands. Mit anderen Schweizer Publizisten befürchtete Bretscher, die «Neutralisierung» oder schon nur «Desatomisierung» eines grossen Territoriums – des westlichen Vorpostens – in Europas Mitte laufe auf etwas ganz anderes hinaus als die jahrhundertealte, bewaffnete Neutralität eines alpinen Kleinstaats – nämlich auf ein militärisches Vakuum, das die führende europäische Kriegsmacht, die Sowjetunion, jederzeit ausnützen könne, sei es für Erpressungen, sei es für ungehinderte militärische Operationen.[77] Diese Position fand im «grossen Kanton» nicht immer Verständnis, wo der SPD-Exponent Herbert Wehner meinte, die NZZ wolle «im Auftrag der Zürcher Grossbanken die Wiedervereinigung Deutschlands» verhindern.[78] Ähnlich empfanden manche Mitglieder der an sich geistesverwandten, aber vom unseligen nationalistischen Erbe nicht freien deutschen FDP, deren streitbarer und umstrittener Vorsitzen-

der Thomas Dehler 1958 sogar vor dem Zürcher Bezirksgericht gegen seine Charakterisierung in einem NZZ-Bericht klagte. Ihre Stellungnahmen wurden auch anderswo nicht nur ernst genommen, sondern als inkonsequente Schulmeisterei abgetan: Weshalb sollten die Schweizer, die – wie die «Süddeutsche Zeitung» 1958 schrieb – auf ihrer eigenen Neutralität «hoch zu Ross» sassen, den Deutschen den Schweizer Weg verwehren? Weil die Grösse, die geographische Lage und die Vergangenheit der Schweiz eine ganz andere sei, liess sich aus Bretschers Replik schliessen.[79]

Eine Ausnahme war Österreich, denn hier bot sich die Neutralität als Möglichkeit, das sowjetische Glacis zurückzuschieben. Die NZZ hatte wie gezeigt Österreichs mangelnde geistig-politische Abwehrbereitschaft gegen den Nationalsozialismus stets als abschreckendes Beispiel gesehen, aber konsequenterweise kaum an der Selbsttäuschung vieler Österreicher gekratzt, die ihr Land exklusiv als Hitlers erstes Opfer sehen wollten. Auch nach dem Krieg hatte die NZZ ihre österreichischen Leser – anders als die deutschen – nicht mit Aufforderungen zur «Vergangenheitsbewältigung» konfrontiert.[80] Vielmehr sollten die Westmächte aus strategischen Gründen die Lektionen aus den Vorkriegsereignissen ziehen und das Alpenland als Puffer erhalten: «Wenn die Sowjetunion Anspruch auf alleinige Beherrschung dieser Schlüsselposition erheben sollte, wären die Folgen nicht weniger schlimm als im Jahre 1938 die Konsequenzen des deutschen Einmarsches in Österreich.»[81] Die «kluge» Nachkriegspolitik der Österreicher fand Anerkennung, doch als die Sowjetunion das Alpenland im Frühjahr 1955 als «Eisbrecher» in der internationalen Diplomatie einsetzte, sah man dies in erster Linie als Reaktion darauf, dass die Bundesrepublik Deutschland soeben in den Pariser Verträgen als NATO-Mitglied aufgenommen worden war. Gebrochen werden sollte also laut NZZ nicht das Eis des kalten Kriegs, sondern die «sich konsolidierende Front des Westens».[82] Damit wurde die sowjetische Einwilligung in den Staatsvertrag und die Neubildung Österreichs als souveräner Staat mit einer der Schweiz nachgebildeten Neutralität allein als «Frucht der Politik der Stärke» gedeutet.[83] Dasselbe galt für das Koexistenzprogramm, das die Sowjets vorlegten und das die NZZ insofern beunruhigte, als die an sich begrüssten Verhandlungen der Grossmächte «gefährliche Illusionen» wecken könnten, zumal sie in «unheimlichem» Tempo anberaumt wurden. «Die Mächte scheinen in einem Wettlauf um die Gunst der Völker begriffen zu sein, die sich nach Frieden und Ruhe sehnen.»[84]

Seit Stalins Tod warnte die NZZ aber gerade vor der Illusion, dass die Entspannungsrhetorik eine über das Formale hinausreichende, grundlegende Änderung der russischen Aussenpolitik ermögliche. Die «mit stalinistischen Methoden» betriebene Entstalinisierung am XX. Parteikongress habe zwar einen folgenreichen Prozess eingeleitet: «Der einst abgöttisch verehrte Diktator ist vom Sockel seines Ruhmes gestürzt worden, und zerfetzt liegt die Legende seiner genialen Gaben und heroischen Taten im Staub.» Das «neue russische Märchen vom bösen Stalin und vom guten Lenin» sei aber bloss der «Versuch einer grandiosen Irreführung».[85] Die ideologisch-politische Eroberungsstrategie habe sich nicht aus der Person des Diktators, sondern aus dem monolithischen Wesen und der Methodik der bolschewistischen Diktatur ergeben, die von Anfang an einen radikalen Bruch mit der Wertordnung des Westens vollzogen und Willkürherrschaft, Terror und Unmenschlichkeit praktiziert habe.[86] Die neue Sowjetführung sei in mancher Hinsicht wieder von der brutalen, aber tendenziell konservativen grossrussischen Politik Stalins zum weltrevolutionären Expansionismus Lenins zurückgekehrt. Chruschtschews Leute wollten dem Kalten Krieg nicht absagen, sondern ihn risikoloser und ertragreicher führen, nämlich über die Schwächung der politischen und militärischen Integrationsbestrebungen im Westen und über revolutionäre, «antiimperialistische» Bewegungen in der Dritten Welt.[87] «Der Kalte Krieg geht auf allen sich über den Erdball erstreckenden Fronten weiter, und die auf lange Fristen angelegte kommunistische Strategie bleibt die gleiche.»[88] Dies gelte es angesichts einer oft schwankenden und zu Wunschdenken neigenden öffentlichen Meinung nüchtern und standhaft festzuhalten, denn je entschlossener man bei der NATO, aber auch in der Schweiz daraus die – verteidigungspolitischen – Konsequenzen ziehe, «um so geringer wird wahrscheinlich auch die Gefahr, dass der fortdauernde kalte Krieg in den heissen Krieg umschlagen könnte». Allein die innere und äussere Stärke der freien Welt könne dazu führen, dass Sowjetrussland sich dereinst ohne neuen Weltkrieg aus dem Zentrum Europas zurückziehe.[89] Die Zürcher Kassandrarufe sahen sich im Oktober 1956 bestätigt, als der in Hitlerscher Manier «erdrosselte» Ungarnaufstand alle – verfrühten – Illusionen über einen gewandelten Charakter der im «Suprastalinismus» gefangenen Sowjets zerstörte:

> Was feststeht und woran wir uns heute zu halten haben, das ist die Tatsache, dass das bolschewistische Regime im Augenblick, da ein unterdrücktes Volk seine Ketten zu lösen versuchte, diese Erhebung mit äusserster Härte durch die Intervention der

> Sowjetarmee niedergeworfen hat. …Zum erstenmal ist es der Welt vollkommen klar geworden, dass in der trüben Mischung von kommunistischer Heilslehre, russischem Nationalismus und antiwestlerischem Panslawismus, die der Bolschewismus darstellt, das Element der Macht und die Idee der Weltherrschaft den Vorrang vor allen geistigen, ideologischen Bestandteilen haben und die eigentliche Substanz des Sowjetkommunismus ausmachen.[90]

Die grosszügige Aufnahme von Flüchtlingen, die zahlreichen abgedruckten Leserbriefe und der schweizerische Olympiaboykott zeigten, dass die Bevölkerung sich in ihrem empörten Entsetzen einig wusste. Auch die sozialdemokratische Berner «Tagwacht» plädierte für «die moralische Ächtung der Aggressoren» und die Basler «Arbeiter-Zeitung» wollte die einheimischen Kommunisten als «politisches Lumpenpack» direkt nach Moskau verfrachten.[91] Darüber hinaus ging in der NZZ Ernst Bieri, der in der innenpolitischen Auseinandersetzung nicht nur eine scharfe Feder führte, sondern gelegentlich auch die grobe Keule schwang. Für «unbequeme Fragen an der Wohnungstüre und am Telephon» verwies er auf den Kunsthistoriker und PdA-Exponenten Konrad Farner und druckte gleich auch dessen Privatadresse ab. Diese Verletzung des Persönlichkeitsschutzes führte dazu, dass sich eine empörte Menschenmenge mit dem Ruf «Hängt ihn» vor dem Hause Farners versammelte und unter anderem seinen bespuckten und mit Steinen beworfenen Kindern den Schulbesuch verunmöglichte.

Der Fall Bieri/Farner war nicht völlig singulär, aber insofern eine – später von Bretscher ausdrücklich bedauerte – Ausnahme, als die NZZ McCarthy-Methoden ablehnte. Der amerikanische «Kommunistenjäger» wurde früh als unseriös und gefährlich charakterisiert und dann als ein «Testfall für den Liberalismus» angesehen, ja als «Feind der Demokratie» bezeichnet.[92] Der langjährige USA-Korrespondent Werner Imhoof ging mit der amerikanischen Presse einig, dass die schliesslich im Herbst 1954 gegen McCarthy erlassene Tadelsmotion «die Lebensfähigkeit der amerikanischen Demokratie beweise und … die Würde des Senats nach Jahren der Erniedrigung wieder herstelle».[93] Bei allem Engagement für den Staatsschutz wollte die NZZ in der Schweiz keine Hexenjagden, zumal wenn es sich um unspezifische Vorwürfe handelte. Im September 1950 erhielt das Blatt einen längeren Artikel, der unter anderem mit Bezugnahme auf die – im internationalen Vergleich – rasche diplomatische Anerkennung Rotchinas, aber ohne konkrete Namensnennung vom «in eingeweihten Kreisen bekannten Ruf» handelte, «wonach das Politische Depar-

1955:
So ist den Liberalen die schwierige und heikle Aufgabe auferlegt, die Freiheit nach zwei Seiten zu wahren und zu verteidigen, indem sie mit Mut und Entschlossenheit den Kampf gegen die kommunistischen Umsturzbewegungen führen und jene Massnahmen zur Beschränkung der Freiheit treffen, die für den Erfolg dieses Kampfes nötig sind, gleichzeitig jedoch sorgfältig und gewissenhaft darüber wachen, dass die Abwehr des Kommunismus nicht zum Anlass und Vorwand der Schaffung einer die geistige Freiheit gefährdenden Inquisition à la McCarthy genommen werden kann.*
* NZZ, 14. 7. 1955, Bretscher, Spannungsfeld, 1991, S. 140.

tement von Salonkommunisten und kommunistischen Sympathisanten durchsetzt sei». Bretscher veröffentlichte den gegen «anpasserische Gesinnung» gerichteten Beitrag nicht, sondern schickte ihn dem zuständigen (freisinnigen) Aussenminister Max Petitpierre, der den Artikel als «visiblement inspiré» und unbegründet abtat.[94]

Das Rezept der NZZ war nicht McCarthyismus, sondern ausdauernde Prinzipienfestigkeit, wie sich das etwa 1957 im Kommentar zum Sputnik-Schock zeigte, womit man den westlichen Panikreaktionen entgegentrat: «Der Gleichmut angesichts des neuen russischen Kraftbeweises im Wettkampf der Mächte ist aber nur zu rechtfertigen, wenn er sich mit einer ernsthaften Steigerung der Anstrengungen der freien Welt paart.»[95] Nicht nachgeben, so lautete auch in der «Disengagement»-Diskussion von 1958 die Devise: «Sie lässt die Frage aufsteigen, ob die freie Welt im Begriff steht, den kalten Krieg zu verlieren, ob die Demokratien nicht die Geduld und die Kraft, den Mut und die Ausdauer besitzen, in der sich über längere Zeiträume erstreckenden Auseinandersetzung mit ihrem entschlossenen, schlauen und zähen Widerpart durchzuhalten.» Bretschers Frage beanspruchte eine «tiefere Einsicht in das Wesen des Kommunismus», die man nicht nur naiven Sozialdemokraten, sondern auch einem konservativen englischen Premier wie Harold MacMillan oder ganz allgemein den konfliktscheuen Demokratien des Westens absprach.[96] Der Hauptgegner war in dieser Frage allerdings ein Mann, dem man Blauäugigkeit kaum vorwerfen konnte: George Kennan, der amerikanische Diplomat, der 1947 in einem aufsehenerregenden Artikel Truman zum «containment» geraten hatte, zur Eindämmung der Sowjetunion. Zehn Jahre später plädierte derselbe Kennan für einen Rückzug beider Supermächte aus Europa und für die Neutralisierung Deutschlands. Die NZZ kritisierte in einer Reihe von Artikeln das «Disengagement»-Konzept, gewährte aber auch Kennan Platz für seinen Standpunkt.[97] Das Blatt mochte weder den Kommunisten

mit ihrem Anspruch der Weltrevolution noch den Russen als osteuropäische Hegemonialmacht trauen in einem Kampf unvereinbarer Prinzipien, ja Zivilisationen, bei dem es um Freiheit und Sicherheit und letztlich um Leben und Tod ging. Solange der Gegenspieler einer totalitären Ideologie anhing, die ein unkriegerisches Nebeneinander konkurrierender Gesellschaftssysteme auch aus ihrem weltgeschichtlichen Wahrheitsanspruch nur als Provisorium und Vorstufe der zwingenden nächsten Revolutionsetappe dulden könne, seien substanzielle Veränderungen in der Sowjetunion unmöglich. Wer der entsprechenden Rhetorik und den «Manövern» etwa Chruschtschews aus reinem Wunschdenken heraus vertraue und der Sowjetunion mit dem strategischen Gleichgewichtsdenken des 19. Jahrhunderts zu begegnen trachte, handle fahrlässig. Der Westen müsse stets und unbedingt geeint auftreten, wie immer wieder vor allem im Hinblick auf reale französische und mögliche deutsche Sonderwege gefordert wurde.

Auf die Frage, wieweit die Russen von möglicherweise historisch berechtigten oder zumindest verständlichen Bedrohungsängsten getrieben waren, brauchte man so lange nicht grundsätzlich einzugehen, als sie andere, widerwillige, aber schwächere Völker als Geisel ihres Schutzbedürfnisses missbrauchten. Um deren Schicksal zu entgehen, mussten die westlichen und vor allem die westeuropäischen Staaten, die Schweiz eingeschlossen, geduldig und mit den entsprechenden Kostenfolgen ihre Abwehrbereitschaft manifestieren. Weder die Sirenengesänge der friedlichen Koexistenz noch Drohungen mit dem Atomtod oder die Angst davor durften von dieser langfristigen Maxime abhalten, ehe der Kampf im Selbstvertrauen der Überlegenheit und dank fester Nervenkraft ausgestanden war – das blieb auf Jahrzehnte die Devise der NZZ. Wie schon bei der publizistischen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus umgab sich Bretscher mit einigen Spezialisten, die den Marxismus aus Distanz analysierten, da eine Korrespondentenstelle im totalitär kontrollierten Osteuropa wenig Erkenntnis versprach; von dort stammten aber der Deutschtscheche Ernst Kux und der Pole Bohdan Osadczuk, die ab 1956 fest für das Blatt schrieben. Die Aufklärungsarbeit war, wie Bretscher festhielt, ein Beitrag zum «Durchhalten in dem abscheulichen Nervenkrieg, den Moskau pausenlos gegen die freien Völker führt».[98] Sein Freund und Mitstreiter in der Liberalen Weltunion, der regelmässige NZZ-Leitartikler Salvador de Madariaga, ging am 1. August 1963 noch

weiter: «Abrüstung, Beschränkung der Nuklearwaffen, ewiger Friede und des Ende des kalten Krieges setzt nicht mehr und nicht weniger voraus als das Verschwinden des Kommunismus», denn dieser werde nie auf sein Ziel verzichten – die Bolschewisierung der ganzen Welt.[99] Ob dieser Abwehrkrieg letztlich erfolgreich bestanden werden konnte, war zwar unklar; aber für die NZZ bestand die Alternative zum unsicheren Untergang im sicheren Untergang, nämlich in der Kapitulation der freien Welt vor den totalitären Waffen und «Propagandaoffensiven» – eine Wiederholung von «München». Solche Parallelen blieben erkenntnisleitend für die NZZ, «auch auf die Gefahr hin, dass sogar wohlmeinende Kritiker mit einem Unterton des Tadels wiederum die Frage aufwerfen, ob nicht die «NZZ» die kommunistische Gefahr allzusehr mit der nationalsozialistischen Gefahr von ehedem identifiziere».[100]

Aus dieser Grundhaltung heraus unterstützte das Blatt kompromisslos Adenauers Politik der Westbindung und der Wiederbewaffnung der Bundesrepublik sowie die Stationierung von amerikanischen Atomwaffen in Deutschland. Das Liebäugeln der SPD mit einem von der UdSSR vorgeschlagenen, kollektiven Sicherheitssystem in Europa fand dagegen keine Gnade. Zur Erleichterung der NZZ, die sich weiter um «die noch keineswegs robuste und widerstandsfähige Pflanze der Demokratie in Deutschland» Sorgen machte, wurde der Kurs der CDU 1957 von der Bevölkerung erstmals mit einer absoluten Mehrheit der Stimmen honoriert.[101] Schon im Vorjahr hatte die NZZ angesichts der gehaltvollen Parlamentsdebatten über die Wehrpflicht festgehalten, dass sich inzwischen ein «besseres Deutschland» etabliert hatte, in dem das Parlament nicht mehr als «Quatschbude» desavouiert werden konnte.[102] Nach dem etwas skandalumwitterten, angeblich von höherer deutscher Stelle veranlassten Wechsel Geilingers von Bonn nach Rom berichtete nun Fred Luchsinger aus der Bundeshauptstadt. Zwischen ihm und Adenauer entstand ein persönliches – von den Zeitgenossen in seinen konkreten Folgen allerdings eher überschätztes – Vertrauensverhältnis. Sie trafen sich regelmässig zu Hintergrundgesprächen, bei denen der alte Kanzler viele seiner Überlegungen im Gedankenaustausch auf ihre Stichhaltigkeit und das mögliche internationale Echo hin testete. Luchsinger wurde darob allerdings nicht unkritisch: Zu den Defiziten in der Innenpolitik, die für Adenauer sekundär blieb, zählte das Blatt Versäumnisse «bei der personalpolitischen und erzieherischen Ausmerzung von Relikten des Dritten Reichs».[103] Dass

Adenauers hartnäckiges und gelegentlich auch illoyales Festhalten an der Macht, etwa beim Liebäugeln mit einer Kandidatur für das Amt des Bundespräsidenten, manchenorts zu «Abneigung, Verbitterung, ja Hass» führte, entging den NZZ-Kommentaren nicht. Klar war trotzdem, dass er die dominierende Gestalt der deutschen Politik blieb und ihm «kein auch nur annähernd ebenbürtiger Gegenspieler erwachsen ist, was Autorität, Anziehungskraft und Einprägsamkeit bei den Massen betrifft».[104]

Einen «höchst fragwürdigen persönlichen» Angriff auf den Oppositionsführer Willy Brandt kreidete allerdings auch die NZZ dem Bundeskanzler an, weil er sich nicht «als ein für das Ganze verantwortlicher Staatsmann geäussert hätte» – und dies im August 1961, als Berlin abgetrennt und die Mauer gebaut wurde.[105] Schon im Vorjahr hatte die NZZ in der sowjetischen Aussenpolitik ein «Element von Hysterie» ausgemacht, das die Proportionen und Realitäten dieser Welt zu verkennen scheine: «Chruschtschews Nervenkrieg hat die Grenze erreicht, da er mehr als ein Nervenkrieg zu werden droht.»[106] Vor diesem Hintergrund wurde denn auch die «durch keine ernsthafte lokale Schwierigkeit gerechtfertigte» Berliner Mauer in erster Linie nicht als Zeichen der Schwäche (der DDR) interpretiert, sondern als aggressive Herausforderung an den Westen. Durch einen versuchten Expansionsschritt bewege sich Chruschtschew in der eroberungslustigen Tradition Hitlers, meinte das Blatt – obwohl die Erinnerung an Stalins Blockade näher gelegen hätte. Es gehe darum, vom archimedischen Punkt Berlin aus dem Westen bei der Entfaltung der historischen Dialektik nachzuhelfen und die atlantische Gemeinschaft ins Wanken zu bringen.[107] Wie der darob entsetzte Luchsinger von Bundesinnenminister Schröder «off the record» erfuhr und wohlweislich auch für sich behielt, dachte damals sogar dieser CDU-Exponent daran, Berlin preiszugeben und im Westen, linksrheinisch zwischen Köln und Bonn, wieder aufzubauen.[108] Anders klang es in Zürich, wo Bretscher auch in der Berlinkrise von 1961 an den «hochgemuten Pessimismus» appellierte. Er sah ihn zusammen mit dem «unbedingten Willen zur nationalen Selbstbehauptung» als geistigen und moralischen schweizerischen Beitrag zur europäischen Schicksalsgemeinschaft, womit «wir uns heute wiederum wie in früheren Jahrzehnten für jede an uns herantretende geschichtliche Prüfung rüsten» – auch wenn «unserm kleinen Staat jeder direkte Einfluss auf die Ereignisse und Entwicklungen dieser spannungsvollen Wochen und Monate versagt ist».[109]

Ein Jahr später sah sich das Blatt mit einer neuen Verschärfung des kalten Kriegs konfrontiert, in der dieser letztmals zu einem heissen zu eskalieren drohte. Nach der Stationierung sowjetischer Raketen auf Kuba stand viel mehr auf dem Spiel als das Schicksal von Castros Revolution: «Es geht heute im Grunde um das Gleichgewicht der Macht, das den Weltfrieden mühsam erhält.»[110] Der glimpfliche Ausgang der Krise, während der man sich am Rand des Atomkriegs bewegte, bewies für die NZZ einmal mehr, dass der Sowjetmacht und gerade dem sprunghaften Chruschtschew nur durch Festigkeit und Nervenstärke begegnet werden konnte. Das Gleichgewicht der nuklearen strategischen Vernichtungswaffen arbeite offenbar nicht nur – wie bisher angenommen – gegen den Westen, sondern auch gegen die Sowjetunion. «Moskau verfügte nicht über die geeigneten Mittel, um die Kraftprobe weiterzuführen, ohne die Gefahr einer grossen nuklearen Auseinandersetzung heraufzubeschwören. Es musste sie deshalb abbrechen.»[111] Hatte man in der Berlinkrise eine entschiedene Reaktion vermisst, so war man diesmal über Kennedys Vorgehen glücklich. Die NZZ hatte bereits 1960 im Wahlkampf klar gemacht, dass sie ihn Nixon vorzog, weil Kennedy den «grösseren Sprung in den Aktivismus» versprach als der Republikaner, der als Vizepräsident Eisenhowers mit dessen «Stillhalten» gegenüber dem kommunistischen Imperialismus identifiziert wurde.[112] Kennedys Ermordung war am 22. November 1963 Anlass für ein Extrablatt und wurde auch als Stichdatum eines neuen Medienzeitalters analysiert, in dem das Fernsehen ein ungefiltertes, schonungsloses und unverzögertes Spektakel vor dem Bildschirm ermöglichte: «Nie zuvor hat ein Volk einen kritischen Moment seiner Geschichte so unmittelbar und intensiv selber miterlebt.»[113]

Neue Übermittlungstechniken und Massenmedien hatten nicht nur die Vereinigten Staaten dem Alten Kontinent nähergebracht. Vor dem Hintergrund von heissen «Stellvertreterkriegen» und kalten ideologischen Kriegen, welche immer auch die ganze Welt betrafen, hatte die NZZ ihr Augenmerk – im Vergleich mit anderen deutschsprachigen Presseerzeugnissen wohl am frühsten und intensivsten – auch dem Prozess der Entkolonialisierung zugewandt und dem, was sich bald als Dritte Welt manifestierte. Zu Informationsreisen von Auslands- und Wirtschaftsredaktoren kamen um 1960 die eigenen Korrespondentenberichte aus neuen Destinationen wie Beirut, Nairobi oder Delhi hinzu. Allerdings hatte etwa der Londoner Korrespondent bereits vor dem Krieg die indi-

1955:
Es gibt ein gemeinsames Erbe der Liberalen aller Zeiten, aller Länder und aller Parteien: die Verpflichtung auf den Kampf für den Menschen und für eine menschliche Ordnung.*
* Bieri, Die Aufgabe des Liberalismus, NZZ 1780–1955, 1955, S. 43.

sche Sezessionsbewegung und ihre Galionsfigur Gandhi wiederholt behandelt, dessen Pazifismus sie dann 1942 unverhohlen kritisierte, da er die militärische Verteidigung des Landes (gegen Japan) erschwerte.[114] Die 1947 angekündigte Unabhängigkeit Indiens sah die NZZ nicht nur als «tragischen Verzicht» von England, sondern als «Zeitenwende» für ganz Europa, weil sie «mit symbolischer Kraft die Erschöpfung, die Machtlosigkeit des alten Kontinents bestätigt». Mit Recht befürchtete man einen Bürgerkrieg zwischen Muslimen und Hindus «in einem sich selbst überlassenen Indien» und machte sich Sorgen, ob die Sowjetunion diese Situation ausnutzen werde, was die «zunehmende Aktivität der Kommunisten» befürchten lasse.[115] In den folgenden Jahren vermerkte man an der Falkenstrasse mit einer gewissen Genugtuung, dass Nehrus Indien nicht den idealistisch beanspruchten Mittelweg neutraler Blockfreiheit gehen konnte, sondern sich mit eigenen Aggressionsschritten (gegen Goa) und im Abwehrkrieg gegen das kommunistische China der Realpolitik unterwarf.[116]

Die NZZ verkannte allerdings nicht die gewaltigen Probleme, die auf die jungen Staaten zukamen, und wollte diesen gegenüber keine «verständnislos-selbstgerechte Haltung» einnehmen wie frühere Europäer. Gerade wenn man deren eigene, knapp zurückliegende oder anhaltende totalitäre Verirrungen bedachte, waren in den Entwicklungsländern «Abweichungen vom geraden Pfad der politischen Tugend» und von der Demokratie zu erwarten und auch zu rechtfertigen. Die NZZ prognostizierte jedenfalls 1960 für die meisten von ihnen «eine mehr oder weniger aufgeklärte, durch Mentalität und Klima gemilderte Diktatur» und suchte, auch mit Forumsbeiträgen, vor allem nach Wegen, um über eine liberale Entwicklungspolitik die wirtschaftlichen Voraussetzungen politischer Modernisierung zu schaffen.[117] Überlagert wurde die Dekolonialisierung aber für die NZZ erneut durch den Systemgegensatz. Akzeptabel war eine «gemilderte Diktatur» nur, sofern sie nicht kommunistisch oder sonst moskauhörig war. Das zeigte sich nicht nur in der Kongokrise, die ausbrach, als Belgien das zukünftige Zaire überstürzt aus der Kolonialherr-

schaft entliess. Die NZZ sah den Grund für die Unruhen in der «politischen Unreife» des kongolesischen Volkes, in dem alte Stammesrivalitäten hervorbrächen. Zugleich wurde aber betont, dass der Kongo im Ost-West-Konflikt «von lebenswichtiger Bedeutung für die freie Welt» sei und kommunistischer Einfluss im Herzen Afrikas «für den ganzen Kontinent eine schwere Bedrohung» bedeute.[118] Obwohl das Blatt sah, dass die Konfliktlinie nicht einfach nach den Regeln des kalten Kriegs verlief, sondern vielmehr «diffus», war die Rollenzuteilung klar: «Die freie Welt sucht mit Behutsamkeit, auf dem Umweg über die Vereinigten Nationen, Ordnung zu wahren und für einen Ausgleich zu wirken, während das andere Lager alles tut, um die Unrast zu erhöhen und Chaos zu stiften.»[119]

Immer stärker verwoben sich regionale und globale Konfliktlagen auch im Nahen Osten, wo Israel um seine Existenz kämpfte. Die NZZ hatte die Idee eines Judenstaats schon vor dem Zweiten Weltkrieg als unausweichlich angesehen und auch unterstützt,[120] aber bereits 1927 auch vor der Illusion gewarnt, es gebe kein arabisch-jüdisches Problem: Die unvereinbaren Herrschaftsansprüche mit ihrer je eigenen Legitimität stellten «im Nahen Osten einen gefährlichen Brandherd» dar, zumal wo es um die heilige Stadt Jerusalem gehe: «Eine einseitige Lösung zugunsten einer Partei ist dabei wohl ausgeschlossen.»[121] Nach dem Holocaust war es für sie offensichtlich, dass den Überlebenden «nicht zugemutet werden könne, gegen ihren Willen am Schauplatz des ungeheuerlichsten Verbrechens, das je an einem Volk begangen wurde, zu verharren» – die Auswanderung nach Palästina war das naheliegende Ventil.[122] Beim Abzug der nicht sonderlich glücklichen Mandatsmacht Grossbritannien im Mai 1948 hoffte das Blatt zwar weiter auf einen Ausgleich zwischen Israeli und Palästinensern, den aber die «klägliche Ohnmacht internationaler Organisationen» nicht habe vermitteln können: «Die Welt steht vor der bitteren Tatsache, dass zwei Völker entschlossen sind, einander das Heilige Land mit der Waffe streitig zu machen».[123] Die NZZ verurteilte die Attentate jüdischer Terroristen, betrachtete aber insgesamt die Araber als Angreifer, weil sie die Teilung Palästinas verhindern wollten. Aus demselben Grund äusserte man 1956 Verständnis für den israelischen Angriff im Suezkrieg, ging es doch darum, den arabischen Erdrosselungsversuchen entgegenzutreten.[124] Von nun an wurde der Nahe Osten vor dem Horizont des Ost-West-Gegensatzes betrachtet und zu einer Zone erklärt, in der es um das Schicksal Europas und damit auch Amerikas gehe.[125] Emo-

tionen und dunkle Rachegedanken bestimmten die arabische Politik, «und solange es eine Macht, die Sowjetunion, gibt, die entschlossen ist, sich dieser Neigung für ihre eigenen Zwecke zu bedienen, ist eine dauerhafte Friedensregelung noch nicht in Sicht».[126]

Entsprechend positiv bewertete die NZZ, dass die USA auch hier, zulasten der Briten, «die Führung der freien Welt» übernahm und insbesondere dem Panarabismus des ägyptischen Präsidenten Abd el-Nasser entgegentrat.[127] Dessen imperialistisches Machtstreben beruhe wie bei Hitler auf «Subversion und Taktik», um die Regimes der anderen arabischen Völker zu unterwandern.[128] Nasser erschien 1967 auch als der Hauptverantwortliche für den Sechstagekrieg, in den er die arabischen Völker in verblendeter Weise missgeleitet habe.[129] Die Sympathien der NZZ für den Judenstaat zeigten sich auch darin, dass sein Existenzkampf mit der Terminologie der geistigen Landesverteidigung beschrieben wurde.

> Die politische und moralische Stellung Israels vor dem Forum der Weltöffentlichkeit ist heute ebenso stark wie 1948 und nicht zu vergleichen etwa mit derjenigen zur Zeit des Sinaifeldzuges. Wie im Jahr 1948 sieht sich der als vollwertiges Mitglied der Völkergemeinschaft anerkannte israelische Staat von Feinden umringt, die ihren Willen offen proklamieren, ihn wieder von der Landkarte zu tilgen. Israel kann sich in seinem Kampf auf sein unabdingbares Recht berufen, sich als unabhängiger Kleinstaat selbst mit Waffen zu schützen.[130]

Ein weiteres «grosses Drama der Geschichte» focht die panarabische Bewegung ab 1954 in Algerien gegen die «zivilisatorische Mission» Frankreichs aus. Für die NZZ stand dabei anfangs die «Rassenbewegung» algerischer Terroristen im Vordergrund: Der französische Widerstand dagegen dürfe nicht als Faschismus bezeichnet werden.[131] Doch schon bald wurde den französischen Siedlern eine nicht unerhebliche Mitschuld an der Verschärfung der Gegensätze zugeschrieben, weil sie ihre Privilegien rücksichtslos verteidigten. Als phantasielos erwiesen sich auch die Politiker im Mutterland. Anders als die «heillos zersplitterte Nationalversammlung» war die NZZ 1957 überzeugt, dass die algerische «guerre à outrance» nicht mehr durch Machtmittel zu bewältigen sei: «Die Frage ist gestellt, ob Frankreich sich in Algerien verbluten oder sich den Verzicht auf die Herrschaft abtrotzen lassen will.»[132] Das Scheitern der repressiven Kolonialpolitik gründe in der Widerstandskraft des Islam, an dem alle Assimilierungsversuche abprallten, und im Nationalismus, der in Algerien zur Psychose ausgeartet sei; zudem habe die demographische Entwicklung die einheimische Bevölkerung stark wachsen lassen und viele

«Hungerleider» geschaffen.[133] Nach dem Armeeputsch von 1958 gegen die Vierte Republik lagen in Frankreich die Hoffnungen der Intransigenten beim neuen Präsidenten De Gaulle. Doch die NZZ anerkannte schon bald, dass der General mit seiner «staatsmännischen und weitblickenden Konzeption» einen anderen Weg ging und sich trotz massiven innenpolitischen Widerständen zu einer «algerischen Republik» bekannte, womit der «Nebel der zweideutigen Formeln» durchstossen sei.[134] Mit dem Waffenstillstand von 1962 begann dann «ein neuer Abschnitt der Geschichte»: «Der imperiale Gedanke, der auf der Präsenz der französischen Macht auf beiden Ufern des Mittelmeeres beruhte, hat ausgespielt.»[135]

Das Lob der Falkenstrasse war Charles de Gaulle jedoch nicht immer gewiss. Man sah den autoritären General in seiner «frostigen Einsamkeit» und in seiner Selbstidentifikation mit Frankreich bereits in der unmittelbaren Nachkriegszeit als gefährlich an. «Der geborene, vom Schicksal auserlesene Führer, der ‹Rasssembleur›» aller Franzosen weckte wenig Vertrauen, wenn er die Vierte Republik liquidieren und die «Jammergestalten» von Parlamentariern und Ministern verjagen wollte. Er bediene sich der Demokratie, um die Demokratie zu deformieren, und könne sich dabei auf den volkstümlichen Ruf nach dem «Starken Mann» stützen, den die Franzosen in ihrer säkularen bonapartistischen Neigung nie ganz abgelegt hätten.[136] Als der General in einem «abstrakten Staatsstreich» dann tatsächlich 1958 der Vierten Republik ein Ende bereitete, sah allerdings auch die NZZ, wie die Mehrheit der Franzosen, in ihm den «überlegenen Schiedsrichter», der dem kräftezehrenden Algerienproblem ein Ende bereiten könne.[137] Die wiedererlangte Stabilität tröstete die Franzosen über die Verfassungsbrüche De Gaulles hinweg, welcher der Fünften Republik eine auf ihn zugeschnittene Verfassung gab und damit tatsächlich in bonapartistischer Tradition ein «Präsidialregime, verbunden mit der Institution des Referendums», an die Stelle der parlamentarischen Demokratie setzte.[138]

De Gaulles Gedankenwelt war «durch Kategorien der Macht, der Geographie, der Tradition und der Geschichte bestimmt, die streckenweise stark archaische Züge tragen».[139] Seine autoritären und nationalistischen Vorstellungen hatten nicht nur Auswirkungen im Hexagon, sondern betrafen durch eine «unrealistische» Aussenpolitik auch Europa und die Welt – und, über die Ethnisierung des Juraproblems, die Schweiz. Die französische «Obstruktion» des britischen Beitritts zur Europäischen

Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) gründe nicht nur in den wirtschaftlichen Differenzen etwa in Zoll- und Agrarfragen, sondern auch im Nationalismus und in machtpolitischer Eifersucht gegen einen möglichen Konkurrenten.[140] Letztlich bedeute die Isolierung Grossbritanniens für die «freie Welt» ein gefährliches «offenes Zerwürfnis» und zerstöre ihre «solide Front».[141] Erst recht war dies für die NZZ der Fall, als der «ehrgeizige Unabhängigkeitswille des gaullistischen Regimes» mit seiner antiamerikanischen, «nationalistisch-chauvinistischen Note» eine eigene *Force de frappe* aufbaute und Frankreich aus den militärischen Strukturen der NATO löste: Das war für die NZZ ein fataler «Angriff auf die westliche Einheit».[142] Die französische Europa- und Verteidigungspolitik führte in «Anachronismen, die man lange für überwunden gehalten hatte – bis der General sie wieder entdeckte».[143] Seine Idee «einer völligen Unabhängigkeit der Nation» könne anderswo ähnliche Bestrebungen provozieren, einen «Sekundärnationalismus», der einen «neuen Zerfall gesamteuropäischer Politik in divergierende Politik europäischer Nationalstaaten» nach sich ziehen könnte.[144]

Die eindeutigen Warnrufe entsprangen dem komplexen Europa-Konzept, das die NZZ – im Untertitel zugleich «schweizerisches Handelsblatt» – in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht in diesen Jahren entwickelte. Für die frühen paneuropäischen Projekte, wie sie in der Zwischenkriegszeit etwa Graf Coudenhove-Kalergi auch in den Spalten der NZZ verfochten hatte, war das Blatt nicht entflammt; sie schienen ihm dilettantisch und unrealistisch, aber auch – was die Schweiz betraf – mit der Neutralität unvereinbar. Viel freundlicher wurde nach der Kriegskatastrophe Churchills Zürcher Europa-Rede von 1946 aufgenommen.

> Ob Churchills überraschende Vorschläge zur Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa, diese phantasiemächtige Antizipation einer in der Idealform heute nicht realisierbar erscheinenden Möglichkeit, und sein Gedanke einer französisch-deutschen Zusammenarbeit in absehbarer Zeit Wirklichkeit werden oder nicht – sicher ist, dass diese Ideen und Visionen fortan das Denken und die Vorstellungskraft von Millionen Menschen beschäftigen und durch das Medium einer zunächst gewiss vielfältig in Zustimmung, Skepsis oder Ablehnung geteilten öffentlichen Meinung die Regierenden beeinflussen werden.[145]

Entsprechend wohlwollend begrüsste die NZZ 1951 die Gründung der Montanunion als Möglichkeit, die europäische «Zerrissenheit» zu überwinden und dem Alten Kontinent gegenüber Ost und West eine eigene Position zu wahren.[146] Die in der Montanunion geregelte Kohle- und

Stahlproduktion betraf die Schweiz nur mittelbar. Anders war dies bei den Römer Verträgen von 1957, als die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft aus der Taufe gehoben wurde und damit Zollunion, ein gemeinsamer Agrarmarkt und verschiedene supranationale politische Institutionen Konturen bekamen. Die NZZ musste nun wirtschaftliche und politische, nationale, europäische und atlantische Interessen gegeneinander abwägen und versuchen, diese in Einklang zu bringen, wobei sich Zielkonflikte langfristig nicht vermeiden liessen. Ein vereinheitlichter Wirtschaftsraum würde gewiss stimulieren und «an der Durchsetzung freihändlerischer Auffassung nicht nur in viel höherem Masse als der heute in eine Vielzahl kleiner und mittlerer Mächte aufgeteilte Kontinent interessiert sein, sondern auch über unvergleichlich grössere Wirkungsmöglichkeiten verfügen».[147] Doch schon bald zeigte sich, dass die neuen Integrationsinstrumente für die den Verträgen fernstehenden Länder – also auch für die Schweiz – mit Nachteilen verbunden waren.[148] Die NZZ sprach von einem «aussenpolitischen Graben, der in Westeuropa infolge des Gemeinsamen Marktes entstehen würde» und den es zu vermeiden gelte. Dazu diente die – vor allem von den Briten mit ihren Commonwealth-Bedenken eingebrachte – Idee einer umfassenden Freihandelszone, wobei leicht apologetisch eingestanden wurde, dass sie aus der Defensive geboren war.

> Ist es auch richtig, dass die Freihandelszone ohne das Zugpferd des Gemeinsamen Marktes kaum je diskutiert worden wäre, so ist umgekehrt ebenso wahr, dass der Gemeinsame Markt ohne Freihandelszone weder nützlich noch lebensfähig wäre. ... Es kann auch auf der wirtschaftlichen Ebene nur ein unteilbares Europa geben.[149]

«Unteilbar» bedeutete aber für die NZZ keine zentralen, supranationalen Institutionen, sondern den kleinsten gemeinsamen – und liberalen – Nenner: Handelsfreiheit für die jeweilige Exportindustrie; und politische Freiheit von befreundeten Nationalstaaten, wobei man die vom Eisernen Vorhang abgesperrten Länder stets als Teil eines «vom Atlantik bis zum Ural» reichenden «Europa» mitdachte.[150] «Spalterisch» erschien in dieser Perspektive die introvertierte, «kleineuropäische Integration» der Sechs, die – für die Schweiz und ihresgleichen – allzu forsch voranschritt und so die Einheit im Kampf gegen den Kommunismus unterminierten.[151] Die europäische Einigung war nicht um ihrer selbst willen ein Ziel, sondern ein Mittel zur Abwehr der Sowjetunion. Genau und nur aus diesem Grund kritisierte die NZZ das ökonomische Primat des Gemeinsamen Marktes, denn es führte dazu, dass man Verteidigungsanstrengun-

gen vernachlässigte. «Dass die bedrohte Freiheit und Unabhängigkeit von Staaten nicht durch befriedigte Verbraucher, sondern durch bewaffnete Bürger verteidigt und gerettet wird, hätte man in Europa nicht so leichthin vergessen dürfen.»[152] Dass die Schweiz das letzte Land gewesen wäre, das sich einer gemeinsamen Verteidigungspolitik unterworfen hätte, erschien hierzu nicht als Widerspruch. Vielmehr war die NZZ gleichzeitig überzeugt davon, dass die politische Integration der EWG – anders als die wirtschaftliche – von relativ geringer «Ausstrahlungskraft» sei; zu gross sei die «Diskrepanz zwischen dem immer noch sehr starken nationalstaatlichen Denken und Fühlen der grossen Masse der Europäer und den durch einen mangelnden Wirklichkeitssinn gekennzeichneten supranationalen Tendenzen der Architekten der Römer Verträge».[153]

Der Realismus, den die NZZ mit dem spürbaren Verständnis für nationalstaatliche Widerstände beanspruchte, war nicht frei von Wunschdenken in eigener Sache. Denn man hielt es für «selbstverständlich, dass jede mehr oder weniger umfassende Integrationslösung so gestaltet werden müsste, dass sie der besonderen Lage und dem völkerrechtlichen Status, der Eigenart des Regierungssystems und den wirtschaftlichen Lebensinteressen der neutralen Kleinstaaten Rechnung trägt; wenn daraus ein verschiedener Dichtigkeitsgrad der Integration, eine Differenzierung zwischen politischer und wirtschaftlicher Zusammenarbeit resultieren sollte, so entspräche dies nur der Vielfalt der europäischen politischen Landschaft und würde weder für das Funktionieren der Zusammenarbeit im ganzen noch für das organische Fortschreiten des Integrationsprozesses im engern oder weitern Rahmen ein Hindernis bedeuten.»[154]

Die NZZ befand sich in einem gewissen Dilemma. Sie musste den europäischen Einigungsprozess, den sie von einer höheren Warte aus durchaus befürwortete, stets mit dem mentalen Vorbehalt behandeln, dass er auf den schweizerischen Sonderfall keine Rücksicht nahm und nehmen konnte. Das Projekt «Europa» sollte sich nicht als Kompromiss auf der Basis des kleinsten gemeinsamen Nenners erweisen, sondern den Regeln und den Tempovorgaben der EWG gehorchen. Das zeigte sich schon bald, nachdem das Projekt einer umfassenden Freihandelszone scheiterte und die Schweiz sich mit den anderen Aussenstehenden in der «lockeren und föderalistischen» EFTA wiederfand, die als Gegenprojekt zur «diskriminierenden» und «zentralistischen» EWG-Politik begrüsst wurde.[155] Fast umgehend nahm aber London den EWG-Beitritt in An-

griff, was für die kleineren und neutralen EFTA-Länder einen «einigermassen unbehaglichen» Schwebezustand mit sich brachte.

Wie sollte die Schweiz – die ja in der Konfrontation mit dem als expansiv erlebten Sowjetkommunismus ihre Zugehörigkeit zum freien Europa betonte – auf diese Irritationen reagieren? 1959, als eine Petition von Jugendverbänden vorerst noch vergeblich den Beitritt zum Europarat forderte, meinte Bretscher, es sei vorläufig noch nicht abzusehen, «wo sich die Schweiz unter Wahrung ihrer Neutralität einmal institutionell-europäisch richtig ‹ansiedeln› kann».[156] Er selbst – der ein Jahr später als Angehöriger einer parlamentarischen Beobachterdelegation dem Europarat angehören sollte – empfahl «nüchternes Abwarten», was auch einer tiefwurzelnden Eigenart des Schweizertums entspreche: dem «stiernackigen Beharren auf der Unabhängigkeit und damit auf der Erhaltung der ‹wirklichen, tatsächlichen Freiheit› des Kleinstaats». Der Bogen von diesem Unabhängigkeitswillen, den die geistige Landesverteidigung seit einer Generation predigte, zum europäischen Bekenntnis, an dem Bretscher ebenfalls lag, klang ungewollt, aber unvermeidlich apologetisch:

> Die geistige und emotionelle Distanz des Schweizervolkes zu dem sich um sein Land vollziehenden Umbruch beruht nicht auf mangelnder Bereitschaft zur internationalen Zusammenarbeit, sie ist auch kein Zeichen der Absenz europäischer Gesinnung und weltbürgerlichen Denkens, sondern sie ergibt sich aus den besondern geschichtlichen Erfahrungen und aus der einzigartigen Lage und Stellung des neutralen Kleinstaates im Herzen des Kontinents, aus der vollkommen eigenartigen Struktur der nicht auf die Einheit von Rasse und Sprache gegründeten «politischen Nation» und aus dem originären Charakter dieses alten demokratischen Gemeinwesens, die alle zusammen die Existenz der Schweiz zu einem «Sonderfall» in der Welt der Tatsächlichkeit stempeln.[157]

1960 erkannte die NZZ aber, dass die politische Finalität der EWG «uns erstmals seit langem wieder vor grundsätzliche Fragen unserer Aussenpolitik, der eigenstaatlichen Souveränität, der politischen Lebensform und der staatlichen Struktur stellt und ein blosses ‹Stillesitzen› unmöglich macht».[158] Das Land befand sich an einem «Kreuzweg der Geschichte», und die NZZ versuchte die Quadratur des Zirkels: Mitgestaltung des entstehenden Europa «in einem freiheitlich-genossenschaftlichen, aber vor allem auch föderalistischen Sinne» und zugleich Wahrung der eigenen politischen Traditionen,[159] wirtschaftliche Öffnung nach aussen als Teilhabe am «Fortschritt der Welt» ohne Integration in die Wirtschaftsgemeinschaft, welche die wichtigsten, benachbarten Handels-

partner umfasste.[160] Die Lösung, wie sie Bretscher unter dem Titel «Die Schweiz im Wartsaal der Integration» analysierte, bestand in der wohl illusionären, aber auch im Umgang mit der UNO praktizierten Trennung von Wirtschaft und Politik: wirtschaftliche Assoziationsabkommen des hochentwickelten Industrielands mit der EWG und ihrem gemeinsamen Markt; politische Absenz bei derselben EWG, die irreversible Veränderungen der durch vormoderne Strukturen geprägten Demokratie einzufordern drohte.[161] Doch der Weg der Assoziation weckte nicht nur in der EWG Widerstände, sondern «bedauerlicherweise» auch in Washington, wo man nicht wollte, dass durch eine solche Erweiterung «der politische Gehalt der EWG verwässert und ihr Kern aufgeweicht werden könnte».[162] Aus derselben Sorge um die verteidigungspolitische Schlagkraft, welche die NZZ teilte, förderten die USA eine Integrationsbewegung, die der NZZ in ihren Konsequenzen für die Schweiz zu weit ging. Dafür verschaffte ihr De Gaulle eine Verschnaufpause, als er mit der Ablehnung des britischen Beitrittsgesuchs eine anhaltende Integrationskrise provozierte.

> Das ungeschriebene aussenpolitische Gesetz, das unserm neutralen Kleinstaat gebietet, neuen spektakulären und scheinbar unwiderstehlichen und unwiderruflichen Entwicklungen in unserer Umwelt nur in einem wohlabgemessenen zeitlichen und sachlichen Abstand zu folgen, behält seine volle Gültigkeit.[163]

Gleichzeitig liess mit dem Ende der Kuba-Krise und Chruschtschews Absetzung der militärische Druck des Warschauer Pakts nach und damit auch die Notwendigkeit, sich im (west-)europäischen Schicksalsverband zu positionieren. Stattdessen bekamen für die NZZ verschiedene Problemkreise im Inneren der Schweiz nun Vorrang. Dort hatte sich Reformbedarf angesammelt, der in den 1960er Jahren gemeinhin als «helvetisches Malaise» erörtert wurde und im Kontrast stand zur ausgeprägten institutionellen Stabilität des Landes, die 1959 durch die Aufnahme zweier Sozialdemokraten in die Landesregierung auf Jahrzehnte hin festgeschrieben wurde. Auch wenn sie grundsätzlich keine Einwände gegen die Regierungsbeteiligung der SP hatte, wollte sich die NZZ von deren Forderung «Zwei [Bundesräte] oder keiner!» nicht erpressen lassen. Nach geschlagener (und verlorener) Schlacht galt der Hauptärger den Katholisch-Konservativen, die den Sozialdemokraten aus «rein parteitaktischen Machenschaften» den Weg in den Bundesrat geebnet hatten und damit uneingeschränkt für die «magische Formel» verantwortlich seien – womit

die ungehaltene NZZ gleich auch dem Neologismus «Zauberformel» die Bahn brach.[164]

Mit diesem breiten politischen Rückhalt und den vollen Kassen der Hochkonjunktur konnte die Landesregierung ein Programm umsetzen, in dem laut NZZ militärische Rüstung, Sozialpolitik und Staatsschutz keine Alternativen darstellten, sondern vielmehr «alle diese Massnahmen zur Abwehr des Kommunismus gleichermassen notwendig» seien.[165] Aufrufe für Rüstungsmassnahmen hatten in der NZZ Tradition, die auch bemängelte, dass die Schweiz im internationalen Vergleich zu wenig für ihre Armee ausgebe. Aber auch an der Falkenstrasse lehnte man die Anschaffung von Atomwaffen anfangs aus wirtschaftlichen Gründen ab.[166] Nach der Ungarnkrise wurde aber nicht nur die Armeereform zum wichtigsten Medienereignis der NZZ, weil es «die eigentliche Umstellung der Armee auf den zu erwartenden Atomkrieg» zu ermöglichen gelte.[167] Das Blatt modifizierte seine Position auch dahingehend, dass Atomwaffen geprüft werden müssten: «Keinesfalls dürfen wir uns mit Rücksicht auf mehr oder weniger stichhaltige ethische, wirtschaftliche oder politische Erwägungen im Entschluss zur Verwendung jeglicher für die Landesverteidigung tauglicher Mittel, zu denen heute eben auch die Atomwaffe gehört, beirren lassen.»[168] Gerade in dieser Frage zeigte sich nun aber, wie die im antikommunistischen Konsens gründende, erneuerte geistige Landesverteidigung zu bröckeln begann. Teile der SP schlossen sich der – «in anderen Ländern inszenierten» – «Bewegung gegen den Atomtod» an, während die NZZ sich nun für die Ausrüstung der Armee mit taktischen Atomwaffen aussprach. Eine glaubhafte Verteidigung bedürfe im Sinn der Dissuasion möglichst abschreckender Waffen, «und zwar weniger um mit ihnen Krieg zu führen, als vielmehr um ihn zu verhindern».[169] Der Souverän folgte dieser Überlegung und lehnte nicht nur die Initiative zum Atomwaffenverbot ab, sondern auch diejenige der SP für Mitbestimmung des Volkes bei der Atombewaffnung. Mit der Unterzeichnung des Atomteststop-Abkommens (1963) und des Atomsperrvertrags (1969) verzichtete der Bundesrat dann gleichwohl auf die Option Atomwaffen, eine Entwicklung, welche die NZZ mit grosser Skepsis verfolgte, weil sie einerseits die inakzeptable Unterwerfung Osteuropas im Geiste des *Appeasement* völkerrechtlich legitimiere und andererseits die «Supernuklearen» durch die «Abrüstung der Nichtgerüsteten» den «nuklearen Habenichtsen» einen Verzicht ohne Gegenleistung auferlegten.[170]

Viel gravierender für den verteidigungspolitischen Grundkonsens war die Mirage-Affäre: Beim Kauf von hundert Kampfflugzeugen für 871 Millionen Franken hatte das EMD 1961 das Parlament über die wahren Kosten hinweggetäuscht, was drei Jahre später bei einem Nachtragskredit von 576 Millionen Franken zutage trat. Auch die NZZ reagierte empört auf «unbegreifliche und unverzeihliche Fehler» und sah im Skandal ein Zeichen der Zeit: «Wie in den meisten demokratischen Staaten, so droht auch bei uns die Administration das Parlament und gelegentlich sogar die Exekutive zu überspielen.»[171] Die Luftwaffe habe den Bogen überspannt, meinte das Blatt, und eigentlich traf dies auf die ganze Armee zu, die im Gefolge der Affäre und der ihr gewidmeten parlamentarischen Untersuchungskommission ihren Generalstabschef zurücktreten sah.[172] Der Mirage-Skandal trug einiges zum «Helvetischen Malaise» bei, wie es ausgehend von einer Formulierung des Basler Rechtsprofessors und FDP-Politikers Max Imboden diskutiert wurde. Die von ihm konstatierte Erstarrung und Reformfeindlichkeit hatte ihre institutionellen Aspekte, die in der NZZ intensiv erörtert wurden und zum – in der ursprünglichen Ambition gescheiterten – Projekt einer Totalrevision der Bundesverfassung hinführten. Auch die Entfremdung von Deutschschweiz und Romandie hatte mittelbare Folgen bei der NZZ, die Otto Frei als ersten vollamtlichen Welschlandkorrespondenten nach Lausanne entsandte. Im Umfeld der Jurafrage hatte er unter anderem gegen Publizisten der *Ligue vaudois*e anzutreten, welche die Nation als Sprach- und Kulturgemeinschaft ansahen und sich damit von der Idee der Willensnation verabschiedeten. Das führe auf «politisches Sumpfgelände», «in politisch nicht abgesicherte Zonen, wo Mythen spriessen».[173]

Die Wurzel des *Malaise* war das Erlahmen der strukturkonservativen Gemeinschaftsideologie, die nicht zuletzt dank dem antitotalitären Konsens in der Schweiz eine für moderne Massengesellschaften ungewöhnliche lange Erfolgsgeschichte bei der kollektiven Verarbeitung des beschleunigten sozialen Wandels erlebt hatte. Die NZZ erfasste diesen Verfall auch mit Wendungen wie «Misstrauen zwischen Volk und Behörden», «politische Entfremdung» und «Aufwertung der ‹extrakonstitutionellen› Instanzen und Abwertung der Parteien und Parlamente».[174] Seit den 1960er Jahren gehörte auch die «Überfremdungsangst» dazu, ja sie war Ausdruck einer Identitätskrise: Man reagierte auf den Verlust der Sonderrolle in einem befriedeten und dynamischen Westeuropa mit dem

1964:
Auch ein liberal gesinnter Kleinstaat – und seine liberal gesinnte Wirtschaft – muss die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Machtinstrumente so weit in den Händen behalten, dass er noch Herr seiner eigenen Entschlüsse bleibt; der Kleinstaat Schweiz wird deshalb nicht um Massnahmen zur Eindämmung der Überfremdungsgefahr herumkommen, aber er ist es seiner Tradition schuldig, diese in einem möglichst liberalen Geiste zu treffen.*

* NZZ, 11.2.1964.

defensiven Rückgriff auf die kulturelle Definition von Schweizertum, wie er in der Zwischenkriegszeit als Alternative zum rassistisch-ethnischen Nationalismus entwickelt worden war. Der Anstoss dazu kam anfangs nicht zuletzt aus Gewerkschaftskreisen, wo das «masslose» Wirtschaftswachstum Inflationsängste und die billige Konkurrenz italienischer Gastarbeiter Konkurrenzgefühle schürten. Die NZZ zeigte sich in ihrer Antwort gespalten zwischen liberalen Vorstellungen vom Arbeitsmarkt und nationalkonservativen hinsichtlich der Einwanderung. Letztere wäre die Folge von Arbeitszeitreduktionen, was die NZZ 1958 gegen das linke Postulat der 44-Stunden-Woche anführte.[175] Andererseits lehnte sie noch 1961 eine Plafonierung des Fremdarbeiterbestandes entschieden ab, denn damit sei «eine behördliche Bewirtschaftung des Arbeitsmarktes verbunden, die dem administrativen Protektionismus Tür und Tor öffnen müsste».[176] Doch gleichzeitig warnte ein externer Autor vor den «Gefahren einer Überfremdung, einer Verwässerung des schweizerischen Volkscharakters und seiner Eigenarten» durch die kaum mehr tragbare Zuwanderung.[177] 1964 charakterisierte auch die Redaktion selbst das «Problem der geistigen Überfremdung» als dringend und warnte davor, deren Risiken zu bagatellisieren.[178] Mit einem Gastautor hielt man aber auf der Frontseite in kursiver Hervorhebung fest: «Wir können uns keine Politik auf Kosten der Menschlichkeit, keinen Abstrich an der Menschlichkeit erlauben, sondern nur einen Abstrich am Bestand der ausländischen Arbeitskräfte.»[179]

Vom streng liberalen Pfad wich man nun in konjunkturpolitischen Belangen unter anderem deshalb ab, weil das soziokulturelle Problem des Zusammenlebens mit Fremden und ihrer Assimilation als prioritär empfunden wurde. «Bildet sich jemand ein, dass wir fortfahren können, immer weitere Hunderttausende von Arbeitskräften in immer fernerem Süden zu holen, die sich bei uns die Fremde zur Heimat machen, während

uns selbst die Heimat zur Fremde wird?»[180] Die NZZ befürwortete die auf dem Dringlichkeitsweg verabschiedeten Konjunkturdämpfungsbeschlüsse, die vom Gewerbe- und Baumeisterverband bekämpft wurden. Deren Appell an die «freie Wirtschaft» wurde umso mehr zurückgewiesen, als in den betroffenen Branchen die Konkurrenz wegen Monopolen nicht mehr spiele. Apokalyptische Visionen der Kritiker, die den «Weg der Knechtschaft» an die Wand malten, missdeuteten ein Problem, das sich nicht auf die Alternativen «klassischer Liberalismus» oder «Zentralverwaltungswirtschaft» reduzieren lasse, sondern nach Stabilisierung rufe.[181] «Wem es mit der Wahrung der Wirtschaftsfreiheit ernst ist, der kann nicht den Weg der Inflation wählen.»[182] Ausserdem dürfe das Wirtschaftswachstum nicht durch eine «untragbar grosse Auslandsabhängigkeit» bei den Arbeitskräften erkauft werden.[183] Ähnlich, gegen die «Überfremdung des schweizerischen Bodens», plädierte das Blatt nicht liberal, sondern zur Besänftigung des nationalen Missbehagens für Einschränkungen beim Grundstückerwerb durch Ausländer. Dagegen bekämpfte man gleichzeitig mit liberaler Berufung auf die «Eigentumsfreiheit», einem «unabdingbaren Bestandteil einer freiheitlichen Gesellschafts- und Staatsordnung», die sozialdemokratische Bodenrechtsinitiative.[184]

Die NZZ war nicht immer frei von Argumenten der Kulturdifferenz von «Fremdkörpern», mit anderen Gewohnheiten, extrovertiertem Gefühlsleben und geringeren Ansprüchen an Komfort und Hygiene.[185] Sie betonte aber, dass es sich bei den Fremdarbeitern nicht um ein «Grundsatzproblem» handle, also um prinzipielle Unverträglichkeit, sondern um ein «Zahlenproblem»: «Man muss sich klar darüber werden, dass die Schwierigkeiten des Zusammenlebens und die Schwierigkeiten der Assimilierung zu gross werden, wenn ein gewisser Prozentsatz fremder Elemente überschritten wird.»[186] Man dürfe aber nicht die Gastarbeiter selbst zum Problem erklären, sondern müsse sie als Symptom einer gewandelten Arbeitswelt betrachten, dem die NZZ nicht durch Fremdenfeindlichkeit, sondern durch bürokratische Massnahmen der Einwanderungskontrolle beikommen wollte.[187] Auch wenn man an der Falkenstrasse die verbreitete Sorge um die Schweizer Eigenart teilte, distanzierte man sich also unmissverständlich von «jenen extremistischen Agitatoren, die mit Hilfe des xenophoben Sprengstoffes die Öffentlichkeit aufputschen».[188] So engagierte sich das Blatt in den folgenden Jahren für eine Politik der begrenzten Zuwanderung, bekämpfte aber zugleich mit Erfolg

die verschiedenen Überfremdungsinitiativen aus dem rechtspopulistischen Lager.

Die Intensität der Überfremdungsdebatte hatte einiges damit zu tun, dass der Kalte Krieg seit 1963 in der Berichterstattung stark an Gewicht verloren und damit auch die Wahrnehmung des Kommunismus als äussere Bedrohung in ihrer identitätsstiftenden und gemeinschaftsversichernden Kraft nachgelassen hatte. Das lag vor allem an der ab 1960 immer offenkundigeren Spaltung im gegnerischen Lager, wo «die sowjetische Führung im Weltkommunismus» 1965 massiv in Frage gestellt und das «diktatorische Gehabe» Moskaus zurückgewiesen wurde – nicht nur in Jugoslawien, sondern neu in Italien, Albanien und vor allem China.[189] Selbst in der Sowjetunion wehe ein «neuer Wind der Freiheit und der Emanzipation», der «für den Kommunismus tödlich werden» könne, meinte Ende 1961 Salvador de Madariaga in einem Leitartikel.[190] Diese Hoffnung war verfrüht, doch Chruschtschews Sturz und der dafür laut NZZ hauptsächlich mitverantwortliche Gegensatz zu China führten dazu, dass die UdSSR längerfristig zu einem einigermassen berechenbaren Machtfaktor wurde, dem an Stabilität mehr lag als an der Weltrevolution.

Hoffnungen auf revolutionäre Umwälzungen verschoben sich nun, manchenorts in der Dritten Welt wie auch bei der disparaten Neuen Linken in Europa, auf Maos China. Von der dortigen KP hatte der Sonderkorrespondent Walter Bosshard schon vor dem Krieg berichtet, 1938 referierte er über ein Interview mit Mao und ab 1946 über den Bürgerkrieg. Nach dem Sturz der nationalchinesischen Regierung Tschiang Kai-scheks hegte die NZZ zuerst die Hoffnung, dass sich die Kommunisten aus wirtschaftlichen Gründen «um erträgliche Beziehungen» zu den Westmächten bemühen und dafür «auf eine aggressive Förderung des Kommunismus in den übrigen Gebieten Asiens vorläufig verzichten» würden.[191] Dies sollte sich als Illusion erweisen, wie die chinesische Intervention im Koreakrieg und in der Dauerkrise um Taiwan schon bald zeigte. Die Entwicklung im unzugänglichen Reich der Mitte erschien besonders dann als rätselhaft, als es sich in der Kulturrevolution einer mörderischen Selbstreinigung unterwarf und mit dem jugendlichen Terror die Erinnerung an stalinistische Purgatorien weckte:[192] «Es wird geradezu ein neues Menschenbild propagiert, ein Wesen, das Bauer und Industriearbeiter, Soldat und Literat zugleich wäre, stets in revolutionärem Trab, gefeit gegen Ge-

fühle der Individualität, der Zugehörigkeit zu Klan, Klasse, Berufsgruppe oder Generation.»[193]

Verhängnisvoll erschien diese Entwicklung, weil sie auf ganz Asien ausstrahlte. Die NZZ sah es deshalb als «Tatsache, dass dem asiatischen Kommunismus mit Macht entgegengetreten werden muss, wenn er eingedämmt bleiben oder eingedämmt werden soll».[194] Man folgte der Domino-Theorie, mit der sie 1964 vor einer kommunistischen Machtübernahme in Südvietnam warnte: «Laos und Kambodscha würden fallen, Thailand und Burma im Norden, Malaysia im Süden gerieten in akute Gefahr.»[195] Deshalb unterstützte das Blatt, trotz der Angst vor amerikanischen Truppenreduktionen in Europa, das rasch zunehmende Vietnam-Engagement der USA.

> Man könnte das Imperialismus nennen, wenn hinter der Machtentfaltung der Vereinigten Staaten nicht die feste Absicht stehen würde, den befreiten Völkern oder den Völkern, deren Freiheit erhalten geblieben ist, die Gestaltung ihrer Schicksale ohne Vorbehalte zu überlassen, sobald sie vor dem kommunistischen Zugriff sicher sind.[196]

Dazu müsste sich aber – «mit asiatischer Langsamkeit» – zuerst «beim Vietcong und seinen Hintermännern einmal die Einsicht» durchsetzen, «dass sie ihren Krieg nicht mehr gewinnen können».[197] Diese Einsicht, allerdings bezogen auf die USA, breitete sich stattdessen bei den Kriegsgegnern im Westen aus, worauf die NZZ, die mit ihrer unbedingten Position auch im schweizerischen Medienwald inzwischen eher eine Ausnahme darstellte, den «wohldisziplinierten Bataillonen des Pazifismus» entgegentrat und ihnen Kurzsichtigkeit vorwarf. Die westlichen Idealisten erwiesen sich im Sinn Lenins als «nützliche Idioten», wie Salvador de Madariaga ausführte, und ihre Protestbewegung sei von den «Führern des Weltkommunismus orchestriert» – den es allerdings spätestens zu diesem Zeitpunkt dank dem sowjetisch-chinesischen Gegensatz und dem von der NZZ längst registrierten «Polyzentrismus im Osten» eigentlich gar nicht mehr gab.[198] Nach Madariaga existierten für die Amerikaner bloss die Optionen, entweder durch «containment» einen möglichst grossen Teil Vietnams vor den Chinesen zu retten oder aber das «Wespennest» Hanoi zu zerstören. Das sei eine harte, aber notwendige Wahl, und ebenso notwendig sei Solidarität mit den Amerikanern, denn «ihr Kampf ist unser Kampf».[199] Es war aber auch ein Kampf für ein südvietnamesisches Regime voller innerer Widersprüche, und im Hinblick auf diesen fragwürdigen Alliierten sah die NZZ die Vereinigten Staaten zu einer stoischen

Haltung verurteilt, zu «hochgemutem Pessimismus» – das bisher probate Mittel in den epochalen Konflikten des 20. Jahrhunderts.[200]

Systemgegensätze innen wie aussen: die Ära Luchsinger 1968–1984

China und Vietnam, Mao und Ho Chi Minh, das waren – mit «Che» Guevara oder Fidel Castro – im Westen die Idole einer Jugendbewegung, die nicht nur gegen das bürgerliche «Establishment» anstürmte, sondern auch gegen die manchenorts fast ebenso etablierten sozialistischen und altkommunistischen Parteien Moskauer Prägung.[1] Der Pariser Mai wirkte dabei als Fanal, obwohl es an Vorzeichen von Berlin über London bis Berkeley nicht gefehlt hatte. Die NZZ wunderte sich über die Unschärfe der politischen Forderungen in einer «Bewegung», deren Wortführer auf entsprechende Fragen nur unzulängliche Antworten erteilten – «vermutlich weil bei ihnen selber noch vieles in Bewegung ist». Gleichzeitig manifestiere sich, verbunden mit «ideologischer Realitätsblindheit», ein «bösartiger Zug zur Macht, bösartig im Drang, ihren Willen, den Willen einer Minderheit, mit revolutionären Methoden der Mehrheit aufzuzwingen».[2] Der harmlose Ruf nach universitären Reformen stand am Anfang, doch am 13. Mai 1968 musste die NZZ schon festhalten, dass «der Abstand von einem kleinen Studentenkrawall zu einer echten revolutionären Situation … sich in den letzten acht Tagen mit erschreckender Geschwindigkeit verringert» habe.[3] Die Protestbewegung erfasste in Frankreich nach den Studenten die Arbeiter, aber auch Angestellte, Bauern und sogar die Ordnungskräfte, und stürzte den auf seine *Grandeur* so stolze Gaullismus in eine tiefe Krise; dessen «magische Kraft» sei wohl für einmal vorbei.[4] Doch der anfangs verzagende General fing sich wieder und restabilisierte die staatliche Ordnung dank vorgezogenen Wahlen, aber auch durch einen wiederbelebten Nationalismus und die Androhung von militärischer Gewalt, was gefährliche «reaktionär-romantische Geister» auf den Plan rufen könne.[5]

Drohten auch der Schweiz 1968 bürgerkriegsähnliche Zustände, in denen rechtsextreme Bürgerwehren gegen linksextreme Provokateure vorgegangen wären, weil der Staat seine Ordnungsaufgabe vernachlässigte?[6] Dies war die Angst der NZZ, seitdem Ende Mai 1968 der erste Zürcher Krawall nach einem Jimi-Hendrix-Konzert ausgebrochen war. Die Polizei

Fred Luchsinger wurde 1921 in St. Gallen geboren, wo die Familie wegen der Stickereikrise in bedrängten Verhältnissen lebte. Der spätere Major verbrachte rund 1000 prägende Tage als Beobachteroffizier und Pilot im Aktivdienst; viel verdankte er dabei Diskussionen im Kreis der bürgerlichen Widerstands- und Erneuerungsbewegung *Eidgenössische Gemeinschaft*, die aus der sogenannten «Offiziersverschwörung» von 1940 und Kreisen des *Gotthardbundes* hervorgegangen war. Nach einem Studium der Geschichte in Basel, wo er bei Werner Kägi über *Der Basler Buchdruck als Vermittler italienischen Geistes, 1470–1529* promovierte, kam Luchsinger über den befreundeten Eric Mettler 1949 als Volontär zur Auslandredaktion. Nachdem Luchsinger anfangs der 1950er Jahre ein einjähriges Postgraduate-Studium in Yale abgeschlossen und die Geschichte der NZZ von 1930 bis 1955 verfasst hatte, wurde er Deutschland-Korrespondent. Von 1955 bis 1963 berichtete er aus Bonn, ab 1966 leitete er die Auslandredaktion. Auf Anfang 1968 trat Luchsinger als Nachfolger Bretschers die Chefredaktion an, die er bis Ende 1984 innehatte. In der kantonalen FDP war er als Vorstandsmitglied aktiv, ausserdem wirkte er in verschiedenen weiteren Gremien, so im Stiftungsrat der Pro Helvetia, als Mitglied der Studienkommission für strategische Fragen (Kommission Schmid) und in der beratenden Kommission des Bundesrats zum UNO-Beitritt. 1981 erhielt Luchsinger das «Grosse Verdienstkreuz» der Bundesrepublik Deutschland.

reagierte ausgesprochen heftig auf die Randalierer, was auch der NZZ-Berichterstatter festhielt, nachdem ihn ein Gesetzeshüter mit den Worten «Verreis, du Söihund!» und anschliessend «mit dem Knüttel in den Rükken» weggewiesen hatte.[7] Im Unterschied zu den meisten anderen Medien stellte sich das Blatt gleichwohl hinter die Polizei, die diesen Rückhalt von Behörden und Öffentlichkeit brauche, um «ihren gerade heute nicht einfachen Dienst» selbstsicher zu versehen, «ohne falsche Nachgiebigkeit und ohne unangebrachte Härte».[8] Es gehe jedenfalls nicht an, so die NZZ an die Adresse anderer (Boulevard-)Medien, wegen einiger Fälle «exzessiver Gewaltanwendung» der Polizei «das Verhältnis von Ursache und Wirkung, von illegaler Herausforderung und legaler Verteidigung der Ordnung in der Rekonstruktion der Vorgänge wie im Urteil der öffentlichen Meinung zu verkehren».[9] Im Kern verteidigte man an der Falkenstrasse zwei rechtsstaatliche Prinzipien: das Gewaltmonopol des Staates und die bewährten, politisch-parlamentarischen und massenmedialen Wege zur öffentlichen Meinungsbildung und staatlichen Entscheidungsfindung. Entsprechend dezidiert bezog der neue Chefredaktor Fred Luchsinger Stellung gegen die «ausserhalb der demokratischen Prozedur» stehenden Ultimaten der Bewegten und gegen die Besetzung des Globus-Provisoriums beim Bahnhof.

> Das ist eine neue Sprache in diesem Land, das ist der offene Terror einer Minderheit. Wenn man das durchgehen lässt, wenn das Schule macht, dann haben wir die Anarchie.[10]

Auseinandersetzungen gehörten ebenso zur Demokratie wie der «konstruktive Umbau», aber es gebe dafür angemessene, friedliche Prozeduren, über das versachlichende Gespräch – «wie anders soll man weiterkommen?»[11] Entsprechend klar war für die NZZ auch die Antwort auf die Frage: «Wo zieht man die Grenze?» Gesetzesverstösse und Gewalt, auch wenn sie sich «nur» gegen Sachen richtete, waren intolerable Gefährdungen von Rechtsstaat und Rechtsgleichheit, und deshalb musste «der Strich zwischen Reformern und Revolutionären mit aller Deutlichkeit gezogen» werden.[12] Entschieden warnte man deshalb vor einer «Eskalation der Nachgiebigkeit» gegenüber «Mao-Schülern», die nur mit neuen Provokationen antworten würden. «Gewalt gegen Gewalt» erging als Aufforderung an die Ordnungshüter, als weitere Zusammenstössen zeigten, dass es den Jugendlichen bloss um die Provokation ebendieser – legalen – Gewalt der Obrigkeit gehe. Dem müsse «mit allen Mitteln» ein Ende gesetzt, «die Härte des Gesetzes» auf die «Apostel der Provokation» angewendet werden.[13]

Wenn der Chefredaktor den 68ern ein dezidiertes «Wehret den Anfängen!» entgegenschleuderte, so tat er dies mit einer klaren historischen Perspektive. Luchsinger übernahm nämlich den identischen Titel eines Leitartikels, in dem Bretscher im April 1933 die liberale Rede- und Versammlungsfreiheit verteidigt und davor gewarnt hatte, dass der Staat die Strasse – im konkreten Fall – linken, aber bald auch fröntlerischen (Gegen-)Demonstranten überlasse.[14] Auch Bretschers Verteidigungsruf für die schweizerische Demokratie kannte bereits einen Vorgänger, hatte die NZZ doch schon 1921 verkündet: «In der Frage der Bildung von ‹Fasci› auf Schweizerboden heisst es für unsere Behörden wegen dieser Organisationen immanenten gefährlichen Tendenzen: Principiis obsta!»[15] An die «unschweizerischen» rechts- und linksextremen Bewegungen der Zwischenkriegszeit und ihre schweizerischen Imitatoren dachte Luchsinger offensichtlich auch, als er von den heimischen Jugendlichen sprach, die «versucht sein könnten, abermals eine revolutionäre ‹Bewegung› von aussen zu importieren».[16] Diesmal kamen die Vorbilder vor allem aus Paris, aber auch – wieder – aus Berlin: Bereits vor den Zürcher Unruhen hatten «erschreckende» Bilder von «enthemmten Scharen zerstörungssüchtiger junger Leute» Luchsinger an Strassenschlachten erinnert, die in derselben Stadt «am Vorabend des Untergangs der Weimarer Republik» erfolgt waren. Die «gleichgeschaltete Sprache der Proteste» liess hinter

1968:
Der Liberalismus weiss auch einiges über Macht und ihre Gefahr und Versuchung; darum sucht er ihrer Konzentration in Staat und Wirtschaft zu begegnen und die Gewalten getrennt zu halten. Und er weiss einiges über die Problematik gleichschaltender, unbedingter Ideologie und kann sich über die Erfahrungen mit ihr nicht hinwegsetzen, als seien sie nie gemacht worden, und als sei sein Fonds realistischer Skepsis lediglich totes, historisches Material. Und er hat schliesslich gerade in unserem Staat eine Ordnung inspiriert, die der reformierenden Umgestaltung und Anpassung alle Türen offen hält und die auf den reformerischen Impuls geradezu angelegt ist.*

* NZZ, 26.1.1969; Luchsinger, Realitäten, 1983, S.119.

ihnen «Organisation, Zielstrebigkeit und lange vorbereitete, bewusste Herausforderung» vermuten – was erneut die Brücke schlug zum «fürchterlichen Spiel, das eine ‹Bewegung› anderer Couleur in den 1930er Jahren mit anderen zurechtgemachten ‹Sündenböcken› in Deutschland gespielt hat».[17] Liess sich tatsächlich die mächtige Springer-Presse als Opfer der von den Behörden konsequent bekämpften Linksradikalen vergleichen mit den wehrlosen Juden, deren Erniedrigung durch die dominanten Rechtsradikalen der deutsche Staat der 1930er Jahre nicht nur duldete, sondern leitete?

Auch wenn man rückblickend die 1968 bei der NZZ bemühten historischen Parallelen nicht ganz überzeugend finden muss, lässt sich die tiefe Verunsicherung in einer als doch stets, auch angesichts der internationalen Grosswetterlage, fragil empfundenen bürgerlichen Gesellschaft nachvollziehen. Von deren Vorteilen überzeugt, signalisierte das Blatt seine Bereitschaft zum Dialog innerhalb der gewohnten Bahnen, als eine Studentenorganisation im redaktionellen Teil der NZZ ihre Vorstellungen unter dem Titel «Was wollen die Fortschrittlichen?» formulieren konnte. Es blieb aber in Zürich wie zuvor in Paris vorerst noch reichlich unklar, was genau die Jugendlichen verlangten: Sie sprachen von einer Kulturrevolution, erweckten aber nicht den Eindruck, als wüssten sie, wie die «durchgebildete Alternative» – die neue Gesellschaftsordnung – denn aussehen solle.[18] Gerade die Verbindung von programmatischer Unschärfe, marxistischen Heilsversprechungen nach überwundenem «Spätkapitalismus» und «Gewalt gegen Sachen» beunruhigte die NZZ zutiefst. Auch deshalb war es charakteristisch für ihre Berichterstattung, dass sie sich auf die «Drahtzieher» oder «kommunistischen Haupteinpauker» konzentrierte, welche andere Jugendliche in «klassenkämpferischer Regie»[19] mit zum Teil akzeptablen Forderungen manipulierten und die ver-

suchte «Umwälzung» «bis in die Explosion hinein von langer Hand vorbereitet und gesteuert» hätten – so Gruppierungen wie die «Fortschrittlichen Arbeiter, Schüler und Studenten» oder die «Junge PdA».[20]

Der Marxismus war, abgesehen vom zarten Alter der Konvertiten, ein vertrauter Gegner aus den ideologischen Auseinandersetzungen der vergangenen 50 Jahre, und mit dieser einschlägigen Erfahrung machte die NZZ die konspiratorischen Agitationstruppen aus, die sich in ihren verschiedenen neomarxistischen Ausprägungen und nicht selten mit fanatisiertem Kadergehorsam in der Protestbewegung tummelten. Mehr Schwierigkeiten bereitete es dem Blatt, das Unpolitische zu analysieren, das die 68er-Bewegung ebenfalls entscheidend prägte: Hier wurde – von den langen Haaren und wilden Bärten über Drogen und laute Popmusik bis hin zu einer permissiven Sexualmoral und antiautoritärer Erziehung – ein gesellschaftlicher Wandel provokativ vordemonstriert, für den der Verweis auf die parlamentarischen Prozeduren nicht ausreichte; bezeichnenderweise war ja ein Rockkonzert Ausgangspunkt der Zürcher Krawalle gewesen. Dieser Aspekt, gleichsam der «Happening»-Charakter der Bewegung, fand seinen Niederschlag in ebenso ironischen wie verständnislosen Fragen, ob die «Bewegten» wohl ein Kino erobern wollten, um sich pornographische Filme anzusehen – oder gar den Bahnhof, um wie grosse Kinder «auch einmal mit der grossen Eisenbahn» zu spielen?[21]

Dieser Spott über lächerliche «Halbstarke» kontrastiert mit den Warnungen vor der Gefahr der Bewegung, zumal man auch viel Wert darauf legte, dass es sich bei den Teilnehmern dieser «vulgären» und «kriminellen» Happenings um eine Minderheit handle, um einen «Bodensatz unserer Wohlstandsgesellschaft, ein paar hundert Köpfe stark»: «Es wäre tragisch, ungerecht, und es hätte verhängnisvolle Folgen, wenn man hier eine Kollektivhaftung der Jugend schlechthin konstruieren wollte.»[22] Tatsächlich zeigte das NZZ zumindest anfangs auch einiges Verständnis für konkrete Wünsche der Bewegten, so denjenigen nach einem Jugendhaus. Regelmässig wiederholte das Blatt auch, dass es den Ruf nach Veränderungen im autoritär erstarrten Hochschulbereich unterstützte: Schon 1967 waren Wissenschaftspolitik und Universitätsreform sehr wichtige Themen im Blatt gewesen, für die man «eine vernünftige, zeitgemässe und mutige Lösung» forderte.[23] Noch allgemeiner hielt Luchsinger später einmal fest, dass man sich nicht mit dem Motto der Senkrechten von 1940 («Harter Widerstand gegen Anpassung an alle Zeit- und Modeströmun-

gen») den – veränderten – Einsichten der Gegenwart verweigern dürfe.[24] «Übersteigerte Heimatideologie» und rückwärtsgewandte, fremdenfeindliche und selbstzufriedene Igelmentalität waren nicht Sache der NZZ.[25]

Rückblickend analysierte Luchsinger 1977 den spezifischen, «fassungslosen» Blick auf die Jugendrevolte, der seiner Generation (oder einem Grossteil davon) eigen war, weil ihr «die jüngste Geschichte so ernüchternde, desillusionierende Erfahrungen mit grossen Aufbrüchen, mit weltverbessernden Ideologien und ihren Totalitätsansprüchen» beschert hatte. So musste ihm die 68er Bewegung als «unerlaubte Naivität, aber auch ein frivoles Spiel mit fundierten Werten und gesicherten Erfahrungen, als Gefährdung, ja Zerfall von Grundlagen geordneten Zusammenlebens, als anarchisches Abenteuer» erscheinen.[26] Noch schwieriger zu akzeptieren war die Tatsache, dass das, was als kontinuierlicher Zerfall rechtsstaatlicher Normen angesehen wurde, nicht auf anhaltenden und einhelligen Widerstand stiess, sondern manche Ideen und Exponenten der 68er in Politik und Gesellschaft Aufnahme fanden: Ein «umfassender», «nationaler Konsens» sei nach Jahren der «Entideologisierung» am Zerfallen.[27] Allerdings wurde die vage und entsprechend willkürliche Kategorie «schweizerische Eigenart» wurde auch in der NZZ zusehends hinterfragt.[28] Überlebt hatte sich nun die etwas archaische Volksgemeinschaft der geistigen Landesverteidigung, und stattdessen suchte die Jugend in der fragmentierten Gesellschaft der Moderne nach neuen, dem Hedonismus nicht abgeneigten Formen von individueller (statt kollektiver) Freiheit.

Auf der anderen Seite zeigte sich aber bald auch, dass man – hüben und drüben – die Basis und damit die Gefahr der Protestbewegung überschätzt hatte: Ebenso überrascht wie erleichtert konnte man feststellen, dass die in Soziologendeutsch skandierten Postulate der Jungakademiker in den Arbeiterwohnungen kaum Widerhall gefunden hatten. Der «Klimawechsel» folgte nur sehr bedingt den Linien des Klassenkampfes, und wenn eine «neue intensive Auseinandersetzung über die Ziele, über Sinn und Gestalt unserer Gesellschafts- und Staatsordnung in Gang gekommen» war, dann warf dies wenig ab für die grossen Pläne zu einer fundamentalen Verfassungs- oder Regierungsreform, welche die NZZ intensiv begleitete.[29] Stattdessen verloren binnenpolitische Aus- und Abgrenzungen stark an Bedeutung, die einst in einer an materiellen Gütern knappen und entsprechend fragilen Gesellschaft konstitutiv gewesen waren für

Familiensolidarität und Gruppenloyalität. So fielen 1973 in einem eidgenössischen Urnengang die konfessionellen Ausnahmeartikel, welche die NZZ mit Beiträgen zur «Jesuitenfrage» schon seit etlichen Jahren als überholt bezeichnet hatte.

Fast gleichzeitig, 1971, wurde das Frauenstimmrecht eingeführt. Im Jahr 1920, als eine «unzeitgemässe» sozialdemokratische Initiative für das Frauenstimmrecht im Kanton Zürich zur Abstimmung angestanden war, hatte die NZZ für ein «Nein» plädiert, obwohl ein Autor vermerkte, die Frauen seien längst vollberechtigt hinsichtlich ihrer Pflichten; nun komme ihnen auch die politische Gleichberechtigung zu. Auch Chefredaktor Meyer wollte den Frauen schon damals die politischen Rechte gewähren.[30] 1925 nahm man jedoch an, dass die «gefühlsmässigen» Frauen bei der Wahl Hindenburgs den Ausschlag gegeben hatten, und 1933 verkündete ein NZZ-Korrespondent auch, dass das Frauenstimmrecht zur österreichischen Krise der Demokratie beigetragen habe.[31] Mitarbeiterinnen waren in der NZZ, wie generell im Journalismus, lange Zeit selten, fehlten aber nicht ganz. Emilie Hüni berichtete seit 1881 aus Paris, doch wer sich hinter den Initialen E. H. verbarg, hatte man aus der Furcht verheimlicht, eine Frau würde als Journalistin nicht akzeptiert. Nicht mehr versteckt wirkte dann von 1909 bis 1932 Dr. Ella Wild als zeichnendes Mitglied der Handelsredaktion – eine damals noch völlig aussergewöhnliche Wahl. In den 1930er Jahren erschienen Beiträge, welche die Schriftstellerin Annemarie Schwarzenbach als freie Korrespondentin im Ausland verfasst hatte. Danach dauerte es allerdings bis in die 1960er Jahre, ehe Frauen wie Marion de Szepessy-Hofmann (Lokales), Suzanne Oswald (Mode) oder die Korrespondentinnen Eva Goetz (Athen) und Gerda Luft (Tel Aviv) als feste Mitarbeiterinnen angestellt wurden. Allerdings war das Blatt «mit Überzeugung» für das Frauenstimmrecht, als es nach dem Krieg wieder aktuell wurde und 1959 auf Bundesebene zur Abstimmung kam, wogegen die FDP Stimmfreigabe beschloss.[32] Die NZZ wollte von der «im In- und Ausland vieldiskutierten ‹Rückständigkeit› unseres Landes» in dieser Sache nichts wissen: Entsprechende Bemühungen seien alt, nur eben auf dem föderalistischen Weg, den man auch an der Falkenstrasse an sich bevorzugt hätte, bisher nicht vorangekommen.[33] Auch der Weg über den Bund scheiterte 1959, und beim Zürcher Souverän 1966 ein weiterer kantonaler Vorstoss; nun erklärte das Blatt die Niederlage unter anderem mit «schmutziger Politik» der Gegner.[34] Ende

1970 erfolgte dann das von der NZZ geforderte «klare Ja» auf kantonaler Ebene, und Anfang 1971 auch im Bund, wofür «es nun wirklich an der Zeit» war.[35] «Die Schweiz ist damit um eine Eigenart ärmer geworden, um eine Eigenart allerdings, die ihr nicht gerade zum Ruhme gereichte.»[36]

Als 1981 auch der Gleichberechtigungsartikel die Gunst der Mehrheit fand, erfüllte sich für die NZZ «ein Gebot der Gerechtigkeit und insbesondere auch ein altes liberales Anliegen». Man konnte die Gegner der Vorlage trösten, die eine «feministische Umkrempelung der Gesellschaft» prophezeit hatten: Auch nach der verfassungsmässigen Gleichstellung seien «weder feministische Illusionen noch männliche Albträume gerechtfertigt».[37] Wie würde sich der Verfassungsartikel nun in der Praxis auswirken, etwa bei der Entlöhnung? In der Vorkriegszeit hatte auch die NZZ die Frau zur «Rivalin des Mannes» erklärt, wenn sie in dessen Arbeitswelt eindrang; dies schien nur legitim, wenn die Frau oder ihre Familie in wirtschaftlicher Not war, und auch dann ausdrücklich als «billigere Arbeitskraft».[38] Ausserdem, und vor allem nach dem Krieg, befürchtete man, dass Frauenarbeit zulasten von Familie und Kindern gehe. 1972 anerkannte die NZZ hingegen ausdrücklich das Recht der Frau auf einen Beruf – als Hausfrau, aber ebenso «zusätzlich oder ausschliesslich in einem anderen Tätigkeitsgebiet».[39] Die Forderung nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit wurde vom Blatt im Prinzip befürwortet, doch bei der konkreten Umsetzung befürchtete es noch lange staatliche Eingriffe in die marktwirtschaftliche Lohngestaltung.[40]

Zu den dominanten gesellschaftlichen Themen zählte in den 1970er Jahren weiterhin auch die «Überfremdungsfrage» – wie gesagt nicht zuletzt eine Reaktion und Neubestätigung des Sonderfalls Schweiz. Auch das Blatt ortete ein vielschichtiges Unbehagen, das «von den konkreten Misslichkeiten ‹überfremdeter› Betriebe, Spitäler oder Bahnhöfe über das schwer artikulierbare ‹Wohlstandsmalaise› bis hin zu den grossen Sachproblemen des Umweltschutzes und weiterer Wachstumsschwierigkeiten reicht».[41] Dazu gehörte auch der «Bodensatz nationaler Ressentiments», wie er 1970 bei der eher knapp abgelehnten Schwarzenbach-Initiative zutage trat.[42] Die NZZ wies deutlich auf die Folgen einer Annahme hin, die Entlassung vieler ausländischer Arbeitskräfte, die «mit ihren Familien an die Grenze gestellt» würden. Das schien «unmenschlich», zumal wenn man dabei an «die zu Recht kritisierte Flüchtlingspolitik während des letzten Weltkrieges unter dem Stichwort ‹Unser Boot ist voll›» erinnerte.[43]

Mit Beiträgen wie «Der Gastarbeiter – Arbeitskraft und Mitmensch» versuchte man, die Distanz zu den unbekannten Fremden abzubauen, um auch 1974, bei der nächsten Fremdarbeiter-Initiative, umso entschiedener gegen die Verletzung der Grundrechte zu argumentieren, welche die Annahme der Initiative bedeuten würde.[44]

Die NZZ selbst unterzog ihr Erscheinungsbild in diesen Jahren einem nicht unerheblichen Wandel: Mit der in zwei Etappen vollzogenen Umstellung von der dreimal täglichen zur einmal täglichen Erscheinungsweise gingen einher die Erweiterung des Umfangs, die Erschliessung des Blatts mit Seitenzahlen und einer Inhaltsübersicht sowie der Lead als Zusammenfassung der einzelnen Artikel. Die lokalen Meldungen erhielten eigene Seiten für die «Stadt Zürich», und der «Kanton Zürich» bekam ein eigenes Ressort. Eine bedeutende Rolle spielte der Leiter der Inlandredaktion, Kurt Müller, unter anderem in der Jurafrage, die er seit 1957 kontinuierlich kommentierte. Das Blatt hatte diesbezüglich die radikalen Separatisten und ihre nicht immer gewaltfreien Methoden aus Sorge um den Rechtsstaat klar kritisiert, zumal eine Lösung des Juraproblems – wie auch immer sie erfolgte – unbefriedigte Minderheiten zur Folge haben musste. Sofern sich aber ein «konstanter Wille», die «politischen Geschicke selbst in die Hände zu nehmen», und eine «historische Basis der Gemeinsamkeit» einstellten, so meinte die NZZ schon 1957, «werden wir allerdings nicht zögern dürfen, dem Jura die Möglichkeit zur politischen Selbstbestimmung als eigener Kanton zuzubilligen».[45] Insofern handelte es sich für die NZZ um ein Problem vor allem unter Jurassiern, wie man mit wenig Rücksicht auf Empfindlichkeiten der kantonalbernischen Obrigkeit festhielt, die man früher noch als in dieser Angelegenheit allein zuständig angesehen hatte.[46]

Doch ab 1965 gelang es den Separatisten, die Jurafrage durch das «Primat der ethnischen Einheit» zu internationalisieren, was für die NZZ – angesichts ähnlicher, von De Gaulle unterstützter Entwicklungen namentlich im kanadischen Quebec – «eine Wendung zum Schlimmsten» darstellte, nämlich «offenen Sezessionismus».[47] Man spekulierte sogar darüber, ob die isolierten Nordjurassier, bei denen «das eidgenössische Bewusstsein sehr schwach ausgebildet» sei, im Vertrauen auf eine französische Intervention eine bürgerkriegsähnliche Entwicklung anpeilen würden.[48] Nun schien der Bestand der Schweiz in ihrer gegenwärtigen Form, ja – bei einer Abspaltung der ganzen Romandie – ihre Existenz überhaupt

auf dem Spiel zu stehen, und so konnte der Bund die Problematik nicht länger den direkt Betroffenen überlassen. Da die drei südjurassischen Bezirke und das deutschsprachige Laufental antiseparatistisch blieben, sah man, «wenn nicht Wunder oder Teufeleien passieren», eine Lösung nur durch die Gründung eines neuen Kantons Nordjura.[49] Entsprechend begrüsste die NZZ, im Unterschied zu den meisten anderen Zeitungen, die riskante Entscheidung der Berner Regierung, im Juni 1974 im Gesamtjura eine Volksbefragung durchzuführen, die Klarheit über die Kräfteverhältnisse schaffen sollte.[50] Das schien ein Ausweg, «um das grösste ungelöste Minderheitenproblem unseres Landes auf rechtsstaatlichem und demokratischem Weg zu lösen».[51] Der separatistische *Rassemblement jurassien* unter Roland Béguelin opponierte jedoch anfangs gegen das Jura-Plebiszit, weil er gegen eine Teilung des Juras war. Kurt Müller brachte darauf bei sich zuhause Béguelin mit dem zuständigen Vorsteher des Eidgenössischen Justizdepartements, Kurt Furgler, zusammen. Dessen Zusicherungen führten dazu, dass der *Rassemblement* am Plebiszit teilnahm, aus dem dann in einer Reihe von Volksentscheiden 1978 der Kanton (Nord-)Jura hervorging.[52]

Eine nicht zu unterschätzende Rolle bei der Zuspitzung der Jurafrage spielte die ethnisch-linguistische Rhetorik von Charles de Gaulle. Auch die europäische Integration kam erst 1969 wieder in Fahrt, als der mit Skepsis beobachtete, in seinem Verlangen nach nationaler Grandeur masslose und darin gescheiterte «Führer der Nation» abtrat.[53] Damit wurde 1971 der Beitritt Grossbritanniens zur EWG möglich, für welche dies eine «historische Wende» darstelle, weil die EWG über ihre «kontinental-karolingische Struktur» hinauswachse.[54] «Jetzt erst erreicht die Gemeinschaft im Grunde die Dimension, die sie politisch lebensfähig macht.»[55] Dies geschah nun aber ohne Beteiligung der kleineren, neutralen Staaten in der EFTA, deren Anschluss in irgendeiner Form man früher als Voraussetzung der Lebensfähigkeit angesehen hatte. Die EWG ging fortan, vorerst noch behutsam, ihre eigenen Wege, verband sich aber die EFTA in Freihandelsabkommen wie demjenigen mit der Schweiz, das 1972 zur Abstimmung gelangte. Im Zeichen der wachsenden Kritik an «blinder Wachstumsmaximierung» und der Sorge um die «Grenzen des Wachstums», wie sie die Publikation des *Club of Rome* gleichzeitig thematisierte, wollte auch die NZZ wissen, ob das Abkommen statt quantitative eher qualitative Ziele anstrebe.[56] Dem war in den Augen der NZZ so,

und deshalb konnte sie die Vorlage mit dem Argument «Die Schweiz gehört zu Europa» im Referendum gegen die rechts- und linksextremen Gegner erfolgreich verteidigen, die der EWG «Wachstumsfetischismus» vorwarfen.[57]

Skrupellosem Wachstumsdenken verfallen war jedenfalls die Firma Oerlikon-Bührle, die – was 1969 ans Licht kam – für eine Gesamtdeliktsumme von 100 Millionen Franken widerrechtliche Waffenexporte (darunter auch Bundeseigentum) in Konfliktgebiete vorgenommen hatte. Das zeige einmal mehr, «dass man in der betroffenen Firma von den eidgenössischen Amtsstellen keine hohe Meinung gehabt haben kann».[58] Solche Vergehen, zumal sie aufgedeckt wurden, waren für die NZZ aber kein Grund, das von pazifistischen Kreisen und der SP angeregte totale Verbot von Waffenausfuhren zu unterstützen; vielmehr sah man eine international wettbewerbsfähige schweizerische Waffenindustrie als notwendigen Bestandteil der eigenen, für die Landesverteidigung unabdingbaren Rüstungsmassnahmen.[59] Ein paar Jahre später, im April 1977, war mit der Schweizerischen Kreditanstalt ein anderes Schwergewicht des Wirtschaftsstandorts Schweiz von einem Skandal betroffen, als die Direktion der Zweigstelle Filiale Chiasso kriminellerweise italienische Fluchtgelder für riskante Anlagen verwendete. Diese erwiesen sich als Fehlspekulation, und die veruntreuten und nun verlorenen Kundengelder, die in den Bankbüchern gar nicht auftauchten, führten letztlich zu Abschreibungen von 1,2 Milliarden Franken. Die NZZ fragte rhetorisch, ob die nach einem ersten Pressecommuniqué eingetretene «Funkstille bei der SKA» die einzig richtige Verhaltensweise sein könne. Das Blatt stellte die unbequemen Fragen, die sich «zwangsläufig» aufdrängten und «an dieser Stelle nur gestellt, nicht aber beantwortet werden können»: Wie kommt es, dass die Vorgänge in Chiasso über längere Zeit hinweg den Zürcher Verantwortlichen vorenthalten werden konnten?»[60] In dieser Hinsicht sprach man einige Tage später auch von Konsequenzen bei «personellen Verantwortlichkeiten».[61] Tatsächlich trat der Präsident der SKA-Generaldirektion mit zwei weiteren leitenden Persönlichkeiten am 10. Mai 1977 zurück – «in der schweizerischen Bankengeschichte bisher einmalige Rücktritte».[62]

Ebenfalls einzigartig war der Spionagefall Jean-Louis Jeanmaire. Als er im Oktober 1976 aufflog, mochte die NZZ dem Alt-Brigadier anfangs «Naivität» im Umgang mit einem befreundeten sowjetischen Offizier zusprechen, diese aber nicht entschuldigen.[63] Als dann aber die lange Dauer

der Spionagetätigkeit aus «niederen Motiven» publik wurde, äusserte man nicht nur «Abscheu und Zorn», sondern sah «das Vertrauen in unsere Institutionen und vor allem die Landesverteidigung tangiert».[64] Die 18 Jahre Zuchthaus samt Degradierung schienen ein strenges, aber «angesichts des kaum mehr zu überbietenden Verschuldens auch in seiner den Antrag des Anklägers weit übertreffenden Schärfe» angemessenes Urteil für einen «unverzeihlichen Charakterfehler».[65] Charakterfragen stellten sich im selben Jahr auch bei der Affäre Cincera, der zugleich ein Prüfstein für einen «im freiheitlichen Standpunkt begründeten und mit freiheitlichen Methoden verfochtenen» Antikommunismus war.[66] Der Grafiker und spätere FDP-Nationalrat Ernst Cincera war als «Subversivenjäger» ins Gerede gekommen, nachdem linke Lehrer oder Journalisten eine Anstellung verloren oder nicht erhalten hatten. Das von SP-Exponenten und Intellektuellen wie Max Frisch gegründete «Demokratische Manifest» verdächtigte Cincera als Denunzianten und verschaffte sich durch einen Einbruch Zugang zu seinem Archiv. Die NZZ warnte vor den «sehr fragwürdigen» Methoden, die in beiden Lagern angewandt wurden und «mit gutem politischen Stil nichts mehr zu tun haben»: Dokumentendiebstahl auf der einen Seite, «private Spitzel» auf der anderen, wobei man sich auch fragen müsse, «ob behördliche Stellen in unzulässiger Weise mit der ‹privaten› Informationstätigkeit Cinceras verknüpft waren».[67] Die NZZ bedauerte, dass das «Demokratische Manifest» die entsprechenden Unterlagen nicht dem für eine kompetente Abklärung zuständigen Bezirksanwalt übergab, sondern an Pressekonferenzen für seine eigenen politischen Zwecke ausschlachtete.[68] Dass es subversive Aktionen der Linken gebe, dürfe nicht zu Verschwörungstheorien, zu einem «helvetischen McCarthyismus» führen, legte Luchsinger dar: Die Schwäche der bürgerlichen Welt könne nicht als das Resultat solcher Subversionen angesehen werden, über deren allfällige Befehlszentralen man angesichts des zerfallenden Weltkommunismus ohnehin gerne mehr wüsste, als besorgte Cincera-Anhänger mitteilten. Vielmehr liege der westliche Niedergang in dieser bedrohten Welt selber, «in ihrem vielfältigen moralischen, wirtschaftlichen, politischen, militärischen Zerfall von innen her».[69]

Während im Inland im Gefolge der 68er-Bewegung die Konfrontation mit dem (Neo-)Marxismus wieder aktuell geworden war, hatte der ideologische Konflikt seit der Kubakrise tatsächlich stark an Bedeutung für den realpolitisch weiterschwelenden Ost-West-Gegensatz verloren. Be-

reits 1963 hatte man im Hinblick auf das Atomteststop-Abkommen festgehalten, «dass das bisher unmöglich Scheinende nun sozusagen über Nacht eingetroffen ist»: Im Kreml habe sich wirklich etwas geändert, so dass «Chruschtschow nicht nur anders spricht, sondern auch anders handelt als bisher».[70] Vor allem seine Nachfolger schienen dann – wohl gerade auch im Vergleich mit erratischen Figuren im Westen, etwa De Gaulle – berechenbar, seit sie die «Zellteilung des kommunistischen Blockes» mit einem feindlichen China im Osten in Schach hielt.[71] Man hatte es nun mit einer Sowjetunion zu tun, die weiterhin ein gefährlicher Gegenspieler war, aber in der Tradition russischer Grossmachtpolitik und nicht mehr getrieben von einer rücksichtslosen weltrevolutionären Ideologie. Hoffnungen auf eine «Liberalisierung» des oligarchischen und bürokratischen Sowjetsystems dürfe man sich deswegen jedoch nicht hingeben, meinte die NZZ 1967 zum 50. Jahrestag der Oktoberrevolution: «Das Regime hat Angst vor der Freiheit. Sobald der Deckel etwas gelöst wird, beginnt der Topf derart zu brodeln, dass er wieder zugeschraubt werden muss.»[72]

Das waren prophetische Worte, wie sich bald für Roger Bernheim zeigte, mit dem die NZZ – auch ein Zeichen des Wandels – als erste Schweizer Zeitung 1967 einen Korrespondenten nach Moskau entsandt hatte. Seine Reisen brachten ihn bald nach Prag, wo das ausbrechende «Freiheitsfieber» sich nicht zuletzt darin äussere, dass die Reformer und ihre Gegenspieler ihre Differenzen in der Öffentlichkeit austrugen. «Möglicherweise werden sich die Sowjets mit einer Liberalisierung in der CSSR abfinden; aber zu erwarten, dass sie dies mit guter Miene tun, wäre naiv.»[73] Als dieser Korrespondentenbericht in der Morgenausgabe vom 21. August 1968 erschien, war er von der Wirklichkeit bereits eingeholt, wie der Kommentar in der Abendausgabe bewies.

> Gewalt, Lug und Trug haben die Welt im heutigen Morgengrauen wieder vor die Tatsache gestellt, dass der Sowjetkommunismus sein Wesen nicht verändert hat. Wer aus Wunschdenken, Vergesslichkeit oder mangelnder Erfahrung nicht mehr wusste, dass bare Macht, Täuschung – und Angst vor der Freiheit – im Kreml und bei seinen Kreaturen im Ausland immer noch Trumpf sind, sieht sich an diesem 21. August, an dem sowjetische Panzer die Tschechoslowakei besetzt haben, eines Schlechteren belehrt.[74]

Die neue Lage erforderte es nun für die NZZ, dass der Westen seine bislang ausgeprägte Verhandlungsbereitschaft überdenke und seine Verteidigung stärke.[75] Umso problematischer war es, wenn westliche Politiker dem Prager Frühling kaum eine Träne nachweinten, sondern sich

gleich wieder der besänftigenden Entspannungsrhetorik bedienten. Die NZZ wollte die Dimensionen gewahrt wissen: «Nicht der Westen, der gegen das, was in Prag geschehen ist, weder mit Taten reagiert, noch auch nur offiziell protestiert hat – die Sowjetunion ist in den kalten Krieg und in Schlimmeres, in die Politik der Konfrontation und der physischen Unterdrückung in Europa zurückgefallen.»[76] Man hatte den Eindruck, es werde mit «zweierlei Mass» gemessen – weder zum ersten noch zum letzten Mal. Das zeige sich auch bei den Protesten gegen den Vietnamkrieg, der als «Abwehr einer freiheitsfeindlichen Aggression» angesehen werden sollte, weil es realistischerweise «zwischen kommunistischer Herrschaft und einem mehr oder weniger an die Vereinigten Staaten angelehnten Offiziersregime eine dritte Wahl» praktisch nicht gebe.[77] «Wie kann man im Namen der Freiheit gegen die Unterdrückungspolitik von Diktaturen mit faschistischem Einschlag protestieren und die noch krassere Unterdrückung in den kommunistischen Regimen mit Schweigen, mit zunehmend wohlwollendem Schweigen übergehen?»[78] Besonders irritiert reagierte die NZZ, wenn eingestandenermassen «emotional-verbrecherische» Kriegsverbrechen der Amerikaner, etwa das Massaker von Song My, von denen laut angeprangert wurden, «die den Drang empfinden, Greueltaten von einzigartigem Format, wie sie in ihrer eigenen jüngsten Geschichte geschehen sind, in einer allgemeinen nationalistisch-nihilistischen Anklage zu versenken» – die Deutschen.[79]

Darob übersah man nicht, dass der Krieg in den USA zur schwersten inneren Krise seit 1945 geführt und den «Spaltungen der Nation in Weiss und Schwarz, Reich und Arm» eine weitere hinzugefügt hatte.[80] Der Vietnamkrieg, die «zweifellos frustrierendste, demütigste Erfahrung dieser amerikanischen Generation», sei im Krisenjahr 1968 zum Katalysator eines politischen Malaises geworden, das weit über seinen Anlass hinausgehe.[81] Mit Verständnis in politischer Hinsicht, aber Skepsis in militärischer verfolgte die NZZ die Bemühungen der Amerikaner, ihre Truppen zu reduzieren, was jeweils zu neuen Vorstössen der Gegner und damit weiteren Interventionen der theoretisch übermächtigen, aber zum vollen Einsatz ihres Potentials nicht bereiten USA führten. Darob versank ganz Indochina in der blutigen Auseinandersetzung, nachdem amerikanische und südvietnamesische Verbände 1970 «militärisch folgerichtig» nach Kambodscha vorgestossen waren, um die Basen des Vietcongs zu zerschlagen.[82] Als Nordvietnam und die USA Anfang 1973 das «lang herbei-

gesehnte» Pariser Waffenstillstandsabkommen unterzeichneten, ahnte das Blatt, dass dies «ein fragmentarischer Friede» war und der Epilog der Tragödie noch nicht geschrieben war: «Falls das Wiederaufflackern grösserer Kriegshandlungen ausgeschlossen oder verhindert werden kann, bleibt die Riesenfrage, was die ‹endlich allein gelassenen› Vietnamesen miteinander anfangen werden.»[83]

Tatsächlich liess Nordvietnam nicht lange Zweifel an seiner Absicht, «früher oder später ganz Indochina zu ‹befreien› beziehungsweise zu erobern».[84] Das amerikanische «Indochina-Debakel», der Abzug aus Phnom Penh und aus Saigon, wurde mit Dünkirchen verglichen.[85] Gerade in Asien, wo der Gesichtsverlust so viel bedeute, habe die westliche Vormacht eine «schlimme politisch-psychologische Niederlage» erlitten, durch eine – rein militärisch nicht zwingende – Selbstbeherrschung, «die in ihrer Art auch Respekt verdient».[86] Ende 1975 nannten sich Vietnam, Kambodscha und Laos alle Volksdemokratien, der Kommunismus als neue Form der asiatischen Despotie schien auf dem triumphalen Vormarsch.[87] «Jene Kritiker in Amerika und anderswo, die so selbstsicher über die ‹Dominotheorie› zu höhnen pflegten und den Verlust Südvietnams im voraus als einen Vorgang ohne jede Bedeutung und Folgen für Amerika abbuchten, werden nun wohl etwas Stoff zum Nachdenken bekommen haben, nachdem sämtliche Dominosteine in Indochina innert kürzester Frist gefallen sind und diverse andere beträchtlich wackeln.»[88] Doch es kam anders, wofür Eric Mettler als Leiter der Auslandredaktion ebenfalls ein Sensorium gehabt hatte, als er unmittelbar nach dem Fall von Saigon schrieb: «Ebenso deutlich wie der Kommunismus hat in Vietnam der Nationalismus gesiegt. Dieser Nationalismus wird dem chinesischen Grossreich zu schaffen machen.»[89] Nicht die Dominotheorie wiederholte sich, sondern – in den «Grenzkriegen zwischen Nationalkommunisten» von 1978/1979 – die Historie.

> Geschichtliche Gegensätze sind permanenter als kommunistische Gemeinsamkeiten. Wieder einmal, wie in früheren Jahrhunderten, ist China daran, ein Vietnam, das ihm allzu selbstherrlich um sich zu greifen scheint, mit Waffengewalt zu zügeln. Und aus vietnamesischer Sicht betrachtet, erweist sich, dass der grossmächtige asiatische Nachbar, Erbfeind und «Hegemonist» weniger vorübergehend ist als französische «Kolonialisten» und amerikanische «Imperialisten».[90]

So wurde nicht nur der dualistischen Optik des Kalten Krieges widersprochen, sondern auch den «utopischen» Hoffnungen der «Gutgläubi-

gen», «es werde schon alles gut, wenn man in Indochina und anderswo in der Dritten Welt der Revolution den Lauf lasse».[91] Von diesen Dramen wollte man manchenorts, wo die amerikanische Intervention viel Publizität erzeugt hatte, nicht mehr viel wissen, nicht zuletzt in den USA selbst, wo schon früh «merkwürdige Bewegungen» der Verdrängung eingesetzt hatten.[92] Die NZZ verschloss die Augen jedoch nie vor dem Schicksal der vietnamesischen «Boat people»[93] und der «jeder Beschreibung spottenden Ausrottungsstrategie» der Roten Khmer gegen die kambodschanische Bevölkerung,[94] aber auch vor «Maos Archipel Gulag».[95] Mit ernüchterter Erleichterung vermerkte man, wenn sich im Angesicht solcher Greuel auch auf der (einstigen) antiamerikanischen Linken die Erkenntnis durchsetzen konnte, «dass Utopie in Tyrannis ausartet, wenn sie kein Mass an klassischen, gewissermassen vormarxistischen Freiheitsrechten garantieren kann».[96] Dies galt auch für China nach Maos 1976 eingetretenem Tod, als Deng Xiaoping eine wirtschaftliche Dynamik in Gang brachte, die sich auffällig vom sowjetischen Stillstand unterschied. In politischer Hinsicht musste die Beurteilung weniger wohlwollend bleiben, denn weiter drohte eine erstarrte Minderheitsherrschaft, wie sie in der chinesischen Geschichte die Regel gewesen war; oder als anderes Extrem ein Wiederaufstieg der «ideologisierenden Zauberlehrlinge» der Kulturrevolution, die ein «supergleichheitliches, fremdenfeindliches, ewigrevolutionäres China» anstrebten. Der vernünftige Mittelweg für das Riesenreich schien im Versuch zu liegen, die Revolution in aufbauender Weise evolutionär werden zu lassen.[97]

Zumindest im Hinblick auf das Konzert der Supermächte war es für die NZZ 1970 angebracht, «allmählich von der Vorstellung einer zwischen zwei Polen gespannten Welt den längst fälligen Abschied zu nehmen».[98] Mit China wurden neue Konstellationen möglich, was sich gleichzeitig im Unabhängigkeitskampf von Bangladesh zeigte, als dessen Protektor Indien von der Sowjetunion gestützt wurde, während die USA und China Pakistan näher standen. Besiegelt wurde diese Annäherung nach der Pingpong-Diplomatie von Nixon und Mao dann 1978 durch Präsident Carter, wobei der Leidtragende Taiwan hiess, das durch die amerikanische Anerkennung von China seine eigene und damit auch den Sitz in der UNO verlor. Bei allem Verständnis für geostrategische Überlegungen verkniff sich die NZZ nicht die Fragen zu «Opportunität und Moral», die sich zur selben Zeit der persische Schah auch stellen mochte: Konnte man

sich auf die Dauerhaftigkeit eines feierlich zugesagten Engagements der westlichen Grossmacht verlassen?[99] Auch für die Europäer war das eine existentielle Frage; aber eine Alternative zu den weniger berechenbar gewordenen USA hatten sie nicht.[100]

Anders als viele skeptische Medien blieb die NZZ in diesem Jahrzehnt der Verunsicherung beim nicht unkritischen, aber treuen Bekenntnis zur westlichen Vormacht, die 1976 das zweihundertjährige Bestehen feiern konnte, was das Blatt mit einer Sonderbeilage würdigte. Amerika erschien als Modell, das in permanenter Veränderung blieb, ohne darob sein System – über Revolutionen, Staatsstreiche oder Klassenkämpfe – wechseln zu müssen, so dass selbst die Arbeiter konservativ waren und die Schwarzen patriotisch:[101] «Während Sozialismus, Kommunismus und Faschismus, Nationalismus und Imperialismus das alte Europa in kleine und grosse Bürgerkriege stürzten, die es zerrissen und schwächten, passte sich die amerikanische Gesellschaft in einer dauernden, weitgehend unblutigen, pragmatischen, flexiblen ‹Revolution› den sich rapid verändernden Zeiten an.»[102] Die Spannung zwischen der Nostalgie nach der (scheinbar) einfachen Welt der (scheinbar) einfachen Väter und der leidvollen Verwicklung in die böse äussere Welt belaste das Land zwar stark; doch mit dieser Spannung habe es jetzt immerhin drei Jahrzehnte gelebt und dabei Weltmachtverantwortung getragen.[103]

Zeichen ungebrochener amerikanischer Stärke gab es ebenso wie solche des anhaltenden Zerfalls. Die NZZ kommentierte die Mondlandung vom 21. Juli 1969 ebenso staunend wie nachdenklich angesichts der Grenzen, welche die Menschheit im Wettstreit der Systeme überschritt: «Man möchte nur wünschen, dass jene im Vorsprung seien, die nicht nur an Macht glauben, sondern sich einer höheren Autorität verantwortlich fühlen und dem Unerforschlichen gegenüber demütig bleiben.»[104] Mit Sorge beobachtete man gleichzeitig die wachsenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten der USA, die im Vietnamkrieg hohe Kosten trügen, ohne den Gürtel enger schnallen zu wollen. Diese Ausgaben fielen auch zum Nutzen der übrigen westlichen Welt an; diese trug sie aber durch die Stützung des Dollars auch mit, bis dieser im Dezember 1971 abgewertet wurde. Schon zuvor hatte die NZZ die Sanierungsprogramme der Administration Nixon als ungenügend angesehen und als das unausgesprochene Eingeständnis gewertet, dass sie «mit elementaren Problemen – Inflation, Arbeitslosigkeit, Zahlungsbilanz, Goldreserve – nicht fertiggeworden ist».[105]

Stark verschärft wurde die amerikanische Krise durch Nixons zunehmende Verstrickung in den Watergate-Skandal. Die NZZ hatte wie schon 1960 auch 1968 Nixons demokratischen Gegenspieler, diesmal Hubert Humphrey, favorisiert; 1972 missfiel ihr allerdings das «abenteuerliche» und «vage» Programm von George McGovern, wogegen Nixon als «willensstarker und entschlussfreudiger Präsident» erschien.[106] Sie sah ihn nicht als rechtlich verantwortlich für die Affäre, wohl aber politisch, zumal sie immer stärker den Eindruck erhielt, «Nixon kämpfe weniger für die Würde seines Amtes als um seine persönliche Spitzenposition».[107] Auch wenn das Blatt vor allem seine aussenpolitischen Verdienste würdigte, schien ihm der Rücktritt des Präsidenten zuletzt unumgänglich, weil er «wegen wiederholten, schliesslich selbst eingestandenen Lügens vertrauensunwürdig geworden» war. Gleichwohl gewann die NZZ dem ganzen Verfahren Positives ab, da es vorgeführt hatte, dass die demokratischen «checks and balances» funktionierten, während andere Völker von unabsetzbaren, finsteren Fürsten miserabel verwaltet würden.[108] «Die Erschütterungen von Nixons zweiter Amtszeit sind letztlich kein Selbstzerfleischungs-, sondern der Entseuchungsprozess einer nach wie vor höchst vitalen Gesellschaft.»[109]

Die im eigenen Land bewährte und verteidigte Demokratie wurde angesichts des Systemgegensatzes von den USA dort skeptisch beobachtet, ja bekämpft, wo Wahlen die Kommunisten an die Macht zu bringen drohten. Auch die NZZ stand dieser Position nahe, wie sie Eric Mettler mit Blick vor allem auf Ostasien zusammenfasste:

> Mancher Staat der Dritten Welt des nachkolonialen Zeitalters wird offensichtlich zugunsten aller Beteiligten von aufgeschlossen-autoritären Realisten des Zentrums wirksamer geführt als von zerstrittenen «Demokraten» und tyrannischen «Volksdemokraten». … Die Menschen sind zu unterschiedlich geartet, um sich in aller Welt über den westlich-kapitalistischen und den liberal-demokratischen Leist schlagen zu lassen – geschweige denn über den seelenzerstörerisch-kommunistischen.[110]

«Kann es überhaupt Demokratie im westeuropäischen Sinn des Wortes geben, wo ein Grossteil der Bevölkerung am Rande des Existenzminimums, im Analphabetismus, in Krankheit dahindämmert, während sich wenige Bevorzugte Macht und Geld teilen?»[111] Das fragte man sich auch in Südamerika, nachdem 1973 in Chile, einer vergleichsweise traditionsreichen Demokratie, der gewählte Präsident der Volksfrontregierung, Salvador Allende, durch einen von den USA unterstützten Militärputsch

gestürzt worden war und Selbstmord beging. Zum Verhängnis geworden seien dem «skrupulös die Legalität befolgenden» Staatschef die politische Polarisierung und die gewaltigen wirtschaftlichen Spannungen, die «schliesslich auch auf eine noch so pflichtbewusste Armee übergreifen mussten». Allendes Schicksal sei auch eine (negative) Antwort auf die Frage: «Kann man eine kontrollierte Wirtschaft einrichten, ohne die Bürger zu kontrollieren?»[112] Hinter der aussergewöhnlichen Gewalttätigkeit der Putschisten vermutete man anfangs ihre Erbitterung über eine Aufgabe, die sie nicht gesucht hatten. Hinter dem «perfektionierten Terror» erkannte man jedoch bald nicht eine Ordnungsfunktion des Militärs, sondern krasse Parteilichkeit gegen die Linke und zugunsten der für das politische Chaos mindestens ebenso verantwortlichen Rechtsextremen.[113]

Während Südamerika, bald auch Argentinien, weithin von oft faschistoiden Generälen beherrscht wurde, konnte man, wenn auch nicht ganz sorgenfrei, den Demokratisierungsprozess begrüssen, in den sich die südeuropäischen Länder Griechenland, Portugal und Spanien in den 1970er Jahren begaben. Mit der Militärjunta, die sich 1967 in Griechenland etabliert hatte, tat sich die NZZ stets schwer und rechtfertigte die «einmütige Verurteilung» des Putsches auch gegen die Kritik, man mische sich in innere Angelegenheiten des Landes ein. Dazu und selbst zur Intervention hätten internationale Institutionen, namentlich Europarat und EWG, das Recht und die Pflicht, meinte Madariaga: «Wenn der Völkerbund Hitler daran gehindert hätte, sich diktatorische Vollmachten anzueignen, wäre der Welt ein Meer von Blut und Tränen erspart geblieben.»[114] Ende August 1968 wiesen die Obristen die NZZ-Korrespondentin in Athen, Eva Goetz, aus, weil sie zu einem Tourismus-Boykott aufgerufen habe.[115] Zur Verstimmung trug bei, dass die NZZ in der anhaltenden und mit den Ereignissen auf dem Festland verwobenen Zypernkrise die Ängste der türkischen Minderheit gut nachempfinden konnte. Als die «unsinnige Zypernaktion» – ein von den Obristen getragener Putsch auf der Insel – den Sturz der Junta nach sich zog, konnte das Land auf altgediente Politiker zurückgreifen, die in der inneren oder äusseren Emigration den Lockungen des Militärs mit «eindrücklicher Standhaftigkeit» widerstanden hatten und die beweisen sollten, dass sie aus ihren bitteren Erfahrungen Lehren gezogen hatten.[116]

In Portugal war es umgekehrt ein Militärputsch, der 1974 die maroden Epigonen des Salazar-Regimes verjagte. Nach dieser «Nelkenrevolution»

wurden Parteien wieder zugelassen, und die ersten freien Wahlen ergaben eine «Absage an die Kommunisten».[117] Die starke Polarisierung und die politische Dauerkrise hielten an, «im wesentlichen eine Folge des rücksichtslosen Machtstrebens der Kommunisten», die sowohl durch den Druck der Strasse als auch über eine Regierungsbeteiligung zum Ziel zu gelangen suchte.[118] Nach zwei Jahren «wirren Experimentierens» brachte die Wahl des vom Zentrum und der gemässigten Linken portierten General Eanes endlich die notwendige Stabilisierung, um «eine Aufbauphase mit klaren Zielsetzungen in die Wege zu leiten».[119]

Ebenso anachronistisch wie das portugiesische Regime erschien der NZZ schon längst das spanische von General Franco, und ein kritischer Artikel über die für Nichtkatholiken diskriminierende Religionsgesetzgebung konnte, wie im August 1967, auch einmal dazu führen, dass die NZZ-Ausgabe in Spanien beschlagnahmt wurde.[120] Wie aber sollte der schwierige Übergang zwischen Scylla und Charybdis, zwischen Chaos und reaktionärer Verhärtung vonstatten gehen?[121] Mit Erleichterung sah das Blatt den Erfolg der von König Juan Carlos und dem jungen, einstigen Franco-Getreuen Adolfo Suàrez vorangetriebenen Reformen. Dessen Plebiszit brachte 1976 eine überwältigende Mehrheit für den Reformprozess und stellte damit eine «schlechterdings vernichtende» Niederlage der extremen Rechten dar.[122] Auch die ersten freien Wahlen im Jahr danach wurden als grosses «Zeugnis politischer Reife» kommentiert: Das spanische Volk habe sich eindeutig vom franquistischen Ballast befreit und ein «Bekenntnis zu einem modernen, weltoffenen Spanien» abgelegt.[123] Das bestätigte sich im Januar 1981 beim Putschversuch des rechtsextremen Oberstleutnants Tejero, der das Land in einen Schock versetzt habe.[124] Doch die «Sorge um die demokratischen Freiheiten» schlug sich gleichzeitig in Massenkundgebungen nieder und habe im König – einer eigentlichen «Säule der Demokratie» – den benötigten Rückhalt gefunden.[125]

Auch der Einbezug der von Franco unterdrückten Linken und insbesondere der Kommunisten in das neue Spanien hatte anfangs Anlass zu Befürchtungen über Umsturzpläne gegeben. Doch der KP-Generalsekretär Santiago Carrillo bekannte sich schon bald zu Demokratie, Bürgerrechten und Pluralismus und entwickelte sich zu einem prominenten Exponenten des Eurokommunismus.[126] Dessen Ausgangspunkt war die Niederschlagung des Prager Frühlings, für den die Sowjets mit der «Zerstörung des Weltkommunismus» bezahlten: Die Abwendung der grossen

kommunistischen Parteien des Westens von Moskau sei ein «tiefer Einschnitt in der Geschichte einer Bewegung, die ‹Weltrevolution› zu ihrem Ziel erklärt hat».[127] Recht wohlwollend äusserte sich die NZZ auch über Jugoslawien, das schon lange auf Distanz zu Moskau gegangen war. Man fragte sich sogar, ob die Partei nicht allmählich verdrängt werde, wenn Tito den freiheitlichen Kräften immer mehr Raum gewähre: «Der ‹Sozialismus mit menschlichem Gesicht› – hier ist er weitgehend Tatsache.»[128]

Die NZZ verfolgte den Eurokommunismus intensiv, mit einer auch durch die verschiedenen Autoren geprägten Mischung aus Wohlwollen und Skepsis. So plädierte ein Nationalrat unter dem Titel «Eurokommunismus aus liberaler Sicht» dafür, in das Spiel der «Gesprächs- und Wettbewerbsofferte» einzusteigen, sofern die Eurokommunisten die demokratischen Regeln bedingungslos einhielten.[129] Ein anderer Autor meinte dagegen, dass man ihnen das verbale Bekenntnis zu den Spielregeln ohne Bewährungsfrist nicht einfach abnehmen könne, nachdem die kommunistischen Parteien mit gebrochener Loyalität «allzu lange» als fünfte Kolonnen gewirkt hätten.[130] Garantie für ihre «Demokratie im freiheitlichen Sinn» gebe es trotz ansatzweisem Wandel noch nicht.[131] Man wies auch darauf hin, dass die «straff zentralistische – oft wird gesagt: stalinistische – Struktur» weiterhin parteiintern keine freie Willensbildung zulasse. Das galt vor allem für die französische KP unter Georges Marchais, und entsprechend besorgt reagierte das Blatt 1981 auf den Wahlsieg François Mitterrands: «Entgegen den Erwartungen vieler haben die französischen Wähler nicht ein Votum für die Erhaltung und Fortführung des im Grunde Bewährten, sondern für ein Experiment mit höchst ungewissem Ausgang abgegeben.»[132] Durch die Beteiligung der KPF sei Frankreich einmal mehr in gegenläufige Bewegung zu seiner Umwelt geraten und setze sich über ein Tabu hinweg, das in der Alten Welt seit Jahrzehnten mit bloss marginalen Ausnahmen beachtet worden sei. Der wirtschaftspolitische «cafard», den die altsozialistischen Verstaatlichungspläne mit sich bringen sollten, war für die NZZ schon von Anfang an abzusehen.[133]

Im Vordergrund bei der Beschäftigung mit dem Eurokommunismus stand jedoch neben Spanien Italien. In beiden Ländern erbrächten die Kommunisten den «demokratischen Tatbeweis» durch die Mithilfe bei zentralen politischen Problemen, dort bei der Bewältigung des Franquismus, hier beim Ringen um den «compromesso storico», der Enrico Berlinguers KPI den Weg in die Regierung bahnen sollte, die durch Wirt-

schaftskrise und Währungsprobleme, Terror und die Skandale der ewigen Regierungspartei *Democrazia Cristiana* zerrüttet war.[134] Die NZZ sah diese Entscheidung als zentrale und zugleich exemplarische Entscheidung für Westeuropa an, die aber weiterhin «unkalkulierbare Risiken» mit sich bringe.[135] Die KPI erschien weiterhin als «Trojanisches Pferd», deren Regierungsbeteiligung ein Abenteuer darstelle – vor allem für die NATO, aber auch für Moskau.[136] Die NZZ bekundete einige Mühe, ihren eigenen Standpunkt zu definieren und identifizierte sich mit dem «schwankenden italienischen Wähler», der «fra il diavolo et l'acqua santa» stehe und beklage, dass eine dritte Kraft der laizistischen Mitte fehle.[137] Schliesslich sprach sich das Blatt 1976 bei der Wahl «zwischen der christlichdemokratischen Qualle und der kommunistischen Spinne» dafür aus, «im Zweifelsfall lieber zähneknirschend für die verhasste DC zu votieren».[138]

Als die *Brigate rosse* im März 1978 den früheren christlichdemokratischen Premier Aldo Moro, der den «compromesso storico» befürwortet hatte, entführten, schien das den Druck zu verstärken, «das Heil doch noch in der unheilvollen Scheinlösung des ‹historischen Kompromisses›, in der völligen Hereinnahme des Trojanischen Pferdes zu suchen».[139] Daraus wurde jedoch nichts, und Moro wurde nach wenigen Wochen ermordet aufgefunden, nachdem sich die Regierung – «im Gegensatz zu 1922» – nicht habe erpressen lassen.[140] Gleichwohl machte sich die NZZ grosse Sorgen um die Regierbarkeit des Nachbarlands, aber auch um dessen Bürgersinn. Die Ordnungskräfte seien angesichts der vor zehn Jahren begonnen Welle des – roten wie schwarzen – Terrors viel zu spät mobilisiert worden, und die historisch begründete Entfremdung zwischen Volk und Staat habe sich als idealer Nährboden für Terroristen erwiesen. Ein Teil der Bevölkerung habe sogar mit einem «Schuss Schadenfreude» auf Moros Entführung reagiert:

> Endlich habe es einmal – so wurde gemurmelt – «einen von ihnen» erwischt, «uno di loro», nämlich jener «classe politica», die den Staat zur eigenen Domäne gemacht und den Ordnungshütern den Arm geschwächt habe. Doch es ist spät am Tag, um zu erkennen, dass Briganten sich der Republik bemächtigen, wenn nicht in erster Linie die Bürger selbst genügend Sorge zu ihr tragen.[141]

Der Terrorismus war kein italienisches, sondern längst ein internationales Phänomen mit ideologischen und personellen Kontakten und Bezügen, wobei dem Nahen Osten eine Schlüsselrolle zukam. Dort begannen 1968 Flugzeugentführungen und andere Angriffe gegen die israe-

1985:
Der liberale, demokratische Staat kennt keinen Freiraum für Protagonisten des wahllosen Schreckens.*
* NZZ, 9./10. 2. 1985, S. 1.

lische Fluggesellschaft El Al. Dabei geriet auch die Schweiz ins Visier von Terroristen, die im Februar 1969 in Kloten ein Flugzeug von El Al angriffen und den Kopiloten erschossen. Wenig später wurde zeitgleich mit zwei weiteren, amerikanischen Flugzeugen eine Swissair-Maschine entführt und nach der Landung in Jordanien gesprengt. Die Entführer liessen die Insassen frei, nachdem sie die Freilassung der drei Attentäter von Kloten erreicht hatten. Der Bundesrat hatte dies den Erpressern nach Meinung der NZZ «überstürzt» – ohne Rücksprache mit den anderen beteiligten Regierungen – zugestanden. Der Kommentar, dass ein gefährlicher Präzedenzfall eingetreten und «Recht notleidend geworden» sei, missfiel Aussenminister Pierre Graber so sehr, dass er den Chefredaktor deswegen nach Bern zitierte und abkanzelte.[142]

Die Terrorattentate, so auch 1971 der Absturz einer Swissair-Maschine auf dem Weg nach Tel Aviv oder 1972 der Angriff auf die israelischen Sportler im olympischen Dorf von München, waren Teil des israelisch-arabischen Konflikts, der 1973 im Jom Kippur-Krieg erneut eskalierte. Nachdem sie anfangs überrumpelt worden waren, gelang es den Israeli, die Ägypter und Syrer zurückzuschlagen und den *Status quo* wieder herzustellen. «Die Fronten haben sich erneut verhärtet. Zu einer Lösung des Konflikts hat der Krieg, wie vorauszusehen war, nichts beigetragen – im Gegenteil.»[143] Ein dauerhafter Friede sei ohnehin nur möglich, wenn die Araber «endlich» die Existenz eines jüdischen Staats in Palästina akzeptierten. Doch davon schien man umso weiter entfernt, als die erdölproduzierenden Länder und namentlich Saudiarabien 1973 die «Ölwaffe» entdeckten und nicht nur den Preis für Rohöl vervierfachten, sondern diesen auch als politisches Argument verwendeten.[144] In den Industrieländern bewirkte dies umgehend eine Rezession, manchenorts wie in der Schweiz auch unfreiwillige autofreie Sonntage. Vor allem die europäischen Länder erlebten sich als passive, «erpressbare Ölkonsumenten». Die NZZ erinnerte an das Gespenst von «München» und warnte vor Nachgiebigkeit: Der Mittlere Osten sei zum Beispiel von Investitionsgütern des Westens nicht weniger abhängig als Europa vom Öl.[145] Mit dem britischen

«Economist» fragte Luchsinger: «Ist es wirklich auch nur auf mittlere Sicht vorstellbar, dass Amerika, Europa und Japan, die drei Fünftel der industriellen Kapazität der Welt in den Händen haben, sich ihr wirtschaftliches Schicksal und Wachstum von einigen Scheichs diktieren lassen, die ihrerseits über nicht mehr als ein Prozent der Weltbevölkerung gebieten?»[146] Als Teil einer Antwort erschien im April 1974 eine vierteilige Serie über «die wirtschaftliche Abhängigkeit der arabischen Länder vom Westen». Daneben sah die NZZ aber die Entwicklungsländer als Hauptleidtragende eines Kampfes, der sich nicht gegen sie, sondern gegen den Westen richte.[147]

Aus Europa kamen aber weiterhin wenige Impulse für Lösungen des Nahostproblems, das den Supermächten überlassen wurde. Beide machten sie Ägypten klar, dass sie das Maximalziel der Palästinenser, «die Liquidation Israels als Staat», nicht zulassen würden, sondern nur die Rückkehr zu den Grenzen von vor 1967 realistisch sei.[148] Der ägyptische Präsident Sadat zog die Konsequenzen aus dieser Situation und reiste im November 1977 nach Israel, ausgerechnet zu einem israelischen Premier, Begin, den auch die NZZ als «intransigenten Extremisten» bezeichnet hatte.[149] Sadats Besuch, «das bis vor wenigen Tagen noch fast Unvorstellbare», lief «fast auf eine De-facto-Anerkennung Jerusalems» hinaus und wurde in der Öffentlichkeit «fast wie damals die ersten Schritte von Menschen auf dem Mond» verfolgt.[150] Ebenso erfolgreich verlief ein Jahr darauf unter Präsident Carters Schirmherrschaft die Camp-David-Konferenz mit Resultaten, «wie sie selbst Optimisten nicht erwartet hatten». Tatsächlich führten sie im März 1979 zum Friedensvertrag: Ägypten erkannte damit Israel an, das ihm den Sinai zurückgab.

Dass dies ein Separatfrieden war und noch keine «Globallösung», also nicht das Ende des Nahostkonflikts,[151] sollte sich schon bald zeigen. Der Zerfall der Staatsgewalt im seit 1975 tobenden libanesischen Bürgerkrieg hatte es der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) ermöglicht, einen militärisch gut gerüsteten «Staat im Staat» einzurichten, der auch als Terrorbasis gegen Israel diente. Die NZZ attestierte dem Judenstaat denn auch gute Gründe, als dieser 1982 offenbar nach längerer Planung im Libanon einmarschierte, um die «PLO total zerschlagen zu können».[152] Die Einschätzung des Feldzugs veränderte sich allmählich: Die «Flurbereinigung», die im politisch zerklüfteten Libanon zuerst begrüsst wurde,[153] habe in allen Belangen «noch mehr kaputt» gemacht als die

Kämpfe aller andern bisherigen Widersacher. Die PLO-Kämpfer wurden zwar zum Abzug aus Beirut gezwungen, doch die israelische Armee diskreditierte sich, als sie tatenlos einem Massaker von christlichen Milizen an den Palästinensern in den Lagern Sabra und Chatila zusah. Für die NZZ war klar, dass Israel «Mitverantwortung» trug für den Massenmord,[154] doch zugleich warnte sie vor «antisemitischen Reaktionen».[155] Auch in Israel selbst führte das Massaker zu einer Krise des «Selbstverständnisses», eine «gespaltene Nation» betrachtete den anfangs erfolgreichen Feldzug mit «Desillusionierung und Degout» als «Pyrrhussieg».[156] Die Versteifung auf eine Politik des harten Machtgebrauchs habe es, so der Chefredaktor, auch Israels Freunden schwerer gemacht und mehr und mehr Zweifel aufkommen lassen, ob auf diese Weise das Ziel einer stabilen Friedensordnung im Nahen Osten zu erreichen oder auch nur zu verfolgen sei.[157]

Zusätzlich kompliziert wurde die Lage durch einen neuen Konfliktherd am persischen Golf. 1978 zeichnete sich ab, dass die Stellung des Schahs als «aufgeklärter Despot» immer schwächer wurde. Die NZZ hoffte, dass sich der Iran zu einem «modernen demokratischen Industriestaat» entwickle, befürchtete aber, dass das Land in eine «staatssozialistische Sackgasse im Zeichen von Sichel und Hammer» geraten könnte, «aus der es – im Gegensatz zum heutigen System – nach allen bisherigen Erfahrungen keinen Ausweg gibt».[158] Nicht bedacht wurde in dieser, vom Kalten Krieg geprägten Analyse die dritte Variante: das radikale Regime unter dem charismatischen Ayatollah Khomeiny, das sich nach dem Sturz des Schahs im Frühjahr 1979 etablierte und eine «Islamische Republik» ausrief. Das ursprünglich im Namen ebenfalls vorgesehene Wort «demokratisch» sei, so vermutete der Nahostkorrespondent Arnold Hottinger, auf Betreiben von Khomeiny bewusst weggelassen worden, weil dieser «westliche» Begriff dem «Iran nicht notwendigerweise angepasst sei».[159] Die NZZ hatte schon bald Grund zur Befürchtung, der Ayatollah leiste dem Islam einen schlechten Dienst, wenn er Reformen verhindere, welche die Vitalität seines Glaubens stärken würden, und stattdessen «uralte westliche Vorurteile ££ des Westens» bestätige, die man lieber korrigiert sähe.[160] Tatsächlich hatte man es mit einer in dieser Form neuartigen Konfrontation des Westens mit einem politisierten Islam zu tun, der seine radikale Zivilisationskritik vor allem gegen die frühere Schutzmacht des Schahs richtete. Mit der Besetzung der amerikanischen Botschaft und der

Geiselnahme des Personals triumphierte 1980 eine neue, «Moral der Anarchie» – die NZZ fürchtete den Zerfall des Völkerrechts.[161]

> Die antiamerikanischen Emotionen sollen den Prozess der Ablösung von der satanischen Macht fördern, die Irans bessere islamische Natur mit ihren Einflüssen korrumpiert hat. Als Folge der Industrialisierung des Landes und seiner militärischen Aufrüstung mit amerikanischen Waffen sowie auf Grund der Ausbildung, die viele Iraner auf westlichen Universitäten genossen haben, sieht Khomeiny ein Netz von Abhängigkeiten, das mit der Revolution gegen den Schah noch nicht beseitigt ist.[162]

Doch der materialistische Feind lag noch näher, als der Ayatollah meinte: Im Oktober 1980 griff der irakische Präsident Saddam Hussein den Iran an, einerseits wegen nationalistisch-territorialer Ansprüche, andererseits als Abwehr der aggressiven und fanatischen «Islamischen Revolution».[163] Der Westen sei versucht, den Krieg mit Schadenfreude zu betrachten, doch wäre ihm wie auch der Dritten Welt «am besten gedient, wenn es bald gelänge, die Kämpfe am Erdölgolf zum Stillstand zu bringen».[164]

Den Herausforderungen des Terrors mussten sich auch Länder stellen, die sich bemühten, die historisch belasteten Beziehungen zu anderen Ländern auf friedlichem Weg zu ändern. In der Bundesrepublik war es 1969 zu einer «Zäsur», ja zum ersten eigentlichen «Machtwechsel» gekommen, der Bildung einer Koalition aus SPD und FDP. Trotz Sympathien für die «unglücklich» taktierende CDU nahm die NZZ das gelassen hin, da sie inzwischen von der Demokratie-Fähigkeit der bundesdeutschen Gesellschaft überzeugt war.[165] Die Ostpolitik des neuen Bundeskanzlers Willy Brandt wurde begrüsst, wo sie eine – «das kann Europa nicht vergessen» – von der deutschen Machtpolitik Hitlers geschaffene Hypothek tilgte: beim Ausgleich mit Polen, der die Oder-Neisse-Grenze sanktionierte. Mit mehr Skepsis wurden der deutsch-sowjetische Vertrag von 1970 und die Gespräche mit Ostberlin kommentiert, zumal Brandt durch seine direkte Kontaktaufnahme die DDR implizit – wenn auch nicht formalrechtlich – als eigenständigen deutschen Staat anerkenne.[166] Tatsächlich «besiegelte» dann der Grundvertrag der BRD mit der DDR im November 1972 die Zweistaatlichkeit Deutschlands. Damit hatte die NZZ keine Mühe, wohl aber mit einer Politik, die den Fall der Mauer als «unrealistische Maximalforderung» abtue und das Verschwinden einiger «Absurditäten» im deutsch-deutschen Verkehr als grossen Erfolg feiere.[167] Dass dieses andere Deutschland kein Paradies für Arbeiter war, sondern diese im Vergleich

zum Westen dort «Unterprivilegierte» waren, zeigte der Augenschein in Ostberlin ebenso wie den Zerfall einstmals stolzer Strassenzüge, für die sich niemand mehr verantwortlich fühlte, oder das dürftige Warenangebot und das normierte Geistesleben: «Etwas Verhärtetes, Verhärmtes im Wesen bleibt, überkompensiert durch einen teils synthetischen Regionalpatriotismus und eine befohlene Sieghaftigkeit.»[168]

Während die Bundesrepublik gleichwohl die «Hallstein-Doktrin» verabschiedete und mit den altmarxistischen Staaten im Osten die Beziehungen neu regelte, sah sie sich im Inneren mit neumarxistischen Gruppen wie der «Roten Armee Fraktion» konfrontiert, die den Umsturz der Gesellschaftsordnung mit Gewalt, «um jeden Preis, mit allen Mitteln», betrieben – krimineller Wahnsinn mit Methode, der jegliche Rücksicht auf Menschlichkeit fremd sei und die den Ruf nach der starken Hand provoziere.[169] Die Universitätskrawalle von 1968 hätten die Anarchie und die Gewaltbereitschaft bezweckt, die nun durch den Nachahmungseffekt den Terrorismus hervorbrächten. Wenn Gewalt das gängige Mittel werde, um eigene Interessen durchzusetzen, und freiheitliche Ordnungen «durch Unterhöhlung der Autorität ad absurdum» geführt würden, dann folge der innergesellschaftliche Bürgerkrieg aller gegen alle. «Winzige, zum Verbrechen bereite Minderheiten haben ein Mittel gefunden, ganzen Völkern mitsamt ihren Machtapparaturen ihren Willen aufzuzwingen oder fundierte Ordnungen aus den Angeln zu heben und ins Notrecht zu stürzen.»[170]

Was Luchsinger 1970 in seinem Beitrag als Rückkehr «in die Steinzeit» befürchtete, manifestierte sich in der Selbstermächtigung der Baader-Meinhof-Gruppe. Die «Jungbarbaren» ermordeten 1977 Exponenten der Bundesrepublik wie Generalbundesanwalt Buback, den Vorsitzenden der Dresdner Bank Ponto und den Arbeitgeberverbandspräsidenten Schleyer, ebenso den Piloten einer nach Somalia entführten Lufthansa-Maschine. Würde der Rechtsstaat nachgeben – oder die Rechtsgleichheit auch dort garantieren, wo politische und andere Unannehmlichkeiten zu erwarten waren?[171] Die NZZ unterstützte die harte Position der Bonner Regierung gegenüber den Erpressungsversuchen der RAF. Gleichzeitig trat man der westdeutschen Linken entgegen, die sich nun definitiv von der Baader-Meinhof-Strategie distanzierte. Dem Motto: «Die Stammheimer sind keine Linken» wurde entgegengehalten, dass ein direkter Weg von den 68er «Apo-Kindern» zum Terroranschlag auf Schleyer führe: «Es gibt den

revolutionär-sozialistischen Weg zum Faschismus.»[172] Daher sei die RAF «ein degenerierter Spross, aber eben doch ein Spross der achtundsechziger Rebellion».[173] Im Beitrag «Hitlers Enkel» schürfte der Feuilleton-Chef Hanno Helbling tiefer, indem er sich fragte, weshalb es in den USA und Frankreich – ebenfalls Zentren der 68er Bewegung – keine vergleichbaren Attentate gebe (wohl aber in Italien). Die im Wirtschaftswunder verdrängte Geschichte vor 1945 sei 1968 berechtigterweise wieder ans Tageslicht geholt worden, allerdings dank der marxistischen Theorie in Form einer Debatte nicht über den konkreten deutschen Nationalsozialismus, sondern über den «Faschismus»: Demagogie, Unterdrückung und Terror. Diesen Faschismus – gerade in seiner begrifflichen Unschärfe – wollten die Bewegten in den Institutionen der BRD wiederentdecken, denselben warf man ihnen aber umgekehrt als «Linksfaschisten» nicht viel präziser vor. Indem in einer «ambivalenten Wiederanknüpfung» der Nationalsozialismus «seiner historischen, deutschen Erscheinung entkleidet wurde», schien ein Widerstandskampf gegen – in ahistorischer Analogie konstruierte – Unterdrücker geboten: So traten die unmenschlichen «Mörder in der Rolle von Ermordeten auf».[174] Das waren Erklärungsversuche für eine Gewalttätigkeit, zu der jedoch – das blieb zentral für die NZZ, die sich der «Tyrannei der Gründe» nicht unterwerfen wollte[175] – keine objektiven äusseren Gegebenheiten mit unvermeidlicher «Fatalität» hinführten: Es bleibe «Raum für den subjektiven Willen und die persönliche Verantwortung (und auch Schuld) desjenigen, der aus innerer Überzeugung oder politischem Fanatismus unter die Terroristen geht».[176]

Während Deutschland, Italien, Spanien (Baskenland) und Grossbritannien (Nordirland) schwerste innere Anfechtungen durch nicht immer unverständliche (Autonomie-)Anliegen, aber inakzeptable (Terror-)Methoden ausstanden, herrschte wenigstens an der äusseren Front Ruhe. Die Sowjetunion, so dachte man, erstrebe wohl weiterhin die «weltweite Hegemonie»,[177] war aber ihren Alliierten auch kein besonders opferwilliger Gefährte, wie Nordvietnam, Ägypten oder Somalia erfahren hatten. Die äussere Macht der UdSSR hatte sich – vor allem militärisch und in Afrika – zwar gemehrt, wogegen ihre Ideologie «sich zu reinem Machtopportunismus zu zersetzen beginnt und ihre Ausstrahlung verliert».[178] Man glaubte es zusehends weniger mit den Erben Lenins als mit denen des Zaren zu tun zu haben,[179] in einem von jeher statischen Russland, wo eine Handvoll von Bürgerrechtlern Millionen von schlau-störrisch Duldenden

ohne politische Gestaltungskraft gegenüberstehe.[180] Mit diesem Russland, das führte der keineswegs linkslastige Nixon vor, war sogar eine «friedliche Koexistenz» denkbar, zumindest aber konstruktive Verhandlungen über Beschränkung und Abrüstung der Waffenpotentiale. Was hingegen Osteuropa mit seinen Traditionen von Demokratie oder zumindest Unabhängigkeit betraf, so wehrte sich die NZZ seit jeher gegen «Arrangements und Zugeständnisse», welche den *Status Quo* des Eisernen Vorhangs akzeptierten.[181]

Deshalb begegnete man der in Helsinki geplanten Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) mit etwelcher Sorge: Die Sowjetunion würde mit schönen Worthülsen versuchen, die Gegenseite auseinander zu manövrieren und vor allem die BRD zu isolieren, und gleichzeitig die Absicherung des eigenen, totalitären Herrschaftsbereichs betreiben.[182] Die NZZ hielt nicht viel von der «euphorischen Entspannungshoffnung»: Nicht Helsinki, wo man über Texten brüte, sei der Hauptschauplatz der west-östlichen Gespräche, sondern Wien, wo – im Rahmen der MBFR-Verhandlungen der NATO mit dem Warschauer Pakt – konkrete Truppenreduktionen in Europa diskutiert wurden.[183] Die am 1. August 1975 unterzeichnete KSZE-Akte schien Luchsinger eine «der bemerkenswertesten Akte der Heuchelei in der jüngeren Geschichte»: Worte der Freiheit, aber ein realpolitisches Arrangement mit dem totalitären Reich, ohne Gewinn an Sicherheit.[184] So wurde die KSZE-Konferenz als Triumph des KPdSU-Sekretärs Breschnew wahrgenommen, der den sowjetischen Besitzstand in Europa anerkannt erhielt. Was nützten da eitle Bekenntnisse zu Gewaltverzicht und Menschenrechten, die so offensichtlich der Realität im Osten widersprachen?[185] Zwei Jahre danach konnte die NZZ, fast ebenso überrascht wie die Sowjetunion, indessen festhalten, dass der KSZE-«Korb 3», mit der Erklärung zu den Menschenrechte, als Ferment wirkte, von dem die kommunistischen Machthaber destabilisierende Wirkungen befürchteten.[186] Wie Bürgerrechtsbewegungen in den Satellitenstaaten, namentlich die tschechische Charta 77, aber auch in der Sowjetunion selbst zeigten, wohnte den Menschen- und Bürgerrechten und den Prinzipien der Demokratie immer noch revolutionäre Kraft inne.[187] Wegen «Korb 3» erwies sich die KSZE als «Bumerang», «seit die Regierungen des Ostblocks von ihren Untertanen beim Wort genommen werden, das sie feierlich unterschrieben haben».[188] Im Westen forderte

insbesondere Präsident Carter ebenfalls hartnäckig die Respektierung der Grundfreiheiten.

> Wenn die Sowjetunion jedoch verkündet, dass der Kampf um die Menschenrechte ihre innere Ordnung gefährde, dann wird man ihr gern zustimmen, denn hier wird der innere Widerspruch des Sowjetsystems aufgedeckt, das sich nach aussen als Vorkämpfer aller Befreiungsbewegungen gebärdet, aber im Innern freiheitliche Regungen unterdrückt.[189]

Trotz diesem Konfliktpotenzial um «Korb 3» wurde nun auch die NZZ zuversichtlicher. Eine «Dramatisierung des west-östlichen Verhältnisses» war für sie im Sommer 1977 «kaum zu erwarten»: «Zu stark sind vermutlich die Interessen, die auf beiden Seiten die Erhaltung von Verständigungsmöglichkeiten in der Machtpolitik verlangen und die einer Rückschwenkung auf generellen Kollisionskurs entgegenwirken.»[190] Doch zwei Jahre später hatte sich das Klima bereits wieder gewandelt. Der Chefredaktor sah es als verständlich an, «dass wir vom Zivilisationsoptimismus der Grossväter so himmelweit entfernt sind» – Weltkriege und Zivilisationskrankheiten von der Umweltzerstörung bis zu sozialpsychischen Entgleisungen hatten das bewirkt. «Dahin ist auch das Vertrauen in die universale Anwendung und Überlegenheit der Demokratie.»[191] Vor allem in Europa, wo nach dem konventionellen auch das nuklearstrategische Gleichgewicht dahinfiel, und in Afrika, wo kubanische Truppen die Regierung Angolas stützten, sah man den Westen in der Defensive. Hinter Castro stand die Sowjetunion, die in der russischen Tradition «mehr an direkte Beherrschung als an faire Verträge glaubt, die überall vordringt, wo ein Gegenspieler nachgibt oder nicht präsent ist, die aber auch zurückzustecken weiss, wenn sie auf entschlossenen Widerstand stösst».[192] Deshalb müsse ein neues Machtgleichgewicht erreicht werden – die Wahl erfolge zwischen dem Mut der Berliner Luftbrücke und der Resignation von «München».[193] Genau der Bruch zwischen der Appeasement-Euphorie von 1938 und Hitlers Annexion von Böhmen und Mähren im Frühjahr 1939 kam wenige Wochen darauf in den Sinn, als man nach historischen Analogien für den ernüchternden Umschwung suchte, nachdem Sowjettruppen in Afghanistan einmarschiert waren.[194]

> Nach einem Decennium forcierter Aufrüstung unter dem Deckmantel fortdauernder Entspannungsbeteuerungen demonstrierte Moskau den Willen, von den neuen militärischen Mitteln in aggressiver Weise Gebrauch zu machen und aussenpolitische Risiken im Interesse der Ausbreitung des kommunistischen Herrschaftssystems in Kauf zu nehmen.[195]

Ohne militärische Reaktion des Westens hatte Breschnew das Nachbarland besetzen lassen, in dem «freiheitsliebende» Stammesfürsten einem isolierten kommunistischen Regime zugesetzt hatten. Damit gelang es den Sowjets, «eine für sie eher unbequem werdende Situation in einen Machtzuwachs umzuwandeln».[196] Allerdings könne sich Afghanistan, dessen Widerstandskraft sie offenbar unterschätzten, zu einem Vietnam der Russen entwickeln.[197] Nun sei es an den Politikern des Westens, ihre allzu optimistischen Positionen zu revidieren, wie dies Präsident Carter bereits getan habe, während man in Bonn und andernorts versuche, «noch Entspannungstrümmer aus dem afghanischen Debakel zu fischen».[198] Europa könne «aus der aktiven Mitverantwortung für seine lebenswichtigen Energiequellen nicht entlassen werden», nachdem die Sowjets nun in unmittelbare Nähe der Ölfelder am Persischen Golf vorgestossen seien. Die NZZ kritisierte die «doppelbödige europäische Solidaritätsrhetorik», die es einmal mehr den Amerikanern überliess, die Kastanien aus dem Feuer zu holen.[199] Die Administration Carter reagierte unter anderem mit einem Boykott der Olympischen Sommerspiele, die im Sommer 1980 in Moskau stattfanden und nun mit der Berliner Olympiade von 1936 verglichen wurden.[200] In Europa folgte ihm nur der deutsche SPD-Bundeskanzler Schmidt, den die NZZ allerdings kritisierte, weil er wie sein französischer Kollege Giscard d'Estaing im Sommer nach Moskau reiste: «Der Aggressor gewinnt, ohne sich in Afghanistan vom Fleck zu rühren, an grünen Tischen wieder Respektabilität, die amerikanische Strategie der Isolierung und Embargomassnahmen wird wirkungsvoll politisch unterlaufen.»[201]

Den endgültigen Abbruch der Entspannung brachten die Ereignisse in Polen, wo – gestützt nicht zuletzt durch die moralische Autorität des polnischen Papstes Johannes Paul II. – im Sommer 1980 eine landesweite Streikbewegung ausbrach. Zu den Forderungen, die «an die Fundamente der Planwirtschaft» griffen, zählte die Bildung freier Gewerkschaften; es wäre, so meinte die NZZ, ein «Wunder», wenn dies durchgesetzt werden könnte.[202] Auch als die Gewerkschaft *Solidarnosc* unter der Leitung des charismatischen Lech Walesa tatsächlich gegründet wurde, blieb das Blatt zurückhaltend: Die Partei werde im Sinne der Sowjetunion die Konzessionen rückgängig machen oder verzögern, sobald die Wirtschaft wieder angelaufen sei.[203] Doch die innerlich zerrissene polnische Regierung blieb handlungsunfähig, obwohl «die eher gemässigte Kraft der katholischen

Kirche und die besonnene Elite der Intellektuellen» sie ebenso wie die unzufriedenen Opponenten ermahnte, über Verhandlungen einen Ausweg zu suchen.[204] *Solidarnosc* müsse sich in Selbstbeschränkung üben, wenn die Gewerkschaft in diesem System langfristig überleben wolle.

Die Angst vor einer Intervention, wie 1968 in Prag, stand hinter den Warnungen der NZZ. Mit der Ausrufung des Kriegsrechts im Dezember 1981 war es dann aber ein Pole, General Jaruzelski, der den Unruhen ein brutales Ende bereitete. «Interessanterweise» habe er das weder als Vollstrecker des Parteiwillens noch desjenigen der Sowjetunion getan, sondern in nationalem Kleid. Jaruzelski habe eine Art innenpolitischen Waffenstillstand proklamiert und nicht nur die *Solidarnosc*-Führer arretiert, sondern auch ehemalige kommunistische Machthaber.[205] Doch so verständnisvoll blieb das Urteil nicht lange: Ob mit oder ohne explizites sowjetisches Ultimatum, Jaruzelskis Versuch, «die Polen mit ihrer, seiner, eigenen Armee zu ‹disziplinieren›», erfolge «im drohenden Schatten der sowjetischen Macht und der Gefahr, dass auch dieses Land ein Opfer jener brüderlichen Hilfe werde, welche die Breschnew-Doktrin für schwierige oder nonkonforme Satelliten vorsieht».[206] Durch die Unterdrückung von Menschenrechten, pluralistischen Elementen und nationaler Eigenständigkeit mache sich der General auf jeden Fall zu «Moskaus Erfüllungsgehilfen» im Kampf gegen *Solidarnosc* und Walesa.[207] Als der Gewerkschaftsführer nach einem Jahr freigelassen wurde, war die NZZ eher überrascht und beurteilte die «Chancen des Wandels» mit grösster «Skepsis»: Der Hass und «die Kluft zwischen Herrschenden und Beherrschten» seien nunmehr – zumal nach der Ermordung des oppositionellen Pfarrers Popieluszko durch Staatsschergen – zu gross für eine friedliche Versöhnung.[208] Die führende Kraft in Polen sei, mit dem Papst im Rücken, aber in katholischer Tradition langfristig denkend, die Kirche; vom Staat stehe bloss noch die Fassade; und die Opposition könne auf die Solidarität, aber nicht auf die Tatkraft der Bevölkerung zählen.[209] Bei allem Bedauern über die polnischen Ereignisse stellten diese für die NZZ weniger eine Überraschung als eine Bestätigung bewährter Skepsis dar. Schon 1964 hatte man geschrieben:

> Zur Relativierung der gegenwärtigen Phase mag die Erinnerung beitragen, dass es Perioden der «Entspannung» ohne Bereinigung der Probleme seit Kriegsende schon wiederholt gegeben hat und dass sie jeweils von so wenig friedlichen Vorgängen wie dem koreanischen und dem indochinesischen Krieg, der Unterdrückung des Auf-

stands in der Sowjetzone Deutschlands und in Ungarn und der Berliner Mauer abgelöst wurden.[210]

Denselben Gedanken konnte Luchsinger nun 1981 wiederholen, in der Aufzählung der Rückschläge waren der Einmarsch in Prag und Polen hinzugekommen. Der «totalitäre Koloss» habe sich trotz vereinzelten Ansätzen als unfähig zu Reform und zu Regeneration erwiesen. «Er empfindet freie Regungen, Bewegung, Diskussion, Kritik, gar aktive Veränderung instinktiv als Gefährdung der Herrschaft, die er, ihrem System gemäss, nicht anders denn als eine absolute auffassen kann.»[211] Falls es einer solchen Bestätigung noch bedurft hätte, so hatte die Entwicklung in Polen die NZZ also darin bestärkt, dass die russische Übermacht auf dem alten Kontinent unerträglich war. Wenn in gewissen Kreisen die «Finnlandisierung» als Option hingestellt wurde, dann konnte man darauf hinweisen, dass der historisch und geographisch erklärbare Sonderweg Finnlands nicht nur dem ganz anders positionierten Deutschland nicht offenstehe, sondern ganz offensichtlich auch nicht den osteuropäischen Ländern.[212] Sollte dieselbe Sowjetmacht auch das westeuropäische Wohlverhalten nach ihrem Gutdünken erpressen können? Die NZZ war nie frei gewesen von der Sorge, die Amerikaner könnten sich aus Kostengründen oder Isolationismus eines Tages für Europa desinteressieren und ihren nuklearen und konventionellen Schirm schwächen oder gar abziehen. Aus diesem Grund unterstützte das Blatt die SALT-2-Verhandlungen über die Begrenzung der – teuren – strategischen Nuklearwaffen; aber nur im Hinblick auf ein echtes Gleichgewicht.

Der «Supermacht-Bilateralismus» schien diesbezüglich Anfang 1977 auf gutem Weg zu sein, wurde aber bald erschwert, weil die Sowjetunion nach militärischer Dominanz zu streben schien und der neue Präsident Carter die Gegenseite irritierte, weil er die Abrüstung mit der Menschenrechtsfrage verknüpfte, die wegen Nachstellungen gegen sowjetische Dissidenten wie Sacharow besonders aktuell war.[213] Die NZZ war nicht unkritisch gegenüber der – etwa in der Frage der Neutronenbombe – schwankenden amerikanischen Position, sah das Hauptproblem aber weiterhin in der unberechenbaren und «autoritären Natur des kommunistischen Regimes».[214] Manchmal schien die Verhandlungssprache wieder in den Kalten Krieg zurückzufallen,[215] dann hatte man wieder Grund zu Zuversicht, so dass man Anfang 1979 «nur noch psychologische und taktische Probleme» als Hindernis einer Vertragsunterzeichnung ansah.[216]

Diese erfolgte tatsächlich im Juni am Wiener Gipfel, an dem Breschnews Bruderkuss für Carter Aufsehen erregte. Auch deshalb erhielt das Rüstungsabkommen für beide Seiten «über seinen realen Wert hinaus einen politisch-symbolischen Wert».[217]

Mit dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan wurde SALT-2 jedoch hinfällig: Der amerikanische Senat ratifizierte den Vertrag nie. Zu den sich häufenden Konflikten hinzu kam nun, sie überwölbend, die «eurostrategische Frage», die zuerst aus direkter Betroffenheit Bundeskanzler Schmidt aufgeworfen hatte: Mit den neu stationierten SS 20-Mittelstreckenraketen erhielt die Sowjetunion in Europa ein Übergewicht an Nuklearwaffen, dem der Westen nur unterlegene konventionelle Truppen oder die überdimensionierten geostrategischen Atomwaffen der Amerikaner entgegenstellen konnte, bei deren Einsatz man sich im Ernstfall (zu) lange zurückhalten würde. Damit wurden aber auch politische Erpressungsmanöver ohne kriegerische Auseinandersetzung möglich: «Wer die strategische Waage nicht halten kann, muss sich dem Willen des Stärkeren fügen.»[218] Deshalb kündigte der NATO-Nachrüstungsbeschluss die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen an, falls die UdSSR nicht bis auf ein erträgliches Gleichgewicht abrüste. Nach Afghanistan und Polen hatte der neue amerikanische Präsidenten Reagan wenig Grund, von Carters Zusagen abzurücken. Im Gegenteil, er verstärkte den Druck und hatte dabei die NZZ bedingungslos auf seiner Seite:

> In Moskau weiss man sehr wohl, was Macht ist, und man wird auf den «Dialog» mit Washington eingehen beziehungsweise das Arrangement suchen, wenn man den Eindruck erhält, die Härte der Politik Reagans stecke nicht nur in den Worten und sie sei auch mit dem Lärmbombardement der Propaganda in Europa nicht so leicht aufzuweichen.[219]

Das war wieder die Sprache des Kalten Krieges, der sich aber etliche Europäer verweigerten – nicht zuletzt in der Partei des Bundeskanzlers, der den Doppelbeschluss ursprünglich angeregt hatte, wo jetzt aber «ein Bild hoffnungsloser Zerstrittenheit» herrschte und ein Aufschub der Nachrüstung gefordert wurde.[220] Die NZZ war davon insofern nicht überrascht, als sie schon früh argwöhnisch den Marsch der 68er durch die Institutionen und in die SPD-Parteigremien beobachtet hatte, was sich nun in Pazifismus und Antiamerikanismus niederschlage.[221] Man wecke in Bonn von höchster Stelle Erinnerungen an die ungewollte Eskalation von 1914 und hege damit wie 1938 die Illusion, dass blosse Gespräche zu

Konzessionen führen könnten.[222] Verschärft wurde der Konflikt durch den amerikanischen Widerstand gegen Erdgasgeschäfte und den entsprechenden Technologietransfer von Deutschland und anderen Europäern in die UdSSR: Diese NATO-Staaten verliessen sich auf die militärische Rückendeckung der USA und tätigten zugleich das dicke Geschäft im Osten, obwohl beim Bau der neuen Gasleitungen möglicherweise auch «Sklavenarbeiter» aus dem Archipel Gulag eingesetzten würden.[223] Während sich die deutsche FDP in dieser innen- und aussenpolitischen Dauerkrise immer klarer vom Koalitionspartner absetzte, ahnte die NZZ einen grundsätzlichen Wandel hin zum Vierparteiensystem, der sich dank Erfolgen der – als Teil der Friedensbewegung – skeptisch beäugten «grün-alternativen Sekte» in Landtagswahlen abzeichnen konnte.[224] «Die einzige Überlebenschance der SPD» sei dagegen die – brüchige – Autorität von Bundeskanzler Schmidt.[225] Die NZZ begrüsste den nahenden Regierungswechsel, auch wenn sie von den Fähigkeiten des neuen Bundeskanzlers Kohl nicht ganz überzeugt war; dem abtretenden Schmidt weinte sie, im Unterschied zu seiner Partei, eine Träne nach für einen Abgang in tragischer «Bitterkeit», die nicht recht zu seiner «brillant verwalteten Kanzlerschaft» passe.[226]

Für die NZZ lag es im existentiellen Interesse des Westens und der NATO, diese Nervenprobe durchzustehen und sich nicht durch eine Appeasement-Politik das eigene Verhängnis zu bereiten: «Sowjetische Stärke ist teilweise eine Funktion westlicher Blödheit oder Degeneriertheit.»[227] Aber auch emotionale Kurzschlüsse führten dazu, dass man mit der Komplexität der Bedrohungslage nicht zurecht komme und die Waffen, die einen beschützten, als Bedrohung ansehe. Luchsinger plädierte demgegenüber für «Rationalität auch im ‹Denken des Undenkbaren›», damit man mit der Bombe zu leben lernte und sich nicht, wie die Linke, der «in der Tat schrecklichen, wenn auch unentrinnbaren nuklearstrategischen Logik zu entziehen» versuche.[228] Europa verdanke seine längste Friedensepoche nicht dem Pazifismus oder der Abrüstung, nicht dem Neutralismus oder der Entspannung – «sondern allem voran der Abschreckung». «Diese elementare Tatsache unserer jüngsten Geschichte muss im Bewusstsein festgehalten werden gegen die Illusionen und Hysterien einer öffentlichen Debatte, die in allmählich selbstmörderischer Weise eben diese Grundlage der europäischen Sicherheit anzugreifen droht.»[229]

Besonders widerstrebte es der NZZ, in Breschnew einen «Gleichgewichtspolitiker» zu sehen, wie das nicht nur die Friedensbewegung, sondern jüngst auch noch Schmidt getan hatte. Der KP-Sekretär sei ein «Mann des schonungslosen Machtkampfes, der seinen Gegner überwältigen und seine derzeitige Überlegenheit in Europa sichern und fixieren will».[230] Man hielt Breschnew immerhin zugute, dass er, anders als Chruschtschew, keine abenteuerlichen Züge trug. Unter ihm sei aber die Sowjetunion endgültig eine Weltmacht geworden, «militärisch gefürchtet, aber kulturell steril, ja brutal geistfeindlich, innenpolitisch reaktionär und entwicklungstechnisch entsprechend hintanhinkend. Auch hier verbinden sich traditionelle und leninistische Orthodoxie intern zu einem Hemmschuh, zudem zur ständigen Versuchung, inneres Ungenügen durch äussere Eroberungen zu kompensieren.»[231] Allerdings habe Breschnew mit dem Einmarsch in Afghanistan und durch die Verhängung des Kriegsrechts in Polen den «Verlust des letzten Restes von ideologischer Glaubwürdigkeit und Ausstrahlung in Westeuropa» erreicht. Beim Tod des Parteisekretärs im November 1982 hielt die NZZ entsprechend fest, dass seine Nachfolger ein «schwieriges Erbe» antraten: «Die sozialistische Ideologie scheint auch in der Sowjetunion selber als politischer Motor gestorben zu sein.» Offenkundig geworden sei nun die innere Krise des mächtigen Kolosses:

> Das System erschien schlechthin reformunfähig, seine herrschende Klasse, die «Nomenklatura», auf die blosse Erhaltung und Mehrung ihrer neoaristokratischen Privilegien zentriert und überdies höchst anfällig für Korruption. Von kritischen Regungen im Sowjetreich las man immer mehr nur noch im Zusammenhang mit ihrer polizeilichen oder gerichtlichen Repression. Der Nachholbedarf an Reform, mit dem Breschnews Erben konfrontiert sind, äussert sich am dringlichsten in der Wirtschaft.[232]

Gerade in diesem Bereich erwuchs Breschnews ebenfalls greisen Nachfolgern Andropow und dann Tschernenko eine dynamische Konkurrenz, die letztlich den Kollaps der Sowjetunion provozieren sollte. Der amerikanische Präsident Reagan belebte mit Steuersenkungen und Rüstungsinvestitionen die Wirtschaft; ausserdem beschnitten die von der NZZ als «konstruktiv und verheissungsvoll» begrüssten «Reaganomics» die Sozialausgaben und bereiteten so – in der Meinung des Korrespondenten – der vier Jahrzehnte alten liberalen Sozialstaatspolitik in wenigen Monaten ein Ende.[233] Abweichend von der in Europa verbreiteten Ablehnung des als simpel verschrieenen früheren Filmschauspielers hielt das Blatt

ihm auch dann die Stange, wenn er die Sowjetunion als «Reich des Bösen» betitelte. Beim Rückblick auf Reagans ökonomische «Hinterlassenschaft» stand 1988 die ordnungspolitische Grundhaltung im Vordergrund, die «den Kapitalismus im besten Sinne des Wortes wieder salonfähig gemacht» habe. Den Amerikanern habe der Republikaner den längsten Konjunkturaufschwung in Friedenszeiten beschert und damit den Zukunftsglauben wieder geschenkt. Die versprochenen und erfolgten Steuersenkungen sowie den deutlichen Rückgang der Teuerung konfrontierte man mit dem – vor allem wegen Rüstungsausgaben – beispiellos angestiegenen Budget- und dem Aussenhandelsdefizit, der sich daraus ergebenden Dollarkrise und der ausgebliebenen Deregulierung. [234]

Die neoliberale Renaissance schlug sich auch anderswo nieder, so bei der NZZ 1987 in einer 16teiligen Artikelserie über «Mehr Wettbewerb durch Liberalisierung». Parallel zu Reagan setzte in Grossbritannien Margret Thatcher eine wirtschaftliche Rosskur durch, um das Land nach Jahrzehnten des Niedergangs wieder kompetitiv zu machen. Ein Haupthindernis stellten dabei die englischen Gewerkschaften dar. Die NZZ hatte sie bereits 1974 als «erstarrt und überprivilegiert» bezeichnet, «wie gewisse Feudalherren im Mittelalter oder jener Teil der viktorianischen ‹middle class›, gegen den Labour ursprünglich antrat».[235] Während die Arbeiterpartei von der gewerkschaftlichen Mobilisierungskraft politisch abhängig blieb, unterlag ihr die konservative Regierung Heath im Streikwinter 1973/1974. Der politische Korrespondent Roger Bernheim stellte sich rückblickend die ungelöste Frage, wie weit der Staat beim Sparen gehen könne, «ohne dadurch ein untragbares Mass an Arbeitslosigkeit zu schaffen – eine Arbeitslosigkeit, die nicht nur die Psyche der Betroffenen belastet, sondern auch den Haushalt des zur Unterstützung verpflichteten Staates?»[236] Genau dieselben Probleme stellten sich zehn Jahre später, als die «iron lady» Thatcher im Streit um Zechenschliessungen auf den «ideologisch verblendeten» und ebenso intransigenten Gewerkschaftsführer Scargill stiess. Der Wirtschaftskorrespondent Andreas Uhlig begrüsste den Thatcherismus trotz unbestrittenen Hypotheken (Arbeitslosigkeit) insgesamt als Quelle neuer Zuversicht,[237] und auch die Redaktion erinnerte daran, dass «in einer schrumpfenden Industrie unwirtschaftliche Arbeitsplätze nicht unter Denkmalschutz gestellt werden können».[238] Bernheim verriet hingegen seine Sympathie für die in einem krisengeprägten Umfeld unter harten Lebens- und Arbeitsbedingungen kämpfen-

den Kumpels in der für ihn weiterhin ausschlaggebenden Frage, «wie weit Betriebswirtschaftlichkeit *allein* den Massstab dafür bilden solle, ob eine Zeche in Betrieb gehalten werde oder nicht, wenn deren Schliessung soziale Zerrüttung mit sich bringt, die sich in absehbarer Zeit nicht heilen lassen würde». Der zu Einschüchterungen, Gewalt und anderen Gesetzesverstössen bereite Scargill habe gerade darin den Bergarbeitern einen schlechten Dienst erweisen, dass er die Aufmerksamkeit von ihrem eigentlichen Anliegen – der Erhaltung von Arbeitsplätzen – ablenkte und es auf Kampf um die Erhaltung der demokratischen Ordnung ankommen liess.[239]

Den Ruf der Unnachgiebigkeit hatte sich Thatcher bereits früher erworben, vor allem im «kuriosen Konflikt» um die Falklandinseln, der zu einem «absurden Theater» ausartete.[240] Nach der Besetzung der im Südatlantik liegenden britischen Kolonie durch Argentinien griffen beide Seiten «in die Mottenkiste der Geschichte», um ihre legitimen Ansprüche zu begründen.[241] Die NZZ erkannte im «politisch–militärischen Abenteuer» der «argentinischen Generalsjunta» eine Strategie, um von der eigenen innen- und wirtschaftspolitischen Misere abzulenken, während die Engländer auch im Vertrauen auf ihre «special relationship» zu Reagan die ominösen Vorzeichen nicht hatten erkennen wollen. Einen legitimen «casus belli» sah Luchsinger in der «krassen Gewalttat» jedenfalls nicht, wenn man die Verhältnismässigkeit beachten wolle – obwohl London zweifellos «im Recht» sei.[242] Auch als der Krieg wider die Erwartungen der NZZ tatsächlich ausbrach und auf beiden Seiten ein Kriegsschiff versenkt wurde, fürchtete man an der Falkenstrasse, «der Preis für die Durchsetzung des Prinzips, dass Souveränitätskonflikte nicht mit Gewalt ausgetragen werden dürfen», könne sich am Ende als «überaus hoch» erweisen – denn Englands langfristiges Interesse gehe dahin, die Verantwortung für Falkland «auf anständige Weise loszuwerden».[243] Der britische Sieg wurde als militärische Leistung anerkannt, entbinde jedoch nicht von der Notwendigkeit des Nachdenkens über eine allseits tragbare Regelung – nicht zuletzt im Hinblick auf die wieder herzustellende westliche Einheit im globalen Machtkonflikt.[244]

Auch in der Schweiz bewirkten die Erdölkrise und das Ende der Hochkonjunktur ein wirtschaftspolitisches Umdenken, wobei die knapperen Mittel auch dazu führten, dass die ideologischen Differenzen wieder stärker hervortraten als zuvor beim Verteilen eines regelmässig wachsenden

1978:
Es wird nötig sein, auf Grund des Gebotes der Dezentralisation der Macht, das der Liberalismus schon bisher seinen Ordnungsprinzipien von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft zugrunde legte, die heutigen Verhältnisse neu zu überprüfen – über das Prinzip der Subsidiarität und der klassischen Gewaltentrennung hinaus. Zur Erhaltung eines angemessenen Freiheitsraumes für den Einzelnen wird es aber auch der Bereitschaft bedürfen, der Selbstverantwortung einen angemessenen Platz neben der sozialen Solidarität zu erhalten, nicht zuletzt auf dem Gebiete der staatlichen Dienstleistungen Mass zu halten und dem Verursacher die entsprechenden Kosten soweit als immer möglich aufzubürden.*

* NZZ, 11./12. 9. 1976, S. 29.

Kuchens. Anfang 1975 hatte sich die NZZ noch – erfolglos – gegen rechtsbürgerliche Parteien für den Konjunkturartikel stark gemacht und den Vorwurf bestritten, man schaffe mit den Regeln für die Geld-, Kredit-, Finanz- und Aussenhandelspolitik einen Interventionenstaat, «der die freie Wirtschaft in die Fesseln einer umfassenden Reglementierung wirft».[245] Nach dem massiven Sieg der Sozialdemokraten bei den Nationalratswahlen von 1975 geriet die SP dann aber in Gegensatz zu den bürgerlichen Bundesratsparteien, weil sie dafür hielt, dass «auch in Zeiten der Rezession der Sozialstaat nicht in erster Linie zu konsolidieren, sondern weiter auszubauen sei und die Finanzpolitik sich diesem Vorgehen unterordnen zu habe».[246] Anderer Ansicht war die NZZ, für die eine dauerhafte Sanierung der Bundesfinanzen «die Umkehr zu einer soliden Finanzgesinnung, die Redimensionierung der Ausgaben und die Strukturbereinigung vor allem im Verhältnis zwischen Bund und Kantonen» nötig machte.[247] Die Finanzreform blieb denn auch weiter eine parlamentarische Hauptaufgabe, wobei es für die NZZ darum ging, die in der nachwirkenden «Ausgabeneuphorie der Hochkonjunktur» angewachsenen Defizite zu korrigieren.[248] Im Trend der Zeit verwarf die Redaktion eine keynesianische, antizyklische Finanzpolitik, weil das Volk ohne bundesrätlichen Sparwillen die mit Opfern verbundene Sparpolitik nicht mittragen werde.[249] An sich hätte das Blatt zur Konjunkturbelebung Steuersenkungen gewünscht, willigte aber in das kompromissfähige und sozialverträgliche Finanzpaket von 1977 ein, das auch eine Mehrwertssteuer vorsah – die dann aber beim Souverän keine Gunst fand.[250] Beim Sparprogramm von 1980 wurden die Differenzen noch deutlicher, weil die SP bei den Beitragskürzungen den sozialen und kulturellen Bereich ausklammern und den bürgerlichen Parteien die Verantwortung für die

Sparmassnahmen zuschieben wolle.[251] Dass der Souverän diese Sparbeschlüsse mittrug, war für die NZZ ein Votum für eine Finanzpolitik, die den staatlichen Aktivitäten Grenzen setzte und nahelegte, die Rolle des Staats in Wirtschaft und Gesellschaft neu zu überdenken.[252] «Widerstand gegen manche Ergebnisse der Konkordanzpolitik» hatten die Bürgerlichen schon früher spürbar gemacht, als sie im Wahljahr 1979 gegen die «bewusste Konfrontationsstrategie» der SP antraten, welche unmässige Forderungen an Staat und Wirtschaft stelle, von der 35-Stunden-Woche über einen neunmonatigen Elternurlaub bis zur Beschränkung des Grundstückerwerbs auf Eigennutzung.[253] Bei der SP hange man weiter am alten Traum vom «Staat, der alle Probleme lösen kann und soll», wogegen die Bürgerlichen ihm Grenzen setzen wollten, damit die Schweiz «nicht schrittweise in sozialistische Zustände» hineinschlittere.[254]

Mit den Sozialdemokraten geriet das Blatt auch beim wichtigsten Medienereignis von 1980 aneinander, den Zürcher Jugendunruhen, die Ende Mai mit Krawallen vor dem Zürcher Opernhaus, Strassenschlachten und Plünderungen ausbrachen, nachdem Jugendliche Räume für Alternativkultur gefordert hatten. Die Schuld für die Eskalation lag für die NZZ bei einer Linken, die «vielfach die Ansprüche der Jugendlichen, berechtigte und unberechtigte, verstärkt» habe, obwohl «das dafür zuständige, unter sozialdemokratischer Leitung stehende Sozialamt in dieser Richtung» nichts vorzuweisen habe.[255] Auch als der Stadtrat nach weiteren Ausschreitungen – bei denen Demonstranten auch die Auslieferung der NZZ zu verhindern suchten – dem «Druck der Gewalt» nachgab und den Demonstranten ein leerstehendes Gebäude als «Autonomes Jugendzentrum» überliess, sparte der Chefredaktor nicht mit Kritik angesichts der «notleidenden Rechtsordnung»: «Die städtische, übrigens zum Teil auch die kantonale Exekutive hat eine ‹Politik der Stärke› vermeiden wollen und ist damit bei einer Politik der Schwäche gelandet.»[256] Sollte die Erfüllung von Wünsche an den Staat fortan, so fragte der künftige FDP-Bundesrat Rudolf Friedrich, «mit Eiern, Pflastersteinen und Megaphonen, mit anarchistischer und linksextremer Ideologie und einem Vokabular aus dem Analbereich» erzwungen werden?[257]

Die NZZ bemühte sich aber nicht nur um die Abwehr eines gewaltfreudigen harten Kerns von «Autonomen», sondern auch – durch eigene und auswärtige Autoren – um die gründliche Analyse der Bewegung und ihrer Mitläufer. Unter dem Titel «Vom Lustprinzip zur Philosophie der

Wölfe» wurden die (an sich unpolitischen) Aussteigersehnsüchte nach einer Alternativkultur als Reservoir einer struktur- und führerlosen Bewegung thematisiert, in der sich aber auch organisierte «autonome» Gruppen tummelten, die den revolutionären Bruch mit der Gesellschaft suchten. Verbindend wirke die «neue Subjektivität» («Ich will» statt «du sollst»), der «in narzisstischem Übermut des entfesselten Ichs unternommene Drachenflug»: Anstatt wie die 68er in marxistisch-rationalen Revolutionsstrategien zu denken, gehe es den 80ern darum, ein Milieu zu schaffen, Nischen und Ritzen zu besetzen, den Staat zu unterlaufen, wie eine einschlägige Broschüre zitiert wurde – um verantwortungsentsagende Organisationsverweigerung in einem rechtlichen Niemandsland.[258] Das könne als Reaktion auf die Kühle der technisierten Gesellschaft verstanden werden. Das Motto «Macht aus dem Staat Gurkensalat» richte sich aber auch gegen einen allzu stark ausgebauten Sozialstaat, der mit einem dichten Geflecht von Normen das Leben des Einzelnen in allen Bereichen regle.[259] Während die liberale Zeitung für solche Gefühle Verständnis empfand, hielt sie daran fest, dass nicht jede Bindung und Hierarchie automatisch und nur Unfreiheit und Zwang bedeute – und schon gar nicht die irrationale Entfesselung der (Aggressions-)Triebe auf Freiheit hinauslaufe, besonders nicht für die Opfer des dann geltenden und noch ästhetisch verbrämten Faustrechts.[260]

Die Redaktion liess aber unter anderem auch einen kritischen Psychiater zu Wort kommen, der die Bewegung als notwendigen gesellschaftlichen Entwicklungsschritt ansah, der vom dominierenden Egoismus befreien könne.[261] Diesem Standpunkt konnte sie sich allerdings nicht anschliessen, da die Akteure nicht Verantwortung übernähmen, sondern das Prinzip der absoluten Verneinung herrsche.[262] Schon nach zehn Tagen Revolte hatte man prophezeit: «Den einsichtigeren unter den Jugendlichen wird spätestens zu dieser Zeit klargeworden sein, dass der Kampf gegen die Chaoten in den eigenen Reihen weit langwieriger und härter sein wird als die Auseinandersetzung mit der Stadt.»[263] Während die Krawalle anhielten, verfolgte man an der Falkenstrasse mit dieser Hypothese die Versuche, ein AJZ mit verschiedenen Trägerschaften zum Funktionieren zu bringen. In grundsätzliche Skepsis mischte sich auch Wohlwollen und Anerkennung für den Einsatz, den karitative Institutionen und junge Idealisten leisteten. So lasse sich, bei allen Nachteilen des rechtsfreien Raums, versuchsweise abklären, ob und inwieweit es «gutwillige» Jugend-

liche gebe, denen eine derartige Begegnungsmöglichkeit mehr als ein blosser Vorwand sei und im direktem wie übertragenen Sinn eine «Behausung» verschaffe.[264] Das Resultat war letztlich ernüchternd: «Rauschgift, Streitereien und Langeweile im AJZ»: Mit dem selbstlosen Einsatz der Einen kontrastierten die Drogen- und Alkoholsüchtigen, die Provokationslust der «Chaoten» und die Unsicherheit wegen Diebstahl und Gewalttaten – nicht nur gegen aussen, sondern innerhalb des AJZ.[265]

Als es Ende Mai 1981 beim «Jahrestag der Bewegung» zu den schlimmsten Krawallen des Jahres kam, war es für die NZZ an der Zeit, nicht mehr immer nur über die angebliche «gesellschaftliche Kälte» zu sprechen, der sich die Jugend gegenübersehe, sondern endlich auch einmal über die Opfer, die seit einem Jahr von einer Gruppe aggressiver Jugendlicher terrorisiert würden.[266] Nach dem Scheitern der Idealisten und der Schliessung des AJZ gelte es, das staatliche Gewaltmonopol «als Recht und Pflicht» im Dienst der Freiheit durchzusetzen, nicht zuletzt um betroffene Bürger von der Selbsthilfe abzuhalten.[267] Dazu gehörte für die NZZ auch – in Abgrenzung zu kirchlichen Amnestievorschlägen – eine umgehende juristische Ahndung der Krawallvergehen, damit es nicht, wegen der zeitlichen Distanz, zu bloss «minimalen Strafen» für Leute komme, die «legal, illegal, scheissegal» zum Motto hätten.[268] Im selben Geist warb die NZZ 1982 mit dem Titel «Keine Versager von 1980 in den Stadtrat!» für die Fünferliste der Bürgerlichen bei den Erneuerungswahlen.[269] Tatsächlich errangen diese erstmals seit 54 Jahren wieder die Mehrheit und stellten auch den Stadtpräsidenten. Die klare Niederlage der offiziellen SP-Kandidaten sei die Strafe für den «idelogisch-dogmatischen Kurs» der Parteiführung, «die sich in annähernder Solidarität mit der Bewegung übte».[270]

Die «80er-Bewegung» gehörte zu einer Reihe von mehr oder weniger strukturierten Bewegungen, die sich ausserhalb der traditionellen politischen, kirchlichen oder gesellschaftlichen Gruppierungen zusammenfanden. Dazu zählte auch, vor dem Hintergrund der Nachrüstungsdebatte, die schweizerische Friedensbewegung, die über das Postulat der «Kriegsverhinderung» hinausging und ökologische, feministische und entwicklungspolitische Anliegen vertrete, die auf einen vagen «Oekosozialismus» hinausliefen.[271] Doch die NZZ sah auch die Postulate moskaufreundlicher Gruppierungen in der Friedensbewegung und stellte dagegen grundsätzlich klar, dass echter Friede weder das Werk noch das Privileg einer bestimmten Partei sein könne. «Er geht aus dem hervor, was als ge-

meinsamer Kompromiss oder Konsens zwischen Parteien und Gruppen zustande kommt.» Was die Schweiz betreffe, so liefere das Begriffspaar «Frieden und Freiheit» eine brauchbare Basis für diejenigen Werte, um die es in einer Friedensdebatte gehen müsse.[272]

Ebenfalls sehr vielfältig waren die Wurzeln der ökologischen Bewegung, die ursprünglich von bürgerlichen und sozialdemokratischen Heimatschützern und Wachstumskritikern ausging, dann aber in einem breiten und entsprechend widersprüchlichen Spektrum rezipiert wurde, das von rechtsextremen Überfremdungsgegnern bis zu Aussteigern und Systemverändern reichte. Die Schweizer Grünen beteiligten sich 1983 erstmals als nennenswerte politische Kraft an den Nationalratswahlen und spekulierten 1987 bereits – erfolglos – darauf, die SVP als Bundesratspartei abzulösen und Teil einer Mitte-Links-Mehrheit zu werden, wovon auch SP-Strategen träumten. Der aktuelle Anlass für den Umweltschutz-Boom bot das Waldsterben, doch gingen entsprechende Sorgen viel weiter zurück. Ein Fanal war 1953 die Rheinau-Initiative gewesen, weil damit der Naturschutz erstmals auf Bundesebene grundsätzlich diskutiert wurde. Die NZZ argumentierte aus rechtsstaatlichen Überlegungen dagegen und wollte den legal erfolgten Beschluss für ein Stauwerk im Rhein nicht nachträglich durch einen Volksentscheid zu Fall gebracht sehen, wozu allzu drastische Parallelen angeführt wurden: «Nichts hat das nationalsozialistische Deutschland in den Augen der Welt so herabgesetzt wie das Verlassen des Rechtsbodens durch den Erlass sogenannter Gesetze mit rückwirkender Kraft.»[273]

Die Hochkonjunktur liess dann die «Bedrohung unseres Lebensraums» bewusst werden, wie 1969 eine der «NZZ-Schriften zur Zeit» hiess. Das Blatt betrachtete vor allem den Gewässerschutz als eine «eminente Schicksalsfrage unseres Landes», aber auch der Menschheit. Staatliche Interventionen waren gefragt: «Es ist daher dringend zu fordern, dass die Lücken und Mängel, die bei der Durchführung des Gewässerschutzes immer noch bestehen, so bald als möglich durch gesetzliche und organisatorische Massnahmen behoben werden.»[274] Die 1971 mit 93 Prozent Ja-Stimmen angenommene Verfassungsartikel zum Umweltschutz und die im selben Jahr abgeschlossene Revision des Gewässerschutzgesetzes wiesen in diese – von der NZZ eloquent mitverfochtene – Richtung. Während diese Massnahmen keine fundamentalen Differenzen zwischen den Parteien provozierten, erwies sich die anfangs akzeptierte Nutzung der

Atomenergie in den 1970er Jahren rasch als sehr kontrovers. Die NZZ hatte in ihren Spalten den entsprechenden technologischen Fortschritt seit den 1930er Jahren dargestellt und befürwortete die Kernenergie nun umso mehr, als sie die einseitige Abhängigkeit vom knappen und verteuerten Erdöl minderte und nach Ansicht des zuständigen NZZ-Redaktors Walter Schiesser die Umwelt auch weniger belastete als fossile Brennstoffe.

Diese Meinung stiess aber 1975 in der Nordwestschweiz auf manifesten Widerspruch, als die «Gewaltfreie Aktion Kaiseraugst» das Gelände eines geplanten Atomkraftwerks besetzte. Dieser Akt des «zivilen Ungehorsams» verstiess gegen das Gesetz und könne «leicht zum ersten Schritt auf eine nicht mehr gewaltfreie Konfrontation hin werden».[275] Die NZZ bemühte sich um eine rechtsstaatliche Konfliktlösung, die auch auf die Ängste der Bevölkerung einging: «Das Kaiseraugster Problem lässt sich weder mit der illegalen Besetzung im Sinne der Gegner lösen, noch kann man es mit dem Einsatz von Polizei aus der Welt schaffen.»[276] Ausgeschlossen wurden jedoch «das Eingreifen in das gesetzlich genau geregelte Bewilligungsverfahren durch Erlass eines Baustopps, die Verfügung einer Volksabstimmung unter den ‹Betroffenen›, für die es keine rechtlichen Grundlagen gibt, und die in jedem Rechtsstaat undiskutable Zusicherung von Straffreiheit»; allein über zusätzliche Sicherheitsvorrichtungen in einer dichtbesiedelten Region lasse sich diskutieren.[277] Doch die dort breit verankerten Kaiseraugstgegner erreichten mit der Räumung des Geländes eine faktische Sistierung des Baus, dessen Bedarf bei der veränderten Konjunkturlage nicht unbedingt ausgewiesen war und durch einschlägige Volksbegehren zusätzlich in Frage gestellt wurde. Auch die NZZ wandte sich in einem differenzierten Kommentar gegen «die Simplizität des Denkens» auf beiden Seiten: Den ökologisierten Gesellschaftsvorstellungen der «Alternativisten» gewann sie weiterhin wenig ab, aber übertrieben schien ihr auch das Hauptargument der «Atomlobby», dass der Verzicht auf die Kernkraft «riesige Heere von Arbeitslosen» mit sich bringe.[278] Das Blatt erkannte, dass es um mehr ging als um die konkrete Frage der Energieversorgung und der Sicherheit von Kernkraftwerken.

> Letztere sind heute mit ihren Kühltürmen für viele Leute Symbol einer suspekt gewordenen zivilisatorischen Entwicklung. Wir befinden uns in einer Art von Glaubenskrieg. Es geht dabei um gewandelte Wertvorstellungen, gegen die vielfach mit noch so stichhaltigen Argumenten ökonomischer, ökologischer und wirtschaftlicher Art nichts auszurichten ist.[279]

Ein grosser Teil der Gegnerschaft komme aus generell oppositionellen Kreisen, vor allem unter den – «naturgemäss» dazu neigenden – Jugendlichen. «Am radikalsten gebärden sich jene Linksextremisten, die zur kernenergiefreundlichen Sowjetunion in einem ideologischen Konflikt stehen und, da sie in der Arbeiterschaft einen steinigen Boden haben, ihr politisches Geschäft mit der Atomangst machen wollen.»[280] Doch es zeigte sich zusehends, dass die verschiedenen Warnsignale über solche Gruppen hinaus ein ökologisches Umdenken bewirkten. Die Luftschadstoffe, der durch fossile Brennstoffe verursachte «saure Regen» und der Treibhauseffekt rückten globale Katastrophen wie den Anstieg des Meeresspiegels und Veränderungen in der Atmosphäre in den Bereich des Möglichen. Die NZZ plädierte weiterhin für die Kernenergie als eine mögliche Ressource, aber auch für die Sonnenenergie und für konsequente Energiesparmassnahmen.[281]

Dieses Plädoyer verwies bereits auf das Medienereignis Waldsterben, das 1983 aktuell wurde. Die Erhaltung des unzweifelhaft kranken Waldes sei ein Ziel erster Ordnung und insofern der Landesverteidigung gleichzustellen. Auch wenn man die Verhältnismässigkeit beachten müsse, seien notfalls harte Massnahmen angebracht: «Im Zweifelsfall für den Wald».[282] «Eigenverantwortung, Anreize und Auflagen» sah man als «die drei Säulen einer liberalen Umweltpolitik».[283] Da aber das Blatt ausser beim «technischen Umweltschutz» (Einführung von Katalysatoren) «viel Betriebsamkeit, keinerlei Neigung zu freiwilligem Verzicht und erhebliche Widerstände gegenüber behördlich verfügten Limiten» beobachtete, befürwortete es substanzielle Interventionen wie Temporeduktionen für Autos.[284] Wenn man die unbequemen Fakten nicht verdränge, so sei das Dilemma offenkundig: «Aus wirtschaftlichen und politischen Erwägungen sehen wir uns heute ausserstande, jene Massnahmen zu treffen, die nach Massgabe sonst üblicher Sicherheitskriterien vorübergehend erforderlich wären.»[285]

Als Quintessenz ergibt sich die Feststellung, dass einmal mehr die Maxime: «So wenig Staat wie möglich – soviel Staat wie nötig» gilt. Wenn Umweltschutz nicht Kosmetik bleiben soll, muss der Staat ökologische Ziele und Grenzen setzen und dafür sorgen, dass diese beachtet werden.[286]

Umbruch und Aufbruch im Zeitalter der Globalisierung: die Zeit seit 1985

Die Umweltproblematik blieb ein wichtiges Thema in der Öffentlichkeit, besonders im Jahr 1986, als drei Katastrophen die Störungsanfälligkeit zivilisatorischer Grossprojekte vor Augen führten. Nach der Explosion der amerikanischen Raumfähre *Challenger* regte die NZZ im Januar eine «Denkpause in der Raumfahrt» an, da nun «der Höhenflug wissenschaftlich-technischer Entwicklung und der tiefste Absturz in menschliche Ohnmacht so dicht beieinandergelegen hatten».[1] Der Sandoz-Grossbrand in Schweizerhalle musste nach Überzeugung der NZZ eine glaubwürdige Begrenzung des Katastrophen- und Unfallrisikos bei der chemischen Industrie nach sich ziehen, nicht zuletzt durch Transparenz. Die entsprechende Verantwortung solle nicht an den Staat übergehen, der nur die gesetzlichen Voraussetzungen für eine «glaubwürdig überwachte Selbstkontrolle» der Industrie zu schaffen brauche – und für einen «Lernprozess, den die heute lebenden Generationen im Umgang mit ihrer Technik, mit ihrer Industrie und vor allem mit ihrer Umwelt zu bewältigen haben».[2]

Damit sprach Walter Schiesser auch die Katastrophe im Atomkraftwerk Tschernobyl an, die am 26. April 1986 erfolgt, aber erst nach einigen Tagen in der Öffentlichkeit bekannt worden war, da die sowjetischen Behörden auf «zynische» Weise zuerst nicht und später ungenau informierten.[3] Das Blatt verglich die Bauweise des ukrainischen Kraftwerks mit den im Westen üblichen Reaktoren und kam zum Schluss, dass ein ähnliches Unglück in der Schweiz nicht denkbar sei. Ausrüstung und Betrieb der Schweizer AKW müssten nicht verändert werden, allenfalls die Alarmierungs- und Schutzvorkehrungen. Gleichwohl war klar, dass nun auch die inländische Diskussion um die Kernenergie neu angestossen war.[4] Schiesser sah gerade im Hinblick auf mögliche weltweite Klimaveränderungen durch den Verbrauch fossiler Brennstoffe Tschernobyl als Aufforderung zu einer konsequenteren Energie(spar)politik.[5] «So gut wie tot» war seit der Katastrophe das Projekt Kaiseraugst, so dass eine Handvoll profilierter bürgerlicher Parlamentarier, alle dezidierte Kernenergiebefürworter,

im März 1988 überraschend zwei Verzichtmotionen einreichten. Die NZZ war unentschieden, ob die erhoffte Entkrampfung als «Sieg einer Obstruktionspolitik» zu verstehen sei oder als gelungener Ausweg aus einer Sackgasse – was für jedes Gemeinwesen eine wichtige politische Aufgabe sei.[6] Die Option Kernenergie müsse auf jeden Fall offengehalten werden, weshalb die NZZ 1990 auch die Ausstiegs- und Moratoriumsinitiative bekämpfte, aber zugleich – gegen Widerstände in Wirtschaftskreisen – den Energieartikel befürwortete, der den haushälterischen Umgang mit den kostbaren Rohstoffen erleichtern sollte.[7] Die Vorlage wurde angenommen, ebenso das Moratorium, während der Ausstieg abgelehnt wurde – damit war vorerst ein Burgfriede in diesen Fragen errichtet, der mit dem Wählerauftrag zu einer griffigeren Energiepolitik einherging.[8]

Weniger einmütig ging es in den kommenden Jahren in der Aussenpolitik zu, die bislang keine Sphäre dargestellt hatte, in der die Parteien sich stark profiliert hätten. Dass sich dies zu ändern begann, zeigte – ebenfalls 1986 – die Volksabstimmung über den UNO-Beitritt. Die NZZ hatte die Gründung der Vereinten Nationen im Krieg skeptisch betrachtet: Sie galten als Werkzeug der Siegermächte, und das sowjetische Vetorecht schürte zusätzlich Misstrauen. Im Sommer 1945 meinte die NZZ, die universellen Ziele der UNO würden wohl dazu führen, dass die Schweiz dereinst auch zum Beitritt aufgefordert werde; jener Tag sei aber noch weit entfernt. Bereits zwei Jahre später plädierte man aber für eine immer engere Mitarbeit, die «in nicht zu ferner Zukunft zur harmonisch gestalteten vollen Mitgliedschaft führen möge».[9] Im kalten Krieg war dies schon bald wieder unrealistisch, und Bretscher sah noch 1962 «keinen Grund» für eine Änderung des Status Quo in dieser Sache.[10] Doch kurz vor seinem Rücktritt als Nationalrat ersuchte er am 28. Februar 1967 den Bundesrat in einem Postulat um die Abklärung, ob ein Beitritt zu den Vereinten Nationen unter Wahrung des Neutralitätsstatus möglich sei. Auch in der NZZ war dies das letzte grössere Thema, das der Chefredaktor seit den frühen 1960er Jahren mit der ihm eigenen behutsamen Entschiedenheit behandelte, um eine – wie er sehr wohl wusste – skeptische Öffentlichkeit zu gewinnen. Gewiss seien die Wirkungsmöglichkeiten der UNO beschränkt, aber man dürfe nicht «übersehen, dass ohne die Existenz und Tätigkeit dieser Organisation die internationale Anarchie vollständig wäre». Es handle sich um eine fast weltumspannende Institution, die einen minimalen Konsens unter den Völkern darstelle. Nicht zuletzt umfasse sie die

Hugo Bütler (*1944) stammt aus Hünenberg (ZG) und studierte zuerst in Freiburg i. Ue. bei Prof. Joseph Bochenski Sowjetologie und ab 1964/1965 in Zürich Geschichte, Germanistik und Philosophie. Seine Studien schloss er nach Aufenthalten in Florenz und mit einer Doktorarbeit über *Gaetano Salvemini und die italienische Politik vor dem Ersten Weltkrieg* ab. Der Werkstudent war zeitweise als Redaktor für die «Zuger Nachrichten» verantwortlich und wirkte für die Schweizerische Depeschenagentur in Zürich. 1968 trat er in die Inlandredaktion der NZZ ein, wo er Fragen der schweizerischen Innen- und Aussenpolitik behandelte und für die «Politische Literatur» zuständig war. Insbesondere setzte er sich mit der Studenten- und Jugendbewegung auseinander (Zürcher Journalistenpreis 1980) und – vor dem Hintergrund der KSZE – mit den Ost-West-Beziehungen. Auf Anfang 1985 übernahm Bütler von Luchsinger die Chefredaktion. Er war unter anderem Mitglied des aussenpolitischen Ausschusses der FDP, der Neutralitätskommission des Bundesrats, Vizepräsident der Liberalen Weltunion und präsidiert die Zuger Kulturstiftung Landis & Gyr.

zahlreichen, durch die Dekolonialisierung entstandenen Staaten, und gerade bei diesem Prozess habe sie in Konflikten geringerer Grössenordnung einiges bewirkt. Trete die Schweiz nicht bei, riskiere sie die Isolation; bereits das bisherige Mitwirken in Unterorganisationen oder durch Kredite diene als Beweis gelebter internationaler Solidarität, nämlich «dass die schweizerische Neutralität nicht Ausdruck eines harten, nur auf den eigenen Vorteil bedachten nationalen Egoismus ist».[11] Der Neutralitätsvorbehalt blieb, wegen allfälliger Sanktionen, die Crux, doch Bretscher glaubte Ende 1966, die Hinwendung der UNO zu «friedenserhaltenden Aktionen» könnte «einst der Schweiz den Beitritt unter Wahrung der Neutralität erlauben».[12]

Bretschers Nachfolger setzten diese Gedanken fort. Bütler sprach sich bereits als junger Inlandredaktor 1972 für «solidarisches Handeln in der Welt» aus, wozu er ausdrücklich die Mitarbeit in der UNO zählte.[13] Luchsinger plädierte 1982 für einen Beitritt, da man vor dieser «internationalen Realität von Gewicht» auch im eigenen Interesse nicht die Augen verschliessen und nicht «in einer einsam gewordenen Aussenseiterposition» verharren dürfe: «Unsere Selbstisolierung vom internationalen politischen Forum bringt mit sich den Verlust einer wichtigen Möglichkeit, uns selbst darzustellen und in unserer Eigenart, beispielsweise auch als neutralitätspolitischen ‹Sonderfall› verständlich und plausibel zu machen.»[14] Luchsinger gehörte auch der beratenden Kommission des Bundesrats zum UNO-Beitritt an, der 1986 dem Souverän zur Entscheidung vorgelegt wurde. Bütler begründete das – auch von prominenten Gastautoren vertretene – Ja der NZZ zur Vorlage nicht zuletzt mit dem Wandel der UNO: Sie sei keine Weltregierung, wie sie die allzu idealistischen Gründer

angepeilt hätten, sondern ein «universeller Treffpunkt», wo man manche Dinge beeinflusse, von denen die Schweiz mitbetroffen sei. «Warum tragen wir unsere Auffassung von humanitärem Wirken und unsere Guten Dienste nicht in jene Versammlung hinein, an der ausser uns heute eigentlich alle teilnehmen?»[15]

Die rhetorische Frage erhielt 1986 ein nicht unbedingt begründetes, aber umso wuchtigeres Nein zur Antwort, im Verhältnis von drei zu eins und ohne annehmenden Stand. «Die Verwerfung ist so deutlich, dass eine ‹referendumsdemokratische Wiedererwägung› nach dem Vorbild des Frauenstimmrechts, bei dem man in drei Abstimmungsschritten schliesslich zum Erfolg kam, auf absehbare Zeit ausser Betracht fällt.»[16] Die «absehbare Zeit» dauerte 16 Jahre: Beflügelt durch eine entsprechende Initiative und parlamentarische Vorstösse arbeitete der Bundesrat die neue Vorlage aus, was die NZZ voll unterstützte, allerdings mit der Mahnung, die Probleme nicht unter den Tisch zu wischen, namentlich die «Neutralität als Chiffre für Distanz zu den Händeln und der Schlechtigkeit der Welt».[17] Das Ja zum UNO-Beitritt kam beim Ständemehr ganz knapp zustande, mit 12 gegen 11 Kantone aus der Deutschschweiz plus Tessin. Anderthalbtausend Walliser, so berechnete die NZZ, hätten den Weg nach New York blockieren können, wenn sie ein Nein eingelegt hätten. «Es ist sicher kein Ja der Begeisterung – bei diesem knappen Ausgang könnte man das wahrlich nicht sagen –, sondern ein solches der Vernunft.»[18]

Der UNO-Beitritt war einer der Schritte, mit denen die Schweiz sich zögerlich an eine gewandelte Welt anpasste, wie sie sich nach dem Ende des kalten Kriegs ab 1989 in allen Erdteilen mit neuen Chancen und Risiken präsentierte. Bei der NZZ schlug sich die fundamentale Veränderung der Weltlage unter anderem in Verschiebungen und in einem weiteren Ausbau des Korrespondentennetzes nieder, wozu nun mindestens zeitweise Destinationen wie Budapest, Prag, Kiew, Belgrad oder Zagreb gehörten. Bereits 1986 nahm ein Berichterstatter den Dienst in Peking auf, um die von der Bevölkerung mitgetragene «Reformstimmung» im Reich Deng Xiaopings vor Ort verfolgen. Dabei stehe die Dezentralisation im Vordergrund, der «Abbau einer straffen und teilweise auch verkalkten zentralen Planung, Stimulierung der individuellen Initiative, gleichzeitig aber auch Aufbau einer rechtsstaatlichen Ordnung, vor allem im Bereich der aussenwirtschaftlichen Beziehungen».[19] Doch ob man deswegen bereits von «Kapitalismusanfälligkeit Chinas» sprechen könne,[20] schien dem

Leiter des Wirtschaftsressorts, Willy Linder, eher unsicher, zumal «in der fünfunddreissigjährigen Geschichte des kommunistischen China die allgemeine Marschrichtung schon mehr als einmal radikal umdirigiert worden ist».[21] Die NZZ liess sich durch die Reformen im wirtschaftlichen Bereich nicht blenden.

> Entgegen aller Liberalisierung will sich das Pekinger Regime um jeden Preis an der Macht halten. Je mehr es die ideologische Basis seines sozialistischen Systems abbaut, desto mehr arbeitet es – wenn auch nicht willentlich – seinen eigentlichen geistigen Hintergrund heraus: das Dogma der Diktatur.[22]

Diese Mahnungen bewahrheiteten sich, als die Regierung die Demokratiebewegung auf dem Tienanmen-Platz zusammenschiessen liess und etwa 3000 Studenten ihr Leben verloren, die mit einem Hungerstreik für Menschenrechte und Pressefreiheit demonstriert hatten. «Über China senkt sich der Vorhang»: Wer bisher Deng als pragmatischen, unideologischen Befürworter von wirtschaftlichen Reformen angesehen hatte, musste nun erkennen, dass diese nicht auf den politischen Bereich überspringen durften. Dort wurde die «Normalität» mit Terror und Unterdrückung wieder hergestellt.[23] «Nicht den Problemen rückte man zu Leibe, sondern dem Volk, das sie zu artikulieren wagte. An den Händen der Herrschenden in China klebt nun das Blut des eigenen Volkes, was ihnen den letzten Rest von Legitimation in der Bevölkerung raubt.»[24] Die NZZ pflegte fortan regelmässig daran zu erinnern, dass die ökonomische Liberalisierung eines Landes ohne gleichzeitige politische und rechtliche Reformen ein fragiles Unterfangen blieb und dass die chinesische Stabilität eher Stagnation oder gar Rückschritt bedeute als Vorwärtskommen.[25] Die Unterdrückung und die Willkür, wie sie in China Dissidenten und Minderheiten weiterhin erlitten, konnten sich – solange kein Rechtsstaat existierte – jederzeit auch gegen die ausländischen Wirtschaftskreise richten, die sich bald wieder über die hohen Zuwachsraten freuten. Deshalb «haben sie keinen Grund, sich über die Medien zu beklagen, die angeblich ‹das Chinabild verfälschen›, ‹kulturell und geschichtlich bedingte Mentalitätsunterschiede› nicht berücksichtigen und geschäftsschädigend ‹die Atmosphäre vergiften›. Völlig fehl am Platz ist jedenfalls, was längst nicht alle, aber leider einige Vertreter dieser Kreise tun, sich nämlich harten Regimevertretern gegenüber dankbar dafür zu zeigen, dass sie hier für ‹Ruhe und Ordnung› sorgen.»[26]

In Mittelamerika waren es patriarchalisch-faschistoide Diktaturen,

welche seit Generationen für «Ruhe und Ordnung» gesorgt hatten und nun immer stärker von – oft kommunistischen – Aufständischen bekämpft wurden. Wie ein Dutzend Jahre zuvor in Südostasien, so schien sich hier in den 1980er Jahren die Domino-Theorie zu bestätigen: Beeinflusst vom nahen Kuba, begünstigt durch die traditionelle Misswirtschaft halbfeudaler Grossgrundbesitzer und motiviert durch die Regierung Carter, die in ihrem Vorhof nicht die herkömmliche Machtpolitik, sondern auch Menschenrechte walten lassen wollte, entflammte eine Reihe nationaler Spannungsherde. Die NZZ hatte 1979 Nicaragua als den «Katalysator aller lateinamerikanischen Volksbewegungen» geortet und prophezeit, dass sich dort auch das Schicksal Zentralamerikas entscheide.[27] Die Amerikaner stünden vor einer fast nicht lösbaren Aufgabe: Der allzu lange protegierte und jetzt geächtete Diktator Somoza müsse weg, habe aber dafür gesorgt, dass neben ihm keine Alternativansätze gedeihen konnten.[28] Die heterogene Opposition war nicht, wie die NZZ vermutet hatte, bereit, sich mit dem Geldgeber USA zu arrangieren, sondern entwickelte, an der Schwelle «zwischen Diktatur und Demokratie»,[29] bald ein linksradikales, sandinistisches Militärregime unter Daniel Ortega, das eine starke Armee ausrüstete, die Opposition ausschaltete und rasch in Konflikt mit den Nachbarländern und dadurch mit Reagans dezidiert antikommunistischem Kurs geriet, zumal die Sandinisten auf die Guerilleros in Guatemala und El Salvador als Vorbild wirkten. Die NZZ wollte jedoch, bei aller Kritik am sandinistischen «Totalitarismus», die Verhältnisse am zentralamerikanischen Isthmus nicht auf eine Ursache reduzieren.

> Es gibt nicht *den* zentralamerikanischen Konflikt mit klar geschiedenen Lagern. Es gibt nationale Konflikte aus ähnlichen Ursachen; es gibt zweckdienliche Schulterschlüsse über die traditionell durchlässigen Grenzen hinweg; und es gibt Aussenstehende, die sich diese lokalen Konflikte zunutze machen: seit langem die Vereinigten Staaten im Interesse ihrer Wirtschaft und ihrer Vormachtstellung in der Hemisphäre, seit wesentlich kürzerer Zeit die Sowjetunion und ihre Verbündeten zur Aushöhlung der Vormachtstellung der USA. Der Ost-West-Konflikt ist keine primäre Ursache der Konflikte in Zentralamerika.[30]

Gleichwohl finanzierte Reagan offen die antisandinistischen Contras, wurde aber vom Repräsentantenhaus zurückgepfiffen und musste zur Kenntnis nehmen, «dass das Mittel eines ‹Geheimkrieges› einer demokratischen Macht nicht zu Gebote steht».[31] Reagan setzte seine Hilfeleistungen gleichwohl durch, was inzwischen auch die NZZ unterstützte, da die

historische Erfahrung lehre, «dass leninistische Revolutionen nie Halt machen an den eigenen Landesgrenzen; das gilt, wie interne Dokumente und entsprechende Handlungen klar beweisen, auch für den Sandinismus». Unter diesen Umständen war es für die NZZ klar, dass die Gemeinschaft der westlichen Demokratien in ihrer Mitte nicht einen – nach Kuba – weiteren Vorposten von Moskau dulden wollte.[32]

Kritisch wurde die Lage für Reagan allerdings, als im November 1986 enthüllt wurde, dass die Contras insgeheim mit Geldern aufgerüstet worden waren, die man durch ebenfalls geheime Verkäufe von Rüstungsgütern an das an sich feindlich gesinnte iranische Regime erhalten hatte. Die NZZ betrachtete «Irangate» als «schwere Krise» für Reagan, betonte aber die Unterschiede zu Watergate und die Tatsache, dass von Intrigen und Nachlässigkeiten, aber von «keiner Gesetzesübertretung» die Rede sei;[33] später wurde allerdings von «in einer Demokratie nicht legitimierbaren Machenschaften» gesprochen.[34] Die amerikanische Hilfe für die Contras trug dazu bei, dass die Sandinisten im Inneren, etwa bei der Pressefreiheit, flexibler wurden und im Herbst 1987 mit den anderen zentralamerikanischen Staaten den Friedensplan des costaricanischen Präsidenten Arias unterzeichneten.[35] Trotz Hindernissen kam der Demokratisierungsprozess voran, und bei den «ersten sauberen Wahlen der nicaraguanischen Geschichte» siegte im Februar 1990 die Opposition.[36] Wenig später endete auch in El Salvador der Bürgerkrieg, obwohl die NZZ 1984 gemeint hatte: «Eher geht ein Kamel durch ein Nadelöhr als El Salvador zum Frieden.»[37]

Die Befriedung Zentralamerikas war nicht zuletzt der veränderten weltpolitischen Lage zu verdanken. Die NZZ hatte 1985 nach dem Machtantritt Gorbatschews, den sie zuerst als – im Vergleich zu seinen Vorgänger – modernen und humorvollen Generalsekretär begrüsste,[38] noch keinen grundsätzlichen Wechsel der sowjetischen Verhandlungsposition bei den in Genf geführten Abrüstungsgesprächen erkannt, die neben den Mittelstreckenraketen jetzt auch das von Reagan geplante, weltraumgestützte Abwehrsystem SDI zum Gegenstand hatten. Der Genfer Gipfel der beiden Staatsführer endete im November 1985 immerhin nicht in einem Krach: Gorbatschew beeindrucke das Publikum «menschlich durch Freundlichkeit, ungezwungene Offenheit und Ernst in der Sache», doch hinter der neuen Hülle und dem neuen Ton stecke immer noch der alte politische Kern, deren letzte Instanz Lenin sei.[39] Die NZZ warnte die

Europäer regelmässig vor Differenzen mit den USA, die illusorische Hoffnungen hervorbringen und allein dem Kreml nützen könnten. Auch als «Anzeichen von Bewegung» in den Abrüstungsverhandlungen erkannt wurden, wollte man sie nicht überbewertet haben, handle es sich doch sicher nicht um eine grundsätzliche Richtungsänderung; vielmehr seien es, «nach bewährter Sowjettaktik, Korrekturen an einer zunächst bewusst überzogenen Ausgangsposition, die Moskau sich mit Gegenleistungen bezahlen lassen möchte».[40] Erst die am Gipfel von Reykjavik im Oktober 1986 ausgetauschten, weitreichenden Abrüstungsvorschläge wurden als «interessante Bewegungen» bezeichnet; «ob sie sich im Effekt positiv für die Sicherheit der Menschen in Ost und West auswirken, hängt von amerikanischer Standfestigkeit ebenso ab wie von der neuen sowjetischen Flexibilität».[41]

Im innenpolitischen und wirtschaftspolitischen Bereich der UdSSR kochte die «Reformsuppe» laut NZZ erst recht «auf kleinem Feuer»,[42] und der anhaltende Kleinkrieg in Afghanistan schien die vorherrschenden alten Muster ebenso zu bestätigen wie die der «Glasnost» krass widersprechende Informationspolitik nach Tschernobyl. Gorbatschews Ziel sei nicht «Freiheit und Selbstverantwortung» in einem gewandelten System, sondern «mehr Disziplin und Leistung», eine neue Denkweise, ja die «Erziehung eines neuen Menschen» zur Bewahrung und «Regeneration» der alten, kommunistischen Ordnung.[43] In wirtschaftlicher Hinsicht heisse das «entscheidende Stichwort» nicht Veränderung «im Rahmen privatautonomer Initiative, sondern durch ‹Vervollkommnung des Leitungs- und Wirtschaftssystems›». Man wolle mit dem Westen erfolgreicher konkurrieren, aber an «Reformen westlicher Art denkt Gorbatschew nicht».[44] Das war der über das Wirtschaftliche hinausführende Kern der NZZ-Kritik, welche das sowjetische «neue Denken» mehr oder weniger explizit an Chinas «neuer Praxis» mass.[45] Dort feierten zwar die studentischen Demonstranten Gorbatschew als vorbildlichen politischen Reformer, doch die NZZ forderte von ihm Dezentralisierung, Marktöffnung und privatwirtschaftliche Elemente: «Von ungarischer Reformwirtschaft oder gar von Experimenten à la China» oder gesellschaftspolitischen Reformen wie im Prager Frühling sei in der UdSSR nichts zu sehen.[46]

Selbst nach der Freilassung des Dissidenten Sacharow gab man deshalb auf die Frage «Gorbatschew helfen?» eine eher abschlägige Antwort.[47] Die neuen Schlagworte «Glasnost» und «Perestroika» überzeugten die NZZ

im Unterschied zu vielen, zumal deutschen Medien nicht, da nicht klar war, wohin der Reformweg führen sollte. Es gebe eine «neue Sprache und neue Begriffe», eine «Revolution der Worte», aber «in der Realität» bewege sich – so die NZZ noch im April 1988 – wenig:[48] «Reformen, soweit sie der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Stärkung des Sozialismus … dienen können, und Repression, wo der Generalsekretär und seine Umgebung diese Ziele gefährdet sehen.»[49] Dieses Urteil ergab sich auch aus dem grundsätzlichen Zweifel der NZZ, ob «sich das Sowjetsystem wirklich substantiell verändern lässt, ohne dass man es selbst aufhebt».[50] Dies galt vor allem für das Imperium, solange «die Grenze osteuropäischer Emanzipationsmöglichkeiten in der Kontinuität von Stalins Nachkriegspolitik markant gezogen» blieb.[51] Erst Gorbatschews Vorschlag einer «doppelten Nulllösung», nämlich Abbau der Mittelstreckenraketen sowohl längerer als auch kürzerer Reichweite, liessen die NZZ glauben, «dass man es heute mit einer vielleicht einmaligen weltpolitischen Konstellation zu tun hat».[52] In diesem Sinn stellte sich das Blatt auch gegen diejenigen Stimmen in CDU und CSU, die sich in offenem Streit mit der FDP und der Opposition der «doppelten Nulllösung» verweigerten, bis Bundeskanzler Kohl sie akzeptierte.[53]

Anders als die NZZ befürchtet hatte, zeitigte Gorbatschews Liberalisierungspolitik durchaus Folgen bei den unterworfenen Völkern, und dies zuerst innerhalb der Sowjetunion, zwischen den Teilrepubliken Armenien und Aserbeidschan bezüglich der autonomen Region Nagorno-Karabach. Auch in den baltischen Republiken regten sich Unabhängigkeitsbestrebungen. «Ein Gespenst geht um im sowjetischen Machtbereich – das Gespenst des Nationalismus» kommentierte die NZZ, die Gorbatschew auch als Goetheschen Zauberlehrling beschrieb,[54] mit einer Anspielung auf das *Kommunistische Manifest*. «Hatte die Aussenwelt in den vergangenen Monaten Musse, sich an das Bild der Unrast in der zuvor so totenstill stabilen Sowjetunion zu gewöhnen, so brachten die letzten Tage vollends Ungewohntes: den offenen Widerspruch an der Peripherie gegen Beschlüsse des Kremls.»[55]

Der sowjetische Abzug aus Afghanistan ab Mitte 1988 brachte die Dinge dann auch in Europa ins Rollen. Ende April 1989 wurde in Polen *Solidarnosc* wieder zugelassen und errang bei den Parlamentswahlen im Juni gleich einen eklatanten Sieg, der die schlimmsten Befürchtungen der KP übertroffen habe.[56] Im August wurde mit Tadeusz Mazowiecki ein

enger Berater Walesas der erste nichtkommunistische Ministerpräsident seit dem Krieg – ein «historisches Ereignis (das Wort ist für einmal nicht zu hoch gegriffen)».[57] Praktisch gleichzeitig ertranken die chinesischen Demokratiehoffnungen im Blut von Tienanmen, und die NZZ fragte sich: «Wo liegt die Grenzmarkierung, jenseits welcher das Streben nach Reformen in einem kommunistisch beherrschten Staat zu einem abgesicherten, nicht mehr umkehrbaren Prozess wird?»[58] Sie warnte den Westen vor der «reichlich naiven Annahme, dass der kalte Krieg schon definitiv vorüber sei und man blauäugig von einem «postkommunistischen» Zeitalter ausgehen könne: «Fähigkeit zur ‹Eindämmung› bleibt so nötig wie die Bereitschaft, den Prozess des Wandels durch Dialog zu fördern.»[59]

«Den Osteuropäern helfen», bei ihrem evolutionären Weg zu Rechtsstaat und Marktwirtschaft, und nicht den Kommunisten, auch nicht Gorbatschew – das war die Devise der NZZ.[60] Die polnischen Reformer standen nicht alleine; auch der ungarische «Gulaschkommunismus» nahm die von Gorbatschew gewährten Freiräume auf und führte Anfang 1989 das Vereinigungs- und Versammlungsrecht ein. Aber nicht die erstaunlich selbstverständlichen Schritte hin zum Pluralismus brachten den Stein endgültig ins Rollen, sondern «Ungarns Entscheidung»: Am 11. September öffnete das Land die Grenzen nach Österreich für 6500 Flüchtlinge – aus der DDR. Das war zugleich auch eine für das Mitglied des Warschauer Pakts nicht unriskante Entscheidung hinsichtlich der historischen Mittelstellung Ungarns zwischen Ost und West, «eine im Ernstfall gegebene Bestätigung früherer Zusagen, dass das Land den Weg zurück nach Europa suche und vor allen Dingen einmal ein Rechtsstaat werden wolle».[61] Von Ungarn sprang die ostdeutsche Ausreisewelle in die Tschechoslowakei über, von wo Sonderzüge die Flüchtlinge in die Bundesrepublik brachten. Der 40. Jahrestag der Gründung der DDR wurde Anfang Oktober noch feierlich begangen, doch nicht nur die NZZ konstatierte eine «bedrückende Bilanz» dieser Vergangenheit und Ratlosigkeit angesichts der aktuellen Dauerkrise.[62] Vor allem in Leipzig wurden aus stillen Andachten in Kirchen Massenkundgebungen mit Hundertausenden von Teilnehmern, deren Slogan «Wir sind das Volk» berühmt wurde. Die NZZ bezeichnete diese Massenbewegung, die das Machtmonopol der SED in Frage stellte, am 7. November 1989 als «die wirkliche Wende in der DDR». Die Berliner Mauer sei zu einem «unnützen Relikt» geworden, und es war fraglich, ob Moskaus und Ostberlins Macht noch ausreiche, «den schweren Stein, der

da ins Rollen gekommen ist, auf seinem Weg aufzuhalten».[63] Darauf liess es Gorbatschew nicht ankommen. Die Mauer fiel am 9. November, und in die Erleichterung über den «Triumph der Freiheit» mischte sich bei der NZZ gleich die Sorge um die wirtschaftliche Substanz und Zukunft der DDR, aus der die gut ausgebildete Jugend so rasch wie möglich auswanderte. Aber um Vertrauen in das eigene Land zu schaffen, seien auch neue politische Strukturen notwendig. Konnte die ostdeutsche Volkskammer, konnte die junge Opposition demokratische und marktwirtschaftliche Reformen durchsetzen?[64]

Erst fielen aber noch die anderen kommunistischen Regimes in Osteuropa, wo die samtene Revolution auch die Tschechoslowakei befreite und den früheren Dissidenten Vaclav Havel zum Präsidenten machte. Allein der rumänische Diktator Ceausescu, ein «Wahnsinniger», der allerdings wegen seiner Opposition gegen die Niederschlagung des Prager Frühlings im Westen lange sehr wohlgelitten gewesen war, schien die Nerven im Unterschied zu seinen osteuropäischen Kollegen nicht verloren zu haben und sich mit Militärgewalt zu halten.[65] Doch dann versank sein «Schreckensregime» so, wie es Rumänien beherrscht hatte: «Es lässt Not, Elend und in seinem Todeskampf Berge von Leichen hinter sich.» Mit der Hinrichtung des Autokraten fiel auch die Partei «wie ein Kartenhaus» in sich zusammen, doch berechtigte Angst blieb vor der Geheimpolizei Securitate bestehen.[66]

Inzwischen hatte auch die NZZ Lobesworte für den Kremlführer gefunden, der die sowjetischen Satrapen in Osteuropa zuerst sanft zu Reformen bewegt und sie dann fallengelassen hatte, als diesen nur noch die Hoffnung auf die Rote Armee blieb, um die Volksdemokratien gegen ihre Völker zu halten. «Unbestreitbar ist, dass Gorbatschew als Staats- und Parteichef im Innern der Sowjetunion Reformen antreibt und generell die politische Öffnung durch einen gewaltlosen Wandel in ihrem europäischen Vorfeld begünstigt» – der nun auch auf die Sowjetunion selbst übergriff, aber dort nicht gewaltlos blieb. Noch Ende 1988 hatte die NZZ Gorbatschews Machtsicherung (etwa durch die Ausbootung seines früheren Mitreformers Jelzin) als «autoritäre ‹Demokratie› mit sehr viel, zuviel Autorität», mit Manipulationen und Säuberungen kritisiert,[67] sah nun aber ähnlich «unvorbereitet und ratlos» wie der Westen «das beängstigende Tempo, mit dem staatliche Autorität in Moskau dahinschwindet» und überall Bürgerkriege oder – wie in Litauen – blutige Repression der

nationalen Bewegungen drohten.[68] Man erkannte spätestens 1991, dass der «Wurm des Zerfalles schon tief im Gebälk der Sowjetunion» sitze und sie «nun so morsch wie einst das Zarenreich» sei, da die einzelnen Sowjetrepubliken die Zentralmacht rapid aushöhlten und sich Russland unter Präsident Jelzin an die Spitze dieser Bewegung gesetzt habe.[69]

Schon bald konnten Nachrufe auf den Politiker Gorbatschew geschrieben werden, dessen «dauerndes Verdienst» darin bestehe, «die Sowjetbürger von der Parteidiktatur befreit und die Gefahr eines unbegrenzten Nuklearkriegs von der Welt genommen zu haben». Innenpolitisch hingegen sei er ausgezogen, «die Sowjetunion politisch und wirtschaftlich zu reformieren und dadurch ihre Macht neu zu begründen». Im Ergebnis jedoch war «die Sowjetunion von der Bildfläche verschwunden und an die Stelle des reglementierten Mangels das wirtschaftliche Chaos getreten».[70] Tatsächlich zerbrach die Sowjetunion in ihre Teilrepubliken, nachdem orthodoxe Apparatschiks im August 1991 gegen Gorbatschew geputscht hatten. Bei der NZZ war man sich zunächst nicht sicher, ob jetzt – wie einst bei Chruschtschews Sturz – das Rad der Geschichte wieder zurückgedreht würde. Der Auslandredaktor Andreas Oplatka, als Ungarnflüchtling ein gebranntes Kind und ein lange äusserst skeptischer Kommentator, teilte diese Ansicht nun aber nicht mehr, da es «heute in der Sowjetunion eine öffentliche Meinung» gebe, «die als politischer Faktor ins Gewicht» falle.[71] «Die Sowjetunion ist nicht mehr das gleiche Land wie vor sechs Jahren; zuviel ist offengelegt, zuviel frei ausgesprochen worden, zu eindeutig haben die Geister das Scheitern kommunistischer Herrschaft erkannt.» Als Sieger gingen dann tatsächlich die antikommunistische Opposition und der «starke, charismatische» Jelzin aus der Auseinandersetzung hervor.[72] Der «erniedrigte» Gorbatschew vollzog «eine vollkommene Kehrtwende» und stand dem erst noch bekämpften Jelzin «bei dessen erbarmungslosem Kampf gegen die Partei» bei, die verboten wurde. «Tiefe Ironie» lag für die NZZ darin, dass sich «der erste modern und weltoffen denkende Führer der KPdSU als erfolgreichster Antikommunist aller Zeiten erwiesen» habe.[73]

Auf Jelzin setzte die NZZ ihre Erwartungen in die – 1917 bereits einmal gescheiterte – «liberaldemokratische Umwälzung».[74] Jelzin erfüllte diese mit einer marktwirtschaftlichen Schocktherapie, die aber mit Arbeitslosigkeit und Verelendung sowie Korruption und Machtmonopolen im halbprivaten Industriebereich auch neue Probleme mit sich brachte,

1992:
Der Blick auf unerfreuliche Realitäten der europäischen Geschichte wie der politischen Gegenwart in einer weiteren Welt ruft nach Besinnung auf die institutionellen und rechtlichen Vorkehren, die unter Menschen (die gewiss niemals Engel sein werden) und Staaten (die immer den Versuchungen der Macht ausgesetzt sind) ein friedliches Zusammenleben in Freiheit ermöglichen. Kernpunkt sind der Einzelne und seine Freiheit, im Zentrum stehen die individuellen und politischen Rechte des Individuums, wie sie seit der amerikanischen «Bill of Rights» in vielen «Erklärungen» und Pakten verbrieft sind. Diese Menschenrechte bedürfen der Verankerung im Rechtsstaat … Der Rechtsstaat kann sich also sowenig wie eine liberale, politisch pluralistische Gesellschaft damit begnügen, gegenüber fundamentalistischen Anschauungen grosszügig Toleranz zu üben. … Das liberale Prinzip will dem Einzelnen ermöglichen, nach seiner Fasson zu glauben und zu leben. Eine diesem Prinzip verpflichtete Gemeinschaft gäbe sich selbst auf, wenn sie auf der Respektierung der individuellen Freiheit nicht mehr beharren würde. Dieser Punkt ist für dauerhaftes Zusammenleben in Freiheit und Frieden essentiell.*

* NZZ, 14./15. 3. 1992, S. 2.

denen Jelzin mit nicht immer verfassungskonformen Lösungen zu begegnen suchte. Die NZZ erinnerte sich daran, dass sie bei der Frage «Gorbatschew helfen?» zurückhaltend geblieben war. Zwei Unterschiede sprächen dafür, es nun bei Jelzin anders zu halten: Er verfolge eine Strategie, während Gorbatschews Reformen taktischer Natur gewesen seien; und jener sei bis zuletzt das Produkt einer Parteikarriere geblieben, Jelzin herrsche dagegen als demokratisch gewählter und somit legitimer Präsident.[75] Deshalb hielt die NZZ ihm auch dann die Stange, als er sich verfassungswidrig anmasste, das «demokratisch nicht legitimierte, konservativ-reaktionäre Parlament» aufzulösen und, als dieses sich widersetzte, durch die Erstürmung des von den Volksvertretern besetzten Parlamentsgebäudes einen «Staatsstreich zur Rettung der Demokratie» unternahm.[76] Man war zur Einsicht gekommen, dass nur eine starke Hand, wie sie Jelzins mit einer auf ihn zugeschnittenen Verfassung 1993 institutionalisierte, «dem zutiefst aufgewühlten Land wieder eine Atempause der Ruhe verschaffen und damit die Wirtschaftsreformen ermöglichen» könne.[77]

Die Sowjetunion war nur eines von vielen Ländern, die ihre Verfassung oder gar Staatsstruktur nach 1989 änderten. In der DDR drohte nach dem Fall der Mauer wegen der mit «galoppierender Geschwindigkeit» erfolgten Veränderungen ein «möglicherweise verheerendes Machtvakuum» und auch die «deutsche Frage» stellte sich neu. Man sprach bereits im November 1989 von der Möglichkeit einer Wiedervereinigung, was nicht nur wegen der strategischen Lage des Warschauer Pakt-Vorpostens besonders

problematisch schien.[78] «Es wird ein langer Prozess werden, wenn nach über vierzig Jahren der Unterdrückung im östlichen Teil Deutschlands endlich wahrhaft demokratische Institutionen geschaffen werden sollen.»[79] Die freie Selbstbestimmung der Bevölkerung habe verschiedene Voraussetzungen: Abschaffung des SED-Führungsanspruchs, unabhängige Parteien und Justiz, freie Wahlen und grundlegende Umstellungen in der Wirtschaft.

> Erst die Strukturierung der Opposition und eine neue psychologische und politische Stabilität in der DDR-Bevölkerung erlauben schliesslich die Klärung der Frage, ob es in der Mitte Europas in Zukunft zwei freie deutsche Staaten oder ein einziges, in Europa integriertes, wiedervereinigtes Deutschland geben soll. Nur Umsicht, nüchternes Urteil und zwischen den Deutschen und ihren Partnern in Ost und West gut abgestimmtes, schrittweises Vorgehen können zur erfolgreichen Lösung des deutschen Problems in einem neugeordneten Europa führen.[80]

Als die CDU entgegen den anfänglichen Erwartungen als Siegerin aus den ersten (und letzten) freien Wahlen in der DDR hervorging, interpretierte man dies als «Plebiszit für eine rasche Vereinigung der beiden deutschen Staaten», rasch auch im Vergleich zu den ursprünglichen Erwartungen der Zeitung, die sich auch jetzt noch zwei freie deutsche Staaten vorstellen konnte und wusste, dass bei den anderen europäischen Völkern das «Unbehagen am deutschen Aufbruch» verbreitet war.[81] Eine Wiedervereinigung war der NZZ aber weiterhin lieber als die Neutralisierung, die Gorbatschew wie schon seine Vorgänger gewünscht hätte, da man nur in einer Einbindung in ein demokratisches und freies Europa Gewähr dafür sah, dass es keine deutschen Sondertouren gab.[82] Ebenso wenig erwärmte sich das Blatt für einen «humanen Sozialismus», wie er der DDR manchenorts als Dritter Weg empfohlen wurde: Gerade der Umbruch von 1989 habe ja gezeigt, dass das westlich-marktwirtschaftliche Prinzip in Theorie und Realität überlegen sei.[83] Die von Bundeskanzler Kohl vorangetriebene Wiedervereinigung erlaubte es Chefredaktor Bütler im Sommer 1990 festzuhalten, dass die deutsche Einigung – im Unterschied zum 19. Jahrhundert – kein kriegerischer und nationaler Prozess gewesen sei, sondern ein gesamteuropäischer friedlicher Wandel.[84] Mit der wiedererlangten Souveränität eines vereinten Deutschlands gehe die Nachkriegsepoche in diesen Monaten in atemberaubendem Tempo definitiv zu Ende. Ein neues, optimistisches Zeitalter breche an, auch wenn Ungewissheiten und Sorgen nicht fehlten.[85]

Diese gab es schon bald nach der samtenen Revolution auch in der

Tschechoslowakei, wo die NZZ den slowakischen Wunsch nach Unabhängigkeit gemäss dem Selbstbestimmungsrecht der Völker als grundsätzlich legitim ansah. Doch die bis nach Ungarn, ja Rumänien und Serbien reichende Instabilität nach einer Landesteilung liessen sie den Fortbestand des tschechoslowakischen Bundesstaats wünschen, mit Institutionen, die «der slowakischen Nation die Wahrung und Entfaltung ihres Wesens erlauben».[86] Doch die starken Männer in den beiden Landesteilen betrieben die Trennung, nachdem die slowakischen Parlamentarier gegen Havels Wiederwahl zum Präsidenten votiert hatten. «Mit seiner intellektuellen Redlichkeit war Havel gerade als Anführer des Widerstands gegen eine verlogene, totalitäre Ideologie eine grosse, integrierende Figur; doch die Stunde jetzt – man kann es beklagen, aber nicht ändern – gehört nicht mehr den Philosophen, sondern den Machern, wie sie es auf ihre Art beide sind: Klaus, der Wirtschaftsfachmann, und Meciar, der Manipulator nationaler Instinkte.»[87] Ende 1992 trennten sich die beiden Republiken; symbolträchtig war Alexander Dubcek, der (slowakische) Hoffnungsträger des Prager Frühlings und nach der Befreiung Präsident der tschechoslowakischen Bundesversammlung, kurz zuvor an den Folgen eines Autounfalls gestorben.

Der Wegfall des Systemgegensatzes erschütterte auch im Westen manche überlebte Regierungspraxis, so in Italien, wo die marode und korrupte *Partitocrazia* von Christlichdemokraten und Sozialisten 1993 zusammenbrach, in deren Parteienfilz aber fast alle historischen Parteien involviert waren. Gespielt werde die Schlussrunde eines Spiels, das in Anlehnung an *Monopoly* den Namen *Tangentopoli* erhielt.

> Seine Grundregel lautet: Wer als Unternehmer einen staatlichen Auftrag erhalten will, muss den zuständigen Mitgliedern der Behörden auf kommunaler, regionaler oder nationaler Ebene ein Schmiergeld, eine sogenannte Tangente, entrichten, die in der Regel mindestens zehn Prozent des Auftragsvolumens ausmacht. Diese Gelder werden ganz oder teilweise für das Schmieren der allgegenwärtigen, äusserst kostspieligen Parteimaschinerien verwendet.[88]

Die Operation *Mani pulite* wurde von einigen unabhängigen Richtern begonnen, und nach einer Welle von fast täglich neuen Enthüllungen, Verhaftungen und Anklagen kam über die Einführung von Majorzwahlen eine Staatsreform in Gang. Die Staatsanwaltschaft nahm unter anderem gegen den mehrfachen Ministerpräsidenten Andreotti Ermittlungen wegen «mafioser Umtriebe» auf, und nach einigen schweren Niederlagen

in Lokalwahlen löste sich die *Democrazia Cristiana* selbst auf.[89] Doch Italien kam vom Regen in die Traufe: Auf eine an inneren Zwisten bald zerbrochene Allianz von Neofaschisten, norditalienischen Separatisten und der *Casa della libertà* des Grossunternehmers Berlusconi folgte eine Mitte-Links-Regierung, die ebenfalls relativ bald bewies, dass ihr partielle Profilierungsbedürfnisse wichtiger waren als geteiltes Verantwortungsgefühl. Damit wurde der Weg frei für eine zweite, diesmal langlebige Regierung Berlusconi. Die NZZ behielt einen sorgenvollen Blick «auf seinen unverhohlenen Machtmissbrauch, auf die nicht abreissende Reihe von massgeschneiderten Gesetzen, die Berlusconi persönlich vor den Fängen der Justiz retten sollten und die seine Machtposition im Medienbereich zementieren, auf seine Stillosigkeiten und auf seine rabiaten Attacken gegen Richter und Staatsanwälte».[90]

Wie die italienischen Christlichdemokraten hatte sich auch die südafrikanische Apartheid-Regierung während des Kalten Krieges als Bastion gegen den Kommunismus profiliert, was nun keine Basis mehr abgab. Die NZZ hatte das Land am Kap schon früh behandelt, etwa 1954 in Artikelserien des Handelsredaktors Franz Aschinger und des Auslandredaktors Rudolph Hafter. Letzterer hatte dargelegt, dass die Apartheid logisch nicht aufgehe, da die Schwarzen eng ins Wirtschaftsgefüge verflochten seien. Wenn die Regierung trotzdem daran festhalte, «so bedeutet dies lediglich eine Kette isolierter Massnahmen zur Diskriminierung und Unterdrükkung der dunkelfarbigen Bewohner Südafrikas, ohne dass sich diese Massnahmen durch eine moralisch vertretbare Ideologie rechtfertigen liessen».[91] In der Debatte um die Lieferung von Flab-Geschützen durch Bührle nach Südafrika trat jedoch Bretscher gegen die SP an, die «mit primitiven Argumenten die Apartheidpolitik Südafrikas verdammt» hatte, und warnte davor, das «ausserordentlich verwickelte Problem Südafrika» zu simplifizieren und die «schwierige, ja fast tragisch zu nennende Situation» der seit langem dort ansässigen Weissen zu verkennen.[92] Daraus entwickelte sich die Position, welche die NZZ in den folgenden rund 30 Jahren gerade auch vor dem Hintergrund des nachkolonialen Chaos in der Dritten Welt vertreten sollte: Man lehnte die Apartheidpolitik im Prinzip ab, aber ebenso einen überstürzten Umbruch in der strategisch wichtigen, antikommunistischen Bastion der Buren, und befürwortete stattdessen den als letztlich unvermeidlich angesehenen «evolutionären Wandel», den es durch wirtschaftliche und diplomatische Kontakte zu

stützen gelte.[93] Internationale Boykotte waren – so auch schon 1966 gegenüber Rhodesien[94] – für das neutrale Land Anathema, und zudem würden Zwangsmassnahmen gegen das weisse Regime in erster Linie die Schwarzen treffen, denen umgekehrt wirtschaftliche Prosperität die materiellen Voraussetzungen verschaffe, um später die politische Verantwortung zu übernehmen. Schliesslich sei es auch nicht zulässig, Südafrika zu boykottieren, die Oststaaten jedoch nicht (was allerdings von der ganz unterschiedlichen relativen Bedeutung der jeweiligen Handelsströme abstrahierte).[95]

Als 1985 der Ausnahmezustand über die Schwarzensiedlungen verhängt wurde, erwartete man das Wechselspiel «von mörderischem schwarzem Aufbegehren und brutaler polizeilicher Repression».[96] Letztere werde wohl wieder einigermassen Ruhe und Ordnung herstellen, die weisse Herrschaft werde nicht zusammenstürzen, doch umgekehrt seien auch die Aussichten gering, «dass nach einer Zeit der erzwungenen Beruhigung die alte Lethargie und die fatalistische Duldsamkeit das Leben der Schwarzen wieder dominieren würden: Zu viel hat sich in Südafrika im Laufe der letzten zwei Jahre geändert». Für den sich langsam abzeichnenden Systemwandel setzte die NZZ auf – vermeintlich – gemässigte Kräfte wie den Zulu-Führer Buthelezi: Er habe «staatsmännisches Format», spreche «sich, im Gegensatz zu einer wachsenden Zahl radikaler Figuren, noch immer konsequent für die freie Marktwirtschaft aus» und verwerfe «mit aller Schärfe jeden Boykottgedanken».[97] Doch zugleich sprach man auch vom «naiven Glauben», dass die Regierung «mit einem kühnen Tritt der schwarzen Mehrheit das Tor zur Macht öffnen» könnte; dazu sei sie aus Rücksicht auf die eigenen – weissen – Wähler nicht fähig, da diese zu noch intransigenteren, rechtsextremen Parteien abwandern könnten.[98] War «in Südafrika eine Lösung, die auf dem Konsens aller Bevölkerungsgruppen basieren soll, überhaupt noch möglich», oder waren «die weissen Verantwortlichen daran, die wohl letzten noch bestehenden Gelegenheiten hierzu ungenutzt vergehen zu lassen»?[99]

Dem schien so, denn im Sommer 1986 verhängte die Regierung den Ausnahmezustand über das ganze Land, worauf der amerikanische Kongress auf die Boykottbewegung einschwenkte. Die NZZ glaubte zwar weiterhin nicht, dass Wirtschaftsboykotte einen konstruktiven Beitrag zu einer demokratischen Entwicklung leisteten. Doch wenn in der von Präsident Botha betriebenen Konfrontationspolitik «die gemässigten Kräfte

in Südafrika – weisse wie schwarze – keine Stimme mehr haben sollen bei der Formulierung einer neuen Ordnung, dann muss man sich füglich fragen, ob es nicht besser wäre, jegliche Beziehungen abzubrechen und schon jetzt die Fühler zu jenen auszustrecken, die eines Tages die Macht innehaben. Die weissen Neinsager werden dies mit Bestimmtheit nicht sein. Ein unzweideutiges Zeichen, dass der Westen einem solchen Schritt nahe ist, wäre nun fällig.»[100] Gleichwohl zog sich das Drama noch weiter hin, bis der neue Präsident de Klerk Anfang 1990 die grösste Partei der Schwarzen, den *African National Congress*, legalisierte und ihren Führer Nelson Mandela aus dem Gefängnis entliess. Die NZZ begrüsste die «Flucht nach vorne», die «endlich» eine Politik der Kompromisse ermögliche, zumal gleichzeitig auch für die mit Südafrika verwobenen Krisenherde Namibia und Angola Lösungen gefunden wurden.[101] Tot seien die Ideologien, die dahinter gesteckt hatten: «Der Marxismus hat mit seinem totalitären Einheitsanspruch genauso versagt wie die elitär-rassistische Apartheid.»[102] Der politische Lösungsweg führte zwar nicht zum Verschwinden der endemischen Gewalt in Südafrika; aber nach einigen Rückschlägen doch zu Wahlen nach dem Prinzip «one man, one vote», aus denen Mandela als neuer Präsident Südafrikas hervorging. Das «Wahlwunder» honoriere de Klerks «politischen Weitblick und den Mut» und Mandelas «Wille zum Ausgleich und Realismus» – «wer möchte ihm angesichts seiner Lebensgeschichte einen solchen Erfolg nicht gönnen?»[103]

Eine «beeindruckende Erfolgsgeschichte» sondergleichen war auch der Europäischen Gemeinschaft beschieden, die von neun Mitgliedern 1979 in vier Erweiterungsschritten bis 2004 auf 25 Mitgliedstaaten anwuchs – darunter Länder wie Slowenien oder die baltischen Republiken, die es vor 1989 noch gar nicht als souveräne Staaten gegeben hatte.[104] Die Integrationsbemühungen quantitativer wie qualitativer Art wurden schon damals frisch vorangetrieben, seitdem Jacques Delors 1985 das EG-Kommissionspräsidium übernommen hatte, zumal die Beitritte von Griechenland, Spanien und Portugal ohnehin Reformbedarf mit sich brachten. Der Luxemburger Gipfel führte Ende 1985 zu einer Einigung über institutionelle und wirtschaftspolitische Reformmassnahmen, die wenig später als «Einheitliche Europäische Akte» unterzeichnet wurde. Von einer Erneuerung an Haupt und Gliedern sah die NZZ die EG allerdings trotz mehr Gewicht auf Mehrheitsentscheidungen statt Einstim-

migkeit noch weit entfernt: «Pragmatismus mag sie bruchstückweise weiterbringen, aber wahrscheinlich in einem Tempo, das unter dem für zeitgemässe Eigenständigkeit nötigen Mass liegt.»[105] Ähnlich zurückhaltend schrieb man Ende 1991 über den Maastrichter Vertrag, der den Übergang von einer reinen Wirtschaftsgemeinschaft zu einer politischen Union einleitete; dies seien « – bei Licht besehen – nur sehr kleine Schritte hin zur Schaffung einer Europäischen Union». Die Diskrepanz zwischen Wort und Tat sei wie oft in der Integrationsgeschichte deutlich, vor allem in den Kernbereichen Aussen- und Sicherheitspolitik.[106] Aus Maastricht ging aber die Währungsunion hervor, die auf den 1. Januar 1999 eingeführt wurde, trotz verschiedenen Unkenrufen der NZZ, der es 1993 «schwerer denn je» fiel, an eine Einheitsvaluta zu glauben, deren rechtzeitige Einführung sie zwei weitere Jahre danach als unrealistisch, als «Fata Morgana» ansah.[107] Als sich der (stabilitäts-)politische Erfolg abzeichnete, sprach man dann von einem «kühnen Integrationsschritt»,[108] und die Einführung des Euro als Einheitswährung auf Anfang 2002 wurde als «krönender Abschluss eines ehrgeizigen Projekts» gepriesen.[109] Im selben Jahr wurden die einstigen Sowjetrepubliken Estland, Lettland und Litauen mit einer Reihe weiterer Staaten Mitglied der NATO, zwei weitere Jahre danach der EU. «Wer hätte sich 1989, dem Jahr des jähen Abbruchs des Eisernen Vorhangs und des brüsken Endes der Herrschaft der Kommunisten in Ostmitteleuropa, vorstellen können, dass sich die überall erhobene Forderung ‹Zurück nach Europa› in weniger als fünfzehn Jahren erfüllen würde?»[110]

Die Ausweitung der EU, die im Jahr 2004 auch die Türkei ins Visier nahm, schien der NZZ «zwar gewagt, aber gegenüber der Alternative – Rückzug auf die Festung Europa – vorzuziehen». Solche Kommentare aus der «Festung Schweiz» konnten im Ausland gönnerhaft wirken, zumal wenn man die Befürchtung anfügte, Beitritts-Plebiszite dienten einzelnen Regierungen als taktisches Mittel, um «das Volk dann anzurufen, wenn es etwas zu verhindern gilt».[111] Auch wenn die direkte Demokratie in anderen Staaten nicht dieselbe Tradition hatte wie in der Schweiz, konnte sie als probates Mittel dienen, um substanzielle Integrationsschritte mit (dänischen oder britischen) Verzögerungen, aber in historisch kurzer Zeit und politisch verträglich zu sanktionieren. Jedenfalls kontrastierte die an der Falkenstrasse während fünf Jahrzehnten wiederholt bemängelte Langsamkeit, mit der die europäische Karawane – ohne sich um die von

der NZZ gewünschte klare «politische Finalität» sonderlich zu kümmern – stetig weiterzog, recht augenfällig mit der Stagnation der helvetischen Europapolitik, welche von derselben NZZ mit einer Mischung aus Sorge und Verständnis verfolgt wurde. Die neue Dynamik der EG unter Delors war 1988 Anlass für eine Artikelserie «Blickpunkt Integrationsproblematik», denn «Fragen der europäischen Wirtschaftsintegration stossen in der Schweiz auf ein nahezu abrupt anschwellendes Interesse».[112] Die Beiträge richteten sich gegen Ängste und Unwissenheit. «Die Schweiz als Mitglied der EG?» war zwar schon ein möglicher Artikeltitel, stehe aber realistischerweise aus staatspolischen Erwägungen nicht zur Diskussion – zumal «kaum jemand weiss, was das Wort ‹Beitritt› in diesem Zusammenhang überhaupt sagen will und was ein solcher Beitritt kostet».[113] Ein Jahr später, im schicksalhaften 1989 und beim «Nachdenken über das Selbstverständnis» am Nationalfeiertag, erinnerte Bütler an die «wachsame Weltoffenheit» als schweizerische Eigenheit, mit der man der «positiven Herausforderung» durch die europäische Einigung begegnen und sich überlegen solle, «was wir mit andern künftig gemeinsam haben möchten».

> Sehen wir unsere Zukunft politische in jenem Outsidertum, in jenem schweizerisch-wehrhaften Abseitsstehen und neutralen Sich-Fernhalten, das uns in der Vergangenheit, im Zeitalter des übersteigerten Nationalismus und der von ihm mitverursachten grossen Kriege den Frieden sicherte und das bis heute höchst erfolgreich war? Oder wäre es auf die Länge eine «Verrücktheit, ganz allein klug sein zu wollen» (La Rochefoucauld), wenn immer mehr europäische Staaten enger zusammenrücken und allmählich auch politische Probleme, zumindest ihre Aussenpolitik und Sicherheit, in gemeinschaftlicher Verantwortung wahrnehmen wollen?[114]

Noch deutlicher wurde der Chefredaktor 1991, im Jahr der 700-Jahr-Feiern der Eidgenossenschaft, als er die Frage stellte: «Welches Europa will die politische Schweiz?» Bütler machte deutlich, dass er sich verschiedene Antworten vorstellen konnte: Aber wäre es nicht klug, am Integrationsprozess – wie nun offensichtlich Österreich, Schweden und Finnland mit ihren EU-Beitrittsgesuchen – selbst teilzuhaben, um mitzuentscheiden, welche Form die Union dereinst erhalten würde?[115] Als vorläufige Alternative zu einem Beitritt und als Fortsetzung des Freihandelsabkommens von 1972 hatten alle EFTA-Staaten mit der EG das Konzept eines Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) ausgehandelt, der vier «Freiheiten» vorsah, nämlich uneingeschränkten Verkehr von Personen, Gütern, Kapital und Dienstleistungen. Doch das Vertragswerk wies auch darüber hinaus:

«Eine unausweichlich mit institutionellen Mängeln behaftete EWR-Konvention gewänne an Glaubwürdigkeit, liesse sie zumindest die Beitrittsoption mit positiven Zeichen offen.»[116]

Im Oktober 1991 nannte der Bundesrat den EG-Beitritt tatsächlich als strategisches Ziel, und im Mai 1992 entschied er knapp, mit vier zu drei Stimmen, für ein Beitrittsgesuch. Der unter nicht besonders günstigen Umständen publik gewordene Beschluss wurde von der Inlandredaktion als unnötig «hektisch» angesehen, während die Wirtschaftsredaktion ihn zurückhaltend begrüsste; ein Beispiel der oft bemängelten Führungsschwäche sei der Entscheid gewiss nicht.[117] Aber es gebe auch keinen Automatismus, der vom EWR zur EG führe; für beides brauche es eigene Volksabstimmungen, wie dargelegt wurde, um den nun entstandenen Eindruck zu widerlegen, der EWR sei bloss ein «taktisches Vehikel» auf dem Weg in die (noch) umstrittenere EG.[118] Mit einem grossen publizistischen Aufwand und zahlreichen Fremdautoren focht das Blatt gegen die «schweizerische Selbstisolierung» und dafür, in einem veränderten Europa «Handlungsspielräume zu bewahren und weiter zu gewinnen».[119]

> Was soll die Anrufung schweizerischen «Widerstandsgeistes» gegen eine solche Rechtsgemeinschaft der europäischen Staaten? Liegt denn unser Existenzinteresse ausserhalb einer solchen Gemeinschaft des Rechts, das für die Kleinen gilt wie für die Grossen? Und wo liegen, falls man es so sehen will, die Grundideen, wo die tragenden politischen Überzeugungen, die es rechtfertigen, uns auf Dauer ausserhalb einer auf gleiches Recht gegründeten Gemeinschaft europäischer Staaten ansiedeln zu wollen?[120]

Vielleicht ohne eine Antwort auf diese Frage zu wissen, lehnte der Souverän den EWR am 6. Dezember 1992 ab, bei der höchsten Stimmbeteiligung seit 1947 mit 50,3 Prozent Nein-Stimmen und nur sieben befürwortenden Kantonen. Das «enttäuschende und folgenschwere Nein» führte nicht zuletzt die diametral unterschiedlichen «Werthaltungen» in der Romandie und der übrigen, dem Sonderweg verhafteten Schweiz vor Augen.[121] «Das Nein der meisten Deutschschweizer Stände und des Tessins ist nicht durchwegs, aber auf weite Strecken ein Nein der Ängste. Es ist Ausdruck der Besorgnis vor Arbeitslosigkeit, vor verstärkter Ausländerzuwanderung, vor Identitäts- und Selbstbestimmungsverlust des Bürgers. Aber das Nein der Gegner enthielt, von wenigen Ausnahmen abgesehen, meist keine zukunftsträchtigen Alternativen zum bekämpften EWR-Vertrag.»[122] Allerdings war für die NZZ auch klar, dass der direkte Gang in die EU nun erst recht nicht in Frage komme: Die «Europapolitik

ohne Selbstzerknirschung» wies auf den «steinigen Weg des Bilateralismus» von Leistungen und Gegenleistungen, der nun gegangen wurde und in der Volksabstimmung von 2000 durch die mit Zweidrittelmehrheit sehr deutliche Annahme der bilateralen Verträge eine Zwischenetappe erreichte, ohne dass dadurch mehr Klarheit über die langfristige europäische Perspektive des Landes erlangt worden wäre.[123]

Die Europadebatte war Teil einer umfassenderen Orientierungskrise mit verschiedenen Symptomen. Zufälligerweise fiel die Berliner Mauer kurz vor einer Volksabstimmung über die Armeeabschaffung. Für die NZZ stand diese nicht zur Diskussion, solange Kriege noch denkbar waren. Mit etwelchem Befremden vermerkte das Blatt deshalb die Haltung der SP, die sich mit der Stimmfreigabe zur Initiative um das Bekenntnis zur Armee drückte, das seit den 1930er Jahren zum schweizerischen Fundamentalkonsens gehört hatte.[124] Noch ernüchternder war die Tatsache, dass die Initiative zwar deutlich abgelehnt wurde, aber bei einer weit überdurchschnittlichen Beteiligung unerwartet viele Ja-Stimmen erhielt: über eine Million, 35,6 Prozent der Stimmenden, und mit Genf und Jura sogar zwei Stände. Für die NZZ verriet das Ergebnis zunehmende «Spaltungstendenzen in unserer Gesellschaft», diesmal vor allem zwischen den Generationen, und plädierte im Sinn des alten Gemeinschaftsethos dafür, dass das Engagement für die Gesellschaft wieder mehr über das Individualistische gestellt werden müsse.[125] «Die schweizerische Armee steht fortan in einem Masse unter Rechtfertigungsdruck, wie dies seit dem Zweiten Weltkrieg nicht der Fall war.»[126]

Die Armee blieb nach dem Ende des kalten Kriegs eine politisch umstrittene Dauerbaustelle: So kamen am 6. Juni 1993 die Initiativen gegen den Kauf von Kampfflugzeugen vom Typ F/A-18 und gegen neue Waffenplätze zur Abstimmung, die als «Selbstentwaffnungsinitiativen» entschieden abgelehnt wurden. Da die Initianten aus dem Umfeld der Armeeabschaffungsinitiative stammten, sah man ihre Anliegen als Etappen bei der langfristigen Unterwanderung der Landesverteidigung – gegen Erneuerung beziehungsweise für «Verlotterung» der Einrichtungen, «welche die Freiheit der staatlichen Gemeinschaft wie des Individuums im Bedrohungsfall zu schützen vermögen».[127] Für die NZZ war es noch zu früh für eine «Friedensdividende», welche die Militärausgaben in den kommenden Jahren dann umso härter treffen sollte, als man die Armee den neuen Bedrohungsszenarien anpasste. Die grossen konventionellen Ver-

bände wurden in zwei kurz aufeinander folgenden Reformschritten (Armee 95 und Armee XXI) erheblich reduziert, und angesichts der weiterhin überdimensionierten Personalbestände wagte man allmählich auch die politisch sehr sensible Option Berufsmilitär statt Milizsystem zu formulieren. Auf Freiwilligkeit der Dienstleistenden basierte auch die Blauhelmvorlage von 1994, die Mitwirkung an friedenserhaltenden Operationen der UNO vorsah. Die NZZ sagte dem nationalistischen und egoistischen «Geschäft mit der Angst» ab, das die SVP und ihre Trabanten mit oft «emotionalen» oder «unwahren» Argumenten betrieben, und wies darauf hin, dass solche Einsätze nicht nur mit dem Buchstaben des Neutralitätsrechts zu vereinbaren waren, sondern auch mit dessen Gehalt – zumal «in einer Welt, die aus den Fugen zu geraten droht».[128] Doch der Souverän erteilte mit gut 57 Prozent Nein-Stimmen eine «brüske Absage an die internationale sicherheitspolitische Solidarität. Die Schweiz entzieht sich damit einer Aufgabe, die nach dem Ende des kalten Krieges an Stellenwert gewonnen hat und die andere neutrale Staaten schon seit Jahrzehnten erfüllen. Das lässt eine starke Mehrheit unseres Volkes aber offenbar gleichgültig.»[129]

Das Ende des kalten Krieges erschütterte die eingefahrenen Strukturen nicht nur bei der Armee, sondern noch viel fundamentaler beim Staatsschutz. Eine Parlamentarische Untersuchungskommission entdeckte 1989 rund eine Million Fichen, auf denen die Bundespolizei «scheinbar wahllos gesammelte Informationen» über unbescholtene Bürger zusammengetragen hatte. In dieser «Sauordnung», wie die NZZ deutlich sagte, fanden sich neben erhärteten Fakten auch Denunziationen und Vermutungen, über militante Extremisten ebenso wie zu Vorstössen von Parlamentariern oder über Menschen, die aus beruflichen Gründen Kontakte mit Oststaaten unterhalten hatten. Diese Praxis sei «in einem freiheitlich demokratischen Rechtsstaat und insbesondere seit Beginn der Diskussion über den Datenschutz Anfang der 1980er Jahre nicht akzeptabel».[130] Die Folge war ein beträchtlicher Vertrauensverlust vieler Bürger in den «Schnüffelstaat», der sich Methoden bedient hatte, wie man sie in der Schweiz nicht für möglich gehalten hatte. Dasselbe galt für die geheime paramilitärische Widerstandsorganisation P-26, die im Gefolge derselben Untersuchungen aufflog und deren prominente Angehörige sich dem Primat der Politik entzogen hatten. Auch für die NZZ war nach diesen Skandalen klar, dass beim Staatsschutz erhebliche Fehler begangen

worden und grosse Versäumnisse vorgekommen waren, sich auch teilweise ein unbegreiflicher Dilettantismus ausgebreitet habe. Nun müssten «alle, wirklich alle Tatsachen rückhaltlos auf den Tisch» gelegt werden, «um das Vertrauen in eine korrekte, rechtsstaatliche und verhältnismässige Handhabung des Staatschutzes wiederherzustellen». Aber man solle nicht das Kind mit dem Bad ausschütten: Auch die Schweiz brauche einen Staatsschutz, und dieser habe nicht nur Schlechtes gemacht.[131] «Der kalte Krieg ist gewonnen und ist vorbei. Die Gegenwehr war im Kern berechtigt, ihre Methoden waren manchmal zweifelhaft.»[132]

Ausgangspunkt des Fichenskandals war eigentlich der Fall von Bundesrätin Kopp gewesen, der eine Überprüfung der Amtsführung im EJPD und vor allem der Bundesanwaltschaft nach sich zog. Die Freisinnige Elisabeth Kopp war 1984 in den Bundesrat gewählt worden. Im Vorfeld ihrer Wahl hatte die NZZ gegen die «Schlammschlacht» protestiert, die wegen unbestrittenen, aber weit zurückliegenden Verfehlungen ihres Gatten Hans W. Kopp in einzelnen Medien gegen Elisabeth Kopp geführt wurde.[133] Auch die NZZ hatte zwei Jahre davor den Anwalt Kopp genannt, als es darum ging, ein wenig «taktvolles» Beispiel für die unterbliebene Offenlegung von Interessenverbindungen vorzuführen.[134] Das bedeutete allerdings nicht, dass bei einer Frauenkandidatur für die Landesregierung «andere, schärfere Massstäbe angelegt werden und ihr persönliches Umfeld in ganz anderem Masse durchleuchtet wird als bei Männern».[135] Auch bei Vorwürfen an Hans W. Kopp wegen Steuerhinterziehungen sprach sich das Blatt gegen «öffentliche Vorverurteilung» aus.[136] Wenig später, Anfang November 1988, trat Kopp aus dem Verwaltungsrat der Firma Shakarchi Trading AG aus, kurz bevor der Verdacht publik wurde, diese habe Drogengeld gewaschen. Obwohl Kopp bestritt, von den anlaufenden Untersuchungen gewusst zu haben, ging die NZZ deutlich auf Distanz zu seiner Person, blieb aber überzeugt, dass die unabhängige, glaubwürdige und «fachlich hervorragende» Justizministerin, sollte es zu einer Untersuchung ihrer Behörden gegen Shakarchi kommen, «selbst dann in den Ausstand treten würde, wenn es rechtlich nicht einmal unbedingt nötig wäre».[137]

Am 10. Dezember 1988 musste jedoch einem ähnlich gehaltenen Kommentar in letzter Minute noch ein Absatz angehängt werden, wonach sich «die Problematik drastisch zugespitzt» habe. Zum einen habe Hans W. Kopp Beteuerungen abgegeben, die «in keiner Weise der Wahrheit ent-

sprachen»; und zum anderen habe sich «die angeblich völlige Trennung der Amtstätigkeit von Elisabeth Kopp von den Handlungen ihres Mannes … als Fiktion erwiesen».[138] Die Justizministerin hatte – über persönliche Mitarbeiterinnen – ihren Mann auf die beginnenden juristischen Untersuchungen gegen Shakarchi hingewiesen und zum Rücktritt aus dem Verwaltungsrat aufgefordert. «Vertrauen und Glaubwürdigkeit», so die NZZ am 12. Dezember 1988, seien ganz wesentliche Voraussetzungen für demokratische Politik: «Diese Voraussetzungen, man muss es heute feststellen, sind mit Bezug auf Bundesrätin Kopp nicht mehr gegeben.»[139] Von fast allen Medien und ihrer eigenen Partei gedrängt, erklärte Elisabeth Kopp am folgenden Tag den Rücktritt; auch für die NZZ war dies nach dem «Bruch des in sie gesetzten Vertrauens» unvermeidlich.[140]

Ebenfalls viel Aufsehen erregte der Skandal um den Financier Werner K. Rey, der bereits 1977, als 33jähriger, durch die Mehrheitsübernahme beim traditionsreichen Schuhkonzern Bally erstmals die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich gelenkt hatte – und ganz besonders die Aufmerksamkeit des NZZ-Wirtschaftsjournalisten Hansjörg Abt, der Rey schon nach einigen Wochen nachwies, dass er mit Geldern aus der gefüllten Ballyschatulle eine marode Bank abkaufte: nämlich von sich selbst, um so wieder liquide zu werden.[141] Nur wenig später berichtete Abt von der «systematischen Aushöhlung des Bally-Konzerns» durch ähnliche Machenschaften des «asset-stripping» im Umfang von 40 Millionen Franken.[142] Rey bezichtigte die NZZ der Unwahrheit, und sie handelte sich auch bei Konkurrenzblättern den Vorwurf ein, sie betriebe «enragierte Hexenjagd», um einen «nicht erfolglosen jungen Finanzjongleur» zur Strecke zu bringen.[143] Zur Erleichterung der NZZ trat Rey gleichwohl seine Bally-Aktien dem Bührle-Konzern ab.[144] Doch Abt und Rey gerieten nach einigen Jahren wieder aneinander, als Letzterer über seine Omni Holding substanzielle Beteiligungen tätigte: beim Jean-Frey-Medienunternehmen, bei Sulzer und beim Mischkonzern Harpener. 1991 brach Omni zusammen, nachdem Rey sich «im nicht mehr entwirrbaren Geflecht seiner kreditfinanzierten Spekulationen, Akquisitionen, Optionen und Obligationen selbst verheddert» hatte – Omnis Aktien waren nichts mehr wert, und die Gruppe hatte Schulden von 1,7 Milliarden Franken, dazu kamen Reys Privatschulden von einer halben Milliarde. Abt kritisierte insbesondere die Kantonalbanken für ihre leichtfertige Kreditvergabe: Der Bürger «will und soll nicht zusehen müssen, wie die Staatsbank

auf der einen Seit ihm, dem Kleinen, ständig die Zinsschraube anzieht und auf der andern Seite sein Spargeld zu Dutzenden von Millionen grosstuerischen Spekulanten nachwirft. Das untergäbt die Moral, schwächt den Gemeinsinn.»[145] Rey strengte gegen Abt ein Strafverfahren wegen seiner Berichterstattung an; da diese den Tatsachen entsprach, wurde das Verfahren eingestellt.[146] Stattdessen kam der Financier selbst vor Gericht, nachdem er auf die Bahamas geflohen, dort verhaftet und nach jahrelangen Verhandlungen an die Schweiz ausgeliefert worden war. Vom Vorwurf des gewerbsmässigen Betrugs wurde Rey freigesprochen, für Betrug, Urkundenfälschungen und betrügerischen Konkurs jedoch zu vier Jahren und drei Monaten Zuchthaus verurteilt.

Der Fall Kopp war nicht nur, aber auch ein Beispiel gewesen für die Mühen der Parteien mit der in den Medien, aber auch in der Bevölkerung verbreiteten Forderung, dass die Frauen in der Landesregierung angemessen vertreten sein sollten. Erstmals konkret wurde dieser Anspruch 1983, als die NZZ sich fragte, ob die profilierte offizielle SP-Kandidatin Lilian Uchtenhagen sich in das Gremium integrieren könne und «jenes unerlässliche Minimum an ‹dicker Haut›» habe, «um die unvermeidliche öffentliche Kritik ohne Schaden an Leib und Seele zu überstehen».[147] Der eigentliche Ärger, den viele bürgerliche Nationalräte mit ihrem Kollegen und NZZ-Inlandchef Kurt Müller teilten, betraf jedoch SP-Präsident Hubacher, der mit einem «plumpen Erpressungsversuch» den Austritt aus dem Bundesrat angedroht hatte, falls nicht eine genehme Person gewählt werde.[148] Diese Formulierung richtete sich unter anderem gegen den nicht kandidierenden Alt-Nationalrat Otto Stich, den die Vereinigte Bundesversammlung dann prompt im ersten Wahlgang in die Landesregierung wählte.

Der SP-Austritt unterblieb, und die Geschichte wiederholte sich 1993 in ähnlicher Weise, als der Neuenburger Francis Matthey und die Genferin Christiane Brunner für den vakanten SP-Sitz kandidierten und die Partei die Frau in einer Einerkandidatur portierte. Brunner stand laut NZZ «für Positionen, die für viele unverdaulich sind. Und für manche entspricht ihr Auftreten zuwenig dem eigenen Rollenverständnis.»[149] Konkretes Hindernis war – neben Brunners von der CVP ebenfalls erwähntem Engagement für die Straflosigkeit des Schwangerschaftsabbruchs – die Tatsache, dass sie «radikal armeefeindliche Initiativen unterstützt und die Sache der Frau mit dem Provokationsarsenal der

68er- Bewegung vertritt».[150] Gleichzeitig wurde aber eine Kampagne von Unbekannten, die der Kandidatin mit Enthüllungen aus ihrem Privatleben drohte, als «reine politische Erpressung aus dem Hinterhalt der Anonymität» scharf verurteilt.[151] Die Vereinigte Bundesversammlung wählte Matthey im zweiten Wahlgang, doch der Neuenburger erbat Bedenkzeit und verzichtete schliesslich unter dem Druck seiner Partei auf das Amt. Die NZZ betrachtete dies als «ruchlosen politischen Schacher» der SP und sah es an der «Zeit für bürgerliche Alternativen».[152] Doch angesichts der – auch in den eigenen Reihen – verbreiteten Empörung über die erneute Nichtwahl einer Frau lenkten die Bürgerlichen in den Wahlvorschlag ein, den die lange ratlosen Sozialdemokraten präsentierten: Ruth Dreifuss, eine noch wenig bekannte Gewerkschaftssekretärin und – inhaltlich, auch betreffend der Armeeabschaffung – Brunners «politische Zwillingsschwester».[153] Die bürgerlichen Fraktionen hatten «der Versuchung einer Machtprobe mit den Sozialdemokraten nicht widerstehen» können, aber nicht über die Nerven verfügt, die Konfrontation dann auch durchzuhalten».[154]

Zehn Jahre danach war es die CVP, die nicht nur die Nerven, sondern auch einen Bundesratssitz verlor, nachdem sie zur wählerschwächsten Bundesratspartei abgestiegen war und die SVP einmal mehr bei den Nationalratswahlen zugelegt hatte. Die Abwahl der jungen Bundesrätin Ruth Metzler bedeutete das Ende der Zauberformel. Die NZZ fand die «Krokodilstränen» der unterlegenen Partei und der Linken nicht opportun, da diese eine andere Strategie hätten einschlagen können, wenn es ihnen bei dieser «Richtungswahl» um den Erhalt eines Frauensitzes (und nicht zweier CVP-Bundesratssitze) gegangen wäre. «Ein Rückfall ins frauenfeindliche Mittelalter steht nicht bevor.»[155] Die sich wandelnde Rolle der Frau in der Gesellschaft fand in der NZZ behutsame Unterstützung: Anders als konservative Kreise bekannte sie sich aus liberaler Überzeugung zu voller Gleichberechtigung und Chancengleichheit; im Unterschied aber zu der Linken hatte sie grosse Vorbehalte, wenn strukturelle Unterschiede mit staatlichen Eingriffen behoben werden sollten. Quotenregelungen entsprachen der NZZ-Linie ebenso wenig wie eine Mutterschaftsversicherung, die auch Nichterwerbstätige berücksichtigt hätte: Das sei «keine Versicherungsleistung, sondern verdient vielmehr die unschöne Bezeichnung einer ‹Gebärprämie›».[156] Die Mutterschaftsversicherung fand erst 2004 die Unterstützung des Blatts, als der entsprechende Verfas-

sungsauftrag von 1945 auf eine «vernünftige Art» umgesetzt wurde, die der Militärersatzordnung nachempfunden war und auf arbeitstätige Frauen beschränkt blieb – und welche die SVP als Schritt zum Sozialismus bekämpfte.[157] Ebenfalls mit der neuen Fundamentalopposition der SVP (und den vertrauteren sozialethischen Bedenken der christlichen Parteien) legte sich die NZZ an, als sie nicht aus Freude an der Sache, sondern aus Realitätssinn und mit dem liberalen Vertrauen in die Entscheidungsfähigkeit des (weiblichen) Individuums für die Fristenlösung eintrat. Entsprechend inkonsequent schien dem Blatt das SVP-Argument, die erwachsene Frau «sei nicht in der Lage, die Verantwortung für eine Entscheidung für oder gegen eine Abtreibung zu übernehmen. Keine Mühe hingegen haben die Mannen der SVP aber, den Frauen dann Verantwortung zuzuschieben, wenn die Kinder geboren sind und betreut werden wollen.»[158] Auch die Lohngleichheit für Mann und Frau wurde als berechtigtes Postulat anerkannt, doch nach Wegen gesucht, sie ohne Staatseingriffe und in einem unspektakulären Anpassungsprozess durchzusetzen. Entsprechend wenig hielt man 1991 vom «Frauenstreiktag»: «Statt alle Frauen in ihrem Einsatz für die Gleichstellung miteinander zu vereinen, nehmen die Gewerkschafterinnen mit dem verfehlten Instrument des Arbeitskampfes eine Spaltung bewusst in Kauf.»[159]

Rasch vorangetrieben wurde der gesellschaftliche Wandel nicht zuletzt durch die rasante Entwicklung etwa in den Naturwissenschaften, in der Medizin und in den Informationstechniken. Dabei nahm man sich auch in der Schweiz zusehends als Teil einer Welt wahr, in der Chancen und Risiken nicht an Staatsgrenzen gebunden blieben: Die Liberalisierung der Finanzmärkte mit atemberaubend ansteigenden Börsenkursen bewiesen das um die Jahrtausendwende ebenso wie neue Krankheiten wie Aids, Rinderwahnsinn oder Sars, die sich trotz Quarantänebemühungen flugs verbreiteten und enorme soziale und ökonomische Kosten verursachten. Die NZZ liess solche Entwicklungen nicht nur durch die entsprechenden Fachredaktoren behandeln, sondern zog oft auch äussere Experten heran. Vorübergehend diente die Beilage «Technologie und Gesellschaft» als Gefäss für diese Themen, die oft auch als «Zeitfragen» abgehandelt wurden. Relativ neu war ausserdem, nicht nur bei der NZZ, dass sich das Feuilleton nicht mehr nur mit der «Hochkultur» im engeren Sinn beschäftigte, sondern der Ort für die Reflexion über aktuelle gesellschaftliche Tendenzen wurde. So wurde in den Spalten der Wirtschaft die «Globalisierung»

in ihren Erscheinungsformen beschrieben und bejaht; eine eigene Serie, in der das Phänomen auch «aus anderer Sicht» – nämlich der Dritten Welt – analysiert und kritisch hinterfragt wurde, erschien 2001 im Feuilleton.

Das Wirtschaftsressort wurde hingegen der Ort für viel beachtete Grundsatzartikel zu Liberalismus und Marktwirtschaft, die sowohl neue Konzepte wie den *Shareholder Value* popularisieren als auch über «psychologische Grundlagen der Ökonomie» reflektieren, eine «Ökonomie des Neides» entwerfen oder mit den konkurrierenden – «sozialromantischen und strukturkonservativen» – Denkern um die Definition von Begriffen wie «Freiheit», «Gerechtigkeit» und selbst «Liberalismus» ringen konnten.[160] Der herkömmliche Schweizer Liberalismus war eine pragmatische, an politisch definierten und historisch begründeten Vorstellungen von «Gemeinwohl» und «Zivilgesellschaft» orientierte Tradition.[161] Nun lag zusehends mehr Gewicht auf einer «reinen Lehre» des Marktes, welche die ordoliberalen Traditionen der deutschen Nachkriegszeit mit dem Monetarismus der Schule von Chicago verband. Gelegentlich konnte man den Eindruck erhalten, als stiessen die unterschiedlichen Denkweisen zusammen, etwa im Oktober 2001, als die Flotte der einst berühmten Swissair wegen Liquiditätsmangel nicht mehr abheben konnte. Die Wirtschaftsredaktion sprach sich in einem Markt mit Überkapazitäten dafür aus, auf einen überdimensionierten Schweizer Selbstversorger mit Artenschutz zu verzichten und die nötigen Transportleistungen durch andere, ausländische Anbieter billiger anbieten zu lassen, statt sie – wie es in einem «Triumph des Korporatismus» dann doch geschah – mit Staatsgeldern zu subventionieren.[162] Die federführenden freisinnigen Bundesräte stellten die Ordnungspolitik dagegen hintan und verwandten sich mit einem Bundesbeitrag von 2 Milliarden Franken für die Umwandlung der maroden Luftlinie in die Swiss. Die NZZ gehorchte nun dem innen- und nicht dem ordnungspolitischen Primat, da es ihrer Überzeugung nach unmöglich war, dass der Standortkanton Zürich sich unsolidarisch abseits hielt, nachdem der Bund Gelder gesprochen und andere Kantone solche in Aussicht gestellt hatten. Mit dem Argument der Arbeitsplatzerhaltung und der Verkehrspolitik rührte die Lokalredaktion die Werbetrommel für einen – vom Souverän angenommenen – 300-Millionen-Kredit des Kantons Zürich und einen – abgelehnten – der Stadt in der Höhe von 30 Millionen.[163]

Die Swissair-Krise war auch ein Ausgangspunkt für eine anhaltende

1993:
Freiheit ohne Bindung zu andern Menschen und gemeinsame Werte löst nur auf, zerstört, lässt andere und zuletzt auch den, der solche Freiheit beansprucht, ins Leere fallen. Menschliche Freiheit braucht notwendigerweise auch Bindung. Sich binden heisst, sich eingrenzen in seinem Tun, auf Felder und konkrete Bereiche, in denen man für das eigene oder gemeinsame Tun Verantwortung übernehmen kann und will.*
* NZZ, 7. 8. 1993.

Welle der Empörung, welche Vergütungen und Abgangsentschädigungen für (gescheiterte) Spitzenmanager auslösten. Deren Saläre waren manchenorts innerhalb weniger Jahre in die noch kurz zuvor unvorstellbare Höhe von zweistelligen Millionenzahlen gewachsen, während man manchmal gleichzeitig Stellen von normal oder schlecht Verdienenden abbaute. Unter diesen Umständen kam man selbst in der Wirtschaftsredaktion auf die lang verfochtene Lehrmeinung zurück, die Spitzenlöhne seien – da nicht «gerecht» fixierbar – der Selbstregelung des Marktes zu überlassen.[164] Im Clinch zwischen der Sorge um den sozialen Zusammenhalt und der Angst vor staatlichen Eingriffen in die Lohngestaltung appellierte die NZZ an die «Abzocker», sich aus Verantwortungsgefühl für die liberale Marktwirtschaft zurückzuhalten[165] – und forderte damit, eher in der alt- als in der neoliberalen Tradition, von den mächtigsten Wirtschaftsakteuren nicht Nutzenmaximierung im Eigeninteresse, sondern ein moralisches Verhalten. «Was die Schweizer Wirtschaft nach all den Vorfällen der letzten Zeit braucht, ist ein Dante'sches Purgatorium, einen Prozess der Selbstreinigung, eine Rückkehr zu Ethik und Moral, eine klare Hinwendung zu Managern mit menschlichen Werten und einen beschleunigten Generationenwechsel.»[166]

Nicht nur in der Wirtschaft wurden am Ende des zweiten Jahrtausends ethische Fragen aktuell, auch die Wissenschaften suchten zusehends Rat bei Ethikkommissionen, um nicht von den eigenen Entdeckungen überrollt zu werden. Erkenntnisse wie die weitgehende Entschlüsselung des menschlichen Genoms wurden zu Medienereignissen, und erst recht galt dies für «Dolly», das erste geklonte Schaf. Schlagartig sei damit breiten Kreisen vor Augen geführt worden, dass die Entwicklung in der Bio- und Gentechnologie und in der Fortpflanzungsmedizin eine Allmacht des Menschen über das Leben rasch näher brachte. «Denn es gibt kaum Zweifel, dass die Technik, die Dolly zu seiner Existenz verhalf, einmal weiterentwickelt und verfeinert, im Prinzip auch beim Menschen anwendbar

sein dürfte. Damit könnten sich Möglichkeiten eröffnen, die im wahrsten Sinne frevelhaft erscheinen.» Das werfe allzu grundsätzliche Fragen auf, als dass man sie einzig Experten verschiedenster Disziplinen überlassen könne.

> Und der Verweis auf die Selbstverantwortung der Wissenschaft greift zu kurz. Grundlegende Werte der abendländischen Kultur wie die Unantastbarkeit und die Würde des Individuums sind in Gefahr. Der Forschung müssen hier Grenzen gesetzt werden, das wird kaum bestritten. Wo und wie in unserer pluralistischen Gesellschaft wirksam Schutzdämme gegen eine solche moderne Barbarei zu errichten sind, darauf hat allerdings noch niemand eine gültige Antwort. Die Gesellschaft steht vor einer weitgehend neuen Aufgabe. Sie zu lösen ist nur in einem gesamtgesellschaftlichen Prozess möglich.[167]

Zusätzlich erschwert wurde diese Aufgabe dadurch, dass die Gesetzgebung mit ihren nationalen Grenzen wenig ausrichten konnte etwa gegen gentechnisch verändertes Saatgut, das der Wind weiterverteilte, und auch Rücksicht auf die internationale Konkurrenz von Wissenschafts- und Wirtschaftsstandorten, etwa der Pharmaindustrie, nehmen musste. Die NZZ hielt es weder für möglich noch für wünschenswert, «die Dynamik der Forschungsentwicklung auf internationaler Ebene zu steuern, geschweige denn aus ihr auszusteigen».[168] Deshalb wollte sie auch nicht – wie etwa die Genschutzinitiative von 1998 – den «Schlüsseltechnologien des 21. Jahrhunderts» mit Verboten beikommen, auch wenn sie deren Gefahren nicht verkannte: «die Verletzung der Würde der Kreatur, ökologische (Gross-)Risiken, die Monopolisierung genetischer Informationen».[169] Man suchte einen Mittelweg zwischen den Extrempositionen, die in der Gentechnologie entweder eine «Sünde wider die (von Gott geschaffene) Natur» oder aber eine neue Heilslehre sahen, «die Hunger und Krankheit beseitigt».[170] Deshalb befürwortete man die Forschungsfreiheit, hielt aber – etwa bei der problematischen Nutzung (und Zerstörung) embryonaler Stammzellen – dafür, nach Alternativen Ausschau zu halten «den ethisch weniger problematischen Weg gründlich zu prüfen, bevor man andere geht».[171]

Eine politische Daueraufgabe stellte seit den 1970er Jahren auch das Drogenproblem dar, wobei die NZZ vor dem Irrglauben warnen musste, dass der Staat es «lösen» könne.[172] Man verstand zwar, dass bei einem Thema, das zumindest potenziell viele – als Süchtige, Angehörige oder Opfer von Beschaffungskriminalität – betraf, tiefe Gefühle im Spiel waren. In der Politik plädierte das Blatt aber zunehmend für eine sachliche

Debatte, die sich auf Urteile statt Vorurteile stütze, was allerdings zu einer gewissen Hilflosigkeit eher beitragen konnte.[173] Die Grossstadt Zürich war in der Schweiz von jeher das Zentrum des Drogenhandels, die Tolerierung einer offenen Drogenszene (bis Anfang 1992 am Platzspitz, bis 1995 am Letten) warf dann internationale Aufmerksamkeit auf den «needle park». Nicht nur die Behörden, auch die Öffentlichkeit war zeitweise hilflos angesichts eines Phänomens, das sich offensichtlich durch Prohibition nicht aus der Welt schaffen liess, aber ebenso offensichtlich bei Duldung keine Grenzen einhielt, rücksichtslos andere in Mitleidenschaft zog oder verführte und dem (liberalen) Ideal selbstbestimmter und verantwortungsbewusster Mündigkeit schreiend widersprach – während wiederum umgekehrt der liberale Staat seinen Auftrag nicht in der «Bestrafung selbstschädigenden Verhaltens mündiger Bürger» sehen konnte.[174] An der Falkenstrasse suchte man kein Allheilmittel in den extremen Rufen nach bedingungsloser Repression oder ebenso bedingungsloser Legalisierung von Drogen, wie sie 1997 («Jugend ohne Drogen») und 1998 («Droleg») Gegenstand von Volksabstimmungen waren. Das Fehlen von Patentlösungen drückte sich nicht zuletzt darin aus, dass viele Titel von einschlägigen Kommentaren mit einem Fragezeichen endeten.[175] Als praktikables Vorgehen befürwortete die NZZ, welche den traurigen Drogenalltag 1995 unter anderem mit einem mehrmonatigen «Lettentagebuch» dokumentierte, die wenn möglich international koordinierte Verbindung mehrerer Massnahmen: Prävention und polizeiliche Bekämpfung der offenen Drogenszene, Gassenarbeit zugunsten der Süchtigen, Therapien für Ausstiegswillige und auch die ärztlich kontrollierte Abgabe von harten Drogen, wo dies sinnvoll war. Bei den weichen Drogen hatte das Blatt, so vorsichtig bereits 1971[176] und 1985 bei einem engagierten, langen Beitrag des Psychiatrieprofessors Hans Kind, den Befürwortern einer Liberalisierung Platz für «Diskussionsbeiträge» eingeräumt – aber ebenso den Gegnern.[177] Die NZZ bewahrte vorerst eine Zwischenposition, doch allmählich wurde mit nachrückenden Generationen von Redaktoren, die schon auf dem Schulhof mit dem ersten Joint konfrontiert worden waren, ein liberaler Standpunkt selbstverständlich. Entsprechend perplex reagierte man 2004, als ein nationalrätlicher, «mit missionarischem Eifer und diffusem Argumentarium geführter Glaubenskrieg» mit den Stimmen nicht nur von SVP und CVP, sondern auch der halben

1994:
Freiheit, welche den Namen verdient, ist kein Geschenk der Götter oder einer unerwarteten historischen Stunde des Umbruchs. Sie ist Aufgabe und Herausforderung. Sie will in der Politik, in der Wirtschaft und im Zusammenleben errungen sein. … In dieser Situation hilft das Festhalten an liebgewordenen Vorstellungen, seien es solche der Sozialdemokratie oder des nationalen Selbstschutzes, nicht weiter. Das Regime der Freiheit will im Westen wie im Osten neu erarbeitet sein. Es gilt, Reflexion und Diskussion über die politischen und gesellschaftlichen Grundlagen einer liberalen Ordnung nachhaltig zu führen und die innere Verständigung über die wesentlichen Fragen und ihre Lösung voranzutreiben.*

* NZZ, 12.11.1994, S. 3.

FDP die «fällige Entkriminalisierung des Cannabiskonsums» verhinderte.[178]

Die gesellschaftspolitische Offenheit der NZZ führte dazu, dass sie sich gerade in der Drogenfrage nach neuen Partnern umsehen musste. «Das Ziel – weniger Sucht, weniger Drogen, weniger Kriminalität – könnte politische Kräfte neu zusammenbringen, die sich heute zuweilen in wenig fruchtbarem Streit verschleissen.»[179] 1994 erfolgte ein «Schulterschluss zur rechten Zeit» zwischen FDP, CVP und SP.[180] Diese pragmatische Zusammenarbeit in Drogenfragen war eine Voraussetzung der «Koalition der Vernunft», wie sie in der Stadt Zürich in den 1990er Jahren geschlossen wurde, um auch in anderen Bereichen (Verkehrs- und Stadtplanung) gangbare Lösungen umzusetzen. Anlass dazu war die fundamentale Erschütterung der schweizerischen Parteienlandschaft durch den rasanten Aufstieg der SVP, die in den 1990er Jahren ihren Wähleranteil auf nationaler Ebene verdoppelte. Gar auf jeden dritten Wähler konnte die SVP im Kanton Zürich zählen, dem traditionellen Zentrum des Schweizer Freisinns. Die FDP musste sich in ihren Stammlanden ganz besonders der Herausforderung des Volkstribunen Christoph Blocher stellen, der aus der zuvor bieder mittelständischen Partei einen rechtsbürgerlichen und nationalkonservativen Block geformt hatte, der in der politischen Auseinandersetzung mit Andersdenkenden immer öfter systematisch unter die Gürtellinie zielte. Blocher war schon 1969 als «entschlossener Student» in der NZZ aufgetaucht, der die Vormacht der Linken im Studentenrat zu brechen wusste.[181] Der Streiter wider die Eherechtsrevision von 1984 und den UNO-Beitritt 1986 wurde im darauf folgenden Jahr als bürgerlicher Ständeratskandidat unterstützt, doch im Vorfeld der EWR-Abstimmung ging die NZZ erstmals klar auf Distanz zu Blochers «Populismus», dem es

nicht um «kohärente Opposition» unter mündigen Bürgern gehe. Vielmehr höre er Gegenargumente inner- und ausserhalb der eigenen Partei nicht einmal an, weil er sich in der «Stickluft der geschlossenen Anhängerschaft» am wohlsten fühle.[182] Die NZZ bekundete Mühe mit dem «fanatischen Machtmenschen», der sich in Fundamentalopposition gegen die «classe politique» übte und die Andersdenkenden auch in der eigenen Partei, etwa Bundesrat Ogi, regelmässig mit Häme übergoss und aus Ämtern und Wahllisten drängte.[183]

Mit der Zürcher FDP und im Zeichen der «Koalition der Vernunft» nahm das Blatt in den Jahren um 2000 vor allem kantonal und lokal den politischen Kampf gegen die Grobschlächtigkeiten der SVP auf. Freisinnige Erfolge bei Exekutivwahlen kontrastierten mit zum Teil dramatischen Verlusten in der Legislative, so bei den städtischen und kantonalen Wahlen im Frühjahr 2003, während die Bilanz für die SVP gerade umgekehrt aussah: Misserfolge in Majorzwahlen, Triumphe bei der proportionalen Bestellung der Parlamente. Nutzniesserin war, etwa in der kantonalen Ausmarchung von 2003, die Linke, so dass sich die bürgerlichen Streithähne wieder auf die frühere Zusammenarbeit besannen und der einst staatstragende Freisinn sich als Juniorpartner der SVP in der alten Allianz wiederfand. Mit demselben resignierten und doch hoffnungsvollen Realitätssinn plädierte die NZZ nach den Nationalratswahlen im selben Jahr dafür, dem klaren Wahlsieger den geforderten Platz im Bundesrat einzuräumen:

> Die andern Fraktionen werden sich gut überlegen müssen, ob es klüger ist, Blocher in die Verantwortung zu ziehen oder ihn das Oppositionsspiel weiter ausreizen zu lassen. In der Schweizer Geschichte hat man auch widerborstige Kräfte am Ende oft erfolgreich in die politische Verantwortung integriert.[184]

Ungeachtet der bürgerlichen Gemeinsamkeiten in der Wirtschaftspolitik hielt sich unterschwellig ein sehr prinzipieller Gegensatz zwischen liberal-rechtsstaatlichen Konzeptionen und demokratischem Absolutismus. Die entscheidende Differenz manifestierte sich bei der Reaktion auf die Umwälzungen von 1989: Die SVP beanspruchte für sich, als unbedingte Wahrerin der nationalen Souveränität die Fundamente der geistigen Landesverteidigung konsequent weiter zu verteidigen – von der (auf «Linke und Nette» und «Weichsinnige» ausgedehnten) antisozialistischen Rhetorik und von hohen Einbürgerungshürden über die Subventionierung einer auf Autarkie ausgerichteten Landwirtschaft und wirtschaft-

lichen Bilateralismus hin zu einer rigiden Interpretation der Neutralität als Absage an alle Formen supranationaler Integration. Wie der Freisinn sprach die NZZ dagegen einer – mit Rücksicht auf bewährte oder zumindest tiefsitzende Schweizer Tradition – behutsamen Öffnung das Wort, was eine differenziertere und damit der neuen Unübersichtlichkeit nach dem Ende des Systemgegensatzes angemessenere, aber weniger plakative und demagogische Linie ergab, zumal die im Kalten Krieg eingeübten Denkweisen sich nicht ohne weiteres ablegen liessen.

Ein tiefschürfendes Medienereignis war von 1996 bis 1998 diesbezüglich die Debatte über die «Schatten des Zweiten Weltkriegs», wie die von der NZZ als Obertitel wirkungsmächtig eingeführte Metapher lautete. Im Selbstbewusstsein, bei der Auseinandersetzung zwischen «Anpassung» und «Widerstand» in der NS-Ära auf der richtigen Seite gestanden zu haben, hatte die NZZ jeweils sehr empfindlich reagiert, wenn abweichende Deutungsmuster für die Weltkriegsjahre eingeführt wurden – sowohl wenn Verständnis für «Anpasser» wie die «Zweihundert», Frölicher oder Pilet-Golaz eingefordert wurde als auch – und vor allem – wenn die engen wirtschaftlichen Verknüpfungen mit dem Dritten Reich hervorgehoben und Schweizer Industrielle darob als Kollaborateure oder Kriegsgewinnler dargestellt wurden – wie etwa in Niklaus Meienbergs verfilmtem Essay über den *Landesverräter Ernst S.*

Genau diese wirtschaftlichen Kontakte standen in den 1990er Jahren im Zentrum einer heftigen Debatte, die ihre helvetischen Wurzeln hatte, aber vor allem durch Angriffe aus jüdischen und amerikanischen Kreisen angestossen wurde. Die NZZ antwortete mit einer umfassenden Information über die historischen Hintergründe und die politische Aktualität, welche die wirtschaftlichen, aussen- und innenpolitischen Aspekte umfasste. Gegenüber bedingungslosen Apologeten der «Aktivdienstgeneration» wurde das Recht beansprucht, einstige Schwächen und Fehler zu benennen und zu überprüfen, ob es zu der damals gewählten Politik Alternativen gegeben hätte. Gegenüber einem linken Revisionismus und den zu oft von wenig Wissen um die Schweiz geprägten ausländischen Diskussionsbeiträgen sah die NZZ umgekehrt ihren Informationsauftrag auch darin, auf längst vorliegende, kritische Forschungen etwa zur Flüchtlingspolitik hinzuweisen und vor allem ein umfassendes Bild der Schweiz in der Weltkriegszeit einzufordern, das neben den neu entdeckten Schattenseiten auch das altbekannte Licht enthielt. Besonders dezi-

diert verwahrte man sich gegen das Vorwort zum Bericht des amerikanischen Unterstaatssekretärs Eizenstat, das als historiographisch unzulänglich und als unfreundlicher Akt aufgefasst wurde. In diesen Dingen mochte man die Verteidigung der nationalen Ehre nicht der SVP überlassen. Mit für eine Tageszeitung beträchtlichem Aufwand wurden auch die Forschungen und Berichte der sogenannten Bergier-Kommission dargestellt und kommentiert, die im Auftrag des Bundes die Schweizer Wirtschaftskontakte zu Nazideutschland zu untersuchen hatte. Die NZZ sah diese wissenschaftlichen Abklärungen als notwendigen Teil einer schweizerischen Selbstprüfung, was die Redaktoren nicht davon abhielt, das Forschungsmanagement und die Resultate kritisch zu beurteilen. Eine gewisse Ernüchterung und die Bedenken dagegen, dass amerikanische Anwälte die schweizerische Aufarbeitung der Geschichte für zwielichtige Sammelklagen missbrauchen würden, zeigten sich später darin, dass die NZZ sich für Forschungen im herkömmlichen Stil und gegen einen privilegierten Zugang zu Firmenarchiven aussprach, als linke Parlamentarier mit einem «konstruierten Skandal» über die schweizerisch-südafrikanischen Beziehungen zur Apartheid-Zeit «ein weiteres trojanisches Pferd ins Innere der Banken» rollen wollten.[185]

Inmitten dieser Geschichtsdebatten erinnerte die Schweiz sich 1998, dass sie als – wie der Chefredaktor mit dem Rekurs auf eine Wendung von 1848 schrieb – «Burg der Freiheit» zufrieden auf 150 Jahre liberalen Bundesstaat zurückschauen konnte. Jetzt aber schien sich die intensiv mit sich selbst beschäftigte «Willensnation» etwas quer und vereinsamt im Herzen des Kontinents wiederzufinden. «Europa helvetisiert sich in mancher Hinsicht. Bringt die Schweiz Kraft und Mut auf, sich ihrerseits stärker zu europäisieren?» Der Hauptunterschied und die Hürde steckten in der direkten Demokratie, die noch mit der europäischen Integration versöhnt werden müsse – das gelte es weise zu erkämpfen und zu erdauern.[186] Vorerst wurde diese direkte Demokratie allerdings von einer «Volkspartei» vereinnahmt, die den Rekurs auf das Volk zum Schlachtruf wider den «nationalen Ausverkauf» gemacht hatte. Sie sah darin das Mittel, um sich nicht nur von der EU, sondern auch von allen anderen «fremden Bedrohungen» abzugrenzen und sich darüber eines – sehr eng gefassten – (Deutsch-)Schweizertums zu versichern. Opfer solcher Ausgrenzungsbemühungen waren etwa Einbürgerungswillige der zweiten und dritten Ausländergeneration, ganz besonders jedoch die Flüchtlinge.

Die Asylfrage hatte seit den 1980er Jahren für einige «Verwirrung» und «Irritation» in der Öffentlichkeit gesorgt. Dieses, wie die NZZ feststellte, «stimmungsmässige Malaise»[187] nahmen zuerst kleine rechtsbürgerliche Parteien auf, dann aber – mit dem entsprechenden Wählerreservoir – Blochers SVP. Für die NZZ war das Asylrecht kein Mittel der Migrations-, Entwicklungs- oder Drittweltpolitik. Deshalb plädierte sie in den 1980er Jahren dafür, auch mit der unvermeidlichen Härte den stark gestiegenen Pendenzenberg von Asylgesuchen der politisch nicht verfolgten «Wirtschaftsflüchtlinge» rasch abzubauen, aber andererseits die liberale Asyltradition zugunsten politisch Verfolgter aufrechtzuerhalten.[188] So verwarf das Blatt – und mit ihm dann auch der Souverän – die Asylinitiativen aus dem rechtsbürgerlichen Lager, zuletzt diejenige der SVP von 2002, sowohl wegen ihrer inhaltlichen, sachwidrigen Mängel als auch wegen ihres Geists: «Es ist ein freudloser nationaler Egoismus, der nur in die Sackgass führt. Vitalität zeigt und erhält die Schweiz nicht zuletzt mit humanitären Leistungen und auch in internationaler Zusammenarbeit.»[189]

Der zahlenmässige Anstieg der Asylsuchenden war nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass in den 1990er Jahren in Europa erstmals seit 1945 wieder Krieg geführt wurde. Bei Jugoslawien handelte es sich zudem noch um ein Land, aus dem ohnehin schon viele Arbeitskräfte in der Schweiz weilten, die nun ihre Verwandten in Sicherheit zu bringen trachteten. «Dass ein spannungsvoller Nationalitätenstaat einer eisernen Klammer bedarf», hatte Eric Mettler schon 1969 unter verständnisvoller Berufung auf Tito gemeint: «Wenn mehr als eine Partei gestattet wäre, träten vermutlich nicht Sozialdemokraten, Liberale und Konservative den Kommunisten gegenüber, sondern zerfielen Bundes- und Regionalparlamente in serbische, kroatische, mazedonische und slowenische, in bosnische, montenegrinische, albanische und ungarische Fraktionen.»[190] Genau das passierte schleichend in den 1980er Jahren, als der Parteisekretär der serbischen KP, Slobodan Milosevic, seine persönliche Machtstellung angesichts des sich abzeichnenden Systemwandels zu wahren suchte, indem er den serbischen Nationalismus anheizte und in der serbischen Teilrepublik die Autonomierechte der Albaner im Kosovo und der Ungarn in der Wojwodina aufhob. Die Angst davor, in einem demokratischen System von einer anderen Volksgruppe majorisiert zu werden, ergriff nun fast alle Ethnien im Vielvölkerstaat. Ende Dezember 1990 nahmen die Slowenen eine Vorlage über die Unabhängigkeit ihrer Republik an, und in Kroatien

verfolgte man ähnliche Pläne, worauf die dort ansässigen Serben zur Gründung einer eigenen Republik «Krajina» schritten: Jugoslawien war «am Rande des Zerfalls».[191] Während die Slowenen sich auch dank EG-Vermittlung gewaltlos von Jugoslawien lösen konnten, eskalierte der serbisch-kroatische Kleinkrieg in Kroatien, als die – unter serbischer Führung stehenden – Bundestruppen die serbisch besiedelten Landesteile sicherzustellen versuchten: «Immer mehr gleicht sich die Karte der Kampfhandlungen jenen Umrissen eines gross-serbischen Staates an, die von Befürwortern der serbischen Sache auch in unserem Land verbreitet werden.»[192] Die Eroberung der kroatischen Kleinstadt Vukovar wurde zum Symbol für Zerstörung, Mord und systematische Vertreibung, welche die – mit der traumatischen Erinnerung an Kroatiens faschistisches Weltkriegsregime im Kopf – sowohl paranoiden als auch militärisch überlegenen Serben vollbrachten. Diplomatische Bemühungen der EG scheiterten und führten ihre Schwäche vor Augen, wofür die NZZ sie geisselte.[193] Die vor allem von Deutschland vorangetriebene Anerkennung der beiden abtrünnigen Teilrepubliken erwies sich als «kontraproduktiv»: «Die Drohung mit der Anerkennung, falls die Kämpfe nicht aufhörten, war ein Anreiz, den Konflikt zu verschärfen.»[194] Die NZZ kritisierte entsprechend die Anerkennungen, die erfolgten, ohne vorher «die Existenz der serbischen Minderheit in Kroatien durch zwei- oder mehrseitige Vereinbarungen der Streitparteien zu sichern, und nicht durch blosse Deklarationen, wie man sie jetzt anstrebt.»[195] Bei allem Gewalteinsatz erwies sich der Krieg in Kroatien schliesslich aber bloss als Vorspiel zum noch grösseren Blutvergiessen, das ebenfalls nach Ausrufung der Unabhängigkeit und daraufhin einer serbischen Teilrepublik im März 1992 in Bosnien-Herzegowina ausbrach.

> Wenn solches Geschehen in Kroatien von den Serben mit der Furcht vor einem neuen Ustascha-Regime und einer Wiederholung seiner Massenmorde noch halbwegs erklärt, wenn auch nicht gerechtfertigt werden konnte, so tritt in Bosnien der serbische Machtwille, der über Leichen geht, unverhüllt zutage.[196]

Die KSZE hatte festgehalten, dass die Binnengrenzen Jugoslawiens unverletzbar seien, intervenierte aber militärisch ebenso wenig wie die UNO. Die NZZ kritisierte regelmässig die nachgiebige und inkonsequente Haltung des Westens gegenüber den «serbischen Fanatikern» und insbesondere gegenüber Milosevic. «Die Erfahrungen der 1930er Jahre mit dem Appeasement gegenüber Hitler und auch die Begleitumstände des

Golfkriegs zeigen, dass es von entscheidender Bedeutung ist, politische Grundsätze gerade dann zu verteidigen, wenn sie zum erstenmal wirklich auf ihre Haltbarkeit geprüft werden.» Eine Militärintervention solle man wenigstens diskutieren, da aus dem Buschfeuer auf dem Balkan ein Flächenbrand an ethnischen Säuberungen werden könne.[197] Doch für Bosnien gab es gegen die «serbischen Fanatiker» bloss «schöne Worte», dabei gehe es um «die Schaffung einer wirklich neuen Weltordnung, für die zu kämpfen sich lohnt».[198] Die militärisch überlegene serbische Minderheit eroberte weite Teile des Landes, so dass die NZZ schon nach wenigen Monaten fatalistisch festhalten musste, dass es nicht mehr möglich sein werde, die Vertreibungen rückgängig zu machen und die Bevölkerungsmischung wiederherzustellen.[199] Bereits im Sommer 1993 wurde die Dreiteilung Bosniens an der Genfer Jugoslawienkonferenz praktisch besiegelt, nachdem die westlichen Regierungen jahrelang wiederholt hatten, «man werde nie und nimmer eine Lösung akzeptieren, die gewaltsame Aggression belohne. Nun ist es soweit.»[200]

Die muslimischen Bosniaken weigerten sich jedoch, eine Lösung anzuerkennen, die ihnen nur noch ein Territorium zugestand, das weit kleiner war als ihr Bevölkerungsanteil. Doch nicht einmal in den Schutzzonen Cepa und Srebrenica, wo UNO-Blauhelmtruppen für Waffenruhe sorgen sollten, waren sie sicher: Vor den Augen niederländischer Soldaten wurden nach der serbischen Eroberung von Srebrenica die Muslime im Juli 1995 abgeführt und massenweise ermordet. Weder Europäer noch Amerikaner waren bei diesem Akt «westlicher Selbstaufgabe» bereit, Kampftruppen einzusetzen, sondern retteten sich in «Ausflüchte aller Art». Kriege, katastrophale Zerstörungen und hemmungslos verübte Grausamkeiten und Verbrechen seien nun Erscheinungen der europäischen Gegenwart. «Sie beruhen auch darauf, dass der Westen kaum mehr fähig ist, für hohe und wertvolle Ziele Opfer zu bringen», monierte das Blatt aus dem Land, das sich selbst – gegen die Empfehlung der NZZ – nicht einmal zur Aufstellung von UNO-Blauhelmtruppen hatte durchringen können.[201]

Schliesslich waren es die USA, die im November 1995 in Dayton einen – wenn auch «ungerechten» – Frieden für Bosnien erzwangen[202] und dann doch militärisch intervenierten, als Milosevics Repressionspolitik 1998 an den Ausgangspunkt des Jugoslawienkonflikts zurückkehrte, in den Kosovo, wo sich der Widerstand der Albaner auch terroristisch orga-

nisiert hatte. Nach mehrwöchigen NATO-Bombardierungen und einer starken Zunahme der bereits davor begonnenen Vertreibungen kapitulierte Belgrad schliesslich im Juni 1999 und überliess den Kosovo der UNO-Schutztruppe KFOR. Die NZZ blieb skeptisch: «Wie kann man mit Milosevic, gegen den das Haager Tribunal Haftbefehl wegen Kriegsverbrechen erlassen hat und der für die systematischen Vertreibungen der Albaner verantwortlich ist, eine Friedensordnung in Kosovo errichten, die Bestand hat?»[203] Schliesslich gelang es aber der innerserbischen Opposition im Herbst 2000 doch, Milosevic zum Rücktritt zu zwingen und später dem Kriegsverbrechertribunal in Den Haag auszuliefern – im Austausch für dringend benötigte Wiederaufbauhilfe.

> Serbien ist der grosse Verlierer des durchaus auch von Ernüchterung, Enttäuschungen sowie politischen und wirtschaftlichen Rückschlägen geprägten Jahrzehnts des demokratischen Aufbruchs in den ehemaligen kommunistischen Ländern des Ostens.[204]

«Ethnische Säuberungen» als Begleiter von Demokratisierungsprozessen in Mehrvölkerstaaten wurden nicht nur in Jugoslawien zu einem Charakteristikum der Zeit nach 1989. Auch in Rwanda schauten die Grossmächte und die UNO zu, wie extremistische Hutu-Milizen 1994 über Tutsi und gemässigte Hutu herfielen. Ebenso hilflos verhielten sie sich in Tschetschenien, zumal es hier Rücksicht zu nehmen galt auf die Herrscher im Kreml, Jelzin und dann Putin, und ein Kollaps der (russischen) Ordnung im Kaukasus nicht wünschenswert schien. Die NZZ betonte dagegen im Ende 1994 ausgebrochenen Ersten Tschetschenienkrieg das Recht des Bergvolkes auf die Unabhängigkeit, die es seit 1991 reklamierte, und verurteilte entsprechend Jelzins «atavistische Zerstörungsaktion», die faktisch mit dem russischen Rückzug endete.[205] 1999 unternahm Putin nach möglicherweise von tschetschenischen Terroristen verübten, opferreichen Bombenattentaten in Moskau einen zweiten Kriegszug, der zur Eroberung Tschetscheniens und Zerstörung – unter anderem – der Hauptstadt Grosny führte. Die NZZ verstand nicht, weshalb der Kreml nie nach einer Lösung mit gemässigten, durch demokratische Wahlen legitimierten Separatisten gesucht und stets auf die militärische Karte gesetzt hatte, obwohl sie keine Lösung bringe. Das Blatt erinnerte regelmässig an die in den westlichen Hauptstädten bereitwillig «vergessene Tragödie» im Kaukasus und protestierte gegen einen «‹Anti-Terror-Krieg›, bei dem Hunderttausende von unschuldigen Zivilisten ver-

trieben und Zehntausende durch undisziplinierte, schlecht geführte Soldaten erpresst, gefoltert und ermordet worden sind».[206]

Angesichts all dieser Entwicklungen musste Bütler festhalten, dass die Euphorie von 1989 der Ernüchterung und neuen Bedrohungen gewichen war: «Der ideologische Terror politischer Heilslehren bleibt vielleicht eine Besonderheit des 20. Jahrhunderts, während antiwestlicher, modernitätsfeindlicher, religiöser Fundamentalismus als unheimliche Kraft ins dritte Jahrtausend hineinwuchert.»[207] Der Kernkonflikt der Jahrtausendwende war und blieb nicht nur diesbezüglich die Nahostfrage, die in ihren vielfach verwobenen Konfrontationen globale Auswirkungen zeitigte: Israel und arabische Nachbarn, islamischer und jüdischer Fundamentalismus, Jerusalem, Palästinenserstaat und Flüchtlingsfrage, islamische Tradition und westliche Moderne, innerislamische Differenzen zwischen Schiiten und Sunniten, zwischen Iranern und Irakern, das Kurdenproblem und Afghanistan, die Erdölversorgung und die Supermachtrolle der USA, der Terrorismus, die islamische Atombombe und damit auch die latenten Konflikte von Pakistan bis Indonesien. Eine neue Dimension hatte der Palästinakonflikt 1987 erhalten, als die Palästinenser in der ersten Intifada eine anhaltende Massenbewegung gegen die Besatzer mobilisieren konnten, «wie sie sie während der vergangenen 22 Jahre noch nie hatten auslösen können».[208] Die Israeli konnten mit Waffengewalt die Ruhe zwar wieder herstellen, «aber die Wurzel der wiederkehrenden Empörung, nämlich die Ablehnung eines Daseins von politisch Rechtlosen ohne Perspektiven, ist so nicht auszurotten».[209]

Zum Hoffnungsträger der Palästinenser wurde fatalerweise der irakische Diktator Saddam Hussein, der gegen seine eigenen kurdischen Untertanen Gas eingesetzt hatte und ein eigenes Atomwaffenprogramm unterhielt. Dank seiner militärischen Stärke und dem irakischen Ölreichtum erschien er vielen Arabern prädestiniert zum Träger eines «antizionistischen» Abwehrkampfs, zumal nachdem er am 2. August 1990 das benachbarte Emirat Kuwait erobert, den Scheichs und dem Westen den Fehdehandschuh hingeworfen und gezeigt hatte, dass von einem «Ende der Geschichte», von dem man manchenorts geträumt hatte, nicht die Rede sein konnte. Die NZZ forderte sofort, dass dem «militärischen Raubrittertum» in der sensiblen Region Einhalt geboten werde, sprach aber zuerst bloss von «konzertiertem wirtschaftlichem und politischem Druck».[210] Die USA entsandten jedoch sukzessive Truppen nach Saudi-

arabien und eröffneten eine Seeblockade, was die NZZ begrüsste: «Präsident Bush, dem lange Zeit Schwäche nachgesagt wurde, hat sich seiner Verantwortung würdig gezeigt.»[211] George Bush Sr. suchte und erlangte den Rückhalt der UNO, der meisten arabischen Staaten und der Sowjetunion, womit es schon bald nicht mehr nur um die Befreiung eines kleinen Golfstaats ging, sondern über die Hilfsaktion für ein souveränes UNO-Mitglied um die Grundlegung einer «neuen Weltordnung». «Ein Fehlschlag in diesem Krieg gegen einen Aggressor – und hoffentlich für eine gerechtere Welt – brächte nicht nur Energiezufuhr, Wirtschaft und politisches Prinzipiengefüge global in Unordnung, sondern die ganze Staatenordnung im Nahen und Mittleren Osten.»[212] Letztlich ging es sogar um noch mehr:

> Es bedarf keiner besonders regen Phantasie, sich auszumalen, wie die gegenwärtige Krisensituation bei einer nuklearen Bewaffnung des Iraks aussähe; und diese Vorstellung erzwingt den Schluss, dass die Welt mit Saddam so wenig leben kann wie mit Hitler.[213]

Verschiedene Bemühungen scheiterten, Saddam auf friedlichem Weg und durch ein Wirtschaftsembargo zu einem Rückzug zu bewegen. Gleichzeitig marschierte eine alliierte Streitmacht auf, der neben den dominierenden USA englische, französische, saudiarabische Truppen sowie Einheiten aus weiteren 30, zumeist islamischen und westlichen Ländern angehörten. Nach einem letzten Ultimatum der UNO griff die Allianz am 15. Januar 1990 an und befreite nach längeren Bombardements und einem kurzen Bodenkrieg das Emirat. Saddams Hoffnung, «dass seine ‹kriegserprobten› Soldaten, tief eingegraben vor Kuwait und mit starker Artillerieunterstützung, den ‹verweichlichten› Westlern standhalten und sie schliesslich besiegen würden», hatte sich als ebenso eitel erwiesen wie sein Versuch, seinen Eroberungszug in einen «heiligen Krieg» gegen die «imperialistischen und zionistischen Mächte» umzufunktionieren.[214] Der – auch durch das UNO-Mandat nahegelegte – Verzicht der Alliierten, auf Bagdad vorzumarschieren oder die aufständischen Schiiten und Kurden im Irak zu unterstützen, führte umgekehrt aber auch dazu, dass Saddam seine Herrschaft restabilisieren konnte und damit, wie von der NZZ befürchtet, ein Hindernis bei der Befriedung der Region blieb.

Die Chance für eine «aktivere» Friedensinitiative zur «Beendigung des Kriegszustandes zwischen Israel und den arabischen Staaten» wurde dagegen von Teilen der israelischen Regierung ergriffen und eine Kompro-

misslösung nach dem – auch von den USA befürworteten – Prinzip «Land gegen Frieden» angepeilt.[215] Im Herbst 1991 wurden Gespräche in Madrid aufgenommen, was ein «weltpolitisches Ereignis ersten Ranges» darstellte: Israeli und Palästinenser sassen am selben Tisch.[216] Zwei Jahre später anerkannten sich die beiden Konfliktparteien gegenseitig im Gefolge der Verhandlungen von Oslo, und der israelische Premier Rabin und PLO-Führer Arafat gaben sich in Washington einen «historischen Handschlag». Erstmals, so schien der NZZ, überwiege «die Hoffnung auf einen Frieden zwischen Israeli und Palästinensern die Zweifel».[217] Tatsächlich folgten mit den Autonomieabkommen für Gaza und Jericho sowie das Westjordanland und mit dem Frieden mit Jordanien weitere ermutigende Schritte. Arafat wurde Präsident der Autonomiebehörde, doch der israelische Architekt dieser Annäherung, Itzak Rabin, erlag den Kugeln eines nationalistischen jüdischen Attentäters, der «mit kühler Berechnung» erwartete, «dass seine Todesschüsse auch die von Rabin vertretene Politik zu Fall bringen» werde.[218]

Diese Rechnung ging mittelfristig auf, dank extremistischen Attentaten auf beiden Seiten, wegen einer unfähigen und korrupten PLO-Zivilverwaltung in Palästina und wegen der Intransigenz und Provokationen von führenden israelischen Politikern, welche die jüdische Siedlungstätigkeit im Westjordanland nicht nur nicht rückgängig machten, sondern weiter begünstigten. Die grossen Hoffnungen in den Nahostgipfel von Camp David wurden 2000 enttäuscht: Der israelische Premier Barak hätte den Palästinensern staatliche Unabhängigkeit zugebilligt, doch über den Status von Jerusalem und das Rückkehrrecht palästinensischer Flüchtlinge war keine Einigung möglich.

> Ein künftiger Rückblick wird vielleicht einmal zeigen, dass Barak in Camp David auf dem richtigen Weg war zu einer vernünftigen Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts. Hätte er diesen Weg umsichtiger und konsequenter beschritten und hätte Arafat mehr Mut gehabt, ihm dabei zu folgen, wären beiden Völkern noch mehr leidvolle Irrwege erspart geblieben.[219]

Baraks Nachfolger Sharon provozierte jedenfalls zuerst die zweite Intifada und reagierte dann mit massiver Repression darauf, wozu auch ein Schutzwall gehörte, der nicht nur als legitimer Schutz gegen Terroristen diente, sondern zugleich erhebliche Teile des Palästinensergebiets annektierte. Israels politische und wirtschaftliche Hauptstütze, die amerikanische Regierung, duldete dies, so dass die NZZ fragte, ob sich ihr seit

2004:
Der Liberalismus ist nämlich nicht staatsfeindlich, er ist aber auch nicht staatsfreundlich; er ist staatsskeptisch. Das Zusammenleben der Menschen braucht eine ordnende Hand, und es gibt Aufgaben, welche die Kraft der Einzelnen übersteigen. Das sind gute Gründe, sich für den Staat einzusetzen. Zugleich wissen Liberale aber, dass jede Ausweitung des Staates, sei sie finanzieller oder regulatorischer Art, die persönliche Freiheit der Individuen, das zentrale Anliegen des Liberalismus, einschränkt.*
* NZZ, 25. 9. 2004, S. 21.

Anfang 2001 amtierender Präsident George W. Bush Jr. «am Gängelband Sharons» befinde.[220] Zu diesem Eindruck trug bei, dass Israel – wie Russland in Tschetschenien – auf Gemeinsamkeiten im Kampf gegen den Terrorismus hinweisen konnte. Dieser war Bushs Hauptanliegen, seitdem am 11. September 2001 arabische Terroristen mit entführten Flugzeugen in das Pentagon und in das New Yorker *World Trade Center* gerast waren und dessen beiden Wolkenkratzer zum Einsturz gebracht hatten. «Der ‹Angriff auf Amerika›, der mit enormer krimineller Energie gegen wirtschaftliche und militärische Nervenzentren der ‹einzigen Weltmacht› ins Werk gesetzt worden ist, verletzt und demütigt vorab die Bürger Amerikas und dessen Regierung. Doch trifft er letztlich uns alle gleichermassen. Denn zum Wesen des vor den (Fernseh-)Augen der ganzen Welt praktizierten Megaterrors gehört es, dass er unberechenbar zuschlägt und irgendwelche Menschen wahllos und blind mit tödlichem Schicksal ereilt. Auf dem Spiel stehen unter anderem Lebensrecht, Bürgerfreiheit, zivilisierte Mobilität. Bedroht sind Grundwerte einer freien und offenen Gesellschaft.»[221] Deshalb war für die NZZ klar, dass «verantwortliche Politik» den «Triumph des Terrors» nicht zulassen könne: «Aber wer genau ist der schuldige Feind, und wo sitzt er?»[222]

Die Administration Bush ortete die Hintermänner des Anschlags in Usama bin Ladins Al Kaida und im islamistischen Taliban-Regime Afghanistans. Dieses wurde in einer raschen Militäroperation der USA gestürzt, doch bin Ladin gelang es unterzutauchen. Ins Visier geriet nun innerhalb einer vermeintlichen «Achse des Bösen» Irak-Iran-Nordkorea der erwiesene Massenmörder Saddam Hussein, der sich nach dem Golfkrieg trotz einem anhaltenden UNO-Embargo hatte halten können und sogar (wie die amerikanischen Geheimdienste verkündeten) seine Rüstungsprogramme im ABC-Bereich wieder aufgenommen habe – allerdings mit der Kaida nichts zu tun hatte. George W. Bushs forsch betriebene «Anti-Ter-

ror-Koalition» erreichte denn auch nicht den breiten Rückhalt in der westlichen und arabischen Welt, den sein Vater mit klugem multilateralem Vorgehen im Rahmen der UNO erlangt hatte. Es entbrannte eine Auseinandersetzung zwischen dem «Alten Europa», das um Deutschland und Frankreich geschart den Krieg ablehnte, und dem proamerikanischen «Neuen Europa», wobei die USA wie ihre Antagonisten üble Polemiken inszenierten. Die NZZ, die sich schon im Wahlkampf von 2000 auf die Seite des «unterschätzten» Texaners Bush geschlagen hatte, hielt ihm auch in dieser Konfrontation die Treue und sparte nicht mit harscher Kritik an den beiden grossen Nachbarländern. An der Falkenstrasse und an der Mühlebachstrasse, dem Sitz der 2002 gegründeten NZZ am Sonntag, die den sich abzeichnenden Irakkrieg skeptischer beurteilte, war man sich bewusst, dass das amerikanische Vorgehen heikle völkerrechtliche Fragen aufwarf. Doch gerade die Europäer müssten sich auch Gedanken über den angemessenen politischen Umgang mit Diktaturen machen.

> Hat man sich gegen Hitler oder gegen Milosevic genug und früh genug gewehrt? Dabei zu übersehen, dass die Amerikaner dem alten Kontinent mehrmals in seinen Nöten mit eigenen Gewaltregimes als Befreier beizustehen hatten, wäre kurzsichtig und politisch wohl töricht. Osteuropäische Intellektuelle, erst seit kurzem vom Druck des Sowjetregimes befreit, würdigen diese Aspekte heute in der Irak-Debatte vielfach klarer, als es ein von Pazifismus und begreiflichen Kriegsängsten getriebener Diskurs anderswo zu tun vermag.[223]

Nach einem entgegen einigen apokalyptischen Visionen relativ rasch erfolgreichen Feldzug stürzten die USA Saddam und nahmen ihn einige Monate später auch gefangen. Gleichwohl kam der Irak nicht zur Ruhe: Blutige Attentate richteten sich gegen die alliierten Truppen und die Organe der provisorischen irakischen Regierung. «Scheitert Bush im Irak?», lautete die Frage im Sommer 2004, zumal es die ABC-Waffenarsenale, die als Kriegsgrund gedient hatten, nicht aufzufinden waren und die Misshandlung von Kriegsgefangenen durch amerikanische Soldaten weithin Empörung geweckt hatte.[224] Im Herbst 2004, erst recht nach Bushs Wiederwahl, muss die Antwort in diesem Abnützungskrieg offen bleiben. Sie hängt entscheidend davon ab, ob die Iraker die Amerikaner mittelfristig als Eroberer oder als Befreier ansehen werden: «Wenn der Westen nachhaltig gegen den Terrorismus vorgehen will, muss er den politisch-ideologischen Kampf um die Köpfe und die Herzen der Araber aufnehmen und in einen umsichtigen Dialog mit moderaten muslimischen Kräften treten.»[225] Wie Hitler nicht das Germanentum und Stalin nicht die

slawische Kultur verkörpert hätten, sondern beider totalitäre Ideologien «Verirrungen des Zeitgeistes, politische Perversionen» gewesen seien, so kämpfe der Westen auch jetzt nicht gegen die muslimische Zivilisation als solcher.

> Nicht der Islam als Weltreligion ist der Gegner, sondern die totalitäre, antidemokratische und antiliberale Ideologie und grimmige Zucht eines politisierten, fanatisierten Islam, der vor nichts zurückschreckt. Der Unterschied ist wichtig. Die grosse muslimische Gemeinschaft ist so vielschichtig und pluralistisch wie der Westen, nicht von ihrer Natur aus kriegerisch und aggressiv, und umfasst sowohl liberale fortschrittliche Kräfte wie auch konservative Traditionalisten aller Schattierungen. Der Zusammenstoss findet nicht zwischen den grossen Kulturkreisen statt.[226]

So war es umgekehrt auch nicht ausschliesslich gegen den islamischen Fundamentalismus formuliert, sondern in einer Zeit wiederkehrender «heiliger Kriege» gegen jede «aggressiv-religiöse Intoleranz», wenn das Blatt an eine der besten und wichtigsten Errungenschaften der europäischen Aufklärung erinnerte: Dass die «Institutionen der öffentlichen Ordnung entsakralisiert» worden waren und man die «existenziellen Themen der Religion aus dem Streit über die richtige und gerechte Form zivilen Zusammenlebens» herauszuhalten gelernt hatte. Diese Säkularisierung in ihrem guten Sinn, daran erinnerte 2003 der Gastautor zum Eidgenössischen Dank-, Buss- und Bettag, machte die Menschheit aber noch lange nicht zur Herrin der Geschichte. Die liberale Emanzipation vom Weltdeutungsanspruch und -versprechen anderer Menschen, und wenn sie auch kirchlich geweiht sind, befreit den aufgeklärten Bürger nicht von der demütigen Einsicht, dass die Selbstermächtigung über letztlich nur metaphysisch zu verankernde Prinzipien hinweg verhängnisvoll sein muss.

> Jede Politik, die sich in ihrer letzten Tiefe und Konsequenz aller religiösen Bindung und Erfahrung entschlagen hat, muss in die luziferische Katastrophe des bösen Stolzes führen und in die dann notwendig erschreckende Konfrontation des Menschen mit seiner unabänderlichen Kondition: Du bist *nicht* wie Gott.[227]

Rückblick und Ausblick

Gegen Ende des 20. Jahrhunderts erlebte auch die traditionell reiche Presselandschaft der Schweiz mit etwas Verspätung einen allgemeinen Strukturwandel der Öffentlichkeit. Nicht zum ersten Mal wurde dadurch diese bürgerliche Errungenschaft der Aufklärungszeit – die Sphäre, in der durch formal freie, rationale Kommunikation Gesellschaft (mit-)geteilt wird und damit erst entsteht – grundlegend verändert. Medien lösten sich von ihrer traditionellen Trägerschaft: dem Staat, insofern die öffentlich konzessionierten Fernseh- und Radiolandesstationen Konkurrenz von privaten in- und ausländischen (Lokal-)Sendern erhielten; und den Parteien, welche sich eine Zeitung geleistet hatten, um einerseits ihre Mitglieder zu informieren und andererseits an der demokratischen Meinungsbildung teilzuhaben. An diesen Aufgaben orientierte sich herkömmlich die Auswahl von Informationen, während sie heute immer stärker auf Unterhaltung und Nutzen hinausläuft und zumeist nicht mehr nach weltanschaulichen Kriterien ausgesucht wird, sondern nach ökonomischen. Statt mit einer festen, lokal verankerten (Parteien-)Klientel als Leser und Inserenten sieht die (Geschäfts-)Presse sich nun mit der schwankenden Kundenloyalität in grösseren Wirtschafts- und zugleich Werberäumen konfrontiert. Eine Zeitung soll ihre Nachrichten und Meinungen verkaufen, sie muss sich auf dem Markt bewähren.

Diese verstärkte Profitorientierung führte zu neuen Selektionskriterien für populäre und damit gut verkaufbare Informationen, womit kundennahe, personenbezogene Bereiche von der Lebenshilfe und Anlageberatung über Sex und Mode bis zu Hobby und Sport rasch mehr Gewicht erhalten haben. Mit der Rückstufung der Parteien, den früheren Trägerinnen massenmedialer Information, verlieren komplexe politische Themen an Bedeutung, und stattdessen erreichen diejenigen Akteure öffentliche Aufmerksamkeit, die sich – oft über *Public Relations* – selbst zu inszenieren wissen. Wegen des technologischen Fortschritts und der stets wachsenden, multimedialen Konkurrenz, nun auch über Internet, erhöhten sich gleichzeitig die Ansprüche an Form und Inhalt der Printmedien,

die entsprechenden Kosten stiegen; und zugleich verlagerte sich die wichtigste klassische Einnahmequelle – die generell schrumpfenden Werbebudgets – tendenziell zu diesen Konkurrenten.

Mehr Konkurrenz, mehr Umfang, mehr Aufwand und geringere Werbeeinnahmen waren weltweit und in der Schweiz Anlass zu Konzentrationsprozessen, zum Aufbau von Mediengruppen, die ihre Informationen wenn möglich auch über verschiedene Medien (neben der Presse auch Fernsehen, Radio, Internet) verbreiteten. Die Folge davon war, bei einer etwa gleichbleibenden Gesamtauflage von rund 2,7 Millionen Exemplaren, ein Titelsterben bei den Schweizer Tageszeitungen: Allein zwischen 1995 und 1998 gab es einen Rückgang von 18 Prozent, so dass gegenwärtig noch rund hundert Titel existieren. Noch einiges tiefer liegt die Zahl der publizistischen Einheiten, welche die gemeinsamen Mantelseiten für eine Reihe von Lokal- und Regionalzeitungen herstellen und damit wie andere Forumsblätter oft eine regionale Monopolstellung innehaben.

Dieser Prozess hat auch die NZZ und ihr konkurrierendes Umfeld erfasst. 1991 stellten die katholischen «Neuen Zürcher Nachrichten» nach 95 Jahren ihr Erscheinen ein, ein Jahr später erlosch das sozialdemokratische «Volksrecht» definitiv; mit beiden hatte man manchen Strauss ausgefochten. Bereits 1983 hatte der Chefredaktor des CVP-Zentralorgans «Vaterland» erklärt: «Parteiblätter im alten Sinn haben sich überlebt.» Die sozialdemokratische «Luzerner AZ» gab es damals schon nicht mehr, und das «Vaterland» selbst fusionierte in zwei Schritten 1991 mit dem freisinnigen «Luzerner Tagblatt» und 1996 mit den linksliberalen «Luzerner Neusten Nachrichten» zur «Neuen Luzerner Zeitung», mit Kopfblättern in den Innerschweizer Kantonen. An dieser «Neuen Luzerner Zeitung» übernahm die NZZ-Gruppe wiederum 2002 eine Beteiligung und im Sommer 2004 die Mehrheit. Ebenso ist die NZZ seit den frühen 1990er Jahren Hauptaktionärin beim «St. Galler Tagblatt», und Minderheitsbeteiligungen am «Bund» und am «Tagblatt der Stadt Zürich» zählen auch zu den regionalen Standbeinen. Dazu kommen auf nationaler Ebene seit 2002 die «NZZ am Sonntag», ausserdem NZZ Online und NZZ Format als TV-Produktion sowie Magazine wie das «Folio» und Fachzeitschriften. International präsent ist das Blatt mit der (ausser beim Inland- und Lokalteil) identischen und zeitgleich zu Zürich in Offenbach und Passau gedruckten «NZZ International», ausserdem auch im Originallayout per Internet als «NZZGlobal». Der gute Name NZZ bürgt für die Qualität

einer breit verankerten und innovativen Unternehmensgruppe, doch umgekehrt besteht natürlich auch die Gefahr, dass die «alte Tante» selbst Blessuren erhält, wenn die Gruppe in anderen Bereichen ins Schlingern gerät. Hat sie die Wahl, als einsamer, solider Kreuzer den Wellen der Medienrevolution zu trotzen statt als Flagschiff einer (heterogenen) Flotte?

Wie sich hinter der gotischen Titelschrift, der nüchternen Frontseite und dem branchenunüblichen Vierspaltenlayout die Zeiten auch bei der NZZ geändert haben, sieht man allenthalben. Sogenannte Leads fassen seit den 1980er Jahren die Artikel zusammen, Farbbilder dringen seit kurzem in alle Ressorts vor, nachdem man anfangs noch sehr zurückhaltend damit umgegangen war, und mancher Werbung wird privilegierter Platz im redaktionellen Teil eingeräumt. Interviews bringen Persönlichkeiten oder bloss Personen ebenso näher wie ihnen gewidmete Porträts, Glossen sollen die Leser erheitern, und auch das Ausland-Ressort meldet, was ihm *Aufgefallen* ist. Dafür hat es Konkurrenz erhalten bei der Kommentierung gerade von grundsätzlichen Veränderungen, seitdem ein auch seitenmässig stark ausgebautes Feuilleton sich nicht mehr nur den schönen Künsten widmet, sondern als sensibler Seismograph den gesellschaftlichen Wandel nachzeichnet, der durch politische Entscheidungen weniger beeinflussbar scheint als zuvor.

Auch der Sport hat nicht nur an Umfang stark zugenommen, sondern platziert den Fussball-Europameister mit Photo auf der Frontseite. Dort entdeckt man ebenfalls gelegentliche Grosstaten vaterländischer Athleten in Wimbledon oder in der Südsee, so wie einst, im Juni 1938, mit einem zweispaltigen Frontbericht den Fussballsieg über Grossdeutschland – und damals eben keine sportliche, sondern eine politische Botschaft. Umgekehrt wurden diejenigen Menschen, die einst nur in ihrer politischen, öffentlichen Funktion verhandelt wurden, zu normalen Zeitgenossen, so dass man bezweifeln kann, ob der Satz von 1955 heute noch Geltung hätte: «Der König von Nepal mag an der Bahnhofstrasse noch so teure Bijoux kaufen, für die NZZ ist das kein Ereignis.»[1] Nicht allein die «Royals» haben in den «Vermischten Meldungen», aber auch im Feuilleton und Auslandteil ein Zuhause gefunden; und was als «Lebensart» für Wohlbetuchte vorübergehend in der NZZ einzog, lebt als «Stil» in der «NZZ am Sonntag» weiter, die auch sonst mit Klatschspalte, Autorenphotos, Tips für Geldanlagen und persönlichen Rücktrittsaufforderungen an Wirt-

schaftsführer den Gesetzmässigkeiten dieses farbenfrohen Genre zu gehorchen vermag.

Es wird sich wohl erst noch weisen, wieweit man in solchen Belangen gehen soll, um über ein Stammpublikum hinaus vorzustossen, das seine NZZ gerade wegen einer altmodischen Nüchternheit und Wissensfülle schätzt, die nicht dem Konsumenten entgegenkommen, sondern den Leser fordern. Allerdings zeigt bereits der bloss flüchtige Blick durch die Dutzende von Laufmetern bisheriger NZZ, dass auch bei ihr nichts so stetig ist wie der formale und inhaltliche Wandel. Sie verdankt ihre Langlebigkeit nicht zuletzt einer früher behutsamen und zuletzt manchmal auch forscheren Anpassungsbereitschaft und -fähigkeit an eine sich wandelnde Öffentlichkeit. In der gegenwärtigen Medienrevolution könnten das fundamentale Schritte sein, ist doch nicht einmal sicher, ob die gedruckte Presse weiterhin eine wichtige Rolle als Nachrichtenvermittlerin spielen wird, wenn im Prinzip viel kleinere Datenträger viel schneller, umfangreicher, ortsunabhängig, benutzerspezifisch und multimedial Informationen aufnehmen und auch problemlos speichern können.

Die Mischung aus, manchmal auch der Gegensatz von traditionsbewusster Solidität und intellektueller Offenheit war und ist in verschiedener Hinsicht charakteristisch für die NZZ. Herkömmlich konstituierten sich das Aktionarat grösstenteils und der Verwaltungsrat – bis 1988 – exklusiv aus dem Zürcher Freisinn. Das war zugleich der jahrzehntelang wichtigste Repräsentant des schweizerisch führenden, international bedeutenden Wirtschafts- und Wissenschaftsstandorts, der sich als Errichter und Hüter des liberalen Bundesstaats von 1848 verstanden und auch als Vertreter eines zwinglianischen Erbes betrachtet werden konnten. Mit dieser traditionell festen lokalen Verankerung der Eigentümer kontrastierte stets eine viel breitere Rekrutierungsbasis für Redaktoren und Korrespondenten. Das gilt nicht nur für die ersten Jahrzehnte der Zeitung, als neben etlichen deutschen Flüchtlingen mit Daverio auch einmal ein eingebürgerter Italiener das Blatt herausgab. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts erlebte die NZZ neben fünf auswärtigen Chefredaktoren nur – während sechs Jahren – deren zwei, Escher und Huber, aus Zürich. Ebenso wenig stammten die Chefredaktoren im 20. Jahrhundert – mit der nur bedingten Ausnahme des Glatttaler Bauernsohns Albert Meyer – aus diesem staatstragenden Zürcher Freisinn. Sie wuchsen in Gegenden auf, wo der Liberalismus zum Teil noch in einer minoritären und entspre-

chend (kultur-)kämpferischen Tradition stand: der in Basel niedergelassene Thurgauer Bissegger, der Berner Kloetzli, der im solothurnischen Olten aufgewachsene Winterthurer Bretscher, der St. Galler Luchsinger und der Zuger Bütler. Diese Namen verhalfen der NZZ auch zu einer Konstanz, die für eine Tageszeitung wohl einzigartig sein dürfte: Lässt man die Episode Kloetzli weg, so erlebte die NZZ in den 120 Jahren seit 1885 bloss 5 Chefredaktoren. Das war nicht zuletzt ein Beweis für eine gewisse Risikobereitschaft der Verwaltungsräte, die noch vergleichsweise jungen Mitarbeitern Führungsaufgaben für Jahrzehnte anvertrauten und dabei offensichtlich eine gute Hand bewiesen.

Wie viel diese Kontinuität wert ist, zeigt bereits der Blick auf die ungezählten Zeitungen im In- und Ausland, die auf der Suche nach kurz- oder mittelfristigen Auflageerhöhungen und Renditen alle paar Monate oder Jahre die halbe Redaktion auswechseln. Die NZZ hatte, zumindest bis vor kurzem, das Privileg, dass ihre Aktien nicht als Kapitalanlage, sondern als politisches Bekenntnis und Quelle von Sozialprestige angesehen wurden. Sie darf im Feuilleton über die Problematik poetischer Übersetzungen debattieren und auch Gedichte abdrucken – selbst wer diese nicht liest, sieht solche Beiträge als seinem Bildungsniveau angemessen an. Und wer umgekehrt den im Zeitalter der Globalisierung ebenfalls stark gewachsenen Bund mit Aktienkursen oder die eher geschrumpften Ratsprotokolle ungelesen beiseite legt, wird doch die breite Gründlichkeit dieser Informationsquellen als charakteristisch für das Zürcher Blatt bezeichnen.

Sachverstand und Sprachbeherrschung der Autoren und der Verzicht auf marktschreierische Töne, zumeist gepaart mit zurückhaltenden Formulierungen und vorsichtigen Urteilen, machen das Blatt zu einem Inbegriff für solide Nachrichtenselektion und -aufbereitung. Seriosität wurde und wird bei der NZZ zumeist auch mit Ernsthaftigkeit gleichgesetzt, (Selbst-)Ironie gemieden, wohingegen man die subtilen Techniken der politischen Kommunikation und Auseinandersetzung durchaus beherrscht. Das Ringen um das bessere Argument und um das nüchterne, präzise Wort ist dabei weit mehr als ein rein stilistisches Anliegen, sondern verteidigt eigene Konzepte gegen legitime Konkurrenten und dreiste Usurpatoren. In einem Jahrhundert mit immer geschickterer und entsprechend gefährlicherer Propaganda waren Warnungen wie die folgende nur allzu oft vonnöten: «Minderheitenherrschaft über das Volk wird ‹Volksdemokratie› genannt, freier Informations- und Meinungsfluss

‹bourgeoise Unterwühlung›, die Zermalmung der Unabhängigkeitsregungen eines kleinen Nachbarvolks ‹brüderliche Hilfe›.»[2]

Durch die statutarisch festgelegte breite Streuung der Aktien ist es bei der NZZ unmöglich, dass einzelne Aktionäre aus inhaltlichen oder kommerziellen Gründen die Redaktionslinie so beeinflussen könnten, wie ein Verleger dies tut. Gegen Beeinflussungsversuche von aussen, wie es sie immer wieder gab, wurden die Redaktoren und Korrespondenten vom Chefredaktor im Prinzip ebenso gedeckt wie dieser vom Verwaltungsrat. Das trug dazu bei, dass nicht nur in der Chefredaktion, sondern auch unter den Journalisten und in den anderen Firmenbereichen jahrzehntelang grosse Kontinuität geherrscht hat und herrscht. Die NZZ ist ein liberaler und vertrauensvoller Arbeitgeber, die Angestellten sind vergleichsweise treu, die Fluktuationen gering. Allerdings konnten Sparrunden und Entlassungen, wie sie insgesamt sehr selten, aber unlängst wieder erfolgten, auch an der Falkenstrasse bittere Spuren hinterlassen.

Gross ist für die Mitarbeiter der NZZ die Freiheit bei der Wahl und Behandlung der Themen (und sogar bei der Länge der Artikel). Wie auch das Redaktionsstatut festhält, entscheiden die Redaktoren über Angelegenheiten ihres Kompetenzbereichs selbständig und in eigener Verantwortung. Kein Mitarbeiter kann gezwungen werden, in der Zeitung etwas zu vertreten, das seiner Überzeugung widerspricht. Über diese statutarische Regelung hinaus war eine «freimütig lockere Atmosphäre» traditionell ein Privileg insbesondere der Auslandredaktion, womit sie sich, wie ein früherer Chefredaktor meinte, «vom strengen Eifer parteipolitischer Rechtgläubigkeit in anderen Gegenden des weitläufigen Gebäudes angenehm unterschied.»[3] Diese Offenheit breitete sich zunehmend aus, seitdem nach 1989 einerseits die ideologischen Gegensätze an Bedeutung verloren hatten und diese Veränderungen andererseits eine unvoreingenommene und manchmal auch widersprüchliche Suche nach zeitgemässen, liberalen Antworten auf neue Fragen nötig gemacht hatte. So wurden in einem Redaktionskollegium, das eine offene Diskussionskultur kennt, auch Mitarbeiter bestens integriert, die in Kaiseraugst das AKW-Gelände besetzt oder im Gefolge der Cincera-Affäre aus linker Warte ein Handbuch über die «politische Reaktion in der Schweiz» verfasst hatten, Niklaus Meienberg als journalistisches Vorbild ansehen oder ihre publizistischen Anfänge beim *Eisbrecher* hatten, dem Organ der 80er-Bewegung in Zürich.

Nicht nur die Alternativen und Revolutionäre von einst hatten Meinungen revidiert; auch die NZZ war in Zeiten unscharfer Frontstellungen nicht mehr dieselbe. So konnte es 1993 vorkommen, dass man in derselben Ausgabe des Blattes in der Wochenendbeilage wohlwollende, illustrierte Impressionen von der Hausbesetzerszene und ihrer «Autonomen Kulturfabrik» vorgesetzt bekam, während im Lokalteil deutlich daran erinnert wurde, dass dieser Freiraum «nicht nur bunt, sondern auch illegal» war – nämlich ein Verstoss gegen Eigentumsrechte.[4] Das war nur insofern eher neuartig, als diese Bandbreite ein lokalpolitisches Thema betraf: Mehr oder weniger deutliche Binnendifferenzen bei der Beurteilung von Mussolini über Thatcher bis zu Clinton waren für sorgfältige Leser des Blattes stets erkennbar gewesen, und in den europäischen Konflikten der Vergangenheit gehörte die Konfrontation der jeweiligen, von ihrem Umfeld unvermeidlich gefärbten Korrespondentenmeinungen ebenso selbstverständlich dazu wie heute beim Nahostkonflikt.

Das war und ist charakteristisch für eine Zeitung, die davon ausgeht, dass Objektivität wohl angestrebt werden muss, ein Konsens über *die* Wahrheit dagegen in einer pluralistischen Gesellschaft weder erlangt werden kann noch soll. Umso mehr setzt das Bemühen um Objektivität aber einen Standpunkt voraus, der klar benannt und gegen aussen deklariert wird. Dass dieser Standpunkt bei der NZZ ebenfalls statutengemäss ein liberaler und nationaler war und geblieben ist, macht das Blatt langfristig berechenbar: Grundsätze, Ängste und Hoffnungen konnten sich über Jahrzehnte hinweg ähnlich bleiben und manchmal hartnäckig vertreten werden, nicht weil sie auferlegt, sondern weil sie geteilt wurden. Lange, bis zum Ende der Ära Bretscher, waren ja auch die redaktionellen Artikel nicht gezeichnet – es war keine Einzelmeinung, die abgedruckt wurde, sondern *der* Standpunkt *der* NZZ und insofern ein Relikt aus der Zeit, als tatsächlich nur ein einziger Redaktor das Blatt im wesentlichen gestaltete. Und selbst wenn heute, schon nur wegen eines viel umfangreicheren Mitarbeiterstabs, die Fiktion der Einhelligkeit nicht mehr existiert, so erschliessen sich die Verfasserkürzel nur dem Kenner des Impressums, während die meisten Leser nicht einen bestimmten Journalisten konsultieren, sondern *die* NZZ, bei der sie denken, sie wüssten, woran sie sind.

Die NZZ verdankte ihre Geradlinigkeit auch ihrem im engeren, parteipolitischen Sinn eindeutig bürgerlichen, freisinnigen Kurs, obwohl sie eifersüchtig auf ihre politische Unabhängigkeit bedacht ist: Die Redak-

tion, nicht die Partei bestimmt die Haltung des Blatts, und das kann immer wieder einmal zu unterschiedlichen Standpunkten führen. Dessen ungeachtet war die personelle Verflechtung von Partei und Zeitung lange sehr stark: Eugen Escher und Hans Weber waren nationale Parlamentarier, Bissegger diente der Schweizer FDP als Nationalrat und Parteipräsident, ebenso Meyer, der für sie in den Bundesrat einzog; Bretscher und Kurt Müller sassen auch im Nationalrat, Bieri wurde Stadtrat, und im städtischen oder kantonalen Parlament gab es immer wieder NZZ-Redaktoren. Dabei wusste sich das Blatt nicht nur der freisinnigen Partei, sondern auch dem liberalen Bundesstaat sehr nah, und insofern war es kein Zufall – wenn auch ebenso wenig Absicht –, dass ein Chefredaktor Bundesrat wurde. Denn die Zürcher Zeitung verstand sich stets auch als nationale Institution, die ein liberales Konzept für das ganze Land verfocht und nicht kantonale Kirchturmpolitik betrieb. Damit war dem Blatt seit der Regenerationszeit auch ein relativ grosses nationales Publikum sicher, auch in der lateinischen Schweiz, wogegen es sich – hinter den eingängigeren «Tages-Anzeiger» und «Blick» – im eigenen Kanton mit dem dritten Rang begnügt.

Gerade die Tatsache, dass die NZZ nicht nur freisinnig, nicht nur zürcherisch war, sicherte ihr mehr als das schiere Überleben, nämlich Prosperität in einer Zeit, da Partei- und Lokalblätter reihenweise eingingen. Die Zeitung hatte und hat verschiedene Adressaten, und sie vermag diese mindestens mit einem Teil ihres Angebots soweit zu interessieren, dass diese bereit sind, auch den Rest mitzukaufen (und vielleicht sogar zu lesen). Man kann aus beruflichen Gründen auf die Lektüre der Wirtschaftsseiten angewiesen sein und sich darauf beschränken oder die Auslandberichterstattung als Ergänzung zu einer in diesem Bereich schmalbrüstigen Regionalzeitung lesen. Wer sich umfassend und kontinuierlich über die politischen Entwicklungen in den anderen Kantonen oder in den eidgenössischen Räten informieren will, muss sich in der Schweiz ebenso an die NZZ halten, wie wenn er Information über kulturelle Phänomene in einem Feuilleton sucht, das die Debatten im deutschen Sprachraum aus unaufgeregter Nähe mitverfolgt und auch im übrigen Ausland nicht auf zufällig angebotene Beiträge angewiesen ist, sondern auf langjährige Mitarbeiter und Korrespondenten zurückgreifen kann. Solche halten ein interessiertes Publikum auch über «Forschung und Technik» auf dem

Laufenden und vermitteln zusammen mit oft illustren Gelehrten den aktuellen Stand in «Literatur und Kunst».

Das internationale Prestige der NZZ schlägt sich in einer treuen festen Kundschaft im – vor allem, aber nicht nur deutschsprachigen – Ausland nieder und in einem weit grösseren Kreis von Entscheidungsträgeren, die das Blatt dann zur Kenntnis nehmen, wenn es darauf ankommt. Seit den Friedensdebatten im Ersten Weltkrieg, bei den Reparationsfragen der Zwischenkriegsjahre ebenso wie bei der geistigen Abwehr des Nationalsozialismus, durch die Begründung freiheitlicher Grundsätze gegenüber dem Bolschewismus, in der Nervenprobe der Nachrüstungsdebatte oder mit der Rückweisung des Pazifismus im Vorfeld des ersten und zweiten Irakkriegs – stets beanspruchte die NZZ, nicht nur zur Information der Schweizer Leserschaft beizutragen, sondern europa-, ja weltweite Wirksamkeit zu entfalten.

Zuerst geschah dies fast ein Jahrhundert lang in liberaler Zuversicht für eine Welt, die sich desto rascher zum Besseren entwickeln sollte, je eher die Bastionen einer abergläubischen und autoritätsgläubigen Vergangenheit überwunden waren. Dann, mit der Katastrophe des Ersten Weltkriegs und vollends mit dem Aufstieg von Bolschewismus und Nationalsozialismus, wurde die NZZ zur skeptischen Warnerin, die mit einiger «Phantasie im Bösen» zum Kampf für die verteidigenswerte, aber naturgemäss fragile bürgerliche Demokratie aufrief. Dahinter steckten nicht nur politische und philosophische Ideale, sondern selbstverständlich auch materielle Interessen; und Nachgeborene werden sich gelegentlich beim Rückblick fragen, ob ein gewisser Kulturpessimismus nicht zu früh fatale Anfänge geortet und zu oft ein «München» gefürchtet hat. Doch darob wird man nicht vergessen dürfen, dass die Zeitungsmacher in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts mit rechtsextremen Bewegungen zu tun hatten, für die systematische Gewaltanwendung Teil der Ideologie war; und dass auch der Kommunismus eine Doktrin war, die abgesehen von einigen Einbindungen in Volksfrontexperimenten stets – und bis heute – nur durch Waffengewalt an die Macht kam und nur durch diese an der Macht blieb. Die NZZ hat diese nicht unbedingt bequeme Lektion in unsere sichereren Jahrzehnte hinübertransportiert, und es ist nicht gesagt, dass sie nicht eines Tages wieder aktuell werden.

Ob das Blatt in einem höheren Sinn, *sub specie aeternitatis*, mit seinen Warnungen stets «Recht» hatte, lässt sich wie bei allen historischen Sach-

verhalten ohnehin nicht sagen. Hätte Hitler eine willfährige Schweiz bereitwilliger verschont als eine zum Widerstand geistig gerüstete? Hätte sich der kalte Krieg 1955 mit der Neutralisierung Deutschlands beenden lassen? Es gibt gute Gründe gegen solche hypothetischen Geschichtsläufe, aber ausschliessen lassen sie sich rückblickend nicht. Die Bedeutung der NZZ lag denn auch nicht unbedingt darin, dass die Geschichte ihr in jeder Hinsicht «Recht» gab. Ihr Verdienst war und ist es, dass sie in der von ihr mitbegründeten und mitgetragenen pluralistischen – nationalen wie globalen – Öffentlichkeit liberale Prinzipien konsequent, zuweilen unerbittlich, ansonsten offen vertrat und vertritt. Das bedeutet nicht, dass es *den* Liberalismus gibt, der sich von 1780 bis 2005 gleich geblieben wäre. Es gibt liberale Grundüberlegungen, von denen man in diesen 225 Jahren immer wieder neu ausging, um aus einer bewusst schweizerischen Warte Antworten auf stets neue und andersartige Herausforderungen zu suchen und zu geben: Zuversicht in die menschliche Gestaltungskraft, jedoch verbunden mit tiefster Skepsis gegen alle Erlösungs- und Heilsversprechen im Diesseits; und deshalb Freiheit als Chance und Verpflichtung zugleich, als letztlich metaphysisch verankerte Verpflichtung zu verantwortungsvollem, diszipliniertem Umgang mit der Freiheit, die kein Wert an sich ist, sondern die Voraussetzung menschenwürdigen Lebens.

Die Auslandberichterstattung der NZZ

Wie von Zürich aus ein weltumspannendes Korrespondentennetz geflochten wurde

von Konrad Stamm
Mitarbeiter der NZZ-Chefredaktion

Inhaltsverzeichnis

Vor 1780:
Aus persönlicher Korrespondenz werden «Briefzeitungen» •••

1780–1914:
«Privat-Correspondenz» und ausländische Zeitungen als Quellen •••

1914–1933:
Die Anfänge eines Netzes festangestellter Korrespondenten •••

1933–1945:
Der Posten in Berlin im Mittelpunkt des Interesses •••

1945–1955:
Das Netz wird universell •••

1955–2004:
NZZ-Korrespondenten in den Brennpunkten des Weltgeschehens •••

Die Neue Zürcher Zeitung nimmt unter den schweizerischen Medien eine einzigartige Stellung ein; im internationalen Vergleich wird sie zu den besten Zeitungen der Welt gezählt. Das Blatt verdankt diesen hervorragenden Ruf nicht zuletzt seinem weltumspannenden eigenen Korrespondentennetz. Bei dessen Entstehen am Ende des 19. Jahrhunderts berichteten ein knappes halbes Dutzend Mitarbeiter aus ein paar wenigen europäischen Hauptstädten für die NZZ. Etwas mehr als hundert Jahres später sind es über 40 meist festangestellte Korrespondenten, die rund um den Globus den Gang der Ereignisse für die NZZ beobachten, analysieren und kommentieren.

Vor 1780:
Aus persönlicher Korrespondenz werden «Briefzeitungen»

Als erste Auslandkorrespondenten, die in der Schweiz schon lange vor der Gründung der NZZ ihre Wirkung entfalteten, könnte man jene Gesandten oder Gewährsleute in ausländischen Staatskanzleien bezeichnen, die im 15. Jahrhundert an die Adresse von Landammännern, Schultheissen oder sonstigen Amtsinhabern in den eidgenössischen Ständen schriftlich über alles berichteten, was ihnen an Aussergewöhnlichem zu Ohren kam. Mit ihren Schreiben, die man später «Briefzeitungen» oder «Zeitungsbriefe» nannte, weil sie vom Erstadressaten zur Lektüre an mehrere Leser weiter gereicht wurden, begründeten sie den ersten einigermassen regelmässigen internationalen Nachrichtendienst. In den zu jener Zeit erstarkenden Handelshäusern erkannte man rasch, dass der aus dem Nachrichtenaustausch resultierende Informationsvorsprung den staatlichen Kanzleien konkreten Nutzen eintrug und dass gesicherte Kenntnisse über Ernteaussichten und Marktverhältnisse, über Naturereignisse wie Dürren oder Überschwemmungen, über politische Spannungen und sich anbahnende Kriege auch für den Handel ein Vorteil waren. Mehr oder weniger systematisch wurde in Europa ein Netz von «Wirtschaftskorrespondenten» aufgebaut, deren Meldungen einen reellen Wert darstellten, weil sie sich von den grenzüberschreitenden Handel treibenden Kaufleuten in materiellen Gewinn ummünzen liessen. Die Nachricht wurde zur Ware, für die man mit Geld zu bezahlen begann.

Nach den Politikern und Kaufleuten waren es die Gelehrten, die Humanisten und die Reformatoren, die als eifrige Briefeschreiber ihre zunächst persönliche Korrespondenz einer breiteren Leserschaft zugänglich machten. Basel, Zürich und später auch Genf wurden so zu Sammelbecken eines aus allen Richtungen zufliessenden Nachrichtenstroms. Die ursprünglich fachspezifischen Inhalte wissenschaftlicher oder theologischer Art wandelten sich zu politischen und insbesondere kirchenpolitischen «Nova». Natürlich waren Zwingli und seine Zeitgenossen nicht nur Empfänger, sondern auch Verfasser zahlreicher in die Welt hinaus gesandter Epistel, die oft mit der Bitte um «fleissige Weitergabe» versehen waren.

Leo Weisz, der die Anfänge des zürcherischen Journalismus erforscht und beschrieben hat, bezeichnet Heinrich Bullinger, den Nachfolger

Zwinglis, als den «Erzvater des modernen Journalismus»: Die bei Bullinger einlaufenden geschriebenen Zeitungen befreundeter Kaufleute habe dieser sofort in verschiedenster Form an Freunde und Anhänger weitergeleitet, später von Schreibern kopieren und an Interessenten versenden lassen. Dabei waren es oft Schauergeschichten aus fremden Landen, wie 1570 die «Unerhört greuenliche Geschicht, wie 3 grafen in dem Elsass, in der mumery umkummen und verbrunnen sind», mit denen Bullinger ans Publikum gelangte und die er zuweilen mit einem moralisierenden Schluss versah.

Die europaweiten Religionskriege, die grossen Entdeckungen und der sich daraus entwickelnde Welthandel, aber auch der Türkenkrieg erhöhten Ende des 16. Jahrhunderts in breiten Bevölkerungsschichten die Nachfrage nach internationaler Information. Es war Kaiser Rudolf II., der angesichts einer Flut sporadisch erscheinender Zeitungen mit Kriegsberichten den Wunsch äusserte, dass «gewisse Buchdrucker alles das, was in einem Monat hin und da vorfiele, ordentlich alle Monat auf einmal, nicht mehr aber in einzelnen Zeitungsblättern liefern möchten». Damit wurde Rudolf II. zum Begründer der periodisch erscheinenden Zeitungen.

Mit dem Druck der Zeitungen und der damit möglich gewordenen grossen Auflage und Verbreitung, in Zürich aber vor allem wegen der obrigkeitlich angeordneten Beschränkung auf drei privilegierte Druckereibesitzer, denen allein die Herausgabe einer Zeitung gestattet wurde, nahmen Originalität und Qualität der an der Limmat hergestellten Blätter sichtbar ab. An die Stelle der Korrespondenten, die ihre Briefzeitungen eigenhändig verfasst, und an die Stelle von deren Adressaten, welche die Korrespondenz handschriftlich kopiert und weiterverbreitet hatten, traten Ende des 18. Jahrhunderts die mit Schere und Kleister ausgerüsteten Buchdrucker, die das Nachrichtenmaterial, ohne grossen redaktionellen Aufwand zu betreiben, ausländischen Blättern entnahmen und mehr oder weniger unverändert nachdruckten. Der Zeitungsinhalt beschränkte sich somit auf Auslandinformation zweifelhafter Qualität; denn Inländisches zu publizieren war den Druckern – Heirats- und Todesanzeigen sowie Bekanntgabe von Ernennungen und Wahlen ausgenommen – unter Androhung des Entzugs ihres Zeitungsprivilegs, verboten.

1780–1914: «Privat-Correspondenz» und ausländische Zeitungen als Quellen

Die 1780 gegründete «Zürcher Zeitung» machte gleich auf der ersten Seite ihrer ersten Ausgabe vom «Mittwoche, den 12. Jenner» transparent, woher sie Auslandinformationen zu beziehen gedachte. Unter der Vignette des ins Horn blasenden Postreiters wurde den zukünftigen Abonnenten mitgeteilt, die Redaktion habe «Anstalten getroffen, vermittelst der besten Französischen, Englischen, Italienischen, Holländisch- und Deutschen Zeitungen, und auch durch zuverlässige Privat-Correspondenz die Nachrichten so bald zu erhalten, und in unsere Zeitungen einzurücken, als es andre von unsern Nachbarn thun können.» Es kam dann allerdings vor, dass die Zustellung der ausländischen Blätter nicht funktionierte, was die Redaktion in nicht geringe Verlegenheit brachte, die sie gegenüber der Leserschaft, zum Beispiel im Jahr 1785, mit folgender Notiz, bekundete: «Alle Briefe oder aufrichtiger gesagt, die Zeitungen aus Deutschland, Holland und England sind ausgeblieben. Also Verzeihung, liebes Publikum!» Es mangelte der «Zürcher Zeitung» damals also offensichtlich noch an exklusiver Originalkorrespondenz. Da die ausländischen Blätter, aus denen abgeschrieben wurde, grösstenteils fremdsprachig waren, mussten die Redaktoren, deren Arbeit über weite Strecken im Übersetzen bestand, zumindest über gute Sprachkenntnisse verfügen.

Mitunter dienten angebliche Nachrichten aus ausländischen Zeitungen aber auch als «Tarnung»: Peter Philipp Wolf, Redaktor der «Zürcher Zeitung» von 1785 bis 1795, Rousseau-Bewunderer und begeisterter Anhänger der französischen Revolution, verfasste selber derart lebhafte, ja ergreifende Schilderungen der Ereignisse, die sich in der französischen Hauptstadt abspielten, dass er sie als Zeitungsmeldungen aus Paris ausgeben musste, um mit der Zensur in Zürich keine Probleme zu bekommen.

Die «Privat-Correspondenz», welche die «Zürcher Zeitung» in ihrer ersten Ausgabe angekündigt hatte, stammte meist aus der Feder von höheren Offizieren in fremden Diensten, von Kaufleuten in fremden Landen oder auch von Schriftstellern, die sich mit ihren Zeitungsartikeln ein bescheidenes Honorar und damit oft das einzige einigermassen regelmässige Einkommen verdienten. Zu den letzteren gehörte zum Beispiel der Deutsche Gottfried Ebel, der ab 1797 von Paris aus über die «Zürcher Zeitung» seine warnende Stimme an die unter sich zerstrittenen Eidgenossen

richtete und über den ein späterer Chronist urteilte, «glühendere Worte hätte kein schweizerischer Patriot an sein bedrohtes Vaterland richten können».

Bezeichnendes Beispiel für die oft auf Zufällen beruhende Auslandberichterstattung der in jener Zeit erscheinenden Blätter ist die Art und Weise, wie die «Zürcher Zeitung» ihre Leser über die Schlacht von Waterloo informierte. Der Ausgang der Schlacht, die am 18. Juni 1815 zwanzig Kilometer südlich von Brüssel geschlagen wurde, war entscheidend für das Schicksal Napoleons und ganz Europas. Während der Bankier Nathan Rothschild in London dank seines umsichtig organisierten Informationsnetzes so frühzeitig Kunde von der Niederlage des napoleonischen Heeres erhielt, dass ihm sein Wissen an der Börse erhebliche Gewinne eintrug, publizierte die «Zürcher Zeitung» eine erste Meldung am 27. Juni, also nach annähernd zehn Tagen und dazu noch versteckt irgendwo auf Seite 3. Erst eine Woche später fand die welthistorisch bedeutsame Nachricht aus Waterloo ihren Platz auf der «Front page». Beim abgedruckten Bericht handelte es sich um ein offizielles Dokument englisch-preussischer Provenienz, verfasst von den Stäben Wellingtons und Blüchers. Der Text war über das alliierte Hauptquartier in Heidelberg an den englischen Gesandten in der Schweiz gelangt. Stanford Canning leitete das Papier an die Schweizer Behörden weiter, die 1815 in Zürich residierten, weil Zürich damals als «Vorort» die temporäre Hauptstadt der Eidgenossenschaft war. Pech hatte die «Zürcher Zeitung» insofern, als das Dokument an einem Freitag auf der Redaktion eintraf. Die Samstagsausgabe war bereits fertiggestellt und die nächste Ausgabe erschien erst am Dienstag. Im Sinne politischer Ausgewogenheit wurde übrigens, nochmals drei Tage später, auch die französische Version über die Schlacht aus dem Pariser «Moniteur» (dem Amtsblatt) nachgedruckt.

Mit der eigenen Privat-Correspondenz lag es weiterhin im Argen: Über die 1830er Juli-Revolution in Frankreich war am 2. August jenes Jahres in der «Neuen Zürcher Zeitung» zu lesen, es sei «durchaus nichts Zuverlässiges aus der französischen Hauptstadt in Zürich eingetroffen. Mehrere circulierende Gerüchte können wir noch zu wenig Glauben beimessen, um sie hier aufzunehmen». Hingegen erschienen der Redaktion «die nachstehenden Berichte, welche wir der Lausanner-Zeitung vom 29. und 30. Juli entheben, begründet» und damit wert, abgedruckt zu werden. Man wusste sich also immer wieder, wenn auch oft mit tagelanger Verzö-

gerung, über das Defizit an zuverlässigen Informationen aus dem Ausland hinwegzuhelfen. Das war umso wichtiger, als wegen der für Inlandnachrichten geltenden rigorosen obrigkeitlichen Zensur bis zu 90 Prozent des redaktionellen Zeitungsinhaltes aus Meldungen und Berichten aus dem Ausland bestanden.

Auch die Berichte über die Februarrevolution von 1848 stützten sich im wesentlichen auf die französischen und auf andere ausländische Blätter. Einzig aus Italien erhielt die NZZ regelmässige «Privatkorrespondenzen», was wohl auf die besonderen Beziehungen zurückzuführen war, die der damalige Leiter der Redaktion, Ludwig Herkules Daverio, zu seiner ursprünglichen Heimat aufrecht erhielt. Ab 1855 mehren sich die Originalkorrespondenzen aus Paris und Florenz. Dem Protokoll des Verwaltungskomitees der NZZ vom 16. Juni 1869 ist zu entnehmen, es habe «Herr Minister Dr. Kern in Paris seine Geneigtheit erklärt, der «Neuen Zürcher Zeitung» zweimalige wöchentliche Originalkorrespondenzen aus fachkundiger Feder zu verschaffen, falls hiefür eine jährliche Ausgabe von Fr. 1000–1200 gewährt werden wolle». Das Komitee ermächtigte den Chefredaktor zum probeweisen Bezug von Kerns Artikeln. Ab 1870 begann aus Berlin ein Dr. L. Kayssler so regelmässig zu berichten, dass eine gewisse politische Einseitigkeit in den Spalten der NZZ Einzug hielt. Chefredaktor Eugen Escher bekundete deshalb vor dem Verwaltungskomitee seinen Willen, durch Originalkorrespondenzen auch aus Paris, London und Wien dem deutsch-französischen Krieg «eine allen Ländern gerechte Arbeit und eine solche Rücksichtnahme auf französische Vorgänge zukommen zu lassen, wie sie der Bedeutung von Frankreich und den geschichtlich wie kommerziell sehr intimen Beziehungen zu diesem Lande entspricht». Erstmals wurde 1870/1871 in der Person von Prof. Jakob Bächtold zudem «ein Berichterstatter vom Kriegsschauplatze» eingesetzt, der «die nachhaltigen Eindrücke, die er dort empfieng, in Schilderungen wiedergab, die mit besonderem Interesse gelesen wurden».

Inzwischen hatten bei der NZZ die sogenannten Drahtberichte Einzug gehalten, die in einer gesonderten Rubrik unter dem Titel «Telegraphische Depesche der N.Z.Z.» abgedruckt wurden. Ab 1881 gesellten sich zu den telegraphisch übermittelten Agenturmeldungen sogenannte «Privattelegramme» der gelegentlichen Korrespondenten in Berlin, London, Paris und Wien. Seit demselben Jahr erschienen in der NZZ regelmässig Berichte aus Paris unter dem Kürzel E. H. Das Geheimnis, wer sich hinter

diesen Buchstaben versteckte, wurde erst 1910, dann aber in einem langen Frontseiten-Artikel gelüftet: «Wer ist eigentlich der E. H.? so fragten oft genug seit dreissig Jahren die eifrigen Leser dieses Blattes. Wenn dann die Eingeweihten antworteten, es sei ein altes, 1839 in Horgen geborenes Fräulein, das sich Emilie Hüni nenne, so ernteten sie zunächst ungläubiges Lächeln, denn niemand wollte glauben, dass ein so sicheres Urteil, eine so feine Beobachtung und namentlich eine solche Ausdauer in der politischen Korrespondenz beim weiblichen Geschlechte möglich sei.» Emilie Hüni, deren vollen Namen man der Leserschaft verschwiegen hatte aus Angst, eine Frau könnte als Journalistin nicht ernst genommen werden, arbeitete offensichtlich speditiv und effizient, bediente sie doch neben der NZZ auch die Berliner «Nationalzeitung» und die «Wiener Montagsrevue» mit ihrer politischen Berichterstattung, und darüber hinaus verfasste sie noch «Modeberichte höherer Gattung» für die «Kölnische Zeitung».

Mit einer Plauderei über das «Weissbierphilistertum» nahm 1880 in Berlin Hugo Herold als Mitarbeiter der NZZ seine Tätigkeit auf, eine Tätigkeit, die über 50 Jahre lang andauern sollte. Zunächst berichtete er über kulturelle und wissenschaftliche Fragen, so unter anderem als erster Journalist über Prof. Kochs Tuberkuloseforschungen. Pro Bericht wurde ihm ein Honorar von drei Franken ausgerichtet. Später widmete er sich vermehrt den politischen Vorgängen in Deutschland und entwickelte sich zu einem der besten Kenner der Politik seines Heimatlandes.

Da die Verbindung mit der Continental-Telegraphen Cie. in Berlin, die einem Verband von fünf grösseren Schweizer Zeitungen die Nachrichten übermittelt hatte, in verschiedener Hinsicht nicht befriedigte, legte sich die NZZ 1883, nach verschiedenen Versuchen mit andern Agenturen, einen eigenen privaten Telegraphendienst aus Berlin zu, der vom Korrespondenten selber gehandhabt werden musste und der später auf Paris und London ausgeweitet wurde.

Anlass sowohl zu externer als auch interner Kritik gab die Berichterstattung aus England, für die zuerst verschiedene Privatkorrespondenten und ab 1898 ein Deutscher namens J. Walraff verantwortlich zeichneten. In der Sitzung des Verwaltungskomitees vom 26. November 1904 «entspinnt sich eine längere Diskussion über die Behandlung Englands in der NZZ. Von verschiedenen Seiten wird der Wunsch geäussert, dass die Haltung des Blattes gegenüber England freundlicher werde mit Rücksicht

auf die grossen Interessen, die sich für unsere Industrie und unseren Handel an England knüpfen. Es sollte ein Korrespondent gefunden werden, der die englische Politik im englischen Sinne behandeln würde. Die Redaktion weist auf die grossen Schwierigkeiten hin, einen guten englischen Korrespondenten zu finden, der nicht Deutscher ist und berichtet über frühere Erfahrungen auf diesem Gebiet. Vielleicht ist es möglich, einen geeigneten Mann in Zürich aufzutreiben.»

Nach der Jahrhundertwende, im Zeichen des sich zuspitzenden Nationalismus, akzentuierte sich das Problem, dass als Auslandberichterstatter meist nur deutsche Staatsangehörige rekrutiert werden konnten, die ihre nationale Gesinnung in den von ihnen verfassten Artikeln überdeutlich zum Ausdruck brachten und damit die Leserschaft der NZZ polarisierten: Die Redaktion registrierte sowohl begeisterte Zustimmung als auch scharfe Verurteilungen. Das Verwaltungskomitee gelangte deshalb zur Überzeugung, es sei unbedingt notwendig, die wichtigeren Korrespondentenstellen, insbesondere Paris und London, mit Schweizern zu besetzen. Als der gelegentliche Mitarbeiter in Paris, ein Deutscher namens Schultz, der eigentlich die Nachfolge von Emilie Hüni hätte sicherstellen sollen, eine Chefredaktorenstelle in Berlin übernahm und somit die Stelle des Pariser Korrespondenten frei wurde, sah sich das Verwaltungskomitee vor die Möglichkeit gestellt, einen festen Pariser Korrespondentenposten für einen Schweizer zu schaffen, der «eine schweizerische Auffassung des öffentlichen Lebens des befreundeten Nachbarlandes in unserm Blatte mehr als bisher zum Ausdruck bringe». Im Oktober 1911 stellte das Komitee angesichts von Inserateneinnahmen, die um 74 000 Franken über dem Vorjahr lagen, optimistisch fest: «Der Stand unserer Finanzen erlaubt uns mutmasslich grössere Ausgaben. Eine Ausgabe von 12 000–15 000 Fr. für einen tüchtigen Pariser Korrespondenten wäre darum wohl zu wagen. Ebenso später für London.»

Nach verschiedenen erfolglosen Bemühungen gelang es im Januar 1912 in der Person von Max Müller, Redaktor am St. Galler Tagblatt und Sohn des Tagblattverlegers, einen Mann zu finden, der den Erwartungen des Komitees in erfreulicher Weise entsprach. Max Müller betreute den Pariser Posten bis im Juni 1940; dann kehrte er, unmittelbar vor dem Einmarsch der Deutschen, in die Schweiz zurück, da unter der Okkupation an eine unabhängige Berichterstattung aus der französischen Hauptstadt nicht mehr zu denken war.

Der Erfolg mit dem ersten NZZ-exklusiven vollamtlichen Korrespondentenposten veranlasste das Komitee, auch für die Aussenstelle in Rom, wo sich gelegentliche Mitarbeiter wie die Herren Fleiner und Stein nicht bewährt hatten, einen ständigen Korrespondenten schweizerischer Nationalität zu berufen. Im März 1914 schlug die Redaktion dem Komitee für diesen Posten Albert Sautier vor, der soeben zum Redaktor des «Luzerner Tagesanzeigers» gewählt worden war. Da Sautier nebenbei noch wissenschaftlich tätig sein wollte, beschränkte man seine Jahresbesoldung auf 3000 Franken. Das Komitee stimmte der Anstellung zu, «sofern die in Luzern anzustellenden Erkundigungen über die politische Richtung des Herrn Sautier beruhigende Aufklärung gewähren. Ein Korrespondent klerikaler Gesinnung könnte der N.Z.Z. nicht dienen.» Sautier sollte später indes nicht an seiner politisch-klerikalen Gesinnung, sondern an zu wünschen übrig lassender journalistischer Produktivität scheitern. Offenbar liess er sich vom südländischen «Dolce far niente» anstecken, was ihm mehrere Ermahnungen eintrug, und, als diese nutzlos blieben, schliesslich die Kündigung nach sich zog.

Keine Gnade fand trotz erfreulichem Stand der NZZ-Finanzen das Anerbieten des Heidelberger Professors Koch, vor Ort über die dramatischen Ereignisse in China zu berichten. China wurde seit Oktober 1911 von einer Revolution geschüttelt, die zum Ende der dynastischen Herrschaft führte und schliesslich in eine Militärdiktatur mündete. Kochs Angebot wurde «mit Rücksicht auf die unverhältnismässig grossen Kosten» abgelehnt. Die Ablehnung entsprach aber gleichzeitig der vorherrschenden europazentrierten Weltanschauung vor dem Ersten Weltkrieg, die sich auch in der Auslandberichterstattung der NZZ spiegelte.

1914–1933:
Die Anfänge eines Netzes festangestellter Korrespondenten

Bei Kriegsausbruch 1914 verfügte die NZZ mit Max Müller in Paris, Albert Sautier in Rom und Hugo Herold in Berlin über drei festangestellte sowie in London und in den Vereinigten Staaten über regelmässig schreibende freie Mitarbeiter. Allerdings litt die Berichterstattung der Korrespondenten unter der scharfen Zensur der Kriegführenden. Daneben gab es die eigentliche Kriegsberichterstattung, die zum Teil direkt von Zürich aus organisiert wurde. So besuchte NZZ-Redaktor Willy Bierbaum zwi-

schen 1914 und 1917 während mehr als einem Jahr die verschiedenen Fronten in Belgien, Frankreich, Österreich und im Osten. Für die NZZ und den «Bund» gemeinsam unternahm Oberst Karl Müller, Redaktor beim «Bund» in Bern, verschiedene Reisen an die deutschen Fronten. Zahlreiche kürzere Frontbesuche wurden im Namen der NZZ von schweizerischen Offizieren ausgeführt. Auch die Kriegsberichterstatter wurden jedoch, wenn sie akkreditiert werden wollten, zur Wiedergabe des Standpunktes ihres Gastgebers verpflichtet. Es lag dann an der Redaktion, die schlimmsten Auswüchse aus den Berichten zu eliminieren und übers Ganze eine gewisse Ausgewogenheit herzustellen.

Dem Bestreben, sich nicht einseitig beeinflussen zu lassen, war es auch zuzuschreiben, dass die NZZ einige Monate nach Kriegsbeginn den neu in ihre Dienste getretenen Hermann Schütz nach Chiasso entsandte, von wo aus er als Sonderkorrespondent, unbehelligt von den Römer Zensurbehörden, unter der Hinweiszeile «Von der italienischen Grenze» über die Vorgänge im südlichen Nachbarland berichtete. Schütz blieb, da sich die Grenze nach Kriegsende für politische Berichterstatter nicht sofort öffnete, bis 1922 in Chiasso, zog dann nach Como und schliesslich nach Mailand, wo eine grosse, am wirtschaftlichen Austausch zwischen Italien und der Schweiz interessierte Schweizer Kolonie angesiedelt war. Hier wirkte Schütz bis 1947 als Korrespondent für Politik und Wirtschaft in Oberitalien.

1916 erklärte Chefredaktor Albert Meyer vor dem Verwaltungskomitee einmal mehr, «dass die NZZ über England höchst ungenügend informiert ist». Noch im selben Jahr wurde deshalb ein ständiger Korrespondentenposten in London geschaffen und Tony Borel, der den NZZ-Lesern durch gutgeschriebene Berichte aus Frankreich bekannt war, in die englische Hauptstadt entsandt. Diese Massnahme sei, so hielt der Präsident des Komitees zuhanden des Protokolls ausdrücklich fest, «vom hiesigen britischen Generalkonsulat sympathisch aufgenommen worden». Borel erhielt neben dem früher vereinbarten Jahresfixum von 1000 Franken einen Lohn von 30 Pfund Sterling pro Monat und 2000 Franken Spesen pro Jahr. Der Krieg verteuerte indes die Lebenshaltung im Ausland so stark, dass 1917 eine generelle Lohnerhöhungsrunde für Auslandkorrespondenten stattfand. 1919 wurde Borel in London von Walther Weibel abgelöst. Weibel hatte früher vorwiegend für deutsche Blätter über Italien – und dabei als einer der wenigen journalistischen Augenzeugen über das grosse

Erdbeben von Messina im Jahr 1908 auch für die NZZ – berichtet, bevor er sich 1912 in die Dienste der «Frankfurter Zeitung» begab.

Nach dem Krieg bekundete man bei der NZZ den Willen, die Berichterstattung über auswärtige Belange vermehrt mit der politischen Grundausrichtung des Blattes in Einklang zu bringen und deshalb NZZ-eigene Mitarbeiter damit zu betrauen. Im Übereinstimmung mit der offiziellen schweizerischen Aussenpolitik, die unter der Leitung von Bundesrat Giuseppe Motta stand, machte sich die NZZ die Verpflichtung auf den Gedanken des Völkerbundes zum Programm. So war es denn fast selbstverständlich, dass in der Person des bisherigen Londoner Korrespondenten Tony Borel ein NZZ-Vertreter fest in Genf installiert und akkreditiert wurde.

Hugo Herold schrieb inzwischen seit mehr als 40 Jahren nach wie vor glänzende Artikel aus und über Berlin; es waren unter anderem aber die Fortschritte der telegraphischen bzw. telephonischen Übermittlung, die Herold offenbar nicht mehr ganz in den Griff bekam, welche die Redaktion dazu veranlassten, ihm eine jüngere Kraft an die Seite zu stellen: 1920 wurde Joseph Halperin mit der Aufgabe des Berliner Korrespondenten betraut.

1921 wurde, «weil andere Kräfte uns nicht zur Verfügung stehen», der bisherige freie Mitarbeiter in New York, ein Deutscher namens Schulthess, für zunächst ein Jahr und eine Besoldung von 3000 Dollar in ein festes Vertragsverhältnis eingebunden.

In Budapest beschäftigte die NZZ einen gelegentlichen Mitarbeiter namens Benedek, der sich bei der ungarischen Regierung derart unbeliebt machte, dass sich das Verwaltungskomitee mit dem Fall beschäftigen musste und dabei feststellte, Benedeks Berichterstattung sei zwar sachlich richtig, Benedek persönlich gebe hingegen «ein wenig erfreuliches Bild» ab. Einmal mehr beklagte man sich im Komitee über «düstere Persönlichkeiten, die nicht Schweizer sind» und dass sich «recht zweifelhafte Elemente der Journalistik zuwenden».

1922 wurde der Redaktion im Gefolge der Wirtschafts- und Reichsmarkkrise in Deutschland eine Sparrunde auferlegt, wobei der grösste Abstrich, nämlich 65 000 Franken, zu Lasten des Korrespondentennetzes vorgenommen wurde. Ein Lohnabbau wurde diskutiert, die Spesen mussten gekürzt werden, die Berichte durften nur noch in dringenden Fällen telegraphisch übermittelt werden. Herold, der den Weisungen sehr zöger-

lich nachkam, wurde wegen Ignorierung der Instruktionen aus Zürich ausdrücklich verwarnt. Die als zwar gut und anregend, quantitativ hingegen als ungenügend empfundene Berichterstattung aus Italien durch Albert Sautier wurde «im Sinne der Herabsetzung der Kosten» überprüft und mündete, nach verschiedenen vergeblichen Ermahnungen und nach der Reduktion seines Lohnes auf die Hälfte, im Jahr 1925 schliesslich in die Entlassung des Korrespondenten.

Ins Jahr 1922 fiel die erste direkte Konfrontation eines NZZ-Korrespondenten mit dem Faschismus. Während des Putsches in Italien verschaffte sich eine Faschistengruppe Zutritt zur Wohnung von Hermann Schütz, der soeben von Chiasso nach Como umgezogen war, und verlangte von ihm ultimativ und mit Drohungen, zu denen die Verabreichung von «Prügeln, Rhizinusöl und Schlimmeres gehörten», die Unterzeichnung zweier Schriftstücke, die eine starke Beschränkung seiner Korrespondententätigkeit bedeutet hätte. Schütz verweigerte die Unterschrift und setzte sich mit seiner Familie nach Zürich ab. In der Folge intervenierte der Präsident des Verwaltungskomitees bei Bundesrat Motta, der durch eine indirekte Intervention bei den lokalen Behörden die Sicherheit für den Korrespondenten bei dessen Rückkehr nach Como bewirkte. Das Komitee erachtete es als wünschbar, dass Schütz vom kleinen Como, wo jeder jeden kannte, in die Anonymität der Grossstadt Mailand umziehe, wo er sich grösserer Bewegungsfreiheit erfreuen könne.

Der als Römer Korrespondent entlassene Albert Sautier wurde 1925 durch Robert J. Hodel ersetzt, dessen Berichterstattung massgeblich dafür verantwortlich war, dass die Haltung der NZZ gegenüber dem italienische Faschismus eigenartig ambivalent erschien. Während Hermann Schütz aus Mailand die Ereignisse mit helvetischer Nüchternheit und hartnäckiger Skepsis rapportierte, stand Hodel dem neuen Italien Mussolinis mit unverhohlener Sympathie gegenüber, die so weit ging, dass er Formeln der faschistischen Selbstdarstellung in seine Berichterstattung einfliessen liess, wo dann verharmlosend vom «neuen Klassizismus» und vom «wiederauflebenden römischen Geist» die Rede war. Selbst in Fred Luchsingers offizieller Darstellung der Geschichte der NZZ im Zweiten Weltkrieg wird zugestanden, Hodel habe sich zweifellos an der Grenze dessen bewegt, was ein dem Liberalismus verpflichtetes Blatt an Tolereanz nach «rechts» habe gewähren können. Hodel war bei Mussolini so gut angeschrieben, dass selbst prominente Italiener ihn hin und wieder ersuchten,

dem Duce eine heikle Mitteilung zu überbringen. Es war für den Schweizer dann um so schmerzlicher zu beobachten, wie die italienische Politik nach dem Äthiopien-Feldzug ins Hitlers Fahrwasser geriet. Obwohl mit der Besetzung Italiens durch die Deutschen die Wogen auch über ihm zusammenschlugen, harrte Hodel bis zu seinem Tod im Jahr 1948 als Korrespondent in Rom aus.

Die 1924 beschlossene Berufung Walther Weibels in die Zürcher Redaktionszentrale setzte das Korrespondentenkarussell erneut in Drehung: Halperin wechselte von Berlin nach London, wo er zunächst einmal mit vom Komitee als «übertrieben» bezeichneten Lohnforderungen auf sich aufmerksam machte. Für die als ausserordentlich wichtig erachtete Stelle in Berlin verfügte man über eine ziemlich lange Liste von Bewerbern. Weil er das nötige politische Urteil und journalistische Tüchtigkeit besitze, wurde Willy Bretscher, der seit 1917 im Dienste der NZZ stand und der Inlandredaktion angehörte, vor allen andern Kandidaten der Vorzug gegeben. Der Bretscher zugestandene Jahreslohn nahm sich mit 13 000 Franken neben den von Halperin geforderten 26 000 geradezu bescheiden aus. Ausserdem vergass das Komitee nicht, Bretscher bei den Spesen zu grösster Sparsamkeit und zur lückenlosen Belegung seiner Ausgaben anzuhalten. Willy Bretscher, der bis 1929 in Berlin weilte, sorgte schon in der Krisenzeit der Weimarer Republik, also Jahre vor der Machtergreifung Hitlers, für eine eindeutige und unmissverständliche Qualifikation des Nationalsozialismus durch die NZZ. 1929 kehrte Joseph Halperin nach Berlin zurück, wo er bis 1932 ausharrte. Als das Kabinett Papen/Schleicher ans Ruder kam, sah Halperin die Kurzlebigkeit dieser vermeintlichen Alternative zu Hitlers Alleinherrschaft klar voraus und entschloss sich resignierend, den Posten in Deutschland aufzugeben.

1926 gab Hans W. Egli als 27jähriger in London sein Debüt als Wirtschaftskorrespondent der «Neuen Zürcher Zeitung». Neben ihm nahm 1927 Eric Kessler, vorher Redaktor der «Thurgauer Zeitung», die politische Berichterstattung aus der englischen Metropole auf. Egli verfasste bis zu seinem 75. Geburtstag regelmässig Artikel aus Grossbritannien für die NZZ und durfte im Jahr 1999 an seinem 100. Geburtstag ein Glückwunschtelegramm von Königin Elisabeth entgegennehmen. Von 1940 bis 1951 war er Hauptkorrespondent der NZZ in London. Höhepunkt seiner Tätigkeit war ein Artikel über die grauenhaften Wirkungen der Bombardierung von Coventry durch die deutsche Luftwaffe, in dem er schilderte,

dass gar nicht die angeblich anvisierten industriellen und militärischen Anlagen, sondern die Zivilbevölkerung Opfer der Bomben geworden war. Sein Bericht wurde im Führerhauptquartier in Berlin gelesen und bewirkte einen Wutausbruch des Führers, der Egli «in die Steppen Sibiriens» verwünscht haben soll. Hitler beauftragte in der Folge den deutschen Botschafter in der Schweiz, die Entfernung Eglis von seinem Posten in England zu fordern – eine diplomatische Intervention, die glücklicherweise erfolglos blieb.

Die 1927 neugeschaffene Korrespondentenstelle in Wien wurde mit Friedrich Wlatnig besetzt. Wlatnig blieb auf seinem Posten, bis er mit dem Anschluss Österreichs an Hitlers tausendjähriges Reich im Jahr 1938 gezwungenermassen deutscher Staatsbürger wurde. Er wechselte daraufhin als Korrespondent nach Ungarn, wo er von Budapest aus während des ganzen Zweiten Weltkriegs den Gang der Dinge in Osteuropa und auf dem Balkan verfolgte. Nach der Gründung der Zweiten Republik kehrte er nach Wien zurück, wo er bis 1960 ein aufmerksamer Chronist der Ereignisse in Österreich blieb.

Mit den Mitarbeitern Carl E. Loosli für den Völkerbund in Genf, Max Konzelmann als Verstärkung für Max Müller in Paris, Hans Ippius Fockens in den Niederlanden, Walter Marti in Brüssel, Max Mehlem in Helsinki für die nordischen Länder sowie mit Alfred Demiani und Eric Streiff in Spanien baute die NZZ Ende der 1920er und Anfang der 1930er Jahre ihr Informationsnetz in Europa weiter aus. Für die Nachrichtenbeschaffung aus aussereuropäischen Ländern hatte sie sich die Kabelmeldungen der amerikanischen Agentur «United Press» gesichert. Doch empfand man insbesondere das Fehlen eines eigenen festangestellten Korrespondenten in den USA, über das man sich mit Artikeln eher impressionistischer Natur von gelegentlichen Mitarbeitern hinweghalf, zunehmend als einen Mangel, den auch die gelegentlich abgedruckten Berichte der Reiseschriftstellerin Annemarie Schwarzenbach nicht wettzumachen vermochten.

Die europäische Politik zwischen den Weltkriegen wurde zeitweise überschattet von den Wirren in China, die nach dem Zwischenfall von Mukden 1931 zur Besetzung der Mandschurei durch Japan und später in den chinesisch-japanischen Krieg mündeten. Die NZZ-Leser wurden darüber aus erster Hand informiert: Walter Bosshard begann seine Berichterstattung für die NZZ im Dachgarten des Cathay-Hotels, wo er mit

zahlreichen andern Journalisten wie von einer Tribüne aus die Kämpfe um Schanghai beobachtete und anschliessend zu einem Whisky-Soda in die Bar ging. In geradezu surrealistisch anmutenden Texten schilderte er die «drôle de guerre à la chinoise», in deren Verlauf er sich per Taxi abwechslungsweise ins chinesische und ins japanische Hauptquartier chauffieren liess. Ab 1933 zog sich Bosshard immer mehr von seinen bisherigen Arbeitgebern, den inzwischen stramm nationalsozialistisch ausgerichteten deutschen Zeitungen zurück, publizierte seine Beiträge vermehrt in angelsächsischen Medien und wurde noch während des Zweiten Weltkriegs als «roving correspondent» (reisender Berichterstatter) von der NZZ fest angestellt. Mit Kamera und Notizblock bewaffnet reiste er in alle Himmelsrichtungen, um von den alliierten Fronten aus den Kriegsverlauf zu verfolgen.

Eine Terra incognita, was die direkte Berichterstattung angeht, blieb für die NZZ die Sowjetunion, die sich durch die Moskauer Prozesse und die sie begleitende Terrorwelle international diskreditiert hatte. Mangels zuverlässiger direkter Information versuchte Waldemar Jollos die spärlichen Informationen, die aus der UdSSR in den Westen drangen, von der Zürcher Auslandredaktion aus zu enträtseln und zu interpretieren.

1933–1945: Der Posten in Berlin im Mittelpunkt des Interesses

Die Machtergreifung Hitlers und die rasche Liquidierung des unabhängigen Journalismus durch die Nationalsozialisten in Deutschland machte die Berichterstattung aus dem nördlichen Nachbarland für die NZZ zunehmend zur Gratwanderung. Für die frühen 1930er Jahre findet man in den Spalten der Zeitung zwar eine Nazi-kritische, aber keine grundsätzlich deutschfeindliche Haltung der Kommentatoren. Nach dem Ausscheiden von Hugo Herold, der seit 50 Jahren die politische Berichterstattung aus Berlin mit feuilletonistischem Charme betrieben, und von Joseph Halperin, der die Last der nüchtern bleibenden tagesaktuellen Korrespondenz getragen hatte, übernahm Ende 1932 der bisherige Inlandredaktor Reto Caratsch den Posten in der deutschen Hauptstadt. Caratsch erwies sich rasch als unbestechlicher Chronist, der mit Klarsicht und Mut die Entwicklung des nationalsozialistischen Regimes von der Machtübernahme bis zum Höhepunkt im Sommer 1940 beschrieb und analysierte.

Er musste dabei nicht nur dem Druck der deutschen Machthaber standhalten, Pressionen wurden vielmehr auch von der Schweiz aus auf ihn ausgeübt, um ihn zu einer «deutschfreundlicheren» Haltung zu bewegen. Rückhalt verlieh ihm nicht zuletzt sein Vorvorgänger in Berlin, der inzwischen zum Chefredaktor avancierte Willy Bretscher, der vor und während des Zweiten Weltkriegs massgeblich den Kurs der Zeitung bestimmte und mit seinen Kommentaren und Leitartikeln zusammen mit Albert Müller und Caratsch dafür verantwortlich war, dass die NZZ ab 1934 nicht mehr nach Deutschland eingeführt werden durfte. Immerhin war das Naziregime darauf bedacht, gegenüber dem Ausland eine minimale Fassade freier Pressearbeit aufrecht zu erhalten und duldete deshalb nicht nur die Fortsetzung der Arbeit Caratschs, sondern stimmte 1936 auch der Akkreditierung von Johann Conrad Meyer als Wirtschaftskorrespondent der NZZ in Berlin zu. 1938 wurde der Druck auf Caratsch indes derart stark, dass das NZZ-Verwaltungskomitee erwog, ihn mit Eric Kessler in London Platz tauschen zu lassen. Kessler wäre, wenn auch ungern, bereit gewesen, nach Berlin überzusiedeln, Caratsch hingegen bekundete «nicht die geringste Neigung, nach London zu gehen», worauf in Zürich beschlossen wurde, «nach dem Grundsatz quieta non movere die Dinge zu belassen, wie sie sind».

In London diagnostizierte Eric Kessler in den Jahren vor dem Zweiten Weltkrieg eine bisweilen grosse Verständigungsbereitschaft gegenüber den Nationalsozialisten, die sich in einer unentschiedenen Politik Englands ausdrückte. Die Pariser Berichterstattung Max Müllers und Max Konzelmanns spiegelte vor allem die dominierende innenpolitische Problematik Frankreichs vor und während der Volksfrontepoche wieder. In Mailand trat 1935 Hermann Schütz junior an die Seite seines gleichnamigen Vaters und entwickelte in den Turbulenzen der späten 1930er Jahre rasch sein eigenes journalistisches Profil. Im Spanischen Bürgerkrieg verdiente sich Urs Schwarz seine Sporen als Auslandberichterstatter ab, wobei seine Sympathien, gleich wie diejenigen seines Nachfolgers Paul Werner, etwas allzu deutlich der franquistischen Seite zuneigten.

Aus den neuen deutschen Verhältnissen zog die NZZ insofern professionellen Gewinn, als zahlreiche profilierte Journalisten vom Naziregime zur Emigration und zur Suche nach neuen Arbeitgebern gezwungen wurden. Zu ihnen gehörte Carl Heinz Hillekamps, der nach Argentinien ausgewandert war und ab 1935 über 30 Jahre lang für die NZZ vorwiegend

aus Buenos Aires, aber mit Unterbrüchen auch über Uruguay, Chile, Paraguay und Bolivien berichtete. Er starb 1967 an den Folgen eines Unfalls.

Nach Paris emigriert war der in Breslau geborene Rudy H. Schlesinger, der ab 1937 aus der französischen Metropole schreibend regelmässig für die NZZ-Wirtschaftsredaktion tätig war. Als die Deutschen Paris besetzten, zog er nach New York weiter, wo er zunächst eine Anstellung bei einer Bank fand, ab 1949 dann wieder für die NZZ die vollamtliche Wirtschaftsberichterstattung vom grössten Finanzplatz der Welt übernahm.

Kurz vor Ausbruch des Zweiten Weltkriegs nahm Salomon Wolff, der für die «Frankfurter Zeitung» die Ereignisse in Frankreich verfolgt und sich dann vorübergehend in den Dienste eines Amsterdamer Bankhauses gestellt hatte, die Zusammenarbeit mit der NZZ auf und diente ihr annähernd vier Jahrzehnte lang als Wirtschaftskorrespondent für Frankreich.

Hingegen war der durch den Anschluss Österreichs zwangsmässig Reichsdeutscher gewordene Friedrich Wlatnig als Korrespondent in Wien nicht mehr tragbar und musste vorübergehend durch den Sekretär der Schweizerischen Handelskammer in Wien, den Schweizer Hans Keller ersetzt werden.

Der Ausbruch des Zweiten Weltkriegs drohte das Netz der NZZ-Auslandberichterstattung zu zerreissen. In den ersten zehn Septembertagen, nachdem zwischen Grossbritannien und Deutschland der Kriegszustand eingetreten war, konnte weder ein Telefongespräch aus London durchgeschaltet werden, noch erhielt man in der Schweiz englische Zeitungen. Redaktoren und Stenografen mussten sich vors Radio setzen und die Nachrichten ausländischer Sender mitschreiben. Der «roving correspondent» der NZZ, Walter Bosshard, reiste sofort nach Polen, kam jedoch zu spät, um noch vom deutschen Überfall berichten zu können. Vom Sommer 1940 an bestand die Verbindung der Auslandredaktion in Zürich zur freien Welt vorwiegend aus den radiotelegrafisch übermittelten Berichten des Londoner Korrespondenten und der Berichterstatter in Stockholm, Ernst H. Regensburger und Max Mehlem. Letzterer hatte zuvor aus Helsinki – unter massiver Behinderung durch die finnische Zensur – den russischen Überfall auf Finnland und den heroischen Kampf der Finnen im Winterkrieg 1939/1940 geschildert. Obwohl die Sympathien in der Schweiz eindeutig auf finnischer Seite lagen, schreckte er nicht davor zurück, den NZZ-Lesern auch ein Bild vom Leiden und Sterben der sowjetischen Soldaten zu vermitteln, so etwa, als die Finnen nach der Rück-

eroberung Viborgs im September 1941 bekannt gaben, der «Kessel von Porlampi ist liquidiert worden», was, wie die Journalisten bei einem Frontbesuch schaudernd erkennen mussten, im Klartext bedeutete: «7000 gefallene Russen auf acht Kilometern Waldweg, fast ein Toter auf den Meter».

Hatte Reto Caratsch das Leben eines Auslandkorrespondenten in Berlin, «insgeheim überwacht, aber zugleich verwöhnt, mit Aufmerksamkeiten und offiziellen Einladungen überhäuft», zunächst noch mit einem goldenen Käfig verglichen, so stellte er 1940 ernüchtert fest, dass mit der Besetzung von Paris und der Euphorie, welche das Naziregime erfasst hatte, den deutschen Machthabern das Werben um die Gunst der Auslandjournalisten nun als überflüssig erschien. In einem geheim klassifizierten Papier der Presseabteilung bei der Reichsregierung, in dem der NZZ «schulmeisterlicher Ton» und eine deutschfeindliche Grundhaltung attestiert wird, heisst es über Caratsch: «Immer sehr gut unterrichtet. Guter Stilist. Glaubt an den Zusammenbruch Deutschlands.» Und der Eintrag über den Wirtschaftskorrespondenten Johann C. Meyer lautete: «Noch negativer als Caratsch. Wird sehr oft von ‹Havas› und ‹Reuter› als Kronzeuge für den Niedergang der deutschen Wirtschaft zitiert». So erstaunte es denn wenig, dass am 22. März 1940 mit einer Ausreisefrist von wenigen Tagen zunächst der NZZ-Wirtschaftskorrespondent aus Deutschland ausgewiesen wurde. Neben der Berichterstattung Meyers schien dabei auch der Entzug der Aufenthaltsbewilligung für einen deutschen Journalisten in Bern, der im «Völkischen Beobachter» übelwollende Artikel über die Schweiz publizierte, eine Rolle gespielt zu haben.

Am 2. Juli 1940 traf der Bannstrahl des Naziregimes Reto Caratsch, dem eine Frist von nur 24 Stunden zum Verlassen des Reichsgebiets angesetzt wurde. Als Begründung für die Ausweisung wurde die angebliche «Vergiftung der deutsch-russischen Beziehungen» durch Caratsch angeführt. Nicht einmal ein Jahr später überfielen die deutschen Truppen die Sowjetunion und bestätigten damit Caratschs Analyse der Beziehungen zwischen Berlin und Moskau. In der NZZ selber wurde die Ausweisung mit der Bemerkung quittiert, dass sie «auf den grundsätzlichen Unterschied der Auffassung über die Tätigkeit der Auslandkorrespondenten» zurückzuführen sei.

Auf einen eigenen Beobachter in Berlin konnte die NZZ nicht verzichten. Zudem war der Redaktion von verschiedenen Seiten nahegelegt wor-

den, eine gewisse «Normalisierung der Beziehungen» zu den Berliner Stellen anzustreben. Mit diesem heiklen Mandat wurde im Herbst 1940 – im Sinne eines Provisoriums – Urs Schwarz betraut, der den Deutschen auf Grund seiner Berichterstattertätigkeit aus dem spanischen Bürgerkrieg unverdächtig erschien, der indes seine Mission «mit Takt und Festigkeit erfüllte», wie ihm später attestiert wurde. An die Stelle von Meyer trat als Wirtschaftskorrespondent Max Frey, der allerdings bereits nach einem Jahr in den diplomatischen Dienst der Eidgenossenschaft überwechselte und seinerseits auf Zusehen hin durch den früheren Korrespondenten der «New York Times», Waldemar Hoeffding, ersetzt wurde. 1941 wünschte auch Urs Schwarz in die Schweiz zurückzukehren. Er wurde von Eduard Geilinger abgelöst, der seit dem Herbst 1940 die Berichterstattung aus Vichy besorgt hatte und nun, wie ihm in einer Jubiläumsschrift zugestanden wurde, «mit helvetischer Unerschütterlichkeit durch alle Bombennächte in der Hauptstadt des Deutschen Reiches ausharrte und von dort seine telefonischen Berichte bis zum Einmarsch der Russen durchgab». Geilinger wurde erst im Frühjahr 1945 über Moskau und Ankara aus dem umkämpften Berlin evakuiert. Caratsch, dem man in Zürich in Würdigung seiner Verdienste, um ihn nicht entlassen zu müssen, eine Verlegenheitsaufgabe zuschob, übernahm 1945 die Leitung der Auslandredaktion der Basler «Nationalzeitung», kehrte dann aber schon bald wieder in den Dienst der NZZ zurück.

In Grossbritannien trat Eric Kessler kurz nach Kriegsbeginn als Presseattaché bei der Gesandtschaft in London in den Dienst des Eidgenössischen Politischen Departements (EPD). Hans W. Egli, bisher vorwiegend als Wirtschaftberichterstatter tätig, übernahm die politische Korrespondenz, unterstützt von Wolfgang Schütz, der Mitte der 1930er Jahre aus Deutschland emigriert war. Die Berichte aus London, unter denen Eglis Schilderungen der deutschen Luftangriffe gegen englische Städte herausragten und den Zorn der nationalsozialistischen Führungsspitze weckten, erwiesen sich für die NZZ als pressepolitisch heikel, denn nicht nur intervenierte die deutsche Gesandtschaft in Bern beim Vorsteher des EPD, sondern es sah auch die Pressekontrolle des Armeestabs in Eglis Artikeln einen Verstoss gegen die Objektivität. Ängstlich gewordene Kreise der Schweizer Bevölkerung reagierten empfindlich auf die Schreibweise des Londoner Korrespondenten, der sich indes von den Einschüchterungsversuchen nicht beeindrucken liess. Unter dem Vorwand, ein telegrafi-

scher Bericht Eglis habe eine «abfällige Bemerkung» über General Franco enthalten, sah sich sogar der Präsident des Verwaltungskomitees veranlasst, die Londoner Berichterstattung während einiger Zeit genau zu verfolgen. Laut Protokoll gewann er dabei den «Eindruck, dass die Telegramme nicht immer glücklich abgefasst sind. Dies gilt nicht mit Bezug auf das Tatsächliche, aber für die Mutmassungen und Urteile, die in den Berichten enthalten sind». Rückblickend darf man Egli attestieren, er habe, obwohl unter beträchtlichem Druck stehend, dazu beigetragen, dass man in der Schweiz über das England Churchills ausreichend informiert blieb und dass sich die schweizerisch-britischen Beziehungen während des Krieges nicht abkühlten.

Der Pariser Korrespondent Max Müller kehrte im Sommer 1940 aus Frankreich in die Schweiz zurück und verfolgte die französische Tragödie noch während einiger Zeit von Genf aus. Max Konzelmann verliess Paris im Winter nach dem Zusammenbruch Frankreichs in Richtung Vichy, wo er in der Kriegskapitale Pétains den zuerst von der Schweizer Armee zum Militärdienst einberufenen und dann als Korrespondent nach Berlin entsandten Eduard Geilinger ersetzte. Aus Paris nach Vichy flüchtete auch Salomon Wolff, der dort in die Illegalität abtauchte; als Mr. Wauquier liess er selbst unter schwierigsten Umständen die Verbindungen zur NZZ nicht abbrechen und fand immer wieder Mittel und Wege, um seine Berichte nach Zürich zu senden.

Mitten im Krieg, nämlich im Sommer 1942, ging der aus dem Waadtland stammende Charles E. Ravussin nach Tunis, wo er gerade rechtzeitig ankam, um seine Nordafrika-Berichterstattung mit der Schilderung der Landung alliierter Truppen in Marokko und Algerien zu beginnen. Die darauf folgende Besetzung Tunesiens durch deutsche Verbände liess Ravussin dann bis zur deren Kapitulation im Mai 1943 blockiert und ohne Verbindung mit der Aussenwelt. Nach dem Krieg informierte Ravussin als Beobachter vor Ort die Leserschaft der NZZ bis zu seinem Ableben im Jahr 1974 über den langen und teilweise gewaltsamen Dekolonisierungs- und Emanzipationsprozess der Maghreb-Länder. Er bediente auch mehrere Westschweizer Zeitungen mit seinen Artikeln, die in der NZZ-Redaktion jeweils zuerst ins Deutsche übersetzt werden mussten.

Mit dem Kriegseintritt der Vereinigten Staaten machte sich einmal mehr das Fehlen eines Korrespondenten in Washington schmerzlich bemerkbar. Neben Berlin sei die amerikanische Hauptstadt «zu einem

Hauptzentrum für Politik und Wirtschaft geworden, sodass die Frage ernsthaft geprüft werden muss, ob die N.Z.Z. dort nicht eine direkte Vertretung einrichten solle», erwog das Verwaltungskomitee im Herbst 1941. Angesichts der «Erschwerungen und Verteuerung der Berichterstattung aus Amerika» verzichtete die NZZ auf die Entsendung einer zwar als geeignet empfundenen Persönlichkeit, die jedoch noch keine journalistische Praxis besass und entschied sich, das Mandat in Washington Walter Bosshard anzuvertrauen. Es dauerte dann allerdings noch mehr als ein Jahr, bis Bosshard seine neue Stelle in den USA auch wirklich antrat. Seine abenteuerlichen Reisen hatten ihn auf den Balkan, durch den Mittleren Osten, dann wieder nach Griechenland geführt, von wo er mit dem Segelboot in die Türkei fliehen musste; von dort reiste er über Indien nach Tschunking in China und wiederum zurück nach Afrika. Nach einem Flug quer über den schwarzen Erdteil setzte er über den Atlantik nach Brasilien über und gelangte schliesslich von dort aus nach Washington, wo er bis zum Kriegsende als ständiger Korrespondent der NZZ wirkte.

Nachrichtenmässig nach wie vor in völligem Dunkel lagen die Sowjetunion und das vom deutschen Heer besetzte Osteuropa, aus dem nur ganz allmählich Informationen aus zweiter und dritter Hand über die nationalsozialistische Ausrottungspolitik zur NZZ-Redaktion nach Zürich gelangten. Auch die militärische Berichterstattung liess Lücken offen. Da die Fronten im Panzer-, Luft- und Bewegungskrieg nicht mehr wie zwischen 1914 und 1918 als klar festzulegende Linien definieren liessen und monatelang unverrückbar blieben, waren Frontbesuche für Journalisten kaum möglich oder mit hohem Risiko verbunden. Zudem war es den höheren Offizieren der Schweizer Armee, im Gegensatz zur grosszügig gehandhabten Praxis im Ersten Weltkrieg, offiziell verboten, sich journalistisch zu betätigen. Dazu kamen «immer wieder Weisungen aus Bern, über den einen oder andern Punkt Stillschweigen zu beobachten». Die Redaktion beschränkte sich deshalb darauf, «von Zeit zu Zeit zusammenfassende Artikel über die jeweilige militärische Lage» zu veröffentlichen. Wo das NZZ-eigene Korrespondenten- und Berichterstatternetz nicht hinreichte, kamen deshalb die internationalen Nachrichtenagenturen zum Zug, die den Redaktionen zum Teil durch Vermittlung der Schweizereischen Depeschenagentur zur Verfügung standen, die jedoch täglich kritisch gesichtet und selektiv verwendet werden mussten, wenn man die NZZ-Redaktion nicht zur Ablagestelle ausländischer Propaganda werden lassen wollte.

Im April 1945 wurde der Berliner Korrespondent Eduard Geilinger mit andern ausländischen Journalisten und Diplomaten vom Reichsaussenminister Joachim v. Ribbentrop zum Tee ins ehemalige Reichspräsidentenpalais eingeladen. Das Gebäude, das von den alliierten Bomben getroffen und nur notdürftig in Stand gestellt worden war, wirkte ohne Teppiche und mit den eilig aus einem Magazin herbeigeschafften Möbeln gespenstisch auf die Gäste. Ribbentrop versuchte, die Versammelten davon zu überzeugen, dass die Armeen der Westmächte und Deutschlands der Bedrohung aus dem Osten gemeinsam entgegentreten müssten. Es war ein später und vergeblicher Versuch, westliche Hilfe gegen die Rote Armee zu mobilisieren, und zugleich die letzte Presseveranstaltung des nationalsozialistischen Regimes. Am 28. April eroberten die sowjetischen Truppen den Berliner Vorort Kladow, wo die schweizerischen Korrespondenten ausserhalb des sich um die Hauptstadt schliessenden Belagerungsringes Zuflucht gesucht hatten. Mit der Rückreise Geilingers über Moskau und Ankara fand der Zweite Weltkrieg aus der Perspektive des Berliner NZZ-Korrespondenten seinen Abschluss.

1945–1955: Das Netz wird universell

Noch bevor der Krieg in Europa mit der Kapitulation des nationalsozialistischen Deutschland zu Ende gegangen war, stellte man bei der NZZ die Weichen für eine langfristig angelegte Berichterstattung aus der amerikanischen Hauptstadt. Da Walter Bosshard in Washington dringend abgelöst zu werden wünschte, nahm die NZZ zunächst eine Überbrükkungsregelung in Aussicht, indem Werner Imhoof, der Sekretär des Auslandschweizerwerkes der Neuen Helvetischen Gesellschaft, unter Zurücklassung seiner Familie, für ein Jahr den Posten in den USA versehen sollte. Weil die NZZ auch für die in der Schweiz verbleibende Familie Imhoofs finanziell aufkommen musste, erwuchsen ihr «erhebliche Kosten», die indessen vom Verwaltungskomitee angesichts der grossen Bedeutung der Berichterstattung aus den Vereinigten Staaten ausdrücklich in Kauf genommen wurden. Die Konferenz in San Francisco, die im Juni 1945 zur Gründung der Uno führte, sah zwei Vertreter der NZZ auf der Pressetribüne: Walter Bosshard und seinen Nachfolger Werner Imhoof. Nach einem Jahr hatte sich Imhoof bereits so gut eingearbeitet, dass das Komitee

auf Antrag des Chefredaktors beschloss, das Provisorium in ein Definitivum umzuwandeln und die Übersiedlung der Familie Imhoofs nach Washington in die Wege zu leiten. Imhoof sollte 27 journalistisch äusserst fruchtbare Jahre in der amerikanischen Hauptstadt verbringen, in denen er die NZZ-Leser über den Marshall-Plan, die Truman-Doktrin, die Nato-Gründung, den Koreakrieg, die Kubakrise, die McCarthy-Aera, die Ermordung Kennedys, die Rassenunruhen, die Jugendrevolte an den Universitäten und über die Entwicklung des Vietnamkriegs informierte, um nur einige wenige Schwerpunkte seiner Berichterstattung, für die er mehrfach geehrt wurde, zu nennen. Quasi als Zwischenhalt auf dem Rückweg in die Schweiz schaltete er 1972 bis 1974 zwei Korrespondentenjahre in Paris ein, wo er jedoch nicht mehr recht heimisch wurde. In Washington wurde Imhoof von Hans E. Tütsch abgelöst, der den Posten bis 1981 ausfüllte und dann als Rentner mit Wohnsitz in der amerikanischen Hauptstadt bis zu seinem Tod im Jahr 2003 immer wieder für das Blatt tätig war.

Der Wiederaufbau des Korrespondentennetzes nach 1945 vollzog sich wegen den schwierigen Verkehrs- und Lebensverhältnissen in den vom Krieg verwüsteten Ländern nur langsam. Lücken im Netz wurden zum Teil vorübergehend geschlossen, indem Redaktoren aus Zürich Kurzeinsätze im Ausland absolvierten, um dem Wunsch des Verwaltungskomitees zu genügen, dass «die Stimme der Schweiz durch die NZZ in der Welt stärker zur Geltung komme». Das Komitee, später der Verwaltungsrat, konzentrierte sich übrigens nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs vermehrt auf die grundsätzlichen Fragen und auf die strategische Führung der Zeitung; es kam ab 1945 praktisch nicht mehr vor, dass sich das Aufsichtsgremium in die Personalfragen bei der Besetzung einzelner Auslandposten einmischte, wie das vorher der Fall gewesen war.

Eduard Geilinger verfolgte für die NZZ zunächst den Nürnberger Kriegsverbrecherprozess, bevor er 1947 wieder nach Berlin zurückkehrte, um dann, mit der Aufnahme der deutschen Regierungstätigkeit in Bonn, in die neue westdeutsche Hauptstadt am Rhein zu wechseln. Friedrich Wlatnig, der 1944 seinem journalistischen Exil in Budapest den Rücken gekehrt hatte, nahm die Arbeit in Wien wieder auf, das er nach dem Anschluss Österreichs verlassen und das er nun als «Frontstadt im Kalten Krieg» wiederfand. Von der österreichischen Hauptstadt aus betreute Wlatnig auch die übrigen Donauländer, nutzten doch zahlreiche Politiker

aus osteuropäischen Staaten Wien als Bühne und die dort versammelten Auslandjournalisten als «Publikum». So konnte es vorkommen, dass Wlatnig ein Communiqué oder Exposé der Regierung Benesch in der Hand hielt, bevor es an die Zeitungen in Prag verteilt wurde. Reto Caratsch, der 1940 aus Berlin ausgewiesen worden war, kehrte bereits 1946, nach seinem kurzen Abstecher zur Redaktion der Basler «Nationalzeitung», in den Schoss der NZZ zurück und übernahm den Posten des Pariser Korrespondenten. Salomon Wolff etablierte sich als Wirtschaftskorrespondent ebenfalls in Paris, wo er unter anderem die Arbeit der neu aus dem Boden spriessenden internationalen Wirtschaftsorganisationen verfolgte. Robert J. Hodel begab sich nach Kriegsende nochmals für drei Jahre nach Rom, wo ihm indessen schon 1946 mit Eric Mettler ein Vertreter der jungen und unverbrauchten Journalistengeneration zur Seite gestellt wurde. Hermann Schütz junior wurde 1947 mit der Wirtschaftsberichterstattung aus Italien betraut. Überhaupt wurden nun in wichtigen Zentren (den politischen Korrespondenten – wie ausdrücklich festgehalten wurde – völlig gleichgestellte) Korrespondenten des Handelsteils eingesetzt. Rekrutiert wurden sie in einigen Fällen aus dem Wirtschaftsjournalisten-Korps der zusammengebrochenen deutschen Presse.

Die Auslandvertretungen sollten indes, wie die NZZ ihrer Leserschaft 1946 mitteilte, nicht nur einen Wiederaufbau, sondern auch einen Ausbau erfahren. Für die Leser im Inland und Ausland sollte umfassend dargestellt werden, wie sich die zerstörte Welt neu aus den Trümmern des Weltkriegs erhob. Dazu musste das Korrespondentennetz vergrössert und bewusster als in früheren Jahren auf das politische Gesicht der NZZ abgestimmt werden. Letzteres wurde erst recht unvermeidlich, als die bei Kriegsende 1945 gehegten Friedenshoffnungen durch den Kalten Krieg mit seiner quer durch Europa verlaufenden Front zunichte gemacht wurden und eine neue «Ideologisierung» der Politik und in der Folge auch der Publizistik stattfand. Berlin als Insel im Ostblock blieb ein wichtiger Beobachtungsposten, auf dem sich Eduard Geilinger, Hans Tütsch, Rudolph P. Hafter und 1951 Otto Frei ablösten, um über Blockade, Luftbrücke, Aufstand vom 17. Juni 1953 und schliesslich über den Mauerbau im Jahr 1961 zu berichten. Ein besonderes Augenmerk widmete man der Tschechoslowakei, von der Eric Mettler im Laufe eines Besuches 1947 eine Momentaufnahme entwarf, die derart beunruhigend ausfiel, dass man 1948 mit Hans E. Tütsch einen Korrespondenten nach Prag entsandte, der

dort aus nächster Nähe die Machtergreifung und Machtabsicherung der Kommunisten verfolgen und fast lehrbuchhaft den Werdegang einer «Volksdemokratie» beschreiben konnte. Ernst Halperin, Sohn des früheren Berliner Korrespondenten der NZZ, klärte in Jugoslawien das widerspruchsvolle Bild eines Moskau abtrünnig werdenden Satellitenstaates. Max Mehlem verfolgte von Stockholm aus die finnische Spielart von «Anpassung und Widerstand» gegenüber den Hegemonieansprüchen Moskaus.

Noch einer andern weltpolitischen Entwicklung musste das Berichterstattungsnetz der NZZ gerecht werden: der Emanzipation und dem Unabhängigkeitsstreben der Kolonialländer. Da es damals ausserhalb der finanziellen Möglichkeiten lag, den oft schmerzhaften Dekolonisationsprozess in Afrika und Asien sowie die Entwicklung in Südamerika flächendeckend durch vollamtliche NZZ-Korrespondenten beschreiben zu lassen, behalf man sich zunächst mit einem Informationsnetz aus nebenamtlichen und Teilzeitjournalisten, aus Berichterstattern, die man mit andern Zeitungen teilte und mit «roving correspondents». 1948 begab sich Eric Streiff, der wegen Differenzen mit dem Chefredaktor und Herausgeber aus der «Weltwoche»-Redaktion ausgeschieden war, als Spezialkorrespondent nach Indien. Hans Hartmann, der den Posten eines NZZ-Auslandredaktors mit demjenigen eines Industrievertreters in Johannesburg vertauschte, verfasste dort im Nebenamt Korrespondentenberichte aus Südafrika; Rudolph P. Hafter, der während des Zweiten Weltkriegs internationale Kurierdienste für das Eidgenössische Politische Departement ausgeführt und sich dadurch an Reisen und Aufenthalte in fremden Ländern gewöhnt hatte, bereiste für die NZZ Lateinamerika und Afrika. Walter Bosshard nahm nach dem Krieg seine Reisetätigkeit wieder auf, zunächst fünf Jahre lang vorwiegend in Ostasien, wo er unter anderem engen Kontakt zu Mao Tsetung herstellte und bei der Besetzung Pekings durch die Rote Armee ebenso zugegen war wie 1952 beim Aufstand in Kairo, bis er 1953 während des Koreakriegs in Panmunjon über eine Wurzel stolperte und das Hüftgelenk brach – ein Unfall, von dem er sich nie mehr ganz erholen sollte und der den bis dahin hektisch von einem weltpolitischen Brennpunkt zum nächsten Eilenden seine wahrhaft abenteuerliche journalistische Tätigkeit mit einer Artikelserie über die Dekolonisierung des Sudans abschliessen liess und zum Rückzug in sein Walliser Chalet zwang.

Zunehmendes Gewicht in der Weltpolitik erwarben sich die ab 1945 entstehenden zahlreichen internationalen Organisationen. Dem musste die NZZ Rechnung tragen. Max Beer, der schon in der Zwischenkriegszeit für etliche Zeitungen über den Völkerbund aus Genf rapportiert hatte, übernahm 1950 als bereits 64jähriger die Berichterstattung für die NZZ aus den Vereinten Nationen in New York, die er bis zu seinem Tod im Jahr 1965 sicherstellte. Rudolph P. Hafter trat Beers Nachfolge an, während Salomon Wolff die vornehmlich im wirtschaftlichen Bereich tätigen Organisationen in Paris beobachtete.

Eine nicht zu unterschätzende Rolle als quasi offiziöse Vertreter der Schweiz und als Identitätsstifter spielten die NZZ-Korrespondenten in manchen Schweizerkolonien. Die grosse Zahl der zum Teil im Wirtschaftsleben ihres Gastlandes intensiv engagierten Landsleute dürfte bei der Schaffung des Mailänder Korrespondentenpostens eine nicht unwesentliche Rolle gespielt haben. Aber auch an andern Orten nahmen die Schweizerkolonien Einfluss auf die personelle Ausgestaltung des Korrespondentennetzes. 1952 bestätigte der Chefredaktor dem Verwaltungskomitee, dass der bisherige Vertreter der NZZ in Den Haag, Edwin Hurter, zur Wirtschaftsberichterstattung nach Bonn geschickt werde und dass man in Erwägung gezogen habe, den Posten in den Niederlanden unbesetzt zu lassen. Die Schweizer Kolonie Im Haag habe sich aber mit Nachdruck und hartnäckig für die rasche Entsendung eines Nachfolgers Hurters stark gemacht. Die Redaktion erwog zunächst, einen der beiden Skandinavien-Korrespondenten nach Den Haag zu entsenden. Beide waren jedoch Deutsche und wären auf Grund ihrer Nationalität sowohl von der Schweizerkolonie als auch erst recht von der damals immer noch ausgesprochen deutschfeindlichen niederländischen Bevölkerung schlecht aufgenommen worden. Man griff deshalb auf Fritz Sonderegger zurück, der in Zürich eben ein Redaktionsvolontariat absolvierte, und schickte ihn noch im selben Jahr nach Holland.

In den zehn Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg erfuhr das Auslandkorrespondentennetz der NZZ einen starken Ausbau: Zählte man 1939 noch rund ein halbes Dutzend festangestellte Auslandberichterstatter, so verfügte die NZZ 1955 über eigene politische Korrespondenten in Paris, Rom, Mailand, Wien, Bonn, Berlin, Den Haag, Brüssel, Stockholm, London, Washington, New York und Buenos Aires. Regelmässige freie Mitarbeiter sandten Berichte aus München, Stuttgart, Jerusalem, Kairo, Istan-

bul, Algier, Sydney, Rio de Janeiro und Dehli. Dazu kamen die Texte gelegentlicher Auslandmitarbeiter sowie eine weltumspannende Berichterstattung reisender Journalisten.

Ständige Handelskorrespondenten hatte das Blatt 1955 in Paris, Bonn, London, Mailand, Den Haag, Wien, Stockholm, New York, Ottawa und Buenos Aires. Mitarbeiter arbeiteten für den Handelsteil in Berlin, Frankfurt, Düsseldorf, Prag, Tel Aviv, Athen, Kairo, Sydney, Rio de Janeiro und Johannesburg.

Neben der aktuellen politischen und wirtschaftlichen Berichterstattung fanden im Auslandteil der NZZ regelmässig auch in feuilletonistischem Stil verfasste Texte ihren Platz. Solche wurden etwa von Hugo Herold aus Berlin geliefert. Einen Namen schuf sich mit seinen «Briefen aus Florenz» der aus einer Dynastie der Aargauer Strohflechterei stammende Kurt M. Bruggisser, der 1925 in Florenz die Leitung eines Zweigbetriebes der Familienfirma übernommen hatte und als Mitbegründer der Schweizerschule Florenz in der dortigen Schweizerkolonie eine führende Rolle spielte – nicht zuletzt auch im Sinne des Widerstands gegen den Faschismus. Seine «Briefe» waren vordergründig unpolitisch, handelten von der Restauration alter Kirchen und Paläste, von Kunst, Mode, aber auch von Verkehrsproblemen und Alltagsschwierigkeiten und vermittelten damit ein Bild des italienischen Alltags, das der Realität des Landes oft näher kam als die politische Berichterstattung über die Bildung oder Auflösung der 20., 30. oder 40. Nachkriegsregierung.

1955–2004: NZZ-Korrespondenten in den Brennpunkten des Weltgeschehens

In den letzten 50 Jahren erfuhr das Auslandkorrespondentennetz nochmals eine starke Ausweitung. 1957 liess sich mit Fritz Steck erstmals ein NZZ-Vertreter in Tokio nieder, ab 1958 stellte Roger Bernheim die kontinuierliche Berichterstattung aus Dehli sicher. Es folgte die Eröffnung von Korrespondenten- und Mitarbeiterstellen bei der EWG in Brüssel (1960), in Beirut (1961), Athen (1962), Nairobi (1962), Moskau (1967), Nikosia (statt Beirut) für die Beobachtung der arabischen Länder (1982), Kapstadt (1983), Singapur (1983), Kopenhagen (1985 vorübergehend an Stelle von Stockholm) San José/Costa Rica (1985 vorübergehend), Peking (1987), Warschau (1989 vorübergehend), Dublin (1990), Hongkong

(1995 vorübergehend) und Zagreb (2001). Ruedi Hermann war der erste von Zürich aus nach Australien geschickte Korrespondent. Zu den politischen und den Wirtschaftskorrespondenten gesellten sich die Auslandmitarbeiter des Feuilletonressorts. Blieb ein Auslandposten vorübergehend unbesetzt, wurde die Lücke wenn möglich überbrückt durch die Entsendung eines Vertreters aus der Redaktion in Zürich. Als vielseitig einsetzbar erwies sich in dieser Beziehung Auslandredaktor Alfred Cattani, der 1963 in Berlin, 1966 in Bonn, 1967 in London, 1970 in Moskau und in den 1970er Jahren mehrfach in Paris als Interimskorrespondent diente.

Die Rochaden im Korrespondentennetz nahmen bald einen Rhythmus an wie die Personalrotation im diplomatischen Aussendienst, gilt doch für die journalistischen Mitarbeiter der NZZ dasselbe Prinzip wie für die diplomatischen Mitarbeiter des EDA: Der Aufenthalt in einem Land sollte zeitlich so bemessen und begrenzt sein, dass der Beobachter die kritische Distanz nicht verliert. Im Ausland- und Wirtschaftsteil der NZZ erscheinen deshalb mit schöner Regelmässigkeit Meldungen über personelle Wechsel auf Korrespondentenposten und speziell gekennzeichnete Artikel, mit denen sich ein Autor von seinem Gastland verabschiedet sowie Beiträge, mit denen er seine Tätigkeit in einem neuen Wirkungsfeld aufnimmt. Es würde zu weit führen, hier alle diese Rochaden, Ernennungen und Rücktritte aufzuzählen (die Tabelle am Schluss des Buches gibt Auskunft über die Besetzungen der einzelnen Posten). Immerhin sei die Neueröffnung einiger Aussenstellen speziell hervorgehoben:

Das Erwachen der arabischen Länder und die sich abzeichnende Auseinandersetzung der arabisch-islamischen Kultur mit der modernen Welt des Westens, die Erhebungen und Revolten in Ägypten, Irak und Syrien, die Suezkrise und der Nahostkonflikt um den Judenstaat machten es nötig, dass sich ein Fachmann tagesaktuell und journalistisch, aber trotzdem auf Grund fundierter Kenntnisse kompetent mit der in Europa von vielen unverstandenen arabischen Welt auseinander setzte. Die NZZ beschloss 1961, einen entsprechenden Korrespondentenposten in Beirut zu schaffen. Die kosmopolitische Hauptstadt des oft als «Schweiz des Nahen Ostens» bezeichneten Libanon schien als zentraler Standort und Ausgangspunkt für Reisen in die arabischen Länder weitaus am besten geeignet. Für die Besetzung des Postens konnte Arnold Hottinger gewonnen werden, der bereits von 1958 bis 1960 erste Gehversuche als Nahost-

Berichterstatter der NZZ und des Schweizer Radios unternommen hatte und anschliessend am Near Eastern Center der Universität von Kalifornien in Los Angeles akademisch tätig gewesen war. 1968 fühlte sich Hottinger herausgefordert, zusätzlich zu seinem Nahost-Pensum die Berichterstattung aus Spanien und Portugal zu übernehmen. Dazu verlegte er seinen Wohn- und Korrespondentensitz nach Madrid und verfolgte von dort aus nicht nur die nahöstlichen Ereignisse, sondern auch die Endphase der autoritären Regimes von Franco und Salazar und somit den Übergang Spaniens und Portugals zur Demokratie. Im Gefolge der Ölkrise von 1973 wuchs das westliche Interesse am Nahen und Mittleren Osten indessen so stark an, dass man bei der NZZ beschloss, den Arbeitsort des Korrespondenten wieder näher an die arabische Welt heran zu verlegen. Beirut kam nach dem Bürgerkrieg und der Teilung der Stadt als Arbeitsort nicht mehr in Frage, weshalb 1982 der Posten in Nikosia auf Zypern geschaffen und von Hottinger für die letzten neun Jahre seiner Korrespondententätigkeit bezogen wurde. Hottinger wurde durch Viktor Kocher in Limassol abgelöst, während Ingrid Bergmann mit ihrer Berichterstattung aus Kairo das vielfältige Bild der islamischen Welt aus einer etwas andern Perspektive ergänzt.

Die manchem ihrer Lesern unvertraute Welt Schwarzafrikas erschloss die NZZ mit der Schaffung des Postens in Nairobi, den sie erstmals im Jahr 1962 mit Fritz Lüdecke besetzte und damit eine äusserst glückliche Hand bewies. Lüdecke, 1916 in Berlin geboren, bereiste Westafrika seit 1956 im Dienste der Deutschen Presse-Agentur. Er hatte die Entstehung des unabhängigen Afrika von Anfang an miterlebt. Bei allem Wohlwollen gegenüber den unvorbereitet in eine sie überfordernde Verantwortung katapultierten Schwarzen erwies er sich nie als anfällig für die damals modische Dritt-Welt-Sentimentalität. Er respektierte die ernstzunehmenden Afrikaner, unter denen er zahlreiche Freunde gewann, genau so, wie er die schwarzen Despoten, die sich meist gewaltsam und eine Blutspur hinterlassend an die Macht geputscht hatten, unmissverständlich verurteilte. Seine konsequente Haltung, der ethische Massstab, den er in seiner Berichterstattung gleichermassen an Schwarze und Weisse anlegte, verschafften ihm und damit auch der NZZ Respekt bei den wahren Kennern Afrikas, aber auch Anfeindungen aus dem Kreis der ideologisch motivierten Schwärmer einer idealisierten Dritten Welt. Lüdecke wurde 1972

durch einen Herzschlag unvermittelt aus seiner journalistischen Arbeit herausgerissen.

Cyrill Schwarzenbach, der in der Auslandredaktion für die Betreuung Afrikas zuständig war und der den schwarzen Erdteil regelmässig bereiste, gelang es wiederholt, kompetente Journalisten für die Berichterstattung aus einer Region zu gewinnen, die für andere Zeitungen ein unbeschriebenes Blatt auf der redaktionellen Landkarte war. In der Person von Peter Seidlitz, der bis anhin für den «Spiegel» in Afrika gearbeitet hatte, konnte ein sachkundiger Nachfolger für Lüdecke gewonnen werden. Anlässlich der Ernennung Seidlitz' wurde im Verwaltungskomitee indes eine alte, durch den Weltkrieg neu heraufbeschworene Sorge wieder aufgegriffen: nämlich die Schwierigkeit, junge tüchtige Schweizer für Auslandkorrespondentenposten – insbesondere für solche in Afrika – zu rekrutieren. Seidlitz war Deutscher, und mit Ausländern, aus sprachlichen Gründen meist mit Deutschen, waren einige nicht vollamtliche Posten im Ausland denn auch besetzt.

Im Spätherbst 1967 richtete die NZZ als bis dahin einzige Schweizer Zeitung einen eigenen Korrespondentenposten in Moskau ein und besetzte ihn mit Roger Bernheim, der kurz zuvor im Rahmen eines zeitlich beschränkten Besuchs in der sowjetischen Hauptstadt über die Feierlichkeiten zum 50-Jahr-Jubiläum der Oktoberrevolution berichtet hatte. Die UdSSR war jahrzehntelang ein vom NZZ-Korrespondentennetz unerschlossenes Territorium gewesen. Die spärlichen Nachrichten aus dem Reich der roten Zaren wurden von Ernst Kux in der Auslandredaktion in Zürich sowie von Bogdan Osadcuk von Berlin aus interpretiert, analysiert und kommentiert. Kux beobachtete neben dem Kreml auch das kommunistische China; Osadcuk verfolgte zudem das Geschehen in Polen und in der Ukraine. Der Abbau der bürokratischen Hindernisse für akkreditierte Journalisten im Gefolge der KSZE-Vereinbarungen von Helsinki, vor allem aber die Tatsache, dass das Haupthindernis für eine einigermassen sinnvolle Korrespondententätigkeit, nämlich die direkte Zensur, bereits Ende der 1950er Jahre, das heisst noch in der Chruschtschew-Aera, abgeschafft worden war, erleichterte der NZZ den Entschluss, einen Korrespondenten bleibend in Moskau zu stationieren. Bernheim wurde nach vier Jahren durch den 59jährigen Eduard Geilinger ersetzt, der während des Krieges in Vichy und Berlin für die NZZ gearbeitet hatte und nach 1945 in Nürnberg, wieder in Berlin, Bonn und schliesslich in Rom als

Korrespondent tätig gewesen war. Geilinger, der sich somit in reifem Alter mit jugendlichem Elan auf seine letzte grosse Aufgabe vor der Pensionierung stürzte, erlag nach zwei Jahren in Moskau völlig überraschend einem Herzschlag.

Es wäre indes falsch anzunehmen, das Netz der Auslandkorrespondenten sei nach dem Zweiten Weltkrieg unablässig weiter ausgebaut worden. Dem Verwaltungskomitee, das an einer Sitzung im Jahr 1970 soeben vom besten bis dahin je von der NZZ erzielten Halbjahresergebnis Kenntnis genommen hatte, erklärte der Chefredaktor anlässlich der Bekanntgabe von personellen Wechseln auf verschiedenen Auslandposten, man habe nun ein Optimum und zugleich vorläufiges Maximum im Ausbau der Auslandberichterstattung erreicht. Die bestehenden permanenten Posten wolle man wenn immer möglich halten. Die Tradition des Blattes, Nachwuchskräfte auf der Redaktion auf ihre künftige Aufgabe als Korrespondenten vorzubereiten, habe sich zwar bewährt, bedinge jedoch eine gewisse «Vorratshaltung fähiger junger Leute» und damit eine nicht unbeträchtliche Belastung des Personalbudgets. Diese Belastung und die sich bereits abzeichnende Krise der 1970er Jahre führten schon ein Jahr später zum Entscheid, «die Zahl der festen Korrespondenten in Asien etwas zu reduzieren». Zugleich beschloss man, auf den ausschliesslichen Uno-Berichterstatter künftig zu verzichten, und zwar nicht nur weil ein Korrespondent in New York angesichts der dortigen Lebenskosten mindestens 20 000 Dollar pro Monat beanspruche, sondern auch weil «bei einem exklusiven Uno-Auftrag immer die Gefahr besteht, dass das Geschehen am East River überbewertet und überproportioniert dargestellt wird». An dieser Einschätzung der Uno wurde festgehalten: Sechs Jahre später erklärte der Chefredaktor dem Verwaltungsrat, «entgegen Vorstellungen einiger schweizerischer Diplomaten lässt es sich nicht rechtfertigen, aus dem Uno-Posten – im Hinblick auf unsere kommende Beitrittsdebatte – wieder wie in den 1950er Jahren ein exklusives Vollamt zu machen. Die NZZ wird für einen Beitritt der Schweiz zur Uno eintreten; wir sind aber nicht der im Eidgenössischen Politischen Departement oft geäusserten Meinung, dass die Presse das Publikum insgesamt zu wenig über die Vereinten Nationen informiere.» Der dosierte Einsatz der NZZ fruchtete bekanntlich gar nichts: Das Volk lehnte den Uno-Beitritt 1986 in einer ersten Abstimmung mit einer Dreiviertelsmehrheit ab, wohl nicht

zuletzt, weil die der Uno zugedachte Rolle durch den Kalten Krieg in mancher Hinsicht nicht zum Tragen kam.

1975 wurde die Redaktion auf Grund der wirtschaftlichen Situation zu einer starken Kürzung der Anzahl Textseiten gezwungen. Der Chefredaktor diagnostizierte ein gewisses Ungleichgewicht zwischen einem stark ausgebauten redaktionellen Apparat einerseits und der geschrumpften Zahl redaktioneller Seiten andererseits. Dieses Ungleichgewicht, sagte er dem Verwaltungsrat, wolle er ein Stück weit in Kauf nehmen, solange man auf eine Besserung der Budgetsituation hoffen könne. Die Schwerpunkte der redaktionellen Leistung der NZZ, also insbesondere die kostenträchtige eigene Ausland- und Wirtschaftsberichterstattung, sollten wenn irgendwie möglich in ihrer Substanz erhalten werden. Trotzdem musste sich die Redaktion zum Abbau einer Reihe halbamtlicher Posten in Skandinavien, Israel, Istanbul und Wien (Osteuropa) entschliessen. Den verbleibenden Korrespondenten in Stockholm und Jerusalem wurde neben der politischen auch die wirtschaftliche Berichterstattung übertragen. Schliesslich ergriff man unter dem Druck der Finanzlage hier und dort auch die Gelegenheit, einen den hohen Anforderungen der NZZ nicht gerecht werdenden Korrespondenten loszuwerden.

Manches, was in den 1970er Jahren angesichts der Wirtschaftskrise gesagt und beschlossen wurde, wiederholte sich in ähnlichem Sinne fast 30 Jahre später: Der wirtschaftliche Einbruch im Jahr 2001 zog eine Kürzung des Redaktionsbudgets und in der Folge eine gewisse Straffung des Korrespondentennetzes nach sich. Wiederum legte man in der Redaktion aber grössten Wert darauf, trotz Sparmassnahmen den Qualitätsstandard unter allen Umständen aufrecht zu erhalten und Abstriche in der Auslandberichterstattung auf das Quantitative zu beschränken; die Kernkompetenzen der Zeitung wollte man unter keinen Umständen preisgeben.

Ähnlich wie nach der KSZE-Konferenz von Helsinki in der Sowjetunion war seit 1978 eine teilweise Öffnung und Liberalisierung Chinas festzustellen, die eine einigermassen den Tatsachen entsprechende Berichterstattung aus dem Reich der Mitte möglich zu machen schien. Waren die Ereignisse in China seit den Zeiten der Reisen von Walter Bosshard vorwiegend von Zürich aus und von den Auslandkorrespondenten in umliegenden Ländern verfolgt worden, so beschloss man 1986 im Verwaltungsrat auf Antrag des Chefredaktors, in Peking gemeinsam mit der

«Süddeutschen Zeitung» einen Korrespondentenposten einzurichten und ihn für fünf Jahre mit Jürgen Kahl zu besetzen, der vorher in Tokio und Peking für die Deutsche Presseagentur gewirkt hatte. 1992 wurde Kahl termingerecht durch den Historiker und Sinologen Urs Morf abgelöst.

Die Implosion der Sowjetunion und der damit verbundene politische Umbruch in Osteuropa verlangte neue Akzentsetzungen im Netz der NZZ-Korrespondenten. 1989 wurde eine halbe Korrespondentenstelle in Warschau geschaffen. Zur Beobachtung des Wandels in der sich auflösenden DDR wurde 1990, anlässlich einer grossen Rochade im Korrespondentennetz, in Berlin eine Teilzeit- zu einer Vollzeitstelle erweitert. Mit Zuständigkeit für die osteuropäischen Staaten und für Jugoslawien wurde als Wirtschaftsberichterstatter mit neuem Sitz in Wien in der Person von René Höltschi ein früherer Schüler und Assistent des einstigen tschechischen Reformministers und danach Professor in St. Gallen, Ota Sik, berufen, der gemäss den Ausführungen des Chefredaktors vor dem Verwaltungsrat «die Probleme der bisherigen Planwirtschaft kennt und das Rüstzeug für die notwendigen ordnungspolitischen Analysen hat.»

Ein markanter Meilenstein in der Geschichte des NZZ-Korrespondentennetzes wurde 1998 gesetzt, als die wichtigsten deutschen Behörden von Bonn nach Berlin umzogen. 48 Jahre lang hatte die NZZ vom «Büro Bonn» aus die deutsche Nachkriegsdemokratie akribisch beobachtet und bewertet. Rudolph P. Hafter, Eduard Geilinger, Fred Luchsinger, der spätere Chefredaktor, und nach Adenauers Abgang Theodor Wieser, Christian Kind, Ulrich Meister, Reinhard Meier, Christian Müller und zuletzt Jürg Dedial hatten einander auf dem Bonner Posten abgelöst, wobei die Ablösung Geilingers gegen dessen Willen auf Grund einer Intervention aus höchsten deutschen Regierungskreisen (in Zürich vermutete man auf Betreiben von Bundeskanzler Adenauer) erfolgt war. 1998 begann nun mit Eric Gujer in Berlin eine neue Aera der Deutschland-Berichterstattung. Zugleich wurde das Netz erweitert: Vier vollamtliche und etwa sechs teilbeschäftigte Korrespondenten und Mitarbeiter verfolgten fortan die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Ereignisse im nördlichen Nachbarland von verschiedenen Standorten aus.

Neben dem Ausland- verfügen auch das Wirtschafts- und das Kulturressort über ein eigenes fachspezifisches Korrespondentennetz. Über wirtschaftliche Belange berichten zur Zeit vollamtliche Korrespondenten aus Berlin, Frankfurt, Paris, London, Moskau, Wien, Brüssel, Washington,

New York und Singapur sowie ein Dutzend Korrespondenten, in die sich das Wirtschafts- mit dem Auslandressort teilt. Dazu kommen eine Reihe von Auslandmitarbeitern mit Teilzeitpensen. Fünf festangestellte Korrespondenten in Paris, Wien, Hannover, London und New York sowie eine grössere Anzahl von Teilzeitmitarbeitern, unter ihnen der frühere Leiter des Kulturteils Hanno Helbling aus Rom und aus dem Vatikan, alimentieren das Feuilletonressort mit Berichten über das kulturelle Geschehen rund um die Welt.

Das Netz der eigenen Auslandkorrespondenten trägt wesentlich dazu bei, dass die NZZ unter den Tageszeitungen in der Schweiz eine einzigartige Stellung einnimmt und dass sie auf internationaler Ebene in der Spitzenklasse rangiert. Auch dort, wo die meisten andern Blätter auf in der Regel unüberprüfbare Agenturberichte zurückgreifen oder sich mit einer Lücke in ihrer Auslandberichterstattung abfinden müssen, informiert die Neue Zürcher Zeitung ihre Leser mit Beobachtungen, Hintergrundartikeln und Analysen aus erster Hand. Dabei verfügen die Auslandkorrespondenten über einen hohen Grad an journalistischer Freiheit; denn dank ihrer Ausbildung und beruflichen Erfahrung sowie dem direkten Draht zur Zentrale, der jederzeit kurzfristig Rücksprachen und Rückfragen möglich macht, geniessen sie das Vertrauen der Redaktion in Zürich; ihr Urteil wird, selbst wenn es nicht deckungsgleich ist mit der Auffassung in der Redaktionsleitung an der Falkenstrasse, akzeptiert, ihre Artikel werden nach Möglichkeit ohne Einschränkungen ins Blatt gesetzt.

Einen ganz entscheidenden Einfluss auf die Qualität der Zeitung hat die Tatsache, dass die zahlreichen vollamtlichen und halbamtlichen Korrespondenten der NZZ für ihre Arbeit einen festen Lohn beziehen und nicht auf ein Zeilengeld angewiesen sind: Die Korrespondenten sind dadurch vom Zwang befreit, aus einkommensbedingten Gründen über Ereignisse zu schreiben, die eigentlich gar nicht berichtenswert wären; sie können – wie es ein Auslandmitarbeiter formulierte – auch die hohe Kunst des Nichtschreibens pflegen. Mit solch selektiver Berichterstattung, die auf ihrer Fähigkeit zum Urteil über politische und wirtschaftliche Vorgänge beruht, tragen die Auslandkorrespondenten wesentlich dazu bei, dass sich die NZZ-Leser darauf verlassen können, von ihrer Zeitung über die wirklich wichtigen Dinge auf der Welt gut informiert zu werden.

Mitarbeit/Dokumentation: Ernst A. Baumeler, Ruth Haener

Anhang

Anmerkungen

Im Folgenden werden die Belegstellen aus der NZZ oft zusammen mit dem Werk aus der Sekundärliteratur angeführt, in dem sie zitiert sind. Das erleichtert nicht zuletzt die Überprüfung in den Fällen, wo – was immer wieder vorkommt – die Datumsangaben falsch oder unpräzis sind. Wenn keine weitere Literatur angegeben wird, handelt es sich entweder um im NZZ-Redaktionsarchiv vom Verfasser selbst recherchierte Texte oder um Zitate, die in der Datenbank der Medienereignisse zu finden sind, die der *Forschungsbereich Öffentlichkeit und Gesellschaft* (fög) der Universität Zürich zusammengestellt hat und die mit dessen Einwilligung eingesehen werden können.

Vorwort

1 Vgl. zu Theorie und Methode der Erhebungen Imhof, Vermessene Öffentlichkeit, 1993.

Die Anfänge des modernen Pressewesens und der «Zürcher Zeitung»

1 Bürger, Aufklärung, 1997, S. 20.
2 Bürger, Aufklärung, 1997, S. 19, 25.
3 Faulstich, Mediengesellschaft, 2002, S. 31.
4 Bürger, Aufklärung, 1997, S. 169.
5 NZZ, 12. 1. 1780.
6 Bürger, Aufklärung, 1997, S. 83.
7 Bürger, Aufklärung, 1997, S. 161; Bollinger, Pressegeschichte I, 1995, S. 61.
8 NZZ, 29. 1. 1785.
9 NZZ, 21. 7. 1784; Welti, Geschichte, 1930, S. 5.
10 Bürger, Aufklärung, 1997, S. 172.
11 Maissen, Sonderbund, 1998, S. 28.
12 Zürcher Zeitung, 24. 2. 1798.
13 Zürcher Zeitung, 24. 2. 1798; Maissen, Sonderbund, 1998, S. 25.
14 Zürcher Zeitung, 31. 3. 1798.
15 Weisz, Redaktoren, 1961, S. 68.
16 Zürcher Zeitung, 8. 3. 1803, S. 3; Welti, Geschichte, 1930, S. 22.
17 Weisz, Redaktoren, 1961, S. 78.

Liberales Kampfblatt zwischen Restauration und Bundesstaat: von Usteri zu Daverio, 1821–1849

1 NZZ, 3. Juli 1821.
2 Bürger, Aufklärung, 1997, S. 173.
3 Bürger, Aufklärung, 1997, S. 164.
4 NZZ, 19. 9. 1821; Welti, Geschichte, 1930, S. 64.
5 NZZ, Juli 1829; Maissen, Sonderbund, 1998, S. 49.
6 NZZ, August 1830; Maissen, Sonderbund, 1998, S. 52.
7 Maissen, Sonderbund, 1998, S. 56.
8 NZZ, 23. 11. 1830.
9 NZZ, 26. 10. 1831.
10 NZZ, 10. 3. 1832.
11 NZZ, 18. 6. 1834; Weisz, Redaktoren, 1961, S. 174 f.
12 NZZ, Sommer 1832; Maissen, Sonderbund, 1998, S. 67.

13 NZZ, Anfang 1833; Maissen, Sonderbund, 1998, S. 69.
14 Vgl. Hansjörg Siegenthaler, Weg der Vernunft in die Modernität, NZZ, 27. 6. 1998, S. 71.
15 23. 11. 1833; Maissen, Sonderbund, 1998, S. 76.
16 NZZ, September 1839; Maissen, Sonderbund, 1998, S. 81.
17 NZZ, 18. 12. 1839.
18 NZZ, Januar 1841; Maissen, Sonderbund, 1998, S. 87.
19 30. 9. 1847.
20 NZZ, 16. 5. 1845.
21 NZZ, 16. 12. 1844.
22 NZZ, April 1845; Maissen, Sonderbund, 1998, S. 99.
23 NZZ, 1. 1. 1847; 6. 4. 1847.
24 Die Belege nach den Tagebuchaufzeichnungen des Nidwaldners Louis Wirsch, des Glarners Alexander Spelty, des St. Gallers Johann Nef und des Zürcher Feldpredigers Johann Heinrich Schoch bei Maissen, Fighting, 1999, S. 26 f.
25 NZZ, August 1848; Maissen, Sonderbund, 1998, S. 286.
26 NZZ, 13. 9. 1848.
27 NZZ, 20. 1. 1847; Maissen, Sonderbund, 1998, S. 121, 147 f.
28 NZZ, März 1848; Maissen, Sonderbund, 1998, S. 216.
29 NZZ, März 1848; Maissen, Sonderbund, 1998, S. 217 f.
30 NZZ, 20. 3. 1848.
31 NZZ, Ende 1833; Maissen, Sonderbund, 1998, S. 74.
32 NZZ, 7. 1. 1847; Müller, Umgang, 1998, S. 239 f.
33 NZZ, Mai 1847; Maissen, Sonderbund, 1998, S. 272.
34 NZZ, 4. 3. 1848.
35 NZZ, 16. 9. 1848.
36 NZZ, April 1848; Maissen, Sonderbund, 1998, S. 227.
37 NZZ, 2. 3. 1848.
38 NZZ, März 1848; Maissen, Sonderbund, 1998, S. 228.
39 NZZ, Frühling 1848; Maissen, Sonderbund, 1998, S. 233.
40 NZZ, April 1848; Maissen, Sonderbund, 1998, S. 229.
41 NZZ, 28. 11. 1848.
42 NZZ, 20. 6. 1843; Weisz, Redaktoren, 1961, S. 275 f.
43 NZZ, 12. 1. 1833; Weisz, Redaktoren, 1961, S. 134–137.
44 Wiskemann, Newspaper, 1959, S. 13.
45 NZZ, 30. 12. 1848.

Um die Ausgestaltung des Bundesstaats: von Felber bis Vogt, 1849–1885

1 NZZ, 25. 12. 1849; Weisz, Kampf der Liberalen, 1962, S. 56 f.
2 NZZ, 28. 6. 1849; Weisz, Kampf der Liberalen, 1962, S. 43.
3 NZZ, Dezember 1848; Maissen, Sonderbund, 1998, S. 302.
4 Weisz, Kampf der Liberalen, 1962, S. 39.
5 Weisz, Kampf der Liberalen, 1962, S. 135 f.
6 NZZ, 11. 6. 1852; Welti, Geschichte, 1930, S. 159.
7 NZZ, 14. 8. 1869; Weisz, Freisinniger Standort, 1965, S. 195.
8 NZZ, 17. 6. 1871; Weisz, Freisinniger Standort, 1965, S. 196.
9 NZZ, 3./4. 9. 1877; Weisz, Freisinniger Standort, 1965, S. 197–202.
10 NZZ, 20. 1. 1879; Weisz, Freisinniger Standort, 1965, S. 322.
11 NZZ, 1. 3. 1880; Weisz, Freisinniger Standort, 1965, S. 323.
12 Welti, Geschichte, 1930, S. 142.

13 NZZ, Dezember 1856; Welti, Geschichte, 1930, S. 142.
14 NZZ, 8. 4. 1859; Weisz, Kampf der Liberalen, 1962, S. 100.
15 NZZ, 30. 8. 1863.
16 NZZ, 28. 11. 1868; Welti, Geschichte, 1930, S. 188.
17 NZZ, 17. 7. 1870.
18 NZZ, 23. 8. 1870.
19 NZZ, 20. 10. 1870.
20 NZZ, 20. 10. 1870; Welti, Geschichte, 1930, S. 223.
21 NZZ, 19. 11. 1870.
22 NZZ, 18. 3. 1871.
23 NZZ, 17. 1. 1871.
24 NZZ, 9. 3. 1872; Weisz, Freisinniger Standort, 1965, S. 38.
25 NZZ, 16. 5. 1872.
26 NZZ, 25. 4. 1873; Weisz, Freisinniger Standort, 1965, S. 59 f.
27 NZZ, 12. 9. 1874; Weisz, Freisinniger Standort, 1965, S. 58 f.
28 NZZ, 21. 4. 1874; Weisz, Freisinniger Standort, 1965, S. 70.
29 NZZ, 9. 4. 1894; Weisz, Freisinniger Standort, 1965, S. 73.
30 NZZ, 30. Juni 1877; Weisz, Freisinniger Standort, 1965, S. 161.
31 Weisz, Freisinniger Standort, 1965, S. 254, 258.
32 NZZ, 14. 6. 1881; Weisz, Freisinniger Standort, 1965, S. 403.
33 NZZ, 31. 10. 1880; Weisz, Freisinniger Standort, 1965, S. 494.
34 Weisz, Freisinniger Standort, 1965, S. 485.
35 NZZ, 29. 10. 1879; Weisz, Freisinniger Standort, 1965, S. 395.
36 NZZ, 7. 11. 1880; Weisz, Freisinniger Standort, 1965, S. 396.
37 Weisz, Freisinniger Standort, 1965, S. 309.
38 Weisz, Freisinniger Standort, 1965, S. 441–454.

Weder Konservatismus noch Sozialdemokratie: die Ära Bissegger 1885–1915

1 Richner, Bissegger, 1983, S. 24.
2 NZZ, 9. 3. 1892; Richner, Bissegger, 1983, S. 64.
3 Horvath/Kunz, Sozialpolitik, 1993, S. 74.
4 Richner, Bissegger, 1983, S. 53.
5 Richner, Bissegger, 1983, S. 56.
6 NZZ, 24./25. 6. 1884; Weisz, Freisinniger Standort, 1965, S. 357–362.
7 NZZ, 1898; Welti, Geschichte, 1930, S. 203.
8 Cattani, Meyer, 1992, S. 36.
9 Richner, Bissegger, 1983, S. 89.
10 NZZ, 1890; Welti, Geschichte, 1930, S. 197.
11 NZZ, 22. 7. 1906; Richner, Bissegger, 1983, S. 82; Cattani, Meyer, 1992, S. 37–39.
12 NZZ 15. 3. 1910; Richner, Bissegger, 1983, S. 101, 107; vgl. Horvath/Kunz, Sozialpolitik, 1993, S. 66–68.
13 NZZ, Neujahr 1908; Welti, Geschichte, 1930, S. 196.
14 NZZ, 1. 2. 1912; vgl. Horvath/Kunz, Sozialpolitik, 1993, S. 79 f., 87.
15 Welti, Geschichte, 1930, S. 211.
16 Richner, Bissegger, 1983, S. 81 f.
17 NZZ, 30. 3. 1912; 1./2. 4. 1912.
18 NZZ, 1. 1. 1911; Horvath/Kunz, Sozialpolitik, 1993, S. 71 f.
19 NZZ, 22./23. 7. 1912.
20 NZZ, 1. 1. 1914; Richner, Bissegger, 1983, S. 73.

21 NZZ, 7. 11. 1912.
22 NZZ, 3. 9. 1912; Richner, Bissegger, 1983, S. 69.
23 NZZ, 7. 8. 1898.
24 NZZ, 4. 1. 1898.
25 NZZ, 7. 9. 1898.
26 Weisz, Freisinniger Standort, 1965, S. 539.
27 Wiskemann, Newspaper, 1959, S. 33–35, 38.
28 NZZ, 15. 9. 1899; Welti, Geschichte, 1930, S. 224.
29 NZZ, 2. 3. 1900.
30 NZZ, Dezember 1913; Welti, Geschichte, 1930, S. 208.
31 NZZ, 6. 7. 1914; Wiskemann, Newspaper, 1959, S. 38.
32 NZZ, 28. 7. 1914; Hunziker, Kriegsberichterstattung, 2004, S. 6.
33 NZZ, Nr. 1166, 30. 7. 1914.
34 NZZ, Nr. 1165, 30. 7. 1914.
35 NZZ, 1. 8. 1914.
36 NZZ, 3. 8. 1914; 9. 8. 1914.
37 NZZ, 1. 5. 1915; Hunziker, Kriegsberichterstattung, 2004, S. 6 f.
38 Cattani, Meyer, 1992, S. 65.
39 NZZ, 5. 8. 1914.
40 NZZ, 6. 8. 1914; Wiskemann, Newspaper, 1959, S. 38.
41 NZZ, 7. 8. 1914.
42 NZZ, 12. 10. 1914.
43 NZZ, 16. 8. 1914.
44 NZZ, 5. 8. 1914.
45 NZZ, 16. 8. 1914.
46 The Contemporary Review, Februar 1917; Wiskemann, Newspaper, 1959, S. 43.
47 NZZ, 7. 11. 1914.
48 NZZ, 2. 10. 1914; 7. 11. 1914.
49 Richner, Bissegger, 1983, S. 66.
50 NZZ, 22. 9. 1910; Richner, Bissegger, 1983, S. 110–114; Kury, Fremde, 2003, S. 47, 52.

In der Krise des Abendlands: die Ära Meyer 1915–1929

1 NZZ, 9. 8. 1914.
2 NZZ, Nr. 1493, 7. 11. 1915; Cattani, Meyer, 1992, S. 69.
3 Cattani, Meyer, 1992, S. 122.
4 Lang, Kampfplatz, 1968, S. 119–122.
5 NZZ, 28. 12. 1915; Lang, Kampfplatz, 1968, S. 132–139.
6 NZZ, 3. 6. 1917; Cattani, Meyer, 1992, S. 67; Lang, Kampfplatz, 1968, S. 91 f.
7 NZZ, 19. 12. 1917.
8 NZZ, 1. 1. 1919; Lang, Kampfplatz, 1968, S. 95.
9 NZZ, 6. 7. 1919; Kloetzli in: 150 Jahre NZZ, 1930, S. 253.
10 Für das Kriegspresseamt Lang, Kampfplatz, 1968, S. 23.
11 Cattani, Meyer, 1992, S. 40.
12 NZZ, Juni 1915; Cattani, Meyer, 1992, S. 81.
13 NZZ, 25. 10. 1917.
14 NZZ, 25. 1. 1918.
15 NZZ, 27. 2. 1918; Cattani, Meyer, 1992, S. 86–89, 228–235.
16 NZZ, 6. 11. 1918.
17 Bürgerliche Presse Zürichs, 12. 11. 1918.

18 NZZ, 17. 11. 1918.
19 NZZ, 7. 5. 1918; Leemann, Totengräber, 2003, S. 109.
20 NZZ, 27. 3. 1919.
21 NZZ, 2. 3. 1919.
22 Ernst/Wigger, Innovation, 1993, S. 120 f., 126.
23 NZZ, 16. 3. 1917.
24 Peyer, Fueter, 1982, S. 33.
25 NZZ, 5. 12. 1917.
26 NZZ, 5. 12. 1917; 10. 1. 1918.
27 Leemann, Totengräber, 2003, S. 78, Anm. 8.
28 NZZ, 24. 10. 1919.
29 NZZ, 28. 7. 1921.
30 NZZ, 25. 6. 1922; 17. 5. 1923; 28. 1. 1924; 28. 7. 1926; vgl. Leemann, Totengräber, 2003, S. 442, 576, 581.
31 13 Beiträge, NZZ, 10. 8. 1927 bis 7. Oktober 1927.
32 NZZ, 7. 10. 1927.
33 NZZ, Nr. 19. 10. 1927.
34 NZZ, 3. 3. 1927.
35 Peyer, Fueter, 1982, S. 34.
36 NZZ, 20. 10. 1918; Lang, Kampfplatz, 1968, S. 85.
37 NZZ, 24. 2. 1920.
38 NZZ, 4. 5. 1920; die Entgegnungen am 5. und 6. 5. 1920.
39 NZZ, 21. 1. 1920.
40 NZZ, 18. 5. 1920.
41 NZZ, 6. 7. 1914; Wiskemann, Newspaper, 1959, S. 38.
42 NZZ, 21. 1. 1920.
43 NZZ, 8. 9. 1926; Kloetzli in: 150 Jahre NZZ, 1930, S. 262.
44 NZZ, 19. 12. 1926.
45 NZZ, 11. 9. 1929.
46 NZZ, 25. 5. 1930.
47 NZZ, 8. 3. 1932.
48 NZZ, Nr. 1899, 3. 10. 1929.
49 NZZ, 21. 10. 1925.
50 NZZ, Nr. 1015, 3. 6. 1928; 21. 7. 1928; 28. 8. 1928.
51 NZZ, 2. 7. 1929.
52 NZZ, 22. 12. 1929.
53 NZZ, 11. 4. 1920; Leemann, Totengräber, 2003, S. 282.
54 NZZ, 14. 11. 1923; Leemann, Totengräber, 2003, S. 526.
55 NZZ, 10. 11. 1923; Leemann, Totengräber, 2003, S. 523.
56 NZZ, Nr. 661, 11. 4. 1928.
57 NZZ, 1. 3. 1925; 2. 3. 1925.
58 NZZ, 27. 4. 1925.
59 NZZ, 31. 10. 1922; Leemann, Totengräber, 2003, S. 470.
60 NZZ, 3. 6. 1921; Leemann, Totengräber, 2003, S. 374–376.
61 NZZ, 20. 1. 1921; Leemann, Totengräber, 2003, S. 370.
62 NZZ, 5. 11. 1922; 20. 11. 1922; Kunz, Presse, 1975, S. 16; Leemann, Totengräber, 2003, S. 471, 475.
63 NZZ, 21. 7. 1923; Leemann, Totengräber, 2003, S. 549.
64 NZZ, 31. 10. 1922; Kunz, Presse, 1975, S. 15, 212.
65 NZZ, 19. 12. 1922; Leemann, Totengräber, 2003, S. 477.

66 Spindler, Schweiz, 1976, S. 223.
67 NZZ, 5. 6. 1924.
68 NZZ, 8. 2. 1929; 19. 2. 1929; Maissen, Katholizismus, 2001, S. 135 f.
69 NZZ, 24. 3. 1929.
70 NZZ, 17. 6. 1924.
71 NZZ, 11. 11. 1928; 17. 2. 1929; 31. 7. 1929; 3. 1. 1930.
72 NZZ, 13. 5. 1929.
73 NZZ, 12. 5. 1929.
74 NZZ, 28. 4. 1918; Ernst/Wigger, Innovation, 1993, S. 154 f.
75 NZZ, 1. 12. 1918; 29. 9. 1919; Meyer, Vortrag, 6. 2. 1919; Cattani, Meyer, 1992, S. 236; Ernst/Wigger, Innovation, 1993, S. 129, 156; Kleger, Demokratiekonflikte, 1993, S. 208 f.
76 NZZ, Nr. 1528, 24. 8. 1928.
77 NZZ, Nr. 680, 1922; 24. 10. 1919; Ernst/Wigger, Innovation, 1993, S. 158 f.; Kleger, Demokratiekonflikte, 1993, S. 189.
78 NZZ, 13. 3. 1918; Ernst/Wigger, Innovation, 1993, S. 157 f.
79 NZZ, 2. 12. 1929.
80 NZZ, 12. 12. 1929; Cattani, Meyer, 1992, S. 168–176.
81 NZZ, 20. 10. 1929; Hausammann, Weltwirtschaftskrise, 2004, S. 8.
82 NZZ, 3. 10. 1931; Hausammann, Weltwirtschaftskrise, 2004, S. 13 f.
83 25. 10. 1935; Kleger, Demokratiekonflikte, 1993, S. 222.
84 NZZ, Nr. 1868, 3. 10. 1931.
85 Luchsinger, Zeitalter, 1955, S. 33.

Ausharren in der Mitte: die Ära Bretscher 1933–1967
Gegen den braunen Totalitarismus, 1933–1945

1 NZZ, 30. 1. 1933; 31. 1. 1933; Dreifuss, Schweiz, 1971, S. 35; Padel, Dämme, 1998, S. 13.
2 NZZ, 26. 2. 1933; Dreifuss, Schweiz, 1971, S. 37.
3 NZZ, 11. 6. 1933; Dreifuss, Schweiz, 1971, S. 39.
4 Luchsinger, Zeitalter, 1955, S. 94.
5 NZZ, 24. 7. 1933; Luchsinger, Zeitalter, 1955, S. 90.
6 NZZ, 1. 8. 1933; Zollinger, Frischer Wind, 1991, S. 144.
7 Luchsinger, Zeitalter, 1955, S. 176.
8 NZZ, 4. 7. 1933; Zollinger, Frischer Wind, 1991, S. 141.
9 NZZ, 21. 9. 1933; Zollinger, Frischer Wind, 1991, S. 148.
10 NZZ, 24. 7. 1933; Bretscher, Sturm, 1998, S. 27–32; 28. 10. 1936, Bretscher, Sturm, 1998, S. 134–139; Luchsinger, Zeitalter, 1955, S. 170.
11 NZZ, 8. 12. 1934; Bretscher, Sturm, 1998, S. 86.
12 NZZ, 28. 10. 1936; 25. 7. 1937; Bretscher, Sturm, 1998, S. 135, 168.
13 NZZ, 26. 8. 1933; Bretscher, Sturm, 1998, S. 38.
14 Vogt, Churchill, 1996, S. 133.
15 Nicolo Biert, Bund für Volk und Heimat, in: «Schweizerische Rundschau», 33. Jg., 1933/34, S. 349–351.
16 NZZ, 31. 5. 1933; Zimmer, Typisierung, 1993, S. 260.
17 Luchsinger, Zeitalter, 1955, S. 64.
18 NZZ, 11. 3. 1933, Korrodi, Feuilletons, 1995, S. 181.
19 NZZ, 21. 1. 1936.
20 NZZ, 19. 7. 1933.
21 Luchsinger, Zeitalter, 1955, S. 200.
22 Luchsinger, Zeitalter, 1955, S. 79; Bretscher, Sturm, 1998, S. 73.
23 NZZ, 2. 5. 1934; Padel, Dämme, 1998, S. 36.

24 NZZ, 5. 3. 1933; Dreifuss, Schweiz, 1971, S. 45.
25 NZZ, 11. 3. 1933; Bretscher, Sturm, 1998, S. 18 f.
26 NZZ, 2. 7. 1933; 5. 11. 1933; Dreifuss, Schweiz, 1971, S. 47, 69.
27 NZZ, 7. 5. 1933.
28 Luchsinger, Zeitalter, 1955, S. 115, 119.
29 Luchsinger, Zeitalter, 1955, S. 76.
30 Luchsinger, Zeitalter, 1955, S. 80 f.; Cattani, Das Verbot der NZZ in Deutschland 1933, NZZ, 10. 11. 1997, S. 11.
31 NZZ, 13. 11. 1933; Bretscher, Sturm, 1998, S. 45.
32 NZZ, 10. 11. 1923.
33 NZZ, 27. 2. 1933; Korrodi, Feuilletons, S. 174.
34 NZZ, 28. 7. 1935; Dreifuss, Schweiz, 1971, S. 85, 88, 184–189.
35 Dreifuss, Schweiz, 1971, S. 102.
36 NZZ, 31. 3. 1933.
37 NZZ, 16. 9. 1935; 17. 9. 1935.
38 NZZ, 10. 9. 1933; 5. 11. 1933; vgl. Zimmer, Typisierung, 1993, S. 276.
39 NZZ, 22. 3. 1933; Zimmer, Typisierung, 1993, S. 265.
40 NZZ, 1. 4. 1933; 8. 5. 1933; Zimmer, Typisierung, 1993, S. 266 f.
41 NZZ, 27./29. 1. 1935; Dreifuss, Schweiz, 1971, S. 150 f.
42 NZZ, 5./6. 4. 1997, S. 65; NZZ, 25./26. 8. 2001, S. 87; 6. 7. 2002, S. 72.
43 NZZ, 6. 12. 1936.
44 NZZ, 24. 11. 1938; Dreifuss, Schweiz, 1971, S. 125.
45 NZZ, 8. 9. 1938.
46 NZZ, 17. 12. 1938; Kury, Fremde, 2003, S. 202.
47 NZZ, 6. 11. 1933; Zimmer, Typisierung, 1993, S. 282.
48 NZZ, 21. 2. 1934; Dreifuss, Schweiz, 1971, S. 81.
49 NZZ, 23. 8. 1936; Dreifuss, Schweiz, 1971, S. 103.
50 Vgl. NZZ, 18. 2. 1937; Bretscher, Sturm, 1998, S. 152.
51 NZZ, 25. 11. 1935.
52 NZZ, 23. 10. 1934.
53 NZZ, 22. 11. 1934; 17. 4. 1935.
54 NZZ, 12. 12. 1938; Bretscher, Sturm, 1998, S. 203–208.
55 NZZ, 8. 9. 1935; Bretscher, Spannungsfeld, 1991, S. 105 f.; Luchsinger, Zeitalter, 1955, S. 110.
56 NZZ, 17. 11. 1937.
57 NZZ, 15. 2. 1934; Bretscher, Sturm, 1998, S. 59.
58 NZZ, 19. 2. 1934; Bretscher, Sturm, 1998, S. 66 f.; NZZ, 28. 1. 1935; Bretscher, Sturm, 1998, S. 90.
59 NZZ, 5. 3. 1934; 6. 3. 1934.
60 Luchsinger, Zeitalter, 1955, S. 44; vgl. Bretscher, Sturm, 1998, S. 61–67.
61 NZZ, 28. 10. 1936; 2. 5. 1937; Bretscher, Sturm, 1998, S. 135, 160.
62 NZZ, 22. 10. 1935.
63 NZZ, 20. 2. 1935; Bretscher, Sturm, 1998, S. 95.
64 NZZ, 23. 3. 1938; Bretscher, Sturm, 1998, S. 187.
65 Luchsinger, Zeitalter, 1955, S. 161.
66 Luchsinger, Zeitalter, 1955, S. 166.
67 NZZ, 11. 2. 1934.
68 NZZ, 29. 7. 1933; Zollinger, Frischer Wind, 1991, S. 145.
69 NZZ, 19. 3. 1935; NZZ, 10. 5. 1936; Kunz, Presse, 1975, S. 112 f., 124 f.
70 NZZ, 11. 5. 1935.
71 NZZ, 26. 9. 1935.

72 NZZ, 18. 8. 1936; 2. 9. 1936, Nr. 1499; Weber, Spanischer Bürgerkrieg, 2004, S. 16; für die «odiöse Option» vgl. NZZ, 28. 10. 1936; Bretscher, Sturm, 1998, S. 135.
73 Schwarz, Spanien, 1936, S. 10 (24. 11. 1936), 85 (30. Oktober 1937).
74 Schwarz, Spanien, 1936, S. 60 (17. 12. 1936); NZZ, 30. 4. 1937; Weber, Spanischer Bürgerkrieg, 2004, S. 18 f.
75 18. August 1936, Nr. 1413; 30. April 1937, Nr. 769; Weber, Spanischer Bürgerkrieg, 2004, S. 16 f.
76 17. 12. 31, 18. 12. 34, 20. 2./6. 8. 35, 11. 7. 39.
77 NZZ, 22. 9. 1938; Bretscher, Sturm, 1998, S. 195; Luchsinger, Zeitalter, 1955, S. 181; vgl. auch NZZ, 23. 3. 1938.
78 NZZ, 26. 8. 1933; Bretscher, Sturm, 1998, S. 40.
79 NZZ, 15. 4. 1938; Padel, Dämme, 1998, S. 147.
80 NZZ, 24. 5. 1936; Bretscher, Sturm, 1998, S. 127.
81 NZZ, 13. 3. 1938; Kreis, Österreich, 1988, S. 178.
82 Luchsinger, Zeitalter, 1955, S. 146.
83 NZZ, 10. 10. 1938.
84 NZZ, 2. 9. 1938.
85 Weber, Nervenkrieg, 1948, S. 95 f.
86 NZZ, 23. 3. 1939.
87 NZZ, Nr. 165, 1937.
88 NZZ, 22. 8. 1939; Padel, Dämme, 1998, S. 119.
89 NZZ, 4. 9. 1939.
90 NZZ, 2. 9. 1939.
91 NZZ; 23. 12. 1939; vgl. Weber, Nervenkrieg, S. 138.
92 NZZ, 10. 12. 1939.
93 NZZ, 10. 4. 1940.
94 NZZ, ££.
95 Luchsinger, Zeitalter, 1955, S. 230.
96 NZZ, 16. 6. 1940.
97 Vogt, Churchill, 1996, S. 80.
98 Vogt, Churchill, 1996, S. 430.
99 Luchsinger, Zeitalter, 1955, S. 200.
100 Kreis, Zensur, S. 305.
101 NZZ, 23. März 1938.
102 NZZ, 15. 4. 1938; Padel, Dämme, 1998, S. 147.
103 NZZ, 13. 10. 1940; Bretscher, Sturm, 1998, S. 265.
104 Vogt, Churchill, 1996, S. 422f.; Luchsinger, Zeitalter, 1955, S. 240 f.
105 Hanno Helbling, «Weil der Geist selbst Tätigkeit ist», NZZ, 21./22. 2. 2004, S. 65.
106 Vogt, Churchill, 1996, S. 191.
107 NZZ, 15. 10. 1942.
108 Vogt, Churchill, 1996, S. 133; 200 Jahre NZZ, 1980, S. 132.
109 Vogt, Churchill, 1996, S. 214; Luchsinger, Zeitalter, 1955, S. 254.
110 Vogt, Churchill, 1996, S. 104.
111 Kreis, Trump, 1973, S. 33–37.
112 NZZ, 11. 9. 1940; Imhof/Etter, Flüchtlings- und Aussenwirtschaftspolitik, 2001, S. 202.
113 NZZ, 13. 10. 1940; Bretscher, Sturm, 1998, S. 266.
114 NZZ, 11. 9. 1940; Imhof/Etter, Flüchtlings- und Aussenwirtschaftspolitik, 2001, S. 202.
115 NZZ, 25. 7. 1940; Bretscher, Sturm, 1998, S. 262; Luchsinger, Zeitalter, 1955, S. 242–245.
116 NZZ, 7. 7. 1940.
117 NZZ, 30. 8. 1940.

118 Vgl. zur Auseinandersetzung auch Mattioli, Demokratie, S. 264–266, 287–289.
119 NZZ 825/828/832, Mai 1941; Maetzke, Presse, 1955, S. 14.
120 NZZ, 23. 6. 1941.
121 NZZ, 17. 7. 1941; Bretscher, Sturm, 1998, S. 287.
122 NZZ, 31. 1. 1943.
123 21. 6. 1942; Ernst Bieri, Die Nachrichten über die Hölle im Osten, 12. 7. 1999, S. 11.
124 NZZ, 23. 8. 1942; 25. 8. 1942.
125 NZZ, 20. 6. 1943.
126 NZZ, 7. 7. 1944; Albert Müller, Deportationen und Vernichtungslager, NZZ, 4. 5. 1979, S. 35.
127 Vogt, Churchill, 1996, S. 149 f.
128 NZZ, 16. 7. 1944.
129 NZZ 1334, 1944; NZZ 175, 1945; NZZ, Nr. 1017, 1945; Maetzke, Presse, 1955, S. 94, 100; Waeger, Eingabe, 1971, S. 50.
130 NZZ, 2. Mai 1945.
131 NZZ, 7. 8. 1945.
132 Luchsinger, Zeitalter, 1955, S. 265.
133 NZZ, 7. 5. 1945.

Ausharren in der Mitte: die Ära Bretscher 1933–1967
Gegen den roten Totalitarismus, 1945–1967

1 NZZ, 1. 8. 1942; Bretscher, Sturm, 1998, S. 318.
2 NZZ, 20. 3. 1942; Bretscher, Spannungsfeld, 1991, S. 315.
3 Luchsinger, Zeitalter, 1955, S. 291.
4 NZZ, 23. 10. 1941; Bretscher, Sturm, 1998, S. 303.
5 NZZ, 29. 11. 1918; Leemann, Totengräber, 2003, S. 122.
6 NZZ, 19. 12. 1943; Bretscher, Spannungsfeld, 1991, S. 351.
7 Luchsinger, Zeitalter, 1955, S. 268 f.
8 NZZ, 27. 10. 1943; Imhof, Leben, 1996, S. 60.
9 NZZ, 15. 10. 1943; Imhof, Leben, 1996, S. 60; Imhof/Etter, Flüchtlings- und Aussenwirtschaftspolitik, 2001, S. 329 f.
10 NZZ, 3. 12. 1942.
11 NZZ, 16. 4. 1943; 19. 4. 1943.
12 NZZ, 29. 12. 1942.
13 NZZ, 15. 10. 1943; Imhof/Etter, Flüchtlings- und Aussenwirtschaftspolitik, 2001, S. 347.
14 NZZ, 29. 12. 1942; NZZ, 29. 10. 1943; Bretscher, Sturm, 1998, S. 349.
15 NZZ, 31. 5. 1947; Bretscher, Spannungsfeld, 1991, S. 49.
16 NZZ, 6. 6. 1947.
17 NZZ, 12. 6. 1947.
18 NZZ, 16. 12. 1945; auch Bretscher, Spannungsfeld, 1991, S. 32.
19 NZZ, 10. 2. 1946.
20 Morandi/Kunz, Aufbruch und Sonderfallrhetorik.
21 NZZ, 4. 7. 1945; Bretscher, Spannungsfeld, 1991, S. 20.
22 Luchsinger, Zeitalter, 1955, S. 313.
23 NZZ, 4. 7. 1945; Bretscher, Spannungsfeld, 1991, S. 22.
24 NZZ, 275, 1945.
25 NZZ, 7. 5. 1945.
26 NZZ, 27. 5. 1946; vgl. Imhof/Etter, Flüchtlings- und Aussenwirtschaftspolitik, 2001, S. 386.
27 NZZ, 27. 7. 1946.
28 NZZ, 7. 3. 1946; Kleger, Bürgergesellschaft, 1996, S. 130; vgl. Luchsinger, Zeitalter, 1955, S. 306.

29 Tagwacht, 13. 7. 1946.
30 Tagwacht, 28. 4. 1947.
31 NZZ, 7. 3. 1948; Bretscher, Spannungsfeld, 1991, S. 53.
32 NZZ, 23. 3. 1949; Bretscher, Spannungsfeld, 1991, S. 76; NZZ, 21. 10. 1951; auch Bretscher, Spannungsfeld, 1991, S. 103.
33 NZZ, 31. 5. 1947; Bretscher, Spannungsfeld, 1991, S. 48.
34 NZZ, 7. 3. 1948; Bretscher, Spannungsfeld, 1991, S. 55.
35 NZZ, 9. 12. 1948; Bretscher, Spannungsfeld, 1991, S. 63.
36 NZZ, 9. 12. 1948; Bretscher, Spannungsfeld, 1991, S. 64 f.
37 NZZ, 869, 1948.
38 NZZ, 25. 4. 1948; Mettler, Puls, 1981, S. 22.
39 NZZ 1224, 1948.
40 NZZ, 12. 8. 1947.
41 NZZ 1517, 1948.
42 NZZ 27. 4. 1949; 9. 5. 1949.
43 NZZ 77, 1942; Maetzke, Presse, 1955, S. 49.
44 Luchsinger, Zeitalter, 1955, S. 285.
45 NZZ 2431, 1948.
46 NZZ, 25. 4. 1946.
47 NZZ, 1. 2. 1953.
48 NZZ, 21. 8. 1956.
49 NZZ, 21. 7. 1949.
50 NZZ, 2. 10. 1949.
51 NZZ, 17. 1. 1951.
52 NZZ, 23. 9. 1953; Oberste, S. 232.
53 Luchsinger, Zeitalter, 1955, S. 323.
54 NZZ, 31. 3. 1949.
55 NZZ, 16. 9. 1950.
56 NZZ, 14. 9. 1951.
57 NZZ, 21. 1. 1952.
58 NZZ, 13. 7. 1953.
59 NZZ, 31. 8. 1952.
60 NZZ, 26. 6. 1950; zu Korea auch Imhof/Etter, Flüchtlings- und Aussenwirtschaftspolitik, 2001, S. 412 ff.
61 NZZ, 26. 8. 1951; Imhof, Wiedergeburt, 1996, S. 229, Anm. 151.
62 NZZ, 5. 12. 1950.
63 NZZ, 22. 1. 1951.
64 NZZ, 21. 10. 1951; auch Bretscher, Spannungsfeld, 1991, S. 100.
65 NZZ, 10. 1. 1951.
66 NZZ, 6. 8. 1951.
67 Willi Bretscher, Geteilte Welt im Zwielicht der «Entspannung», NZZ, 23. 10. 1955; Kleger, Bürgergesellschaft, 1996, S. 165–167.
68 NZZ, 21. 10. 1951; auch Bretscher, Spannungsfeld, 1991, S. 101.
69 NZZ, 5. 3. 1951.
70 NZZ, 23. 11. 1953.
71 NZZ, 22. 12. 1952; Bretscher, Spannungsfeld, 1991, S. 117.
72 NZZ, 9. 10. 1955; Bretscher, Spannungsfeld, 1991, S. 144.
73 NZZ, 22. 12. 1952; Bretscher, Spannungsfeld, 1991, S. 113.
74 NZZ, 11. 8. 1952; Bretscher, Spannungsfeld, 1991, S. 107–112; vgl. Cattani, Wirbel um eine Rede zum 1. August, NZZ, 30. Juli 2002, S. 37.

75 1. 3. 1962; Bütler, Osthandel, 1980, S. 374 f.; NZZ, 15. 4. 1962, Bretscher, Spannungsfeld, 1991, S. 291.
76 NZZ, 4. 9. 1961.
77 NZZ, 30. 3. 1958, Bretscher; Spannungsfeld, 1991, S. 200–205.
78 Fred Luchsinger, NZZ-Korrespondent in Bonn während der Aera Adenauer, MS, S. 11.
79 NZZ, 25. 2. 1958; Bretscher, Spannungsfeld, 1991, S. 194.
80 Vgl. Kreis, Österreich, 1988, S. 186.
81 NZZ, 12. 2. 1945; Kreis, Österreich, 1988, S. 179.
82 NZZ, 17. 4. 1955.
83 NZZ, 13. 5. 1955.
84 NZZ, 13. 5. 1955.
85 NZZ, 15. 7. 1956.
86 Vgl. 200 Jahre NZZ, 1980, S. 13.
87 NZZ, 15. 12. 1953; Bretscher, Spannungsfeld, 1991, S. 127–129.
88 Luchsinger, Zeitalter, 1955, S. 340.
89 NZZ, 15. 12. 1953; Bretscher, Spannungsfeld, 1991, S. 127–129.
90 NZZ, 14. 11. 1956.
91 Tagwacht, 10. 11. 1956.
92 NZZ, 18. 3. 1950; 12. 2. 1954; 29. 9. 1954; vgl. auch Blancpain, Finstere Kräfte, 2004.
93 NZZ, 20. 9. 1954.
94 DDS 18, S. 164 (8. 9. 1950); DoDiS-8909.
95 NZZ, 10. 10. 1957.
96 NZZ, 23. 7. 1960; Bretscher, Spannungsfeld, 1991, S. 251 f.; vgl. ibid., S. 275.
97 Vgl. Reinhard Meier, George F. Kennan – ein konservativer Querdenker, NZZ, 16. 2. 2004, S. 5; auch Mettler, Puls, 1981, S. 324: Welcher Kennan gilt?
98 NZZ, 12. 12. 1961; Bretscher, Spannungsfeld, 1991, S. 278.
99 NZZ, 1. 8. 1963; vgl. Güth, Sowjetkommunismus, 1965, S. 84.
100 NZZ, 22. 3. 1959.
101 NZZ, 17. Juni 1957.
102 NZZ, 8. Juli 1956; Kreis, Image, 1987, S. 426.
103 NZZ, 15. 10. 1963.
104 NZZ, 5. 7. 1957.
105 NZZ, 12. 9. 1961.
106 NZZ, 23. 7. 1960; Bretscher, Spannungsfeld, 1991, S. 254.
107 NZZ, 25. 8. 1961 und 12. 12. 1961; Bretscher, Spannungsfeld, 1991, S. 265, 271.
108 Fred Luchsinger, NZZ-Korrespondent in Bonn während der Aera Adenauer, MS, S. 10.
109 NZZ, 25. 8. 1961; Bretscher, Spannungsfeld, 1991, S. 267.
110 NZZ, 23. 10. 1962.
111 NZZ, 15. 12. 1962.
112 NZZ, 7. 11. 1960.
113 NZZ, 2. 11. 1963.
114 NZZ, 7. 8. 1942; 11. 8. 1942.
115 NZZ, 23. 2. 1947; 11. 7. 1947; vgl. Meier, Indien, 1999, S. 170–174.
116 Meier, Indien, 1999, S. 181–187.
117 200 Jahre NZZ, 1980, S. 18.
118 NZZ, 8. 7. 1960.
119 NZZ, 29. 8. 1960.
120 NZZ, Nr. 1517, 1937.
121 NZZ, 1. 9. 1929.
122 NZZ, 10. 7. 1946.

123 NZZ, 15. 5. 1948.
124 NZZ, 30. 10. 1956.
125 NZZ, 4. 1. 1957.
126 NZZ, 3. 9. 1967.
127 NZZ, 20. 7. 1958.
128 NZZ, 18. 4. 1963.
129 NZZ, 15. 6. 1967.
130 NZZ, 6. 6. 1967.
131 NZZ, 11. 3. 1956.
132 NZZ, 16. 3. 1957.
133 NZZ, 23. 9. 1957.
134 NZZ, 18. 10. 1959; 13. 11. 1960.
135 NZZ, 19. 3. 1962.
136 NZZ, 29. 10. 1947; 9. 6. 1951.
137 NZZ, 8. 6. 1958; 25. 5. 1958.
138 NZZ, 30. 11. 1962.
139 NZZ, 16. 11. 1965.
140 NZZ, 15. 1. 1963.
141 NZZ, 18. 1. 1963.
142 NZZ, 7. 11. 1965; 1. 5. 1966.
143 NZZ, 12. 9. 1965.
144 NZZ, 13. 11. 1965.
145 NZZ, 20. 9. 1946; Bretscher, Spannungsfeld, 1991, S. 42.
146 NZZ, 21. 3. 1951.
147 NZZ, 17. 1. 1957.
148 NZZ, 27. 4. 1957.
149 NZZ, 16. 10. 57; Romano, Sonderfall, 1999, S. 62 f.
150 NZZ, 31. 7. 1964; Güth, Sowjetkommunismus, 1965, S. 141 f.
151 NZZ, 24. 3. 1960.
152 NZZ, 12. 12. 1961; Bretscher, Spannungsfeld, 1991, S. 278.
153 NZZ, 14. 9. 1965.
154 NZZ, 9. 5. 1961; Bretscher, Spannungsfeld, 1991, S. 261.
155 NZZ, 24. 1. 1959; 24. 3. 1960.
156 NZZ, 18. 3. 1959; Bretscher, Spannungsfeld, 1991, S. 223.
157 NZZ, 25. 10. 1959; Bretscher, Spannungsfeld, 1991, S. 243.
158 NZZ, 3. 2. 1960; Romano, Sonderfall, 1999, S. 65.
159 NZZ, 13. 8. 1960.
160 NZZ, 17. 10. 1963.
161 NZZ, 20. 10. 1963; Bretscher, Spannungsfeld, 1991, S. 319.
162 NZZ, 15. 4. 1962; Bretscher, Spannungsfeld, 1991, S. 294.
163 NZZ, 12. 4. 1963; Bretscher, Spannungsfeld, 1991, S. 303.
164 NZZ, 19. 12. 1957; vgl. NZZ, 26. 11. 1959 und Christian Seidl, Magie von der Falkenstrasse, NZZ, 27. 11. 2003, S. 17.
165 NZZ, 14. 11. 1956; vgl. 200 Jahre NZZ, 1980, S. 15.
166 NZZ, 4. 8. 1956.
167 NZZ, 6. 6. 1957.
168 NZZ, 30. 4. 1957.
169 NZZ, 9. 3. 1959.
170 NZZ, 19. 2. 1967; 27. 8. 1967; Luchsinger, Realitäten, 1983, S. 80; vgl. Güth, Sowjetkommunismus, 1965.

171 NZZ, 11. 6. 1964.
172 NZZ, 23. 9. 1964; 7. 10. 1964.
173 NZZ, 8. 7. 1967.
174 NZZ, 10. 3. 1967; 17. 12. 1967.
175 NZZ, 16. 10. 1958.
176 NZZ, 17. 10. 1961.
177 John R. Lademann, Die Fremdarbeiter und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit unseres Landes, NZZ, 4. 2. 1961; Avanzino, Gastarbeiter, 2004, S. 11.
178 NZZ, 14. 10. 1964; Romano, Sonderfall, 1999, S. 81 f.
179 NZZ, 11. 1. 1965.
180 NZZ, April 1964 (Bretscher); Gisler, Überfremdung, 1999, S. 103.
181 NZZ, 10. 3. 1964.
182 NZZ, 15. 2. 1965.
183 NZZ, 17. 2. 1964.
184 NZZ, 28. 6. 1965; 12. 7. 1965.
185 NZZ, 18. 12. 1964.
186 NZZ, 17. 2. 1965.
187 NZZ, 5. 12. 64; Romano, Sonderfall, 1999, S. 82.
188 NZZ, 19. 3. 1965.
189 NZZ, 23. 3. 1965.
190 NZZ, 22. 11. 1965.
191 NZZ, 30. 10. 1949.
192 NZZ, 31. 8. 1966.
193 NZZ, 14. 8. 1966.
194 NZZ, 8. 7. 1966; Luchsinger, Realitäten, 1983, S. 71.
195 200 Jahre NZZ, 1980, S. 20.
196 NZZ, 26. 3. 65; Romano, Sonderfall, 1999, S. 70.
197 NZZ, 28. 12. 1965.
198 NZZ, 5. 4. 1964; Luchsinger, Realitäten, 1983, S. 41.
199 NZZ, 5. 3. 1966.
200 NZZ, 23. 5. 1966.

Systemgegensätze innen wie aussen: die Ära Luchsinger 1968–1984

1 NZZ, 3. 5. 1968, III, S. 3.
2 NZZ, 19. 5. 1968, S. 1.
3 NZZ, 13. 5. 1968, I, S. 2.
4 NZZ, 26. 5. 1968, S. 2; Luchsinger, Realitäten, 1983, S. 105.
5 NZZ, 24. 6. 1968, III, S. 1.
6 Vgl. etwa NZZ, 25. 10. 1975; Luchsinger, Realitäten, 1983, S. 175.
7 NZZ, 4. 6. 1968, I., S. 21.
8 NZZ, 5. 6. 1968, III, S. 15.
9 NZZ, 7. 7. 1968, S 17.
10 NZZ, 17. 6. 1968, III, S. 1.
11 NZZ, 16. 4. 1968, I, S. 17; 26. 1. 1969, S. 1; Luchsinger, Realitäten, 1983, S. 100, 118.
12 NZZ, 1. 12. 1968, S. 17.
13 NZZ, 2. 7. 1968, I, S. 1.
14 NZZ, 13. 4. 1933; Bretscher, Sturm, 1998, S. 23 f.; vgl. Luchsinger, Zeitalter, 1955, S. 98.
15 NZZ, 13. 5. 1921; Leemann, Totengräber, 2003, S. 378; nach Ovid, Remedia amoris, 91.
16 NZZ, 17. 6. 1968, III, S. 1.

17 NZZ, 16. 4. 1968; Luchsinger, Realitäten, 1983, S. 98.
18 NZZ, 2. 7. 1968, I, S. 1; 26. 1. 1969; Luchsinger, Realitäten, 1983, S. 117.
19 NZZ, 17. 6. 1968, III, S. 1.
20 NZZ, 2. 7. 1968, I, S. 1.
21 NZZ, 17. 6. 1968, III, S. 1; vgl. dazu den Rückblick vom 31. 12. 1977; Luchsinger, Realitäten, 1983, S. 305.
22 NZZ, 2. 7. 1968, I, S. 1.
23 NZZ, 22. 12. 1967.
24 NZZ, 1. 8. 1970.
25 NZZ, 31. 7. 1972.
26 NZZ, 31. 12. 1977, S. 1; Luchsinger, Realitäten, 1983, S. 305; vgl. auch Fred Luchsinger, Ansprachen, Zürich 1985, S. 15–21 (12. April 1968).
27 NZZ, 23. 2. 1969, S. 17.
28 NZZ, 31. 7. 1972, II, S. 1.
29 NZZ, 29. 8. 1971, S. 33.
30 Meyer, Vortrag, 6. 2. 1919; Cattani, Meyer, 1992, S. 237.
31 NZZ, 27. 4. 1925; 16. 3. 1933.
32 NZZ, 27. 1. 1959.
33 NZZ, 10. 1. 1959.
34 NZZ, 21. 11. 1966.
35 NZZ, 13. 1. 1971, I, S. 1.
36 NZZ, 8. 2. 1971, II, S. 1.
37 NZZ, 15. 6. 1981, S. 15.
38 NZZ, 22. 4. 1916; 21. 3. 1934; Marty, Frau, 2004, S. 8, 10.
39 NZZ, 12. 12. 1972, S. 31; Marty, Frau, 2004, S. 14.
40 Marty, Frau, 2004.
41 NZZ, 3. 11. 1971, II, S. 1.
42 NZZ, 13. 3. 1970, I, S. 1.
43 NZZ, 4. 6. 1970, II, S. 1.
44 NZZ, 11. 7. 1971, S. 39; 1. 9. 1974, S. 33; Avanzino, Gastarbeiter, 2004, S. 12.
45 Juli 1957, vgl. 200 Jahre NZZ.
46 Eisenegger, Nationalisierung, 1999, S. 134.
47 NZZ, 13. 9. 1965; 17. 6. 1966; Eisenegger, Nationalisierung, 1999, S. 149.
48 NZZ, 7. 10. 1965; Eisenegger, Nationalisierung, 1999, S. 150.
49 NZZ, 8. 7. 1973, S. 33.
50 NZZ, 23. 12. 1973, S. 29.
51 NZZ, 17. 3. 1974, S. 33.
52 Vgl. Kurt Müller, Der Kanton Jura «erst» 25 Jahre alt, NZZ, 22. 6. 2004, S. 15.
53 NZZ, 27. 4. 1969; 4. 5. 1969; Luchsinger, Realitäten, 1983, S. 123.
54 NZZ, 31. 10. 1970.
55 NZZ, 17. 10. 1972.
56 NZZ, 8. 6. 1972, II, S. 1.
57 NZZ, 28. 11. 1972, I, S. 1.
58 NZZ, 31. 1. 1969, III, S. 1.
59 NZZ, 9. 3. 1969, S. 17.
60 NZZ, 20. 4. 1977, S. 15.
61 NZZ, 28. April 1977, S. 13.
62 NZZ, 12. Mai 1977, S. 13.
63 NZZ, 8. 10. 1976, S. 33.
64 NZZ, 20. 11. 1976, S. 33.

65 NZZ, 20. 4. 1977.
66 NZZ, 8. 2. 1977, S. 28.
67 NZZ, 25. 11. 1976, S. 45.
68 NZZ, 26. 11. 1976, S. 49; 7. 12. 1976, S. 45.
69 NZZ, 3. 12. 1976.
70 NZZ, 27. Juni 1963; Güth, Sowjetkommunismus, 1965, S. 82.
71 NZZ, 5. 4. 1964; 30. 12. 1965; Luchsinger, Realitäten, 1983, S. 41, 52.
72 NZZ, November 1967; Mettler, Puls, 1981, S. 162.
73 NZZ, 21. 8. 1968, I, S. 1.
74 NZZ, 21. 8. 1968, III, S. 1; Mettler, S. 163.
75 NZZ, 25. 8. 1968, S. 1; Luchsinger, Realitäten, 1983, S. 107.
76 NZZ, 1. 9. 1968, S. 1.
77 NZZ, Dezember 1969; Mettler, Puls, 1981, S. 182.
78 Luchsinger, Realitäten, 1983, S. 91.
79 NZZ, Dezember 1969; Mettler, Puls, 1981, S. 181.
80 NZZ, 5. 5. 1968, S. 1; 22. 6. 1968, S. 1.
81 NZZ, 22. 6. 1969, S. 1; Luchsinger, Realitäten, 1983, S. 129.
82 NZZ, 3. 5. 1970, S. 1.
83 NZZ, 28. 1. 1973, S. 1.
84 NZZ, 29. 3. 1975, S. 3.
85 NZZ, 14. 4. 1975.
86 NZZ, 3. 5. 1975, S. 1; Mettler, Puls, 1981, S. 245.
87 NZZ, Mai 1975; Mettler, Puls, 1981, S. 248.
88 NZZ, 17. 5. 1975, S. 1.
89 NZZ, 3. 5. 1975, S. 1; Mettler, Puls, 1981, S. 245.
90 NZZ, 19. 2. 1979, S. 3; Mettler, Puls, 1981, S. 308.
91 NZZ, Januar 1978; Mettler, Puls, 1981, S. 285.
92 NZZ, 12. 4. 1975.
93 NZZ, Mai 1979; Mettler, Puls, 1981, S. 309.
94 NZZ, Januar 1978; Mettler, Puls, 1981, S. 285.
95 Februar 1975; Mettler, Puls, 1981, S. 241.
96 NZZ, November 1978; Mettler, Puls, 1981, S. 303.
97 Oktober 1976; Mettler, Puls, 1981, S. 274.
98 NZZ, 28. 4. 1970, I, S. 1; Luchsinger, Realitäten, 1983, S. 151.
99 NZZ, 18. 12. 1978, S. 3; Luchsinger, Realitäten, 1983, S. 321.
100 NZZ, 17. 12. 1979; Luchsinger, Realitäten, 1983, S. 325–327.
101 NZZ, 3. 7. 1976, S. 1; Mettler, Puls, 1981, S. 269.
102 NZZ, Januar 1976; Mettler, Puls, 1981, S. 262.
103 NZZ, 12. 4. 1975, S. 1; Luchsinger, Realitäten, 1983, S. 259.
104 NZZ, 21. 7. 1969; Mettler, Puls, 1981, S. 175.
105 NZZ, 22. 8. 1971, S. 1.
106 NZZ, 9. 11. 1972, I, S. 1; 14. 5. 1974, I, S. 1.
107 NZZ, 24. 4. 1973, I, S. 1; 14. 5. 1974, I, S. 1.
108 NZZ, 11. 8. 1974, S. 1; Mettler, Puls, 1981, S. 239 f.
109 NZZ, 23. 7. 1974, I, S. 1.
110 März 1978; Mettler, Puls, 1981, S. 291 f.
111 NZZ, 10. 10. 1973, S. 3.
112 NZZ, 13. 9. 1973, S. 1.
113 NZZ, 10. 10. 1973, S. 3.
114 NZZ, 3. Juni 1967.

115 NZZ, 28. 8. 1968, III, S. 3; 29. 8. 1968, III, S. 2.
116 NZZ, 25. 7. 1974, S. 1.
117 NZZ, 28. 4. 1975, S. 3.
118 NZZ, 4. 9. 1975, S. 5; 22. 9. 1975, S. 1.
119 NZZ, 29. 6. 1976, S. 3.
120 NZZ, 4./5. 8. 1967; 16. 8. 1967.
121 NZZ, 4. 10. 1975; Luchsinger, Realitäten, 1983, S. 262.
122 NZZ, 17. 12. 1976, S. 1.
123 NZZ, 18. 6. 1977, S. 3.
124 NZZ, 26. 2. 1981, S. 2.
125 NZZ, 31. 12. 1981, S. 5.
126 NZZ, 3. 1. 1977, S. 1.
127 NZZ, 25. 8. 1968, S. 1; Luchsinger, Realitäten, 1983, S. 107.
128 NZZ, Mai 1969; Mettler, Puls, 1981, S. 171.
129 NZZ, 21. 9. 1977, S. 32.
130 NZZ, 5. 3. 1977, S. 1; Luchsinger, Realitäten, 1983, S. 291.
131 NZZ, 28. 11. 1977, S. 2.
132 NZZ, 12. 5. 1981, S. 1.
133 NZZ, 27. 6. 1981, S. 1; Luchsinger, Realitäten, 1983, S. 383.
134 NZZ, 29. 4. 1977, S. 1.
135 NZZ, 7. 2. 1976, S. 1.
136 NZZ, 27. 3. 1976, S. 1; Luchsinger, Realitäten, 1983, S. 270.
137 NZZ, 19. 6. 1976, S. 1.
138 NZZ, 19. 6. 1976, S. 1.
139 NZZ, 18. 3. 1978, S. 1.
140 NZZ, 10. 5. 1978, S. 3.
141 NZZ, 15. 4. 1978, S. 1; Mettler, Puls, 1981, S. 296.
142 NZZ, 9. 9. 1970, I, S. 1; Luchsinger, Erinnerungen AfZ, S. 14.
143 NZZ, 28. 10. 1973, S. 1.
144 NZZ, 23. 12. 1973, S. 1.
145 NZZ, 11. 11. 1973, S. 1, S. 227.
146 NZZ, 25. 11. 1973, S. 1.
147 NZZ, 17. 3. 1974, S. 1.
148 NZZ, 25. 7. 1974, I, S. 3.
149 NZZ, 8. 7. 1977, S. 1.
150 NZZ, 19. 11. 1977, S. 1; 21. 11. 1977, S. 1.
151 NZZ, 19. 9. 1978, S. 3.
152 NZZ, 8. 6. 1982, S. 3.
153 NZZ, 26. 6. 1982, S. 1.
154 NZZ, 20. 9. 1982, S. 1.
155 NZZ, 22. 9. 1982, S. 3.
156 NZZ, 24. 9. 1982, S. 1; 2. 10. 1982, S. 3.
157 NZZ, 22. 9. 1982, S. 3; Luchsinger, Realitäten, 1983, S. 411.
158 NZZ, 4. 11. 1978, S. 3.
159 NZZ, 2. 4. 1979, S. 4.
160 NZZ, November 1979; Mettler, Puls, 1981, S. 319.
161 NZZ, 23. 2. 1980, S. 1; Luchsinger, Realitäten, 1983, S. 358.
162 NZZ, 29. 3. 1980, S. 1.
163 NZZ, 2. 6. 1984, S. 1.
164 NZZ, 11. 10. 1980, S. 1.

165 NZZ, 22. 10. 196, I, S. 1; 26. 10. 1969, S. 1.
166 NZZ, 22. 3. 1972, I, S. 2.
167 NZZ, 9. 11. 1972, II, S. 1; Luchsinger, Realitäten, 1983, S. 208 f.
168 NZZ, Juni 1974; Mettler, Puls, 1981, S. 235.
169 NZZ, 7./8. 12. 1974, S. 1; Luchsinger, Realitäten, 1983, S. 251 f.
170 NZZ, 25. 10. 1970, S. 1; Luchsinger, Realitäten, 1983, S. 172.
171 NZZ, 6. 8. 1977, S. 1; Luchsinger, Realitäten, 1983, S. 302.
172 NZZ, 17. 9. 1977, S. 3.
173 NZZ, 31. 12. 1977, S. 1; Luchsinger, Realitäten, 1983, S. 305.
174 NZZ, 1. 11. 1977, S. 3.
175 NZZ, 21. 9. 2001, S. 65.
176 NZZ, 21. 11. 1978, S. 5.
177 NZZ, 19. 5. 1979; Luchsinger, Realitäten, 1983, S. 330.
178 NZZ, 26. 1. 1969; Luchsinger, Realitäten, 1983, S. 117.
179 NZZ, Oktober 1979; Mettler, Puls, 1981, S. 314.
180 NZZ, Januar 1980; Mettler, Puls, 1981, S. 321.
181 NZZ, 3. 8. 1969, S. 135; Luchsinger, Realitäten, 1983, S. 135.
182 NZZ, 14. 12. 1969; Luchsinger, Realitäten, 1983, S. 143.
183 NZZ, 10. 6. 1973.
184 NZZ, 31. 7. 1975.
185 NZZ, Juli 1975; Mettler, Puls, 1981, S. 250.
186 NZZ, Januar 1977; Mettler, Puls, 1981, S. 278.
187 NZZ, 18. 6. 1977; Luchsinger, Realitäten, 1983, S. 295.
188 NZZ, 22. 1. 1977; 5. 3. 1977; Luchsinger, Realitäten, 1983, S. 292.
189 NZZ, 4. 6. 1977.
190 NZZ, 18. 6. 1977; Luchsinger, Realitäten, 1983, S. 296.
191 NZZ, 13. 12. 1979; Luchsinger, Realitäten, 1983, S. 341.
192 NZZ, Oktober 1979; Mettler, Puls, 1981, S. 315.
193 NZZ, 13. 12. 1979; Luchsinger, Realitäten, 1983, S. 342.
194 NZZ, 12. 1. 1980; Luchsinger, Realitäten, 1983, S. 344.
195 NZZ, 3. 1. 1981.
196 NZZ, 4. 1. 1980.
197 NZZ, 13. 8. 1980.
198 NZZ, 26. 1. 1980.
199 NZZ, 26. 1. 1980.
200 NZZ, 9. 2. 1980.
201 NZZ, 5. 7. 1980.
202 NZZ, 29. 8. 1980.
203 NZZ, 1. 9. 1980.
204 NZZ, 7. 2. 1981.
205 NZZ, 15. 12. 1981.
206 NZZ, 19. 12. 1981.
207 NZZ, 7. 1. 1982.
208 NZZ, 11. 12. 1982.
209 NZZ, 5. 12. 1984, S. 3.
210 NZZ, 5. 1. 1964; Luchsinger, Realitäten, 1983, S. 30.
211 NZZ, 19. 12. 1981; Luchsinger, Realitäten, 1983, S. 392 f.
212 NZZ, 30. 8. 1970; Luchsinger, Realitäten, 1983, S. 164.
213 NZZ, 26. 3. 1977.
214 NZZ, 22. 4. 1978.

215 NZZ, 10. 6. 1978.
216 NZZ, 12. 1. 1979.
217 NZZ, 16. 6. 1979.
218 NZZ, 1. 12. 1979; Luchsinger, Realitäten, 1983, S. 337.
219 NZZ, 15. 8. 1981.
220 NZZ, 16. 2. 1982.
221 NZZ, 13. 1. 1974; Luchsinger, Realitäten, 1983, S. 235.
222 NZZ, 24. 5. 1980; Luchsinger, Realitäten, 1983, S. 362.
223 NZZ, 17. 7. 1982; 14. 8. 1982.
224 NZZ, 8. 3. 1982; 23. 3. 1982.
225 NZZ, 6. 2. 1982.
226 NZZ, 4. 10. 1982.
227 NZZ, Oktober 1979; Mettler, Puls, 1981, S. 314.
228 NZZ, 1. 12. 1979; Luchsinger, Realitäten, 1983, S. 337; Luchsinger, Erinnerungen AfZ, 2. Teil, S. 3.
229 NZZ, 21. 11. 1981; Luchsinger, Realitäten, 1983, S. 387.
230 NZZ, 20. 3. 1982, S. 1.
231 NZZ, Juli 1980; Mettler, Puls, 1981, S. 332.
232 NZZ, 13./14. 11. 1982, S. 1.
233 NZZ, 11. 8. 1981.
234 NZZ, 31. 12. 1988, S. 31.
235 NZZ, 20. 1. 1974.
236 NZZ, 9. 12. 1975.
237 NZZ, 30. 5. 1987.
238 NZZ, 5. 3. 1985, S. 3; vgl. 20. 10. 1984.
239 NZZ, 4. 3. 1985, S. 3.
240 NZZ, 29. 3. 1982; 24. 4. 1982.
241 NZZ, 14. 4. 1982.
242 NZZ, 24. 4. 1982; vgl. 8. 5. 1982.
243 NZZ, 6. 5. 1982, S. 3.
244 NZZ, 16. 6. 1982, S. 3.
245 NZZ, 15. 2. 1975, S. 13.
246 NZZ, 20./21. 3. 1976, S. 31.
247 NZZ, 30. 10. 1976.
248 NZZ, 10. 1. 1977.
249 NZZ, 5. 3. 1977.
250 NZZ, 5. 3. 1977.
251 NZZ, 6. 6. 1980.
252 NZZ, 1. 12. 1980; 6. 12. 1980.
253 NZZ, 3. 2. 1979.
254 NZZ, 22. 9. 1979.
255 NZZ, 2. 6. 1980, S. 25; Bütler/Häberling, Verweigerer, 1981.
256 NZZ, 28. 6. 1980.
257 NZZ, 9. 6. 1980; Zinnenlauf, Achtziger, 2004, S. 23.
258 NZZ, 23. 8. 1980, S. 37; 23. 8. 1980; vgl. NZZ, 7. 6. 1980, S. 35; auch Zinnenlauf, Achtziger, 2004, S. 5 f.
259 NZZ, 5. 7. 1980, S. 49; Zinnenlauf, Achtziger, 2004, S. 7 f.
260 NZZ, 23. 8. 1980, S. 37; vgl. auch Zinnenlauf, Achtziger, 2004, S. 5, 12–14.
261 NZZ, 22. 7. 1980, S. 31; Zinnenlauf, Achtziger, 2004, S. 6.
262 NZZ, 31. 12. 1980.

263 NZZ, 9. 6. 1980, S. 25.
264 NZZ, 27. 1. 1981; 18. 4. 1981.
265 NZZ, 27. 5. 1981.
266 NZZ, 3. 6. 1981.
267 NZZ, 6. 6. 1981, S. 33.
268 NZZ, 17. 9. 1980; 12. 7. 1982; Zinnenlauf, Achtziger, 2004, S. 24–26.
269 NZZ, 5. 3. 1982, S. 1.
270 NZZ, 8. 3. 1982, S. 27.
271 NZZ, 22. 5. 1982.
272 NZZ, 23. 1. 1982.
273 NZZ, 1. 12. 1954.
274 NZZ, 10. 11. 1964.
275 NZZ, 4. 4. 1975.
276 NZZ, 6. 6. 1975.
277 NZZ, 28. 6. 1975.
278 NZZ, 19. 11. 1977.
279 NZZ, 19. 2. 1979.
280 NZZ, 22. 1. 1979.
281 NZZ, 31. 12. 1982; vgl. NZZ, 2. 2. 1985.
282 NZZ, 3. 1. 1984; 28. 7. 1984.
283 NZZ, 31. 1. 1987.
284 NZZ, 28. 7. 1984.
285 NZZ, 2. 2. 1985.
286 NZZ, 8. 6. 1985.

Umbruch und Aufbruch im Zeitalter der Globalisierung: die Zeit seit 1985

1 NZZ, 30. 1. 1986, S. 3.
2 NZZ, 12. 12. 1986.
3 NZZ, 3. 5. 1986.
4 NZZ, 9. 5. 1986.
5 NZZ, 7. 6. 1986.
6 NZZ, 3. 3. 1988, S. 23.
7 NZZ, 31. 3. 1990, S. 21.
8 NZZ, 24. 9. 1990, S. 17.
9 NZZ, 27. 6. 1945; 10. 7. 1947; Imhof/Etter, Flüchtlings- und Aussenwirtschaftspolitik, 2001, S. 395, 400.
10 NZZ, 15. 4. 1962; Bretscher, Spannungsfeld, 1991, S. 292.
11 NZZ, 15. 4. 1962; Bretscher, Spannungsfeld, 1991, S. 292.
12 NZZ, 3. 12. 1966; Bretscher, Spannungsfeld, 1991, S. 326.
13 NZZ, 1. 8. 1972.
14 NZZ, 27. 3. 1982.
15 NZZ, 8. 2. 1986, S. 1.
16 NZZ, 17. 3. 1986, S. 21.
17 NZZ, 2. 10. 1999, S. 13.
18 NZZ, 4. 3. 2002, S. 9.
19 NZZ, 7. 3. 1985.
20 NZZ, 28. 9. 1985.
21 NZZ, 30. 11. 1985.
22 NZZ, 13. 9. 1979, S. 5.

23 NZZ, 15. 6. 1989, S. 3.
24 NZZ, 5. 6. 1989, S. 3.
25 NZZ, 7. 6. 1991.
26 NZZ, 14. 12. 1996, S. 11.
27 NZZ, 15. 6. 1979, S. 5.
28 NZZ, 14. 7. 1979, S. 1.
29 NZZ, 5. 12. 1979, S. 5.
30 NZZ, 4. 6. 1983.
31 NZZ, 27. 8. 1985.
32 NZZ, 28. 6. 1986, S. 1.
33 NZZ, 28. 2. 1987, S. 1.
34 NZZ, 21. 11. 1987, S. 1.
35 NZZ, 3. 10. 1987, S. 1.
36 NZZ, 27. 2. 1990, S. 1.
37 NZZ, 10. 5. 1984.
38 NZZ, 12. 3. 1985.
39 NZZ, 1. 2. 1986; ähnlich 7. 9. 1985.
40 NZZ, 2. 8. 1986.
41 NZZ, 18. 10. 1986.
42 NZZ, 16. 11. 1985.
43 NZZ, 6. 7. 1985; 23. 8. 1986; 7./8. 2. 1987, S. 1; Huber, Gorbatschew, 2004, S. 9 f.; Schafroth, Uskorenie, 2002, S. 49.
44 NZZ, 16./17. 11. 1985, S. 17; 6./7. 7. 1985, S. 1; Schafroth, Uskorenie, 2002, S. 39.
45 So NZZ, 20. 11. 1987.
46 NZZ, 8./9. 1986, S. 1; vgl. auch NZZ, 19. 7. 1985, S. 5; Schafroth, Uskorenie, 2002, S. 39, 42.
47 NZZ, 10. 1. 1987.
48 NZZ, 7. 2. 1987; Huber, Gorbatschew, 2004, S. 11, 13.
49 NZZ, 9./10. 4. 1988, S. 1; Schafroth, Uskorenie, 2002, S. 73.
50 NZZ, 25./26. 4. 1987, S. 1; Huber, Gorbatschew, 2004, S. 11.
51 NZZ, 14. 3. 1997; 7. 2. 1987.
52 NZZ, 3. 5. 1987.
53 NZZ, 19. 5. 1987; 23. 5. 1987.
54 NZZ, 9. 4. 1988.
55 NZZ, 3./4. 12. 1988.
56 NZZ, 7. 6. 1989, S. 3.
57 NZZ, 19. 8. 1989, S. 3.
58 NZZ, 10. 6. 1989, S. 1.
59 NZZ, 3. 6. 1989, S. 1; 24. 6. 1989, S. 1.
60 NZZ, 15. 7. 1989, S. 1.
61 NZZ, 12. 9. 1989, S. 3.
62 NZZ, 6. 10. 1989, S. 3; 7. 10. 1989, S. 1.
63 NZZ, 7. 11. 1989, S. 3.
64 Schramm, Einigung, S. 212 etc.
65 NZZ, 23. 12. 1989, S. 3.
66 NZZ, 27. 12. 1989, S. 3.
67 NZZ, 15. 11. 1988, S. 4.
68 NZZ, 29. 4. 1989; 22. 12. 1990; Huber, Gorbatschew, 2004, S. 13, 15.
69 NZZ, 6. 4. 1991; 24. 5. 1991.
70 NZZ, 28./29. 12. 1991, S. 1; vgl. 21. 9. 1991.
71 NZZ, 20. 8. 1991; Huber, Gorbatschew, 2004, S. 16.

72 NZZ, 22. 8. 1991; Huber, Gorbatschew, 2004, S. 16 f.
73 NZZ, 26. 9. 1991.
74 NZZ, 31. 8. 1991.
75 NZZ, 12. 12. 1992, S. 1.
76 NZZ, 20. 3. 1993; 22. 9. 1993; 25. 9. 1993.
77 NZZ, 4. 12. 1993.
78 NZZ, 18. 11. 1989, S. 1.
79 NZZ, 9. 12. 1989, S. 1.
80 NZZ, 2./3. 12. 1989, S. 1.
81 NZZ, 24./25. 2. 1990, S. 1; Schramm, Einigung, S. 225.
82 NZZ, 14./15. 7. 1990, S. 21.
83 NZZ, 10./11. 3. 1990, S. 33.
84 NZZ, 28./30. 9. 1990, S. 1.
85 NZZ, 21./22. 7. 1990, S. 1; 23./24. 6. 1990, S. 1.
86 NZZ, 23. 5. 1992, S. 1.
87 NZZ, 20. 7. 1992, S. 3.
88 NZZ, 20. 2. 1993.
89 NZZ, 29. 3. 1993.
90 NZZ, 17. 7. 2004, S. 1.
91 NZZ, 29. 5. 1954; Hafter, Schwarz, 1954, S. 199; vgl. dagegen Imhof/Merkofer/Ettinger, Beziehungen, S. 19.
92 NZZ, 6. 12. 1963; Imhof/Merkofer/Ettinger, Beziehungen, S. 21.
93 NZZ, 24. 3. 1960; 3. 4. 1960; 23. 12. 1963; Imhof/Merkofer/Ettinger, Beziehungen, S. 22.
94 NZZ, 23. 12. 1965.
95 NZZ, 16. 3. 1988; Imhof/Merkofer/Ettinger, Beziehungen, S. 34, 42.
96 NZZ, 23. 7. 1985, S. 3.
97 NZZ, 27. 7. 1985, S. 1.
98 NZZ, 17. 8. 1985, S. 1.
99 NZZ, 9. 11. 1985, S. 3.
100 NZZ, 21. 6. 1986, S. 1.
101 NZZ, 5. 2. 1990, S. 3.
102 NZZ, 1. 4. 1980, S. 1.
103 NZZ, 7. 5. 1994, S. 1.
104 NZZ, 8. 1. 2000, S. 21.
105 NZZ, 7. 12. 1985, S. 1.
106 NZZ, 12. 12. 1991, S. 3; vgl. 9. 5. 1992.
107 NZZ, 14. 8. 1993, S. 27; 29. 7. 1995, S. 19.
108 NZZ, 30. 6. 1998, S. 71.
109 NZZ, 29. 12. 2001, S. 19.
110 NZZ, 30. 4. 2004, S. 1.
111 NZZ, 7. 10. 2004, S. 3.
112 NZZ, 29. 3. 1988.
113 NZZ, 11. 5. 1988, S. 23.
114 NZZ, 31. 7. 1989, S. 1.
115 NZZ, 26. 10. 1991.
116 NZZ, 23. 3. 1991.
117 NZZ, 19. 5. 1992, S. 21; 23. 5. 1992, S. 21.
118 NZZ, 21. 5. 1992, S. 33; 22. 8. 1992, S. 17.
119 NZZ, 17. 11. 1992, S. 21; 21. 11. 1992, S. 21.
120 NZZ, 12. 12. 1992, S. 19.

121 NZZ, 7. 12. 1992, S. 13.
122 NZZ, 7. 12. 1992, S. 13.
123 NZZ, 19. 12. 1992, S. 19; 29. 10. 1994, S. 21.
124 NZZ, 31. 1. 1989.
125 NZZ, 2. 12. 1989, S. 21.
126 NZZ, 27. 11. 1989, S. 17.
127 NZZ, 9. 1. 1993; 29. 5. 1993.
128 NZZ, 27. 5. 1994, S. 21.
129 NZZ, 13. 6. 1994, S. 13.
130 NZZ, 9. 12. 1989, S. 21; 17. 2. 1990, S. 21.
131 NZZ, 17. 2. 1990, S. 21.
132 NZZ, 24. 11. 1990, S. 21.
133 NZZ, 29. 9. 1984, S. 33.
134 NZZ, 25. 9. 1982, S. 33.
135 NZZ, 29. 9. 1984, S. 33.
136 NZZ, 25. 10. 1988, S. 21.
137 NZZ, 12. 11. 1988, S. 21.
138 NZZ, 10. 12. 1988, S. 21.
139 NZZ, 12. 12. 1988, S. 13.
140 NZZ, 13. 12. 1988, S. 19.
141 NZZ, 3. 3. 1977, S. 13.
142 NZZ, 6. 7. 1977, S. 13.
143 NZZ, 8. 7. 1977, S. 15; 9. 7. 1977, S. 17.
144 NZZ, 6. 9. 1977, S. 13.
145 NZZ, 9. 3. 1991, S. 33; 13. 4. 1991, S. 33.
146 NZZ, 10. 12. 1991, S. 33.
147 NZZ, 19. 11. 1983, S. 33.
148 NZZ, 5. 12. 1983, S. 18.
149 NZZ, 30. 1. 1993, S. 19.
150 NZZ, 27. 2. 1993.
151 NZZ, 6. 2. 1993, S. 17.
152 NZZ, 9. 3. 1993, S. 19.
153 NZZ, 9. 3. 1993, S. 19.
154 NZZ, 11. 3. 1993, S. 19.
155 NZZ, 15. 12. 2003, S. 7.
156 NZZ, 24. 4. 1999, S. 13.
157 NZZ, 21. 8. 2004, S. 13.
158 NZZ, 24. 3. 2001, S. 13.
159 NZZ, 7. 6. 1991, S. 21; vgl. NZZ, 15. 6. 1991, S. 21.
160 NZZ, 11. 4. 1998, S. 21; 16. 10. 1999, S. 21.
161 Vgl. NZZ, 10. 4. 1993, S. 29; 24. 6. 2000, S. 21.
162 NZZ, 16. 10. 2001, S. 19; 23. 10. 2001, S. 21.
163 NZZ, 15. 12. 2001, S. 43; 23. 3. 2002, S. 45.
164 NZZ, 3. 3. 2001, S. 21.
165 NZZ, 31. 12. 1997, S. 25; 28. 2. 2004, S. 21.
166 NZZ, 9. 11. 2002, S. 19.
167 NZZ, 1. 3. 1997, S. 3.
168 NZZ, 2. 12. 2002, S. 25.
169 NZZ, 16. 5. 1998, S. 13.
170 NZZ, 21. 4. 2001, S. 89.

171 NZZ, 13. 4. 2002, S. 13.
172 NZZ, 16. 7. 1982.
173 NZZ, 9. 4. 1992.
174 NZZ, 20. 6. 1992, S. 53.
175 Grossmann, Stadtverträglich, 2004, S. 20.
176 NZZ, 25. 5. 1971; Grossmann, Stadtverträglich, 2004, S. 4.
177 NZZ, 22. 6. 1985, S. 39 f.; Christian Hubers Replik NZZ, 3. 7. 1985, S. 35; redaktioneller Kommentar von Thomas Häberling NZZ, 13. 7. 1985, S. 33 f.; Ronald Furgers Replik NZZ, 24. 7. 1985, S. 23 f.; Kinds Duplik NZZ, 3. 9. 1985. S.31 f.; vgl. Grossmann, Stadtverträglich, 2004, S. 8–12.
178 NZZ, 15. 6. 2004, S. 13.
179 NZZ, 20. 6. 1992, S. 53.
180 NZZ, 16. 12. 1994.
181 NZZ, 11. 7. 1969.
182 NZZ, 11. 7. 1992, S. 15.
183 NZZ, 22. 3. 2000, S. 15.
184 NZZ, 20. 10. 2003, S. 9.
185 NZZ, 6. 2. 1999, S. 13; Imhof/Merkofer/Ettinger, Beziehungen, S. 59.
186 NZZ, 31. 12. 1997, S. 1; vgl. NZZ, 13. 9. 1848.
187 NZZ, 27. 4. 1985.
188 NZZ, 27. 4. 1985.
189 NZZ, 26. 10. 2002, S. 13.
190 NZZ, Mai 1969; Mettler, Puls, 1981, S. 171.
191 NZZ, 19. 3. 1991.
192 NZZ, 16. 9. 1991.
193 NZZ, 12. 10. 1991.
194 NZZ, 21. 9. 1991; 15. 11. 1991.
195 NZZ, 18. 12. 1991, S. 3.
196 NZZ, 14. 5. 1992, S. 3.
197 NZZ, 8. 8. 1992, S. 1.
198 NZZ, 29. 8. 1992, S. 3.
199 NZZ, 13. 6. 1992, S. 1.
200 NZZ, 19. 6. 1993.
201 NZZ, 29. 7. 1995, S. 1.
202 NZZ, 23. 11. 1995, S. 3.
203 NZZ, 13. 11. 1999, S. 1.
204 NZZ, 4. 6. 1999, S. 3.
205 NZZ, 12. 1. 2001, S. 1.
206 NZZ, 17. 12. 1987, S. 3.
207 NZZ, 31. 12. 1998, S. 75; vgl. bereits NZZ, 12. 11. 1994, S. 3.
208 NZZ, 7. 4. 1987.
209 NZZ, 17. 12. 1987, S. 3.
210 NZZ, 4. 8. 1990, S. 3.
211 NZZ, 11. 8. 1990, S. 1.
212 NZZ, 26. 1. 1990, S. 1.
213 NZZ, 27. 8. 1990, S. 3.
214 NZZ, 19. 1. 1990, S. 1.
215 NZZ, 28. 2. 1990; 8. 3. 1980.
216 NZZ, 2. 11. 1990.
217 NZZ, 14. 9. 1993, S. 3.

218 NZZ, 6. 11. 1995, S. 3.
219 NZZ, 21. 7. 2001, S. 1.
220 NZZ, 28. 8. 2004, S. 1.
221 NZZ, 15. 9. 2001, S. 1.
222 NZZ, 15. 9. 2001, S. 1.
223 NZZ, 8. 3. 2003, S. 1.
224 NZZ, 15. 5. 2004, S. 1.
225 NZZ, 31. 12. 2003, S. 1.
226 NZZ, 20. 3. 2004, S. 1.
227 NZZ, 20. 9. 2003, S. 1.

Rückblick und Ausblick

1 NZZ 1780–1955, 1955, S. 15.
2 Mettler, Puls, 1981, S. 255.
3 Luchsinger, NZZ-Korrespondent, S. 2.
4 NZZ, 9. 10. 1993.

Bibliographie

150 Jahre Neue Zürcher Zeitung, 1780–1930. Jubiläumsschrift, Zürich 1930.

200 Jahre Neue Zürcher Zeitung: 1780–1980, Zürich 1980.

Avanzino, Natalie, Die Wahrnehmung der italienischen Gastarbeiter in der NZZ, Seminararbeit Universität Zürich, Typoskript 2004.

Barth, Hans, Denken in der Zeit. Philosophisch-politische Beiträge in der «Neuen Zürcher Zeitung» 1932–1964, mit einer Einleitung von Hermann Lübbe, Zürich 1988.

Beck, Marcel/Künzli, Arnold/Luchsinger, Fred, Opposition: Aufgaben und Möglichkeiten einer Opposition heute, Zürich 1968.

Blancpain, Noé, «Finstere Kräfte in Amerika». Die McCarthy-Ära in der «Neuen Zürcher Zeitung», Seminararbeit Universität Zürich, Typoskript 2004.

Bogel, Else, Schweizer Zeitungen des 17. Jahrhunderts. Beiträge zur frühen Pressegeschichte von Zürich, Basel, Bern, Schaffhausen, St. Gallen und Solothurn, Bremen 1973.

Bollinger, Ernst, Pressegeschichte, Bd. 1: Das Zeitalter der allmächtigen Zensur: 1500–1800; Bd. 2: Die goldenen Jahre der Massenpresse: 1840–1930 (Öffentliche soziale Kommunikation, Band 29/31), Fribourg 1995/96.

Bretscher Willy, Im Sturm von Krise und Krieg. Siebzig Leitartikel 1933–1944, Zürich 1987 (urspr. 1945).

Bretscher Willy, Spannungsfeld kalter Krieg. «Neue Zürcher Zeitung» 1945–1967, Zürich 1991.

Bretscher, Willy, Berlin und Deutschland in den zwanziger Jahren, 1925–1929. Als Berichterstatter in der Reichshauptstadt, Zürich 1997.

Bretscher-Spindler, Katharina, Vom heissen zum Kalten Krieg. Vorgeschichte und Geschichte der Schweiz im Kalten Krieg 1943–1968, Zürich 1997.

Bürger Thomas, Aufklärung in Zürich: Die Verlagsbuchhandlung Orell, Gessner, Füssli & Comp. in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, Frankfurt a. Main 1997.

Bürki, Jean-François, Der Ethnozentrismus und das Schwarzafrikabild: eine Begriffsbestimmung, gefolgt von einer Analyse des Schwarzafrikabildes in drei grossen europäischen Tageszeitungen: «Neue Zürcher Zeitung», «Die Welt», «Le Monde», Bern [etc.], 1977.

Bütler, Hugo, Osthandel, Ostkontakte und Antikommunismus. Erfahrungen der fünfziger und sechziger Jahre, in: Urs Altermatt/Judit Garamvölgyi (Hg.), Innen- und Aussenpolitik. Primat oder Interdependenz? Festschrift zum 60. Geburtstag von Walther Hofer, Bern/Stuttgart 1980, S. 367–383.

Bütler, Hugo/Häberling, Thomas, Die neuen Verweigerer. Unruhe in Zürich und anderen Städten, Zürich 1981.

Bütler, Hugo/Linder, Willy/Helbling, Hugo, Liberalismus – nach wie vor. Grundgedanken und Zukunftsfragen, Zürich 1979.

Bütler, Paul, Das Unbehagen an der Moderne. Grundzüge katholischer Zeitungslehre der deutschen Schweiz während der Herausforderung des Modernismus um 1900/1914, Basel 2002.

Catrina, Werner/Blum, Roger/Lienhard, Toni, Medien zwischen Geld und Geist. 1893–1993: 100 Jahre «Tages-Anzeiger», Zürich 1993.

Cattani, Alfred, Albert Meyer: Chefredaktor der «Neuen Zürcher Zeitung» von 1915 bis 1929, Bundesrat von 1930 bis 1938 (Persönlichkeit und Zeitung, Bd. 5), Zürich 1992.

Das Buch der schweizerischen Zeitungsverleger, 1899–1924, Zürich 1925.

Doepfner, Andreas. Finnlands Winterkrieg 1939/40: Dokumentation aus neutraler Sicht: drei Akte eines Freiheitskampfes: Neurose und Glasnost, Zürich 1990.

Dreifuss, Eric, Die Schweiz und das Dritte Reich. Vier deutschschweizerische Zeitungen im Zeitalter des Faschismus 1933–1939, Frauenfeld/Stuttgart 1991.

Eisenegger, Mark, Zur Nationalisierung eines regionalen Konflikts – die Jura-Frage an den Grenzen der schweizerischen Willensnation. Das Framing des Jura-Konflikts in der Deutschschweizer Presseöffentlichkeit 1947 bis 1968, in: Imhof, Kurt et al. (Hg.), Vom Kalten Krieg zur Kulturrevolution, 1999, S. 121–158.

Ernst, Andreas/Wigger, Erich, Innovation und Repression: Die Restabilisierung der bürgerlichen Schweiz nach dem Ersten Weltkrieg, in: Imhof, Kurt et al. (Hg.), Zwischen Konflikt und Konkordanz, 1993, S. 109–172.

Faulstich, Werner, Die bürgerliche Mediengesellschaft (1700–1830), Göttingen 2002.

Festschrift zur Vierteljahrhundertfeier des Vereins der Schweizerischen Presse, 4. und 5. Juli 1908 in Zürich, Zürich 1908.

Foppa, Daniel, Max Frisch und die «Neue Zürcher Zeitung», Zürich 2003.

Grossen, Philippe, Das Bild der UNO in der Schweizer Tagespresse, Zürich 1986.

Grossmann, Andrea, «Stadtverträglich gemacht». 1965–1995: Die Bemühungen zur Lösung des Zürcher Drogenproblems in der NZZ, Seminararbeit Universität Zürich, Typoskript 2004.

Güth, Oswald, Sowjetkommunismus im Spiegel der «Neue Zürcher Zeitung»: Beitrag zum Verständnis des Ost-West-Problems auf Grund der geschichtlich entstandenen Situation in der Sowjetunion, Würzburg 1965.

Guggenbühl, Christoph, Zensur und Pressefreiheit: Kommunikationskontrolle in Zürich an der Wende zum 19. Jahrhundert, Zürich 1996.

Guggenbühl, Gottfried, Bürgermeister Paul Usteri (1768–1831). Ein schweizerischer Staatsmann aus der Zeit der französischen Vorherrschaft und des Frühliberalismus, 2 Bde., Aarau 1924/1931

Hafter, Rudolph P., Schwarz und Weiss in Afrika, Zürich 1954.

Hablützel, A. [et al.], Festschrift zur Vierteljahrhundertfeier des Vereins der Schweizerischen Presse 4. und 5. Juli 1908 in Zürich: Beiträge zur Geschichte des zürcherischen Zeitungswesens, Zürich 1908.

Hausammann, Luzius, Die Rezeption der Weltwirtschaftskrise in der NZZ, provisorische Seminararbeit Universität Zürich, Typoskript 2004.

Historisches Lexikon der Schweiz, Basel 2002ff. (auch www.dhs.ch für unpublizierte Artikel).

Horvath, Franz/Kunz, Matthias, Sozialpolitik und Krisenbewältigung am Vorabend des Ersten Weltkrieges, in: Imhof, Kurt et al. (Hg.), Zwischen Konflikt und Konkordanz, 1993, S. 61–108.

Huber, Nina, Gorbatschew und der Zerfall der UdSSR im Spiegel der NZZ, Seminararbeit Universität Zürich, Typoskript 2004.

Hunziker, Stephan, Die Kriegsberichterstattung der «Neuen Zürcher Zeitung» im 20. Jahrhundert, Seminararbeit Universität Zürich, Typoskript 2004.

Hutter, Andres, Die NZZ und die Zürcher Jugendunruhen. Die Jugendbewegung von 1968 und der Globus-Krawall, Seminararbeit Universität Zürich, Typoskript 2004.

Ihle, Pascal, Die journalistische Landesverteidigung im Zweiten Weltkrieg: eine kommunikationshistorische Studie. Die Auslandberichterstattung der vier Zürcher Tageszeitungen «Neue Zürcher Nachrichten», «Neue Zürcher Zeitung», «Tages-Anzeiger» und «Volksrecht» unter dem Pressenotrecht, Zürich 1997.

Imhof, Kurt/Kleger, Heinz/Romano, Gaetano (Hg.), Zwischen Konflikt und Konkordanz. Analyse von Medienereignissen in der Schweiz der Vor- und Zwischenkriegszeit (Krise und sozialer Wandel, Bd. 1), Zürich 1993.

Imhof, Kurt, Vermessene Öffentlichkeit – vermessene Forschung? Vorstellung eines Projekts, in: ders. et al. (Hg.), Zwischen Konflikt und Konkordanz, 1993, S. 11–60.

Imhof, Kurt, Lernen von Aussen? Oder: die Betrachtung des Irrationalen als Voraussetzung für Vernunft. Programmatische Mutationen in der Krise der 30er Jahre, in: ders. et al. (Hg.), Zwischen Konflikt und Konkordanz, 1993, S. 289–356.

Imhof, Kurt/Kleger, Heinz/Romano, Gaetano (Hg.), Konkordanz und Kalter Krieg. Analyse von Medienereignissen in der Schweiz der Zwischen- und Nachkriegszeit (Krise und sozialer Wandel, Bd. 2), Zürich 1996.

Imhof, Kurt, Das kurze Leben der geistigen Landesverteidigung. Von der «Volksgemeinschaft» vor dem Krieg zum Streit über die «Nachkriegsschweiz» im Krieg, in: ders. et al. (Hg.), Konkordanz und Kalter Krieg, 1996, S. 19–84.

Imhof, Kurt, Wiedergeburt der geistigen Landesverteidigung: Kalter Krieg in der Schweiz, in: ders. et al. (Hg.), Konkordanz und Kalter Krieg, 1996, S. 173–248.

Imhof, Kurt/Kleger, Heinz/Romano, Gaetano (Hg.), Vom kalten Krieg zur Kulturrevolution. Analyse von Medienereignissen in der Schweiz der 50er und 60er Jahre (Krise und sozialer Wandel, Bd. 3), Zürich 1999.

Imhof, Kurt, Entstabilisierungen. Zukunftsverlust und Komplexitätsreduktion in der öffentlichen politischen Kommunikation der 60er Jahre, in: ders. et al. (Hg.), Vom Kalten Krieg zur Kulturrevolution, 1999, S. 35–54.

Imhof, Kurt, Schock und Schöpfung: Die Wirkung der «Machtergreifung» und der «Gleichschaltung» 1933 auf die politische Kommunikation in der Schweiz, in: Jürgen Wilke (Hg.), Massenmedien und Zeitgeschichte, Schriftenreihe der Deutschen Gesellschaft für Publizistik und Kommunikationswissenschaft, Band 26, Konstanz 1999.

Imhof, Kurt/Ettinger, Patrick/Boller, Boris, Die Flüchtlings- und Aussenwirtschaftspolitik der Schweiz im Kontext der öffentlichen politischen Kommunikation 1938–1950, Unabhängige Expertenkommission Schweiz–Zweiter Weltkrieg (Hg.), Zürich 2001.

Imhof, Kurt, Die Medien in der Integrationsdebatte, in: Integration und Medien, Mediensymposium Luzern, Band 7, Opladen 2002, S. 17–24.

Imhof, Kurt/Merkofer, Philipp/Ettinger, Patrick, Die Beziehungen der Schweiz zum südafrikanischen Apartheidregime in der öffentlichen politischen Kommunikation in der Schweiz zwischen 1948 und 2001. Undatierter Schlussbericht.

Jost, Hans Ulrich, L'établissement du feuilleton dans le «Bund» et la «Neue Zürcher Zeitung», in: Les Annuelles: histoire et société contemporaines. Lausanne 1996, S. 47–68.

Kleger, Heinz, Demokratiekonflikte und Staatssemantik. Von der Verteidigung nach innen zur Verteidigung nach aussen: Das Staatsverständnis in den Nationalratswahlen der Zwischenkriegszeit, in: Imhof, Kurt et al. (Hg.), Zwischen Konflikt und Konkordanz, 1993, S. 173–246.

Kleger, Heinz, Die nationale Bürgergesellschaft im Krieg und Nachkrieg: 1943–1955, in: Imhof, Kurt et al. (Hg.), Konkordanz und Kalter Krieg, 1996, S. 111–172.

Kleger, Heinz, Normalfall und Sonderfall: Unheimliche Stabilität bei rasanten Veränderungen 1956–1963, in: Imhof, Kurt et al. (Hg.), Vom Kalten Krieg zur Kulturrevolution, 1999, S. 191–234.

Korrodi, Eduard, Ausgewählte Feuilletons, hg. von Helen Münch-Küng, Bern 1995.

Kreis, Georg, Juli 1940: die Aktion Trump, mit einem Nachwort von Herbert Lüthy, Basel/Stuttgart 1973.

Kreis, Georg, Zensur und Selbstzensur: die schweizerische Pressepolitik im Zweiten Weltkrieg, Frauenfeld 1973.

Kreis, Georg, Reconstruction sans restauration: l'image de l'Allemagne dans la «Nouvelle gazette de Zurich» («Neue Zürcher Zeitung») de 1945 à 1956, in: Relations internationales, No. 52, Genève 1987, S. 413–429.

Kreis, Georg, Die Wiederherstellung des österreichischen Staates nach dem Zweiten Weltkrieg, Schweizer Monatshefte 3/1988, S. 177–188.

Kunz, Theodor, Die deutschschweizerische Presse und das faschistische Italien 1922–1943, Diss. Zürich 1975.

Kury, Patrick, Über Fremde reden. Überfremdungsdiskurs und Ausgrenzung in der Schweiz 1900–1945, Zürich 2003.

Lang, Gustav Adolf, Die Kontroverse um Kriegsursachen und Friedensmöglichkeiten 1914–1919 im Rahmen der NZZ, Diss. Zürich 1968.

Leemann, Marianne, Totengräber der Demokratie. Kommunisten, Faschisten und Nationalsozialisten in der Deutschschweizer Presse von 1918–1923, Zürich 2003.

Luchsinger, Fred, Ansprachen von Chefredaktor Fred Luchsinger, Zürich 1985.

Luchsinger, Fred, Die «Neue Zürcher Zeitung» im Zeitalter des Zweiten Weltkrieges, 1930–1955, Zürich 1955.

Luchsinger, Fred, Realitäten und Illusionen: NZZ-Leitartikel zur internationalen Politik, 1963–1983, Zürich 1983.

Luchsinger, Fred, NZZ-Korrespondent in Bonn während der Aera Adenauer, Typoskript März 1996.

Luchsinger, Fred, Leitartikler und Chefredaktor der NZZ 1963–1984, Typoskript Juni 1996.

Luchsinger, Nico, Die Frühzeit der Migros im Spiegel der NZZ 1925–1945, Seminararbeit Universität Zürich, Typoskript 2004.

Maetzke, Ernst-Otto, Die deusch-schweizerische Presse zu einigen Problemen des Zweiten Weltkriegs, Tübingen 1955.

Maissen, Thomas, Vom Sonderbund zum Bundesstaat. Krise und Erneuerung 1798–1848 im Spiegel der NZZ, Zürich 1998.

Maissen, Thomas, Fighting for faith? Experiences of the Sonderbund Campaign 1847, in: Joy Charnley/Malcolm Pender (Hg.), Switzerland and War (Occasional Papers in Swiss Studies, vol. 2), Bern et al. 1999, S. 9–42.

Maissen, Thomas Der politische Katholizismus im Urteil der NZZ, 1920–1950, in: Victor Conzemius (Hg.), Schweizer Katholizismus 1933–1945. Eine Konfessionskultur zwischen Abkapselung und Solidarität, Zürich 2001, S. 123–146.

Marty, Dominique, Berufstätige Frauen und die Lohngleichheitsforderung im Spiegel der NZZ, Seminararbeit Universität Zürich, Typoskript 2004.

Meier, Markus, Die Schweizer Presse und Indien. Indien-Medienereignisse im Kalten Krieg, in: Imhof, Kurt et al. (Hg.), Vom Kalten Krieg zur Kulturrevolution, 1999, S. 159–190.

Meier, Werner A./Schanne, Michael, Medien-«Landschaft» Schweiz, Zürich 1994.

Mettler, Eric, Am Puls der Zeit: EM-Beiträge aus der NZZ 1946–1980, Zürich 1981.

Misteli, Roland/Gisler, Andreas, Überfremdung. Karriere und Diffusion eines fremdenfeindlichen Deutungsmusters, in: Imhof, Kurt et al. (Hg.), Vom Kalten Krieg zur Kulturrevolution, 1999, S. 95–120.

Müller, Thomas Christian, Vom Umgang mit dem publizistischen Meinungspluralismus. Pressepolitische Lernprozesse in der Schweiz zwischen 1830 und 1848, in: Andreas Ernst/Albert Tanner/Matthias Weisshaupt (Hg.), Revolution und Innovation. Die konfliktreiche Entstehung des schweizerischen Bundesstaates von 1848 (Die Schweiz: Staat – Gesellschaft – Politik, 1798–1998, Bd. 1), S. 233–244.

«Neue Zürcher Zeitung», 1780–1955. Jubiläumsausgabe, Zürich 1955.

NZZ-Fokus, Zürich 1996–2004.

NZZ-Schriften zur Zeit: Separatdrucke aus der «Neuen Zürcher Zeitung», Zürich 1968–1983.

Oberste-Keller, Clemens, Perzeptionen Schweizer Journalisten über Nachwirkungen des Nationalsozialismus während der Gründungsphase der Bundesrepublik Deutschland: dargestellt am Beispiel der Aussagen des Tageblatts «Neue Zürcher Zeitung» im Untersuchungszeitraum, 1949–1955, Münster 1990.

Padel, Gerd H., Dämme gegen die braune Flut. Die Schweizerpresse und der Aufstieg des Dritten Reichs 1933–1939, Zürich 1948, 21998.

Peyer, Hans Conrad, Der Historiker Eduard Fueter 1876–1928. Leben und Werk (145. Neujahrsblatt zum Besten des Waisenhauses Zürich), Zürich 1982.

Ribi, Thomas (Hg.), Das 20. Jahrhundert im Spiegel der «Neuen Zürcher Zeitung», Zürich 2001.

Richner, Edmund (Hg.), 100 Jahre Aktiengesellschaft für die «Neue Zürcher Zeitung», 1780–1868, Zürich 1968.

Richner, Edmund, Walter Bissegger: Chefredaktor der «Neuen Zürcher Zeitung» von 1885–1915, Persönlichkeit und Zeitung, Bd. 2, Zürich 1983.

Romano, Gaetano, Zeit der Krise – Krise der Zeit. Identität, Überfremdung und verschlüsselte Zeitstrukturen, in: Ernst, Andreas/Wigger, Erich (Hg.), Die neue Schweiz? Eine Gesellschaft zwischen Integration und Polarisierung (1910–1930), Zürich 1996, S. 41–77.

Romano, Gaetano, Zeitungen und Zeitenwandel. Vorbereitende Bemerkungen zu den Beiträgen, in: Imhof, Kurt et al. (Hg.), Zwischen Konflikt und Konkordanz, 1993, S. 3–10.

Romano, Gaetano, Vom Sonderfall zur Überfremdung. Zur Erfolgsgeschichte gemeinschaftsideologischen Denkens im öffentlichen politischen Diskurs der späten fünfziger und der sechziger Jahre, in: Imhof, Kurt et al. (Hg.), Vom Kalten Krieg zur Kulturrevolution, 1999, S. 55–94.

Saxer, Ulrich, Zur Sozialisationswirkung von Zeitungen. Wirkungstheoretische Bemerkungen anstelle einer Einleitung, in: Imhof, Kurt et al. (Hg.), Vom Kalten Krieg zur Kulturrevolution, 1999, S. 9–34.

Schafroth, Anina, Uskorenie, Perestroika, Glasnost. Die Rezeption der wirtschaftlichen und innenpolitischen Reformen in der UdSSR von 1985 bis 1988 in der «Neuen Zürcher Zeitung», Lizentiatsarbeit Bern, Typoskript 2002.

Schramm, Julia. Die deutsche Einigung 1989–1990 aus der Sicht ausgewählter Schweizer Tageszeitungen, Münster 2000.

Schwarz, Urs, Im Spanien Francos, 1936–1937, Zürich 1938.

Schwarz, Urs, Schicksalstage in Berlin, Lenzburg 1986.

Siegenthaler, Hansjörg, Konkordanz und Kalter Krieg: Marginalien anstelle einer Einleitung, in: Imhof, Kurt et al. (Hg.), Konkordanz und Kalter Krieg, 1996, S. 9–18.

Spindler, Katharina, Die Schweiz und der italienische Faschismus (1922–1930). Der Verlauf der diplomatischen Beziehungen und die Beurteilung durch das Bürgertum, Basel/Stuttgart 1976.

Vogt, Werner, Winston Churchill: Mahnung, Hoffnung und Vision, 1938–1946. Das Churchill-Bild in der Berichterstattung und Kommentierung der «Neuen Zürcher Zeitung» und die unternehmensgeschichtlichen Hintergründe (NZZ-Beiträge zur Zeitgeschichte), Zürich 1996.

Weber, Karl, Die Schweizerische Presse im Jahr 1848, Basel 1927.

Weber, Karl, Die Schweiz im Nervenkrieg – Aufgabe und Haltung der Schweizer Presse in der Krisen- und Kriegszeit 1933–1945, Bern 1948.

Weber, Katharina, Der Spanische Bürgerkrieg im Spiegel der NZZ, Seminararbeit Universität Zürich, Typoskript 2004.

Weisz, Leo, Der Zürcher Nachrichtenverkehr vor 1780, Zürich 1954.

Weisz, Leo, Die Redaktoren der «Neuen Zürcher Zeitung» bis zur Gründung des Bundesstaates, 1780–1848 (Persönlichkeit und Zeitung, Bd. 1), Zürich 1961.

Weisz, Leo, Die «Neue Zürcher Zeitung» im Kampf der Liberalen mit den Radikalen, 1849–1872 (Persönlichkeit und Zeitung, Bd. 2), Zürich 1962.

Weisz, Leo, Die «Neue Zürcher Zeitung» auf dem Wege zum freisinnigen Standort, 1872–1888 (Persönlichkeit und Zeitung, Bd. 3), Zürich 1965.

Welti, August, Geschichte der «Neuen Zürcher Zeitung» von 1780–1914, in: 150 Jahre Neue Zürcher Zeitung, 1780–1930. Jubiläumsschrift, Zürich 1930, S. 1–230.

Wigger, Erich, Krieg und Krise in der politischen Kommunikation: vom Burgfrieden zum Bürgerblock in der Schweiz, 1910–1922 (Krise und sozialer Wandel, Monographien), Zürich 1997.

Wiskemann, Elizabeth, A Great Swiss Newspaper – The Story of the «Neue Zürcher Zeitung», London 1959.

Zimmer, Oliver, Zur Typisierung der Juden in der Schweizer Tagespresse der Jahre 1933–1934: Aspekte eines Fremdbildes im Prozess nationaler Identitätskonstruktion, in: Imhof, Kurt et al. (Hg.), Zwischen Konflikt und Konkordanz, 1993, S. 247–288.

Zimmer, Oliver, Die «Volksgemeinschaft». Entstehung und Funktion einer nationalen Einheitssemantik in den 1930er Jahren in der Schweiz, in: Imhof, Kurt et al. (Hg.), Konkordanz und Kalter Krieg, 1996, S. 85–110.

Zinnenlauf, Daniel, Die Achtziger Bewegung in Zürich in der «Neuen Zürcher Zeitung», Seminararbeit Universität Zürich, Typoskript 2004.

Zollinger, Konrad, Frischer Wind oder faschistische Reaktion. Die Haltung der Schweizer Presse zum Frontismus 1933, Zürich 1991.